C 21734 D

Heidenreich u. Harbeck **Der Kampf geht in die 2. Runde** S.9

Arbeiterkampf

Jg.6 Nr.79 26.4.76

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

PORTUGAL/BRD

Wallraffs Enthüllungen ziehen Kreise

Wie wir in AK 78 berichteten, gelang es dem Journalisten Günter Wallraff, einen Putschversuch des faschistischen Ex-Generals und Ex-Staatspräsidenten Spinola in Portugal aufzudecken.

Inzwischen liegen weitere Enthüllungen von Wallraff vor, die insbesondere Strauß und die CSU noch mehr belasten. Mindestens ebenso entlarvend wie die Fakten selbst sind jedoch die Reaktionen des internationalen Putschsyndikats.

Strauß, Springer und der BND ...

Nachdem Strauß sofort nach Erscheinen der Wallraff-Reportage im „Stern" zugegeben hatte, was nicht mehr zu verschleiern war, daß er nämlich persönlich mit Spinola zusammengetroffen war, legte Wallraff inzwischen der Presse Tonbandaufnahmen vor, in denen der Spinola-Adjutant Dias erklärt: *„Vor ca. drei Wochen trafen Jose und ich im Bonner CSU-Büro Dr. Voss* (den persönlichen Referenten von Strauß – Anm. d. Red.) ... *Er ließ uns von Strauß ausrichten, daß sofort gehan-*

Anm. d. Red.) ... *Er ließ uns von Strauß ausrichten, daß sofort gehan-**delt werden müsse und daß wir mit niemandem außer ihm selbst Kontakt aufnehmen sollten ... Ich finde es irrsinnig, daß ich im Augenblick hier* (in Düsseldorf – Anm. d. Red.) *sitze, Dr. Strauß hat mich nämlich neulich in Genf angerufen, und ich war nicht da".* Und munter plaudert der Spinola-Referent weiter: *„Wenn ich meinen Aufenthaltsort wechselte, hinterließ ich bei Fräulein Haase stets die Telefonnummer, unter der ich zu erreichen war".*

Fräulein Haase ist die Sekretärin von Strauß in München.

Einen weiteren interessanten Zusammenhang deckte Wallraff auf:

Zwischen der MDLP und mindestens einem „Diplomaten" der Lissaboner BRD-Botschaft, dem Faschisten und mutmaßlichen BND-Agenten Oberacker bestehen die freundschaftlichsten Beziehungen.

Besonders anerkennend vermerkt der Spinola-Mitarbeiter Figueiredo, daß sich Oberacker gegenüber den vier Putschoffizieren, die sich nach dem mißglückten Rechtsputsch vom 11. März '75 bezeichnenderweise in die BRD-Botschaft geflüchtet hatten, *„ausgezeichnet"* verhalten habe. *„Er hat ihnen geholfen, wo er konnte".*

Wie eng die Beziehungen der MDLP zum Bundesnachrichtendienst tatsächlich sind, erläutert Spinola-Referent Dias: *„Ganz im Vertrauen, die CIA arbeitet ja eng mit deutschen Geheimdiensten zusammen. Wir haben über einen guten Freund Kontakt mit dem BND aufgenommen, der bei der Bundesregierung anfragte, ob es Unterstützungsmöglichkeiten für uns gäbe. Die SPD/FDP-Koalition hat abgelehnt. Das war ein echter Leidensweg für uns"* (Alle Zitate nach „Stern" 17).

An dieser Aussage wird deutlich, daß die Bundesregierung und die SPD zumindest zu diesem Zeitpunkt die andere Waffe des Imperialismus führten, die „friedliche" Infiltration über die Sozialistische Partei des Mario Soares, zu der sie die „Sozialistische Internationale" und CIA-Gelder benutzten. Eine direkte Unterstützung der portugiesischen Faschisten mit Waffenlieferungen M...

Fortsetzung auf Seite 3

DRUCKER–STREIKS

Nachdem die meisten Tarifrunden in diesem Jahr bereits um 5,4% und niedriger abgeschlossen wurden, sieht es in der Drucktarifrunde ganz anders aus. Am 13.4. lehnte die Tarifkommission der IG Druck und Papier (Drupa) den Spruch der 2. Schlichtungsinstanz über 5,4% einstimmig ab und bekräftigte einhellig die 9% (mindestens 140,- DM)-Forderung. Schon der Schiedsspruch der 1. Schlichtung hatte bei 5,4 % gelegen. Während der ganzen Zeit der Verhandlungen hatte es ähnlich wie im Metallbereich Warnstreiks gegeben und zwar in über 100 Betrieben, allein um die zweite Schlichtung herum streikten über 8.000 Drucker. Während aber bislang in allen gelaufenen Tarifrunden die Gewerkschaftsführer extremen Lohnabschlüssen zustimmten, „um den Aufschwung nicht zu gefährden" und auch die Drupa-Führer im Bereich der Papier- und Pappeindustrie bei 5,6 % bereits abgeschlossen haben, geht sie jetzt bei den Druckern „in die Vollen".

Die gesamte Tarifrunde war durch wortradikales Auftreten der Drupa in zahlreichen Flugblättern und im Zentralorgan gekennzeichnet:

„Wir wollen und müssen den sozialen Besitzstand sichern",

„die Zeit ist reif, daß wir uns gegen ein Lohndiktat zur Wehr setzen",

„Wehren wir uns gegen staatliche Lohnleitlinien bevor es zu spät ist".

„Wenn wir heute nachgeben, woher werden wir heute Mut und Entschlossenheit nehmen, um dem sozialen Abbau zu widerstehen".

len Abbau zu widerstehen".

Allerorten wurde von den Drupa-Führern mit Parolen der sonst verfolgten „Extremisten" gegen die Kapitalisten zu Felde gezogen. Im Zentralorgan fanden sich Überschriften wie: „das Märchen vom gemeinsamen Boot"; „das Märchen vom Aufschwung durch Lohnverzicht"; „das Märchen von den gefährdeten Druckereien"; „das Märchen von der steigenden Lohnquote" usw. usf. Das wurde dann jeweils in längeren Artikeln untermauert.

Unter diesen Parolen zieht die Drupa in die Urabstimmung, die am 27.4.76 in allen Druckerei-Betrieben stattfinden wird.

Nach dem Scheitern der zweiten Schlichtung fordert die Drupa offen dazu auf, Überstunden und Sonderschichten samt und sonders zu verweigern. Schon in den Verhandlungen vorher bewertete die Drupa die „illegal" laufenden Warnstreiks als einen Beweis, *„daß Widerstand möglich ist".* Zeitweise „beschwerte" sich der Hamburger Drupa-Führer Metzinger, daß so wenig los sei – unverholen wurden die Kollegen zu Warnstreiks aufgefordert, obwohl diese vor Abschluß der Schlichtungsprozedur als „illegal" gelten.

Die Kollegen, die es gewohnt sind, nicht nur von „ihren" Kapitalisten, sondern auch von den Gewerkschaftsführern was auf den Hut zu bekommen, wenn sie kämpferisch ihre Forderungen anmelden, begegnen diesem Stimmungsumschwung mehrheitlich mit großer Skepsis. Es wurde die berechtigte Meinung geäußert, daß es

rechtigte Meinung geäußert, daß es

trotz Warnstreiks zu einem niedrigen Abschluß kommen werde. In der Tat konnte es auch der oberster Drupa-Chef Mahlein nicht lassen, auszuplaudern, wo diese Tarifrunde enden werde: Es müsse *„eine 6 vor dem Komma stehen",* dann *„könne sich ein Abschluß herbeiführen lassen"* („Frankfurter Allgemeine", (FAZ), 23.4.76 und „Süddeutsche Zeitung" (SZ), 22.4.76).

Im Zentralorgan der Drupa wurde auch deutlich gemacht, daß die Drupa sich keineswegs von den anderen Gewerkschaften prinzipiell unterscheidet und nun dem Klassenkampf „verfallen" wäre, sondern daß die Drucktarifrunde sich durchaus in die Logik der Tarifpolitik auch der anderen Gewerkschaften einordnen soll, wenn es nach den Vorstellungen der Drupa-Führer geht. Das mag bei der z. Zt. an den Tag gelegten Radikalität zwar manchem paradox erscheinen, aber hören wir die Drupa-Führer selbst: *„Im Unterschied zu den Tarifabschlüssen anderer Gewerkschaften endet unser Tarifvertrag nicht schon Ende 1976, sondern läuft bis ins nächste Jahr hinein: bis zum 31. März 1977. Schon heute ist zu erwarten, daß andere Gewerkschaften im Sommer über einen ,Nachschlag' verhandeln"* (aus „druck und papier"-Extra, vom 2.4.76).

Damit hat die Drupa-Führung dargelegt, daß sie ihre Tarifpolitik sehr wohl im Rahmen der mit den Kapitalisten und der Bundesregierung abgesprochenen Lohnleitlinien sieht. Offensichtlich ist abgesprochen, daß

Offensichtlich ist abgesprochen, daß

bei dem zunehmenden und zu erwartenden „Aufschwung" (für die kapitalistischen Profite) bei zunehmender Unruhe in den Betrieben „einmalige" Beruhigungstropfen ausgeteilt werden sollen (denn bekanntlich können „Nachschläge", die ja nicht im Tarifvertrag vereinbart und somit lediglich versprochen sind, nur mit der Zustimmung der Kapitalisten gezahlt werden).

Den Drupa-Führern kommt offensichtlich die Rolle zu, den Versuch zu machen – nachdem fast alle Tarifrunden bereits abgeschlossen sind – diese zu erwartende Unruhe quasi vorwegzunehmen und auszuloten, ob mit geringfügig höheren Abschlüssen sich die Kollegen bis zum 31.3.77 abspeisen lassen.

Dabei ist auffallend, daß neben dem lauten Wortgerassel um di[e] Lohnforderung selbst von den G[e]werkschaftsführern andere Ve[r]schlechterungen für die Kollegen mit ins Feld geführt werden. Mahlein erklärte dazu: *„Abbau freiwilliger Leistungen, das Arbeitstempo w[...] steigert und die Betriebe von [...] kräften leergefegt. Der L[...] druck nahm zu ... Das alles i[...] Grundlage für eine große Ante[il]nahme an den Tarifauseinandersetzungen"* („SZ", 21.4.76).

(gesamte ... 1974 ... up-

In der Tat ist der Unmut in [den] Betrieben über die verstärkte Arbe[its]hetze und schlechtere Arbeitsbedingungen groß. Die Gewerkschaftsführer fordern deshalb auf, Überstunden

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung auf Seite 2

Genosse Edgardo Enriquez verhaftet

Im Rahmen der immer schärfer werdenden Repressionskampagne der faschistischen argentinischen Militärs wurden am 10. April in Buenos Aires der Genosse Edgardo Enriquez Espinoza (Mitglied der Politischen Kommission und Mitbegründer des chilenischen MIR) und andere Revolutionäre verhaftet. Edgardo, der seit Ende 1973 für den MIR wichtige Aufgaben im Ausland wahrgenommen hat, befindet sich damit in höchster Gefahr!

„Wir fürchten, wegen der kontinentalen Zusammenarbeit der repressiven Kräfte, in diesem Fall der chilenischen und argentinischen Militärs, ... daß Edgardo Enriquez den chilenischen Militärs ausgeliefert worden ist oder daß er von den Gorillas eines der beiden Länder umgebracht wurde ... Die internationale Solidaritätsbewegung muß von der argentinischen Regierung fordern, daß sie die Verhaftung von Edgardo Enriquez zugibt, um seine Ermordung zu verhindern und seine Freilassung zu erreichen.

Retten wir das Leben des Genossen Edgardo Enriquez!"
(aus einer Erklärung der MIR-Vertretung in der BRD vom 22.4.).

Die Leitung des KB und die AK-Redaktion unterstützen diesen Aufruf und fordern alle Genossinnen und Genossen sowie alle anderen Leser dieser Zeitung auf, die Verhaftung von Genossen Edgardo in Schreiben und Anrufen bei der argentinischen Botschaft in Bonn zu verurteilen und seine Freilassung zu verlangen. Entschließungen dieses Inhalts werden wir auch für alle 1.-Mai-Veranstaltungen unserer Organisation vorbereiten und zur Abstimmung stellen.

Protestschreiben vor allem auch an: Innenminister General Albano Harguindeguy, Buenos Aires, Argentinien.

Wir wissen, daß wir siegen werden!

„Das Ziel der fortschrittlichen Kräfte ist eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Struktur Libanons. Der einzige Weg die Faschisten zu schlagen ist es, ihnen mit Gewalt entgegenzutreten. Man kann mit den Faschisten keine Kompromisse schließen. Das ist etwas, was die fortschrittlichen Kräfte ebenfalls gelernt haben. In Libanon ist eine soziale Revolution im Gange" (PFLP-Sprecher).

Artikel S.6

Blick in die Welt

Bullen schießen auf Passanten

Am Ostersonnabend schossen Hamburger Polizisten am Steindamm wieder scharf. Drei Menschen, davon zwei unbeteiligte Passanten, wurden dabei verletzt.

Die Polizei hatte Wind von einem geplanten Überfall auf das Musikgeschäft „Detmering" bekommen. Polizisten des Dezernats Altona versteckten sich daraufhin im Laden.

Die Polizei beobachtete bereits den ganzen Vormittag die Täter, die gegen Mittag den Ladenraum betraten. Dort übergab man ihnen ungehindert 3.600 DM. Die Bullen traten erst in Aktion, als die Täter den Laden verließen. Die Polizisten zogen ihre Maschinenpistolen, worauf es zu einer Schießerei kam. Ein Dieb wurde niedergeschossen. Zwei Passanten wurden getroffen, als ein Bulle blindlings auf die Eingangstür hielt. Man kann von Glück sagen, daß bei diesem Vorgehen nicht noch mehr Opfer oder gar Tote zu beklagen sind.

In den nächsten Tagen wurde Kritik in der bürgerlichen Presse laut, daß gewöhnliche Polizisten und nicht das MEK (Mobiles Einsatz-Kommando) die Aktion durchgeführt haben. Das MEK war in Hamburg am Steindamm bereits zweimal in Aktion getreten: Der Bankräuber Goncalves wurde von Scharfschützen des MEK aus wenigen Metern Entfernung in einer für ihn aussichtslosen Position abgeknallt. Ebenfalls „abgeschossen" wurde der Jugendliche Stephan Beyer, als er im Suff in eine Filiale der Hamburger Sparkasse eingestiegen war. Von offizieller Seite wurde das Verhalten der Bullen gedeckt. Innensenator Staak: *„Nach bisherigen vorliegenden Erkenntnissen halte ich den Schußwaffengebrauch in dieser Situation für angemessen."* Polizeipräsident Redding ist auch der Überzeugung, daß „seine Leute" richtig gehandelt haben, möglicherweise sei der eine Beamte nicht mehr ganz Herr der Lage gewesen.

Mit diesem Vorgehen soll die Bevölkerung an den Schußwaffengebrauch gewöhnt werden. Die Diskussion und Kritik an der Praxis des Todesschusses soll gar nicht erst aufkommen. ●

DRUCKER-STREIKS

...tzung von S. 1

..nd Sonderschichten zu verweigern. Welches Ausmaß der Druck auf die Kollegen angenommen hat, zeigt die Tatsache, daß allein die Verweigerung von einigen Überstunden viele Zeitungen und Zeitschriften erheblich dünner werden ließ.

Letzteres zeigt auch, daß solche Aktionen den Kapitalisten nicht be-

Der Kapitalistenverband behauptete zwar, er *„hoffe"* auf *„die Vernunft der Drucker"* („FAZ", 22.4.76) und forderte sogar die Kollegen auf, *„sich an der Urabstimmung zu beteiligen"* („FAZ", 23.4.76). Doch die Kapitalisten richten sich mehr darauf ein, den Kollegen „Vernunft" gewaltsam beizubringen. Die Kapitalisten erklären sich für

Nach dem CDU-Bildersturm
Anonyme Drohungen und Gerichtsverfahren gegen Staeck

Wir berichteten im letzten ARBEITERKAMPF über den Bildersturm in SA-Manier, den prominente CDU/CSU-Politiker gegen eine Bonner Ausstellung des Graphikers Klaus Staeck verübten.

Staeck gab gegenüber dem Westberliner „Extra-Dienst" an, daß er seitdem von Anrufern bedroht und in anonymen Briefen beschimpft wird. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Parlamentarischen Rechtsausschusses, Lenz, hat gegen Staeck eine Einstweilige Verfügung erwirkt, die ihm untersagt, ein Plakat zu verbreiten, auf dem der Lenz-Ausspruch „Auf Eigentum kommt es hier nicht an" geschrieben ist. Diesen Ausspruch machte Lenz, im Zivilberuf Rechtsanwalt, als er ein Plakat, das der SPDler Lutz gekauft hatte, von der Wand herunterriß und zerstörte. Der Gerichtsbeschluß der 7. Zivilkammer des Landgerichts Bonn ist bei einem Streitwert von 30.000 DM gegen Staeck, den SPD-Vize Koschnik und den Bremer Senator für Bundesangelegenheiten, Willms, gerichtet. (In der Bremer Landesvertretung in Bonn ist die Staeck-Ausstellung wiedereröffnet worden.) Staeck hat gegen die Einstweilige Verfügung Widerspruch eingelegt. („Extra-Dienst", 15.4.76)

DGB-Bundesvorstand verbietet Staeck-Plakate

Ohne Staeck direkt beim Namen zu nennen, hat der DGB-Bundesvorstand in einem Schreiben vom 26.3.76 seinen Funktionären und Mitgliedern verboten, Plakate, *„die eindeutig gegen die CDU gerichtet sind"* in gewerkschaftlichen Einrichtungen aufzuhängen. In dem Schreiben, das von Karl Schwab unterzeichnet ist, heißt es u.a.: *„In den letzten Wochen mehren sich die Proteste dagegen, daß in unseren Jugendbildungsstätten Plakate, die eindeutig gegen die CDU bzw, ihre Repräsentanten gerichtet sind, ausgehängt werden. Bei allem Verständnis... sind gewerkschaftliche Einrichtungen nicht der geeignete Ort für den Aushang solcher Plakate... in Einrichtungen der parteipolitisch unabhängigen Gewerkschaften des DGB haben sie keinen Platz. Das gleiche gilt für Plakate der portugiesischen Partei."*

Dann werden die Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre aufgefordert, aus allen Büros, Jugendbildungsstätten etc. die bemängelten Plakate zu entfernen. Begründet wird diese Anbiederung an die CDU mit – man höre und staune – der *„Erhaltung unserer Einheitsgewerkschaft"*. (Das Schreiben Schwabs ist vollständig abgedruckt im „Informationsdienst", Nr. 120, 10.4.76). ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Seit Chile wissen wir genauer, was die CDU von Demokratie hält.

-Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm.-
Bruno Heck (früherer CDU-Generalsekretär) am 18.10.73 in der Süddeutschen Zeitung

dern verboten, Plakate, *„die eindeutig gegen die CDU gerichtet sind"* in gewerkschaftlichen Einrichtungen aufzuhängen. In dem Schreiben, das von Karl Schwab unterzeichnet ist, heißt es u.a.: *„In den letzten Wochen mehren sich die Proteste dagegen, daß in unseren Jugendbildungsstätten Plakate, die eindeutig gegen die CDU bzw, ihre Repräsentanten gerichtet sind, ausgehängt werden. Bei allem Verständnis... sind gewerkschaftliche Einrichtungen nicht der geeignete Ort für den Aushang*

DRUCKER-STREIKS

...tzung von S. 1

..nd Sonderschichten zu verweigern. Welches Ausmaß der Druck auf die Kollegen angenommen hat, zeigt die Tatsache, daß allein die Verweigerung von einigen Überstunden viele Zeitungen und Zeitschriften erheblich dünner werden ließ.

Letzteres zeigt auch, daß solche Aktionen den Kapitalisten nicht besonders ans Leder gehen: Die Zeitungen sind zwar vorübergehend dünner, aber erscheinen weiter. Nach Abschluß der Tarifrunde läuft alles wie gehabt, und die Kapitalisten werden den Leistungsdruck weiter verschärfen und noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren. So betrachtet haben die Kollegen von der Wortradikalität der Gewerkschaftsführer nicht viel zu erwarten, und es ist zumindest verständlich, daß immer noch sehr viele Kollegen eine abwartende Haltung einnehmen.

Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß in einigen Landesbezirken der Gewerkschaft nach der Urabstimmung größere Streikaktionen durchgeführt werden sollen. Unserer Kenntnis nach wurden lediglich im Bezirk Nordmark überall außerordentliche Mitgliederversammlungen in Vorbereitung auf die Urabstimmung durchgeführt, und in West-Berlin gab es eine große Funktionärsversammlung.

Der Bezirk Nordmark zeichnet sich zwar vor anderen keineswegs durch besondere Kampferfahrung und -stärke aus. Dort wurde aber in Flensburg auf der Mitgliederversammlung am 24.4. vom angereisten Mitglied der Großen Tarifkommission angekündigt, man solle sich auf den „schärfsten Tarifkampf der Nachkriegsgeschichte in der Druckindustrie" einstellen. Auf der Sitzung des Frauenausschusses am 21.4. in Hamburg wurden bereits scharfe Gegenmaßnahmen wie Aussperrungen der Kapitalisten in Aussicht gestellt und die Kolleginnen vor Eigenmächtigkeiten gewarnt, die den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge hätten. Auf der Hamburger Mitgliederversammlung vom 24.4. setzte sich der Ortsvereinsvorstand selbst zur Streikleitung ein und drohte allen Kollegen den Ausschluß aus der Gewerkschaft an, die nicht den Anweisungen der zentralen Streikleitung folgen würden.

Aus Niedersachsen hingegen ist uns überhaupt keine Mitgliederversammlung bekannt und beispielsweise in Essen – im mitgliederstärksten Ortsverein Nordrheinwestfalens soll lediglich die turnusmäßige Delegiertenversammlung stattfinden – dort warnte bislang auch der Ortschef der Drupa in Bremsermanier allerorten vor „Illusionen": Mehr als 6 % springen doch nicht raus!

Der Kapitalistenverband behauptete zwar, er *„hoffe"* auf *„die Vernunft der Drucker"* („FAZ", 22.4.76) und forderte sogar die Kollegen auf, *„sich an der Urabstimmung zu beteiligen"* („FAZ", 23.4.76). Doch die Kapitalisten richten sich mehr darauf ein, den Kollegen „Vernunft" gewaltsam beizubringen. Die Kapitalisten erklären sich für *„geschlossen wie nie"* und Aussperrungen wurden bereits angesagt („Handelsblatt" (HB), 21.4.76).

Gleichzeitig werden bereits alle Maßnahmen vorbereitet, um die weitere Zeitungsherausgabe sicherzustellen. So sitzen die Springer-Redakteure von „Hör zu" schon mit dem Koffer in der Hand abflugbereit nach Österreich und müssen sich auch auf vorzeitigen Abschluß der Redaktionsarbeit einstellen. „Die Welt" soll bei der „Le Monde"-Druckerei in Paris weitererscheinen, während die „Bild"-Zeitung nach Holland oder Belgien verlagert werden soll, falls es zu einem Flächenstreik kommen sollte, sonst soll der Druck auf andere BRD-Betriebe verteilt werden. (Es wäre durchaus denkbar, daß den Springer-Kapitalisten die Kampfstärke etwa der belgischen Drucker einen Strich durch die Rechnung machen könnte, die erst vor einigen Monaten Zeitungen, die in Frankreich nicht mehr gedruckt werden konnten, malerisch mit schwarzer Farbe übergossen haben. Einen nationalen Streik in der BRD allerdings haben die Gewerkschaftsführer schon lange nicht mehr ausgerufen!)

Die Druckkapitalisten sehen eventuellen Streikmaßnahmen sehr gelassen entgegen und vertrauen darauf, bei der derzeitigen Kampfkraft den Kollegen eine Niederlage beibringen zu können bzw. „Vernunft", wie sie es nennen.

Das veranlaßt uns keineswegs, aus der betrachtenden und lediglich „nörglerischen" Ecke her die Kollegen wesentlich nur auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Andererseits sehen wir die Dinge auch nicht so, daß jetzige Kampfaktionen auch nach Tarifabschluß automatisch oder langfristig die Kampfkraft der Drucker erhöhen würden, weil es eben gemeinsame Kampfaktionen gegeben hat. Dort, wo es gelingt, die Kämpfe über die pure Unterstützung der Lohnforderungen hinaus zu erweitern und direkte Angriffe der Kapitalisten auf die Kollegen in eigener Initiative erfolgreich aufs Korn zu nehmen, können Grundlagen geschaffen werden, die Kampfkraft der Drucker auch über die Tarifrunde hinaus nachhaltig zu stärken! ●

Druck-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

China: Massenkritik im ganzen Land an den „kleinen Dengs"

Nachdem das Politbüro des ZK der KP Chinas am 7. April seinen einstimmigen Beschluß bekanntgegeben hat, den früheren Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Generalstabschef Deng Hsiao-ping aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben, hat in China eine Massenkritik an Deng und an den „kleinen Dengs" auf allen Ebenen eingesetzt.

Westliche Journalisten, denen Gelegenheit gegeben wurde, die südchinesische Provinz Yünnan zu besuchen, berichteten beispielsweise, daß dort Tschia Tschi-yün, 1. Sekretär der KP und Vorsitzender des Revolutionskomitees, unter Beschuß geraten ist. Massendemonstrationen gegen ihn haben stattgefunden, auf Wandzeitungen wird er als **„Dengs Repräsentant in Yünnan"** kritisiert.

Tschia Tschi-yün gehört offensichtlich zu den ‚Vertretern des kapitalistischen Wegs', die in den letzten Monaten von Deng Hsiao-ping und seiner Gruppe in verantwortungsvolle Positionen geschleust wurden. Tschia war früher 1. Sekretär der KP in der Provinz Kueichou, wurde während der Kulturrevolution „entmachtet", trat erst am 1. Oktober 1975 (!) anläßlich des Nationalfeiertages wieder in der Öffentlichkeit auf und wurde schon eine Woche später in seine jetzigen Positionen eingesetzt, nachdem der Vorgänger in diesen Ämtern am 30.10.75 gestorben war.

Mit Tschia Tschi-yün zusammen waren am 3.10.75 übrigens u. a. der frühere Unterrichtsminister Yang Hsiu-feng, fünf frühere Stellvertretende Kulturminister sowie frühere Stellvertretende Minister für Handel, Finanzen und für Gesundheitswesen „rehabilitiert" worden – alles Funktionäre, die während der Großen Proletarischen Kulturrevolution „entmachtet" worden waren.

Wenn bisher aus anderen Provinzen derartige Massenkritiken wie in Yünnan nicht bekannt wurden, so dürfte das lediglich daran liegen, daß westliche Journalisten nur ausnahmsweise (wie in diesem Fall nach Jünnan) dorthin gelangen.

Die „Rehabilitierung" fast aller in der Kulturrevolution „gestürzten" Funktionäre scheint als Prinzip auch heute noch nicht von der Führung der KP Chinas in Frage gestellt zu werden. Immerhin heißt es aber in Kritiken an Deng & Co. auch schon, sie *„setzten im Namen der Durchführung der Politik diejenigen wieder in Amt und Würden ein, die in Vergessenheit geraten waren"* (eine auf Konfuzius zurückgehende Formel für die restaurative Wiedereinsetzung von Personen), und: *„Sie wollten diejenigen Personen, die den kapitalistischen Weg gehen, welche mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution unzufrieden sind und alte Rechnungen begleichen wollen, in wichtige Positionen bringen"* („Renmin Ribao", „Volkszeitung", 29.2.76).

Dies zeigt, daß die Welle von „Rehabilitierungen" nicht einfach Ausdruck der Politik ist, „jedem wieder eine Chance" zu geben (wenn er dann, wie Deng Hsiao-ping, sich als „reuelos" erweist, ist's halt Pech ...), sondern daß zumindest ein Teil der „Rehabilitierungen" direkt auf das Konto der Gruppe um Deng Hsiao-ping und des von ihnen entfachten „Wind von rechts" kommen.

In vielen Kritiken an Deng Hsiao-ping in den letzten Monaten war immer wieder von mehreren „Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg" die Rede. Wer zu dieser Gruppe noch gehört, ist bisher unklar geblieben. Einige dieser „Parteimachthaber" auch in den zentralen Gremien der KPCh zu vermuten, scheint jedoch wohl nicht abwegig! Das Wort haben jetzt die chinesischen Massen! ... ●

Die Massen haben Deng Hsiao-ping gepackt. Jetzt sind die „kleinen Dengs" im ganzen Land an der Reihe! – Chinesische Wandzeitung gegen Deng Hsiao-ping (unten links).

Wallraffs Enthüllungen ziehen Kreise

Fortsetzung von Seite 1

zu diesem Zeitpunkt das Spiel der SPD eher gefährdet, sie überließ es daher dem CIA, der CDU/CSU und dem CSU-dominierten BND.

In einem Interview, das Wallraff am 14.4. den „Portugal-Nachrichten" gab, weist er noch auf einen weiteren Zusammenhang hin: In einem Artikel, den Chefredakteur Kremp in der „Welt" zur Verteidigung von Strauß und Spinola veröffentlichte, benutzt er ganz eindeutig Material, das Spinola dem BND hat zukommen lassen. Der Artikel beginnt mit dem Satz: „*Wie gerade aus Quellen des Bundesnachrichtendienstes aus Pullach bekannt wird, planen linke Kubaner und linksextreme Deutsche einen Putsch in Portugal*". Überschrieben ist der Artikel „Nebelschwaden von links". Kremp spielt hier das altbekannte Demagogenspiel der Faschisten, die immer, wenn man ihnen auf die Schliche kommt, laut schreien „Haltet den Dieb", und glauben, auf diese Weise die Aufmerksamkeit von sich auf andere, nämlich die Kommunisten, lenken zu können.

Sozialistenblatt stellt sich vor die Faschisten

Bezeichnenderweise wandte in Portugal ausgerechnet die Zeitung „A Luta", die völlig auf Soares-Linie liegt, dieselbe Taktik an. Sie erklärte die Wallraff-Enthüllungen ganz schlicht zu einem „*typischen Schlag des internationalen Kommunismus*" und stempelte Wallraff zu einem Werkzeug der PCP, weil er in einer „kommunistischen Kooperative" mitgearbeitet habe. Auf diese Weise wich sie jeglicher Auseinandersetzung mit den Inhalten der Enthüllung aus und versuchte noch, Wahlkampfmunition ausgerechnet gegen die PC daraus zu gießen.

Allerdings hat die PS handfeste Gründe, einer solchen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen: Nicht nur die Tatsache, daß sie sich bisher jeglicher Strafverfolgung der Faschisten widersetzt hat, daß sie die faschistische Gefahr ständig verharmlost, macht sie zum objektiven Komplizen der Faschisten, sondern Mario Soares hatte gerade vor ein paar Wochen der französischen Journalistin Dominique Pouchin gegenüber erklärt: „*Er sollte zurückkommen und sich dem Urteil seiner Landsleute stellen. Ich habe keine Angst vor seiner möglichen Bedeutung in einem demokratischen Portugal. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß es dumm ist, ihn in die Rolle eines Konterrevolutionärs zu drängen*".

Spinola ist also, nach der Logik von Soares, „eigentlich" gar kein Konterrevolutionär, sondern er wird nur dazu gemacht, wahrscheinlich durch ungerechte Behandlung oder so ...

Der Oberbefehlshaber der portugiesischen Luftwaffe, Morais da Silva, der von MDLP-Leuten, mit denen Wallraff gesprochen hatte, als „Verbündeter im Revolutionsrat" bezeichnet wurde, und der ein erklärter Faschist ist, sagte zu diesem Vorwurf lediglich: „*Ich halte es für absolut unmöglich, daß sich General Spinola auf derartige Abenteuer einläßt. Natürlich habe ich den General seit dem 28. September nicht mehr gesehen, und es ist möglich, daß er völlig verrückt geworden ist. Aber er weiß sehr gut, daß ein solches Abenteuer früher oder später scheitern muß. ... Ich habe den Verdacht, daß das alles eine arrangierte Sache ist, die sorgfältig zusammengestellt ist, damit bestimmte Kräfte der Linken, namentlich die PC, Gewinn aus diesem ‚journalistischen Putsch' ziehen*". („A Capital", 14.4.76).

Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Azevedo: „*Ich halte den Bericht für authentisch, aber nicht allzu wichtig. Ich kenne Spinola sehr genau und möchte nicht, daß er schlechtgemacht wird. Spinola ist politisch ein toter Mann*" („A Capital", 11.4.76).

Und der Oberbefehlshaber des Heeres, der Faschist Ramalho Eanes, der ebenfalls von den MDLP-Leuten als ihr Verbündeter im „Revolutionsrat" benannt wurde, verstieg sich sogar zu der Demagogie, die Panzer, die unter seinem Befehl stehen, seien Garanten gegen jeden Putsch, allerdings nützt das „*unverantwortliche Gerede vom Putsch*" nur der extremen Rechten („A Capital", 10.4.76).

Im Kern sind alle diese „Dementis" völlig gleich: Es geht darum, um jeden Preis zu beschwichtigen und zu beschönigen.

Hauptlinie der Bourgeoisie: die Faschisten aufpäppeln – die Linken vernichten

Von Strauß bis da Silva gehen alle Erklärungen darauf aus, das ganze „Gerede vom Putsch" als einen Trick der Kommunisten darzustellen, und sich für den „Fall des Falles" vorsichtig von der Figur Spinola zu distanzieren. Keiner der Exponenten dieser Affaire hält es jedoch für nötig, sich von der Mörderbande MDLP zu distanzieren, geschweige denn von der CDS, die ja nichts anderes ist als der „legale Arm" der MDLP, wie Wallraff eindeutig nachgewiesen hat. Eine solche Distanzierung ist diesen Kräften allerdings auch gar nicht möglich, sie wäre gleichbedeutend mit einer politischen Selbstaufgabe, denn die CDS verfolgt keine anderen Ziele als die der portugiesischen Bourgeoisie und der Imperialisten.

So ist es überhaupt nicht erstaunlich, daß der MDLP, die für unzählige Terroranschläge gegen Demokraten und Kommunisten verantwortlich ist, vom Staatsapparat kein Härchen gekrümmt wird. Weder wurde irgendeine Maßnahme darauf verwendet, den ziemlich genauen Angaben, die Wallraff über die MDLP und die CDS gemacht hat, nachzugehen, noch wurde bisher der geringste Versuch unternommen, auch nur einen Terroranschlag aufzuklären.

Das neugeschaffene „portugiesische MEK", die Schockpolizei der PSP, hat bisher ausschließlich CDS- und PPD-Veranstaltungen gegen die Gegendemonstrationen der Linken geschützt, und dabei bereits geschossen, wobei es einen Toten und eine Reihe Verletzte gab.

Demgegenüber können die Terrorkommandos der Faschisten im Norden völlig unbehindert durch die Staatsmacht linke Wahlveranstaltungen auseinanderprügeln und Büros der kommunistischen Parteien verwüsten.

Ginge es nach dem Willen der portugiesischen Faschisten und solcher Leute wie Strauß, dann werden aus den Terrorkommandos der MDLP bald Vernichtungskommandos, die nach chilenischem Vorbild alles, was „marxistisch" ist, mit Stumpf und Stiel ausrotten.

Damit es dazu nicht kommen kann, müssen die portugiesischen Antifaschisten noch energischere Anstrengungen beim Aufbau der antifaschistischen Einheitsfront machen.

Aber auch wir westdeutschen Antifaschisten müssen stärker als bisher die Machenschaften der Strauß, Springer und Co. bekämpfen.

In unserem Interesse und im Interesse aller vom Imperialismus unterdrückten Völker! ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

UDP-Kandidat ermordet

Große Protestbewegung gegen den faschistischen Terror

Während der Wahlkampagne zum portugiesischen Parlament verstärkten sich die Terroranschläge der faschistischen Banden ELP und MDLP.

Am 3. April erreichte die Terrorwelle, die sich hauptsächlich auf den Norden konzentriert, einen Höhepunkt: Der Pfarrer Maximino (32), unabhängiger Kandidat der UDP in Vila Real, und die Schülerin Maria de Lurdes (18), Sympahtisantin der UDP, wurden beim Einsteigen in das Auto von Padre Maximino durch eine Bombe getötet, deren Zünder mit dem Anlasser des Wagens gekoppelt war.

Padre Maximino war einige Tage vorher vom zuständigen Bischof wegen seiner Kandidatur für die UDP vom Dienst suspendiert worden.

Das Verbrechen weckte in ganz Portugal bei allen demokratischen und antifaschistischen Menschen und Organisationen einhellige Empörung. Für den 5. April, dem Tag der Beerdigung, rief die Leitung der UDP zu einer antifaschistischen Demonstration vor dem Präsidentenpalast in Lissabon auf.

In Vila Real nahmen mehr als 10.000 Menschen an einer Demonstration anläßlich der Beerdigung teil, darunter auch viele Christen, die von der Organisation „Christen für den Sozialismus" aufgerufen worden waren, sowie Mitglieder von PCP und PS.

Außerdem hatten die Organisationen und Parteien MES, FSP, PRP, AEPPA (Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener) und CLARP (Komitee für die Freilassung der nach dem 25. November Inhaftierten), sowie einzelne Gewerkschaften und die Kriegsversehrtenorganisation zu den Demonstrationen in Vila Real und Lissabon aufgerufen.

Maria de Lurdes

Pfarrer Maximino

In Flugblättern und Kommuniques verurteilten auch MDP und PCP, sowie weitere katholische Gruppen den Anschlag und wiesen darauf hin, daß die „Sicherheitsorgane des Staates" offenbar nichts gegen den faschistischen Terror unternehmen. Sogar Staatspräsident Costa Gomes sah sich genötigt, der UDP ein Beileidstelegramm zu schicken.

Terroropfer beraten Gegenmaßnahmen

In den letzten Wochen sind in Nordportugal gegen mehr als 200 fortschrittliche Menschen Terroranschläge durchgeführt worden.

Außerdem wurde am 22.3. in der Universität von Porto ein Bombenanschlag gegen den Kongreß der Textilarbeitergewerkschaft verübt, bei dem glücklicherweise niemand zu Schaden kam. Mehr als 50 Opfer solcher Anschläge führten am 5. April in Porto eine Pressekonferenz durch, in der sie der Öffentlichkeit einen Überblick über das Ausmaß des faschistischen Terrors gaben.

Sie wiesen besonders darauf hin, daß zusätzlich zu den Bombenanschlägen eine Flut von Erpressungen, Einschüchterungen und Verleumdungen von den Faschisten inszeniert wird, die bisher von der Öffentlichkeit kaum beachtet wurde.

Angesichts der totalen Passivität des Staatsapparats gegenüber dem Terror der Rechten schlugen die Teilnehmer der Pressekonferenz vor, daß die Bevölkerung eigene Sicherheitsmaßnahmen ergreifen müsse und Gruppen aufstellen müsse, die die „Wachsamkeit des Volkes" organisieren. ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Beerdigung der beiden Genossen

Wahlen in Portugal

Zwei Jahre nach dem Sturz des faschistischen Regimes am 25. April 1974 haben in Portugal Parlamentswahlen stattgefunden.

An der Wahl haben sich die folgenden Parteien beteiligt:

- PS, die eng mit der SPD verbundene, von dieser mitgegründete und finanzierte „Sozialistische" Partei. Sie bekam bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 1974 37,9 % der Stimmen.
- PPD, bezeichnet sich als „sozialdemokratisch", steht aber weit rechts, leistet für die Bourgeoisie eine reaktionäre, konterrevolutionäre Massenmobilisierung im Kleinbürgertum. 1974: 26,4 %.
- PCP, „kommunistische" Partei, derzeit zusammen mit PS und PPD in der Regierung. 1974: 12,5 %. Bei der Wahl dürften ihr weitgehend auch die Stimmen der ihr nahestehenden MDP zugute gekommen sein, die 1974 4,1 % bekam und diesmal nicht kandidiert.
- CDS, „Bruderpartei" der CDU/CSU. Ein Sammelbecken alter Faschisten. Die Enthüllungen Wallraffs haben Beweise geliefert, daß die CDS teilweise direkt als legaler ‚politischer Arm' der Putschisten um Spinola dient. 1974: 7,6 %.
- PDC, bezeichnet sich ebenfalls als christdemokratisch. Sie war zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1974 nicht zugelassen worden, da sie allzu offensichtlich in Spinolas Putschversuch vom 11. März verwickelt war.
- PPM, monarchistische und von daher konservative Partei. 1974 weniger als 1 % der Stimmen.
- MES, ‚Bewegung der Sozialistischen Linken', befreundete Organisation des KB. 1974: 1,02 %.

Der MES hatte sich vor Beginn der Wahlkampagne um ein Wahlbündnis insbesondere mit PRP (spontaneistische Gruppierung), UDP und FSP bemüht. Die PRP hat sich jedoch für ‚Wahlboykott' entschieden, UDP und FSP waren zu einem Wahlbündnis nicht bereit.

- UDP, ‚Massen' – und Wahlorganisation der „marxistisch-leninistischen" PCP (R). 1974: 0,79 %. Hat wegen ihres relativ höheren Stimmanteils im Wahlbezirk Lissabon (1,67 %) den einzigen Abgeordneten der nicht-revisionistischen Linken in der Verfassungsgebenden Versammlung. Bei dieser Wahl dürften ihr auch die Stimmen zweier anderer „ML"-Gruppen zugute kommen, die diesmal nicht kandidieren und 1974 zusammen 0,8 % der Stimmen hatten.
- FSP, Linkssozialisten. 1974: 1,17 %. Ihr Einfluß dürfte seither relativ stark zurückgegangen sein.
- MRPP, kleinbürgerlich-„radikale" Partei, die in erster Linie den „Sozialfaschismus" der PCP angreift und eine Provokateursrolle spielt. Durfte 1974 nicht an den Wahlen teilnehmen.
- LCI, Trotzkisten. 1974: 19 %.
- AOC, Wahlpartei der „PCP(ml)", ‚Bruderpartei' der „KPD". Propagiert Bündnis mit der „demokratischen" Bourgeoisie und mit den EG-Imperialisten, fordert verstärkte Unterdrückung der „Sozialfaschisten" (PCP) und „ihrer Lakaien" (gesamte nicht-revisionistische Linke). 1974 nicht zu den Wahlen zugelassen.
- PRT, kleinere trotzkistische Gruppe.

Die „ersten freien Wahlen"?

Die Bürgerlichen sprechen von den „ersten freien Wahlen" in Portugal. Damit soll auch behauptet werden, daß die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1974 nicht „richtig frei" gewesen seien, da sie „von den linken Militärs kontrolliert" worden seien.

Inzwischen hat der konterrevolutionäre Militärputsch vom 25. November die Entfernung aller Linken aus dem ‚Revolutionsrat' und allen militärischen Funktionen, die Auflösung der linken Einheiten, ein im Sinn der Bourgeoisie „freieres" Klima geschaffen.

Wie sieht dieses aus? Zwar ist diese Wahl in Portugal immer noch insgesamt freier, demokratischer, als etwa in der BRD. So werden die Vorstellungen aller Parteien, auch der PCP, selbst der kleinen linken Organisationen, sehr breit und ohne Diskriminierung in einem großen Teil der Tagespresse dokumentiert. Auch in Rundfunk und Fernsehen steht den kleineren Organisationen relativ viel Zeit zur Verfügung, um ihre Vorstellungen darzulegen.

Die andere Seite ist, daß die Wahlen, verglichen mit 1974, in einem Klima vor sich gehen, das stark vom faschistischen Terror geprägt ist. In vielen Orten des Nordens sind PCP und andere Linke politisch nicht mehr vorhanden, nachdem faschistische Banden ihre Büros zerstörten und das Leben ihrer Mitglieder bedrohen. Bombenanschläge auf Wohnungen und Autos von Linken sind an der Tagesordnung. Während der Wahlkampagne gab es sechs Opfer des Terrors: Ein Kandidat und eine Sympathisantin der UDP wurden durch eine Bombe in ihrem Auto ermordet; ein Mann starb, als die Polizei in Beja (Südportugal) in eine demonstrierende Menge von Antifaschisten schoß; zwei Menschen starben bei einem Bombenanschlag auf die kubanische Botschaft in Lissabon; eine junge Frau wurde bei einem Bombenanschlag auf ein Büro der MDP (der PCP nahestehend) ermordet.

Dieses Klima ist nur möglich durch die vollständige Duldung des bürgerlichen Staatsapparats. Polizei und Armee, seit dem 25. November geschult in ‚Großfahndungen' und ‚Razzien' gegen die Linke (wobei nie mehr zutage kam als ein paar

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von S. 3

Schrotflinten auf den landwirtschaftlichen Kooperativen), hat bis heute nichts gegen den faschistischen Terror, gegen die Banden Spinolas und der CDS, unternommen. Vielfach arbeiten diese Hand in Hand mit Staatsbeamten.

Im übrigen wurden praktisch alle nach dem 25. April 74 verhafteten ‚PIDEs' (Geheimpolizisten und Folterer) und sonstigen faschistischen Verbrecher freigelassen; ebenso wie die verhafteten Beteiligten an Spinolas Putsch vom 11. März.

In großen Teilen des Nordens können PCP und andere Linke praktisch nicht mehr offen arbeiten. Dieses Klima beeinträchtigt sogar die ‚Chancen' der PS und PPD, die 1974 stärkste Partei im Norden war, aber diese Rolle diesmal wohl an die CDS abtreten muß.

Das Klima der Wahlen wird unterstrichen durch die Tatsache, daß für den Wahltag ein Generalalarm der Streitkräfte angesetzt ist und daß einen (!) Tag nach den Wahlen ein NATO-Manöver in Nordportugal beginnt, dessen Teilnehmer nur zum kleinen Teil Portugiesen sind. Sicher ist es auch kein Zufall, daß ausgerechnet während der Wahlkampagne der zweite Teil des sogenannten Untersuchungsberichts über den angeblichen Linksputsch vom 25. November veröffentlicht wurde, der insbesondere die PCP, den MES und die PRP wieder schwer „belastet", und dessen Veröffentlichung den Rechten dient.

Zum Klima des Terrors gehört auch das provokatorische Auftreten der Rechten in vielen Orten des Südens, wo sie bisher keinen Stich bekommen haben. So beispielsweise in Beja, wo PPD und CDS 1974 zusammen ganze 7,4 % bekamen, und wo diesmal die PPD unter massivem Polizeischutz auftrat. Dabei erschoß die Polizei einen antifaschistischen Demonstranten.

Ähnlich ist es in vielen Orten des Südens (und sogar in einzelnen Orten des Nordens) zu kraftvollen antifaschistischen Protesten gegen die Provokationen der Rechten gekommen. Bei der hastigen Flucht aus einem kleinen Ort der Algarve (Südküste), wo die Bevölkerung sehr wenig von ihm wissen wollte, verlor PPD-Chef Sa Carneiro seinen Schuh, der jetzt in einer örtlichen Gaststätte zur Besichtigung ausgestellt ist.

Die revisionistische PCP hat sich von den Protesten der Bevölkerung gegen die Rechten ausdrücklich distanziert: „**Protestkundgebungen gegen die Rechtsparteien können diesen nur nützen**", heißt es in einer Erklärung des ZK der PCP (abgedruckt im „Avante!" vom 15.4.76), wobei wieder die übliche Behauptung herhalten muß, daß dadurch den Rechten „Vorwände" für deren Terroraktionen gegeben werden. Immerhin schätzt die PCP-Führung wohl die B r e i t e der Proteste richtig ein, wenn sie in der Erklärung ausdrücklich auch die eigenen Mitglieder ermahnt, „*sich in jeder Weise von verantwortungslosen Initiativen fernzuhalten, die nur die Pläne der Rechten begünstigen können, die politische Situation entarten zu lassen ...*".

In einer weiteren Erklärung hat die PCP den bürgerlichen Staat dazu aufgerufen, die Wahlpropaganda von MRPP und AOC im Rundfunk, Fernsehen usw. zu unterbinden, weil sie „provokatorisch" sei („Avante", 8.4.76). Letzteres wird kaum jemand bezweifeln können; seltsam ist nur, daß derartige Appelle der PCP gegen die CDS und PPD bisher n i c h t zu hören waren !! ●

Eine Landarbeiterin in Beja drischt auf PPD-Leute ein und vertreibt sie

Lockheed – Italiens „Watergate"?

Der Lockheed-„Skandal" zieht immer weitere Kreise. Die Befürchtungen Ford und Kissingers, daß er eine „*schwerwiegende internationale Auswirkung ... für die Stabilität und innenpolitische Lage*" der betroffenen Staaten habe, zeigte sich jetzt wieder in Italien.

Nachdem in den letzten Wochen einige Figuren vorübergehend verhaftet wurden, andere sich noch rechtzeitig „absetzen" konnten, kommen jetzt langsam die großen Gauner an die Oberfläche. Im Zusammenhang mit den Lockheed-Schmiergeldern ist inzwischen Francesco Cosentino, Generalsekretär des italienischen Parlaments, von diesem Amt zurückgetreten, natürlich nicht ohne gleichzeitig noch brav seine Unschuld zu beteuern. Glauben schenkt allerdings keiner diesem Gauner.

Als nächstes gerieten Tanassi (PSDI – Sozialdemokraten), Ende der sechziger Jahre Minister und GUI (DC – Christdemokraten), ebenfalls zu diesem Zeitpunkt Minister, ins Kreuzfeuer. Beide hatten Bestechungsgelder des amerikanischen Konzerns angenommen.

Nunmehr ist durch Unterlagen des amerikanischen Kongresses, die einem italienischen Untersuchungsausschuß zur Verfügung gestellt wurden, erwiesen, daß auch ein Ministerpräsident der Jahre 1965 bis 69 geschmiert wurde, insgesamt mit 120.000 Dollar pro verkauftem Flugzeug. Zusammengerechnet handelt es sich hier um einen Millionenbetrag. Der fragliche Ministerpräsident, der in der Lockheed-Korrespondenz mit dem phantasievollen Pseudonym „Antelope-Cobbler" (was soviel wie „Antilopen-Schuhflicker" bedeutet) bedacht wurde, ist derzeit noch nicht genau namentlich identifiziert. Es kann sich jedoch nur um die führenden Christdemokraten Rumor (derzeit Außenminister), Moro (derzeit Ministerpräsident) und Leone (derzeit Staatspräsident) handeln. Wie sich das so gehört, haben natürlich alle drei erst einmal die Vorwürfe von sich gewiesen. Wie dem auch sei, einer der drei (oder auch alle drei) müssen wie auf Kohlen sitzen, denn der amerikanische Untersuchungsausschuß hat in seinen Unterlagen nicht nur das Pseudonym geliefert, sondern auch den (oder die) tatsächlichen Namen.

Allerdings scheint dies den italienischen „Untersuchungsausschuß" völlig aus den Bahnen geworfen zu haben. Die erste Reaktion des Ausschusses war, sich erst einmal für eine Woche zu vertagen und für Anfang Mai eine Reise in die USA zu planen.

Ganz offensichtlich sollen mit diesem Manöver die geschmierten Christdemokraten gedeckt und Zeit gewonnen werden. Denn für den Fall, daß in Italien Neuwahlen beschlossen werden, wird automatisch der Untersuchungsausschuß aufgelöst. Die Christ- und Sozialdemokraten haben sich inzwischen energisch (wen wundert's) gegen die Einsetzung eines neuen Ausschusses ausgesprochen. ●

Strategie der Brände

Am 8. April, pünktlich zur Frühschicht, griff in der Mailänder Fabrik Motta das Feuer um sich, zerstörte rasch die Hälfte der Abteilungen, in beträchtlichem Umfang Maschinen, so daß für 15 Tage die Produktion gestoppt werden mußte. In der Kollegenschaft wurde die Brandstiftung sofort als neue Variante der kapitalistischen Strategie der Spannung angesehen.

Zwei Tage später gab es in Turin nachts nacheinander drei Brandstiftungen. Bei der Firma Standa schlugen die Flammen aus einem zertrümmerten Schaufenster und brannte an anderer Stelle das Materialdepot nieder. Ein Bekleidungsgeschäft wurde ebenfalls angesteckt. Erst am 26. März war ein Depot von Standa in Genua niedergebrannt.

Am 12. April war in Cassino bei Rom vor einem Büro der Organisation PdUP („il manifesto") ein benzingetränkter Sack Papier abgestellt und angezündet worden, per Pistolenschuß aus einem davonfahrenden Fiat. Gleichzeitig wurden an Hauswände geschmierte antikommunistische Drohungen entdeckt.

In der Nacht auf den 13. April wurde das Büro des revisionistisch gelenkten Gewerkschaftsverbandes CGIL in Sassari (Sardinien) angezündet.

Die gleiche provokatorische Absicht muß hinter dem Attentat auf einen Abteilungsleiter von Fiat-Mirafiori gesehen werden, den am 13. April morgens vor seiner Garage Pistolenschüsse ins Bein trafen; zwei junge Leute entkamen. Dieses Attentat rief erhebliche Unruhe unter den Turiner Arbeitern hervor, zumal erst im vergangenen März zwei Arbeitskollegen des betreffenden Abteilungsleiters vor ihren ausgebrannten Autos gestanden hätten. Angeblich soll das auf das Konto der „RAF"-ähnlichen „Roten Brigaden" gehören. Zumindest nominell hatte sich erst kürzlich bei einer ähnlichen Geschichte, einem Pistolenschuß ins Schienbein eines Produktionsleiters von Philco in Bergamo am 26.3., eine „rote" Phantomgruppe, „Bewaffneter Kampf für den Kommunismus", in einem Flugblatt zum Attentat bekannt...

In der Nacht vom 14. auf den 15. April schlugen dann die Flammen im Turiner Fiat-Werk von Rivalta hoch und zerstörten ein Lager für Reifen und Schaumgummi. Das geschah zu einem Zeitpunkt, wo niemand im Betrieb war und es für Unkundige ziemlich unmöglich scheinen mußte, den massierten Werkschutz zu überlisten; was hier den Verdacht auf die Fiat-Verantwortlichen selbst lenkt, ist der Umstand, daß gerade das angezündete Lager zuletzt auffallend leer stand und die weitentlegen stationierte Feuerwehr sofort da war und sich offensichtlich seit den Abendstunden im Alarmzustand befunden hatte. Noch deutlicher wird die Sache freilich vor dem Hintergrund, daß gerade für den 15.4. seit einer Woche zuvor ein dreistündiger innerbetrieblicher Proteststreik gegen Spaltungsmanöver beim Kampf um erneuerte Tarifverträge von der Metallgewerkschaft FLM angesagt worden war. Konfrontiert mit der Brandstiftungs-Provokation allerdings wichen die FLM-Führer zurück und sagten den Streik, ohne die Arbeiterdelegierten dazu zu hören, eigenmächtig ab – was sie auf einem Flugblatt damit begründeten, daß die Arbeiter auch „Verantwortungsgefühl" zu zeigen wüßten...

Damit aber konnten diese opportunistischen Kräfte keineswegs überall landen. So entschied sich der Arbeiterrat des Sektors der Scheibenferratur dafür, wie vorgesehen zu streiken und zum Ausdruck zu bringen, daß man sich durch die Brandstiftung im Kampf für die berechtigten Tarifziele nicht irritieren lasse. Über 3.000 Kollegen sammelten sich im Protestzug durch den Betrieb. Seit 1969 (dem Jahr der großen Arbeiteroffensive, die seinerzeit dann durch die Strategie der Bomben zwischenzeitlich gelähmt wurde) hat es keine derart große Demonstration in Rivalta gegeben. Die bürgerliche Berichterstattung unterschlug wohlweislich, daß die Demonstration gegen den gewerkschaftsoffiziellen Widerruf zustandegekommen war und unbeirrt die Tarifforderungen artikulierte. (Dementsprechend wartet die bürgerliche Presse in der BRD gezielt mit der an sich bemerkenswerten Nachricht auf, Fiat-Arbeiter hätten „ihren" Betrieb ausdrücklich gegen „rote" Terroristen geschützt...)

Zur selben Zeit brannte beim Turiner Fiat-Werk von Mirafiori plötzlich ein Wagen aus – was von den Kollegen übereinstimmend ebenso eingeschätzt wurde: „Das ist die Wahlkampagne von (Fiat-Boß) Agnelli!"

Am selben Tag noch brachten die Mirafiori-Arbeiter übrigens zwei unter dem Vorwand der Schlägerei gefeuerte Kollegen wieder in den Betrieb zurück.

Seit dem Tag, da der Termin für Neuwahlen zur Beendigung der Krise der Regierung Moro im Gespräch ist, haben sich derlei Anschläge gehäuft, was just Stunden vor den Brandstiftungen bei Fiat DC-Innenminister Cossiga vor der Öffentlichkeit dramatisierte (bekanntlich sucht die DC noch, die Neuwahlen abzuwenden).

Die Tageszeitung von Lotta Continua zitierte am 15.4. eine typische Kollegenstimme: „1969 haben sie es mit den Bomben probiert, dann, nachdem alle das Spiel durchschaut haben, probieren sie es erneut mit Brandstiftungen !"

Mirafiori/Turin wurde am 15. April voll bestreikt; die antifaschistische Versammlung der Abteilungen entsandte eine Arbeiterdelegation zur piemontesischen Behörde mit dem Auftrag, den reaktionären Brandstiftern nachzuforschen, die sich augenscheinlich haben inspirieren lassen von der spinolistischen Praxis in Portugal. ●

Italien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

25. April in Italien: Kampftag aller demokratischen Soldaten und aller Antifaschisten!

Am 25. April sind alle Soldaten und demokratischen Militärs, alle Arbeiter und Antifaschisten aufgerufen, gegen das „legge Reale" (Polizeigesetz) und für ein demokratisches Programm in den Streitkräften einzutreten.

Seit dem 30. April 1975, dem Jahrestag des Sieges des italienischen antifaschistischen Widerstandes, haben sich die Angriffe auf der militärischen und polizeistaatlichen Ebene verschärft: Es wurde das Polizeigesetz verabschiedet, das den Schußwaffeneinsatz der Polizei gegen Demonstranten erlaubt. Bei den Demonstrationen und Aktionen der Arbeiter und der Arbeitslosen in den letzten Monaten haben die Bullen fast immer von den Schußwaffen Gebrauch gemacht, mehrere Menschen wurden dabei getötet oder verletzt. Auf der anderen Seite hat die demokratische Soldatenbewegung, die sich vor allem gegen die Verhältnisse in den Kasernen und gegen ein neues (noch reaktionäreres) Soldatengesetz richtet, einen beträchtlichen Aufschwung genommen. In diese Bewegung konnten auch größere Teile der Unteroffiziere (Berufssoldaten) einbezogen werden.

Die Soldatenkommission der linken Organisation Lotta Continua hat in einem Aufruf alle Soldaten und Antifaschisten aufgerufen, sich für die Unterstützung der demokratischen Bewegung im Militär einzusetzen. Folgende Forderungen beinhaltet die Stellungnahme der Soldatenkommission:

- Abschaffung des Polizeigesetzes;
- Versammlungsfreiheit und Vertretungsrechte der demokratischen Militärs;
- Rückzug der Karabinieri aus allen öffentlichen Aufgaben;
- Auflösung des SID (italienischer Geheimdienst) und Entfernung aller Offiziere, die im oder durch den SID Karriere gemacht haben;
- Austritt aus der Nato: Gegen die angeordneten militärischen Abgaben an die Nato; für das ausdrückliche Verbot der Nato, irgendwelche Anordnungen zu treffen, die das öffentliche Leben betreffen; jede Anweisung der Nato muß von der Regierung genehmigt werden;
- Freiheit für alle verhafeten Soldaten; für die Amnestie aller Soldaten, die in den vergangenen Jahren von Militärgerichten und durch die faschistischen Militärgesetze, die abgeschafft werden müssen, verurteilt wurden. („Lotta Continua", 15.4.) ●

Italien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Soldaten auf einer Demonstration gegen die Preissteigerungen und die DC-Regierung

Italieh:

Vorzeitige Neuwahlen?

Die Krise in Italien spitzt sich zu. Nachdem sich die Parteien nicht über die Neufassung des Abtreibungsgesetzes einigen konnten, ist für den 13. Juni ein Referendum zur Abtreibung angesetzt worden. Das Abtreibungsreferendum, das von der revolutionären Linken initiiert wurde, ist von der politischen Brisanz her vergleichbar mit dem Ehescheidungsreferendum vom Sommer 1974. Aller Voraussicht nach wird es aber nicht zu dem Referendum kommen, da durch vorzeitige Neuwahlen das Referendum automatisch um zwei Jahre verschoben würde.

Neuwahlen so gut wie sicher

Der christlich-demokratische Parteiführer Zaccagnini hat in den Tagen nach Ostern noch einen Versuch unternommen, um durch ein wirtschaftliches Notstandsprogramm vorzeitige Neuwahlen zu vermeiden. Das Notstandsprogramm, das auch anderen Parteien vorgelegt wurde, umfaßt im wesentlichen fünf Punkte: Durch eine gezielte Kreditpolitik soll der Investitionsanreiz gefördert werden, weitgehende Sparmaßnahmen sollen die Schulden im öffentlichen Haushalt eindämmen. Den jugendlichen Arbeitslosen soll eine sechs- bis zwölfmonatige Lehrlingstätigkeit mit Entlohnung aus öffentlichen Mitteln angeboten werden. Außerdem ist vorgesehen, daß mit Hilfe der Staatsindustrieen eine systematische Konjunkturbelebung betrieben wird, und es ist eine Begrenzung der Lohnsteigerungen auf 4,5% geplant.

Über dieses Notstandprogramm beriet Zaccagnini mit den Parteiführern der Sozialisten (PSI), „Kommunisten" (PCI), Sozialdemokraten, Liberalen und Republikanern. Während die drei zuletzt genannten ihre Unterstützung zusicherten lehnte der PSI-Chef De Martino das Notstandprogramm als unzureichend ab und meinte, die Vorschläge der Christdemokraten würden keine „politische Wende" eröffnen. Die PCI, die genausowenig wie die Christdemokraten an Neuwahlen interessiert ist, äußerte sich „zurückhaltend." Sie strebt eine Große Koalition mit der DC an, den „compremesso storico" (historischer Kompromiß).

Ganz indiesem Sinn hat der Chef der PCI eine „Notstandsregierung" aller Parteien (mit Ausnahme der Faschisten) vorgeschlagen. Die PCI würde auch das christdemokratische Notstandsprogramm unterstüzten, wenn sich die DC zu einer Aufnahme der PCI in die Regierungskoalistion bereit erklärt. Die DC steht dem „historischen Kompromiß" mehrheitlich erst noch ablehend gegenüber, waren doch die Warnungen der US- und BRD-Imperialisten zu eindeutig.

Wenn es vorzeitige Neuwahlen gibt, wird dies noch vor der Sommerpause geschehen. Das italienische Parlament hat am 14. April ein Gesetz verabschiedet, nach dem das Parlament erst 45 (bisher 70) Tage vor den Neuwahlen aufgelöst werden muß. D.h., wenn das Parlament Anfang Mai von Staatspräsident Leone aufgelöst wird, dann wird der Wahltermin, wie in Italien üblich, auf Mitte Juni fallen.

In den letzten Wochen verging kaum ein Tag, an dem nicht Brandanschläge oder andere Sabotageakte in italienischen Fabriken verübt wurden. Besonders betroffen waren die Turiner Fiat-Werke und Alfa-Romeo in Mailand, wo fast täglich irgendwo Feuer hochging. Verantwortlich für diese Brandanschläge werden die „Brigate rosse" (Rote Brigaden) gemacht. Tatsache ist jedenfalls, daß die Brandanschläge in den Fabriken genau in die „Strategie der Spannung" paßten, die die Bourgeoisie schon seit langem gegenüber der Arbeiterlinken abwendet. Die italienische revolutionäre Organisation Lotta Continua vergleicht die Brandanschläge in den Fabriken mit der Bombenstrategie der Bourgeoisie von 1969.

Wie bei den Bombenanschlägen von 1969 ist auch heute davon auszugehen, daß viele der Brandanschläge in Wahrheit von den faschistischen Helfern der Bourgeoisie inspiriert und ausgeführt wurden.

Demonstrationszug italienischer Metallarbeiter.
Für die Bau- und Chemiearbeiter haben jetzt die Gewerkschaftsführer bei der Lohnraubquote von 4,5 % abgeschlossen.

Das Wahlverhalten der revolutionären Linken

Die revolutionäre Linke hat in verschiedenen Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich im Falle vorzeitiger Neuwahlen zur Wahl stellen wird. Noch bei den Regionalwahlen 1975 hatte Lotta Continua zur Stimmabgabe für die PCI aufgerufen, während die PDUP („Il manifesto" und Avanguardia Opereia (AO) gemeinsam als Liste „Proletarische Demokratie" kandidiert hatten.

Lotta Continua hat diesmal schon frühzeitig an die revolutionäre Linke die Aufforderung gerichtet, im Falle von vorzeitigen Neuwahlen gemeinsam vorzugehen und ein „Wahlkartell" zu bilden. Dieser Vorschlag war bei der ‚ Lega dei Communisti' (eine kleinere linke Organisation) auf Zustimmung gestoßen, aber insbesondere von der PDUP sofort kategorisch abgelehnt worden.

Inzwischen haben PDUP und AO in einer gemeinsamen Erklärung bekräftigt, daß sie wieder einheitlich kandidieren wollen, aber ein nationales Wahlabkommen mit der LC ablehnen (*„Es existieren nicht die minimalen Bedingungen für ein Abkommen dieser Art mit LC").* Hingegen wird ein nationales Abkommen mit der ‚Bewegung Werktätige für den Sozialismus' (linkskatholisch) von PDUP und AO für möglich gehalten. Außerdem wird die Möglichkeit von ö r t l i c h e n Wahlbündnissen (*„wo es eine einheitliche Praxis und ein gemeinsames Auftreten in der Bewegung gibt")* für möglich gehalten, wobei auch LC nicht ausgeschlossen wird.

LC hat die Ablehnung eines nationalen Wahlbündnisses durch PDUP und AO als *„Wasser auf die Mühlen der Revisionisten"* scharf kritisiert (Lotta Continua, 18.4.76). Diese Entscheidung sei *„schwerwiegend"* und *„unverantwortlich".*

Regionalwahlen 1975 hatte Lotta kräftigt, daß sie wieder einheitlich
Mühlen der Revisionisten" scharf kritisiert (Lotta Continua, 18.4.76). Diese Entscheidung sei *„schwerwie-*

LC hat in den letzten Tagen auch die Stellungnahmen einiger Zellen von PDUP und AO veröffentlicht, in denen die Entscheidung ihrer Führungen gegen ein einheitliches Vorgehen kritisiert wird.

Lotta Continua hat inzwischen auf einem nationalen Delegiertentreffen beschlossen, in allen 32 italienischen Wahlbezirken zu kandidieren. Auf dem Delegiertentreffen wurde auch die baldige Durchführung eine Arbeiterdemonstration' in Turin festgesetzt, die sich gegen den Ausverkauf der Tarifforderungen durch Gewerkschaftsführung und Kapitalisten, gegen die arbeiterfeindlichen Provokationen in den Fabriken und gegen die Teuerungen richten soll. ●

Italien Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Das ausgebrannte Reifenlager der Fiat-Werke Turin.

Erfolge im Kampf gegen die Teuerung

Am 10. April fand in Rom eine nationale Demonstration statt, die von der revolutionären Linken initiiert worden war. Unter den Hauptparolen. „Weg mit der Regierung Moro! – Für vorzeitige Neuwahlen! – Gegen die Teuerungen!" demonstierten 50.000 bis 100.000 Menschen in einem über füng Kilometer langen Demonstrationszug.

In Rom, Turin, Padua, Genua und Massa organisierten Genossen „mercatini rossi" (kleine rote Märkte), auf denen alle Grundnahrungsmittel weit unter der Teuerungsrate zu „politischen Preisen" verkauft wurden.

In Rom wurden am 17.4. in fünf verschiedenen Stadtteilen die „mercatini rossi" organisiert, die bei den Hausfrauen und den Arbeitern auf große Begeisterung stießen. Auf den „marcatini rossi" standen den ganzen Tag große Diskussionsgruppen, die über die ständig steigenden Preise und die korrupte christdemokratische Regierung diskutierten. Viele Leute forderten, die „mercatini rossi" in allen römischen Stadtteilen durchzuführen und erklärten sich zur Mitarbeit bereit (alle Angaben nach „Lotta Continua", 18.4.76).

In Padua organisierte am 17.4. das Volkskomitee „Arcella" einen Markt vor dem Supermarkt PAM (eine der größten Supermarktketten in Italien) und forderte die Käufer auf, den Supermarkt zu boykottieren. Frauen, Jugendliche und Rentner verkauften den ganzen Tag Obst, Gemüse, Fleisch und Käse zum halben Preis, ohne sich von der Anwesenheit der Karabinieri einschüchtern zu lassen. Die Arbeiter dieses Stadtteils versprachen, den Verkauf am kommenden Samstag tatkräftig zu unterstützen.

In Massa hat ein Schlachter das Fleisch auf den „politischen Preis" von 3000 Lire (ca. 8 DM) pro Kilo gesenkt. Hunderte von proletarischen Familien konnten dadurch zu Ostern Fleisch essen.

„Mercatini rossi" gab es auch in Genua und Turin. Auch dort halfen spontan Hausfrauen und Rentner beim Verkauf der Lebensmittel und beschlossen, weitere Märkte in den nächsten Tagen durchzuführen.

Diese Aktionen haben für die Kämpfe in den Stadtteilen große Bedeutung. Vor allem die Frauen, die die Teuerungen als erste spüren und die Rentner, deren Pensionen nicht zum Leben und nicht zum Sterben reichen, organisieren dort die Kämpfe gegen die Kapitalisten der großen Supermarktketten und gegen eine Regierung, die nicht in der Lage ist, der Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. ●

Italien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Einer der „mercatino rosso" am 17.4. in Rom.

Mitglieder des „Komitees organisierter Arbeitsloser" in Neapel.

Wir wissen, daß wir siegen werden!

Libanon: Entscheidende Kämpfe für die arabische Revolution

Am 14. April fand ein Gespräch zwischen einem Sprecher der PFLP und einem Redakteur des ARBEITERKAMPF statt. Der PFLP-Genosse sprach zunächst über die Lage in Libanon.

„Das Ziel der fortschrittlichen Kräfte ist eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Struktur Libanons. Der einzige Weg die Faschisten zu schlagen ist es, ihnen mit Gewalt entgegenzutreten. Man kann mit den Faschisten keine Kompromisse schließen. Das ist etwas, was die fortschrittlichen Kräfte ebenfalls gelernt haben. In Libanon ist eine soziale Revolution im Gange." Mit diesen Worten hat uns vor einer Woche ein Sprecher der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) die Bedeutung der Kämpfe in Libanon geschildert.

„Vielleicht ist es falsch, das Wort ‚optimistisch' zu gebrauchen, weil es auf lange Sicht nicht viel bedeutet. Aber ich bin optimistisch in einem allgemeinen Sinn. Ich bin der Meinung, daß die Dinge sich zu unseren Gunsten entwickeln." „Im allgemeinen Sinn", das heißt, daß im ganzen arabischen Raum sich die Dinge zuungunsten des Plans der Reaktionäre, Zionisten und Imperialisten entwikkeln und zugunsten der Revolutionäre.

In den jetzigen Kämpfen in Libanon fällt die Entscheidung, ob die faschistischen Kräfte geschlagen werden ob die syrische Einmischung zurückgewiesen wird und ob ein neuer demokratischer libanesischer Staat entstehen wird. Dabei geht es nicht nur um Libanon. Es geht um den Plan der „friedlichen Lösung" des Palästinaproblems, der die Herrschaft des Imperialismus im Nahen Osten festigen soll, indem er den bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes beendet. Es geht auch um Israel. Denn der Aufstand der arabischen Massen in Galiläa und Westjordanland ist ausgelöst durch die Erfolge der fortschrittlichen Kräfte in Libanon. Es geht auch um die reaktionären arabischen Regiemes, z. B. in Ägypten. Dort entwickelt sich der Protest der Studenten, Arbeiter und Bauern gegen die verräterische Politik des Sadat-Regimes. Ein Sieg der demokratischen Kräfte in Libanon würde schließlich eine große moralische und materielle Unterstützung für die Kämpfe der Völker in Oman, Eritrea und Westsahara bedeuten. Es wäre ein politischer Durchbruch.

Das ist der Grund, warum sich die Faschisten in Libanon hartnäckig dagegen wehren, auch nur den Posten des zur Zeit völlig machtlosen Staatspräsidenten aufzugeben. Das ist der Grund, warum Syrien indirekt den
Grund, warum Syrien indirekt den
Faschisten unter die Arme greift und warum dies alles mit politischer Unterstützung und Waffenhilfe des US-Imperialismus geschieht.

Die Erfolge der fortschrittlichen Kräfte in den nun ein Jahr dauernden Kämpfen haben bisher alle Pläne der Reaktionäre vereitelt.

„Wenn wir eine Summe der Kräfte ziehen: Die Rechte ist geschwächt, sie hat zeitweise Unterstützung von Syrien, die ihre Niederlage zur Zeit verhindert. Die fortschrittlichen Kräfte sind geeint, insbesondere unter der Führung von Dschumblatt. Die Widerstandskräfte, speziell die Ablehnungsfront, aber auch Fatah, kämpfen gut, wodurch eine starke Front gegen die Rechte entsteht."

Diese Erfolge mußten jedoch gegen die verhetzten mörderischen Truppen der Faschisten erkämpft werden.

„Die Kämpfe in Libanon sind blutig gewesen, die verhältnismäßige Zahl der Toten war viel höher als beim Krieg in Vietnam. Es war nicht ein kleiner Kampf, sondern es war eine volle große Schlacht. Und ich glaube, es ist von den meisten Berichterstattern angegeben worden, daß es eine der blutigsten und schwersten Schlachten gewesen ist, die sie je gesehen haben.

Zur Zeit gibt es gerade einen Waffenstillstand, einen schwachen, d.h., wo früher 100 an einem Tag getötet wurden, da sind es heute 20 oder 30. Es ist also kein wirklicher Waffenstillstand, es ist eine Abschwächung der Kämpfe unter der formalen Erklärung eines Waffenstillstandes. Das Ziel ist es im Moment, den Rücktritt des Staatspräsidenten Frandschia herbeizuführen und einen neuen Präsidenten in einer Sondersitzung des Parlaments zu wählen. Die Syrer wollen eine Lösung, die die Entwicklung der fortschrittlichen Kräfte verhindert, die Faschisten eine Lösung, die ihre Anwesenheit fortsetzt, das Ziel der fortschrittlichen Kräfte bei einer Lösung ist es, das konfessionelle System zu beseitigen. Die fortschrittlichen Kräfte sagen, es gibt keinen Kompromiß in der Frage der Bedingungen des konfessionellen Systems. Unsere Kräfte, die fortschrittlichen Kräfte und die Widerstandsbewegung, sind weiterhin militärisch siegreich. Was wir deshalb tun müssen ist, einen politischen Sieg einzuflechten, um dafür zu sorgen, daß diese Kämpfe die notwendigen Veränderungen bewirken werden, die ihnen beim Volk einen Sinn geben können. Sie müssen einen Gegenwert für die Opfer bringen, die die Menschen zu erdulden hatten."

Der Genosse von der PFLP gab uns dann in einem langen Gespräch einen Überblick über die Situation in Libanon sowie über die Einschätzung der PFLP zur Entwicklung der arabischen Revolution. Wir werden das gesamte Gespräch an anderer Stelle veröffentlichen und haben hier Ausschnitte zusammengestellt, die es möglich machen sollen, den Hintergrund der jetzigen Geschehnisse in Libanon, den von Israel besetzten Gebieten und im ganzen arabischen Raum zu verstehen.

In Libanon hat sich die Entwicklung seit dem Gespräch weiter zugespitzt. Da sich der faschistische Staatspräsident Frandschiah nach wie vor weigert zurückzutreten, haben die fortschrittlichen Kräfte mit der Bildung einer wirklichen Volksversammlung und einer eigenen Regierung gedroht. Dies würde allerdings eine weitere Spaltung Libanons bedeuten. Den Faschisten ist es gelungen, über dem Beiruter Stadtgebiet schwere Artilleriegeschütze in Stellung zu bringen, von wo aus sie jetzt die Teile Beiruts beschießen, die von den fortschrittlichen Kräften beherrscht werden. Allein am Freitag gab es dabei über 300 Tote. Während die Faschisten keinen Mangel an Waffen und Munition leiden, soweit ihre Stellungen nicht umringt sind, haben syrische Armeeeinheiten jetzt überall Stellungen bezogen, die die fortschrittlichen Kräfte am Vorrükken hindern oder sie vom Nachschub abschneiden. Die syrischen Truppen treten dabei in Uniformen der Befreiungsorganisation Saika auf, aber, wie der Genosse von der PFLP sagt: *„Ich höre am Dialekt, daß er gerade aus Damaskus gekommen ist."* Vor kurzem wurde ein Waffentransport der PFLP auf dem Weg vom Flughafen durch diese Einheiten gestoppt. Die Genossen der PFLP schlugen sich zwar erfolgreich, doch dieser Weg ist jetzt verschlossen.

Die Libanesische Arabische Armee

Die Libanesische Arabische Armee (LAA) ist ein wichtiger Teil der fortschrittlichen Kräfte, *„denn sie bringt mehr militärische Stärke und es ist sehr wichtig in einer Zeit der Kämpfe, die militärischen Fähigkeiten zu vergrößern. Das ist äußerst wichtig, denn die Kräfte des Feindes sind gut bewaffnet, gut ausgebildet, haben viel Nachschub und bekommen ausserdem noch Hilfe von Syrien wegen dessen Zurückweichens. Da Syrien den fortschrittlichen Kräften Beschränkungen aufzwingt, ermöglicht das den rechten Kräften zu wachsen und jede Waffe zu bekommen, die sie brauchen."*

„Die Entstehung der LAA weist auf die Unfähigkeit des gegenwärtigen Staates hin zu existieren, und ihr Aufstieg zeigt die soziale Revolution in ihren Anfängen.

Die LAA besteht zu einem Hauptteil aus der Armee. Die Armee ist in Staaten wie dem Libanon im allgemeinen die letzte Institution, die sich gegen das Regime wendet. Aber ein guter Teil der Armee, ca. 40-50% davon, ging zur LAA. Das ist eine wichtige Entwicklung. Sie zeigt die Schwäche des Staates, den Zerfall des Staates. Er zerfiel nicht von selbst. Er wurde zerstört aufgrund der stattfindenden Kämpfe. Es ist kein friedlicher Übergang. Es ist eine Übergangsperiode als Ergebnis von Kämpfen, von bewaffneten Kämpfen, vom Klassenkampf, der in Libanon stattfindet."

Die Entstehung der LAA hat gezeigt: *„Die Libanesen müssen ihre eigene Widerstandskraft sammeln, ihre eigene Armee, als Vertreter des Volkes. und das ist der Grund für den Namen der LAA, hinzuweisen auf die arabische Zugehörigkeit von Libanon, auf die Beziehungen innerhalb der arabischen Welt, auf die Zukunftsaussichten innerhalb des Gebietes. Es ist auch wichtig, daß die LAA seit ihrer Gründung die Unterstützung der Massen erlangt hat. Die LAA hat viele Erklärungen abgegeben, besonders der Führer der Armee, Al Khatib. Er ist ein jüngerer Offizier, aber sein Rang ist unwichtig, seine politische Entscheidung, die er getroffen hatte, als er sich von der Armee trennte, ist es, was zählt, was ihn gerade jetzt zu einer sehr wichtigen politischen Figur macht.*

Für ihn sind die Kämpfe um Palästina und in Libanon einer. Und ich glaube, er sagte in einer Rede am „Tag des arabischen Landes" in Beirut, in einer kurzen, aber sehr eindrucksvollen Rede: „Der Kampf in Galiläa, der Kampf in Jerusalem und der Kampf in Kahale (in Libanon) sind einer.' Das stimmt, weil besonders der rechte Flügel versuchte, diese Kräfte zu zerschlagen, und sie sind ein Beispiel für die neuen Kräfte, die im Libanon wachsen."

Faschistischer Überfall auf das Beiruter Viertel Quarantina – zahlreiche Menschen wurden ermordet, das Viertel niedergebrannt

Der Anfang vom Ende des Regimes

Seit Wochen geht es in Libanon um den Rücktritt des faschistischen Staatspräsidenten Frandschiah. Aber der Kampf wird nicht nur um diese Person geführt. Sein Rücktritt und sein Nachfolger werden anzeigen, in welche Richtung sich das Kräfteverhältnis zwischen den fortschrittlichen Kräften und den Faschisten verändert.

„Die Forderung der fortschrittlichen Kräfte ist der Rücktritt des Präsidenten, aber nicht nur der Rücktritt des Präsidenten, sondern begleitet durch die Ausführung eines Reformprogramms. das die ‚religiöse Grundlegung der libanesischen Regierung beenden sollte, und die Wahl eines neuen Präsidenten und die Öffnung des politischen Weges zu grösseren Grundlegenden Reformen in Libanon. Soziale Reformen auf den verschiedensten Gebieten, sowohl im Wahlrecht, wie in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, in der Abschaffung der religiösen Grundlage des Arbeitsmarktes, die Tilgung der Religionsangabe in den Personalausweisen usw. Die Säkularisierung von Libanon, die Modernisierung von Libanon zu einem säkularen nicht religiösen Staat. Um das zu tun, ist der Rücktritt des Präsidenten notwendig. Aber das ist nur ein Schritt. Wenn der Rücktritt des Präsidenten ohne diese Reformen stattfindet, dann ist er nutzlos. Schließlich sind auch die Syrer für den Rücktritt des Präsidenten, aber sie möchten jemanden mit dem Namen Zarkis herausbringen. Er ist der Chef der libanesichen Bank, er ist ein Maronit, ein Rechter, er ist gut bekannt dafür, daß er enge Beziehungen zum „zweiten Büro" gehabt hat, dem Geheimdienst von Libanon. Und er ist auch ein Freund der libanesischen Faschisten. Im Gegensatz dazu schlagen die Kräfte um Dschumblatt die Ernennung von Edde vor, der der Führer des nationalen Blocks war. Er ist auch ein Maronit, er ist nicht fortschrittlich, in keiner Weise, aber er ist ein Angehöriger des Teils der Herrschenden, der die Notwendigkeit einer wirklichen Veränderung anerkennt. Und er wird mindestens willens sein, einige soziale Reformen durchzuführen, unter dem Druck der politischen Offensive der Kräfte um Dschumblatt.

Wenn Edde kommt, oder irgendjemand, der sich in Übereinstimmung mit den Zielen der fortschrittlichen Kräfte befindet, d.h. in diesem Falle besonders mit Dschumblatt, dann würde das einen Sieg für die fortschrittlichen Kräfte bedeuten. Das wäre der Anfang vom Ende der religiöse Basis der libanesischen Regierung und der gesamten libanesischen Gesellschaft. Das ist eine wichtige Entwicklung. Der Rücktritt ist also ein Schlüsselfaktor. Nur in diesem Sinne, daß er die Tür öffnet für die politische Regelung, die herbeigeführt wird."

Wir müssen für die Verteidigung; der Massen kämpfen

„Der Kampf, das Kämpfen ist auch eine sehr wichtige Sache, die Massen haben kein Interesse an Leuten, die nur Theorien verbreiten. Im Fall von Kämpfen müssen wir für die Verteidigung der Massen kämpfen."

Ihre entscheidende Phase hatten die Kämpfe Anfang Februar, als die Faschisten das Lager Dubai eroberten und danach in den Armenvierteln Maslach und Quarantina ein grausames Massaker anrichteten. Der PFLP-Genosse erklärte, daß die Faschisten jedoch damit ihr Ziel nicht erreichten. Im Gegenteil, diese Massaker stärkten im Ergebnis die Entschlossenheit und Einheit der fortschrittlichen Kräfte:

„Quarantina war ein sehr blutiges Martyrium, aber ich glaube, auch ein Wendepunkt.

Die Faschisten dachten, dies würde die fortschrittlichen Kräfte und den palästinensischen Widerstand abschrecken und würde das Kräfteverhältnis verändern. Es hat das Kräfteverhältnis verändert, aber nur für 1 oder 2 Tage."

Es gibt langfristige Veränderungen des Kräfteverhältnisses, so wie z.B. in der Frage der „friedlichen Lösung", wo das Kräfteverhältnis gegen die „friedliche Lösung" ist. *„Aber wenn wir vom Kräfteverhältnis in einer Zeit direkter militärischer Zusammenstöße reden, dann kann es sich innerhalb einer Stunde, innerhalb weniger Minuten oder in ein oder zwei Tagen verändern. Es war eine gewonnene Schlacht für sie und für uns war es ein moralischer Rückschlag.*

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, daß wir zu der Zeit in Beirut sehr niedergeschlagen waren. Wir waren ärgerlich. Denn wir meinten, daß diese Schlacht hätte verhindert werden können, wenn wir und die fortschrittlichen Kräfte nur einig genug gewesen wären, um den Kampf an allen Fronten zu führen.

Du siehst, daß die Falangisten und der rechte Flügel der Armee ein militärisches Manöver benutzten, das wohlbekannt ist und von den Israelis meisterhaft genutzt wurde, besonders im 6-Tage-Krieg 1967, als sie das Jordanwestufer besetzten. Sie sammelten alle Truppen an einem Punkt, schlugen zu und bewegten sich zum nächsten Punkt. Der einzige Weg, sie zu schlagen, ist nicht durch direktes Gegenübertreten, sondern durch das Eröffnen von Angriffen an verschiedenen Fronten, um sie dazu zu bringen, sich zu zerstreuen, um sie zu zwingen, ihre Truppen zu teilen.

In der Zeit haben wir nicht so gehandelt. Wir taten es erst nach den Kämpfen von Dubai, Quarantina und Maslach.

Zwei oder drei Tage lang hatten wir also einige Schwierigkeiten, doch waren wir sicher, daß wir siegen würden, denn wir wußten, wenn wir erst in die Offensive gehen und wenn erst eine Übereinstimmung mit allen Widerstandsbewegungen und den fortschrittlichen Kräften besteht, einen Angriffskrieg zu führen, würde das automatisch den Wechsel des Kräfteverhältnisses zur Folge haben.

Das geschah unmittelbar nach den Kämpfen von Damur, die den Menschen zeigten, daß der einzige Weg, die Faschisten aufzuhalten, ist, hart zuzuschlagen.

In so einer Situation gibt es keinen Kompromiß. In diesem Sinne war es eine sehr wichtige Schlacht, weil sie die Widerstandsbewegung, die Führung der PLO und die Führung der fortschrittlichen Kräfte schließlich darauf hinwies, daß es bei solchen Kämpfen keinen Raum für Kompromisse gibt. Wir müssen unsere Kräfte vereinigen im Kampf gegen die Faschisten; späterhin taten wir es.

Es gab davor keine völlige Übereinstimmung in dem Sinne. Es existierten noch Bestrebungen, Waffenstillstandsabkommen abzuschliessen, ohne damit wirklich den notwendigen politischen Erfordernissen gerecht zu werden.

Aber mit den Kämpfen, die im Januar und später Ende Februar und im März aufflammten, veränderte sich die Lage. Wir traten in eine Phase ein, in der die fortschrittlichen Kräfte unter der Führung von Dschumblatt erkannten, daß es sich

nun um entscheidende Kämpfe handelte, die die konfessionelle Basis Libanons in Frage stellen konnten. Man war nun nicht mehr gewillt, sich auf Kompromisse einzulassen, es sei denn, es handelte sich um grundlegende Veränderungen.

Das ist der Unterschied zwischen der damaligen Phase und der Phase, die wir nach Quarantina und Damur heraufziehen sahen. Weder die PLO noch Dschumblatt stimmten sofort einer Feuerpause zu. Sie stellten ihre Bedingungen. Eine Feuerpause nur unter der Bedingung, daß der Präsident zurücktritt und daß ein Reformprogramm in die Tat umgesetzt wird.

Die Faschisten sind noch nicht geschlagen, aber sie sind dabei, geschlagen zu werden. Es zeigt sich jetzt auch, daß die Faschisten in ihrer Organisation Streitigkeiten haben. Ihre politischen Führer sind geschwächt. Schamun, der einst ein Zentrum der Politik war, ist geschlagen worden zusammen mit den Niederlagen, die er in den Kämpfen von Saadijat einsteckte, wo sein Palast liegt, und in den Kämpfen von Damur. Was die anderen rechten Kräfte betrifft, so hat zwar Dschamajil noch seine Macht über den rechten Flügel, aber es gibt Leute, die sind mehr rechts als er, verkörpert in den „Wächter der Zedern", und sie üben auch Druck auf ihn aus. Wir können sagen, daß sie geschwächt werden.

Sie haben wichtige Schlachten verloren. Sie haben die Schlacht im Hotelbezirk verloren, die im wesentlichen von der PFLP-Allgemeine Führung und der PFLP geführt wurden, geleitet von den zwei militärischen Führern der Organisationen, Dschibril und dem Genossen, der für die militärischen Angelegenheiten der PFLP verantwortlich ist. Und die Kämpfe breiteten sich aus, sie erfaßten Gebiete in der Nähe eines der Zentren der Falangisten und bewegten sich in Richtung auf ihr hauptsächliches Zentrum in der Nähe des Hafens, As Saifi, das ist das Zentrum der Kataib. Es ist bis jetzt nicht mehr erreicht, weil die Syrer den Hafen besetzt haben, und es würde militärisch unvernünftig sein, vorwärtszugehen, wenn man Feinde auf beiden Seiten hat. Man kann nicht As Saifi einnehmen mit den Syrern im Rücken, das würde selbstmörderisch sein. So hat sich also zur Zeit der Kampf wegen der syrischen Intervention abschwächen müssen. Aber im allgemeinen können wir feststellen, daß sich die Rechte militärisch auf dem Rückzug befindet.

Das einzige, was sie zur Zeit rettet, ist die syrische Intervention, die versucht, die fortschrittlichen Kräfte einzukreisen und zu schwächen. Die syrische Abschneidung der Waffenlieferungen für Dschumblatt und die Widerstandsbewegung, das ist eine direkte Hilfe für die reaktionären Kräfte."

Kämpfe erzeugen neue Bedingungen

Wenn die herrschenden Klassen zum Mittel des Faschismus greifen, dann gehen sie ein Risiko ein. Denn wenn der Angriff der Faschisten, wie im Libanon, zurückgeschlagen wird, dann kann man nicht mehr zum alten Zustand zurückkehren.

„Jede fortschrittliche Kraft hat sich während der Kämpfe qualitativ gewandelt. Es würde unhistorisch und unwissenschaftlich sein zu sagen, daß der Libanon 1976 der Libanon von vor dem 13. Oktober 1975 ist, oder daß die National-Soziale Partei von 1975 dieselbe ist wie die Nationalsozialen von heute. Sie sind es nicht. Es ist ein wichtiger Faktor, der den Unterschied macht: Sie haben alle am bewaffneten Kampf teilgenommen. Sie sind alle gezwungen gewesen, Waffen zu tragen. Sie sind gezwungen worden, sich an die Massen zu wenden, um Unterstützung zu erhalten. Die Nationalsozialen, die früher Angst hatten, Waffen zu tragen, haben nun Waffen getragen, besonders in den Bergen. Dort sind sie sehr stark. Und sie sind zum größten Teil Christen! Das ist eine sehr wichtige Entwicklung, denn ihr Führer ist Christ, Inam Raad. Eine solche Kraft auf unserer Seite zu haben, das widerlegt die Theorie der Rechten, die besagt, daß es ein Kampf zwischen Christen und Muslim ist. Nein, es ist ein Kampf zwischen fortschrittlichen Kräften und reaktionären, faschistischen Kräften. Es hat eine grundlegende Wandlung stattgefunden. Im Norden und besonders im Gebiet von Beirut haben die Murabitun, die vereinigten Kräfte der Nasseristen, gut gekämpft und an allen Fronten gekämpft. Es ist schwer denkbar, daß sie auf Positionen zurückgehen könnten, wo sie den Libanon von vor dem 19. April 1975 akzeptieren würden. Sie werden das nicht akzeptieren. Sie werden nicht ihre Waffen niederlegen, wenn das konfessionelle System weiterbesteht. In diesem Sinne sind die fortschrittlichen Kräfte gereift und sie sind gereift, weil sie die Notwendigkeit erkennen mußten, sich zu bewaffnen und sich gegen den faschistischen Angriff zu verteidigen. Und Kämpfe erzeugen neue Bedingungen, sie erzeugen neue objektive Kräfte, die es den fortschrittlichen Kräften ermöglichen, ihre Bewegung weiter zu entwickeln.

Sogar die Kommunisten haben gekämpft. Es ist nicht gewöhnlich, daß die Kommunistische Partei Waffen trägt. Aber sie haben Waffen getragen, sie haben ihre eigenen Märtyrer gehabt. Und das ist wichtig, denn es zeigt den Kommunisten und irgendeiner andereren Organisation, die der Meinung war, daß das konfessionelle System ohne Kampf geändert werden könnte, daß das nicht möglich ist."

Der derzeitige unbestrittene Führer der fortschrittlichen Kräfte ist Dschumblatt. Er ist dies, weil seine Politik die Hauptströmung der fortschrittlichen Kräfte repräsentiert, *„die Gruppe, die für eine Beendigung des religiösen Systems eintritt.*

Er ist kein Marxist, er ist kein Revolutionär. Er will Veränderungen, aber wir erwarten nicht, daß das Programm, das er verwirklichen will, eine sozialistische Revolution bringen wird. Wir erwarten, daß es gewisse demokratische Veränderungen bewirken wird. Wir können es vielleicht eine demokratische Revolution im Libanon nennen, die die traditionelle Basis der libanesischen Politik zerstören wird. Das ist der Rahmen, in dem Dschumblatt betrachtet werden sollte.

Aber zur gleichen Zeit müssen wir die objektiven Bedingungen im Auge behalten. Wir haben einen Kampf, der weiter geht, wir haben die Rechte auf der einen Seite, wir haben die syrische Intervention, und es ist die Aufgabe jeder revolutionären Kraft, zu jeder Zeit zu versuchen, den Feind zu bestimmen und das Lager der Freunde zu erweitern, um das Lager der Feinde zu schwächen und einzukreisen. In diesem Sinne, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es keine größere Kraft gibt, die wahrhaft in der Lage ist, die libanesichen Massen zu führen, bleilbt die Massenbewegung unter der Führung der Sozialdemokratie und nicht unter revolutinärem Sozialismus.

Es gibt revolutionäre sozialistische Elemente, es gibt die Arabische Sozialistische Aktionspartei, sie gibt ein umfassenderes und hinreichenderes Programm, aber zur gleichen Zeit sind ihre heutigen Fähigkeiten nicht so, daß sie die Revolution leiten könnte. Diese Ebene hat sie noch nicht erreicht. Sie hat eine gute Rolle in den Kämpfen gespielt, indem sie den Klassencharakter der Kämpfe gezeigt hat, sie hat sehr gut an den Kämpfen im Norden des Libanon teilgenommen. Auch in Beirut, aber besonders im Norden in den Kämpfen zwischen Tripolis und Zaghorta, zwischen den Kräften von Franschijeh und den fortschrittlichen Kräften in Tripolis. Sie haben an allen diesen Dingen teilgenommen, aber sie sind noch nicht die Partei, die den Massenkampf zu diesem Zeitpunkt leiten könnte. Das muß in der Zukunft noch geleistet werden. Und das ist der Grund, warum wir das Programm, das Dschumblatt vorschlägt, ein Reformprogramm nennen, das die konfessionelle Basis des alten Systems beenden kann. Wir nennen es eine demokratische Revolution, nicht mehr und nicht weniger.

Die Klarheit der Anschauungen Dschumblatts zur Zeit, was die syrische Intervention betrifft und gegen die Rechte, wobei er sogar so weit geht, Stellungnahmen abzugeben, daß die Faschisten im Libanon völlig zerschlagen werden müssen, das ist gut. Es ist nicht genug, aber das ist gut. Es ist ausreichend, um Bündnisse zu schaffen, mit deren Hilfe die Faschisten geschlagen werden können. Es ist sehr wichtig, daß jetzt die Faschisten geschlagen werden."

Und was hat die PFLP auf der Ebene der Massenarbeit getan ?

„Die Entwicklung der Kämpfe ist begleitet von einer qualitativen Entwicklung der Beziehungen zwischen den Kämpfern und den Massen.

Zum Beispiel gab es in verschiedenen Stadtteilen Volkskomitees und diese hatten die Aufgabe, Waren an die Massen zu verteilen, Verteidigungskomitees einzurichten, Schulen einzurichten usw. Das ist ein wichtiger Dienst und gewinnt die Unterstützung der Massen. Wir haben ihnen gezeigt, daß wir sie trotz der Kämpfe mit den notwendigsten Dienstleistungen versorgen können. Diese Räte haben weiterhin existiert. Sie sorgen auch für medizinische Hilfe. Z. B. wir als PFLP und als Arabische Sozialistische Aktionspartei, wir haben viele neue Kliniken eingerichtet, in neuen Bezirken, vor allem in libanesischen Bezirken, denn die Kämpfe finden nicht in den Lagern statt, sie sind überall im Libanon.

Diese Komitees waren verantwortlich für die Verbreitung von Informationen. Wir haben auf Bezirksebene örtliche Zeitungen veröffentlicht. Denn in einer Zeit der Kämpfe hungern die Menschen nach Erklärungen über die Kämpfe. Es ist unsere Aufgabe als eine politische Kraft, diese Erläuterungen zu geben und eine Analyse der Entwicklung anzubieten, die vor sich geht. Und wir leisteten das durch verschiedenste örtliche Veröffentlichungen.

Wir erteilen Unterricht in verschiedenen Gebieten, arrangieren Haus-Meetings, Ausbildung der Leute in den Bezirken, wie man Waffen benutzt, für die Frauenorganisationen, für die lokalen Organisationen. Denn im Untergrund und im Kampf muß jeder lernen, wie man ein Gewehr benutzt.

Es ist einfach, den Menschen beizubringen, wie man ein Gewehr bedient, schwieriger ist es schon, ihnen beizubringen, wie man sich politisch einsetzt. Es ist Zeit, ein politisches Theoriebewußtsein zu entwickeln. Diese Zusammenkünfte haben das allgemeine Ziel, Fragen aufzuwerfen über die Entwicklungen und auch zu agitieren. Sie müssen etwas tun, sich in Projekten organisieren auf lokaler Ebene. Das ist das wichtigste, das ist eine Art Arbeit, die in jeder revolutionären Bewegung die wichtigste ist, über die man aber am wenigsten erfährt, weil sie alltäglich ist. Sie hat keinen romantischen Anstrich, es ist harte Arbeit. Aber es ist die fruchtbarste Arbeit. Sie entwickelt eine Basis unter den Massen, weil in ihr der Kontakt zu den Menschen hergestellt wird.

Eine Sache, die sehr wichtig war und die die Genossen der Arabischen Sozialistischen Aktionspartei besonders in einigen Städten und Dörfern im Norden Libanons durchführten, die in erster Linie christlich sind, war die Bildung von Verteidigungskomitees, um alle anderen Kräfte an Angriffen zu hindern, Angriffen aus religiösen Gründen. Viele Städte erklärten aus diesem Grund ihre Unterstützung für die fortschrittlichen Kräfte, weil sie sahen, daß die fortschrittlichen Kräfte nicht gegen die Christen als solche waren, sondern gegen die faschistische Ideologie der Kräfte von Dschamajil und Schamun.

Das sind alles Aufgaben, die ausgeführt werden können von örtlichen Komitees, die auch Menschen einschließen, die keine Mitglieder der Partei sind. Und das ist wichtig, denn es gibt keine Revolution, die alle Massen in einer politischen Partei organisieren kann. Aber es gibt auch keine erfolgreiche Revolution, wenn sie es nicht schafft, die meisten Menschen in Komitees oder Organisationen zu organisieren, die der Partei freundlich gegenüberstehen. Und hier besteht die dialektische Beziehung zwischen den Massen und den politischen Organisationen, die den Massen dienen.

Statt Muslims, lies: fortschrittliche Kräfte; statt Christen, lies: reaktionäre, faschistische Kräfte

Syrien und die USA: Auf der Seite der Verlierer

Der PLFP-Genosse war ebenfalls sehr zuversichtlich, was den internationalen Aspekt des libanesischen Bürgerkriegs betrifft.

„Wir haben immer gesagt, daß die Kämpfe im Libanon nicht nur das Ergebnis innerer Klassenwidersprüche sind. Sie sind auch Ergebnis davon, daß in diesem Gebiet eine Lösung aufgedrängt werden soll, die imperialistische reaktionäre Lösung, deren Ziel es ist, den palästinensischen Widerstand und die fortschrittlichen Kräfte im Libanon zu schwächen.

Ich sage schwächen, und nicht eliminieren, weil der Imperialismus festgestellt hat, daß er die Widerstandsbewegung nicht zerschlagen kann. Um sie also aufzuhalten, muß er sie schwächen, um sie zu einer akzeptablen Kraft zu machen, damit sie nicht zu etwas wie einer revolutionären Kraft wird, die in der Lage ist, das Kräfteverhältnis in dem Gebiet zu verän-

Die palästinensische Widerstandsbewegung zu schwächen, um eine palästinensische Kraft heranzubilden, die gewillt ist, Israel als vollendete Tatsache anzuerkennen und einen palästinensischen Staat auf dem Westufer anzunehmen, um die palästinensische Frage – mindestens scheinbar – zu lösen, die die Wurzel des gegenwärtigen Konflikts im Mittleren Osten ist. In dieser Weise dient Libanon bei diesen Kämpfen als eine Bühne, auf der verschiedene Szenen, verschiedene Stadien einer Lösung aufgeführt werden. Wenn sich ein Schritt als erfolgreich erweist, wird das Spiel weitergehen, wenn nicht, dann wird die Szene umgedreht und dient als der Platz, wo die friedliche Lösung einen schweren Schlag erhält und der Anfang gemacht wird, sie zu verhindern.

Hinzu kommt, daß Syrien sich in diesem Gebiet befindet. Syrien ist ein Teil der Regelung des arabischen Raumes. Es hat bisher noch nicht einem Waffenstillstand oder einer friedlichen Regelung oder einem Abkommen wie dem Siani-Abkommen zugestimmt, aber es ist nicht mehr weit davon entfernt. Um ein Abkommen wie Sadat zu erreichen, um eine Übereinkunft mit Israel zu erreichen, ist es notwendig, daß die Syrer bestimmte Bedingungen schaffen. Eine dieser Ausgangsbedingungen ist es, den Amerikanern zu beweisen, daß die Syrer militärisch stark sind und daß sie die politische Macht besitzen, die politischen Ereignisse des arabischen Ostens zu diktieren oder zu bestimmen, besonders was die östliche Front betrifft, d.h. Jordanien, Syrien, die Palästina-Frage und Libanon. Das heißt, Syrien muß seine Fähigkeit beweisen, politisch zu manövrieren. Weil sie bis jetzt dazu noch nicht in der Lage gewesen sind, mußten sie mindestens anfangen, die palästinensische Anwesenheit zu schwächen, sowie die Stellung der fortschrittlichen Kräfte im Libanon zu schwächen, um sicher zu verhindern, daß im Libanon irgendeine grundlegende Kräfteverschiebung stattfindet, die die syrische Hegemonie über Libanon schwächen könnte.

Die Syrer fürchten, daß die fortschrittlichen Kräfte, wenn sie Erfolg haben, einen negativen Einfluß auf die inneren Widersprüche von Syrien haben werden, in dem sie das Aufkommen einer fortschrittlichen Entwicklung in Syrien bewirken werden und damit die politische Basis des Regimes von Assad schwächen. Und in diesem Sinne muß Assad diese Entwicklung fürchten.

Und ich glaube, es wird eine Niederlage für die Syrer werden. Eine Niederlage für die Syrer, weil sie eine Kraft unterstützen, die historisch auf der Verliererseite ist, nämlich die Rechte. Und sie unterstützen diese Kraft nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern aus der Notwendigkeit, ihre Stärke zu erhalten und ihre Hegemonie über das gesamte Gebiet der östlichen Front. Und das bringt Syrien in eine schwierige Situation."

Und was ist mit der Gefahr einer imperialistischen Intervention?

„Natürlich rechnet man immer mit der Möglichkeit einer imperialistischen Intervention, besonders einer amerikanischen Intervention. Aber es nicht mehr so einfach wie früher. Amerika hat viele Veränderungen erlebt; es wurde in Vietnam geschlagen. Das ist eine Tatsache. Sie erlitten eine Niederlage in Afrika, besonders Angola ist ein großer Schlag gegen die amerikanische Strategie.

Die Entwicklung der ANM (Arabische Nationalbewegung) oder der arabischen fortschrittlichen Bewegung von 1958 bis in die Gegenwart ist eine Bewegung, die Amerika nicht übersehen kann. 1958 landete die amerikanische Marine im Libanon, aber 1975/76 könnten sie das nicht. Hauptsächlich wegen der Entwicklung der Kräfte der arabischen Massen, die eine amerikanische Intervention klar ablehnen.

Die Vereinigten Staaten beteiligen sich dennoch an den Auseinandersetzungen, nämlich durch die Hilfen und Begünstigungen, die sie den Kräften im arabischen Raum dadurch gewähren; dadurch, daß sie Syrien ermuntern, im Libanon zu intervenieren und Syriens Vermittlerrolle unterstützen usw.. Aber die USA können nicht militärisch eingreifen.

Außerdem, wir glauben, wenn sie intervenieren würden, wäre das zu unserem Vorteil. Erstens betreten sie ein Gebiet, in dem sie nicht sehr viele befreundete Truppen vorfinden würden. Zweitens würde sich das klar gegen die arabischen Regimes auswirken, beson-

Fortsetzung von S. 7

ders Syrien. Ich glaube, Syrien würde eine amerikanische Intervention im Libanon nicht aushalten. Die Syrer, denen ihre Regierung befohlen hat, gegen Amerika zu sein, wenn auch auf sehr vage Weise, würden erkennen, daß ihre Regierung tatsächlich für Amerika ist, also proimperialistisch statt antiimperialistisch. Dies wäre ein Faktor, der das syrische Regime sehr schwächen würde. Und Amerika möchte seine Verbündeten nicht schwächen.

Und ebenso kennen die USA das Kräfteverhältnis gut und sie wissen, daß die Welt und die bewaffneten Völker eine direkte Intervention nicht tolerieren würden.

Sie haben gedroht. Sie sagten, sie hätten Schiffe vor der Küste, um die Amerikaner im Libanon zu retten. Aber wir lassen uns nicht zum Narren halten. Und wir sind bereit! Laß sie doch kommen! Und dies ist keine romantische Einladung an die Amerikaner, aber nein, es soll ihnen nur sagen, daß sie kommen können. Wir haben keine Angst, weil wir wissen, daß die Geschichte auf unserer Seite ist.

Und deshalb, so glauben wir, sind sie nicht gekommen, jedenfalls nicht direkt. In der Zeit nach Vietnam hat sich etwas verändert. Amerika kann seine Truppen nicht entsenden, wohin es will. Es denkt darüber nach, doch muß es zweimal und dreimal überlegen, bevor es tatsächlich Truppen entsendet.

Die Befreiungsbewegungen der Welt sind gewachsen in ihrer Stärke und das bedeutet, daß wir die Sorte von Angriffen verhindern können, die man früher gegen uns unternommen hat.

Es ist schon zu spät für Israel

„Das grundlegende Ziel der Kämpfe war, uns zu schwächen, das Gegenteil ist eingetreten, wir sind stärker als je vorher. Es ist richtig, daß wir im letzten Jahr nicht so viele militärische Operationen in den besetzten Gebieten ausgeführt haben wie im Jahr davor. Aber das ist entschuldbar. Unser Kampf geht nicht nur einfach gegen Israel. Es gibt einen vereinten Feind, Imperialismus, Reaktion und Zionismus, und es ist wichtig, die Verbindung zwischen ihnen zu sehen. Zu einer bestimmten Zeit kann deshalb der Kampf gegen die arabische Reaktion wichtiger sein. Zu dieser Zeit war der Kampf gegen die arabische Reaktion der Schlüssel zu allem. Wir mußten ihn gewinnen, sonst wären wir untergegangen. Wir haben ihn soweit gewonnen. Und das ermutigt unsere Massen in den besetzten Gebieten.

Deren jetziger Aufstand begann als Forderung gegen die Beleidigung der Menschen auf religiöser Ebene und wandelte sich innerhalb von Tagen, innerhalb von Stunden in eine politische Demonstration. Es wurde die größte politische Demonstration in Palästina seit 1936. Die Forderungen, die aufgestellt wurden, bedeuteten die Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung, d. g. die Unterstützung des bewaffneten Kampfes und die völlige Zurückweisung der zionistischen Kolonisierung. Die gerade abgeschlossenen Wahlen zeigen, daß die Menschen für die palästinensische Widerstandsbewegung sind.
Was bedeutet das ? Auf lange Sicht bedeutet das, daß die Menschen für den bewaffneten Kampf bis zur völligen Befreiung Palästinas sind. Sie sind für die PLO und das bedeutet das Programm eines demokratischen säkularen Staates in ganz Palästina.

Es ist kein spontaner Aufstand. Es gibt Kräfte hinter dem Aufstand. Das sind die Kommunisten, aber auch die Widerstandsbewegung, die verschiedenen Organisationen. Die PFLP ist sehr stark. Wir spielten eine große Rolle in Nablus, in Ramallah und in anderen Teilen der besetzten Gebiete. Es sind nicht nur die Kommunisten, es ist die Widerstandsbewegung, deren Stärke in den besetzten Gebieten zunimmt. Das ist alarmierend für Israel. Denn die Israelis fürchten die Idee des bewaffneten Kampfes mehr als irgend etwas anderes.

Aber sie waren immer sehr zufrieden, daß die Araber im eigentlichen Israel angeblich die Okkupation akzeptieren und sich als israelische Bürger betrachten. Was sie wirklich überrascht hat, war der Aufstand in Galiläa!

Die Entwicklung in den besetzten Gebieten ist sehr wichtig. Sie hat gezeigt, daß Israel sich in einer Krise befindet. Wir glauben, es ist schon zu spät für sie, denn unsere Massenbewegung entwickelt sich. Das ist etwas, was sie nicht aufhalten können. Und deshalb ist der Weg klar. Es gibt nur noch einen Weg. Wir sagen, daß der nächste palästinensische Nationalkongreß ein klares Programm annehmen muß, das keinen Raum für verschiedene Interpretationen läßt und klar macht, was die Punkte sind, über die Einigkeit besteht."

Die Massen suchen Einheit

Das Treffen zwischen Arafat und Habasch hat gezeigt, daß sich Fatah und die Kräfte der Ablehnungsfront einig sind, was Libanon betrifft. Und wenn hier Einigkeit besteht, so kann überall Übereinstimmung erzielt werden.

„Wir haben nicht unsere Analyse betreffend die 'friedliche Lösung' geändert. Wir sind nicht ins Exekutivkomitee der PLO zurückgekehrt. Wir wollen das auch nicht, bevor nicht ein klares Programm verabschiedet wird. Es ändert nichts, aber es hat den Massen in den besetzten Gebieten geholfen, weil sie Einheit suchen und da den Anfang gesehen haben für die Möglichkeit einer solchen Entwicklung. Im Libanon die libanesischen fortschrittlichen Kräfte und die Widerstandsbewegung sahen ebenfalls den Beginn der Einheit. Die Libanesisch-Arabische Armee, die PFLP, Fatah, ein weiter Sektor der libanesischen fortschrittlichen Kräfte, die in diese Sache verwickelt sind. Ich finde, das war ein mutiger Schritt und ein positiver Schritt. Nur e i n Schritt, keine große Entwicklung, nur ein Schritt. Aber bei dem gegebenen Stand des Angriffs und der zunehmend negativen Rolle Syriens erhält er größere Bedeutung. Weil hierdurch Assad Arafat nicht gegen die Widerstandsbewegung ausspielen kann. Da Arafat seine Positionen klargestellt hat. Und das ist für uns sehr wichtig, gerade jetzt.

Werfen wir zum Beispiel einen Blick auf den spanischen Bürgerkrieg! Damals erlitten die fortschrittlichen Kräfte eine Niederlage. Von 1936 bis in die Gegenwart blieb die Linke in diesem Gebiet schwach, war sie nicht in der Lage, sich zu organisieren.

Ich glaube, wenn wir im Libanon Rückschritte vornehmen müssen, könnten wir sehr gut einer ähnlichen Zukunft entgegensehen. Und es ist sehr wichtig, Geschichte zu erkennen und zu verstehen. Eine Niederlage bedeutet für die Faschisten eine langdauernde Niederlage und bedeutet nicht nur einen geringfügigen Rückschlag in diesem Gebiet. Deshalb ist es notwendig und unbedingt erforderlich, daß wir uns nicht selbst belügen, indem wir glauben, die Kämpfe hätten aufgehört, und daß die Faschisten die Kämpfe beenden wollen.

Wir müssen sie im Kampf zerschlagen und sie werden nicht aufgeben. Wir müssen sie schlagen. Es muß sicher sein, daß sie sich nicht wieder erheben können. Und unsere Aufgabe ist es, sie als politische Kraft zu beseitigen, sie müssen vernichtet werden. Sie dürfen nicht weiterbestehen.

Das allgemeine Kräfteverhältnis im arabischen Raum ist noch zugunsten des rechten Flügels, das ist klar, aber das ist keine andauernde Bedingung. Wenn wir im Libanon klar siegen, wird das einen starken Rückschlag für die arabische Reaktion bedeuten, weil sie nicht fähig waren, den Widerstand aufzuhalten – und das haben sie immer schon gewußt. Sie werden im Gegenteil den Aufstieg eines demokratischen Regimes erleben und das ist sehr wichtig für die Nahostregion. Es würde weitere Folgen für die demokratischen Kräfte haben, die Entwicklung würde noch dynamischer werden, es würden immer mehr Veränderungen eintreten und weitere Gründe für optimistische Einschätzungen." •

Spendenaufruf

Genossen, Freunde,
angesichts der entscheidenden Wichtigkeit der jetzigen Kämpfe in Libanon, fordern wir euch auf, die fortschrittlichen Kräfte in ihrem Kampf gegen den Faschismus durch Spenden zu unterstützen. Im Libanon steht eine demokratische Revolution auf dem Spiel. Der Ausgang der Kämpfe wird ausstrahlen auf den gesamten arabischen Raum. Er kann auf lange Sicht entscheidend dazu beitragen, dem Imperialismus in seinem Angriff auf die Dritte Welt, wie in Vietnam, erneut das Handwerk zu legen. Wir werden die Spenden zu gleichen Teilen der Arabischen Sozialistischen Aktionspartei (Libanesischer Zweig) und der PFLP zuleiten.

Leitendes Gremium des KB

Palästinenser demonstrieren gegen die Regierung des Libanon, nachdem die Israelis bei einem Überfall drei Fedajin umbrachten.

Wahlsieg im besetzten Westjordanien

Einen großartigen Wahlsieg errangen die in der „Nationalen Front" zusammengeschlossenen Kandidaten bei den Gemeinderatswahlen am 12. April im besetzten Westjordanien.

Etwa vier Fünftel der 205 Sitze wurden mit neuen Leuten besetzt. Insgesamt erreichte die „Nationale Front" 75-80 % der Sitze!

Weit abgeschlagen wurden damit die alteingesessenen Stadträte, deren Politik unter der zionistischen Besetzung aus Kollaboration und Verrat bestand.

Die „Nationale Front" setzt sich aus Sympathisanten der PLO, aus Mitgliedern der jordanischen KP und anderen fortschrittlichen Kräften zusammen, die sowohl die andauernde zionistische Besetzung als auch eine Rückgabe Westjordaniens an König Hussein ablehnen. Der Sieg dieser Kräfte kann für den Widerstand im besetzten Westjordanien eine gute Unterstützung bedeuten. Besonders wichtig ist der Wahlsieg der „Nationalen Front" in den Städten Westjordaniens:

In Hebron gewann die „Nationale Front" alle zehn Sitze, in Ramallah acht von zehn Sitzen, und in Nablus ebenfalls die Mehrheit. Lediglich in Bethlehem setzte sich die Liste des alten Bürgermeisters durch.

Eine Grundlage für den hohen Wahlsieg dürfte die neue Wahlordnung geschaffen haben, die es jetzt „allen Steuerzahlern" statt wie bisher „allen Landbesitzern" erlaubte zu wählen. Erstmals konnten auch Frauen an der Wahl teilnehmen (sofern sie Steuern zahlten oder mit einem Steuerzahler verheiratet waren!).

Den Ausschlag für den Wahlsieg hat jedoch der Aufschwung der Massenkämpfe gegen die andauernde Besetzung gegeben. Wie im AK berichtet fanden in den letzten Monaten fast täglich große Demonstrationen gegen die Besetzung in Westjordanien statt, die wegen der scharfen Unterdrückung einen sehr militanten Charakter hatten. Und dieser Aufschwung des Widerstands hat die Palästinenser insgesamt in Israel ergriffen, wie der Generalstreik am 30. März bewiesen hat. Tatsächlich handelt es sich bei den jüngsten Massenkämpfen um die größten spontanen Auseinandersetzungen seit der relativen Konsolidierung des zionistischen Staates überhaupt. Den Zionisten ist damit ein Feind im Lande selbst entstanden, mit dem sie weder im Krieg von 67 noch im Oktoberkrieg 1973 kämpfen mußten.

Die zionistischen Träume von der Unterdrückung und Ausplünderung der Palästinenser in „Ruhe und Frieden" sind zerschellt! Immerhin sind auch nach diesem großen Wahlsieg die Massen nicht dazu übergegangen, jetzt erstmal abzuwarten und auf Aktivitäten der neugewählten Bürgermeister zu vertrauen:

In Antwort auf Aktionen tausender rechtsradikaler Zionisten, die zum Passah-Fest in Westjordanien für die vollständige Eingliederung der besetzten Gebiete demonstrierten, fanden am 20. April erneut Demonstrationen und Barrikadenkämpfe gegen die Besetzung in mehreren Orten Westjordaniens statt! •

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

aus Betrieb und Gewerkschaft

Heidenreich + Harbeck: Der Kampf geht in die zweite Runde

Streik am 23. April

Am Freitag, den 23. April, wurde bei Heidenreich + Harbeck gestreikt. In diesem Hamburger Metallbetrieb hat es bereits mehrere Kampfaktionen gegeben, seit bekannt wurde, daß das Werk bis Ende des Jahres dichtgemacht werden soll. 800 Arbeiter sollen in den nächsten Monaten entlassen werden.

Als am Freitag morgen bekannt wurde, daß der Vorstandsvorsitzende Bartelmeh nach Hamburg kommen würde, um Vertretern eine in Hamburg neuentwickelte Maschine vorzuführen, organisierten fortschrittliche Kollegen und Vertrauensleute für 11.30 Uhr eine Streikversammlung. Die Kollegen versammelten sich in dem Raum, wo die neue Maschine vorgeführt werden sollte. Die Streikbeteiligung war so groß, daß gar nicht alle in den Raum hineinpaßten. Der Hamburger IG-Metall-Führer Engelmann, der gerade im Betrieb wegen Sozialplan-Verhandlungen anwesend war, griff die Stimmung der Kollegen auf und forderte, Bartelmeh solle sich zur Rede stellen.

Bartelmeh, der mit Pfiffen und Buh-Rufen empfangen wurde, versuchte die Kollegen wortgewaltig zu beschwichtigen und versicherte, er würde „Tag und Nacht" auf der Suche nach einem neuen Produkt für Heidenreich sein, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Als ein Kollege daraufhin forderte, die Geschäftsleitung solle alle Kündigungen zurücknehmen, ließ Bartelmeh die Katze aus dem Sack: *„Selbst wenn wir ein neues Produkt für H. & H. finden, und da bin ich mit Senator Kern einig, würde das Arbeit für maximal 500 bis 600 Mitarbeiter geben."* Von einem Kollegen wurde richtig darauf hingewiesen, daß Bartelmeh mit diesen Sprüchen wieder Illusionen verbreiten wolle, damit die restlichen Kollegen glauben, ihr Arbeitsplatz wäre doch noch zu retten.

Unter den jetzigen Kündigungen befindet sich fast die gesamte mechanische Fertigung (Dreherei, Bohrerei usw.), die, selbst wenn ein anderes Produkt als Drehbänke hergestellt wird, unentbehrlich ist.

Ein Kollege forderte von der IG-Metall, daß sie mit Einstweiligen Verfügungen erreichen soll, daß **alle** gekündigten Kollegen – nicht nur die mit besonderem Kündigungsschutz – bis zur endgültigen Klärung im Betrieb bleiben können.

IGM-Führer Engelmann wiegelte den Streik nach 1 1/2 Stunden ab: Bartelmeh solle jetzt nicht mehr länger davon abgehalten werden, Heidenreich zu „retten".

Trotz des Erfolges – es gelang in kürzester Zeit den überwiegenden Teil der Belegschaft zu mobilisieren – ist es jetzt die besondere Aufgabe aller fortschrittlichen Kollegen, den wieder aufkeimenden Illusionen unter den Kollegen konsequent entgegenzutreten und ihnen klarzumachen, daß es weiterhin darum geht, für den Erhalt **aller** Arbeitsplätze zu kämpfen. Die Ansätze des aktiven Kampfes gegen die Stillegung gilt es weiter zu entwickeln.

Alle Kündigungen müssen zurückgenommen werden!

für Heidenreich sein, um die Arbeits- — ist es jetzt die besondere Aufgabe „unternehmerische Fehlentschei- stellen.

Große Beteiligung der Kollegen an der Betriebsversammlung

Auf Initiative fortschrittlicher Kollegen war für den 12. April die Einberufung einer Betriebsversammlung durchgesetzt worden.

Die ersten Kollegen, die sich zu Wort meldeten, führten aus, daß es in der jetzigen Situation unbedingt notwendig ist, umfassend über die drohende Stillegung und die dagegen zu organisierenden Abwehrmaßnahmen zu diskutieren.

Auf der Betriebsversammlung nahmen dann auch viele Kollegen zu diesen Fragen Stellung.

Es wurde herausgestellt, daß die rechten Betriebsräte immer noch den Abwehrkampf durch mangelnde Information und Geheim-Mauscheleien boykottiren. Auch die falsche Haltung der rechten Betriebsräte und der IGM-Führung wurde kritisiert, die die drohende Stillegung als „unternehmerische Fehlentscheidung" etc. charakterisieren. *„Die Fähigkeit eines Managers können nur mit äußerst mangelhaft beurteilt werden, wenn er sechs Jahre benötigt, festzustellen, daß das Hamburger Werk Heidenreich & Harbeck völlig ungesund strukturiert ist"* („Metall aktuell").

Den „Argumenten" der IGM-Führung wurde gegenübergestellt, daß man sich eben nicht auf die „verantwortlichen Politiker" stützen kann, sondern nur die Belegschaft selber einen erfolgreichen Abwehrkampf führen kann. Aus diesem Grund wurde z. B. angeregt, den Film „Gegenmacht international" zu zeigen, der einen erfolgreichen Abwehrkampf der Enka Glanzstoff-Kollegen in Breda darstellt, um aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Folgende Anträge wurden einstimmig, bzw. mit überwiegender Mehrheit angenommen:

1. Informationen an die Belegschaft über alle wichtigen Gespräche mit Senat, anderen Kapitalisten, Geschäftsleitung und Gewerkschaften. Presseerklärungen des Betriebsrates über diese Gespräche.
2. Information aller wichtigen Betriebe über die Situation bei H. & H.
3. Kontaktaufnahme mit anderen Gildemeisterwerken, um eine Verbindung zu schaffen und darüber einen Informationsaustausch herzustellen.
4. Erstellung einer Dokumentation über Heidenreich & Harbeck für andere Betriebe.
5. Teilnahme von Heidenreich & Harbeck-Kollegen an der VK-Sitzungen in anderen Betrieben.

Die rechten Betriebsratsmitglieder reagierten auf ihre Weise: Der Betriebsrat werde die Resolutionen zwar zur Kenntnis nehmen, aber er sei nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht daran gebunden. Ein sehr bezeichnendes Beispiel für das Demokratieverständnis dieser Leute. Außerdem meint einer dieser Typen, sei der Betriebsrat unangreifbar, denn er habe bisher keine Fehler gemacht und wer den Betriebsrat kritisiert, kann nur ein Dummkopf sein.

Diese Sprüche stießen bei den Kollegen auf helle Empörung, so daß die rechten Betriebsräte nicht wagten, noch mehr „Argumente" für ihre Politik ins Feld zu führen.

Die Betriebsversammlung am 12.4. ging bis zum offiziellen Feierabend. Da noch mehr als ein Dutzend Wortmeldungen auf der Rednerliste standen, konnte eine Weiterführung der Betriebsversammlung am nächsten Tag durchgesetzt werden.

Antikommunistische Attacken der IGM-Führer

Der IGM-Führer Engelmann „unterstützte" die Kollegen von Heidenreich & Harbeck auf ganz bssondere Weise: In antikommu-
Heidenreich & Harbeck auf ganz bssondere Weise: In antikommu-
nistischen Reden hetzte er besonders gegen einen Jugendvertreter. Dabei griff er auf ein Flugblatt der „KPD/ML" zurück. (Die „KPD/ML"er zeichneten sich in ihren Flugblättern und Reden bei Heidenreich & Harbeck dadurch aus, daß sie in allgemeinen Phrasen über die sozialistische Revolution, die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes etc. schwafelten und in keiner Weise auf die konkrete Situation und die anstehenden Fragen eingingen.) Engelmann „warnte" die Kollegen: Sämtliche Anträge seien von der „KPD/ML" und würden nur dazu dienen, die Kollegen in die Fänge der „Kommunisten" zu treiben. Der Gipfelpunkt seiner Hetze war die Behauptung, die Extremisten wollten die Bevölkerung in Blut ertränken.

Engelmann konnte mit seinen Provokationen und den Versuchen, die fortschrittlichen Redner in die „linke" Ecke zu drängen und von den Kollegen zu isolieren, nicht landen. Seine Provokationen wurden von Kollegen als „Göbbel'sche Demagogie" zurückgewiesen und als Angriff gegen sämtliche Beiträge gekennzeichnet. ●

Terrot-Werke, Wahlstedt:

Protestdemonstration gegen Betriebsschließung

Der Arbeitsplatzabbau in und um Neumünster soll weitergehen! Nachdem gerade vor einem viertel Jahr bekannt wurde, daß die Bekleidungsfirma Marsian ihre Tore schließen wird, hat nun die Stuttgarter Leitung der Terrot-Gruppe angekündigt, ihr in Wahlstedt (bei Neumünster) gelegenes Werk für Rundschrickmaschinen dichtzumachen. Damit sind 270 Arbeiter und Angestellte sowie 30 Auszubildende von Arbeitslosigkeit bedroht. Neumünster und sein Umland liegt schon jetzt mit seinem Anteil an Arbeitslosen an der Spitze in Schleswig-Holstein. In Wahlstedt beträgt die Arbeitslosenrate nach zwei vorhergegangenen Betriebsschließungen 7,6 %. Nach den Worten des Wahlstedter Bürgermeisters würde die Terrot-Schließung für den Ort „den Bankrott" bedeuten.

Dabei kann keine Rede davon sein, daß es nicht genug Arbeit gäbe: Während andere Betriebe kurzarbeiteten, sind bei Terrot seit mehr als einem Jahr Überstunden gemacht worden. Der Betrieb ist bisher voll ausgelastet gewesen.

Anders als bei der Schließung von Marsian, wo die Kollegen letztlich ihre Wut runterschluckten, ist es bei Terrot schon zu ersten Protestmaßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze gekommen. Am 5. April gebung und Demonstration gegen die Pläne der Terrot-Kapitalisten durch. Insgesamt beteiligten sich über 700 Wahlstedter Bürger an der Demonstration.

„Terrot muß nicht geschlossen werden", erklärte der Vertreter der IG Metall Neumünster, Hiensdorfer. *„Wir haben festgestellt, daß die Verluste der Firmengruppe allein auf die Schlamperei der Unternehmensfürung zurückzuführen sind. Die Arbeiter sollen das jetzt ausbaden."*

Mit Sprechchören zogen die Arbeiter vor das Werk. Sie riefen: *„Gegen Unternehmergier – Arbeitsplätze brauchen wir!"* und *„Solidarität – wenns um unsere Arbeit geht!"* Vor dem Werkstor forderten sie noch einmal die uneingeschränkte Weiterführung der Produktion.

Besonders zynisch muß auf die Wahlstedter Kollegen folgende Tatsache wirken: Die Produktion soll nach Stuttgart verlegt werden, wo 100 neue Arbeiter eingestellt werden sollen. Dafür kassiert Terrot dann auch noch die staatlichen Prämien für die „Arbeitsplatzbeschaffung". Diese Manöver scheinen sich auszuzahlen: Die Firma Syro-Hydraulik beispielsweise schließt ihr Aachener Werk, um sich in Neumünster anzusiedeln. Auch Syro kassiert für die „Arbeitsplatzbeschaffung" (diesmal von der schleswig-holsteinischen Landesregierung) und in Aachen werden 165 Kollegen arbeitslos. ●

Wetzlar: Kling GmbH Bielhausen will 380 Kollegen feuern

Die Kapitalisten der Kling GmbH Bielhausen planen, am 30. Juni 76 das Werk in Wetzlar zu schließen. Dadurch sind die Arbeitsplätze von 380 Kollegen bedroht. Die Belegschaft wurde von den Kapitalisten erst am 7.4. über die geplante Schliessung informiert. Ob ein Sozialplan ausgehandelt wird, ist noch unklar.

Die Kapitalisten führen *„ungenügend ausgelastete Fertigungskapazitäten, ständige Kostenerhöhungen und den starken Druck durch die japanische Niedrigpreiskonkurrenz"* als Begründung für die Schließung an.

Aufgrund der bedrohlichen Arbeitsmarktsituation im Wetzlarer Raum hat sich die hessische Landesregierung eingeschaltet und vergeblich mit Vertretern der Geschäftsführung der Firmengruppe FAG Kugelfischer, der die Kling GmbH angehört, über die Vermeidung der Schließung verhandelt. Staatssekretär Gries gab bereits zu, daß diese Maßnahmen hoffnungslos sind.

Die IG Metall gibt zwar vor, sich um den Erhalt der Arbeitsplätze zu bemühen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Kollegen hier ernsthaft Hilfe erwarten können: Die einzige bisher bekannt gewordene Aktivität bestand in einer Information der Betriebsräte über ihre rechtliche Position. ●

Eine Teves-Genossin des KB/ Gruppe Frankfurt

Weil sie an dem Warnstreik bei Vitra teilgenommen hatten, waren drei Betriebsräte gefeuert worden. Jetzt sind sie wieder im Betrieb.

Vitra: Betriebsräte wieder eingestellt

Aufgrund eines Warnstreiks hatte die Firma Vitra in Weil drei Betriebsräten fristlos gekündigt. Die drei Betriebsräte sind inzwischen wieder eingestellt worden aufgrund der Vereinbarung zwischen der IG Metall und der Firmenleitung, daß keine Maßregelungen wegen der Warnstreiks getroffen werden dürfen. Außerdem wurde das widerrechtliche Hausverbot und die Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen den IGM-Bevollmächtigten zurückgezogen, der sich trotz Hausverbot mit den Betriebsräten beraten hatte. Unbekannt ist allerdings, ob die Geschäftsleitung auch die Anträge auf Ausschluß aus dem Betriebsrat gegen die drei Kollegen zurückgenommen hat, die beim Arbeitsgericht gestellt worden waren. ●

„Ideal Standard" in Neuß wird stillgelegt

Zahlreiche Betriebsanhörige des Radiatoren-Werkes Ideal Standard in Neuß und andere Kollegen haben mit einer Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus gegen die für den 30. Juni angekündigte Schließung ihres Betriebes protestiert. Von der Schließung sind 500 Arbeiter betroffen. Der amerikanische Mutterkonzern hatte das Zweigwerk in der Vergangenheit hemmungslos ausgebeutet und auch in Frankreich ein Werk mit 4.000 Beschäftigten stillgelegt. Zu der Protestkundgebung waren zahlreiche Solidaritätserklärungen eingegangen. ●

Speyer: 7.000 demonstrieren für VFW-Arbeitsplätze

Auf der bisher größten Demonstration forderten 7.000 Menschen am 8.4. den Erhalt der 1.300 Arbeitsplätze des Speyerer Werkes des Rüstungskonzerns VFW. Aufgerufen hatten die Belegschaft, die IG-Metall, sowie mehrere Bürgerinitiativen. Die Demonstranten trugen selbstgefertigte Parolen wie: „Jagt der Boß euch von der Schüssel, schlagt die Zigarr ihm aus dem Rüssel!" – „Für Dividenden, die heilige Kuh – macht man bei uns die Betriebe zu!" – „ Laßt nicht die Arbeitsplätze zum Teufel gehen, sondern die Bosse!". Zahllose Solidaritätsadressen wurden stürmisch begrüßt. Von der DGB-Jugend waren 10.000 Unterschriften in Speyer gesammelt worden. Besonders herzlich begrüßt wurde die Solidarität von tausend Beschäftgiten von Audi-NSU aus Neckarsulm.

Einen ersten Erfolg konnten die anhaltenden Proteste mittlerweile verbuchen: Die Demontage von Maschinen und Vorrichtungen, die in andere VFW-Werke, insbesondere nach Bremen, transportiert werden, ist inzwischen vorläufig gestopt worden, die Anmeldung von Massenentlassungen beim Arbeitsamt zunächst zurückgenommen. – Wie wir schon mehrfach berichteten, will der VFW-Konzern seine Rüstungsproduktion (MRCA u. a.) in Süddeutschland und in Bremen konzentrieren. Speyer hat das Pech, genau dazwischen zu liegen.

Um ihrem Kampf noch mehr Nachdruck zu verleihen, haben die Kollegen und Kolleginnen beschlossen, am 1. Mai ein großes Fest vor dem Werkstor zu veranstalten. ●

Automobilindustrie in der BRD: Riesen-Profite auf dem Rücken der Arbeiter

Im März erhöhten die Automobilkonzerne nacheinander die Preise:
- Ford um 5%
- VW um 4,6%
- Opel um 4,7%

Die Preiserhöhungen finden vor dem Hintergrund einer ausgezeichneten Umsatz- und Profitentwicklung der Automobilmonopole statt:
- Durch Massenentlassungen 1974/75, durch Kurzarbeit, Rationalisierungen an den Bändern und in der Verwaltung wurden Millionen-Kosten eingespart.
- Bei steigenden Aufträgen wird nicht die Belegschaft erhöht, sondern die verbliebenen Arbeiter werden durch Überstunden und Sonderschichten verstärkt eingesetzt, so daß die Kapitalisten ohne Neueinstellung flexibler die Arbeitskräfte einsetzen und so die Produktionskapazitäten optimal ausnutzen können.
- Die Burgfrieden- und Stabilitätspolitik der Gewerkschaftsführer verhalf zu Lohnraubabschlüssen und zur Entwaffnung der Arbeiter gegenüber der Rationalisierungspolitik.

So können die Automobilbosse, noch bevor die offiziell frisierten Bilanzen für das Jahr 1975 vorliegen, ihre Zufriedenheit und Erwartungen für 1976 kaum ververbergen: „ . . . *es hat allen Anschein, als würde der März zum absolut größten Monat aller Zeiten für die Ford-Werke*" und dieses Jahres werde „*zum absoluten Rekordjahr der Branche*", so Ford-Chef Lutz („Spiegel", 19.4.76).

Und das sind einige Ergebnisse der Profitjagd auf dem Rücken der Automoblilarbeiter:

Die Gesamtproduktion der Branche im Inland stieg in den ersten drei Monaten 1976 um 50% gegenüber dem Vorjahrszeitraum – VW verkaufte im März 81.000 Autos, mehr als jemals zuvor in einem Monat. Auch die Exportflaute ist **Monat. Auch die Exportflaute ist** **zunächst überwunden, die monatliche Steigerungsrate beträgt im Export 40%.**

Bereits 1975 wurden die ersten großen Erfolge von Rationalisierungen und Massenentlassungen geerntet: Bei etwa 10% weniger Beschäftigten stieg die Produktion um 2,8%, der Umsatz um 18,8% („Welt", 23.4.76)!

Daimler-Benz beispielsweise deutet für das Ergebnis 1975 „*im Absolutem das beste Jahr der Geschichte*" an („Spiegel", 19.4.76). Verraten werden jetzt schon vier Milliarden DM Umsatzsteigerung bei gleichbleibender Belegschaft!

Die verbesserte Absatzlage allein aber genügt der Profitgier der Automobilkapitalisten nicht, sie schlagen wegen der günstigen Nachfrage (Lieferfristen bei Ford und Opel: vier bis fünf Monate) noch einiges auf die Preise drauf.

Für die Arbeiter weniger Lohn und mehr Arbeit

Neben der Steigerung der Arbeitszeit durch Überstunden und Sonderschichten, neben sinkenden Reallöhnen, beschert der Profitboom der Kapitalisten den Automobilarbeitern steigende Arbeitshetze. Auch hierüber können die Kapitalisten erste Erfolge vermelden:

Daimler-Benz: Der Umsatz pro Beschäftigten stieg von 110.000 DM 1974 auf 134.000 DM 1975. In den letzten acht Jahren wurden die Fertigungszeiten für Mercedes-PKW um 30% gesenkt.

BMW:	1975 stieg
– die Produktion um	+17,1%
– der Umsatz um	+3o,6%
– die Belegschaft nur um	+12,3%
– die Arbeitsproduktivität	+27,7%

– die Arbeitsproduktivität +27,7%

VW: 1976 wird die Autoproduktion pro Kopf von zehn auf 14 Stück gesteigert.

Straßenfahrzeugbau: 1975 wurde die Arbeitsproduktivität um 8,7% gesteigert, im ersten Quartal 1976 sogar um 11%.

Diese nüchternen Zahlen verdeutlichen, daß die Kapitalisten die Krise und Absatzflaute in der Automobilindustrie 1974 und 1975 in vollem Umfang genutzt haben, auf dem Rücken der Arbeiter die Voraussetzungen für neue Gewinnrekorde zu legen. Das Ganze wurde unter dem Tarnmantel „Sicherung der Arbeitsplätze" durchgezogen und von den Führer der IG-Metall gestützt. Wie lächerlich nimmt sich dagegen das Schattenboxen von IG-Metallchef Loderer aus, der angesichts der kaum noch zu verhüllenden Profiterfolge der Kapitalisten kraftmeiert, wenn das so weiter gehe, sei im Sommer ein „Nachschlag" fällig („Spiegel", 19.4.76). Diese Äußerung macht dieser „ahnungslose Engel" nur wenige Zeit nach dem 5,4%-Tarifabschluß!

Und auch hierbei weiß sich Loderer mit den Kapitalisten in der Befürchtung einig, daß sich die Arbeiter wie in den Jahren 1969 und 1973 in selbstständigen Kampfaktionen gegen Lohnraub und Preistreiberei zur Wehr setzen. (Alle Zahlen nach „Spiegel", 19.4.76). ●

KB/Gruppe Bremen

Nürnberg: Befristete Arbeitsverträge bei AEG

In allen Großbetrieben im Nürnberger-Fürther Raum gibt es zur Zeit einen totalen Einstellungsstop. Eine Ausnahme davon machte jetzt das Haushaltsgerätewerk Nürnberg der AEG. Dort sollen 110 Kollegen neu eingestellt werden. Hintergrund dieser Maßnahme ist, daß auf dem Waschmaschinenmarkt eine kurzfristig verstärkte Nachfrage eingetreten ist und die Tagesproduktion von 650 auf 800 erhöht wurde.

Der Haken an diesen Neueinstellungen ist, daß sie auf drei Monate befristet sind. Den Neueingestellten wird dabei tröstend versprochen, bei entsprechenden Leistungen sei Weiterbeschäftigung möglich. Es ist klar, daß so die Konkurrenz und das Mißtrauen unter den Kollegen geschürt werden soll. Mit welcher Skrupellosigkeit und Zynismus die Kapitalisten die Massenarbeitslosigkeit ausnutzen, zeigt auch eine Äußerung vom AEG-Personalchef: „*Daß der Körper zuerst der Fließbandarbeit Widerstand entgegenbringt, ist klar, aber da gewöhnen Sie sich dran. Nachher, wenn Sie durch die Krise durch sind, machen Sie die Arbeit sogar gerne und mit Freude.*"

Die IG Metall-Betriebsräte haben den Plänen der Geschäftsleitung zugestimmt und bringen es sogar fertig , diese Maßnahme als sozialste (!) Tat der letzten Zeit hervorzuheben. Sie versuchten nicht einmal, über feste Neueinstellungen zu reden! ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten

Streik gegen zusätzlichen Lohnraub

Vom 10. bis 13.4. vormittags streikten 34 Kollegen bei der Firma Hansa Rohstoffverwertung in Essen. Die Kapitalisten wollten die Lohn „erhöhung" von 5,4 % mit den bisher gezahlten außertariflichen Zulagen verrechnen und damit einen zusätzlichen Lohnraub durchsetzen. Dies konnte durch den Streik verhindert werden. ●

Kleiderfabrik setzt 93 Arbeiterinnen auf die Straße

Die Firma Fromm & Rumpf in Gambach (Wetteraukreis/Hessen) hat Konkurs angemeldet. 93 Arbeiterinnen und neun Lehrlinge verlieren dadurch ihre Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze. Die „Begründung" der Kapitalisten ist jedoch eine aus dem Rahmen üblicher Sauereien herausfallende Schweinerei. Die Kapitalisten behaupten, der Konkurs sei notwendig geworden, weil ihnen hohe finanzielle Belastungen aus einem Sozialplan für die Kollegen der in Frankfurt aufgelösten Zuschneiderei entstanden seien. Die Kollegen aus Frankfurt sollen also die Verantwortlichen sein. Nach Angaben des Gambacher Bürgermeisters Müller ist die Auftragslage der Firma gut gewesen. Offenbar wollen die Kapitalisten lieber die Fabrik schließen und sich ihren Lebensabend mit dem Profit versüßen, den sie aus den Arbeiterinnen herausgepreßt haben, als daß sie einen winzigen Teil ihrer Gewinne an Entlassene in Form eines Sozialplanes abgeben.

Die Aussichten der Kolleginnen sind düster, denn die Arbeitsplätze sind nach Angaben des Gambacher Bürgermeisters nicht zu ersetzen. ●

Eine Teves-Genossin des KB/Gruppe Frankfurt

CHEMIE

Betriebe

Texaco, Hamburg

Für die Jugendvertreterwahl wurden zwei Listen eingereicht. Gewählt wird am 3. Mai.

Die Personal- und Ausbildungsleitung schaltete sich mit einer beispiellosen Verleumdungskampagne gegen eine Listenführerin in die Wahl ein. Als die üblichen Schikanen – sie wurde aufgefordert, die Firma zu wechseln, weil sie sich für einen betriebsinternen Unterricht einsetzte usw. – keine Wirkung erzielten, telefonierte die Ausbildungsleiterin mit der Mutter (!) der volljährigen (!!) Kandidatin.

Hinsichtlich der starken gewerkschaftsoppositionellen Betriebsgruppe, von der die Liste unterstützt wird, erklärte die Ausbildungsleiterin, ihre Tochter arbeite mit *„betrieblichen Unruhestiftern"* zusammen, die *„zur Baader-Meinhof-Linie tendierten"* und *„bald kriminelle Handlungen begehen"* würden. Die Mutter müsse sich nicht wundern, wenn ihre Tochter bald *„ganz verschwunden"* (untergetaucht ?!) sei.

Später rief die Ausbildungsleiterin die Mutter noch einmal an und bat sie, das ganze Gespräch „zu vergessen" und nichts darüber weiterzuerzählen.

Die Mutter tat ihr den Gefallen nicht. So kam der Fall ans Tageslicht.

Die linke Betriebsgruppe berichtete in ihrer Betriebszeitung über die Verleumdungskampagne und leitete gleichzeitig eine offizielle Beschwerde über die Ausbildungsleiterin ein.

Der Personalchef machte einen gewaltigen Rückzieher. In einer Betriebsausschußsitzung wurde gemeinsam protokollarisch festgehalten, das Elternhaus sei nicht mehr zuständig für Rückfragen aller Art, die Ausbildungsleiterin habe ihre Kompetenzen überschritten, sie habe sich gegenüber der JV-Kandidatin zu entschuldigen – erfolgte am nächsten Tag – und habe sich gegenüber einem Mitglied der Betriebsgruppe von ihren Äußerungen zu distanzieren – erfolgte noch während der Sitzung über Lautsprecheranlage des Telefons. Der Personalchef versicherte weiter, daß es einen Wiederholungsfall nicht geben dürfe und nicht geben werde. ●

Texaco, Hamburg

Bei der Texaco wechselte das Betriebsratsmitglied Dr. Hinz von der DAG zur IG Chemie. Hinz war noch auf der letzten Betriebsratswahl als Paradepferd der DAG aufgetreten. Die DAG-Betriebsgruppe forderte Hinz in einem offenen Brief auf, von Freistellung und Betriebsratsposten zurückzutreten, da er das „Wählervotum verfälsche." Hinz tat nichts dergleichen.

Als tatsächliche Gründe dieses Gewerkschaftswechsels wurde inzwischen bekannt, daß Hinz – Leiter einer SPD-Ortsgruppe – von der SPD aufgefordert worden war, die Fronten zu wechseln. Der DGB sei eher in der Lage, ihn als SPD-Kandidaten für die nächste Landtagswahl in Schleswig-Holstein zu unterstützen. Bekannt ist auch, daß die IG Chemie seit langem nach einer neuen Gallionsfigur sucht, die geeignet ist, eine SPD-Betriebsgruppe gegen die gewerkschaftsoppositionelle Texacogruppe zu führen. Die IG Chemie-Betriebsarbeit war nach dem Ausschluß von 15 Betriebsräten und Vertrauensleuten 1974 nahezu zusammengebrochen. ●

Merck, Darmstadt

Die Geschäftsleitung will die 132 Lehrlinge, die dieses Jahr auslernen, nicht übernehmen, da sie die Übernahme im Moment wirtschaftlich „nicht verkraften" könne. Daher hat sie alle Lehrlinge aufgefordert, nicht – wie beabsichtigt – die Lehre ein

(gegen Personalabbau – für Übernahme).

Gemeinsam mit der Vertrauenskörperleitung wurde die Verwaltungsstelle der IG-Chemie aufgefordert, diese Aktionen zu unterstützen. Doch der Geschäftsführer lehnte ab,

Merck, Darmstadt

Die Geschäftsleitung will die 132 Lehrlinge, die dieses Jahr auslernen, nicht übernehmen, da sie die Übernahme im Moment wirtschaftlich „nicht verkraften" könne. Daher hat sie alle Lehrlinge aufgefordert, nicht – wie beabsichtigt – die Lehre ein halbes Jahr früher zu beenden, sondern dieses halbe Jahr länger zu lernen. Allerdings könne sie auch dann natürlich nicht garantieren, daß alle Lehrlinge übernommen würden.

Die Lehrlinge haben prompt reagiert: es haben sich noch mehr als bisher zur vorzeitigen Prüfung angemeldet. Das ganze wurde von der Jugendvertretung und vom KBW veröffentlicht. Worauf der Betriebsrat sich als erstes von der Jugendvertretung abgrenzte. Er wolle sich nicht in den Geruch bringen lassen, er vertrete die Politik des KBW. Obwohl sich die IG-Chemie-Vertrauenskörperleitung voll hinter die Jugendvertretung stellte und ein Flugblatt zu diesen Vorfällen verteilte, konnte nicht verhindert werden, daß der Betriebsrat (mehrheitlich IG Chemie!) gegen die Jugendvertretung sein Mißtrauen aussprach.

Die Jugendlichen ließen sich trotzdem nicht beirren und führten ihre Kampagne gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung weiter. Die Jugendgruppe der IG-Chemie machte folgende Vorschläge:

1. Informationsstände in der Innenstadt und vor dem Haupttor von Merck;
2. Briefe an die Eltern der betroffenen Kollegen;
3. Presseerklärung;
4. Verteilung von Meinungsknöpfen (gegen Personalabbau – für Übernahme).

Gemeinsam mit der Vertrauenskörperleitung wurde die Verwaltungsstelle der IG-Chemie aufgefordert, diese Aktionen zu unterstützen. Doch der Geschäftsführer lehnte ab, da erst die ganze Verwaltungsstellenleitung entscheiden müsse, und drohte gleichzeitig mit Gewerkschaftsausschluß (!), falls die Info-Stände trotzdem gemacht würden. Man ließ sich darauf ein und machte die Info-Stände einige Tage später.

Nur der KBW hatte sich was besonderes ausgedacht: er schlug vor, die Info-Stände gleich zu machen, aber seine Mitglieder könnten sich nicht daran beteiligen, weil für sie das ja zu gefährlich sei. „Einfache" Gewerkschaftsmitglieder hingegen hätten nichts zu befürchten. Saubere „Kommunisten" sind das, die die Kollegen ins Feuer schicken und selber sich verstecken und abwarten, was passiert.

Inzwischen sind weitere Aktionen gelaufen. So versuchen die Jugendlichen regelmäßig in den Mittagspausen, die erwachsenen Kollegen für ihren Kampf zu interessieren und die allgemeinen Rationalisierungen bei Merck (u.a. sollen 1976 350 Kollegen wegrationalisiert werden) mit ihrem Kampf zu verbinden. Am 30. März demonstrierten über 150 Lehrlinge mit Transparenten und Sprechchören durch das Werk; sie forderten:

- **Übernahme aller Lehrlinge in ein unbefristetes Ausbildungsverhältnis**
- **Keinerlei Personalabbau.** ●

Shell

Das größte europäische Industrieunternehmen, die Royal Dutch/Shell-Gruppe, hat ihren Geschäftsbericht für 1975 veröffentlicht. Aufgrund einer geänderten Rechnungslegung, in der Wechselkursänderungen und Inflationsraten berücksichtigt sind, ist ein Vergleich mit der vorjährigen Bilanz nur schwer möglich. Interessanterweise kann dieser Konzern – und das nach einem Jahr, in dem die Ölmultis angeblich nur „Verluste" erwirtschafteten – noch einen Bilanzgewinn von 950 Mio. Pfund Sterling ausweisen (im Superprofitjahr 1974 waren es 1,09 Milliarden Pfund Sterling). Schamhaft versucht Shell den Gewinn herunterzuspielen, indem auf die neue Bilanzierungsmethode hingewiesen wird und es sich wieder einmal „nur um Scheingewinne" handele.

In verblüffender Ehrlichkeit wird jedoch zugegeben, daß es trotzdem gelungen sei, die Dividende von 8,0 auf 8,75 Gulden zu erhöhen. Das ganze Ausmaß dieser Profitschinderei wird jedoch erst deutlich, wenn man berücksichtigt, daß diese Dividende auf eine 20-Gulden-Aktie bezogen ist. Die Dividende beträgt somit 43,7% vom Nominalwert der Aktie! ●

Seibel & Söhne, Erwitte

Nach einem mehr als ein Jahr dauernden Arbeitskampf hat der Zementkapitalist Seibel überraschend der Produktionsaufnahme zugestimmt.

Im dritten Schiedsgerichtsverfahren zwischen Seibel und der IG Chemie hat man sich darauf geeinigt, daß Seibel allen entlassenen 151 Belegschaftsmitgliedern ein Arbeitsangebot macht, und die Produktion bis zum 1. Juni in drei Stufen aufnimmt:

- Verarbeitung von 30 000 t liegengebliebenen Zementklinker und Reparaturarbeiten mit der verbliebenen Belegschaft.
- Für das Anfahren des großen Zementofens werden etwa weitere 60 Arbeiter benötigt.
- Bei entsprechender Konjunkturlage soll ein weiterer Ofen angefahren werden.

Alle Arbeiter sollen sieben Tage Zeit bekommen, sich das Arbeitsangebot zu überlegen. Dazu ruft die IG Chemie eine Mitgliederversammlung ein, die Entscheidung soll jedoch *„jeder mit sich selbst"* abmachen. Sämtliche Prozesse, die zwischen Seibel und der Belegschaft laufen, werden von der Einigung nicht berührt. *„Die Gewerkschaft hätte nichts dagegen gehabt, wenn die Verfahren jener Arbeitnehmer, die wieder bei Seibel anfangen, im Wege gütlicher Einigung bereinigt worden wären."* („Frankfurter Rundschau", 16.4.76). Nach Meinung der IG-Chemie-Führung sind es vor allem wirtschaftliche Gründe, die Seibel zur Produktionsaufnahme bewogen haben. Der Zementpreis hat infolge des Konjunkturaufschwungs spürbar angezogen.

Was Seibel zur Produktionsaufnahme bewogen hat, weiß der Geier. Auf jeden Fall verschenkt er nichts dabei. Im Gegenteil. Vielleicht kann er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Für das Arbeitsangebot kommen nur noch 30 Kollegen in Frage. Die anderen haben woanders Arbeit gefunden und werden es sich zehnmal überlegen, zu Seibel zurückzukehren. Außerdem müssen neue Tarifverträge ausgehandelt werden. Bei d e r Gewerkschaftsführung kann man sich leicht ausrechnen, wieviel dabei herauskommt. Seibel braucht nur 60 Arbeiter für die zweite Phase der Produktionsaufnahme. Die dritte Phase braucht er erst bei „entsprechender Konjunkturlage" anfahren.

Dann spekuliert die Gewerksschaftsführung ganz offen darauf (und Seibel wahrscheinlich auch), daß sich die Kollegen, die wieder bei Seibel anfangen, gütlich mit ihm einigen. Es ist also ein Kompromiß geschlossen worden, so ganz nach des Kapitalisten Geschmack! Daß Seibel sich an diese Abmachungen auch hält, kann soundso keiner garantieren. Er kann sich darüber jederzeit – wie gehabt – in frühkapitalistischer Manier hinwegsetzen. ●

BP, BRD

Der Mineralölkonzern BP wird in der Bundesrepublik rund 20% der beschäftigten Arbeiter und Angestellten auf die Straße setzen, etwa 1 000 Kollegen. Nach einer „Spiegel"-Meldung benötige der deutsche Konzern dringend Finanzierungshilfen, die er von der englischen Muttergesellschaft nur dann erhalte, wenn er garantiere, daß 20% der Belegschaft wegrationalisiert würden. Eine Lüge, die dazu dient, den Kollegen vorzugaukeln, ein Fortbestehen des Betriebs gebe es nur, wenn diese Maßnahmen durchgesetzt würden. 1. wird die BP – übrigens über die Burmah Oil zu 70% in den Händen des britischen Staates – nicht auf Profit, Markt und Einfluß in der BRD verzichten, und 2. trat der BP-Vorstand schon vor drei Monaten an den Verwaltungs-Betriebsrat heran, um seine Zustimmung zu 15% Personalabbau in der Verwaltung zu holen. Der Betriebsrat lehnte ab.

Nach Bekanntwerden der 20% sah sich der Vorstand gezwungen, dem Betriebsrat konkrete Zahlen mitzuteilen. Danach werden 1976 noch 400-500 Kollegen entlassen und 1977 weitere 100-200. Gleichzeitig wurde allen, die Informationen „nach außen" – also unter die Betroffenen – getragen hätten, arbeitsgerichtliche Maßnahmen angedroht.

In der Hauptverwaltung begann eine Kollegeninitiative Unterschriften für eine außerordentliche Betriebsversammlung zu sammeln. Noch bevor die erforderliche Unterschriftenzahl erreicht war, berief der Betriebsrat die Versammlung ein.

Auf der Versammlung warf die Geschäftsleigung dem Betriebsrat mangelnde „vertrauensvolle Zusammenarbeit" vor, weil er einen eigenen Aushang zu den Rationalisierungen verabschiedet hatte, und kündigte einen „großzügigen" Sozialplan an – unter Ausschluß des Betriebsrates. Angeblich handele es sich bei den Maßnahmen nicht um Betriebsänderungen. Die Betriebsräte und Kollegen, die gegen die Geschäftsleitung auftraten, erhielten viel Beifall. Der Vorstand zeigte sich einigermaßen überrascht. In der Vergangenheit hatten die Angestellten hauptsächlich ihm applaudiert. ●

nicht auf Profit, Markt und Einfluß in der BRD verzichten, und 2. trat der BP-Vorstand schon vor drei Monaten an den Verwaltungs-Betriebsrat heran, um seine Zustimmung zu 15% Personalabbau in der Verwaltung zu holen. Der Betriebsrat lehnte ab.

Nach Bekanntwerden der 20% sah sich der Vorstand gezwungen, dem Betriebsrat konkrete Zahlen mitzuteilen. Danach werden 1976 noch 400-500 Kollegen entlassen und

rungen verabschiedet hatte, und kündigte einen „großzügigen" Sozialplan an – unter Ausschluß des Betriebsrates. Angeblich handele es sich bei den Maßnahmen nicht um Betriebsänderungen. Die Betriebsräte und Kollegen, die gegen die Geschäftsleitung auftraten, erhielten viel Beifall. Der Vorstand zeigte sich einigermaßen überrascht. In der Vergangenheit hatten die Angestellten hauptsächlich ihm applaudiert. ●

Hoechst AG, Frankfurt

In einer *„ländlich anmutenden Idylle"* („Frankfurter Rundschau", 12. 4.76) weihte die Hoechst AG ihr neues „Bildungszentrum" ein. Es gehe dabei *„weniger um die berufliche Aus- und Weiterbildung ... als vielmehr um die Schulung für die Übernahme von Führungsaufgaben"*. Dabei *„sei nicht nur an Manager ... gedacht, sondern auch Vorarbeiter, Meister und Betriebsräte (!) kämen ... ohne gezieltes Funktionstraining nicht mehr aus"*. Vorstandsmitglied Bouillon machte die Aufgaben und Ziele dieses „Bildungszentrums" klar, indem er sagte: *„Das Ziel aller betrieblichen Bildungsarbeit beinhalte, daß Arbeitsnehmer die technischen, personellen und organisatorischen Zusammenhänge kennen und verstehen lernen, und daß ihnen so ein einheitliches Unternehmensverständnis vermittelt werden"* könne. In die „umfassende Ausbildung" werden auch die „betrieblichen Vertrauensleute" der Hoechst AG mit einbezogen – „Vertrauensleute", die dem „Wohl des Unternehmens" und der Personalabteilung verpflichtet sind. An diesen Bildungsveranstaltungen nehmen u.a. *„250 Betriebsräte aus allen Teilen Deutschlands"* teil und lernten von den Kapitalisten etwas über deren verschleierte Bilanzen. Zweck dieses „Bildungszentrums" ist, daß die Kapitalisten aus den Reihen ihrer „besten Mitarbeiter" einen hörigen Stab ausbilden, der ihre Ziele in die Tat umsetzt. ●

Beiersdorf AG, Hamburg

Auf der letzten Vertrauensleutesitzung bei Beiersdorf, wo nach Massenausschlüssen Linke kaum noch vertreten sind, wurde drei Vertrauensleuten das Mandat entzogen, weil ihre Gewerkschaftsbeiträge nicht *„satzungsgemäß"* seien. Damit wird erneut deutlich, daß die Gewerkschaftsführung jeden – aber auch jeden! – Kollegen von Ausschluß bzw. Mandatsentzug bedroht, der sich nicht bedingungslos der herrschenden Marschroute der Sozialdemokraten unterordnet. ●

Norddeutsche Affinerie, Hamburg

Fünf Tote und drei Schwerverletzte, das ist e i n e Bilanz der Arbeitsbedingungen auf der Affi. Davon alleine drei Tote und drei Schwerverletzte im neuen Werk Ost, der modernsten Produktionsanlage ihrer Art in Europa.

- Ein Meister ist beim Duschen an Kohlenmonoxyd erstickt. Der Gasboiler war im Duschraum angebracht, die Belüftung zu gering.
- Ein türkischer und ein deutscher Schlosser sind beim Abdrücken eines 60 atü-Kondensators ums Leben gekommen. Die Kollegen waren nicht ausreichend auf die Gefahren von 60 atü-Dampf hingewiesen worden. Der zuständige Ingenieur war nicht anwesend.
- Ein türkischer Kollege ist im flüssigen Kupfer verbrannt. Eine uralte, verbogene Gleisanlage führte zu diesem Unfall.
- Ein Lehrling ist an einer 500-Volt-Schiene verbrannt. Die Handwerker haben einfach nicht die Zeit, neben ihrer Arbeit auch noch einen Lehrling immer im Auge zu behalten.
- Ein türkischer Kollege ist vom Ofen gefallen, 42 Tage Krankenhausaufenthalt, insgesamt sechs Monate krank. An der Stelle war das Geländer weggebrannt worden. Die Stelle ist nicht abgesichert worden.
- Zwei Handwerker sind im Schlakkensilo von mehrere-Kilo-schweren Brocken begraben worden. Das Förderband war nicht abgesichert.

Bei 621 Unfällen 1974 und einer durchschnittlichen Ausfallzeit von 23 Tagen ist das eine schreckliche Bilanz!

Auf Betriebsversammlungen gab die Geschäftsleitung Erklärungen dazu ab, die Unfälle wären „eine Verkettung unglücklicher Zufälle". In einem von der Affi herausgegebenen *„Ratgeber Sicherheit"* wird den *leichtsinnigen und unvorsichtigen"* Kollegen die Schuld gegeben!

Der Betriebsrat nimmt solche Hämmer kommentarlos hin. Zwei Tage nach dem Tod des türkischen Kollegen verstarb ein Direktor. Für den türkischen Kollegen hatten die sozialdemokratischen Betriebsräte keine Mark über. Sie erklärten die Sammelliste für illegal! 2 500 DM kamen trotzdem zusammen. Am Grabe des verstorbenen Direktors lag dagegen auch ein Kranz der drei Betriebsräte, die zugleich als Aufsichtsratsmitglieder fette Schmiergelder kassieren. Die Linken auf der Affi haben auf Gewerkschafts- und Betriebsver-

legen verstarb ein Direktor. Für den türkischen Kollegen hatten die sozialdemokratischen Betriebsräte keine Mark über. Sie erklärten die Sammelliste für illegal! 2 500 DM kamen trotzdem zusammen. Am Grabe des verstorbenen Direktors lag dagegen auch ein Kranz der drei Betriebsräte, die zugleich als Aufsichtsratsmitglieder fette Schmiergelder kassieren. Die Linken auf der Affi haben auf Gewerkschafts- und Betriebsver-

sammlungen diese Schweinereien angeprangert und eine Ausgabe ihrer Zeitung „Argumente" zu diesem Thema herausgegeben. Zum 1. Mai ist ein Transparent in Vorbereitung. ●

Morddeutsche Affinerie:
5 Tote klagen an ...
AKKORD IST MORD!

Chemiekomitee/KB Gruppe Hamburg

Chemische Industrie:

Im Kapitalexport die Nr. 1

Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" (8.4.76) habe sich *„die Investitionszurückhaltung de westdeutschen Industrie ausschließlich auf das Inland"* beschränkt.

Die westdeutschen Auslandsinvestitionen beliefen sich 1975 – im sog. „Krisenjahr" also! – auf über 5,2 Mrd. DM; das ist eine Steigerung gegenüber dem „Boomjahr" 1974 von 15,4%! Die meisten Investitionen flossen in die USA (748 Mio. DM), es folgen Großbritannien (616 Mio.), Belgien/Luxemburg (537 Mio.), Brasilien (450 Mio.) und die Schweiz (410 Mio. DM). Damit haben die westdeutschen Kapitalisten seit 1952 rund 42 Mrd. DM Kapital exportiert.

Die „exportintensivste" Branche ist mit weitem Abstand die Chemie-Industrie, die 1975 mit rund 384 Mio. DM Kapitalexport an der Spitze steht. Damit investierte die Chemische Industrie seit 1952 mehr als acht Milliarden DM im Ausland, während die Banken z.B. es im gleichen Zeitraum auf „nur" 2,7 Mrd. DM brachten. Bekanntlich hat sich die Chemische Industrie gerade in faschistischen Ländern besonders „engagiert": vor allem in Brasilien, Chile, Argentinien und Südafrika existieren zahlreiche Zweigwerke und Filialen. ●

Zur Lage der Frauen

1975 wurden in der Chemischen Industrie die Leichtlohngruppen abgeschafft. Für die Gewerkschaftssekretäre hatte sich damit das Problem der Unterbezahlung der Frauen „weitestgehend gelöst". Geändert hat sich letztendlich aber nichts. Die Frauen bekommen nach wie vor etwa ein Drittel weniger Lohn als die Männer.

Früher umfaßte der Chemietarifvertrag 6 Lohngruppen:

Leichtlohngruppe 1 (alles Frauen)
Lohngruppe 1 (fast alles Frauen)
Leichtlohngruppe 2 (fast alles Frauen)
Lohngruppe 2 (einige Frauen, wenige Männer)
Lohngruppe 3 (nur Männer)
Lohngruppe 4 (nur Männer)

Nach dem Wegfall der Leichtlohngruppen umfaßt der Tarifvertrag heute fünf Lohngruppen. Der Großteil der Chemiearbeiterinnen wird nach Lohngruppe 1 bezahlt, ein kleiner Teil nach Lohngruppe 2. Lohngruppe 3 ist die Ausnahme, und die beiden oberen Lohngruppen erhält keine Kollegin.

Für die Kapitalisten sind allein die Ausbildung der Arbeiter und die körperliche Belastbarkeit (Muskelkraft) von Bedeutung. Nur mit diesen Voraussetzungen hat man die Chance, in die oberen Lohngruppen zu kommen. Das aber sind gerade die Kriterien, die den Frauen fehlen. (Von ca. 1 Mio. berufstätiger Frauen sind 48% ungelernte Arbeiterinnen, 46% angelernte Arbeiterinnen, 6% Facharbeiterinnen). Die Fähigkeiten der Frauen, die sie bei der Arbeit einsetzen müssen (Fingerfertigkeit, Sehschärfe, die einseitige körperliche Belastung), reichen nach den willkürlich festgelegten Kriterien der Kapitalisten, die den Segen der Gewerkschaftsführer haben, eben bestenfalls für Lohngruppe 2.

Einige Beispiele aus der Hamburger Chemischen Industrie:

1. Colgate:
Hier arbeiten 350-400 Kolleginnen in der Produktion, ohne Ausnahme in Lohngruppe 1.

2. Beiersdorf:
Ca. 2 000 Frauen sind in der Produktion beschäftigt. Die Unterbezahlung der Frauen soll hier bemäntelt werden durch die Aufgliederung der 5 tarifvertraglichen Lohngruppen in 10 betriebliche, deren unterste „Lohngruppe 3" heißt. Die Frauen sind überwiegend in den Beiersdorf-Lohngruppen 3,4 und 5 eingestuft, einige wenige in 6 und 7. Somit sind alle Frauen auch hier in die tariflichen Lohngruppen 1 und 2 eingestuft, denn erst die Beiersdorf-Lohngruppe 8 entspricht der Lohngruppe 3 nach Tarif. Zu dieser betrieblichen Einstufung werden durch eine „Leistungsbewertung" Pfennigzuschläge gewährt, die bis zu 1,80 DM pro Stunde ausmachen können. Je höher ein Kollege von der Lohngruppe her eingestuft ist, desto höher wird jedoch „automatisch" auch sein Pfennigzuschlag. Die Frauen kommen so im Durchschnitt auf nur 0,78 DM die Stunde, während der Großteil der männlichen Kollegen bei 1,25 DM und höher liegt.

Bei allen Diskussionen in den Vertrauenskörpern der einzelnen Betriebe zur diesjährigen Tarifrunde wurde die Unterbezahlung der Frauen in keiner Weise berücksichtigt. Erfüllte Zusatzforderungen für die Aufhebung der Lohnungleichheit gab es nicht 1975 und wird es auch nach dem „Jahr der Frau" nicht geben.

WEG MIT DER FRAUENLOHNGRUPPE 1!
ABSCHAFFUNG DER TARIFVERTRAGLICHEN DISKRIMINIERUNG DER FRAUENARBEIT! •

Genossinnen der Chem. Industrie

Tarifrunde '76

Weitere Tarifforderungen aus den Betrieben und Bezirken:

Hamburg:

Norddeutsche Affinerie	8,5%
Beiersdorf	8,8%, mind. 125 DM
Colgate	135 DM
Hoechst	5% + 60 DM
Lever Sunlicht	5% + 50 DM
Elida	5,4% + 50 DM
Norddeutsche Schleifmittel	5% + 50 DM
Glasurit	5% + 40 DM
BASF	5,5% + 50 DM
Schleswig-Holstein: (Tarifkommission)	5% + 50 DM

Nordrhein: Zusätzlich zu den 5% + 45 DM fordert die Tarifkommission eine Gleitklausel, die bei Preissteigerungen, deren Höhe noch nicht festgelegt ist, wirksam werden soll.

Forderungen für Auszubildende

— **Rheinland-Pfalz und Hessen**
Die Vergütung des 1. Ausbildungsjahres soll dem des 2. angepaßt werden, dann soll einheitlich für jedes Ausbildungsjahr die Vergütung um 50 DM angehoben werden.
— **Nordrhein: 40 - 62 DM** •

Tabletten im Wert von 2 Milliarden DM landen auf dem Müll

Der „Bundesverband der Betriebskrankenkassen" schätzt, daß im Jahr Tabletten im Werte von zwei Milliarden auf dem Müll landen, da die Arzneimittelindustrie zugunsten ihrer höheren Profite meist teurere Großpackungen herstellt und längst nicht alle Pillen „verbraucht" werden. Insgesamt zahlen die Betriebskrankenkassen 11,6 Mrd. DM an die Pharmaindustrie („Frankfurter Allgemeine", 17.4.76). •

Chemiekomitee/KB Gruppe Hamburg

HBV

HBV

Betriebsverlegungen, um die Kollegen billig loszuwerden!

Die beiden zum co op-Konzern gehörenden Gesellschaften Plaza Wa- ein Personalbestand von ca. 30 Kollegen eingeplant (heute noch rd. 80)

Die beiden zum co op-Konzern gehörenden Gesellschaften Plaza Warenhaus Beratungs- und Betreuungsgesellschaft (diese Gesellschaft hat das Konzept für die Plaza SB-Warenhäuser entwickelt und die bisherigen Häuser errichtet) und die Inform — Datenverarbeitungsgesellschaft sollen von Hamburg nach Kamen/Westf. bzw. Frankfurt verlegt werden. Diese Maßnahmen dienen wie alle der Firma zur „Erhaltung der Arbeitsplätze" (laut Vorstand).

Tatsächlich ist das Ziel dieser Verlegungen in beiden Fällen Personalabbau, obwohl natürlich großzügig angeboten wird, daß jeder Kollege am neuen Ort seinen Arbeitsplatz erhält. **Aber da viele Kollegen durch Familie, Haus usw. an den Hamburger Wohnort gebunden sind** oder auch nicht von einer Großstadt in eine Kleinstadt ziehen wollen, wird nur ein Bruchteil der alten Kollegen den Umzug mitmachen.

Darauf hat auch der Vorstand von vornherein gerechnet. So wurde z.B. für die Plaza in Kamen nur noch ein Personalbestand von ca. 30 Kollegen eingeplant (heute noch rd. 80). Ähnlich wird es auch bei der Inform laufen, wo sich fast alle Kollegen geweigert haben, nach Frankfurt zu ziehen.

Der Vorstand geht hier nach dem Motto: „friß Vogel oder stirb" vor. Im Falle der Plaza dauern die Spekulationen über eine Verlegung jetzt schon drei (!) Jahre. Dann ist es auch kein Wunder, wenn die Kollegen sich mit der Zeit entweder resigniert einen neuen Arbeitsplatz suchen oder sich in ihr Schicksal ergeben. So kann sich der Geschäftsführer auch heute damit brüsten, daß trotz einer Verringerung des Personals um rd. 100 Kollegen innerhalb eines Jahres keine einzige Kündigung durch das Unternehmen nötig war.

Das ist echte „gemein"wirtschaftliche Rationalisierungspraxis! •

co op Zelle
HBV Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Schleswig-Holstein:

Spaltungsversuche

Im AK 77 berichteten wir vom Kampf der Auszubildenden, entsprechend dem Manteltarifvertrag des Einzelhandels für die Radio- und Fernsehtechnikerlehrlinge eingestuft zu werden.

Nachdem nun bisher alle Tricks und Einschüchterungen die Auszubildenden nicht davon abgehalten haben, auf dem juristischen Wege **den Tarifvertrag einzuklagen, haben die Kapitalisten einen Zahn zugelegt.**

Im Kieler „Ratskeller" wurden dann neue Schweinereien ausgeheckt. Bald darauf war zu hören, daß das Kultusministerium Schluß mit einigen Lehrern gemacht und von der Schule suspendiert hat, da sie nicht gegen die von der Schülervertretung (SV) organisierten Unterschriftensammlungen vorgegangen sind.

Kein Wort von wahr!

Einige Herren der Handwerkskammer Flensburg hatten nichts besseres zu tun, als in Rendsburg an der Landesberufsschule die Informationsblätter vom schwarzen Brett zu reißen.

Aber die Einschüchterungsversuche zogen nicht. Das Lehrerkollegium protestierte daraufhin beim Trägerverband. Auch eine weitere Lüge wurde schnell enttarnt. Angeblich **hätten die Einzelhandelskapitalisten** eine einstweilige Verfügung gegen die HBV erwirkt, wonach es der HBV künftig untersagt wird, weiterhin zu behaupten, die Tarifverträge sind für die Auszubildenden gültig.

Die Kapitalisten hegten die Hoffnung, durch solche Lügen die in ganz Schleswig-Holstein in kleinen Betrieben verstreuten Kollegen zu verunsichern. Sie hatten allerdings nicht mit dem guten Informationsnetz gerechnet, das die Kollegen von Amrum bis Flensburg und Kiel sofort erreichte!

Doch noch immer nicht scheint den Kapitalisten ihre Methode „geeignet". Schon war eine neue Drohung auf dem Tisch. Da entsprechende Urteile Grundsatzcharakter hätten, wäre der Einzelhandelsverband in Köln schon damit beauftragt, die Klage bis zum Bundesarbeitsgericht durchzuziehen. Ob sich davon Kollegen, die weit unter Tarif bezahlt werden, abschrecken lassen?

Nebenher versucht man die Kampffront durch Einzelmaßnahmen am Arbeitsplatz zu spalten. Man hofft den einzelnen Kollegen so besser einzuschüchtern. So wurde ein Auszubildender gezwungen, seinen Urlaub sofort anzutreten.

Die Antwort — Klage!

Insgesamt müssen jetzt aber auch Schritte dahingehend unternommen werden, Verbindungen mit anderen Auszubildenden in der Gewerkschaft aufzunehmen, um den Kampf so breit wie möglich zu publizieren. Die Front der Solidarität muß ausgeweitet werden. •

HBV-Zelle
KB/Gruppe Kiel

Na bitte:

Frauenveranstaltung findet statt

Nachdem lange Zeit der Ortsverwaltungsvorstand sowie einzelne SPD- und SDAJ-Gewerkschaftsgrößen die Forderung nach einer Frauenveranstaltung mit der Bemerkung, das würde Mann und Frau spalten, abgetan haben und schließlich Kolleginnen auf eine Frauenveranstaltung im Herbst vertröstet hatten, findet nun doch eine statt. Wie das?

Ja, nicht von den Gewerkschaftsgrößen, die ja immer mit einem Ohr am Schreibtisch hängen, sondern von denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die diese Forderung auch gestellt haben. Die Gewerkschaftsführer hätten wohl auch übersehen, daß allein die Anträge von einer großen Zahl Kolleginnen unterschrieben waren. In einem Flugblatt wird noch einmal auf die Situation der Kolleginnen im Bereich Handel, Banken und Versicherungen eingegangen. Zur Haltung der Gewerkschaftsführung, daß *„eine Veranstaltung nicht mehr möglich sei, da ja besonders durch den 1. Mai sehr viel Arbeit vorliegt"*, wird gesagt: *„Dies ist aber nichts als eine Lüge! Der Ortsverwaltungsvorstand hat nämlich beschlossen, für den 1. Mai keine eigenen Aktivitäten zu entwickeln. Die HBV beteiligt sich nicht an der DGB-Demonstration – es werden keine Veranstaltungen gemacht – es gibt keine Transparente!*

Es liegt also auf der Hand, daß die HBV-Führer gegen eine Frauenveranstaltung sind.

Wir haben deshalb beschlossen, die Durchführung der Veranstaltung in die eigene Hand zu nehmen, weil wir uns nicht immer wieder vertrösten lassen wollen . . . Es sollen vor allen Dingen die Kolleginnen selber zu Wort kommen."

Auf der Veranstaltung, **die am 28.4. im CVJM-Heim stattfindet, wird außerdem der Film „Für Frauen" gezeigt der über den Kampf von Kolleginnen im Supermarkt berichtet.**

Die Herren Gewerkschaftsführer müssen sich allerdings noch etwas einfallen lassen, um ihre Frauenfeindlichkeit zu verbergen. Und das in einem Gewerkschaftsbereich, wo über 60% der Kollegen Frauen sind! •

Banken:

Zeichen für weitere Monopolisierung

Während allein im 1. Quartal 1976 neun Kreditinstitute pleite gingen, zeigen gerade die Abschlüsse der drei Großbanken, daß die Monopolisierung voranschreitet.

So stieg der Jahresüberschuß bei der Deutschen Bank von 234 Millionen auf 281 Millionen, bei der Dresdner von 143 Millionen auf 193 Millionen, bei der Commerzbank von 11o auf 146 Millionen DM, also um jeweils 20 - 30 %. Die Aktionäre hatten somit auch gut lachen, ihre Dividenden stiegen.

Die Kapitalisten mußten zugeben, daß die drei Großbanken in der Nachkriegszeit noch nie so viel an die Aktionäre ausgeschüttet haben wie 1975.

Die Gewerkschaftsführer sollten endlich auch zugeben, daß ihre Zustimmung zu den Lohnraubabschlüssen (1976 5,4%) dazu beigetragen hat. Man kann nur vermuten, daß unter den Aktionären auch diese Herren zu finden sind. •

Versicherungen:

Nach langem Theater — 5,4 %, mindestens DM 90,—

Wie erwartet, wurde auch im Bereich Versicherungen eine Erhöhung der Gehälter um 5,4 % bzw. mindestens DM 90,— beschlossen. Die Gewerkschaftsführung brüstete sich in einem am 21.4. verteilten Flugblatt unter der bezeichnenden Überschrift „Tarifkonflikt vermieden" mit diesem Lohnraubergebnis: „konstruktive Verhandlungsführung, dieser Abschluß kann sich sehen lassen" etc. blah blah. Eine besondere Schweinerei ist es aber, wenn sie schreiben: „auf Grundlage intensiver Diskussionen in Vertrauensleutekörpern und Betriebsgruppen...wurde dem Schlichtungsvorschlag zugestimmt. „Hier wurden Vertrauensleutekörper und Betriebsgruppe mit dem Arbeitgeberverband verwechselt! •

Aufgespießtes aufgespießt

In der Gewerkschaftszeitung der HBV „Ausblick" wurde unter dem Titel „Aufgespießt" folgendes Zitat des Vorstandssprechers der Deutschen Bank Ulrich abgedruckt. „Die Systemveränderer sind weg vom Fenster. Es ist jetzt eine politische Notwendigkeit, daß die SPD dafür sorgt, daß diese Ratten nicht wieder aus den Löchern kommen."

Wie ernst die Gewerkschaftsführer diese Aufgabe nehmen, zeigt die Tatsache, daß sie diese Aufgabe unkommentiert ihren Lesern vorzusetzen wagen. •

Bremser vom Dienst sollten die verdiente Ruhe bekommen

Auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Genossenschaften der Gewerkschaft HBV am 20.4.76 forderten Kollegen, daß die Fachgruppe sich an der Demonstration am 1. Mai mit Parolen gegen die Rationalisierung **beteiligen solle. Denn die Auswirkungen** davon haben die Kollegen im letzten Jahre am eigenen Leibe drastisch erfahren müssen.

Hachmann, vom HBV-Rechtsaußenflügel und stellvertretender Vorsitzender der Ortsverwaltung erklärte als ausgesprochener Gewerkschaftsfeind zu den co op Rationalisierungen, die Rationalisierungen seien gerechtfertigt, weil dadurch die Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze erfolge. Allen Ernstes fügte ein weiteres Fachgruppenvorstandsmitglied von der rechten Fraktion hinzu, daß auch Heidenreich & Harbeck an den hohen Löhnen kaputtgegangen sei. Das selbst, obwohl ihre Freunde von der IG Metall-Führung zur Zeit wortradikal gegen die Stillegung dieses Betriebes polemisieren.

Wen wundert es noch, daß der Fachgruppenvorsitzende verkündete, daß sich die HBV n i c h t an der DGB-Demo beteiligen würde und auch sonst keine Aktivitäten für den 1. Mai geplant seien.

Und das, wo die Gewerkschaftsführer gegen die von vielen Kolleginnen und Kollegen geforderte Frauenveranstaltung vor dem 1. Mai damit abgeblockt werden sollte, daß vor dem 1. Mai so viel zu tun sei.

Offensichtlich haben die Gewerkschaftsführer in der HBV nur noch damit zu tun, linke Aktivitäten abzublocken, für andere Aktivitäten ist da kein Platz mehr.

Das wurde auf der Mitgliederversammlung auch dadurch bestätigt, daß ein Antrag zum bevorstehenden Gewerkschaftstag, den „Extremisten-Erlaß" **zurückzuziehen, prompt mit einer neuen Ausschlußdrohung gegen** den Antragsteller beantwortet wurde. Die rechten Gewerkschaftsführer lehnten eine Abstimmung über den Antrag überhaupt ab.

Solchen Vögeln, die ihre Aufgabe lediglich darin sehen, Linke abzublocken, sollte man anraten, dahin zu gehen, wo sie hin gehören, nämlich in Führungspositionen von gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. •

Steigende Arbeitslosigkeit bei den Angestellten

Gerade die Angestellten haben unter dem Ausbau der Konkurrenzfähigkeit des BRD-Imperialismus zu leiden. 1975 waren ca. 300.000 Angestellte arbeitslos. Davon sind allein aus den Handels- und Verwaltungsberufen mehr als 200.000 arbeitslos. Während 1966/67 noch jeder zehnte Arbeitslose ein Angestellter war, so ist es heute jeder dritte. (Ausblick Nr.4) Hierbei ist allerdings noch nicht der Rahmen erschöpft. Die Auswirkungen des vollständigen Einsatzes der EDV-Anlagen sind heute noch nicht abzusehen.

Dabei stehen im Versicherungs- und Bankgewerbe die Kapitalisten noch heute am Anfang ihrer Rationalisierungsmaßnahmen (insbesondere mittels EDV-Anlagen).

Hinzu kommt die andauernde Monopolisierung bei Banken, Versicherungen und im Einzelhandel. Grund für die Arbeitslosigkeit ist es aber nicht wie im „Ausblick", Gewerkschaftszeitung des HBV, gesagt wird „der aufgrund der Wachstumsschwierigkeiten entstandene Zwang der Unternehmen zur Rationalisierung", sondern der Machtkampf der Finanzgeganten untereinander um möglichst große Marktanteile. •

ÖTV

Alsterdorfer Anstalten, Hamburg
Anstaltsleitung gegen Vertrauensleute

Seit 125 Jahren bestehen die Alsterdorfer Anstalten, die größte norddeutsche Einrichtung für geistig und seelisch Behinderte. In der Personalpolitik der Anstaltsleitung hat sich in den 125 Jahren kaum etwas verändert: Rechte für die ca. 1.300 Beschäftigten gibt es kaum.

Das liegt vor allem am „Tendenzschutz": Auf kirchliche Einrichtungen wie die Alsterdorfer Anstalten findet das Betriebsverfassungsgesetz keine Anwendung, es gibt keinen Betriebsrat oder Personalrat. Für kirchliche Betriebe gibt es die „Mitarbeitervertretungsordnung" des Diakonischen Werkes, die noch weit hinter dem (reaktionären) Betriebsverfassungsgesetz hinterherhinkt. Aber selbst diese Ordnung hat in Alsterdorf keine Gültigkeit. Hier hat man sich nur „angelehnt", was z.B. in der Praxis bedeutet, daß keine Jugendvertretung besteht.

Die Situation der Auszubildenden ist denkbar schlecht: In sämtlichen Ausbildungsgängen (Kinderpflegerin, Krankenpfleger, Heilerziehungspfleger) muß jetzt Schulgeld (!) bezahlt werden, früher wurde zumindest ein Pflegehelfergehalt gezahlt. Heute ist es sogar so, daß nicht alle nach abgeschlossener Ausbildung eine Stelle in Alsterdorf bekommen, obwohl noch immer großer Mangel an qualifiziertem Personal herrscht.

Der Direktor der Anstalt, Pastor Schmidt, vertritt in Alsterdorf einen „Herr-im Hause"-Standpunkt. Rechte für die Kollegen werden nur dann eingeräumt, wenn er es für „sinnvoll und praktikabel" hält. Die Mitarbeitervertretung akzeptiert Schmidt nur so lange, wie sie nach seiner Pfeife tanzt. Schmidt ist grundsätzlich gegen die Gewerkschaften eingestellt, durch die es – so seine Ausführungen auf der diesjährigen Mitarbeiterversammlung – in den Betrieben zu „Machtkämpfen" komme.

Auf der einen Seite propagiert Schmidt ständig seine Schnacks „Wir-sind-doch-alle-eine-große-Familie". Auf der anderen Seite geht er gegen jede Art der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Kollegen scharf vor: Einladungen zu Gewerkschaftsversammlungen, die nur außerhalb der Anstalt stattfinden können, dürfen nicht öffentlich ausgelegt werden, gewerkschaftliche Schaukästen gibt es auch nicht.

Mitte 1975 wurde die Gewerkschaftsarbeit von einer Gruppe aktiver Kollegen in den Alsterdorfer Anstalten wieder angekurbelt. Seitdem hat sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder verdoppelt, obwohl der gewerkschaftliche Organisierungsgrad nach wie vor gering ist (10% sind jetzt in der ÖTV).

Die Anstaltsleitung versuchte der gewerkschaftlichen Arbeit der Kollegen von vornherein die Spitze abzubrechen. Einer der drei neu gewählten Vertrauensmänner wurde gekündigt, woduch die beiden anderen auch eingeschüchtert werden sollten. Als Kündigungsgründe gab die Anstaltsleitung an, er habe als Stationsleiter seine Arbeit vernachlässigt und die Entscheidungen der Pflegeleitung nicht akzeptiert, alles Vorwürfe, die sich nicht halten ließen. Die tatsächlichen Gründe für seinen Rausschmiß liegen in seinem Engagement für die Behinderten und für die Rechte der Mitarbeiter. Das Arbeitsgericht hat inzwischen die Kündigung für nichtig erklärt. ●

tervertretung akzeptiert Schmidt nur so lange, wie sie nach seiner Pfeife tanzt. Schmidt ist grundsätzlich ge- te der Mitarbeiter. Das Arbeitsgericht hat inzwischen die Kündigung für nichtig erklärt. ●

ÖTV-Führung bootet fortschrittliche Personalratskandidaten aus !!!

Den wohl dicksten Knüller im Rahmen der diesjährigen Personalratswahlen im Öffentlichen Dienst in Hamburg leistete sich die ÖTV-Führung im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek.

Mit einem üblen Trick gelang es ihr, eine fortschrittliche Kollegengruppe von der Teilnahme an den Personalratswahlen auszuschließen: Die Kollegen haben mittlerweile mit einem „Offenen Brief" gegen das Vorgehen des Hamburger Bezirksvorstandes protestiert und fordern für die erste Maiwoche eine Mitgliederversammlung, auf der sie eine Stellungnahme des ÖTV-Vorstandes erwarten.

Mit welchen üblen Tricks die ÖTV-Führung gegen die fortschrittlichen Personalratskandidaten vorging, zeigt der Ablauf der Ereignisse: Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung am 10.2. wurde erstmals eine Liste von ÖTV-Kandidaten vorgestellt, deren Reihenfolge vorher vom Vertrauensleutekörper festgelegt worden war. Da gegen diese Form des Vorgehens vonseiten der Mitglieder protestiert wurde, sowohl was die Entscheidung über Listen- statt Persönlichkeitswahl anbetraf, als auch die Festlegung der Kandidaten, wurde ein Antrag angenommen, daß alle Mitglieder in geheimer schriftlicher Wahl über die Reihenfolge der Kandidaten abzustimmen hätten. Dem Beschluß der Mitgliederversammlung wurde nicht entsprochen, da in der Zwischenzeit ein Teil der Kandidaten zurücktrat.

Gleichzeitig legte eine Gruppe von fünf Kandidaten der ÖTV-Liste ein erarbeitetes Vorschlagsprogramm für die zukünftige Personalratsarbeit vor, in dem sie folgende Forderungen begründeten:

- *Keine Bettenreduzierung ohne strukturelle Neuordnung*
- *Keine Ausgliederung von Betriebseinheiten*
- *Für die Besetzung aller freiwerdenden Planstellen und die Schaffung neuer Planstellen*
- *Gegen den Einsatz von Auszubildenden der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe als Arbeitskräfte*
- *Für die Übernahme der Auszubildenden nach dem Examen in den Pflegedienst*
- *Gegen Entlassungen und willkürliche Versetzungen von Personal*
- *Gegen Benachteiligung von Beschäftigten, die sich politisch oder gewerkschaftlich betätigen*
- *Für den Ausbau der Kinderstube, damit alle Beschäftigten des Krankenhauses ihre Kinder während der Arbeitszeit versorgt wissen*
- *Für das Weiterbestehen der Greiffschule in der Orthopädie – Für ausreichende personelle Besetzung der Greiffschule*
- *Für die Schaffung hygienischer Einrichtungen zum Schutz von Patienten und Personal.*

Der von den fünf Kollegen persönlich unterzeichnete Entwurf wurde von den Kollegen begrüßt.

Die nächste Mitgliederversammlung fand am 24.3. statt. Es gab nur einen Tagesordnungspunkt: Aufstellung der Kandidaten zur Personalratswahl 1976. Hier wurde bekannt, daß neben der eigentlichen ÖTV-Liste für eine sogenannte „Freie Liste" von ÖTV-Mitgliedern Unterschriften im Krankenhaus gesammelt wurden. Die auf der Mitgliederversammlung anwesenden Kollegen forderten die von der ÖTV-Liste zurückgetretenen –jetzt als „Freie Liste" auftretenden – Kandidaten auf, ihre Entscheidung zu begründen und zu sagen, was es mit der neuen Liste auf sich habe. Außer einem arroganten Grinsen war nichts zu erfahren!!

Die ÖTV-Vorschlagsliste vom 10.2. wurde dann durch zwei Kandidaten ergänzt. Die versammelten Kollegen stimmten über die Platzverteilung ab und beschlossen, daß diese Liste als ÖTV-Liste gilt und sich zur Wahl stellt. Auf dieser Liste standen diejenigen Kollegen an den ersten Plätzen, die das Vorschlagsprogramm vorgelegt hatten.

Am 30.4. – also einen Tag vor dem letztmöglichen Termin zur Abgabe von Wahlvorschlägen – fand auf Einladung des ÖTV-Bezirksvorstandes ein Gespräch zwischen den ÖTV-Kandidaten der ersten Liste, einem Teil der Kandidaten der „Freien Liste" und den Vertrauensleuten des AK Barmbek statt. Hier wurde vom „Kollegen" Schnelle des Bezirksvorstandes mitgeteilt, daß die von den ÖTV-Mitgliedern am 24.3. gewählte Liste die Unterschrift der ÖTV nicht erhalten werde!!! Stattdessen schlug Schnelle eine neue Liste vor, die sich aus Kollegen der ursprünglichen Vorschlagsliste der Vertrauensleute und aus Kollegen der sogenannten „Freien Liste" zusammensetzt! – Diese Liste wurde von den Vertrauensleuten angenommen. Eine Begründung für dieses Vorgehen hielt Schnelle nicht für nötig.

Damit guckten die fortschrittlichen Kandidaten in die Röhre, da nun keine Zeit mehr war, um genügend Unterschriften für eine Kandidatur zu sammeln.

Wir erklären uns mit den Kollegen solidarisch und unterstützen ihre Forderung nach einer Stellungnahme der ÖTV-Bezirksleitung und nach einer offenen Diskussion auf einer Mitgliederversammlung über die Vorfälle im Krankenhaus Barmbek. ●

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

Große Sprüche und nichts dahinter

Trotz relativ schlechter Mobilisierung ten. Der Landesbezirksleiter

Große Sprüche und nichts dahinter

Trotz relativ schlechter Mobilisierung fand am 8.4.76 auf dem Frankfurter Römerberg während der Arbeitszeit eine Kundgebung zur Durchsetzung der 135-Mark-Forderung statt, an der sich rund 8.000 Kollegen der ÖTV, DPG, GdED und der GEW beteiligten. Der Landesbezirksleiter der ÖTV-Hessen, Wolf, war wieder einmal in seinem Element und machte einen auf „kämpferisch". Besondere Zustimmung bei den Kollegen fand seine Aufforderung, bei einer Urabstimmung „das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen", was aber kaum nötig war, denn die Kollegen selbst forderten *„135 Mark im April, sonst stehen alle Räder still"*. Zwei Tage später war der Lohnraubabschluß für die ÖTV-Kollegen perfekt. 5%, mindestens 85 Mark, sollen sie bekommen.

„Große Sprüche und nichts dahinter"

Daraufhin lief am Sonntag, dem 11.April, das Telefon des Frankfurter Vorsitzenden der Postgewerkschaft, Winkler, heiß. Die Kollegen befürchteten einen ähnlichen Abschluß wie bei der ÖTV und drängten auf Aktionen. Winkler verwies lapidar auf die Friedenspflicht. Einen Tag später stimmte die Führung der DPG ebenfalls dem 5%-Lohnraubabschluß zu.

Dieses Beispiel macht besonders krass deutlich, daß die Gewerkschaftsführung nicht im Traum daran denkt, die Kampfbereitschaft der Kollegen in die Waagschale zu werfen, sondern daß Kundgebungen wie die am 8.4. in Frankfurt nur zum „Dampf ablassen" benutzt werden. ●

Ein Post-Genosse des
KB/Gruppe Frankfurt

Tarifrunde bei der Lufthansa abgeschlossen

Am 23.4. nahm die ÖTV-Tarifkommission das für die DLH (Deutsche Lufthansa) ausgehandelte Schlichtungsergebnis an.

Die wichtigsten Punkte:

Lohngruppe 1-4 bekommt	6,2% mehr
ab Lohngruppe 5	5,8% mehr
Kapitäne bekommen	5,2% mehr.

Die Auszubildenden werden mit einem Trinkgeld von 30.- DM abgefertigt, die über 18jährigen bekommen 15.- DM mehr.

Die ÖTV-Führer verkaufen das Ergebnis als *„immerhin besser als in den anderen Bereichen"*. Ganz abgesehen davon, daß es kein Maßstab sein kann, ob andere noch schlechter abgeschnitten haben, muß man selbst dieses Argument genauer betrachten.

Die Mehrzahl aller Kollegen sind in den Lohngruppen ab 5. Für sie trifft also eine 5,8%ige Erhöhung zu. Das vorletzte Angebot der Kapitalisten betrug 5,2% und einen Einmalbetrag von 130.- DM, der nicht „tariffähig" sein sollte. Das wurde von der Tarifkommission als unannehmbar abgelehnt!

Auf die Durchschnittslohngruppe 7 berechnet entsprechen die 130.- DM ziemlich genau 0,6%. Das heißt, daß der Unterschied zwischen dem vorletzten und letzten Angebot darin besteht, daß 0,6% „tariffähig" geworden sind!

Der dickste Hammer ist allerdings bei der Urlaubsregelung zu finden.

Die alte Urlaubsregelung im Manteltarifvertrag ist am 31.12.75 ausgelaufen. Man möchte also meinen, daß wir ab 1.1.76 mehr Urlaub bekommen.

Weit gefehlt: Der Mehrurlaub wird stufenweise eingeführt. Die erste Stufe beginnt aber erst am 1.1.1977 (!!), 1976 wird es keinen einzigen Tag mehr Urlaub geben! Für die DLH-Kollegen war 1976 in Bezug auf den Urlaub also eine Nullrunde! Dazu die ÖTV-Führer: *„Die Urlaubsregelung entspricht der von der ÖTV vorgelegten Konzeption ...!"* Das mag schon sein – nur der Konzeption der Kollegen entspricht sie bestimmt nicht! ●

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Was sich neckt, das liebt sich
Zu den „Auseinandersetzungen" zwischen ÖTV-und DAG-Führung

In den letzten Wochen nach dem Tarifabschluß im Öffentlichen Dienst konnte man in der bürgerlichen Presse eine wortradikale Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden der ÖTV, Klunker, und dem Chef der ständischen DAG, Grotguth, verfolgen. Klunker warf der DAG vor, eine *„Politik der Konfrontation zum DGB zu betreiben"*. Die DAG habe sich nachdrücklich gegen einheitliche Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte ausgesprochen und *„damit eines der wenigen gleichen Ziele von DAG und ÖTV aufgegeben"*. („Frankfurter Rundschau", 14.4.76). Klunker tut hier so, als hätte es in dieser Frage jemals gleiche Ziele von DAG und DGB gegeben und will damit die jahrzehntelange gemeinsame Verhandlungspraxis rechtfertigen. In Wirklichkeit aber kann man bereits in der DAG-Satzung nachlesen, daß sie seit ihrer Gründung angestelltenspezifische Arbeit betreibt und sich als reine Angestelltenvereinigung versteht. Zudem nannte Klunker die von der DAG aufgestellte Prozentforderung eine *„irre Leistungsideologie"*. Nach dem erfolgten 5%-Abschluß, der ja wesentlich von der ÖTV ausgehandelt wurde, muß man sich fragen, ob sich ÖTV-Klunker nicht selbst diesen Schuh anziehen muß, ganz davon abgesehen, daß es sich um einen „irren Lohnraubabschluß" handelt.

Klunkers Äußerungen sind vor dem Hintergrund zu verstehen, daß mehrere Landesverbände der ÖTV auf dem im Juni stattfindenden ÖTV-Gewerkschaftstag eine Kündigung der jahrzehntelangen Verhandlungsgemeinschaft beantragen wollen. Dies wäre nur zu begrüßen.

Auf der anderen Seite sollte ein entsprechender Beschluß des ÖTV-Gewerkschaftstages nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ÖTV-Gewerkschaftsführer mit ihren Kameraden von der DAG seit Jahrzehnten auf allen Ebenen engstens zusammenarbeiten. So hat sich die ÖTV/Hamburg im Bereich der Angestellten des Transportwesens arrangiert und läßt die DAG, die in diesem Bereich mehr Mitglieder hat, die Tarifverträge allein aushandeln. Der Fachsekretär spricht mit den bekannten DAG-Betriebsratsvorsitzenden das Vorgehen gegen die Linken ab. So wurde auf die Falschaussage des Betriebsratsvorsitzenden (DAG) bei der Spedition Schenker & Co., Hamburg, ein Ausschlußverfahren gegen zwei fortschrittliche ÖTV-Betriebsratsmitglieder eingeleitet, ohne daß vorher auch nur ein ÖTV-Mitglied des Betriebes zur Sache gehört wurde.

Für uns heißt es also weiter, trotz der wortradikalen Reden von ÖTV-Klunker, eigenständig den Kampf gegen die DAG-Gewerkschaftsfeinde zu führen und uns für eine kampfstarke Einheitsgewerkschaft von Arbeitern und Angestellten einzusetzen. ●

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frankfurt. Postler für Aufhebung des „Radikalenerlasses"

Auf der Jahreshauptversammlung der DPG (Deutsche Postgewerkschaft) - Ortsverwaltung Frankfurt - am 10.4.76 verabschiedeten die Delegierten von rund 17.000 DPG-Mitgliedern mit überwältigender Mehrheit einen Antrag, durch den alle DPG-Mitglieder, vor allem aber die Funktionäre und Vorstände, aufgefordert werden, *„sich aktiv für die Aufhebung des Radikalenerlasses einzusetzen"*. Der Ministerpräsidentenbeschluß *„darf nicht länger als Hebel von Teilen unserer Gesellschaft, die darauf abzielen, die Freiheitsrechte des Grundgesetzes in ihr Gegenteil zu verkehren, benutzt werden"*, heißt es in dem Antrag. Nach hitziger Diskussion sprach sich dann die Mehrheit der Delegierten *„entschieden gegen die Absicht der Bundesbahn"* aus, *„den Lokomotivführer Rudi Röder wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP zu entlassen"*. (Alle Zitate aus „Frankfurter Rundschau" vom 12.4.76). ●

Ein Post-Genosse des
KB/Gruppe Frankfurt

C 21734 D

Heidenreich u. Harbeck **Der Kampf geht in die 2. Runde** S. 9

Arbeiterkampf

Jg. 6 Nr. 79 26.4.76 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 1,–

DRUCKER – STREIKS

Nachdem die meisten Tarifrunden in diesem Jahr bereits um 5,4% und niedriger abgeschlossen wurden, sieht es in der Drucktarifrunde ganz anders aus. Am 13.4. lehnte die Tarifkommission der IG Druck und Papier (Drupa) den Spruch der 2. Schlichtungsinstanz über 5,4% einstimmig ab und bekräftigte einhellig die 9% (mindestens 140,- DM)-Forderung. Schon der Schiedsspruch der 1. Schlichtung hatte bei 5,4 % gelegen. Während der ganzen Zeit der Verhandlungen hatte es ähnlich wie im Metallbereich Warnstreiks gegeben und zwar in über 100 Betrieben, allein um die zweite Schlichtung herum streikten über 8.000 Drucker. Während aber bislang in allen gelaufenen Tarifrunden die Gewerkschaftsführer extremen Lohnabschlüssen zustimmten, „um den Aufschwung nicht zu gefährden" und auch die Drupa-Führer im Bereich der Papier- und Pappeindustrie bei 5,6 % bereits abgeschlossen haben, geht sie jetzt bei den Druckern „in die Vollen".

Die gesamte Tarifrunde war durch wortradikales Auftreten der Drupa in zahlreichen Flugblättern und im Zentralorgan gekennzeichnet:

„Wir wollen und müssen den sozialen Besitzstand sichern",

„die Zeit ist reif, daß wir uns gegen ein Lohndiktat zur Wehr setzen",

„Wehren wir uns gegen staatliche Lohnleitlinien bevor es zu spät ist".

„Wenn wir heute nachgeben, woher werden wir heute Mut und Entschlossenheit nehmen, um dem sozialen Abbau zu widerstehen".

Allerorten wurde von den Drupa-Führern mit Parolen der sonst verfolgten „Extremisten" gegen die Kapitalisten zu Felde gezogen. Im Zentralorgan fanden sich Überschriften wie: „das Märchen vom gemeinsamen Boot"; „das Märchen vom Aufschwung durch Lohnverzicht"; „das Märchen von den gefährdeten Druckereien"; „das Märchen von der steigenden Lohnquote" usw. usf. Das wurde dann jeweils in längeren Artikeln untermauert.

Unter diesen Parolen zieht die Drupa in die Urabstimmung, die am 27.4.76 in allen Druckerei-Betrieben stattfinden wird.

Nach dem Scheitern der zweiten Schlichtung fordert die Drupa offen dazu auf, Überstunden und Sonderschichten samt und sonders zu verweigern. Schon in den Verhandlungen vorher bewertete die Drupa die „illegal" laufenden Warnstreiks als einen Beweis, *„daß Widerstand möglich ist".* Zeitweise „beschwerte" sich der Hamburger Drupa-Führer Metzinger, daß so wenig los sei – unverholen wurden die Kollegen zu Warnstreiks aufgefordert, obwohl diese vor Abschluß der Schlichtungsprozedur als „illegal" gelten.

Die Kollegen, die es gewohnt sind, nicht nur von „ihren" Kapitalisten, sondern auch von den Gewerkschaftsführern was auf den Hut zu bekommen, wenn sie kämpferisch ihre Forderungen anmelden, begegnen diesem Stimmungsumschwung mehrheitlich mit großer Skepsis. Es wurde die berechtigte Meinung geäußert, daß es trotz Warnstreiks zu einem niedriger Abschluß kommen werde. In der Tat konnte es auch der oberster Drupa-Chef Mahlein nicht lassen, auszuplaudern, wo diese Tarifrunde enden werde: Es müsse *„eine 6 vor dem Komma stehen"*, dann *„könne sich ein Abschluß herbeiführen lassen"* („Frankfurter Allgemeine", (FAZ), 23.4.76 und „Süddeutsche Zeitung" (SZ), 22.4.76).

Im Zentralorgan der Drupa wurde auch deutlich gemacht, daß die Drupa sich keineswegs von den anderen Gewerkschaften prinzipiell unterscheidet und nun dem Klassenkampf „verfallen" wäre, sondern daß die Drucktarifrunde sich durchaus in die Logik der Tarifpolitik auch der anderen Gewerkschaften einordnen soll, wenn es nach den Vorstellungen der Drupa-Führer geht. Das mag bei der z. Zt. an den Tag gelegten Radikalität zwar manchem paradox erscheinen, aber hören wir die Drupa-Führer selbst: *„Im Unterschied zu den Tarifabschlüssen anderer Gewerkschaften endet unser Tarifvertrag nicht schon Ende 1976, sondern läuft bis ins nächste Jahr hinein: bis zum 31. März 1977. Schon heute ist zu erwarten, daß andere Gewerkschaften im Sommer über einen ‚Nachschlag' verhandeln"* (aus „druck und papier"-Extra, vom 2.4.76).

Damit hat die Drupa-Führung dargelegt, daß sie ihre Tarifpolitik sehr wohl im Rahmen der mit den Kapitalisten und der Bundesregierung abgesprochenen Lohnleitlinien sieht. Offensichtlich ist abgesprochen, daß bei dem zunehmenden und zu erwartenden „Aufschwung" (für die kapitalistischen Profite) bei zunehmender Unruhe in den Betrieben „einmalige" Beruhigungstropfen ausgeteilt werden sollen (denn bekanntlich können „Nachschläge", die ja nicht im Tarifvertrag vereinbart und somit lediglich versprochen sind, nur mit der Zustimmung der Kapitalisten gezahlt werden).

Den Drupa-Führern kommt offensichtlich die Rolle zu, den Versuch zu machen – nachdem fast alle Tarifrunden bereits abgeschlossen sind – diese zu erwartende Unruhe quasi vorwegzunehmen und auszuloten, ob mit geringfügig höheren Abschlüssen sich die Kollegen bis zum 31.3.77 abspeisen lassen.

Dabei ist auffallend, daß neben dem lauten Wortgerassel um di[e] Lohnforderung selbst von den G[e]werkschaftsführern andere Ve[r]schlechterungen für die Kollegen mit ins Feld geführt werden. Mahlein erklärte dazu: *„Abbau freiwilliger Leistungen, das Arbeitstempo w[...] (gesamte [...]) steigert und die Betriebe von [...] 1974 kräften leergefegt. Der L[...] druck nahm zu ... Das alles [...] Grundlage für eine große Ante[il]nahme an den Tarifauseinanderse[t]zungen"* („SZ", 21.4.76).

In der Tat ist der Unmut in [den] Betrieben über die verstärkte Arbe[its]hetze und schlechtere Arbeitsbedingungen groß. Die Gewerkschaftsführer fordern deshalb auf, Überstunden

Fortsetzung auf Seite 2

len Abbau zu widerstehen". rechtigte Meinung geäußert, daß es Offensichtlich ist abgesprochen, daß Fortsetzung auf Seite 2

PORTUGAL/BRD

Wallraffs Enthüllungen ziehen Kreise

Wie wir in AK 78 berichteten, gelang es dem Journalisten Günter Wallraff, einen Putschversuch des faschistischen Ex-Generals und Ex-Staatspräsidenten Spinola in Portugal aufzudecken.

Inzwischen liegen weitere Enthüllungen von Wallraff vor, die insbesondere Strauß und die CSU noch mehr belasten. Mindestens ebenso entlarvend wie die Fakten selbst sind jedoch die Reaktionen des internationalen Putschsyndikats.

Strauß, Springer und der BND ...

Nachdem Strauß sofort nach Erscheinen der Wallraff-Reportage im „Stern" zugegeben hatte, was nicht mehr zu verschleiern war, daß er nämlich persönlich mit Spinola zusammengetroffen war, legte Wallraff inzwischen der Presse Tonbandaufnahmen vor, in denen der Spinola-Adjutant Dias erklärt: *„Vor ca. drei Wochen trafen Jose und ich im Bonner CSU-Büro Dr. Voss* (den persönlichen Referenten von Strauß – Anm. d. Red.) ... *Er ließ uns von Strauß ausrichten, daß sofort gehan-*

Anm. d. Red.) ... *Er ließ uns von Strauß ausrichten, daß sofort gehan-*

delt werden müsse und daß wir mit niemandem außer ihm selbst Kontakt aufnehmen sollten ... Ich finde es irrsinnig, daß ich im Augenblick hier (in Düsseldorf – Anm. d. Red.) *sitze, Dr. Strauß hat mich nämlich neulich in Genf angerufen, und ich war nicht da".* Und munter plaudert der Spinola-Referent weiter: *„Wenn ich meinen Aufenthaltsort wechselte, hinterließ ich bei Fräulein Haase stets die Telefonnummer, unter der ich zu erreichen war".*

Fräulein Haase ist die Sekretärin von Strauß in München.

Einen weiteren interessanten Zusammenhang deckte Wallraff auf:

Zwischen der MDLP und mindestens einem „Diplomaten" der Lissaboner BRD-Botschaft, dem Faschisten und mutmaßlichen BND-Agenten Oberacker bestehen die freundschaftlichsten Beziehungen.

Besonders anerkennend vermerkt der Spinola-Mitarbeiter Figueiredo, daß sich Oberacker gegenüber den vier Putschoffizieren, die sich nach dem mißglückten Rechtsputsch vom 11. März '75 bezeichnenderweise in die BRD-Botschaft geflüchtet hatten, „ausgezeichnet" verhalten habe. *„Er hat ihnen geholfen, wo er konnte".*

Wie eng die Beziehungen der MDLP zum Bundesnachrichtendienst tatsächlich sind, erläutert Spinola-Referent Dias: *„Ganz im Vertrauen, die CIA arbeitet ja eng mit deutschen Geheimdiensten zusammen. Wir haben über einen guten Freund Kontakte mit dem BND aufgenommen, der bei der Bundesregierung anfragte, ob es Unterstützungsmöglichkeiten für uns gäbe. Die SPD/FDP-Koalition hat abgelehnt. Das war ein echter Leidensweg für uns"* (Alle Zitate nach „Stern" 17).

An dieser Aussage wird deutlich, daß die Bundesregierung und die SPD zumindest zu diesem Zeitpunkt die andere Waffe des Imperialismus führten, die „friedliche" Infiltration über die Sozialistische Partei des Mario Soares, zu der sie die „Sozialistische Internationale" und CIA-Gelder benutzten. Eine direkte Unterstützung der portugiesischen Faschisten mit Waffenlieferungen M[...]

Fortsetzung auf Seite 3

Genosse Edgardo Enriquez verhaftet

Im Rahmen der immer schärfer werdenden Repressionskampagne der faschistischen argentinischen Militärs wurden am 10. April in Buenos Aires der Genosse Edgardo Enriquez Espinoza (Mitglied der Politischen Kommission und Mitbegründer des chilenischen MIR) und andere Revolutionäre verhaftet. Edgardo, der seit Ende 1973 für den MIR wichtige Aufgaben im Ausland wahrgenommen hat, befindet sich damit in höchster Gefahr!

„Wir fürchten, wegen der kontinentalen Zusammenarbeit der repressiven Kräfte, in diesem Fall der chilenischen und argentinischen Militärs, ... daß Edgardo Enriquez den chilenischen Militärs ausgeliefert worden ist oder daß er von den Gorillas eines der beiden Länder umgebracht wurde ... Die internationale Solidaritätsbewegung muß von der argentinischen Regierung fordern, daß sie die Verhaftung von Edgardo Enriquez zugibt, um seine Ermordung zu verhindern und seine Freilassung zu erreichen.

Retten wir das Leben des Genossen Edgardo Enriquez!"

(aus einer Erklärung der MIR-Vertretung in der BRD vom 22.4.).

Die Leitung des KB und die AK-Redaktion unterstützen diesen Aufruf und fordern alle Genossinnen und Genossen sowie alle anderen Leser dieser Zeitung auf, die Verhaftung von Genossen Edgardo in Schreiben und Anrufen bei der argentinischen Botschaft in Bonn zu verurteilen und seine Freilassung zu verlangen. Entschließungen dieses Inhalts werden wir auch für alle 1.-Mai-Veranstaltungen unserer Organisation vorbereiten und zur Abstimmung stellen.

Protestschreiben vor allem auch an: Innenminister General Albano Harguindeguy, Buenos Aires, Argentinien.

Wir wissen, daß wir siegen werden!

„Das Ziel der fortschrittlichen Kräfte ist eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Struktur Libanons. Der einzige Weg die Faschisten zu schlagen ist es, ihnen mit Gewalt entgegenzutreten. Man kann mit den Faschisten keine Kompromisse schließen. Das ist etwas, was die fortschrittlichen Kräfte ebenfalls gelernt haben. In Libanon ist eine soziale Revolution im Gange" (PFLP-Sprecher).

Artikel S. 6

Blick in die Welt

Bullen schießen auf Passanten

Am Ostersonnabend schossen Hamburger Polizisten am Steindamm wieder scharf. Drei Menschen, davon zwei unbeteiligte Passanten, wurden dabei verletzt.

Die Polizei hatte Wind von einem geplanten Überfall auf das Musikgeschäft „Detmering“ bekommen. Polizisten des Dezernats Altona versteckten sich daraufhin im Laden.

Die Polizei beobachtete bereits den ganzen Vormittag die Täter, die gegen Mittag den Ladenraum betraten. Dort übergab man ihnen ungehindert 3.600 DM. Die Bullen traten erst in Aktion, als die Täter den Laden verließen. Die Polizisten zogen ihre Maschinenpistolen, worauf es zu einer Schießerei kam. Ein Dieb wurde niedergeschossen. Zwei Passanten wurden getroffen, als ein Bulle blindlings auf die Eingangstür hielt. Man kann von Glück sagen, daß bei diesem Vorgehen nicht noch mehr Opfer oder gar Tote zu beklagen sind.

In den nächsten Tagen wurde Kritik in der bürgerlichen Presse laut, daß gewöhnliche Polizisten und nicht das MEK (Mobiles Einsatz-Kommando) die Aktion durchgeführt haben. Das MEK war in Hamburg am Steindamm bereits zweimal in Aktion getreten: Der Bankräuber Goncalves wurde von Scharfschützen des MEK aus wenigen Metern Entfernung in einer für ihn aussichtslosen Position abgeknallt. Ebenfalls „abgeschossen“ wurde der Jugendliche Stephan Beyer, als er im Suff in eine Filiale der Hamburger Sparkasse eingestiegen war. Von offizieller Seite wurde das Verhalten der Bullen gedeckt. Innensenator Staak: *„Nach bisherigen vorliegenden Erkenntnissen halte ich den Schußwaffengebrauch in dieser Situation für angemessen.“* Polizeipräsident Redding ist auch der Überzeugung, daß „seine Leute“ richtig gehandelt haben, möglicherweise sei der eine Beamte nicht mehr ganz Herr der Lage gewesen.

Mit diesem Vorgehen soll die Bevölkerung an den Schußwaffengebrauch gewöhnt werden. Die Diskussion und Kritik an der Praxis des Todesschusses soll gar nicht erst aufkommen. ●

Nach dem CDU-Bildersturm
Anonyme Drohungen und Gerichtsverfahren gegen Staeck

Wir berichteten im letzten ARBEITERKAMPF über den Bildersturm in SA-Manier, den prominente CDU/CSU-Politiker gegen eine Bonner Ausstellung des Graphikers Klaus Staeck verübten.

Staeck gab gegenüber dem Westberliner „Extra-Dienst“ an, daß er seitdem von Anrufern bedroht und in anonymen Briefen beschimpft wird. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Parlamentarischen Rechtsausschusses, Lenz, hat gegen Staeck eine Einstweilige Verfügung erwirkt, die ihm untersagt, ein Plakat zu verbreiten, auf dem der Lenz-Ausspruch „Auf Eigentum kommt es hier nicht an“ geschrieben ist. Diesen Ausspruch machte Lenz, im Zivilberuf Rechtsanwalt, als er ein Plakat, das der SPDler Lutz gekauft hatte, von der Wand herunterriß und zerstörte. Der Gerichtsbeschluß der 7. Zivilkammer des Landgerichts Bonn ist bei einem Streitwert von 30.000 DM gegen Staeck, den SPD-Vize Koschnik und den Bremer Senator für Bundesangelegenheiten, Willms, gerichtet. (In der Bremer Landesvertretung in Bonn ist die Staeck-Ausstellung wiedereröffnet worden.) Staeck hat gegen die Einstweilige Verfügung Widerspruch eingelegt. („Extra-Dienst“, 15.4.76)

DGB-Bundesvorstand verbietet Staeck-Plakate

Ohne Staeck direkt beim Namen zu nennen, hat der DGB-Bundesvorstand in einem Schreiben vom 26.3.76 seinen Funktionären und Mitgliedern verboten, Plakate, *„die eindeutig gegen die CDU gerichtet sind“* in gewerkschaftlichen Einrichtungen aufzuhängen. In dem Schreiben, das von Karl Schwab unterzeichnet ist, heißt es u.a.: *„In den letzten Wochen mehren sich die Proteste dagegen, daß in unseren Jugendbildungsstätten Plakate, die eindeutig gegen die CDU bzw, ihre Repräsentanten gerichtet sind, ausgehängt werden. Bei allem Verständnis... sind gewerkschaftliche Einrichtungen nicht der geeignete Ort für den Aushang*

dern verboten, Plakate, *„die eindeutig gegen die CDU gerichtet sind“* in gewerkschaftlichen Einrichtungen aufzuhängen. In dem Schreiben, das von Karl Schwab unterzeichnet ist, heißt es u.a.: *„In den letzten Wochen mehren sich die Proteste dagegen, daß in unseren Jugendbildungsstätten Plakate, die eindeutig gegen die CDU bzw, ihre Repräsentanten gerichtet sind, ausgehängt werden. Bei allem Verständnis... sind gewerkschaftliche Einrichtungen nicht der geeignete Ort für den Aushang*

solcher Plakate... in Einrichtungen der parteipolitisch unabhängigen Gewerkschaften des DGB haben sie keinen Platz. Das gleiche gilt für Plakate der portugiesischen Partei.“

Dann werden die Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre aufgefordert, aus allen Büros, Jugendbildungsstätten etc. die bemängelten Plakate zu entfernen. Begründet wird diese Anbiederung an die CDU mit – man höre und staune – der *„Erhaltung unserer Einheitsgewerkschaft“*. (Das Schreiben Schwabs ist vollständig abgedruckt im „Informationsdienst“, Nr. 120, 10.4.76). ●

IKAH („Arbeiterhilfe“)

Seit Chile wissen wir genauer, was die CDU von Demokratie hält.

„Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm.“
Bruno Heck (früherer CDU-Generalsekretär) am 18.10.73 in der Süddeutschen Zeitung

DRUCKER-STREIKS

...setzung von S. 1

...nd Sonderschichten zu verweigern. Welches Ausmaß der Druck auf die Kollegen angenommen hat, zeigt die Tatsache, daß allein die Verweigerung von einigen Überstunden viele Zeitungen und Zeitschriften erheblich dünner werden ließ.

Letzteres zeigt auch, daß solche Aktionen den Kapitalisten nicht be-

Der Kapitalistenverband behauptete zwar, er *„hoffe“* auf *„die Vernunft der Drucker“* („FAZ“, 22.4.76) und forderte sogar die Kollegen auf, *„sich an der Urabstimmung zu beteiligen“* („FAZ“, 23.4.76). Doch die Kapitalisten richten sich mehr darauf ein, den Kollegen „Vernunft“ gewaltsam beizubringen. Die Kapitalisten erklären sich für

DRUCKER-STREIKS

...setzung von S. 1

...nd Sonderschichten zu verweigern. Welches Ausmaß der Druck auf die Kollegen angenommen hat, zeigt die Tatsache, daß allein die Verweigerung von einigen Überstunden viele Zeitungen und Zeitschriften erheblich dünner werden ließ.

Letzteres zeigt auch, daß solche Aktionen den Kapitalisten nicht be-

sonders ans Leder gehen: Die Zeitungen sind zwar vorübergehend dünner, aber erscheinen weiter. Nach Abschluß der Tarifrunde läuft alles wie gehabt, und die Kapitalisten werden den Leistungsdruck weiter verschärfen und noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren. So betrachtet haben die Kollegen von der Wortradikalität der Gewerkschaftsführer nicht viel zu erwarten, und es ist zumindest verständlich, daß immer noch sehr viele Kollegen eine abwartende Haltung einnehmen.

Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß in einigen Landesbezirken der Gewerkschaft nach der Urabstimmung größere Streikaktionen durchgeführt werden sollen. Unserer Kenntnis nach wurden lediglich im Bezirk Nordmark überall außerordentliche Mitgliederversammlungen in Vorbereitung auf die Urabstimmung durchgeführt, und in West-Berlin gab es eine große Funktionärsversammlung.

Der Bezirk Nordmark zeichnet sich zwar vor anderen keineswegs durch besondere Kampferfahrung und -stärke aus. Dort wurde aber in Flensburg auf der Mitgliederversammlung am 24.4. vom angereisten Mitglied der Großen Tarifkommission angekündigt, man solle sich auf den „schärfsten Tarifkampf der Nachkriegsgeschichte in der Druckindustrie“ einstellen. Auf der Sitzung des Frauenausschusses am 21.4. in Hamburg wurden bereits scharfe Gegenmaßnahmen wie Aussperrungen der Kapitalisten in Aussicht gestellt und die Kolleginnen vor Eigenmächtigkeiten gewarnt, die den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge hätten. Auf der Hamburger Mitgliederversammlung vom 24.4. setzte sich der Ortsvereinsvorstand selbst zur Streikleitung ein und drohte allen Kollegen den Ausschluß aus der Gewerkschaft an, die nicht den Anweisungen der zentralen Streikleitung folgen würden.

Aus Niedersachsen hingegen ist uns überhaupt keine Mitgliederversammlung bekannt und beispielsweise in Essen – im mitgliederstärksten Ortsverein Nordrheinwestfalens soll lediglich die turnusmäßige Delegiertenversammlung stattfinden – dort warnte bislang auch der Ortschef der Drupa in Bremsermanier allerorten vor „Illusionen“: Mehr als 6 % springen doch nicht raus!

Der Kapitalistenverband behauptete zwar, er *„hoffe“* auf *„die Vernunft der Drucker“* („FAZ“, 22.4.76) und forderte sogar die Kollegen auf, *„sich an der Urabstimmung zu beteiligen“* („FAZ“, 23.4.76). Doch die Kapitalisten richten sich mehr darauf ein, den Kollegen „Vernunft“ gewaltsam beizubringen. Die Kapitalisten erklären sich für

„geschlossen wie nie“ und Aussperrungen wurden bereits angesagt („Handelsblatt“ (HB), 21.4.76).

Gleichzeitig werden bereits alle Maßnahmen vorbereitet, um die weitere Zeitungsherausgabe sicherzustellen. So sitzen die Springer-Redakteure von „Hör zu“ schon mit dem Koffer in der Hand abflugbereit nach Österreich und müssen sich auch auf vorzeitigen Abschluß der Redaktionsarbeit einstellen. „Die Welt“ soll bei der „Le Monde“-Druckerei in Paris weitererscheinen, während die „Bild“-Zeitung nach Holland oder Belgien verlagert werden soll, falls es zu einem Flächenstreik kommen sollte, sonst soll der Druck auf andere BRD-Betriebe verteilt werden. (Es wäre durchaus denkbar, daß den Springer-Kapitalisten die Kampfstärke etwa der belgischen Drucker einen Strich durch die Rechnung machen könnte, die erst vor einigen Monaten Zeitungen, die in Frankreich nicht mehr gedruckt werden konnten, malerisch mit schwarzer Farbe übergossen haben. Einen nationalen Streik in der BRD allerdings haben die Gewerkschaftsführer schon lange nicht mehr ausgerufen!)

Die Druckkapitalisten sehen eventuellen Streikmaßnahmen sehr gelassen entgegen und vertrauen darauf, bei der derzeitigen Kampfkraft den Kollegen eine Niederlage beibringen zu können bzw. „Vernunft“, wie sie es nennen.

Das veranlaßt uns keineswegs, aus der betrachtenden und lediglich „nörglerischen“ Ecke her die Kollegen wesentlich nur auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Andererseits sehen wir die Dinge auch nicht so, daß jetzige Kampfaktionen auch nach Tarifabschluß automatisch oder langfristig die Kampfkraft der Drucker erhöhen würden, weil es eben gemeinsame Kampfaktionen gegeben hat. Dort, wo es gelingt, die Kämpfe über die pure Unterstützung der Lohnforderungen hinaus zu erweitern und direkte Angriffe der Kapitalisten auf die Kollegen in eigener Initiative erfolgreich aufs Korn zu nehmen, können Grundlagen geschaffen werden, die Kampfkraft der Drucker auch über die Tarifrunde hinaus nachhaltig zu stärken! ●

Druck-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

China: Massenkritik im ganzen Land an den „kleinen Dengs“

Nachdem das Politbüro des ZK der KP Chinas am 7. April seinen einstimmigen Beschluß bekanntgegeben hat, den früheren Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Generalstabschef Deng Hsiao-ping aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben, hat in China eine Massenkritik an Deng und an den „kleinen Dengs“ auf allen Ebenen eingesetzt.

Westliche Journalisten, denen Gelegenheit gegeben wurde, die südchinesische Provinz Yünnan zu besuchen, berichteten beispielsweise, daß dort Tschia Tschi-yün, 1. Sekretär der KP und Vorsitzender des Revolutionskomitees, unter Beschuß geraten ist. Massendemonstrationen gegen ihn haben stattgefunden, auf Wandzeitungen wird er als **„Dengs Repräsentant in Yünnan“** kritisiert.

Tschia Tschi-yün gehört offensichtlich zu den ‚Vertretern des kapitalistischen Wegs‘, die in den letzten Monaten von Deng Hsiao-ping und seiner Gruppe in verantwortungsvolle Positionen geschleust wurden. Tschia war früher 1. Sekretär der KP in der Provinz Kueichou, wurde während der Kulturrevolution „entmachtet“, trat erst am 1. Oktober 1975 (!) anläßlich des Nationalfeiertages wieder in der Öffentlichkeit auf und wurde schon eine Woche später in seine jetzigen Positionen eingesetzt, nachdem der Vorgänger in diesen Ämtern am 30.10.75 gestorben war.

Mit Tschia Tschi-yün zusammen waren am 3.10.75 übrigens u. a. der frühere Unterrichtsminister Yang Hsiu-feng, fünf frühere Stellvertretende Kulturminister sowie frühere Stellvertretende Minister für Handel, Finanzen und für Gesundheitswesen „rehabilitiert“ worden – alles Funktionäre, die während der Großen Proletarischen Kulturrevolution „entmachtet“ worden waren.

Wenn bisher aus anderen Provinzen derartige Massenkritiken wie in Yünnan nicht bekannt wurden, so dürfte das lediglich daran liegen, daß westliche Journalisten nur ausnahmsweise (wie in diesem Fall nach Jünnan) dorthin gelangen.

Die „Rehabilitierung“ fast aller in der Kulturrevolution „gestürzten“ Funktionäre scheint als Prinzip auch heute noch nicht von der Führung der KP Chinas in Frage gestellt zu werden. Immerhin heißt es aber in Kritiken an Deng & Co. auch schon, sie *„setzten im Namen der Durchführung der Politik diejenigen wieder in Amt und Würden ein, die in Vergessenheit geraten waren“* (eine auf Konfuzius zurückgehende Formel für die restaurative Wiedereinsetzung von Personen), und: *„Sie wollten diejenigen Personen, die den kapitalistischen Weg gehen, welche mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution unzufrieden sind und alte Rechnungen begleichen wollen, in wichtige Positionen bringen“* („Renmin Ribao“, „Volkszeitung“, 29.2.76).

Dies zeigt, daß die Welle von „Rehabilitierungen“ nicht einfach Ausdruck der Politik ist, „jedem wieder eine Chance“ zu geben (wenn er dann, wie Deng Hsiao-ping, sich als „reuelos“ erweist, ist's halt Pech ...), sondern daß zumindest ein Teil der „Rehabilitierungen“ direkt auf das Konto der Gruppe um Deng Hsiao-ping und des von ihnen entfachten „Wind von rechts“ kommen.

In vielen Kritiken an Deng Hsiao-ping in den letzten Monaten war immer wieder von mehreren „Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg“ die Rede. Wer zu dieser Gruppe noch gehört, ist bisher unklar geblieben. Einige dieser „Parteimachthaber“ auch in den zentralen Gremien der KPCh zu vermuten, scheint jedoch wohl nicht abwegig! Das Wort haben jetzt die chinesischen Massen! ... ●

Die Massen haben Deng Hsiao-ping gepackt. Jetzt sind die „kleinen Dengs“ im ganzen Land an der Reihe! – Chinesische Wandzeitung gegen Deng Hsiao-ping (unten links).

Wallraffs Enthüllungen ziehen Kreise

Fortsetzung von Seite 1

zu diesem Zeitpunkt das Spiel der SPD eher gefährdet, sie überließ es daher dem CIA, der CDU/CSU und dem CSU-dominierten BND.

In einem Interview, das Wallraff am 14.4. den „Portugal-Nachrichten" gab, weist er noch auf einen weiteren Zusammenhang hin: In einem Artikel, den Chefredakteur Kremp in der „Welt" zur Verteidigung von Strauß und Spinola veröffentlichte, benutzt er ganz eindeutig Material, das Spinola dem BND hat zukommen lassen. Der Artikel beginnt mit dem Satz: „*Wie gerade aus Quellen des Bundesnachrichtendienstes aus Pullach bekannt wird, planen linke Kubaner und linksextreme Deutsche einen Putsch in Portugal*". Überschrieben ist der Artikel „Nebelschwaden von links". Kremp spielt hier das altbekannte Demagogenspiel der Faschisten, die immer, wenn man ihnen auf die Schliche kommt, laut schreien „Haltet den Dieb", und glauben, auf diese Weise die Aufmerksamkeit von sich auf andere, nämlich die Kommunisten, lenken zu können.

Sozialistenblatt stellt sich vor die Faschisten

Bezeichnenderweise wandte in Portugal ausgerechnet die Zeitung „A Luta", die völlig auf Soares-Linie liegt, dieselbe Taktik an. Sie erklärte die Wallraff-Enthüllungen ganz schlicht zu einem „*typischen Schlag des internationalen Kommunismus*" und stempelte Wallraff zu einem Werkzeug der PCP, weil er in einer „kommunistischen Kooperative" mitgearbeitet habe. Auf diese Weise wich sie jeglicher Auseinandersetzung mit den Inhalten der Enthüllung aus und versuchte noch, Wahlkampfmunition ausgerechnet gegen die PC daraus zu gießen.

Allerdings hat die PS handfeste Gründe, einer solchen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen: Nicht nur die Tatsache, daß sie sich bisher jeglicher Strafverfolgung der Faschisten widersetzt hat, daß sie die faschistische Gefahr ständig verharmlost, macht sie zum objektiven Komplizen der Faschisten, sondern Mario Soares hatte gerade vor ein paar Wochen der französischen Journalistin Dominique Pouchin gegenüber erklärt: „*Er sollte zurückkommen und sich dem Urteil seiner Landsleute stellen. Ich habe keine Angst vor seiner möglichen Bedeutung in einem demokratischen Portugal. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß es dumm ist, ihn in die Rolle eines Konterrevolutionärs zu drängen*".

Spinola ist also, nach der Logik von Soares, „eigentlich" gar kein Konterrevolutionär, sondern er wird nur dazu gemacht, wahrscheinlich durch ungerechte Behandlung oder so ...

Der Oberbefehlshaber der portugiesischen Luftwaffe, Morais da Silva, der von MDLP-Leuten, mit denen Wallraff gesprochen hatte, als „Verbündeter im Revolutionsrat" bezeichnet wurde, und der ein erklärter Faschist ist, sagte zu diesem Vorwurf lediglich: „*Ich halte es für absolut unmöglich, daß sich General Spinola auf derartige Abenteuer einläßt. Natürlich habe ich den General seit dem 28. September nicht mehr gesehen, und es ist möglich, daß er völlig verrückt geworden ist. Aber er weiß sehr gut, daß ein solches Abenteuer früher oder später scheitern muß. ... Ich habe den Verdacht, daß das alles eine arrangierte Sache ist, die sorgfältig zusammengestellt ist, damit bestimmte Kräfte der Linken, namentlich die PC, Gewinn aus diesem ,journalistischen Putsch' ziehen*". („A Capital", 14.4.76).

Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Azevedo: „*Ich halte den Bericht für authentisch, aber nicht allzu wichtig. Ich kenne Spinola sehr genau und möchte nicht, daß er schlechtgemacht wird. Spinola ist politisch ein toter Mann*" („A Capital", 11.4.76).

Und der Oberbefehlshaber des Heeres, der Faschist RamalhoEanes, der ebenfalls von den MDLP-Leuten als ihr Verbündeter im „Revolutionsrat" benannt wurde, verstieg sich sogar zu der Demagogie, die Panzer, die unter seinem Befehl stehen, seien Garanten gegen jeden Putsch, allerdings nützt das „*unverantwortliche Gerede vom Putsch*" nur der extremen Rechten („A Capital", 10.4.76).

Im Kern sind alle diese „Dementis" völlig gleich: Es geht darum, um jeden Preis zu beschwichtigen und zu beschönigen.

Hauptlinie der Bourgeoisie: die Faschisten aufpäppeln – die Linken vernichten

Von Strauß bis da Silva gehen alle Erklärungen darauf aus, das ganze „Gerede vom Putsch" als einen Trick der Kommunisten darzustellen, und sich für den „Fall des Falles" vorsichtig von der Figur Spinola zu distanzieren. Keiner der Exponenten dieser Affaire hält es jedoch für nötig, sich von der Mörderbande MDLP zu distanzieren, geschweige denn von der CDS, die ja nichts anderes ist als der „legale Arm" der MDLP, wie Wallraff eindeutig nachgewiesen hat. Eine solche Distanzierung ist diesen Kräften allerdings auch gar nicht möglich, sie wäre gleichbedeutend mit einer politischen Selbstaufgabe, denn die CDS verfolgt keine anderen Ziele als die der portugiesischen Bourgeoisie und der Imperialisten.

So ist es überhaupt nicht erstaunlich, daß der MDLP, die für unzählige Terroranschläge gegen Demokraten und Kommunisten verantwortlich ist, vom Staatsapparat kein Härchen gekrümmt wird. Weder wurde irgendeine Maßnahme darauf verwendet, den ziemlich genauen Angaben, die Wallraff über die MDLP und die CDS gemacht hat, nachzugehen, noch wurde bisher der geringste Versuch unternommen, auch nur einen Terroranschlag aufzuklären.

Das neugeschaffene „portugiesische MEK", die Schockpolizei der PSP, hat bisher ausschließlich CDS- und PPD-Veranstaltungen gegen die Gegendemonstrationen der Linken geschützt, und dabei bereits geschossen, wobei es einen Toten und eine Reihe Verletzte gab.

Demgegenüber können die Terrorkommandos der Faschisten im Norden völlig unbehindert durch die Staatsmacht linke Wahlveranstaltungen auseinanderprügeln und Büros der kommunistischen Parteien verwüsten.

Ginge es nach dem Willen der portugiesischen Faschisten und solcher Leute wie Strauß, dann werden aus den Terrorkommandos der MDLP bald Vernichtungskommandos, die nach chilenischem Vorbild alles, was „marxistisch" ist, mit Stumpf und Stiel ausrotten.

Damit es dazu nicht kommen kann, müssen die portugiesischen Antifaschisten noch energischere Anstrengungen beim Aufbau der antifaschistischen Einheitsfront machen.

Aber auch wir westdeutschen Antifaschisten müssen stärker als bisher die Machenschaften der Strauß, Springer und Co. bekämpfen.

In unserem Interesse und im Interesse aller vom Imperialismus unterdrückten Völker! ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

UDP-Kandidat ermordet

Große Protestbewegung gegen den faschistischen Terror

Während der Wahlkampagne zum portugiesischen Parlament verstärkten sich die Terroranschläge der faschistischen Banden ELP und MDLP.

Am 3. April erreichte die Terrorwelle, die sich hauptsächlich auf den Norden konzentriert, einen Höhepunkt: Der Pfarrer Maximino (32), unabhängiger Kandidat der UDP in Vila Real, und die Schülerin Maria de Lurdes (18), Sympahtisantin der UDP, wurden beim Einsteigen in das Auto von Padre Maximino durch eine Bombe getötet, deren Zünder mit dem Anlasser des Wagens gekoppelt war.

Padre Maximino war einige Tage vorher vom zuständigen Bischof wegen seiner Kandidatur für die UDP vom Dienst suspendiert worden.

Das Verbrechen weckte in ganz Portugal bei allen demokratischen und antifaschistischen Menschen und Organisationen einhellige Empörung. Für den 5. April, dem Tag der Beerdigung, rief die Leitung der UDP zu einer antifaschistischen Demonstration vor dem Präsidentenpalast in Lissabon auf.

In Vila Real nahmen mehr als 10.000 Menschen an einer Demonstration anläßlich der Beerdigung teil, darunter auch viele Christen, die von der Organisation „Christen für den Sozialismus" aufgerufen worden waren, sowie Mitglieder von PCP und PS.

Außerdem hatten die Organisationen und Parteien MES, FSP, PRP, AEPPA (Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener) und CLARP (Komitee für die Freilassung der nach dem 25. November Inhaftierten), sowie einzelne Gewerkschaften und die Kriegsversehrtenorganisation zu den Demonstrationen in Vila Real und Lissabon aufgerufen.

Maria de Lurdes

Pfarrer Maximino

In Flugblättern und Kommuniques verurteilten auch MDP und PCP, sowie weitere katholische Gruppen den Anschlag und wiesen darauf hin, daß die „Sicherheitsorgane des Staates" offenbar nichts gegen den faschistischen Terror unternehmen. Sogar Staatspräsident Costa Gomes sah sich genötigt, der UDP ein Beileidstelegramm zu schicken.

Terroropfer beraten Gegenmaßnahmen

In den letzten Wochen sind in Nordportugal gegen mehr als 200 fortschrittliche Menschen Terroranschläge durchgeführt worden.

Außerdem wurde am 22.3. in der Universität von Porto ein Bombenanschlag gegen den Kongreß der Textilarbeitergewerkschaft verübt, bei dem glücklicherweise niemand zu Schaden kam. Mehr als 50 Opfer solcher Anschläge führten am 5. April in Porto eine Pressekonferenz durch, in der sie der Öffentlichkeit einen Überblick über das Ausmaß des faschistischen Terrors gaben.

Sie wiesen besonders darauf hin, daß zusätzlich zu den Bombenanschlägen eine Flut von Erpressungen, Einschüchterungen und Verleumdungen von den Faschisten inszeniert wird, die bisher von der Öffentlichkeit kaum beachtet wurde.

Angesichts der totalen Passivität des Staatsapparats gegenüber dem Terror der Rechten schlugen die Teilnehmer der Pressekonferenz vor, daß die Bevölkerung eigene Sicherheitsmaßnahmen ergreifen müsse und Gruppen aufstellen müsse, die die „Wachsamkeit des Volkes" organisieren. ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Beerdigung der beiden Genossen

Wahlen in Portugal

Zwei Jahre nach dem Sturz des faschistischen Regimes am 25. April 1974 haben in Portugal Parlamentswahlen stattgefunden.

An der Wahl haben sich die folgenden Parteien beteiligt:

– PS, die eng mit der SPD verbundene, von dieser mitgegründete und finanzierte „Sozialistische" Partei. Sie bekam bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 1974 37,9 % der Stimmen.

– PPD, bezeichnet sich als „sozialdemokratisch", steht aber weit rechts, leistet für die Bourgeoisie eine reaktionäre, konterrevolutionäre Massenmobilisierung im Kleinbürgertum. 1974: 26,4 %.

– PCP, „kommunistische" Partei, derzeit zusammen mit PS und PPD in der Regierung. 1974: 12,5 %. Bei der Wahl dürften ihr weitgehend auch die Stimmen der ihr nahestehenden MDP zugute gekommen sein, die 1974 4,1 % bekam und diesmal nicht kandidiert.

– CDS, „Bruderpartei" der CDU/CSU. Ein Sammelbecken alter Faschisten. Die Enthüllungen Wallraffs haben Beweise geliefert, daß die CDS teilweise direkt als legaler ,politischer Arm' der Putschisten um Spinola dient. 1974: 7,6 %.

– PDC, bezeichnet sich ebenfalls als christdemokratisch. Sie war zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1974 nicht zugelassen worden, da sie allzu offensichtlich in Spinolas Putschversuch vom 11. März verwickelt war.

– PPM, monarchistische und von daher konservative Partei. 1974 weniger als 1 % der Stimmen.

– MES, ,Bewegung der Sozialistischen Linken', befreundete Organisation des KB. 1974: 1,02 %.

Der MES hatte sich vor Beginn der Wahlkampagne um ein Wahlbündnis insbesondere mit PRP (spontaneistische Gruppierung), UDP und FSP bemüht. Die PRP hat sich jedoch für ,Wahlboykott' entschieden, UDP und FSP waren zu einem Wahlbündnis nicht bereit.

– UDP, ,Massen' – und Wahlorganisation der „marxistisch-leninistischen" PCP (R). 1974: 0,79 %. Hat wegen ihres relativ höheren Stimmanteils im Wahlbezirk Lissabon (1,67 %) den einzigen Abgeordneten der nichtrevisionistischen Linken in der Verfassungsgebenden Versammlung. Bei dieser Wahl dürften ihr auch die Stimmen zweier anderer „ML"-Gruppen zugute kommen, die diesmal nicht kandidieren und 1974 zusammen 0,8 % der Stimmen hatten.

– FSP, Linkssozialisten. 1974: 1,17 %. Ihr Einfluß dürfte seither relativ stark zurückgegangen sein.

– MRPP, kleinbürgerlich-„radikale" Partei, die in erster Linie den „Sozialfaschismus" der PCP angreift und eine Provokateursrolle spielt. Durfte 1974 nicht an den Wahlen teilnehmen.

– LCI, Trotzkisten. 1974: 19 %.

– AOC, Wahlpartei der „PCP(ml)", ,Bruderpartei' der „KPD". Propagiert Bündnis mit der „demokratischen" Bourgeoisie und mit den EG-Imperialisten, fordert verstärkte Unterdrückung der „Sozialfaschisten" (PCP) und „ihrer Lakaien" (gesamte nicht-revisionistische Linke). 1974 nicht zu den Wahlen zugelassen.

– PRT, kleinere trotzkistische Gruppe.

Die „ersten freien Wahlen"?

Die Bürgerlichen sprechen von den „ersten freien Wahlen" in Portugal. Damit soll auch behauptet werden, daß die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1974 nicht „richtig frei" gewesen seien, da sie „von den linken Militärs kontrolliert" worden seien.

Inzwischen hat der konterrevolutionäre Militärputsch vom 25. November die Entfernung aller Linken aus dem ,Revolutionsrat' und allen militärischen Funktionen, die Auflösung der linken Einheiten, ein im Sinn der Bourgeoisie „freieres" Klima geschaffen.

Wie sieht dieses aus? Zwar ist diese Wahl in Portugal immer noch insgesamt freier, demokratischer, als etwa in der BRD. So werden die Vorstellungen a l l e r Parteien, auch der PCP, selbst der kleinen linken Organisationen, sehr breit und ohne Diskriminierung in einem großen Teil der Tagespresse dokumentiert. Auch in Rundfunk und Fernsehen steht den kleineren Organisationen relativ viel Zeit zur Verfügung, um ihre Vorstellungen darzulegen.

Die andere Seite ist, daß die Wahlen, verglichen mit 1974, in einem Klima vor sich gehen, das stark vom faschistischen Terror geprägt ist. In vielen Orten des Nordens sind PCP und andere Linke politisch nicht mehr vorhanden, nachdem faschistische Banden ihre Büros zerstörten und das Leben ihrer Mitglieder bedrohen. Bombenanschläge auf Wohnungen und Autos von Linken sind an der Tagesordnung. Während der Wahlkampagne gab es sechs Opfer des Terrors: Ein Kandidat und eine Sympathisantin der UDP wurden durch eine Bombe in ihrem Auto ermordet; ein Mann starb, als die Polizei in Beja (Südportugal) in eine demonstrierende Menge von Antifaschisten schoß; zwei Menschen starben bei einem Bombenanschlag auf die kubanische Botschaft in Lissabon; eine junge Frau wurde bei einem Bombenanschlag auf ein Büro der MDP (der PCP nahestehend) ermordet.

Dieses Klima ist nur möglich durch die vollständige Duldung des bürgerlichen Staatsapparats. Polizei und Armee, seit dem 25. November geschult in ,Großfahndungen' und ,Razzien' gegen die Linke (wobei nie mehr zutage kam als ein paar

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von S. 3

Schrotflinten auf den landwirtschaftlichen Kooperativen), hat bis heute nichts gegen den faschistischen Terror, gegen die Banden Spinolas und der CDS, unternommen. Vielfach arbeiten diese Hand in Hand mit Staatsbeamten.

Im übrigen wurden praktisch alle nach dem 25. April 74 verhafteten ‚PIDEs' (Geheimpolizisten und Folterer) und sonstigen faschistischen Verbrecher freigelassen; ebenso wie die verhafteten Beteiligten an Spinolas Putsch vom 11. März.

In großen Teilen des Nordens können PCP und andere Linke praktisch nicht mehr offen arbeiten. Dieses Klima beeinträchtigt sogar die ‚Chancen' der PS und PPD, die 1974 stärkste Partei im Norden war, aber diese Rolle diesmal wohl an die CDS abtreten muß.

Das Klima der Wahlen wird unterstrichen durch die Tatsache, daß für den Wahltag ein Generalalarm der Streitkräfte angesetzt ist und daß einen (!) Tag nach den Wahlen ein NATO-Manöver in Nordportugal beginnt, dessen Teilnehmer nur zum kleinen Teil Portugiesen sind. Sicher ist es auch kein Zufall, daß ausgerechnet während der Wahlkampagne der zweite Teil des sogenannten Untersuchungsberichts über den angeblichen Linksputsch vom 25. November veröffentlicht wurde, der insbesondere die PCP, den MES und die PRP wieder schwer „belastet", und dessen Veröffentlichung den Rechten dient.

Zum Klima des Terrors gehört auch das provokatorische Auftreten der Rechten in vielen Orten des Südens, wo sie bisher keinen Stich bekommen haben. So beispielsweise in Beja, wo PPD und CDS 1974 zusammen ganze 7,4 % bekamen, und wo diesmal die PPD unter massivem Polizeischutz auftrat. Dabei erschoß die Polizei einen antifaschistischen Demonstranten.

Eine Landarbeiterin in Beja drischt auf PPD-Leute ein und vertreibt sie

Ähnlich ist es in vielen Orten des Südens (und sogar in einzelnen Orten des Nordens) zu kraftvollen antifaschistischen Protesten gegen die Provokationen der Rechten gekommen. Bei der hastigen Flucht aus einem kleinen Ort der Algarve (Südküste), wo die Bevölkerung sehr wenig von ihm wissen wollte, verlor PPD-Chef Sa Carneiro seinen Schuh, der jetzt in einer örtlichen Gaststätte zur Besichtigung ausgestellt ist.

Die revisionistische PCP hat sich von den Protesten der Bevölkerung gegen die Rechten ausdrücklich distanziert: **„Protestkundgebungen gegen die Rechtsparteien können diesen nur nützen"**, heißt es in einer Erklärung des ZK der PCP (abgedruckt im „Avante!" vom 15.4.76), wobei wieder die übliche Behauptung herhalten muß, daß dadurch den Rechten „Vorwände" für deren Terroraktionen gegeben werden. Immerhin schätzt die PCP-Führung wohl die B r e i t e der Proteste richtig ein, wenn sie in der Erklärung ausdrücklich auch die eigenen Mitglieder ermahnt, *„sich in jeder Weise von verantwortungslosen Initiativen fernzuhalten, die nur die Pläne der Rechten begünstigen können, die politische Situation entarten zu lassen ..."*.

In einer weiteren Erklärung hat die PCP den bürgerlichen Staat dazu aufgerufen, die Wahlpropaganda von MRPP und AOC im Rundfunk, Fernsehen usw. zu unterbinden, weil sie „provokatorisch" sei („Avante", 8.4.76). Letzteres wird kaum jemand bezweifeln können; seltsam ist nur, daß derartige Appelle der PCP gegen die CDS und PPD bisher n i c h t zu hören waren !! ●

Lockheed – Italiens „Watergate" ?

Der Lockheed-„Skandal" zieht immer weitere Kreise. Die Befürchtungen Ford und Kissingers, daß er eine *„schwerwiegende internationale Auswirkung ... für die Stabilität und innenpolitische Lage"* der betroffenen Staaten habe, zeigte sich jetzt wieder in Italien.

Nachdem in den letzten Wochen einige Figuren vorübergehend verhaftet wurden, andere sich noch rechtzeitig „absetzen" konnten, kommen jetzt langsam die großen Gauner an die Oberfläche. Im Zusammenhang mit den Lockheed-Schmiergeldern ist inzwischen Francesco Cosentino, Generalsekretär des italienischen Parlaments, von diesem Amt zurückgetreten, natürlich nicht ohne gleichzeitig noch brav seine Unschuld zu beteuern. Glauben schenkt allerdings keiner diesem Gauner.

Als nächstes gerieten Tanassi (PSDI – Sozialdemokraten), Ende der sechziger Jahre Minister und GUI (DC – Christdemokraten), ebenfalls zu diesem Zeitpunkt Minister, ins Kreuzfeuer. Beide hatten Bestechungsgelder des amerikanischen Konzerns angenommen.

Nunmehr ist durch Unterlagen des amerikanischen Kongresses, die einem italienischen Untersuchungsausschuß zur Verfügung gestellt wurden, erwiesen, daß auch ein Ministerpräsident der Jahre 1965 bis 69 geschmiert wurde, insgesamt mit 120.000 Dollar pro verkauftem Flugzeug. Zusammengerechnet handelt es sich hier um einen Millionenbetrag. Der fragliche Ministerpräsident, der in der Lockheed-Korrespondenz mit dem phantasievollen Pseudonym „Antelope-Cobbler" (was soviel wie „Antilopen-Schuhflicker" bedeutet) bedacht wurde, ist derzeit noch nicht genau namentlich identifiziert. Es kann sich jedoch nur um die führenden Christdemokraten Rumor (derzeit Außenminister), Moro (derzeit Ministerpräsident) und Leone (derzeit Staatspräsident) handeln. Wie sich das so gehört, haben natürlich alle drei erst einmal die Vorwürfe von sich gewiesen. Wie dem auch sei, einer der drei (oder auch alle drei) müssen wie auf Kohlen sitzen, denn der amerikanische Untersuchungsausschuß hat in seinen Unterlagen nicht nur das Pseudonym geliefert, sondern auch den (oder die) tatsächlichen Namen.

Allerdings scheint dies den italienischen „Untersuchungsausschuß" völlig aus den Bahnen geworfen zu haben. Die erste Reaktion des Ausschusses war, sich erst einmal für eine Woche zu vertagen und für Anfang Mai eine Reise in die USA zu planen.

Ganz offensichtlich sollen mit diesem Manöver die geschmierten Christdemokraten gedeckt und Zeit gewonnen werden. Denn für den Fall, daß in Italien Neuwahlen beschlossen werden, wird automatisch der Untersuchungsausschuß aufgelöst. Die Christ- und Sozialdemokraten haben sich inzwischen energisch (wen wundert's) gegen die Einsetzung eines neuen Ausschusses ausgesprochen. ●

Strategie der Brände

Am 8. April, pünktlich zur Frühschicht, griff in der Mailänder Fabrik Motta das Feuer um sich, zerstörte rasch die Hälfte der Abteilungen, in beträchtlichem Umfang Maschinen, so daß für 15 Tage die Produktion gestoppt werden mußte. In der Kollegenschaft wurde die Brandstiftung sofort als neue Variante der kapitalistischen Strategie der Spannung angesehen.

Zwei Tage später gab es in Turin nachts nacheinander drei Brandstiftungen. Bei der Firma Standa schlugen die Flammen aus einem zertrümmerten Schaufenster und brannte an anderer Stelle das Materialdepot nieder. Ein Bekleidungsgeschäft wurde ebenfalls angesteckt. Erst am 26. März war ein Depot von Standa in Genua niedergebrannt.

Am 12. April war in Cassino bei Rom vor einem Büro der Organisation PdUP („il manifesto") ein benzingetränkter Sack Papier abgestellt und angezündet worden, per Pistolenschuß aus einem davonfahrenden Fiat. Gleichzeitig wurden an Hauswände geschmierte antikommunistische Drohungen entdeckt.

In der Nacht auf den 13. April wurde das Büro des revisionistisch gelenkten Gewerkschaftsverbandes CGIL in Sassari (Sardinien) angezündet.

Die gleiche provokatorische Absicht muß hinter dem Attentat auf einen Abteilungsleiter von Fiat-Mirafiori gesehen werden, den am 13. April morgens vor seiner Garage Pistolenschüsse ins Bein trafen; zwei junge Leute entkamen. Dieses Attentat rief erhebliche Unruhe unter den Turiner Arbeitern hervor, zumal erst im vergangenen März zwei Arbeitskollegen des betreffenden Abteilungsleiters vor ihren ausgebrannten Autos gestanden hätten. Angeblich soll das auf das Konto der „RAF"-ähnlichen „Roten Brigaden" gehören. Zumindest nominell hatte sich erst kürzlich bei einer ähnlichen Geschichte, einem Pistolenschuß ins Schienbein eines Produktionsleiters von Philco in Bergamo am 26.3., eine „rote" Phantomgruppe, „Bewaffneter Kampf für den Kommunismus", in einem Flugblatt zum Attentat bekannt...

In der Nacht vom 14. auf den 15. April schlugen dann die Flammen im Turiner Fiat-Werk von Rivalta hoch und zerstörten ein Lager für Reifen und Schaumgummi. Das geschah zu einem Zeitpunkt, wo niemand im Betrieb war und es für Unkundige ziemlich unmöglich scheinen mußte, den massierten Werkschutz zu überlisten; was hier den Verdacht auf die Fiat-Verantwortlichen selbst lenkt, ist der Umstand, daß gerade das angezündete Lager zuletzt auffallend leer stand und die weitentlegen stationierte Feuerwehr sofort da war und sich offensichtlich seit den Abendstunden im Alarmzustand befunden hatte. Noch deutlicher wird die Sache freilich vor dem Hintergrund, daß gerade für den 15.4. seit einer Woche zuvor ein dreistündiger innerbetrieblicher Proteststreik gegen Spaltungsmanöver beim Kampf um erneuerte Tarifverträge von der Metallgewerkschaft FLM angesagt worden war. Konfrontiert mit der Brandstiftungs-Provokation allerdings wichen die FLM-Führer zurück und sagten den Streik, ohne die Arbeiterdelegierten dazu zu hören, eigenmächtig ab – was sie auf einem Flugblatt damit begründeten, daß die Arbeiter auch „Verantwortungsgefühl" zu zeigen wüßten...

Damit aber konnten diese opportunistischen Kräfte keineswegs überall landen. So entschied sich der Arbeiterrat des Sektors der Scheibenferratur dafür, wie vorgesehen zu streiken und zum Ausdruck zu bringen, daß man sich durch die Brandstiftung im Kampf für die berechtigten Tarifziele nicht irritieren lasse. Über 3.000 Kollegen sammelten sich im Protestzug durch den Betrieb. Seit 1969 (dem Jahr der großen Arbeiteroffensive, die seinerzeit dann durch die Strategie der Bomben zwischenzeitlich gelähmt wurde) hat es keine derart große Demonstration in Rivalta gegeben. Die bürgerliche Berichterstattung unterschlug wohlweislich, daß die Demonstration gegen den gewerkschaftsoffiziellen Widerruf zustandegekommen war und unbeirrt die Tarifforderungen artikulierte. (Dementsprechend wartet die bürgerliche Presse in der BRD gezielt mit der an sich bemerkenswerten Nachricht auf, Fiat-Arbeiter hätten „ihren" Betrieb ausdrücklich gegen „rote" Terroristen geschützt...)

Zur selben Zeit brannte beim Turiner Fiat-Werk von Mirafiori plötzlich ein Wagen aus – was von den Kollegen übereinstimmend ebenso eingeschätzt wurde: „Das ist die Wahlkampagne von (Fiat-Boß) Agnelli!"

Am selben Tag noch brachten die Mirafiori-Arbeiter übrigens zwei unter dem Vorwand der Schlägerei gefeuerte Kollegen wieder in den Betrieb zurück.

Seit dem Tag, da der Termin für Neuwahlen zur Beendigung der Krise der Regierung Moro im Gespräch ist, haben sich derlei Anschläge gehäuft, was just Stunden vor den Brandstiftungen bei Fiat DC-Innenminister Cossiga vor der Öffentlichkeit dramatisierte (bekanntlich sucht die DC noch, die Neuwahlen abzuwenden).

Die Tageszeitung von Lotta Continua zitierte am 15.4. eine typische Kollegenstimme: „1969 haben sie es mit den Bomben probiert, dann, nachdem alle das Spiel durchschaut haben, probieren sie es erneut mit Brandstiftungen !"

Mirafiori/Turin wurde am 15. April voll bestreikt; die antifaschistische Versammlung der Abteilungen entsandte eine Arbeiterdelegation zur piemontesischen Behörde mit dem Auftrag, den reaktionären Brandstiftern nachzuforschen, die sich augenscheinlich haben inspirieren lassen von der spinolistischen Praxis in Portugal. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

25. April in Italien: Kampftag aller demokratischen Soldaten und aller Antifaschisten!

Am 25. April sind alle Soldaten und demokratischen Militärs, alle Arbeiter und Antifaschisten aufgerufen, gegen das „legge Reale" (Polizeigesetz) und für ein demokratisches Programm in den Streitkräften einzutreten.

Seit dem 30. April 1975, dem Jahrestag des Sieges des italienischen antifaschistischen Widerstandes, haben sich die Angriffe auf der militärischen und polizeistaatlichen Ebene verschärft: Es wurde das Polizeigesetz verabschiedet, das den Schußwaffeneinsatz der Polizei gegen Demonstranten erlaubt. Bei den Demonstrationen und Aktionen der Arbeiter und der Arbeitslosen in den letzten Monaten haben die Bullen fast immer von den Schußwaffen Gebrauch gemacht, mehrere Menschen wurden dabei getötet oder verletzt. Auf der anderen Seite hat die demokratische Soldatenbewegung, die sich vor allem gegen die Verhältnisse in den Kasernen und gegen ein neues (noch reaktionäreres) Soldatengesetz richtet, einen beträchtlichen Aufschwung genommen. In diese Bewegung konnten auch größere Teile der Unteroffiziere (Berufssoldaten) einbezogen werden.

Die Soldatenkommission der linken Organisation Lotta Continua hat in einem Aufruf alle Soldaten und Antifaschisten aufgerufen, sich für die Unterstützung der demokratischen Bewegung im Militär einzusetzen. Folgende Forderungen beinhaltet die Stellungnahme der Soldatenkommission:

- Abschaffung des Polizeigesetzes;
- Versammlungsfreiheit und Vertretungsrechte der demokratischen Militärs;
- Rückzug der Karabinieri aus allen öffentlichen Aufgaben;
- Auflösung des SID (italienischer Geheimdienst) und Entfernung aller Offiziere, die im oder durch den SID Karriere gemacht haben;
- Austritt aus der Nato: Gegen die angeordneten militärischen Abgaben an die Nato; für das ausdrückliche Verbot der Nato, irgendwelche Anordnungen zu treffen, die das öffentliche Leben betreffen; jede Anweisung der Nato muß von der Regierung genehmigt werden;
- Freiheit für alle verhafeten Soldaten; für die Amnestie aller Soldaten, die in den vergangenen Jahren von Militärgerichten und durch die faschistischen Militärgesetze, die abgeschafft werden müssen, verurteilt wurden. („Lotta Continua", 15.4.) ●

Italien-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Soldaten auf einer Demonstration gegen die Preissteigerungen und die DC-Regierung

Italien:

Vorzeitige Neuwahlen?

Die Krise in Italien spitzt sich zu. Nachdem sich die Parteien nicht über die Neufassung des Abtreibungsgesetzes einigen konnten, ist für den 13. Juni ein Referendum zur Abtreibung angesetzt worden. Das Abtreibungsreferendum, das von der revolutionären Linken initiiert wurde, ist von der politischen Brisanz her vergleichbar mit dem Ehescheidungsreferendum vom Sommer 1974. Aller Voraussicht nach wird es aber nicht zu dem Referendum kommen, da durch vorzeitige Neuwahlen das Referendum automatisch um zwei Jahre verschoben würde.

Neuwahlen so gut wie sicher

Der christlich-demokratische Parteiführer Zaccagnini hat in den Tagen nach Ostern noch einen Versuch unternommen, um durch ein wirtschaftliches Notstandsprogramm vorzeitige Neuwahlen zu vermeiden. Das Notstandsprogramm, das auch anderen Parteien vorgelegt wurde, umfaßt im wesentlichen fünf Punkte: Durch eine gezielte Kreditpolitik soll der Investitionsanreiz gefördert werden, weitgehende Sparmaßnahmen sollen die Schulden im öffentlichen Haushalt eindämmen. Den jugendlichen Arbeitslosen soll eine sechs- bis zwölfmonatige Lehrlingstätigkeit mit Entlohnung aus öffentlichen Mitteln angeboten werden. Außerdem ist vorgesehen, daß mit Hilfe der Staatsindustrieen eine systematische Konjunkturbelebung betrieben wird, und es ist eine Begrenzung der Lohnsteigerungen auf 4,5% geplant.

Über dieses Notstandprogramm beriet Zaccagnini mit den Parteiführern der Sozialisten (PSI), „Kommunisten" (PCI), Sozialdemokraten, Liberalen und Republikanern. Während die drei zuletzt genannten ihre Unterstützung zusicherten lehnte der PSI-Chef De Martino das Notstandprogramm als unzureichend ab und meinte, die Vorschläge der Christdemokraten würden keine „politische Wende" eröffnen. Die PCI, die genausowenig wie die Christdemokraten an Neuwahlen interessiert ist, äußerte sich „zurückhaltend." Sie strebt eine Große Koalition mit der DC an, den „compremesso storico" (historischer Kompromiß).

Ganz indiesem Sinn hat der Chef der PCI eine „Notstandsregierung" aller Parteien (mit Ausnahme der Faschisten) vorgeschlagen. Die PCI würde auch das christdemokratische Notstandsprogramm unterstüzten, wenn sich die DC zu einer Aufnahme der PCI in die Regierungskoalistion bereit erklärt. Die DC steht dem „historischen Kompromiß" mehrheitlich erst noch ablehend gegenüber, waren doch die Warnungen der US- und BRD-Imperialisten zu eindeutig.

Wenn es vorzeitige Neuwahlen gibt, wird dies noch vor der Sommerpause geschehen. Das italienische Parlament hat am 14. April ein Gesetz verabschiedet, nach dem das Parlament erst 45 (bisher 70) Tage vor den Neuwahlen aufgelöst werden muß. D.h., wenn das Parlament Anfang Mai von Staatspräsident Leone aufgelöst wird, dann wird der Wahltermin, wie in Italien üblich, auf Mitte Juni fallen.

In den letzten Wochen verging kaum ein Tag, an dem nicht Brandanschläge oder andere Sabotageakte in italienischen Fabriken verübt wurden. Besonders betroffen waren die Turiner Fiat-Werke und Alfa-Romeo in Mailand, wo fast täglich irgendwo Feuer hochging. Verantwortlich für diese Brandanschläge werden die „Brigate rosse" (Rote Brigaden) gemacht. Tatsache ist jedenfalls, daß die Brandanschläge in den Fabriken genau in die „Strategie der Spannung" paßten, die die Bourgeoisie schon seit langem gegenüber der Arbeiterlinken abwendet. Die italienische revolutionäre Organisation Lotta Continua vergleicht die Brandanschläge in den Fabriken mit der Bombenstrategie der Bourgeoisie von 1969.

Wie bei den Bombenanschlägen von 1969 ist auch heute davon auszugehen, daß viele der Brandanschläge in Wahrheit von den faschistischen Helfern der Bourgeoisie inspiriert und ausgeführt wurden.

Demonstrationszug italienischer Metallarbeiter.
Für die Bau- und Chemiearbeiter haben jetzt die Gewerkschaftsführer bei der Lohnraubquote von 4,5 % abgeschlossen.

Das Wahlverhalten der revolutionären Linken

Die revolutionäre Linke hat in verschiedenen Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich im Falle vorzeitiger Neuwahlen zur Wahl stellen wird. Noch bei den Regionalwahlen 1975 hatte Lotta Continua zur Stimmabgabe für die PCI aufgerufen, während die PDUP („Il manifesto" und Avanguardia Opereia (AO) gemeinsam als Liste „Proletarische Demokratie" kandidiert hatten.

Lotta Continua hat diesmal schon frühzeitig an die revolutionäre Linke die Aufforderung gerichtet, im Falle von vorzeitigen Neuwahlen gemeinsam vorzugehen und ein „Wahlkartell" zu bilden. Dieser Vorschlag war bei der ‚Lega dei Communisti' (eine kleinere linke Organisation) auf Zustimmung gestoßen, aber insbesondere von der PDUP sofort kategorisch abgelehnt worden.

Inzwischen haben PDUP und AO in einer gemeinsamen Erklärung bekräftigt, daß sie wieder einheitlich kandidieren wollen, aber ein nationales Wahlabkommen mit der LC ablehnen („*Es existieren nicht die minimalen Bedingungen für ein Abkommen dieser Art mit LC*"). Hingegen wird ein nationales Abkommen mit der ‚Bewegung Werktätätige für den Sozialismus' (linkskatholisch) von PDUP und AO für möglich gehalten. Außerdem wird die Möglichkeit von örtlichen Wahlbündnissen („*wo es eine einheitliche Praxis und ein gemeinsames Auftreten in der Bewegung gibt*") für möglich gehalten, wobei auch LC nicht ausgeschlossen wird.

LC hat die Ablehnung eines nationalen Wahlbündnisses durch PDUP und AO als „*Wasser auf die Mühlen der Revisionisten*" scharf kritisiert (Lotta Continua, 18.4.76). Diese Entscheidung sei „*schwerwie-*

Regionalwahlen 1975 hatte Lotta kräftigt, daß sie wieder einheitlich
Mühlen der Revisionisten" scharf kritisiert (Lotta Continua, 18.4.76). Diese Entscheidung sei „*schwerwie-*

gend" und „*unverantwortlich*".

LC hat in den letzten Tagen auch die Stellungnahmen einiger Zellen von PDUP und AO veröffentlicht, in denen die Entscheidung ihrer Führungen gegen ein einheitliches Vorgehen kritisiert wird.

Lotta Continua hat inzwischen auf einem nationalen Delegiertentreffen beschlossen, in allen 32 italienischen Wahlbezirken zu kandidieren. Auf dem Delegiertentreffen wurde auch die baldige Durchführung eine Arbeiterdemonstration' in Turin festgesetzt, die sich gegen den Ausverkauf der Tarifforderungen durch Gewerkschaftsführung und Kapitalisten, gegen die arbeiterfeindlichen Provokationen in den Fabriken und gegen die Teuerungen richten soll. ●

Italien Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Das ausgebrannte Reifenlager der Fiat-Werke Turin.

Erfolge im Kampf gegen die Teuerung

Am 10. April fand in Rom eine nationale Demonstration statt, die von der revolutionären Linken initiiert worden war. Unter den Hauptparolen. „Weg mit der Regierung Moro! – Für vorzeitige Neuwahlen! – Gegen die Teuerungen!" demonstierten 50.000 bis 100.000 Menschen in einem über füng Kilometer langen Demonstrationszug.

In Rom, Turin, Padua, Genua und Massa organisierten Genossen „mercatini rossi" (kleine rote Märkte), auf denen alle Grundnahrungsmittel weit unter der Teuerungsrate zu „politischen Preisen" verkauft wurden.

In Rom wurden am 17.4. in fünf verschiedenen Stadtteilen die „mercatini rossi" organisiert, die bei den Hausfrauen und den Arbeitern auf große Begeisterung stießen. Auf den „marcatini rossi" standen den ganzen Tag große Diskussionsgruppen, die über die ständig steigenden Preise und die korrupte christdemokratische Regierung diskutierten. Viele Leute forderten, die „mercatini rossi" in allen römischen Stadtteilen durchzuführen und erklärten sich zur Mitarbeit bereit (alle Angaben nach „Lotta Continua", 18.4.76).

In Padua organisierte am 17.4. das Volkskomitee „Arcella" einen Markt vor dem Supermarkt PAM (eine der größten Supermarktketten in Italien) und forderte die Käufer auf, den Supermarkt zu boykottieren. Frauen, Jugendliche und Rentner verkauften den ganzen Tag Obst, Gemüse, Fleisch und Käse zum halben Preis, ohne sich von der Anwesenheit der Karabinieri einschüchtern zu lassen. Die Arbeiter dieses Stadtteils versprachen, den Verkauf am kommenden Samstag tatkräftig zu unterstützen.

In Massa hat ein Schlachter das Fleisch auf den „politischen Preis" von 3000 Lire (ca. 8 DM) pro Kilo gesenkt. Hunderte von proletarischen Familien konnten dadurch zu Ostern Fleisch essen.

„Mercatini rossi" gab es auch in Genua und Turin. Auch dort halfen spontan Hausfrauen und Rentner beim Verkauf der Lebensmittel und beschlossen, weitere Märkte in den nächsten Tagen durchzuführen.

Diese Aktionen haben für die Kämpfe in den Stadtteilen große Bedeutung. Vor allem die Frauen, die die Teuerungen als erste spüren und die Rentner, deren Pensionen nicht zum Leben und nicht zum Sterben reichen, organisieren dort die Kämpfe gegen die Kapitalisten der großen Supermarktketten und gegen eine Regierung, die nicht in der Lage ist, der Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. ●

Italien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Einer der „mercatino rosso" am 17.4. in Rom.

Mitglieder des „Komitees organisierter Arbeitsloser" in Neapel.

Wir wissen, daß wir siegen werden!

Libanon: Entscheidende Kämpfe für die arabische Revolution

Am 14. April fand ein Gespräch zwischen einem Sprecher der PFLP und einem Redakteur des ARBEITERKAMPF statt. Der PFLP-Genosse sprach zunächst über die Lage in Libanon.

„Das Ziel der fortschrittlichen Kräfte ist eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Struktur Libanons. Der einzige Weg die Faschisten zu schlagen ist es, ihnen mit Gewalt entgegenzutreten. Man kann mit den Faschisten keine Kompromisse schließen. Das ist etwas, was die fortschrittlichen Kräfte ebenfalls gelernt haben. In Libanon ist eine soziale Revolution im Gange." Mit diesen Worten hat uns vor einer Woche ein Sprecher der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) die Bedeutung der Kämpfe in Libanon geschildert.

„Vielleicht ist es falsch, das Wort ‚optimistisch' zu gebrauchen, weil es auf lange Sicht nicht viel bedeutet. Aber ich bin optimistisch in einem allgemeinen Sinn. Ich bin der Meinung, daß die Dinge sich zu unseren Gunsten entwickeln." „Im allgemeinen Sinn", das heißt, daß im ganzen arabischen Raum sich die Dinge zuungunsten des Plans der Reaktionäre, Zionisten und Imperialisten entwickeln und zugunsten der Revolutionäre.

In den jetzigen Kämpfen in Libanon fällt die Entscheidung, ob die faschistischen Kräfte geschlagen werden ob die syrische Einmischung zurückgewiesen wird und ob ein neuer demokratischer libanesischer Staat entstehen wird. Dabei geht es nicht nur um Libanon. Es geht um den Plan der „friedlichen Lösung" des Palästinaproblems, der die Herrschaft des Imperialismus im Nahen Osten festigen soll, indem er den bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes beendet. Es geht auch um Israel. Denn der Aufstand der arabischen Massen in Galiläa und Westjordanland ist ausgelöst durch die Erfolge der fortschrittlichen Kräfte in Libanon. Es geht auch um die reaktionären arabischen Regiemes, z. B. in Ägypten. Dort entwickelt sich der Protest der Studenten, Arbeiter und Bauern gegen die verräterische Politik des Sadat-Regimes. Ein Sieg der demokratischen Kräfte in Libanon würde schließlich eine große moralische und materielle Unterstützung für die Kämpfe der Völker in Oman, Eritrea und Westsahara bedeuten. Es wäre ein politischer Durchbruch.

Das ist der Grund, warum sich die Faschisten in Libanon hartnäckig dagegen wehren, auch nur den Posten des zur Zeit völlig machtlosen Staatspräsidenten aufzugeben. Das ist der Grund, warum Syrien indirekt den Faschisten unter die Arme greift und

Grund, warum Syrien indirekt den

Faschisten unter die Arme greift und warum dies alles mit politischer Unterstützung und Waffenhilfe des US-Imperialismus geschieht.

ihre Anwesenheit fortsetzt, das Ziel der fortschrittlichen Kräfte bei einer Lösung ist es, das konfessionelle System zu beseitigen. Die fortschrittlichen Kräfte sagen, es gibt keinen Kompromiß in der Frage der Bedingungen des konfessionellen Systems. Unsere Kräfte, die fortschrittlichen Kräfte und die Widerstandsbewegung, sind weiterhin militärisch siegreich. Was wir deshalb tun müssen ist, einen politischen Sieg einzuflechten, um dafür zu sorgen, daß diese Kämpfe die notwendigen Veränderungen bewirken werden, die ihnen beim Volk einen Sinn geben können. Sie müssen einen Gegenwert für die Opfer bringen, die die Menschen zu erdulden hatten."

Der Genosse von der PFLP gab uns dann in einem langen Gespräch einen Überblick über die Situation in Libanon sowie über die Einschätzung der PFLP zur Entwicklung der arabischen Revolution. Wir werden das gesamte Gespräch an anderer Stelle veröffentlichen und haben hier Ausschnitte zusammengestellt, die es möglich machen sollen, den Hintergrund der jetzigen Geschehnisse in Libanon, den von Israel besetzten Gebieten und im ganzen arabischen Raum zu verstehen.

In Libanon hat sich die Entwicklung seit dem Gespräch weiter zugespitzt. Da sich der faschistische Staatspräsident Frandschiah nach wie vor weigert zurückzutreten, haben die fortschrittlichen Kräfte mit der Bildung einer wirklichen Volksversammlung und einer eigenen Regierung gedroht. Dies würde allerdings eine weitere Spaltung Libanons bedeuten. Den Faschisten ist es gelungen, über dem Beiruter Stadtgebiet schwere Artilleriegeschütze in Stellung zu bringen, von wo aus sie jetzt die Teile Beiruts beschießen, die von den fortschrittlichen Kräften beherrscht werden. Allein am Freitag gab es dabei über 300 Tote. Während die Faschisten keinen Mangel an Waffen und Munition leiden, soweit ihre Stellungen nicht umringt sind, haben syrische Armeeeinheiten jetzt überall Stellungen bezogen, die die fortschrittlichen Kräfte am Vorrükken hindern oder sie vom Nachschub abschneiden. Die syrischen Truppen treten dabei in Uniformen der Befreiungsorganisation Saika auf, aber, wie der Genosse von der PFLP sagt: *„Ich höre am Dialekt, daß er gerade aus Damaskus gekommen ist."* Vor kurzem wurde ein Waffentransport der PFLP auf dem Weg vom Flughafen durch diese Einheiten gestoppt. Die Genossen der PFLP schlugen sich zwar erfolgreich, doch dieser Weg ist jetzt verschlossen.

Die Erfolge der fortschrittlichen Kräfte in den nun ein Jahr dauernden Kämpfen haben bisher alle Pläne der Reaktionäre vereitelt.

„Wenn wir eine Summe der Kräfte ziehen: Die Rechte ist geschwächt, sie hat zeitweise Unterstützung von Syrien, die ihre Niederlage zur Zeit verhindert. Die fortschrittlichen Kräfte sind geeint, insbesondere unter der Führung von Dschumblatt. Die Widerstandskräfte, speziell die Ablehnungsfront, aber auch Fatah, kämpfen gut, wodurch eine starke Front gegen die Rechte entsteht."

Diese Erfolge mußten jedoch gegen die verhetzten mörderischen Truppen der Faschisten erkämpft werden.

„Die Kämpfe in Libanon sind blutig gewesen, die verhältnismäßige Zahl der Toten war viel höher als beim Krieg in Vietnam. Es war nicht ein kleiner Kampf, sondern es war eine volle große Schlacht. Und ich glaube, es ist von den meisten Berichterstattern angegeben worden, daß es eine der blutigsten und schwersten Schlachten gewesen ist, die sie je gesehen haben.

Zur Zeit gibt es gerade einen Waffenstillstand, einen schwachen, d.h., wo früher 100 an einem Tag getötet wurden, da sind es heute 20 oder 30. Es ist also kein wirklicher Waffenstillstand, es ist eine Abschwächung der Kämpfe unter der formalen Erklärung eines Waffenstillstandes. Das Ziel ist es im Moment, den Rücktritt des Staatspräsidenten Frandschia herbeizuführen und einen neuen Präsidenten in einer Sondersitzung des Parlaments zu wählen. Die Syrer wollen eine Lösung, die die Entwicklung der fortschrittlichen Kräfte verhindert, die Faschisten eine Lösung, die

Die Libanesische Arabische Armee

Die Libanesische Arabische Armee (LAA) ist ein wichtiger Teil der fortschrittlichen Kräfte, *„denn sie bringt mehr militärische Stärke und es ist sehr wichtig in einer Zeit der Kämpfe, die militärischen Fähigkeiten zu vergrößern. Das ist äußerst wichtig, denn die Kräfte des Feindes sind gut bewaffnet, gut ausgebildet, haben viel Nachschub und bekommen ausserdem noch Hilfe von Syrien wegen dessen Zurückweichens. Da Syrien den fortschrittlichen Kräften Beschränkungen aufzwingt, ermöglicht das den rechten Kräften zu wachsen und jede Waffe zu bekommen, die sie brauchen."*

„Die Entstehung der LAA weist auf die Unfähigkeit des gegenwärtigen Staates hin zu existieren, und ihr Aufstieg zeigt die soziale Revolution in ihren Anfängen.

Die LAA besteht zu einem Hauptteil aus der Armee. Die Armee ist in Staaten wie dem Libanon im allgemeinen die letzte Institution, die sich gegen das Regime wendet. Aber ein guter Teil der Armee, ca. 40-50% davon, ging zur LAA. Das ist eine wichtige Entwicklung. Sie zeigt die Schwäche des Staates, den Zerfall des Staates. Er zerfiel nicht von selbst. Er wurde zerstört aufgrund der stattfindenden Kämpfe. Es ist kein friedlicher Übergang. Es ist eine Übergangsperiode als Ergebnis von Kämpfen, von bewaffneten Kämpfen, vom Klassenkampf, der in Libanon stattfindet."

Die Entstehung der LAA hat gezeigt: *„Die Libanesen müssen ihre eigene Widerstandskraft sammeln, ihre eigene Armee, als Vertreter des Volkes. und das ist der Grund für den Namen der LAA, hinzuweisen auf die arabische Zugehörigkeit von Libanon, auf die Beziehungen innerhalb der arabischen Welt, auf die Zukunftsaussichten innerhalb des Gebietes. Es ist auch wichtig, daß die LAA seit ihrer Gründung die Unterstützung der Massen erlangt hat. Die LAA hat viele Erklärungen abgegeben, besonders der Führer der Armee, Al Khatib. Er ist ein jüngerer Offizier, aber sein Rang ist unwichtig, seine politische Entscheidung, die er getroffen hatte, als er sich von der Armee trennte, ist es, was zählt, was ihn gerade jetzt zu einer sehr wichtigen politischen Figur macht.*

Für ihn sind die Kämpfe um Palästina und in Libanon einer. Und ich glaube, er sagte in einer Rede am „Tag des arabischen Landes" in Beirut, in einer kurzen, aber sehr eindrucksvollen Rede: „Der Kampf in Galiläa, der Kampf in Jerusalem und der Kampf in Kahale (in Libanon) sind einer.' Das stimmt, weil besonders der rechte Flügel versuchte, diese Kräfte zu zerschlagen, und sie sind ein Beispiel für die neuen Kräfte, die im Libanon wachsen."

Faschistischer Überfall auf das Beiruter Viertel Quarantina – zahlreiche Menschen wurden ermordet, das Viertel niedergebrannt

Der Anfang vom Ende des Regimes

Seit Wochen geht es in Libanon um den Rücktritt des faschistischen Staatspräsidenten Frandschiah. Aber der Kampf wird nicht nur um diese Person geführt. Sein Rücktritt und sein Nachfolger werden anzeigen, in welche Richtung sich das Kräfteverhältnis zwischen den fortschrittlichen Kräften und den Faschisten verändert.

„Die Forderung der fortschrittlichen Kräfte ist der Rücktritt des Präsidenten, aber nicht nur der Rücktritt des Präsidenten, sondern begleitet durch die Ausführung eines Reformprogramms. das die ‚religiöse Grundlegung der libanesischen Regierung beenden sollte, und die Wahl eines neuen Präsidenten und die Öffnung des politischen Weges zu grösseren Grundlegenden Reformen in Libanon. Soziale Reformen auf den verschiedensten Gebieten, sowohl im Wahlrecht, wie in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, in der Abschaffung der religiösen Grundlage des Arbeitsmarktes, die Tilgung der Religionsangabe in den Personalausweisen usw. Die Säkularisierung von Libanon, die Modernisierung von Libanon zu einem säkularen nicht religiösen Staat. Um das zu tun, ist der Rücktritt des Präsidenten notwendig. Aber das ist nur ein Schritt. Wenn der Rücktritt des Präsidenten ohne diese Reformen stattfindet, dann ist er nutzlos. Schließlich sind auch die Syrer für den Rücktritt des Präsidenten, aber sie möchten jemanden mit dem Namen Zarkis herausbringen. Er ist der Chef der libanesischen Bank, er ist ein Maronit, ein Rechter, er ist gut bekannt dafür, daß er enge Beziehungen zum „zweiten Büro" gehabt hat, dem Geheimdienst von Libanon. Und er ist auch ein Freund der libanesischen Faschisten. Im Gegensatz dazu schlagen die Kräfte um Dschumblatt die Ernennung von Edde vor, der der Führer des nationalen Blocks war. Er ist auch ein Maronit, er ist nicht fortschrittlich, in keiner Weise,aber er ist ein Angehöriger des Teils der Herrschenden, der die Notwendigkeit einer wirklichen Veränderung anerkennt. Und er wird mindestens willens sein, einige soziale Reformen durchzuführen, unter dem Druck der politischen Offensive der Kräfte um Dschumblatt.

Wenn Edde kommt, oder irgendjemand, der sich in Übereinstimmung mit den Zielen der fortschrittlichen Kräfte befindet, d.h. in diesem Falle besonders mit Dschumblatt, dann würde das einen Sieg für die fortschrittlichen Kräfte bedeuten. Das wäre der Anfang vom Ende der religiöse Basis der libanesischen Regierung und der gesamten libanesischen Gesellschaft. Das ist eine wichtige Entwicklung. Der Rücktritt ist also ein Schlüsselfaktor. Nur in diesem Sinne, daß er die Tür öffnet für die politische Regelung, die herbeigeführt wird."

Wir müssen für die Verteidigung; der Massen kämpfen

„Der Kampf, das Kämpfen ist auch eine sehr wichtige Sache, die Massen haben kein Interesse an Leuten, die nur Theorien verbreiten. Im Fall von Kämpfen müssen wir für die Verteidigung der Massen kämpfen."

Ihre entscheidende Phase hatten die Kämpfe Anfang Februar, als die Faschisten das Lager Dubai eroberten und danach in den Armenvierteln Maslach und Quarantina ein grausames Massaker anrichteten. Der PFLP-Genosse erklärte, daß die Faschisten jedoch damit ihr Ziel nicht erreichten. Im Gegenteil, diese Massaker stärkten im Ergebnis die Entschlossenheit und Einheit der fortschrittlichen Kräfte:

„Quarantina war ein sehr blutiges Martyrium, aber ich glaube, auch ein Wendepunkt.

Die Faschisten dachten, dies würde die fortschrittlichen Kräfte und den palästinensischen Widerstand abschrecken und würde das Kräfteverhältnis verändern. Es hat das Kräfteverhältnis verändert, aber nur für 1 oder 2 Tage."

Es gibt langfristige Veränderungen des Kräfteverhältnisses, so wie z.B. in der Frage der „friedlichen Lösung", wo das Kräfteverhältnis gegen die „friedliche Lösung" ist. *„Aber wenn wir vom Kräfteverhältnis in einer Zeit direkter militärischer Zusammenstöße reden, dann kann es sich innerhalb einer Stunde, innerhalb weniger Minuten oder in ein oder zwei Tagen verändern. Es war eine gewonnene Schlacht für sie und für uns war es ein moralischer Rückschlag.*

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, daß wir zu der Zeit in Beirut sehr niedergeschlagen waren. Wir waren ärgerlich. Denn wir meinten, daß diese Schlacht hätte verhindert werden können, wenn wir und die fortschrittlichen Kräfte nur einig genug gewesen wären, um den Kampf an allen Fronten zu führen.

Du siehst, daß die Falangisten und der rechte Flügel der Armee ein militärisches Manöver benutzten, das wohlbekannt ist und von den Israelis meisterhaft genutzt wurde, besonders im 6-Tage-Krieg 1967, als sie das Jordanwestufer besetzten. Sie sammelten alle Truppen an einem Punkt, schlugen zu und bewegten sich zum nächsten Punkt. Der einzige Weg, sie zu schlagen, ist nicht durch direktes Gegenübertreten, sondern durch das Eröffnen von Angriffen an verschiedenen Fronten, um sie dazu zu bringen, sich zu zerstreuen, um sie zu zwingen, ihre Truppen zu teilen.

In der Zeit haben wir nicht so gehandelt. Wir taten es erst nach den Kämpfen von Dubai, Quarantina und Maslach.

Zwei oder drei Tage lang hatten wir also einige Schwierigkeiten, doch waren wir sicher, daß wir siegen würden, denn wir wußten, wenn wir erst in die Offensive gehen und wenn erst eine Übereinstimmung mit allen Widerstandsbewegungen und den fortschrittlichen Kräften besteht, einen Angriffskrieg zu führen, würde das automatisch den Wechsel des Kräfteverhältnisses zur Folge haben.

Das geschah unmittelbar nach den Kämpfen von Damur, die den Menschen zeigten, daß der einzige Weg, die Faschisten aufzuhalten, ist, hart zuzuschlagen.

In so einer Situation gibt es keinen Kompromiß. In diesem Sinne war es eine sehr wichtige Schlacht, weil sie die Widerstandsbewegung, die Führung der PLO und die Führung der fortschrittlichen Kräfte schließlich darauf hinwies, daß es bei solchen Kämpfen keinen Raum für Kompromisse gibt. Wir müssen unsere Kräfte vereinigen im Kampf gegen die Faschisten; späterhin taten wir es.

Es gab davor keine völlige Übereinstimmung in dem Sinne. Es existierten noch Bestrebungen, Waffenstillstandsabkommen abzuschliessen, ohne damit wirklich den notwendigen politischen Erfordernissen gerecht zu werden.

Aber mit den Kämpfen, die im Januar und später Ende Februar und im März aufflammten, veränderte sich die Lage. Wir traten in eine Phase ein, in der die fortschrittlichen Kräfte unter der Führung von Dschumblatt erkannten, daß es sich

nun um entscheidende Kämpfe handelte, die die konfessionelle Basis Libanons in Frage stellen konnten. Man war nun nicht mehr gewillt, sich auf Kompromisse einzulassen, es sei denn, es handelte sich um grundlegende Veränderungen.

Das ist der Unterschied zwischen der damaligen Phase und der Phase, die wir nach Quarantina und Damur herauziehen sahen. Weder die PLO noch Dschumblatt stimmten sofort einer Feuerpause zu. Sie stellten ihre Bedingungen. Eine Feuerpause nur unter der Bedingung, daß der Präsident zurücktritt und daß ein Reformprogramm in die Tat umgesetzt wird.

Die Faschisten sind noch nicht geschlagen, aber sie sind dabei, geschlagen zu werden. Es zeigt sich jetzt auch, daß die Faschisten in ihrer Organisation Streitigkeiten haben. Ihre politischen Führer sind geschwächt. Schamun, der einst ein Zentrum der Politik war, ist geschlagen worden zusammen mit den Niederlagen, die er in den Kämpfen von Saadijat einsteckte, wo sein Palast liegt, und in den Kämpfen von Damur. Was die anderen rechten Kräfte betrifft, so hat zwar Dschamajil noch seine Macht über den rechten Flügel, aber es gibt Leute, die sind mehr rechts als er, verkörpert in den „Wächter der Zedern", und sie üben auch Druck auf ihn aus. Wir können sagen, daß sie geschwächt werden.

Sie haben wichtige Schlachten verloren. Sie haben die Schlacht im Hotelbezirk verloren, die im wesentlichen von der PFLP-Allgemeine Führung und der PFLP geführt wurden, geleitet von den zwei militärischen Führern der Organisationen, Dschibril und dem Genossen, der für die militärischen Angelegenheiten der PFLP verantwortlich ist. Und die Kämpfe breiteten sich aus, sie erfaßten Gebiete in der Nähe eines der Zentren der Falangisten und bewegten sich in Richtung auf ihr hauptsächliches Zentrum in der Nähe des Hafens, As Saifi, das ist das Zentrum der Kataib. Es ist bis jetzt nicht mehr erreicht, weil die Syrer den Hafen besetzt haben, und es würde militärisch unvernünftig sein, vorwärtszugehen, wenn man Feinde auf beiden Seiten hat. Man kann nicht As Saifi einnehmen mit den Syrern im Rücken, das würde selbstmörderisch sein. So hat sich also zur Zeit der Kampf wegen der syrischen Intervention abschwächen müssen. Aber im allgemeinen können wir feststellen, daß sich die Rechte militärisch auf dem Rückzug befindet.

Das einzige, was sie zur Zeit rettet, ist die syrische Intervention, die versucht, die fortschrittlichen Kräfte einzukreisen und zu schwächen. Die syrische Abschneidung der Waffenlieferungen für Dschumblatt und die Widerstandsbewegung, das ist eine direkte Hilfe für die reaktionären Kräfte."

Kämpfe erzeugen neue Bedingungen

Wenn die herrschenden Klassen zum Mittel des Faschismus greifen, dann gehen sie ein Risiko ein. Denn wenn der Angriff der Faschisten, wie im Libanon, zurückgeschlagen wird, dann kann man nicht mehr zum alten Zustand zurückkehren.

„Jede fortschrittliche Kraft hat sich während der Kämpfe qualitativ gewandelt. Es würde unhistorisch und unwissenschaftlich sein zu sagen, daß der Libanon 1976 der Libanon von vor dem 13. Oktober 1975 ist, oder daß die National-Soziale Partei von 1975 dieselbe ist wie die Nationalsozialen von heute. Sie sind es nicht. Es ist ein wichtiger Faktor, der den Unterschied macht: Sie haben alle am bewaffneten Kampf teilgenommen. Sie sind alle gezwungen gewesen, Waffen zu tragen. Sie sind gezwungen worden, sich an die Massen zu wenden, um Unterstützung zu erhalten. Die Nationalsozialen, die früher Angst hatten, Waffen zu tragen, haben nun Waffen getragen, besonders in den Bergen. Dort sind sie sehr stark. Und sie sind zum größten Teil Christen! Das ist eine sehr wichtige Entwicklung, denn ihr Führer ist Christ, Inam Raad. Eine solche Kraft auf unserer Seite zu haben, das widerlegt die Theorie der Rechten, die besagt, daß es ein Kampf zwischen Christen und Muslim ist. Nein, es ist ein Kampf zwischen fortschrittlichen Kräften und reaktionären, faschistischen Kräften. Es hat eine grundlegende Wandlung stattgefunden. Im Norden und besonders im Gebiet von Beirut haben die Murabitun, die vereinigten Kräfte der Nasseristen, gut gekämpft und an allen Fronten gekämpft. Es ist schwer denkbar, daß sie auf Positionen zurückgehen könnten, wo sie den Libanon von vor dem 19. April 1975 akzeptieren würden. Sie werden das nicht akzeptieren. Sie werden nicht ihre Waffen niederlegen, wenn das konfessionelle System weiterbesteht. In diesem Sinne sind die fortschrittlichen Kräfte gereift und sie sind gereift, weil sie die Notwendigkeit erkennen mußten, sich zu bewaffnen und sich gegen den faschistischen Angriff zu verteidigen. Und Kämpfe erzeugen neue Bedingungen, sie erzeugen neue objektive Kräfte, die es den fortschrittlichen Kräften ermöglichen, ihre Bewegung weiter zu entwickeln.

Sogar die Kommunisten haben gekämpft. Es ist nicht gewöhnlich, daß die Kommunistische Partei Waffen trägt. Aber sie haben Waffen getragen, sie haben ihre eigenen Märtyrer gehabt. Und das ist wichtig, denn es zeigt den Kommunisten und irgendeiner andereren Organisation, die der Meinung war, daß das konfessionelle System ohne Kampf geändert werden könnte, daß das nicht möglich ist."

Der derzeitige unbestrittene Führer der fortschrittlichen Kräfte ist Dschumblatt. Er ist dies, weil seine Politik die Hauptströmung der fortschrittlichen Kräfte repräsentiert, *„die Gruppe, die für eine Beendigung des religiösen Systems eintritt.*

Er ist kein Marxist, er ist kein Revolutionär. Er will Veränderungen, aber wir erwarten nicht, daß das Programm, das er verwirklichen will, eine sozialistische Revolution bringen wird. Wir erwarten, daß es gewisse demokratische Veränderungen bewirken wird. Wir können es vielleicht eine demokratische Revolution im Libanon nennen, die die traditionelle Basis der libanesischen Politik zerstören wird. Das ist der Rahmen, in dem Dschumblatt betrachtet werden sollte.

Aber zur gleichen Zeit müssen wir die objektiven Bedingungen im Auge behalten. Wir haben einen Kampf, der weiter geht, wir haben die Rechte auf der einen Seite, wir haben die syrische Intervention, und es ist die Aufgabe jeder revolutionären Kraft, zu jeder Zeit zu versuchen, den Feind zu bestimmen und das Lager der Freunde zu erweitern, um das Lager der Feinde zu schwächen und einzukreisen. In diesem Sinne, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es keine größere Kraft gibt, die wahrhaft in der Lage ist, die libanesichen Massen zu führen, bleilbt die Massenbewegung unter der Führung der Sozialdemokratie und nicht unter revolutinärem Sozialismus.

Es gibt revolutionäre sozialistische Elemente, es gibt die Arabische Sozialistische Aktionspartei, sie gibt ein umfassenderes und hinreichenderes Programm, aber zur gleichen Zeit sind ihre heutigen Fähigkeiten nicht so, daß sie die Revolution leiten könnte. Diese Ebene hat sie noch nicht erreicht. Sie hat eine gute Rolle in den Kämpfen gespielt, indem sie den Klassencharakter der Kämpfe gezeigt hat, sie hat sehr gut an den Kämpfen im Norden des Libanon teilgenommen. Auch in Beirut, aber besonders im Norden in den Kämpfen zwischen Tripolis und Zaghorta, zwischen den Kräften von Franschijeh und den fortschrittlichen Kräften in Tripolis. Sie haben an allen diesen Dingen teilgenommen, aber sie sind noch nicht die Partei, die den Massenkampf zu diesem Zeitpunkt leiten könnte. Das muß in der Zukunft noch geleistet werden. Und das ist der Grund, warum wir das Programm, das Dschumblatt vorschlägt, ein Reformprogramm nennen, das die konfessionelle Basis des alten Systems beenden kann. Wir nennen es eine demokratische Revolution, nicht mehr und nicht weniger.

Die Klarheit der Anschauungen Dschumblatts zur Zeit, was die syrische Intervention betrifft und gegen die Rechte, wobei er sogar so weit geht, Stellungnahmen abzugeben, daß die Faschisten im Libanon völlig zerschlagen werden müssen, das ist gut. Es ist nicht genug, aber das ist gut. Es ist ausreichend, um Bündnisse zu schaffen, mit deren Hilfe die Faschisten geschlagen werden können. Es ist sehr wichtig, daß jetzt die Faschisten geschlagen werden."

Und was hat die PFLP auf der Ebene der Massenarbeit getan ?

„Die Entwicklung der Kämpfe ist begleitet von einer qualitativen Entwicklung der Beziehungen zwischen den Kämpfern und den Massen.

Zum Beispiel gab es in verschiedenen Stadtteilen Volkskomitees und diese hatten die Aufgabe, Waren an die Massen zu verteilen, Verteidigungskomitees einzurichten, Schulen einzurichten usw. Das ist ein wichtiger Dienst und gewinnt die Unterstützung der Massen. Wir haben ihnen gezeigt, daß wir sie trotz der Kämpfe mit den notwendigsten Dienstleistungen versorgen können. Diese Räte haben weiterhin existiert. Sie sorgen auch für medizinische Hilfe. Z. B. wir als PFLP und als Arabische Sozialistische Aktionspartei, wir haben viele neue Kliniken eingerichtet, in neuen Bezirken, vor allem in libanesischen Bezirken, denn die Kämpfe finden nicht in den Lagern statt, sie sind überall im Libanon.

Diese Komitees waren verantwortlich für die Verbreitung von Informationen. Wir haben auf Bezirksebene örtliche Zeitungen veröffentlicht. Denn in einer Zeit der Kämpfe hungern die Menschen nach Erklärungen über die Kämpfe. Es ist unsere Aufgabe als eine politische Kraft, diese Erläuterungen zu geben und eine Analyse der Entwicklung anzubieten, die vor sich geht. Und wir leisteten das durch verschiedenste örtliche Veröffentlichungen.

Wir erteilen Unterricht in verschiedenen Gebieten, arrangieren Haus-Meetings, Ausbildung der Leute in den Bezirken, wie man Waffen benutzt, für die Frauenorganisationen, für die lokalen Organisationen. Denn im Untergrund und im Kampf muß jeder lernen, wie man ein Gewehr benutzt.

Es ist einfach, den Menschen beizubringen, wie man ein Gewehr bedient, schwieriger ist es schon, ihnen beizubringen, wie man sich politisch einsetzt. Es ist Zeit, ein politisches Theoriebewußtsein zu entwickeln. Diese Zusammenkünfte haben das allgemeine Ziel, Fragen aufzuwerfen über die Entwicklungen und auch zu agitieren. Sie müssen etwas tun, sich in Projekten organisieren auf lokaler Ebene. Das ist das wichtigste, das ist eine Art Arbeit, die in jeder revolutionären Bewegung die wichtigste ist, über die man aber am wenigsten erfährt, weil sie alltäglich ist. Sie hat keinen romantischen Anstrich, es ist harte Arbeit. Aber es ist die fruchtbarste Arbeit. Sie entwickelt eine Basis unter den Massen, weil in ihr der Kontakt zu den Menschen hergestellt wird.

Eine Sache, die sehr wichtig war und die die Genossen der Arabischen Sozialistischen Aktionspartei besonders in einigen Städten und Dörfern im Norden Libanons durchführten, die in erster Linie christlich sind, war die Bildung von Verteidigungskomitees, um alle anderen Kräfte an Angriffen zu hindern, Angriffen aus religiösen Gründen. Viele Städte erklärten aus diesem Grund ihre Unterstützung für die fortschrittlichen Kräfte, weil sie *Viele Städte erklärten aus diesem Grund ihre Unterstützung für die fortschrittlichen Kräfte, weil sie* *sahen, daß die fortschrittlichen Kräfte nicht gegen die Christen als solche waren, sondern gegen die faschistische Ideologie der Kräfte von Dschamajil und Schamun.*

Das sind alles Aufgaben, die ausgeführt werden können von örtlichen Komitees, die auch Menschen einschließen, die keine Mitglieder der Partei sind. Und das ist wichtig, denn es gibt keine Revolution, die alle Massen in einer politischen Partei organisieren kann. Aber es gibt auch keine erfolgreiche Revolution, wenn sie es nicht schafft, die meisten Menschen in Komitees oder Organisationen zu organisieren, die der Partei freundlich gegenüberstehen. Und hier besteht die dialektische Beziehung zwischen den Massen und den politischen Organisationen, die den Massen dienen.

Syrien und die USA: Auf der Seite der Verlierer

Der PLFP-Genosse war ebenfalls sehr zuversichtlich, was den internationalen Aspekt des libanesischen Bürgerkriegs betrifft.

„Wir haben immer gesagt, daß die Kämpfe im Libanon nicht nur das Ergebnis innerer Klassenwidersprüche sind. Sie sind auch Ergebnis davon, daß in diesem Gebiet eine Lösung aufgedrängt werden soll, die imperialistische reaktionäre Lösung, deren Ziel es ist, den palästinensischen Widerstand und die fortschrittlichen Kräfte im Libanon zu schwächen.

Ich sage schwächen, und nicht eliminieren, weil der Imperialismus festgestellt hat, daß er die Widerstandsbewegung nicht zerschlagen kann. Um sie also aufzuhalten, muß er sie schwächen, um sie zu einer akzeptablen Kraft zu machen, damit sie nicht zu etwas wie einer revolutionären Kraft wird, die in der Lage ist, das Kräfteverhältnis in dem Gebiet zu verän

Die palästinensische Widerstandsbewegung zu schwächen, um eine palästinensische Kraft heranzubilden, die gewillt ist, Israel als vollendete Tatsache anzuerkennen und einen palästinensischen Staat auf dem Westufer anzunehmen, um die palästinensische Frage – mindestens scheinbar – zu lösen, die die Wurzel des gegenwärtigen Konflikts im Mittleren Osten ist. In dieser Weise dient Libanon bei diesen Kämpfen als eine Bühne, auf der verschiedene Szenen, verschiedene Stadien einer Lösung aufgeführt werden. Wenn sich ein Schritt als erfolgreich erweist, wird das Spiel weitergehen, wenn nicht, dann wird die Szene umgedreht und dient als der Platz, wo die friedliche Lösung einen schweren Schlag erhält und der Anfang gemacht wird, sie zu verhindern.

Hinzu kommt, daß Syrien sich in diesem Gebiet befindet. Syrien ist ein Teil der Regelung des arabischen Raumes. Es hat bisher noch nicht einem Waffenstillstand oder einer friedlichen Regelung oder einem Abkommen wie dem Siani-Abkommen zugestimmt, aber es ist nicht mehr weit davon entfernt. Um ein Abkommen wie Sadat zu erreichen, um eine Übereinkunft mit Israel zu erreichen, ist es notwendig, daß die Syrer bestimmte Bedingungen schaffen. Eine dieser Ausgangsbedingungen ist es, den Amerikanern zu beweisen, daß die Syrer militärisch stark sind und daß sie die politische Macht besitzen, die politischen Ereignisse des arabischen Ostens zu diktieren oder zu bestimmen, besonders was die östliche Front betrifft, d.h. Jordanien, Syrien, die Palästina-Frage und Libanon. Das heißt, Syrien muß seine Fähigkeit beweisen, politisch zu manövrieren. Weil sie bis jetzt dazu noch nicht in der Lage gewesen sind, mußten sie mindestens anfangen, die palästinensische Anwesenheit zu schwächen, sowie die Stellung der fortschrittlichen Kräfte im Libanon zu schwächen, um sicher zu verhindern, daß im Libanon irgendeine grundlegende Kräfteverschiebung stattfindet, die die syrische Hegemonie über Libanon schwächen könnte.

Die Syrer fürchten, daß die fortschrittlichen Kräfte, wenn sie Erfolg haben, einen negativen Einfluß auf die inneren Widersprüche von Syrien haben werden, in dem sie das Aufkommen einer fortschrittlichen Entwicklung in Syrien bewirken werden und damit die politische Basis des Regimes von Assad schwächen. Und in diesem Sinne muß Assad diese Entwicklung fürchten.

Und ich glaube, es wird eine Niederlage für die Syrer werden. Eine Niederlage für die Syrer, weil sie eine Kraft unterstützen, die historisch auf der Verliererseite ist, nämlich die Rechte. Und sie unterstützen diese Kraft nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern aus der Notwendigkeit, ihre Stärke zu er- *unterstützen diese Kraft nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern aus der Notwendigkeit, ihre Stärke zu er-**halten und ihre Hegemonie über das gesamte Gebiet der östlichen Front. Und das bringt Syrien in eine schwierige Situation."*

Und was ist mit der Gefahr einer imperialistischen Intervention?

„Natürlich rechnet man immer mit der Möglichkeit einer imperialistischen Intervention, besonders einer amerikanischen Intervention. Aber es nicht mehr so einfach wie früher. Amerika hat viele Veränderungen erlebt; es wurde in Vietnam geschlagen. Das ist eine Tatsache. Sie erlitten eine Niederlage in Afrika, besonders Angola ist ein großer Schlag gegen die amerikanische Strategie.

Die Entwicklung der ANM (Arabische Nationalbewegung) oder der arabischen fortschrittlichen Bewegung von 1958 bis in die Gegenwart ist eine Bewegung, die Amerika nicht übersehen kann. 1958 landete die amerikanische Marine im Libanon, aber 1975/76 könnten sie das nicht. Hauptsächlich wegen der Entwicklung der Kräfte der arabischen Massen, die eine amerikanische Intervention klar ablehnen.

Die Vereinigten Staaten beteiligen sich dennoch an den Auseinandersetzungen, nämlich durch die Hilfen und Begünstigungen, die sie den Kräften im arabischen Raum dadurch gewähren; dadurch, daß sie Syrien ermuntern, im Libanon zu intervenieren und Syriens Vermittlerrolle unterstützen usw.. Aber die USA können nicht militärisch eingreifen.

Außerdem, wir glauben, wenn sie intervenieren würden, wäre das zu unserem Vorteil. Erstens betreten sie ein Gebiet, in dem sie nicht sehr viele befreundete Truppen vorfinden würden. Zweitens würde sich das klar gegen die arabischen Regimes auswirken, beson-

Statt Muslims, lies: fortschrittliche Kräfte; statt Christen, lies: reaktionäre, faschistische Kräfte

Fortsetzung von S. 7

ders Syrien. Ich glaube, Syrien würde eine amerikanische Intervention im Libanon nicht aushalten. Die Syrer, denen ihre Regierung befohlen hat, gegen Amerika zu sein, wenn auch auf sehr vage Weise, würden erkennen, daß ihre Regierung tatsächlich für Amerika ist, also proimperialistisch statt antiimperialistisch. Dies wäre ein Faktor, der das syrische Regime sehr schwächen würde. Und Amerika möchte seine Verbündeten nicht schwächen.

Und ebenso kennen die USA das Kräfteverhältnis gut und sie wissen, daß die Welt und die bewaffneten Völker eine direkte Intervention nicht tolerieren würden.

Sie haben gedroht. Sie sagten, sie hätten Schiffe vor der Küste, um die Amerikaner im Libanon zu retten. Aber wir lassen uns nicht zum Narren halten. Und wir sind bereit! Laß sie doch kommen! Und dies ist keine romantische Einladung an die Amerikaner, aber nein, es soll ihnen nur sagen, daß sie kommen können. Wir haben keine Angst, weil wir wissen, daß die Geschichte auf unserer Seite ist.

Und deshalb, so glauben wir, sind sie nicht gekommen, jedenfalls nicht direkt. In der Zeit nach Vietnam hat sich etwas verändert. Amerika kann seine Truppen nicht entsenden, wohin es will. Es denkt darüber nach, doch muß es zweimal und dreimal überlegen, bevor es tatsächlich Truppen entsendet.

Die Befreiungsbewegungen der Welt sind gewachsen in ihrer Stärke und das bedeutet, daß wir die Sorte von Angriffen verhindern können, die man früher gegen uns unternommen hat.

Es ist schon zu spät für Israel

„Das grundlegende Ziel der Kämpfe war, uns zu schwächen, das Gegenteil ist eingetreten, wir sind stärker als je vorher. Es ist richtig, daß wir im letzten Jahr nicht so viele militärische Operationen in den besetzten Gebieten ausgeführt haben wie im Jahr davor. Aber das ist entschuldbar. Unser Kampf geht nicht nur einfach gegen Israel. Es gibt einen vereinten Feind, Imperialismus, Reaktion und Zionismus, und es ist wichtig, die Verbindung zwischen ihnen zu sehen. Zu einer bestimmten Zeit kann deshalb der Kampf gegen die arabische Reaktion wichtiger sein. Zu dieser Zeit war der Kampf gegen die arabische Reaktion der Schlüssel zu allem. Wir mußten ihn gewinnen, sonst wären wir untergegangen. Wir haben ihn soweit gewonnen. Und das ermutigt unsere Massen in den besetzten Gebieten.

Deren jetziger Aufstand begann als Forderung gegen die Beleidigung der Menschen auf religiöser Ebene und wandelte sich innerhalb von Tagen, innerhalb von Stunden in eine politische Demonstration. Es wurde die größte politische Demonstration in Palästina seit 1936. Die Forderungen, die aufgestellt wurden, bedeuteten die Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung, d. g. die Unterstützung des bewaffneten Kampfes und die völlige Zurückweisung der zionistischen Kolonisierung. Die gerade abgeschlossenen Wahlen zeigen, daß die Menschen für die palästinensische Widerstandsbewegung sind.

Was bedeutet das ? Auf lange Sicht bedeutet das, daß die Menschen für den bewaffneten Kampf bis zur völligen Befreiung Palästinas sind. Sie sind für die PLO und das bedeutet das Programm eines demokratischen säkularen Staates in ganz Palästina.

Es ist kein spontaner Aufstand. Es gibt Kräfte hinter dem Aufstand. Das sind die Kommunisten, aber auch die Widerstandsbewegung, die verschiedenen Organisationen. Die PFLP ist sehr stark. Wir spielten eine große Rolle in Nablus, in Ramallah und in anderen Teilen der besetzten Gebiete. Es ist nicht nur die Kommunisten, es ist die Widerstandsbewegung, deren Stärke in den besetzten Gebieten zunimmt. Das ist alarmierend für Israel. Denn die Israelis fürchten die Idee des bewaffneten Kampfes mehr als irgend etwas anderes.

Aber sie waren immer sehr zufrieden, daß die Araber im eigentlichen Israel angeblich die Okkupation akzeptieren und sich als israelische Bürger betrachten. Was sie wirklich überrascht hat, war der Aufstand in Galiläa!

Die Entwicklung in den besetzten Gebieten ist sehr wichtig. Sie hat gezeigt, daß Israel sich in einer Krise befindet. Wir glauben, es ist schon zu spät für sie, denn unsere Massenbewegung entwickelt sich. Das ist etwas, was sie nicht aufhalten können. Und deshalb ist der Weg klar. Es gibt nur noch einen Weg. Wir sagen, daß der nächste palästinensische Nationalkongreß ein klares Programm annehmen muß, das keinen Raum für verschiedene Interpretationen läßt und klar macht, was die Punkte sind, über die Einigkeit besteht."

Die Massen suchen Einheit

Das Treffen zwischen Arafat und Habasch hat gezeigt, daß sich Fatah und die Kräfte der Ablehnungsfront einig sind, was Libanon betrifft. Und wenn hier Einigkeit besteht, so kann überall Übereinstimmung erzielt werden.

„Wir haben nicht unsere Analyse betreffend die 'friedliche Lösung' geändert. Wir sind nicht ins Exekutivkomitee der PLO zurückgekehrt. Wir wollen das auch nicht, bevor nicht ein klares Programm verabschiedet wird. Es ändert nichts, aber es hat den Massen in den besetzten Gebieten geholfen, weil sie Einheit suchen und da den Anfang gesehen haben für die Möglichkeit einer solchen Entwicklung. Im Libanon die libanesischen fortschrittlichen Kräfte und die Widerstandsbewegung sahen ebenfalls den Beginn der Einheit. Die Libanesisch-Arabische Armee, die PFLP, Fatah, ein weiter Sektor der libanesischen fortschrittlichen Kräfte, die in diese Sache verwickelt sind. Ich finde, das war ein mutiger Schritt und ein positiver Schritt. Nur e i n Schritt, keine große Entwicklung, nur ein Schritt. Aber bei dem gegebenen Stand des Angriffs und der zunehmend negativen Rolle Syriens erhält er größere Bedeutung. Weil hierdurch Assad Arafat nicht gegen die Widerstandsbewegung ausspielen kann. Da Arafat seine Positionen klargestellt hat. Und das ist für uns sehr wichtig, gerade jetzt.

Werfen wir zum Beispiel einen Blick auf den spanischen Bürgerkrieg! Damals erlitten die fortschrittlichen Kräfte eine Niederlage. Von 1936 bis in die Gegenwart blieb die Linke in diesem Gebiet schwach, war sie nicht in der Lage, sich zu organisieren.

Ich glaube, wenn wir im Libanon Rückschritte vornehmen müssen, könnten wir sehr gut einer ähnlichen Zukunft entgegensehen. Und es ist sehr wichtig, Geschichte zu erkennen und zu verstehen. Eine Niederlage bedeutet für die Faschisten eine langdauernde Niederlage und bedeutet nicht nur einen geringfügigen Rückschlag in diesem Gebiet. Deshalb ist es notwendig und unbedingt erforderlich, daß wir uns nicht selbst belügen, indem wir glauben, die Kämpfe hätten aufgehört, und daß die Faschisten die Kämpfe beenden wollen.

Wir müssen sie im Kampf zerschlagen und sie werden nicht aufgeben. Wir müssen sie schlagen. Es muß sicher sein, daß sie sich nicht wieder erheben können. Und unsere Aufgabe ist es, sie als politische Kraft zu beseitigen, sie müssen vernichtet werden. Sie dürfen nicht weiterbestehen.

Das allgemeine Kräfteverhältnis im arabischen Raum ist noch zugunsten des rechten Flügels, das ist klar, aber das ist keine andauernde Bedingung. Wenn wir im Libanon klar siegen, wird das einen starken Rückschlag für die arabische Reaktion bedeuten, weil sie nicht fähig waren, den Widerstand aufzuhalten – und das haben sie immer schon gewußt. Sie werden im Gegenteil den Aufstieg eines demokratischen Regimes erleben und das ist sehr wichtig für die Nahostregion. Es würde weitere Folgen für die demokratischen Kräfte haben, die Entwicklung würde noch dynamischer werden, es würden immer mehr Veränderungen eintreten und weitere Gründe für optimistische Einschätzungen."

Spendenaufruf

Genossen, Freunde, angesichts der entscheidenden Wichtigkeit der jetzigen Kämpfe in Libanon, fordern wir euch auf, die fortschrittlichen Kräfte in ihrem Kampf gegen den Faschismus durch Spenden zu unterstützen. Im Libanon steht eine demokratische Revolution auf dem Spiel. Der Ausgang der Kämpfe wird ausstrahlen auf den gesamten arabischen Raum. Er kann auf lange Sicht entscheidend dazu beitragen, dem Imperialismus in seinem Angriff auf die Dritte Welt, wie in Vietnam, erneut das Handwerk zu legen. Wir werden die Spenden zu gleichen Teilen der Arabischen Sozialistischen Aktionspartei (Libanesischer Zweig) und der PFLP zuleiten.

Leitendes Gremium des KB

Wahlsieg im besetzten Westjordanien

Einen großartigen Wahlsieg errangen die in der „Nationalen Front" zusammengeschlossenen Kandidaten bei den Gemeinderatswahlen am 12. April im besetzten Westjordanien.

Etwa vier Fünftel der 205 Sitze wurden mit neuen Leuten besetzt. Insgesamt erreichte die „Nationale Front" 75-80 % der Sitze!

Weit abgeschlagen wurden damit die alteingesessenen Stadträte, deren Politik unter der zionistischen Besetzung aus Kollaboration und Verrat bestand.

Die „Nationale Front" setzt sich aus Sympathisanten der PLO, aus Mitgliedern der jordanischen KP und anderen fortschrittlichen Kräften zusammen, die sowohl die andauernde zionistische Besetzung als auch eine Rückgabe Westjordaniens an König Hussein ablehnen. Der Sieg dieser Kräfte kann für den Widerstand im besetzten Westjordanien eine gute Unterstützung bedeuten. Besonders wichtig ist der Wahlsieg der „Nationalen Front" in den Städten Westjordaniens:

In Hebron gewann die „Nationale Front" alle zehn Sitze, in Ramallah acht von zehn Sitzen, und in Nablus ebenfalls die Mehrheit. Lediglich in Bethlehem setzte sich die Liste des alten Bürgermeisters durch.

Eine Grundlage für den hohen Wahlsieg dürfte die neue Wahlordnung geschaffen haben, die es jetzt „allen Steuerzahlern" statt wie bisher „allen Landbesitzern" erlaubte zu wählen. Erstmals konnten auch Frauen an der Wahl teilnehmen (sofern sie Steuern zahlten oder mit einem Steuerzahler verheiratet waren!).

Den Ausschlag für den Wahlsieg hat jedoch der Aufschwung der Massenkämpfe gegen die andauernde Besetzung gegeben. Wie im AK berichtet fanden in den letzten Monaten fast täglich große Demonstrationen gegen die Besetzung in Westjordanien statt, die wegen der scharfen Unterdrückung einen sehr militanten Charakter hatten. Und dieser Aufschwung des Widerstands hat die Palästinenser insgesamt in Israel ergriffen, wie der Generalstreik am 30. März bewiesen hat. Tatsächlich handelt es sich bei den jüngsten Massenkämpfen um die größten spontanen Auseinandersetzungen seit der relativen Konsolidierung des zionistischen Staates überhaupt. Den Zionisten ist damit ein Feind im Lande selbst entstanden, mit dem sie weder im Krieg von 67 noch im Oktoberkrieg 1973 kämpfen mußten.

Die zionistischen Träume von der Unterdrückung und Ausplünderung der Palästinenser in „Ruhe und Frieden" sind zerschellt! Immerhin sind auch nach diesem großen Wahlsieg die Massen nicht dazu übergegangen, jetzt erstmal abzuwarten und auf Aktivitäten der neugewählten Bürgermeister zu vertrauen:

In Antwort auf Aktionen tausender rechtsradikaler Zionisten, die zum Passah-Fest in Westjordanien für die vollständige Eingliederung der besetzten Gebiete demonstrierten, fanden am 20. April erneut Demonstrationen und Barrikadenkämpfe gegen die Besetzung in mehreren Orten Westjordaniens statt.

Nahost-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Palästinenser demonstrieren gegen die Regierung des Libanon, nachdem die Israelis bei einem Überfall drei Fedajin umbrachten.

aus Betrieb und Gewerkschaft

Heidenreich + Harbeck: Der Kampf geht in die zweite Runde

Streik am 23. April

Am Freitag, den 23. April, wurde bei Heidenreich + Harbeck gestreikt. In diesem Hamburger Metallbetrieb hat es bereits mehrere Kampfaktionen gegeben, seit bekannt wurde, daß das Werk bis Ende des Jahres dichtgemacht werden soll. 800 Arbeiter sollen in den nächsten Monaten entlassen werden.

Als am Freitag morgen bekannt wurde, daß der Vorstandsvorsitzende Bartelmeh nach Hamburg kommen würde, um Vertretern eine in Hamburg neuentwickelte Maschine vorzuführen, organisierten fortschrittliche Kollegen und Vertrauensleute für 11.30 Uhr eine Streikversammlung. Die Kollegen versammelten sich in dem Raum, wo die neue Maschine vorgeführt werden sollte. Die Streikbeteiligung war so groß, daß gar nicht alle in den Raum hineinpaßten. Der Hamburger IG-Metall-Führer Engelmann, der gerade im Betrieb wegen Sozialplan-Verhandlungen anwesend war, griff die Stimmung der Kollegen auf und forderte, Bartelmeh solle sich zur Rede stellen.

Bartelmeh, der mit Pfiffen und Buh-Rufen empfangen wurde, versuchte die Kollegen wortgewaltig zu beschwichtigen und versicherte, er würde „Tag und Nacht" auf der Suche nach einem neuen Produkt für Heidenreich sein, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Als ein Kollege daraufhin forderte, die Geschäftsleitung solle alle Kündigungen zurücknehmen, ließ Bartelmeh die Katze aus dem Sack: *„Selbst wenn wir ein neues Produkt für H. & H. finden, und da bin ich mit Senator Kern einig, würde das Arbeit für maximal 500 bis 600 Mitarbeiter geben."* Von einem Kollegen wurde richtig darauf hingewiesen, daß Bartelmeh mit diesen Sprüchen wieder Illusionen verbreiten wolle, damit die restlichen Kollegen glauben, ihr Arbeitsplatz wäre doch noch zu retten.

Unter den jetzigen Kündigungen befindet sich fast die gesamte mechanische Fertigung (Dreherei, Bohrerei usw.), die, selbst wenn ein anderes Produkt als Drehbänke hergestellt wird, unentbehrlich ist.

Ein Kollege forderte von der IG-Metall, daß sie mit Einstweiligen Verfügungen erreichen soll, daß a l l e gekündigten Kollegen – nicht nur die mit besonderem Kündigungsschutz – bis zur endgültigen Klärung im Betrieb bleiben können.

IGM-Führer Engelmann wiegelte den Streik nach 1 1/2 Stunden ab: Bartelmeh solle jetzt nicht mehr länger davon abgehalten werden, Heidenreich zu „retten".

Trotz des Erfolges – es gelang in kürzester Zeit den überwiegenden Teil der Belegschaft zu mobilisieren – ist es jetzt die besondere Aufgabe aller fortschrittlichen Kollegen, den wieder aufkeimenden Illusionen unter den Kollegen konsequent entgegenzutreten und ihnen klarzumachen, daß es weiterhin darum geht, für den Erhalt a l l e r Arbeitsplätze zu kämpfen. Die Ansätze des aktiven Kampfes gegen die Stillegung gilt es weiter zu entwickeln.

Alle Kündigungen müssen zurückgenommen werden!

für Heidenreich sein, um die Arbeits- — ist es jetzt die besondere Aufgabe „unternehmerische Fehlentschei- stellen.

Große Beteiligung der Kollegen an der Betriebsversammlung

Auf Initiative fortschrittlicher Kollegen war für den 12. April die Einberufung einer Betriebsversammlung durchgesetzt worden.

Die ersten Kollegen, die sich zu Wort meldeten, führten aus, daß es in der jetzigen Situation unbedingt notwendig ist, umfassend über die drohende Stillegung und die dagegen zu organisierenden Abwehrmaßnahmen zu diskutieren.

Auf der Betriebsversammlung nahmen dann auch viele Kollegen zu diesen Fragen Stellung.

Es wurde herausgestellt, daß die rechten Betriebsräte immer noch den Abwehrkampf durch mangelnde Information und Geheim-Mauscheleien boykottiren. Auch die falsche Haltung der rechten Betriebsräte und der IGM-Führung wurde kritisiert, die die drohende Stillegung als „unternehmerische Fehlentscheidung" etc. charakterisieren. *„Die Fähigkeit eines Managers können nur mit äußerst mangelhaft beurteilt werden, wenn er sechs Jahre benötigt, festzustellen, daß das Hamburger Werk Heidenreich & Harbeck völlig ungesund strukturiert ist"* („Metall aktuell").

Den „Argumenten" der IGM-Führung wurde gegenübergestellt, daß man sich eben nicht auf die „verantwortlichen Politiker" stützen kann, sondern nur die Belegschaft selber einen erfolgreichen Abwehrkampf führen kann. Aus diesem Grund wurde z. B. angeregt, den Film „Gegenmacht international" zu zeigen, der einen erfolgreichen Abwehrkampf der Enka Glanzstoff-Kollegen in Breda darstellt, um aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Folgende Anträge wurden einstimmig, bzw. mit überwiegender Mehrheit angenommen:

1. Informationen an die Belegschaft über alle wichtigen Gespräche mit Senat, anderen Kapitalisten, Geschäftsleitung und Gewerkschaften. Presseerklärungen des Betriebsrates über diese Gespräche.
2. Information aller wichtigen Betriebe über die Situation bei H. & H.
3. Kontaktaufnahme mit anderen Gildemeisterwerken, um eine Verbindung zu schaffen und darüber einen Informationsaustausch herzustellen.
4. Erstellung einer Dokumentation über Heidenreich & Harbeck für andere Betriebe.
5. Teilnahme von Heidenreich & Harbeck-Kollegen an der VK-Sitzungen in anderen Betrieben.

Die rechten Betriebsratsmitglieder reagierten auf ihre Weise: Der Betriebsrat werde die Resolutionen zwar zur Kenntnis nehmen, aber er sei nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht daran gebunden. Ein sehr bezeichnendes Beispiel für das Demokratieverständnis dieser Leute. Außerdem meint einer dieser Typen, sei der Betriebsrat unangreifbar, denn er habe bisher keine Fehler gemacht und wer den Betriebsrat kritisiert, kann nur ein Dummkopf sein.

Diese Sprüche stießen bei den Kollegen auf helle Empörung, so daß die rechten Betriebsräte nicht wagten, noch mehr „Argumente" für ihre Politik ins Feld zu führen.

Die Betriebsversammlung am 12.4. ging bis zum offiziellen Feierabend. Da noch mehr als ein Dutzend Wortmeldungen auf der Rednerliste standen, konnte eine Weiterführung der Betriebsversammlung am nächsten Tag durchgesetzt werden.

Antikommunistische Attacken der IGM-Führer

Der IGM-Führer Engelmann „unterstützte" die Kollegen von Heidenreich & Harbeck auf ganz bssondere Weise: In antikommunistischen Reden hetzte er besonders gegen einen Jugendvertreter. Dabei griff er auf ein Flugblatt der „KPD/ML" zurück. (Die „KPD/ML"er zeichneten sich in ihren Flugblättern und Reden bei Heidenreich & Harbeck dadurch aus, daß sie in allgemeinen Phrasen über die sozialistische Revolution, die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes etc. schwafelten und in keiner Weise auf die konkrete Situation und die anstehenden Fragen eingingen.) Engelmann „warnte" die Kollegen: Sämtliche Anträge seien von der „KPD/ML" und würden nur dazu dienen, die Kollegen in die Fänge der „Kommunisten" zu treiben. Der Gipfelpunkt seiner Hetze war die Behauptung, die Extremisten wollten die Bevölkerung in Blut ertränken.

Heidenreich & Harbeck auf ganz bssondere Weise: In antikommunistischen Reden hetzte er beson-

Engelmann konnte mit seinen Provokationen und den Versuchen, die fortschrittlichen Redner in die „linke" Ecke zu drängen und von den Kollegen zu isolieren, nicht landen. Seine Provokationen wurden von Kollegen als „Göbbel'sche Demagogie" zurückgewiesen und als Angriff gegen sämtliche Beiträge gekennzeichnet. ●

Terrot-Werke, Wahlstedt:

Protestdemonstration gegen Betriebsschließung

Der Arbeitsplatzabbau in und um Neumünster soll weitergehen! Nachdem gerade vor einem viertel Jahr bekannt wurde, daß die Bekleidungsfirma Marsian ihre Tore schließen wird, hat nun die Stuttgarter Leitung der Terrot-Gruppe angekündigt, ihr in Wahlstedt (bei Neumünster) gelegenes Werk für Rundschrickmaschinen dichtzumachen. Damit sind 270 Arbeiter und Angestellte sowie 30 Auszubildende von Arbeitslosigkeit bedroht. Neumünster und sein Umland liegt schon jetzt mit seinem Anteil an Arbeitslosen an der Spitze in Schleswig-Holstein. In Wahlstedt beträgt die Arbeitslosenrate nach zwei vorhergegangenen Betriebsschließungen 7,6 %. Nach den Worten des Wahlstedter Bürgermeisters würde die Terrot-Schließung für den Ort „den Bankrott" bedeuten.

Dabei kann keine Rede davon sein, daß es nicht genug Arbeit gäbe: Während andere Betriebe kurzarbeiteten, sind bei Terrot seit mehr als einem Jahr Überstunden gemacht worden. Der Betrieb ist bisher voll ausgelastet gewesen.

Anders als bei der Schließung von Marsian, wo die Kollegen letztlich ihre Wut runterschluckten, ist es bei Terrot schon zu ersten Protestmaßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze gekommen. Am 5. April gebung und Demonstration gegen die Pläne der Terrot-Kapitalisten durch. Insgesamt beteiligten sich über 700 Wahlstedter Bürger an der Demonstration.

„Terrot muß nicht geschlossen werden", erklärte der Vertreter der IG Metall Neumünster, Hiensdorfer. *„Wir haben festgestellt, daß die Verluste der Firmengruppe allein auf die Schlamperei der Unternehmensfürung zurückzuführen sind. Die Arbeiter sollen das jetzt ausbaden."*

Mit Sprechchören zogen die Arbeiter vor das Werk. Sie riefen: *„Gegen Unternehmergier – Arbeitsplätze brauchen wir!"* und *„Solidarität – wenns um unsere Arbeit geht!"* Vor dem Werkstor forderten sie noch einmal die uneingeschränkte Weiterführung der Produktion.

Besonders zynisch muß auf die Wahlstedter Kollegen folgende Tatsache wirken: Die Produktion soll nach Stuttgart verlegt werden, wo 100 neue Arbeiter eingestellt werden sollen. Dafür kassiert Terrot dann auch noch die staatlichen Prämien für die „Arbeitsplatzbeschaffung". Diese Manöver scheinen sich auszuzahlen: Die Firma Syro-Hydraulik beispielsweise schließt ihr Aachener Werk, um sich in Neumünster anzusiedeln. Auch Syro kassiert für die „Arbeitsplatzbeschaffung" (diesmal von der schleswig-holsteinischen Landesregierung) und in Aachen werden 165 Kollegen arbeitslos. ●

Wetzlar: Kling GmbH Bielhausen will 380 Kollegen feuern

Die Kapitalisten der Kling GmbH Bielhausen planen, am 30. Juni 76 das Werk in Wetzlar zu schließen. Dadurch sind die Arbeitsplätze von 380 Kollegen bedroht. Die Belegschaft wurde von den Kapitalisten erst am 7.4. über die geplante Schliessung informiert. Ob ein Sozialplan ausgehandelt wird, ist noch unklar.

Die Kapitalisten führen *„ungenügend ausgelastete Fertigungskapazitäten, ständige Kostenerhöhungen und den starken Druck durch die japanische Niedrigpreiskonkurrenz"* als Begründung für die Schließung an.

Aufgrund der bedrohlichen Arbeitsmarktsituation im Wetzlarer Raum hat sich die hessische Landesregierung eingeschaltet und vergeblich mit Vertretern der Geschäftsführung der Firmengruppe FAG Kugelfischer, der die Kling GmbH angehört, über die Vermeidung der Schließung verhandelt. Staatssekretär Gries gab bereits zu, daß diese Maßnahmen hoffnungslos sind.

Die IG Metall gibt zwar vor, sich um den Erhalt der Arbeitsplätze zu bemühen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Kollegen hier ernsthaft Hilfe erwarten können: Die einzige bisher bekannt gewordene Aktivität bestand in einer Information der Betriebsräte über ihre rechtliche Position. ●

Eine Teves-Genossin des KB/ Gruppe Frankfurt

Weil sie an dem Warnstreik bei Vitra teilgenommen hatten, waren drei Betriebsräte gefeuert worden. Jetzt sind sie wieder im Betrieb.

Vitra: Betriebsräte wieder eingestellt

Aufgrund eines Warnstreiks hatte die Firma Vitra in Weil drei Betriebsräten fristlos gekündigt. Die drei Betriebsräte sind inzwischen wieder eingestellt worden aufgrund der Vereinbarung zwischen der IG Metall und der Firmenleitung, daß keine Maßregelungen wegen der Warnstreiks getroffen werden dürfen. Außerdem wurde das widerrechtliche Hausverbot und die Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen den IGM-Bevollmächtigten zurückgezogen, der sich trotz Hausverbot mit den Betriebsräten beraten hatte. Unbekannt ist allerdings, ob die Geschäftsleitung auch die Anträge auf Ausschluß aus dem Betriebsrat gegen die drei Kollegen zurückgenommen hat, die beim Arbeitsgericht gestellt worden waren. ●

„Ideal Standard" in Neuß wird stillgelegt

Zahlreiche Betriebsanhörige des Radiatoren-Werkes Ideal Standard in Neuß und andere Kollegen haben mit einer Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus gegen die für den 30. Juni angekündigte Schließung ihres Betriebes protestiert. Von der Schließung sind 500 Arbeiter betroffen. Der amerikanische Mutterkonzern hatte das Zweigwerk in der Vergangenheit hemmungslos ausgebeutet und auch in Frankreich ein Werk mit 4.000 Beschäftigten stillgelegt. Zu der Protestkundgebung waren zahlreiche Solidaritätserklärungen eingegangen. ●

Speyer: 7.000 demonstrieren für VFW-Arbeitsplätze

Auf der bisher größten Demonstration forderten 7.000 Menschen am 8.4. den Erhalt der 1.300 Arbeitsplätze des Speyerer Werkes des Rüstungskonzerns VFW. Aufgerufen hatten die Belegschaft, die IG-Metall, sowie mehrere Bürgerinitiativen. Die Demonstranten trugen selbstgefertigte Parolen wie: „Jagt der Boß euch von der Schüssel, schlagt die Zigarr ihm aus dem Rüssel!" – „Für Dividenden, die heilige Kuh – macht man bei uns die Betriebe zu!" – „ Laßt nicht die Arbeitsplätze zum Teufel gehen, sondern die Bosse!". Zahllose Solidaritätsadressen wurden stürmisch begrüßt. Von der DGB-Jugend waren 10.000 Unterschriften in Speyer gesammelt worden. Besonders herzlich begrüßt wurde die Solidarität von tausend Beschäftgiten von Audi-NSU aus Neckarsulm.

Einen ersten Erfolg konnten die anhaltenden Proteste mittlerweile verbuchen: Die Demontage von Maschinen und Vorrichtungen, die in andere VFW-Werke, insbesondere nach Bremen, transportiert werden, ist inzwischen vorläufig gestopt worden, die Anmeldung von Massenentlassungen beim Arbeitsamt zunächst zurückgenommen. – Wie wir schon mehrfach berichteten, will der VFW-Konzern seine Rüstungsproduktion (MRCA u. a.) in Süddeutschland und in Bremen konzentrieren. Speyer hat das Pech, genau dazwischen zu liegen.

Um ihrem Kampf noch mehr Nachdruck zu verleihen, haben die Kollegen und Kolleginnen beschlossen, am 1. Mai ein großes Fest vor dem Werkstor zu veranstalten. ●

Automobilindustrie in der BRD: Riesen-Profite auf dem Rücken der Arbeiter

Im März erhöhten die Automobilkonzerne nacheinander die Preise:
– Ford um 5%
– VW um 4,6%
– Opel um 4,7%

Die Preiserhöhungen finden vor dem Hintergrund einer ausgezeichneten Umsatz- und Profitentwicklung der Automobilmonopole statt:
– Durch Massenentlassungen 1974/75, durch Kurzarbeit, Rationalisierungen an den Bändern und in der Verwaltung wurden Millionen-Kosten eingespart.
– Bei steigenden Aufträgen wird nicht die Belegschaft erhöht, sondern die verbliebenen Arbeiter werden durch Überstunden und Sonderschichten verstärkt eingesetzt, so daß die Kapitalisten ohne Neueinstellung flexibler die Arbeitskräfte einsetzen und so die Produktionskapazitäten optimal ausnutzen können.
– Die Burgfrieden- und Stabilitätspolitik der Gewerkschaftsführer verhalf zu Lohnraubabschlüssen und zur Entwaffnung der Arbeiter gegenüber der Rationalisierungspolitik.

So können die Automobilbosse, noch bevor die offiziell frisierten Bilanzen für das Jahr 1975 vorliegen, ihre Zufriedenheit und Erwartungen für 1976 kaum ververbergen: „ . . . *es hat allen Anschein, als würde der März zum absolut größten Monat aller Zeiten für die Ford-Werke*" und dieses Jahres werde „*zum absoluten Rekordjahr der Branche*", so Ford-Chef Lutz („Spiegel", 19.4.76).

Und das sind einige Ergebnisse der Profitjagd auf dem Rücken der Automoblilarbeiter:

Die Gesamtproduktion der Branche im Inland stieg in den ersten drei Monaten 1976 um 50% gegenüber dem Vorjahrszeitraum – VW verkaufte im März 81.000 Autos, mehr als jemals zuvor in einem Monat. Auch die Exportflaute ist zunächst überwunden, die monatliche Steigerungsrate beträgt im Export 40%.

Bereits 1975 wurden die ersten großen Erfolge von Rationalisierungen und Massenentlassungen geerntet: Bei etwa 10% weniger Beschäftigten stieg die Produktion um 2,8%, der Umsatz um 18,8% („Welt", 23.4.76)!

Daimler-Benz beispielsweise deutet für das Ergebnis 1975 „*im Absolutem das beste Jahr der Geschichte*" an („Spiegel", 19.4.76). Verraten werden jetzt schon vier Milliarden DM Umsatzsteigerung bei gleichbleibender Belegschaft!

Die verbesserte Absatzlage allein aber genügt der Profitgier der Automobilkapitalisten nicht, sie schlagen wegen der günstigen Nachfrage (Lieferfristen bei Ford und Opel: vier bis fünf Monate) noch einiges auf die Preise drauf.

Für die Arbeiter weniger Lohn und mehr Arbeit

Neben der Steigerung der Arbeitszeit durch Überstunden und Sonderschichten, neben sinkenden Reallöhnen, beschert der Profitboom der Kapitalisten den Automobilarbeitern steigende Arbeitshetze. Auch hierüber können die Kapitalisten erste Erfolge vermelden:

Daimler-Benz: Der Umsatz pro Beschäftigten stieg von 110.000 DM 1974 auf 134.000 DM 1975. In den letzten acht Jahren wurden die Fertigungszeiten für Mercedes-PKW um 30% gesenkt.

BMW:	1975 stieg
– die Produktion um	+17,1%
– der Umsatz um	+3o,6%
– die Belegschaft nur um	+12,3%
– die Arbeitsproduktivität	+27,7%

VW: 1976 wird die Autoproduktion pro Kopf von zehn auf 14 Stück gesteigert.

Straßenfahrzeugbau: 1975 wurde die Arbeitsproduktivität um 8,7% gesteigert, im ersten Quartal 1976 sogar um 11%.

Diese nüchternen Zahlen verdeutlichen, daß die Kapitalisten die Krise und Absatzflaute in der Automobilindustrie 1974 und 1975 in vollem Umfang genutzt haben, auf dem Rücken der Arbeiter die Voraussetzungen für neue Gewinnrekorde zu legen. Das Ganze wurde unter dem Tarnmantel „Sicherung der Arbeitsplätze" durchgezogen und von den Führer der IG-Metall gestützt. Wie lächerlich nimmt sich dagegen das Schattenboxen von IG-Metallchef Loderer aus, der angesichts der kaum noch zu verhüllenden Profiterfolge der Kapitalisten kraftmeiert, wenn das so weiter gehe, sei im Sommer ein „Nachschlag" fällig („Spiegel", 19.4.76). Diese Äußerung macht dieser „ahnungslose Engel" nur wenige Zeit nach dem 5,4%-Tarifabschluß!

Und auch hierbei weiß sich Loderer mit den Kapitalisten in der Befürchtung einig, daß sich die Arbeiter wie in den Jahren 1969 und 1973 in selbstständigen Kampfaktionen gegen Lohnraub und Preistreiberei zur Wehr setzen. (Alle Zahlen nach „Spiegel", 19.4.76). ●

KB/Gruppe Bremen

Nürnberg: Befristete Arbeitsverträge bei AEG

In allen Großbetrieben im Nürnberger-Fürther Raum gibt es zur Zeit einen totalen Einstellungsstop. Eine Ausnahme davon machte jetzt das Haushaltsgerätewerk Nürnberg der AEG. Dort sollen 110 Kollegen neu eingestellt werden. Hintergrund dieser Maßnahme ist, daß auf dem Waschmaschinenmarkt eine kurzfristig verstärkte Nachfrage eingetreten ist und die Tagesproduktion von 650 auf 800 erhöht wurde.

Der Haken an diesen Neueinstellungen ist, daß sie auf drei Monate befristet sind. Den Neueingestellten wird dabei tröstend versprochen, bei entsprechenden Leistungen sei Weiterbeschäftigung möglich. Es ist klar, daß so die Konkurrenz und das Mißtrauen unter den Kollegen geschürt werden soll. Mit welcher Skrupellosigkeit und Zynismus die Kapitalisten die Massenarbeitslosigkeit ausnutzen, zeigt auch eine Äußerung vom AEG-Personalchef: „*Daß der Körper zuerst der Fließbandarbeit Widerstand entgegenbringt, ist klar, aber da gewöhnen Sie sich dran. Nachher, wenn Sie durch die Krise durch sind, machen Sie die Arbeit sogar gerne und mit Freude.*"

Die IG Metall-Betriebsräte haben den Plänen der Geschäftsleitung zugestimmt und bringen es sogar fertig , diese Maßnahme als sozialste (!) Tat der letzten Zeit hervorzuheben. Sie versuchten nicht einmal, über feste Neueinstellungen zu reden! ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten

Streik gegen zusätzlichen Lohnraub

Vom 10. bis 13.4. vormittags streikten 34 Kollegen bei der Firma Hansa Rohstoffverwertung in Essen. Die Kapitalisten wollten die Lohn „erhöhung" von 5,4 % mit den bisher gezahlten außertariflichen Zulagen verrechnen und damit einen zusätzlichen Lohnraub durchsetzen. Dies konnte durch den Streik verhindert werden. ●

Kleiderfabrik setzt 93 Arbeiterinnen auf die Straße

Die Firma Fromm & Rumpf in Gambach (Wetteraukreis/Hessen) hat Konkurs angemeldet. 93 Arbeiterinnen und neun Lehrlinge verlieren dadurch ihre Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze. Die „Begründung" der Kapitalisten ist jedoch eine aus dem Rahmen üblicher Sauereien herausfallende Schweinerei. Die Kapitalisten behaupten, der Konkurs sei notwendig geworden, weil ihnen hohe finanzielle Belastungen aus einem Sozialplan für die Kollegen der in Frankfurt aufgelösten Zuschneiderei entstanden seien. Die Kollegen aus Frankfurt sollen also die Verantwortlichen sein. Nach Angaben des Gambacher Bürgermeisters Müller ist die Auftragslage der Firma gut gewesen. Offenbar wollen die Kapitalisten lieber die Fabrik schließen und sich ihren Lebensabend mit dem Profit versüßen, den sie aus den Arbeiterinnen herausgepreßt haben, als daß sie einen winzigen Teil ihrer Gewinne an Entlassene in Form eines Sozialplanes abgeben.

Die Aussichten der Kolleginnen sind düster, denn die Arbeitsplätze sind nach Angaben des Gambacher Bürgermeisters nicht zu ersetzen. ●

Eine Teves-Genossin des KB/Gruppe Frankfurt

CHEMIE

Betriebe

Texaco, Hamburg

Für die Jugendvertreterwahl wurden zwei Listen eingereicht. Gewählt wird am 3. Mai.

Die Personal- und Ausbildungsleitung schaltete sich mit einer beispiellosen Verleumdungskampagne gegen eine Listenführerin in die Wahl ein. Als die üblichen Schikanen – sie wurde aufgefordert, die Firma zu wechseln, weil sie sich für einen betriebsinternen Unterricht einsetzte usw. – keine Wirkung erzielten, telefonierte die Ausbildungsleiterin mit der Mutter (!) der volljährigen (!!) Kandidatin.

Hinsichtlich der starken gewerkschaftsoppositionellen Betriebsgruppe, von der die Liste unterstützt wird, erklärte die Ausbildungsleiterin, ihre Tochter arbeite mit „*betrieblichen Unruhestiftern*" zusammen, die „*zur Baader-Meinhof-Linie tendierten*" und „*bald kriminelle Handlungen begehen*" würden. Die Mutter müsse sich nicht wundern, wenn ihre Tochter bald „*ganz verschwunden*" (untergetaucht ?!) sei.

Später rief die Ausbildungsleiterin die Mutter noch einmal an und bat sie, das ganze Gespräch „zu vergessen" und nichts darüber weiterzuerzählen.

Die Mutter tat ihr den Gefallen nicht. So kam der Fall ans Tageslicht.

Die linke Betriebsgruppe berichtete in ihrer Betriebszeitung über die Verleumdungskampagne und leitete gleichzeitig eine offizielle Beschwerde über die Ausbildungsleiterin ein.

Der Personalchef machte einen gewaltigen Rückzieher. In einer Betriebsausschußsitzung wurde gemeinsam protokollarisch festgehalten, das Elternhaus sei nicht mehr zuständig für Rückfragen aller Art, die Ausbildungsleiterin habe ihre Kompetenzen überschritten, sie habe sich gegenüber der JV-Kandidatin zu entschuldigen – erfolgte am nächsten Tag – und habe sich gegenüber einem Mitglied der Betriebsgruppe von ihren Äußerungen zu distanzieren – erfolgte noch während der Sitzung über Lautsprecheranlage des Telefons. Der Personalchef versicherte weiter, daß es einen Wiederholungsfall nicht geben dürfe und nicht geben werde. ●

Seibel & Söhne, Erwitte

Nach einem mehr als ein Jahr dauernden Arbeitskampf hat der Zementkapitalist Seibel überraschend der Produktionsaufnahme zugestimmt.

Im dritten Schiedsgerichtsverfahren zwischen Seibel und der IG Chemie hat man sich darauf geeinigt, daß Seibel allen entlassenen 151 Belegschaftsmitgliedern ein Arbeitsangebot macht, und die Produktion bis zum 1. Juni in drei Stufen aufnimmt:

- Verarbeitung von 30 000 t liegengebliebenen Zementklinker und Reparaturarbeiten mit der verbliebenen Belegschaft,
- Für das Anfahren des großen Zementofens werden etwa weitere 60 Arbeiter benötigt.
- Bei entsprechender Konjunkturlage soll ein weiterer Ofen angefahren werden.

Alle Arbeiter sollen sieben Tage Zeit bekommen, sich das Arbeitsangebot zu überlegen. Dazu ruft die IG Chemie eine Mitgliederversammlung ein, die Entscheidung soll jedoch „*jeder mit sich selbst*" abmachen. Sämtliche Prozesse, die zwischen Seibel und der Belegschaft laufen, werden von der Einigung nicht berührt. „*Die Gewerkschaft hätte nichts dagegen gehabt, wenn die Verfahren jener Arbeitnehmer, die wieder bei Seibel anfangen, im Wege gütlicher Einigung bereinigt worden wären.*" („Frankfurter Rundschau", 16.4.76). Nach Meinung der IG-Chemie-Führung sind es vor allem wirtschaftliche Gründe, die Seibel zur Produktionsaufnahme bewogen haben. Der Zementpreis hat infolge des Konjunkturaufschwungs spürbar angezogen.

Was Seibel zur Produktionsaufnahme bewogen hat, weiß der Geier. Auf jeden Fall verschenkt er nichts dabei. Im Gegenteil. Vielleicht kann er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Für das Arbeitsangebot kommen nur noch 30 Kollegen in Frage. Die anderen haben woanders Arbeit gefunden und werden es sich zehnmal überlegen, zu Seibel zurückzukehren. Außerdem müssen neue Tarifverträge ausgehandelt werden. Bei d e r Gewerkschaftsführung kann man sich leicht ausrechnen, wieviel dabei herauskommt. Seibel braucht nur 60 Arbeiter für die zweite Phase der Produktionsaufnahme. Die dritte Phase braucht er erst bei „entsprechender Konjunkturlage" anfahren.

Dann spekuliert die Gewerkschaftsführung ganz offen darauf (und Seibel wahrscheinlich auch), daß sich die Kollegen, die wieder bei Seibel anfangen, gütlich mit ihm einigen. Es ist also ein Kompromiß geschlossen worden, so ganz nach des Kapitalisten Geschmack! Daß Seibel sich an diese Abmachungen auch hält, kann soundso keiner garantieren. Er kann sich darüber jederzeit – wie gehabt – in frühkapitalistischer Manier hinwegsetzen. ●

Norddeutsche Affinerie, Hamburg

Fünf Tote und drei Schwerverletzte, das ist e i n e Bilanz der Arbeitsbedingungen auf der Affi. Davon alleine drei Tote und drei Schwerverletzte im neuen Werk Ost, der modernsten Produktionsanlage ihrer Art in Europa.

- Ein Meister ist beim Duschen an Kohlenmonoxyd erstickt. Der Gasboiler war im Duschraum angebracht, die Belüftung zu gering.
- Ein türkischer und ein deutscher Schlosser sind beim Abdrücken eines 60 atü-Kondensators ums Leben gekommen. Die Kollegen waren nicht ausreichend auf die Gefahren von 60 atü-Dampf hingewiesen worden. Der zuständige Ingenieur war nicht anwesend.
- Ein türkischer Kollege ist im flüssigen Kupfer verbrannt. Eine uralte, verbogene Gleisanlage führte zu diesem Unfall.
- Ein Lehrling ist an einer 500-Volt-Schiene verbrannt. Die Handwerker haben einfach nicht die Zeit, neben ihrer Arbeit auch noch einen Lehrling immer im Auge zu behalten.
- Ein türkischer Kollege ist vom Ofen gefallen, 42 Tage Krankenhausaufenthalt, insgesamt sechs Monate krank. An der Stelle war das Geländer weggebrannt worden. Die Stelle ist nicht abgesichert worden.
- Zwei Handwerker sind im Schlakkensilo von mehrere-Kilo-schweren Brocken begraben worden. Das Förderband war nicht abgesichert.

Bei 621 Unfällen 1974 und einer durchschnittlichen Ausfallzeit von 23 Tagen ist das eine schreckliche Bilanz!

Auf Betriebsversammlungen gab die Geschäftsleitung Erklärungen dazu ab, die Unfälle wären „eine Verkettung unglücklicher Zufälle". In einem von der Affi herausgegebenen „*Ratgeber Sicherheit*" wird den „*leichtsinnigen und unvorsichtigen*" Kollegen die Schuld gegeben!

Der Betriebsrat nimmt solche Hämmer kommentarlos hin. Zwei Tage nach dem Tod des türkischen Kollegen verstarb ein Direktor. Für den türkischen Kollegen hatten die sozialdemokratischen Betriebsräte keine Mark über. Sie erklärten die Sammelliste für illegal! 2 500 DM kamen trotzdem zusammen. Am Grabe des verstorbenen Direktors lag dagegen auch ein Kranz der drei Betriebsräte, die zugleich als Aufsichtsratsmitglieder fette Schmiergelder kassieren. Die Linken auf der Affi haben auf Gewerkschafts- und Betriebsver-

gen verstarb ein Direktor. Für den türkischen Kollegen hatten die sozialdemokratischen Betriebsräte keine Mark über. Sie erklärten die Sammelliste für illegal! 2 500 DM kamen trotzdem zusammen. Am Grabe des verstorbenen Direktors lag dagegen auch ein Kranz der drei Betriebsräte, die zugleich als Aufsichtsratsmitglieder fette Schmiergelder kassieren. Die Linken auf der Affi haben auf

Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen diese Schweinereien angeprangert und eine Ausgabe ihrer Zeitung „Argumente" zu diesem Thema herausgegeben. Zum 1. Mai ist ein Transparent in Vorbereitung. ●

Norddeutsche Affinerie:
5 Tote klagen an –
AKKORD IST MORD!

Chemiekomitee/KB Gruppe Hamburg

Texaco, Hamburg

Bei der Texaco wechselte das Betriebsratsmitglied Dr. Hinz von der DAG zur IG Chemie. Hinz war noch auf der letzten Betriebsratswahl als Paradepferd der DAG aufgetreten. Die DAG-Betriebsgruppe forderte Hinz in einem offenen Brief auf, von Freistellung und Betriebsratsposten zurückzutreten, da er das „Wählervotum verfälsche." Hinz tat nichts dergleichen.

Als tatsächliche Gründe dieses Gewerkschaftswechsels wurde inzwischen bekannt, daß Hinz – Leiter einer SPD-Ortsgruppe – von der SPD aufgefordert worden war, die Fronten zu wechseln. Der DGB sei eher in der Lage, ihn als SPD-Kandidaten für die nächste Landtagswahl in Schleswig-Holstein zu unterstützen. Bekannt ist auch, daß die IG Chemie seit langem nach einer neuen Galionsfigur sucht, die geeignet ist, eine SPD-Betriebsgruppe gegen die gewerkschaftsoppositionelle Texacogruppe zu führen. Die IG Chemie-Betriebsarbeit war nach dem Ausschluß von 15 Betriebsräten und Vertrauensleuten 1974 nahezu zusammengebrochen. ●

BP, BRD

Der Mineralölkonzern BP wird in der Bundesrepublik rund 20% der beschäftigten Arbeiter und Angestellten auf die Straße setzen, etwa 1 000 Kollegen. Nach einer „Spiegel"-Meldung benötige der deutsche Konzern dringend Finanzierungshilfen, die er von der englischen Muttergesellschaft nur dann erhalte, wenn er garantiere, daß 20% der Belegschaft wegrationalisiert würden. Eine Lüge, die dazu dient, den Kollegen vorzugaukeln, ein Fortbestehen des Betriebs gebe es nur, wenn diese Maßnahmen durchgesetzt würden. 1. wird die BP – übrigens über die Burmah Oil zu 70% in den Händen des britischen Staates – nicht auf Profit, Markt und Einfluß in der BRD verzichten, und 2. trat der BP-Vorstand schon vor drei Monaten an den Verwaltungs-Betriebsrat heran, um seine Zustimmung zu 15% Personalabbau in der Verwaltung zu holen. Der Betriebsrat lehnte ab.

Nach Bekanntwerden der 20% sah sich der Vorstand gezwungen, dem Betriebsrat konkrete Zahlen mitzuteilen. Danach werden 1976 noch 400-500 Kollegen entlassen und 1977 weitere 100-200. Gleichzeitig wurde allen, die Informationen „nach außen" – also unter die Betroffenen – getragen hätten, arbeitsgerichtliche Maßnahmen angedroht.

In der Hauptverwaltung begann eine Kolleginitiative Unterschriften für eine außerordentliche Betriebsversammlung zu sammeln. Noch bevor die erforderliche Unterschriftenzahl erreicht war, berief der Betriebsrat die Versammlung ein.

Auf der Versammlung warf die Geschäftsleitung dem Betriebsrat mangelnde „vertrauensvolle Zusammenarbeit" vor, weil er einen eigenen Aushang zu den Rationalisierungen verabschiedet hatte, und kündigte einen „großzügigen" Sozialplan an – unter Ausschluß des Betriebsrates. Angeblich handele es sich bei den Maßnahmen nicht um Betriebsänderungen. Die Betriebsräte und Kollegen, die gegen die Geschäftsleitung auftraten, erhielten viel Beifall. Der Vorstand zeigte sich einigermaßen überrascht. In der Vergangenheit hatten die Angestellten hauptsächlich ihm applaudiert. ●

nicht auf Profit, Markt und Einfluß in der BRD verzichten, und 2. trat der BP-Vorstand schon vor drei Monaten an den Verwaltungs-Betriebsrat heran, um seine Zustimmung zu 15% Personalabbau in der Verwaltung zu holen. Der Betriebsrat lehnte ab.

Nach Bekanntwerden der 20% sah sich der Vorstand gezwungen, dem Betriebsrat konkrete Zahlen mitzuteilen. Danach werden 1976 noch 400-500 Kollegen entlassen und

rungen verabschiedet hatte, und kündigte einen „großzügigen" Sozialplan an – unter Ausschluß des Betriebsrates. Angeblich handele es sich bei den Maßnahmen nicht um Betriebsänderungen. Die Betriebsräte und Kollegen, die gegen die Geschäftsleitung auftraten, erhielten viel Beifall. Der Vorstand zeigte sich einigermaßen überrascht. In der Vergangenheit hatten die Angestellten hauptsächlich ihm applaudiert. ●

Merck, Darmstadt

Die Geschäftsleitung will die 132 Lehrlinge, die dieses Jahr auslernen, nicht übernehmen, da sie die Übernahme im Moment wirtschaftlich „nicht verkraften" könne. Daher hat sie alle Lehrlinge aufgefordert, nicht – wie beabsichtigt – die Lehre ein

(gegen Personalabbau – für Übernahme).

Gemeinsam mit der Vertrauenskörperleitung wurde die Verwaltungsstelle der IG-Chemie aufgefordert, diese Aktionen zu unterstützen. Doch der Geschäftsführer lehnte ab.

Merck, Darmstadt

Die Geschäftsleitung will die 132 Lehrlinge, die dieses Jahr auslernen, nicht übernehmen, da sie die Übernahme im Moment wirtschaftlich „nicht verkraften" könne. Daher hat sie alle Lehrlinge aufgefordert, nicht – wie beabsichtigt – die Lehre ein halbes Jahr früher zu beenden, sondern dieses halbe Jahr länger zu lernen. Allerdings könne sie auch dann natürlich nicht garantieren, daß alle Lehrlinge übernommen würden.

Die Lehrlinge haben prompt reagiert: es haben sich noch mehr als bisher zur vorzeitigen Prüfung angemeldet. Das ganze wurde von der Jugendvertretung und vom KBW veröffentlicht. Worauf der Betriebsrat sich als erstes von der Jugendvertretung abgrenzte. Er wolle sich nicht in den Geruch bringen lassen, er vertrete die Politik des KBW. Obwohl sich die IG-Chemie-Vertrauenskörperleitung voll hinter die Jugendvertretung stellte und ein Flugblatt zu diesen Vorfällen verteilte, konnte nicht verhindert werden, daß der Betriebsrat (mehrheitlich IG Chemie!) gegen die Jugendvertretung sein Mißtrauen aussprach.

Die Jugendlichen ließen sich trotzdem nicht beirren und führten ihre Kampagne gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung weiter. Die Jugendgruppe der IG-Chemie machte folgende Vorschläge:

1. Informationsstände in der Innenstadt und vor dem Haupttor von Merck;
2. Briefe an die Eltern der betroffenen Kollegen;
3. Presseerklärung;
4. Verteilung von Meinungsknöpfen (gegen Personalabbau – für Übernahme).

Gemeinsam mit der Vertrauenskörperleitung wurde die Verwaltungsstelle der IG-Chemie aufgefordert, diese Aktionen zu unterstützen. Doch der Geschäftsführer lehnte ab, denn die ganze Verwaltungsstellenleitung entscheiden müsse, und drohte gleichzeitig mit Gewerkschaftsausschluß (!), falls die Info-Stände trotzdem gemacht würden. Man ließ sich darauf ein und machte die Info-Stände einige Tage später.

Nur der KBW hatte sich was besonderes ausgedacht: er schlug vor, die Info-Stände gleich zu machen, aber seine Mitglieder könnten sich nicht daran beteiligen, weil für sie das ja zu gefährlich sei. „Einfache" Gewerkschaftsmitglieder hingegen hätten nichts zu befürchten. Saubere „Kommunisten" sind das, die die Kollegen ins Feuer schicken und selber sich verstecken und abwarten, was passiert.

Inzwischen sind weitere Aktionen gelaufen. So versuchen die Jugendlichen regelmäßig in den Mittagspausen, die erwachsenen Kollegen für ihren Kampf zu interessieren und die allgemeinen Rationalisierungen bei Merck (u.a. sollen 1976 350 Kollegen wegrationalisiert werden) mit ihrem Kampf zu verbinden. Am 30. März demonstrierten über 150 Lehrlinge mit Transparenten und Sprechchören durch das Werk; sie forderten:

- **Übernahme aller Lehrlinge in ein unbefristetes Ausbildungsverhältnis**
- **Keinerlei Personalabbau.** ●

Hoechst AG, Frankfurt

In einer „*ländlich anmutenden Idylle*" („Frankfurter Rundschau", 12. 4.76) weihte die Hoechst AG ihr neues „Bildungszentrum" ein. Es gehe dabei „*weniger um die beruflichen Aus- und Weiterbildung ... als vielmehr um die Schulung für die Übernahme von Führungsaufgaben*". Dabei „*sei nicht nur an Manager ... gedacht, sondern auch Vorarbeiter, Meister und Betriebsräte (!) kämen ... ohne gezieltes Funktionstraining nicht mehr aus*". Vorstandsmitglied Bouillon machte die Aufgaben und Ziele dieses „Bildungszentrums" klar, indem er sagte: „*Das Ziel aller betrieblichen Bildungsarbeit beinhalte, daß Arbeitnehmer die technischen, personellen und organisatorischen Zusammenhänge kennen und verstehen lernen, und daß ihnen so ein einheitliches Unternehmensverständnis vermittelt werden*" könne. In die „umfassende Ausbildung" werden auch die „betrieblichen Vertrauensleute" der Hoechst AG mit einbezogen – „Vertrauensleute", die dem „Wohl des Unternehmens" und der Personalabteilung verpflichtet sind. An diesen Bildungsveranstaltungen nehmen u.a. „*250 Betriebsräte aus allen Teilen Deutschlands*" teil und lernten von den Kapitalisten etwas über deren verschleierte Bilanzen. Zweck dieses „Bildungszentrums" ist, daß die Kapitalisten aus den Reihen ihrer „besten Mitarbeiter" einen hörigen Stab ausbilden, der ihre Ziele in die Tat umsetzt. ●

Chemische Industrie:

Im Kapitalexport die Nr. 1

Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" (8.4.76) habe sich „*die Investitionszurückhaltung der westdeutschen Industrie ausschließlich auf das Inland*" beschränkt.

Die westdeutschen Auslandsinvestitionen beliefen sich 1975 – im sog. „Krisenjahr" also! – auf über 5,2 Mrd. DM; das ist eine Steigerung gegenüber dem „Boomjahr" 1974 von 15,4%! Die meisten Investitionen flossen in die USA (748 Mio. DM), es folgen Großbritannien (616 Mio.), Belgien/Luxemburg (537 Mio.), Brasilien (450 Mio.) und die Schweiz (410 Mio. DM). Damit haben die westdeutschen Kapitalisten seit 1952 rund 42 Mrd. DM Kapital exportiert. Die „exportintensivste" Branche ist mit weitem Abstand die Chemie-Industrie, die 1975 mit rund 384 Mio. DM Kapitalexport an der Spitze steht. Damit investierte die Chemische Industrie seit 1952 mehr als acht Milliarden DM im Ausland, während die Banken z.B. es im gleichen Zeitraum auf „nur" 2,7 Mrd. DM brachten. Bekanntlich hat sich die Chemische Industrie gerade in faschistischen Ländern besonders „engagiert": vor allem in Brasilien, Chile, Argentinien und Südafrika existieren zahlreiche Zweigwerke und Filialen.

Shell

Das größte europäische Industrieunternehmen, die Royal Dutch/Shell-Gruppe, hat ihren Geschäftsbericht für 1975 veröffentlicht. Aufgrund einer geänderten Rechnungslegung, in der Wechselkursänderungen und Inflationsraten berücksichtigt sind, ist ein Vergleich mit der vorjährigen Bilanz nur schwer möglich. Interessanterweise kann dieser Konzern – und das nach einem Jahr, in dem die Ölmultis angeblich nur „Verluste" erwirtschafteten – noch einen Bilanzgewinn von 950 Mio. Pfund Sterling ausweisen (im Superprofitjahr 1974 waren es 1,09 Milliarden Pfund Sterling). Schamhaft versucht Shell den Gewinn herunterzuspielen, indem auf die neue Bilanzierungsmethode hingewiesen wird und es sich wieder einmal „nur um Scheingewinne" handele.

In verblüffender Ehrlichkeit wird jedoch zugegeben, daß es trotzdem gelungen sei, die Dividende von 8,0 auf 8,75 Gulden zu erhöhen. Das ganze Ausmaß dieser Profitschinderei wird jedoch erst deutlich, wenn man berücksichtigt, daß diese Dividende auf eine 20-Gulden-Aktie bezogen ist. Die Dividende beträgt somit 43,7% vom Nominalwert der Aktie!

Beiersdorf AG, Hamburg

Auf der letzten Vertrauensleutesitzung bei Beiersdorf, wo nach Massenausschlüssen Linke kaum noch vertreten sind, wurde den Vertrauensleuten das Mandat entzogen, weil ihre Gewerkschaftsbeiträge nicht „*satzungsgemäß*" seien. Damit wird erneut deutlich, daß die Gewerkschaftsführung jeden – aber auch jeden! – Kollegen von Ausschluß bzw. Mandatsentzug bedroht, der sich nicht bedingungslos der herrschenden Marschroute der Sozialdemokraten unterordnet. ●

Zur Lage der Frauen

1975 wurden in der Chemischen Industrie die Leichtlohngruppen abgeschafft. Für die Gewerkschaftssekretäre hatte sich damit das Problem der Unterbezahlung der Frauen „weitestgehend gelöst". Geändert hat sich letztendlich aber nichts. Die Frauen bekommen nach wie vor etwa ein Drittel weniger Lohn als die Männer.

Früher umfaßte der Chemietarifvertrag 6 Lohngruppen:

Leichtlohngruppe 1 (alles Frauen)
Lohngruppe 1 (fast alles Frauen)
Leichtlohngruppe 2 (fast alles Frauen)
Lohngruppe 2 (einige Frauen, wenige Männer)
Lohngruppe 3 (nur Männer)
Lohngruppe 4 (nur Männer)

Nach dem Wegfall der Leichtlohngruppen umfaßt der Tarifvertrag heute fünf Lohngruppen. Der Großteil der Chemiearbeiterinnen wird nach Lohngruppe 1 bezahlt, ein kleiner Teil nach Lohngruppe 2. Lohngruppe 3 ist die Ausnahme, und die beiden oberen Lohngruppen erhält keine Kollegin.

Für die Kapitalisten sind allein die Ausbildung der Arbeiter und die körperliche Belastbarkeit (Muskelkraft) von Bedeutung. Nur mit diesen Voraussetzungen hat man die Chance, in die oberen Lohngruppen zu kommen. Das aber sind gerade die Kriterien, die den Frauen fehlen. (Von ca. 1 Mio. berufstätiger Frauen sind 48% ungelernte Arbeiterinnen, 46% angelernte Arbeiterinnen, 6% Facharbeiterinnen). Die Fähigkeiten der Frauen, die sie bei der Arbeit einsetzen müssen (Fingerfertigkeit, Sehschärfe, die einseitige körperliche Belastung), reichen nach den willkürlich festgelegten Kriterien der Kapitalisten, die den Segen der Gewerkschaftsführer haben, eben bestenfalls für Lohngruppe 2.

Einige Beispiele aus der Hamburger Chemischen Industrie:

1. Colgate:
Hier arbeiten 350-400 Kolleginnen in der Produktion, ohne Ausnahme in Lohngruppe 1.

2. Beiersdorf:
Ca. 2 000 Frauen sind in der Produktion beschäftigt. Die Unterbezahlung der Frauen soll hier bemäntelt werden durch die Aufgliederung der 5 tarifvertraglichen Lohngruppen in 10 betriebliche, deren unterste „Lohngruppe 3" heißt. Die Frauen sind überwiegend in den Beiersdorf-Lohngruppen 3,4 und 5 eingestuft, einige wenige in 6 und 7. Somit sind alle Frauen auch hier in den tariflichen Lohngruppen 1 und 2 eingestuft, denn erst die Beiersdorf-Lohngruppe 8 entspricht der Lohngruppe 3 nach Tarif. Zu dieser betrieblichen Einstufung werden durch eine „Leistungsbewertung" Pfennigzuschläge gewährt, die bis zu 1,80 DM pro Stunde ausmachen können. Je höher ein Kollege von der Lohngruppe her eingestuft ist, desto höher wird jedoch „automatisch" auch sein Pfennigzuschlag. Die Frauen kommen so im Durchschnitt auf nur 0,78 DM die Stunde, während der Großteil der männlichen Kollegen bei 1,25 DM und höher liegt.

Bei allen Diskussionen in den Vertrauenskörpern der einzelnen Betriebe zur diesjährigen Tarifrunde wurde die Unterbezahlung der Frauen in keiner Weise berücksichtigt. Erfüllte Zusatzforderungen für die Aufhebung der Lohnungleichheit gab es nicht 1975 und wird es auch nach dem „Jahr der Frau" nicht geben.

WEG MIT DER FRAUENLOHNGRUPPE 1!
ABSCHAFFUNG DER TARIFVERTRAGLICHEN DISKRIMINIERUNG DER FRAUENARBEIT!

Genossinnen der Chem. Industrie

Tarifrunde '76

Weitere Tarifforderungen aus den Betrieben und Bezirken:

Hamburg:

Norddeutsche Affinerie	8,5%
Beiersdorf	8,8%, mind. 125 DM
Colgate	135 DM
Hoechst	5% + 60 DM
Lever Sunlicht	5% + 50 DM
Elida	5,4% + 55 DM
Norddeutsche Schleifmittel	5% + 50 DM
Glasurit	5% + 40 DM
BASF	5,5% + 50 DM

Schleswig-Holstein:

(Tarifkommission)	5% + 50 DM

Nordrhein: Zusätzlich zu den 5% + 45 DM fordert die Tarifkommission eine Gleitklausel, die bei Preissteigerungen, deren Höhe noch nicht festgelegt ist, wirksam werden soll.

Forderungen für Auszubildende

— **Rheinland-Pfalz und Hessen**
Die Vergütung des 1. Ausbildungsjahres soll dem des 2. angepaßt werden, dann soll einheitlich für jedes Ausbildungsjahr die Vergütung um 50 DM angehoben werden.
— **Nordrhein: 40 - 62 DM**

Tabletten im Wert von 2 Milliarden DM landen auf dem Müll

Der „Bundesverband der Betriebskrankenkassen" schätzt, daß im Jahr Tabletten im Werte von zwei Milliarden auf dem Müll landen, da die Arzneimittelindustrie zugunsten ihrer höheren Profite meist teurere Großpackungen herstellt und längst nicht alle Pillen „verbraucht" werden. Insgesamt zahlen die Betriebskrankenkassen 11,6 Mrd. DM an die Pharmaindustrie („Frankfurter Allgemeine", 17.4.76).

Chemiekomitee/KB Gruppe Hamburg

HBV

HBV

Betriebsverlegungen, um die Kollegen billig loszuwerden!

Die beiden zum co op-Konzern gehörenden Gesellschaften Plaza Wa- ein Personalbestand von ca. 30 Kollegen eingeplant (heute noch rd. 80)

Die beiden zum co op-Konzern gehörenden Gesellschaften Plaza Warenhaus Beratungs- und Betreuungsgesellschaft (diese Gesellschaft hat das Konzept für die Plaza SB-Warenhäuser entwickelt und die bisherigen Häuser errichtet) und die Inform — Datenverarbeitungsgesellschaft sollen von Hamburg nach Kamen/Westf. bzw. Frankfurt verlegt werden. Diese Maßnahmen dienen wie alle der Firma zur „Erhaltung der Arbeitsplätze" (laut Vorstand).

Tatsächlich ist das Ziel dieser Verlegungen in beiden Fällen Personalabbau, obwohl natürlich großzügig angeboten wird, daß jeder Kollege am neuen Ort seinen Arbeitsplatz erhält. **Aber da viele Kollegen durch Familie, Haus usw. an den Hamburger Wohnort gebunden sind** oder auch nicht von einer Großstadt in eine Kleinstadt ziehen wollen, wird nur ein Bruchteil der alten Kollegen den Umzug mitmachen.

Darauf hat auch der Vorstand von vornherein gerechnet. So wurde z.B. für die Plaza in Kamen nur noch ein Personalbestand von ca. 30 Kollegen eingeplant (heute noch rd. 80). Ähnlich wird es auch bei der Inform laufen, wo sich fast alle Kollegen geweigert haben, nach Frankfurt zu ziehen.

Der Vorstand geht hier nach dem Motto: „friß Vogel oder stirb" vor. Im Falle der Plaza dauern die Spekulationen über eine Verlegung jetzt schon drei (!) Jahre. Dann ist es auch kein Wunder, wenn die Kollegen sich mit der Zeit entweder resigniert einen neuen Arbeitsplatz suchen oder sich in ihr Schicksal ergeben. So kann sich der Geschäftsführer auch heute damit brüsten, daß trotz einer Verringerung des Personals um rd. 100 Kollegen innerhalb eines Jahres keine einzige Kündigung durch das Unternehmen nötig war.

Das ist echte „gemein"wirtschaftliche Rationalisierungspraxis!

co op Zelle
HBV Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Schleswig-Holstein:

Spaltungsversuche

Im AK 77 berichteten wir vom Kampf der Auszubildenden, entsprechend dem Manteltarifvertrag des Einzelhandels für die Radio- und Fernsehtechnikerlehrlinge eingestuft zu werden.

Nachdem nun bisher alle Tricks und Einschüchterungen die Auszubildenden nicht davon abgehalten haben, auf dem juristischen Wege **den Tarifvertrag einzuklagen, haben die Kapitalisten einen Zahn zugelegt.**

Im Kieler „Ratskeller" wurden dann neue Schweinereien ausgeheckt. Bald darauf war zu hören, daß das Kultusministerium Schluß mit einigen Lehrern gemacht und von der Schule suspendiert hat, da sie nicht gegen die von der Schülervertretung (SV) organsierten Unterschriftensammlungen vorgegangen sind.

Kein Wort von wahr!

Einige Herren der Handwerkskammer Flensburg hatten nichts besseres zu tun, als in Rendsburg an der Landesberufsschule die Informationsblätter vom schwarzen Brett zu reißen.

Aber die Einschüchterungsversuche zogen nicht. Das Lehrerkollegium protestierte daraufhin beim Trägerverband. Auch eine weitere Lüge wurde schnell enttarnt. Angeblich **hätten die Einzelhandelskapitalisten** eine einstweilige Verfügung gegen die HBV erwirkt, wonach es der HBV künftig untersagt wird, weiterhin zu behaupten, die Tarifverträge sind für die Auszubildenden gültig.

Die Kapitalisten hegten die Hoffnung, durch solche Lügen die in ganz Schleswig-Holstein in kleinen Betrieben verstreuten Kollegen zu verunsichern. Sie hatten allerdings nicht mit dem guten Informationsnetz gerechnet, das die Kollegen von Amrum bis Flensburg und Kiel sofort erreichte!

Doch noch immer nicht scheint den Kapitalisten ihre Methode „geeignet". Schon war eine neue Drohung auf dem Tisch. Da entsprechende Urteile Grundsatzcharakter hätten, wäre der Einzelhandelsverband in Köln schon damit beauftragt, die Klage bis zum Bundesarbeitsgericht durchzuziehen. Ob sich davon Kollegen, die weit unter Tarif bezahlt werden, abschrecken lassen?

Nebenher versucht man die Kampffront durch Einzelmaßnahmen am Arbeitsplatz zu spalten. Man hofft den einzelnen Kollegen so besser einzuschüchtern. So wurde ein Auszubildender gezwungen, seinen Urlaub sofort anzutreten.

Die Antwort — Klage!

Insgesamt müssen jetzt aber auch Schritte dahingehend unternommen werden, Verbindungen mit anderen Auszubildenden in der Gewerkschaft aufzunehmen, um den Kampf so breit wie möglich zu publizieren. Die Front der Solidarität muß ausgeweitet werden.

HBV-Zelle
KB/Gruppe Kiel

Banken:

Zeichen für weitere Monopolisierung

Während allein im 1. Quartal 1976 neun Kreditinstitute pleite gingen, zeigen gerade die Abschlüsse der drei Großbanken, daß die Monopolisierung voranschreitet.

So stieg der Jahresüberschuß bei der Deutschen Bank von 234 Millionen auf 281 Millionen, bei der Dresdner von 143 Millionen auf 193 Millionen, bei der Commerzbank von 11o auf 146 Millionen DM, also um jeweils 20 - 30 %. Die Aktionäre hatten somit auch gut lachen, ihre Dividenden stiegen.

Die Kapitalisten mußten zugeben, daß die drei Großbanken in der Nachkriegszeit noch nie so viel an die Aktionäre ausgeschüttet haben wie 1975.

Die Gewerkschaftsführer sollten endlich auch zugeben, daß ihre Zustimmung zu den Lohnraubabschlüssen (1976 5,4%) dazu beigetragen hat. Man kann nur vermuten, daß unter den Aktionären auch diese Herren zu finden sind.

Na bitte:

Frauenveranstaltung findet statt

Nachdem lange Zeit der Ortsverwaltungsvorstand sowie einzelne SPD- und SDAJ-Gewerkschaftsgrößen die Forderung nach einer Frauenveranstaltung mit der Bemerkung, das würde Mann und Frau spalten, abgetan haben und schließlich Kolleginnen auf eine Frauenveranstaltung im Herbst vertröstet hatten, findet nun doch eine statt. Wie das?

Ja, nicht von den Gewerkschaftsgrößen, die ja immer mit einem Ohr am Schreibtisch hängen, sondern von denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die diese Forderung auch gestellt haben. Die Gewerkschaftsführer hätten wohl auch übersehen, daß allein die Anträge von einer großen Zahl Kolleginnen unterschrieben waren. In einem Flugblatt wird noch einmal auf die Situation der Kolleginnen im Bereich Handel, Banken und Versicherungen eingegangen. Zur Haltung der Gewerkschaftsführung, daß „*eine Veranstaltung nicht mehr möglich sei, da ja besonders durch den 1. Mai sehr viel Arbeit vorliegt*", wird gesagt: „*Dies ist aber nichts als eine Lüge! Der Ortsverwaltungsvorstand hat nämlich beschlossen, für den 1. Mai keine eigenen Aktivitäten zu entwickeln. Die HBV beteiligt sich nicht an der DGB-Demonstration – es werden keine Veranstaltungen gemacht – es gibt keine Transparente!*

Es liegt also auf der Hand, daß die HBV-Führer gegen eine Frauenveranstaltung sind.

Wir haben deshalb beschlossen, die Durchführung der Veranstaltung in die eigene Hand zu nehmen, weil wir uns nicht immer wieder vertrösten lassen wollen . . . Es sollen vor allen Dingen die Kolleginnen selber zu Wort kommen."

Auf der Veranstaltung, die am 28.4. im CVJM-Heim stattfindet, wird außerdem der Film „Für Frauen" gezeigt der über den Kampf von Kolleginnen im Supermarkt berichtet.

Die Herren Gewerkschaftsführer müssen sich allerdings noch etwas einfallen lassen, um ihre Fraueneindlichkeit zu verbergen. Und das in einem Gewerkschaftsbereich, wo über 60% der Kollegen Frauen sind!

Versicherungen:

Nach langem Theater — 5,4 %, mindestens DM 90,—

Wie erwartet, wurde auch im Bereich Versicherungen eine Erhöhung der Gehälter um 5,4 % bzw. mindestens DM 90,– beschlossen. Die Gewerkschaftsführung brüstete sich in einem am 21.4. verteilten Flugblatt unter der bezeichnenden Überschrift „Tarifkonflikt vermieden" mit diesem Lohnraubergebnis: „konstruktive Verhandlungsführung, dieser Abschluß kann sich sehen lassen" etc. blah blah. Eine besondere Schweinerei ist es aber, wenn sie schreiben: „auf Grundlage intensiver Diskussionen in Vertrauensleutekörpern und Betriebsgruppen...wurde dem Schlichtungsvorschlag zugestimmt. „Hier wurden Vertrauensleutekörper und Betriebsgruppe mit dem Arbeitgeberverband verwechselt!

Aufgespießtes aufgespießt

In der Gewerkschaftszeitung der HBV „Ausblick" wurde unter dem Titel „Aufgespießt" folgendes Zitat des Vorstandssprechers der Deutschen Bank Ulrich abgedruckt. „Die Systemveränderer sind weg vom Fenster. Es ist jetzt eine politische Notwendigkeit, daß die SPD dafür sorgt, daß diese Ratten nicht wieder aus den Löchern kommen."

Wie ernst die Gewerkschaftsführer diese Aufgabe nehmen, zeigt die Tatsache, daß sie diese Aufgabe unkommentiert ihren Lesern vorzusetzen wagen.

Bremser vom Dienst sollten die verdiente Ruhe bekommen

Auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Genossenschaften der Gewerkschaft HBV am 20.4.76 forderten Kollegen, daß die Fachgruppe sich an der Demonstration am 1. Mai mit Parolen gegen die Rationalisierung **beteiligen solle. Denn die Auswirkungen** davon haben die Kollegen im letzten Jahre am eigenen Leibe drastisch erfahren müssen.

Hachmann, vom HBV-Rechtsaußenflügel und stellvertretender Vorsitzender der Ortsverwaltung erklärte als ausgesprochener Gewerkschaftsfeind zu den co op Rationalisierungen, die Rationalisierungen seien gerechtfertigt, weil dadurch die Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze erfolge. Allen Ernstes fügte ein weiteres Fachgruppenvorstandsmitglied von der rechten Fraktion hinzu, daß auch Heidenreich & Harbeck an den hohen Löhnen kaputtgegangen sei. Das selbst, obwohl ihre Freunde von der IG Metall-Führung zur Zeit wortradikal gegen die Stillegung dieses Betriebes polemisieren.

Wen wundert es noch, daß der Fachgruppenvorsitzende verkündete, daß sich die HBV n i c h t an der DGB-Demo beteiligen würde und auch sonst keine Aktivitäten für den 1. Mai geplant seien.

Und das, wo die Gewerkschaftsführer gegen die von vielen Kolleginnen und Kollegen geforderte Frauenveranstaltung vor dem 1. Mai damit abgeblockt werden sollte, daß vor dem 1. Mai so viel zu tun sei.

Offensichtlich haben die Gewerkschaftsführer in der HBV nur noch damit zu tun , linke Aktivitäten abzublocken, für andere Aktivitäten ist da kein Platz mehr.

Das wurde auf der Mitgliederversammlung auch dadurch bestätigt, daß ein Antrag zum bevorstehenden Gewerkschaftstag, den „Extremisten-**Erlaß" zurückzuziehen, prompt mit einer neuen Ausschlußdrohung gegen** den Antragsteller beantwortet wurde. Die rechten Gewerkschaftsführer lehnten eine Abstimmung über den Antrag überhaupt ab.

Solchen Vögeln, die ihre Aufgabe lediglich darin sehen, Linke abzublocken, sollte man anraten, dahin zu gehen, wo sie hin gehören, nämlich in Führungspositionen von gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

Steigende Arbeitslosigkeit bei den Angestellten

Gerade die Angestellten haben unter dem Ausbau der Konkurrenzfähigkeit des BRD-Imperialismus zu leiden. 1975 waren ca. 300.000 Angestellte arbeitslos. Davon sind allein aus den Handels- und Verwaltungsberufen mehr als 200.000 arbeitslos. Während 1966/67 noch jeder zehnte Arbeitslose ein Angestellter war, so ist es heute jeder dritte. (Ausblick Nr.4) Hierbei ist allerdings noch nicht der Rahmen erschöpft. Die Auswirkungen des vollständigen Einsatzes der EDV-Anlagen sind heute noch nicht abzusehen.

Dabei stehen im Versicherungs- und Bankgewerbe die Kapitalisten noch heute am Anfang ihrer Rationalisierungsmaßnahmen (insbesondere mittels EDV-Anlagen).

Hinzu kommt die andauernde Monopolisierung bei Banken, Versicherungen und im Einzelhandel. Grund für die Arbeitslosigkeit ist es aber nicht wie im „Ausblick", Gewerkschaftszeitung des HBV, gesagt wird „der aufgrund der Wachstumsschwierigkeiten entstandene Zwang der Unternehmen zur Rationalisierung", sondern der Machtkampf der Finanzganoven untereinander um möglichst große Marktanteile.

Aufschwung für die Kapitalisten gewerblicher Zahnlabors

Die gewerblichen Zahnlabors - 2.500 in der BRD - und mit ihnen die ca. 27.000 westdeutschen Zahnärzte profitieren von einem Nachfrageboom, der zu Beginn des letzten Jahres einsetzte. Seit dieser Zeit können sich Kassenpatienten – das sind 90% der Bevölkerung – die bis dahin unerschwinglich teuren Zahnprothesen, festsitzenden Brücken und Kronen leisten. Die Patienten müssen im Durchschnitt „nur" noch 20% selbst zahlen, den Rest übernehmen die Kassen.

Die enormen Ausgaben für die teure Ware verdoppelten sich allein für Zahnersatz im Jahr 1975 und belasteten den Krankenkassenetat mit 4,4 Milliarden Mark. Das wiederum benutzten die Krankenkassen prompt dazu, die Beiträge zu erhöhen.

Neben den Zahnärzten sind die Unternehmer von Zahntechnischen Labors die Hauptgewinner dieser Entwicklung. In den „Normaljahren" bis 1974 ließen sie ihre Preise um durchschnittlich 15 bis 20% jährlich steigen. Im Boom-Jahr 1975 nahmen sie dann einen besonders tiefen Schluck aus der Preis-Pulle. *„Knapp 25% im Durchschnitt lagen die Preise 1975 über dem Niveau von 1974 ... In einem Jahr stieg die beliebte Vollgußkrone um 40,5%, die Mantelkrone um 38% und die Stiftkrone gar um 46,8% im Preis."* (M.Binz vom Bundesverband der Betriebskrankenkassen).

Gleichzeitig meldete K.Kanter, Präsident des Bundesinnungsverbandes, daß die westdeutschen Zahntechniker *„am Ende ihrer Leistungskraft"* angelangt seien und kündigte weitere Preissteigerungen an! Für Hessen forderte er einen Zuschlag von 9,5%. In den übrigen Bundesländern liegen inzwischen ähnliche Forderungen auf dem Tisch.

Wie wenig die Gewinne der Unternehmer bei den Angestellten dieser Branche zu Buche schlagen, zeigt das Beispiel des Hamburger Zahntechnischen Labors Böger.

Firma Böger – wie im Mittelalter

Die Firma Böger ist das größte Zahntechnische Labor in Norddeutschland und beliefert mehrere hundert Arztpraxen.

Zahntechnische Labor in Norddeutschland und beliefert mehrere hundert Arztpraxen.

Seit dem Aufschwung in dieser Branche vergrößert sich auch dieses Unternehmen ständig. Von jetzt über 200 Beschäftigten, davon rund 4/5 Frauen, gibt es nur ca. 30 ausgebildete Kräfte (Zahntechniker und Meister) und ca. 14 Angestellte in der Verwaltung. Der übrige Teil der Beschäftigten besteht aus angelernten Kräften.

Es herrscht eine extreme Arbeitsteilung, um den Arbeitsumfang und die Leistungen der Kollegen möglichst hoch zu treiben. Fast täglich werden neue Kollegen eingestellt. Ein großer Teil der scheinbar „ungeeigneten" Kräfte flog nach wenigen Tagen wieder auf die Straße. Durch das „Überangebot" an Arbeitskräften ist der Arbeitsplatz wenig sicher. Ist ein Kollege mehrmals krank, so fliegt er sofort mit einer Kündigungsfrist von 14 Tagen. Die Arbeitsbedingungen gleichen denen eines Akkordarbeiters – obwohl nicht nach Akkord bezahlt wird. Zu der Arbeitshetze kommen noch fehlende Absaugeinrichtungen für Kunststoff- und Gipsstaub. Schutzbrillen sind nur für wenige Kollegen vorhanden. Wird das Fenster geöffnet, um die Hitze im Raum erträglicher zu machen, so zieht es derart, daß schon Kolleginnen krank wurden.

Um zu zeigen, was „man wert ist", klotzen viele Kollegen ran. Besonders ausgenutzt werden neben den Frauen und Ausländern die Kollegen in der Stahlabteilung, denen mit Prozenten das Äußerste abverlangt wird.

Den Frauen wiederum, die den Arbeitsgang davor leisten, also genau so viele Modelle bearbeiten müssen, werden keine Prozente bezahlt. Auch ihre Löhne sind nicht gerade rosig.

Insgesamt wird häufig mit dem Mittel der Bezahlung die Konkurrenz und Spaltung unter den Kollegen geschürt. Es gibt keine Tarifverträge und Böger bezahlt frei nach Schnauze. So beträgt z.B. der Lohn in einer Abteilung zwischen DM 700.- brutto für eine türkische Kollegin und DM 2.000 für einen westdeutschen Kollegen! – Ein ausgebildeter Zahntechniker verdiente DM 2.600.-. Eine ausgebildete Zahntechnikerin, die genau so lange in der gleichen Abteilung gearbeitet hatte, bekam dagegen nur DM 2.000.- monatlich.

Wohlweislich hat Böger die Kollegen mit ihrer Unterschrift unter den Arbeitsvertrag zur *„Verschwiegenheit über Lohn- und Gehaltsfragen"* verpflichtet. Das erschwert natürlich ein gemeinsames Handeln der Kollegen.

Auch die „sozialen Leistungen" der Firma lassen nicht gerade vermuten, daß das 20. Jahrhundert angebrochen ist. Einen Aufenthaltsraum und eine Kantine gibt es nicht.

Vor kurzem wurde die 40-Stunden-Woche eingeführt (vorher 42,5). Eine Frühstückspause kannten bisher nur die unter 18jährigen. Diese halbe Stunde hat man ihnen dann auch gleich mit Einführung der 40-Stunden-Woche wieder gestrichen.

Stunde hat man ihnen dann auch gleich mit Einführung der 40-Stunden-Woche wieder gestrichen.

Auch die Arbeitskleidung muß sich jeder selbst bezahlen – *„sie paßt dann ja auch viel besser"*. Mit Schutzkleidung ist es ähnlich, obwohl mit Säuren und Chemikalien gearbeitet wird.

Überstunden gibt's reichlich, die Bezahlung dafür ist wiederum weniger reichlich. Der Jahresurlaub beträgt 15 Tage.

Es erübrigt sich wohl fast zu sagen, daß es in diesem Betrieb auch keinen Betriebsrat gibt. ●

Genossinnen bei Böger und ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Rationalisierung im Rudolf-Virchow-Krankenhaus, Westberlin

Im Rudolf-Virchow-Krankenhaus in Westberlin wurde ein Fragebogen auf den Stationen verteilt, den das Personal ausfüllen sollte. Abgesehen von den Personalien wird gefragt nach der *„voraussichtlichen Verweildauer"* im Krankenhaus, nach der *„Zeit, in der der Patient täglich das Bett verlassen kann"* (*„Weniger als 4 Std.=0; 4-6 Std.=1; 6-8 Std.=2; mehr als 8 Std.=3"*); ob der Patient sich alleine an-/auskleiden kann; ob er alleine zum Arzt/Therapie gehen kann, und seit wieviel Tagen das so ist. Außerdem wird gefragt nach der *„Anzahl der Kinder unter 14 Jahren und sonstigen unselbständigen Personen im Haushalt des Patienten"* sowie der *„Anzahl der Kinder über 14 Jahren und sonstigen selbständigen Personen im Haushalt des Patienten."*

Den Fragen nach zu urteilen geht es wohl kaum darum herauszufinden, ob noch *„neue Krankenhäuser gebaut werden müssen"*, wie es sinnigerweise bei der Verteilung des Fragebogens hieß. Es soll ermittelt werden, wie hoch der Anteil der *„minimal-pflegebedürftigen Patienten"* ist. Das heißt: Wievielen Patienten das Bett unterm Hintern weggestrichen werden kann und wieviel Pflegepersonal dann „überflüssig" ist. ●

Gesundheitsgruppe KB/Gruppe Westberlin

Bundeskanzler Schmidt gegen Streikrecht im öffentlichen Dienst

Als „Starredner" auf einer Post-Versammlung in seinem Stammwahlbezirk Hamburg-Bergedorf haute Schmidt(-Schnauze) die Kollegen voll in die Pfanne. Nicht nur, daß er den Lohnraubabschluß für den öffentlichen Dienst (5 % !) verteidigte, für ihn sind die gezahlten Löhne und Gehälter auch jetzt noch zu hoch! *„Schmidt kritisierte, daß die Lehrer sich in immer ‚höhere Gehaltsstufen hangeln' und dann auch noch streiken wollen"* („Bild", 17.4.76) !

Auf die Forderung eines Postbeamten nach Streikrecht für Beamte erwiderte Schmidt: *„Es wäre für mich unerträglich, wenn Lehrer ganze Schulen lahmlegen, Polizisten die Ordnung gefährden und Postbeamte ihren Service mit Streik einstellen würden"* (ebenda). Solche Leute werden von den Arbeitgebern natürlich gern zu ihren Versammlungen geladen. ●

SPD-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Wer keinen BH trägt, wird gekündigt!

Besondere Auswüchse der Frauenfeindlichkeit und doppelten Unterdrückung der Frau sind bei den internationalen Luftverkehrsgesellschaften (LVG) anzutreffen. Die Stewardessen müssen aufgrund ihres „Traumberufes", der ja zu den typisch „weiblichen" gehört, ihre äussere Erscheinung nach den Wünschen der Kapitalisten gestalten und als Lockvogel für die Fluggäste ihre Haut zu Markte tragen. Die „Berufskleidung" wird sogar mit Kündigungsdrohungen erzwungen: *„Bei der Lufthansa und den anderen internationalen Luftfahrtgesellschaften hat man noch nie (?) viel von allzu auffälliger Kleidung gehalten. Stewardessen, die aus eigener Machtvollkommenheit (!) die Rockschläge nur um wenige Zentimeter kürzen, droht die Kündigung. Bei der ‚Pan Am' (USA) fliegt (und nicht mehr in der Luft), wer den BH vergißt (!). Und bei der ‚Lufthansa' braucht ein ärztliches Attest, wer seine Nägel nicht lackiert."* („Bild am Sonntag", 30.11.75).

Den Höhepunkt bietet die LVG „Air Jamaica". Hier müssen die Kolleginnen die Passagiere im Bikini bedienen! – Daß Stewardessen von aufdringlichen, aufgegeilten Fluggästen belästigt werden, versteht sich fast von selbst. ●

Genossen des ÖTV-Bereiches KB/Gruppe Hamburg

GEW

GEW-Hamburg: Der Spalterliste keine Stimme!

Wie schon berichtet (zuletzt in AK 77), formiert sich im Hamburger Landesverband die rechte Mafia zu einer neuen Offensive. Nachdem das langjährige Vorstandsmitglied U. Koppe bei der Aufstellung zu den Personalratswahlen im Volks-, Real- und Sonderschulbereich auf Platz eins der GEW-Liste durchgefallen war, eröffnete sie mit anderen rechten Kollegen (zwei Schulleitern) eine Spalterliste. Seither hetzen sie und ihre Komplizen über Artikel in der HLZ („Hamburger Lehrerzeitung") und in etlichen Flugblättern, die oft von den Schulleitern selbst in den Schulen verteilt bzw. ausgehängt werden, gegen die von den Mitgliedern aufgestellt offizielle GEW-Liste, auf der auch ein DKP-Mitglied steht.

„Wir, ... sind der Ansicht, daß auch in Zukunft die Arbeit im Personalrat von kritischer Distanz gegenüber der Behörde, sowie vom Willen zu konstruktiver Zusammenarbeit bestimmt werden sollte. ... wir möchten nicht, daß die Hamburger Lehrerschaft im Personalrat in Zukunft von Kollegen vertreten wird, denen eine Partei oder Gruppe vorschreibt, was sie zu denken und zu tun haben".

Offen wird hier der Behörde die Unterstützung bei Lehrerarbeitslosigkeit und Berufsverboten zugesagt!

Kein Wunder, daß GEW-Boß Frister mit von der Partie ist. In einem Brief an die Anführer der Spalterliste vom 19.3. kritisiert er zwar die Aufstellung der Spalterliste gegen den Willen der Mitglieder als „gewerkschaftssschädigend", bekundet aber sein *„Verständnis für Ihre Kritik an der Liste"*. Für den Fall, daß die GEW-Liste an Stimmen verliert, fordert er den Rücktritt der Vorstands„linken", da es ihnen nicht „gelungen" sei, eine den *„Empfehlungen des Hauptausschusses"* entsprechende Liste aufzustellen, die *„für die GEW repräsentativ und für Wähler attraktiv ist"* („HLZ" 7/76, 271).

Wie geschickt die Rechten ihre Vorteile nutzen, zeigt der „Rücktritt" der Schriftleiterin der „HLZ", Monika Bistram.

Am 31.5. steht die Wahl einer neuen Schriftleiterin auf der ordentlichen Landesvertreterversammlung an, am 17.4. tritt Monika Bistram mit Eklat und Schlagzeile in der Springerpresse zurück. Sie will jetzt all ihre Kraft der Unterstützung der Spalterliste opfern! Auch mit Ausschlußanträgen gegen sich selbst sind die Rechten großzügig. Nachdem der Landesvorstand am 30.3. einen Antrag an die Schiedskommission gestellt hat, die Gewerkschaftsschädlichkeit der drei Anführer der Spalterliste zu untersuchen (!), wollten auch gleich noch die übrigen Unterzeichnet „untersucht" werden. Unter ihnen soll auch der bekannte Spitzel Jürgen Petersen (vgl. AK 77) sein. Der Vorstand lehnte den Antrag ab.

Die „linken" Sozialdemokraten um den 1. Vorsitzenden Lemke treten der Offensive der Rechten defensiv gegenüber. Bewußt haben sie den von vielen Mitgliedern geforderten sofortigen Ausschluß von Koppe und Co. verzögert und bis nach den Wahlen auf Eis gelegt.

So ist es auch kein Wunder, daß bislang kein offensiver Wahlkampf gegen die Spalterliste geführt wurde. Die Spalter können immer noch auf ihre GEW-Mitgliedschaft verweisen und so Stimmen erschwindeln. Man stelle sich einmal den umgekehrten Fall vor, daß eine Liste linker GEW-Mitglieder neben den offiziellen Gewerkschaftskandidaten aufgestellt worden wäre. Diese Mitglieder wären längst ausgeschlossen, und kein GEW-Führer würde dabei nach ihrem Wahlergebnis fragen – auch die Herren „linken" Sozialdemokraten nicht. ●

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Hamburg Arbeitslose Lehrer

Hamburg: Arbeitslose Lehrer – Schlagabtausch vor Gericht

Will einer Lehrer werden, so muß er zunächst ein entsprechend gutes Abiturzeugnis vorlegen, um überhaupt zum Studium zugelassen zu werden. Hat er schließlich nach vier bis sechs Jahren sein 1. Staatsexamen gemacht, so wartet auf ihn die zweite Hürde: das Referendariat. Denn nur mit dem 2. Staatsexamen, das er im Studienseminar ablegt, ist seine Ausbildung beendet.

Seit dem 1.8.74 sind nicht alle Lehrer mit 1. Examen ins Referendariat übernommen worden, sondern mußten teilweise bis zu einem Jahr auf einen Platz warten. In dieser Zeit bekommen die Kollegen allenfalls Sozialhilfe und müssen jeden Job annehmen, um sich über Wasser zu halten.

Am 1.2.76 wurden allein im Gymnasialbereich von 484 Bewerbern 248 abgelehnt. Das entspricht ca 50%.

Kriterien für die Aufnahme ins Referendariat sind laut Behörde

- Zensur des 1. Examens,
- Fächerkombination (es wurden B. am 1.8.75 für das Fach Geschichte/Sozialkunde von 135 Bewerbern nur 52 zugelassen),
- Härtefall (darunter fallen größtenteils die Männer, die Bundeswehr bzw. Ersatzdienst abgeleistet haben),
- Losentscheid bei Bewerbern mit gleichen Bedingungen.

Das sind lediglich „Richtlinien" der Behörde (vom 11.6.75), die noch nicht einmal nach bürgerlichem Recht gesetzlich abgesichert sind.

Kollegen mit schlechteren Zensuren oder ungünstigeren Fächerkombinationen können sich bei solch einem Auswahlverfahren leicht ausrechnen, daß sie nie ins Studienseminar kommen und ihre Ausbildung beenden können.

16 Mitglieder der Hamburger „Initiativgruppe arbeitsloser Lehrer" stellten daraufhin Ende Januar 76 Antrag auf einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht, um ihre Einstellung zum 1.2.76 gerichtlich zu erwirken (vgl. AK 74).

Die Anträge wurden abgelehnt mit zwei unterschiedlichen Begründungen: Die eine Kammer gab zu, daß die herrschenden Kriterien rechtswidrig seien, da sie bestimmte Bewerber von der Weiterführung ihrer Ausbildung ausschließen. Dennoch müsse man die Regelung der Behörde in Kauf nehmen, da diese – so sinngemäß – „von der Lehrerschwemme überrascht" worden sei.

Die andere Kammer stellte sich voll und ganz auf die Seite der Behörde und meinte, daß ein Jahr Wartezeit verfassungsrechtlich unbedenklich sei.

Die Kollegen warfen trotz dieser Abfuhr die Flinte nicht in Korn und legten Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht ein.

Dazu fand am 13.4. eine mündliche Verhandlung statt, bei der als Behördenvertreter Lüdemann persönlich erschien. Nach den üblichen Schnacks – „Wir brauchen keine Lehrer, es gibt doch immer weniger Schüler" – mußte er zugeben, daß noch nicht einmal die Kapazitäten für den Ausbildungsunterricht voll ausgeschöpft seien. Den neuen Gesetzesentwurf der Behörde, nach dem 35% der Plätze für bereits wartende Bewerber reserviert werden sollen, stellte er als das Gelbe vom Ei hin. Danach brauchte kein Kollege länger als ein Jahr auf die Einstellung ins Studienseminar warten.

Außerdem hätten sie schon neue Aufnahmekriterien in der Schublade, die dem neuen Gesetzesentwurf entsprechen.

Genauso wie bei dem Schulgesetzentwurf soll auch im Lehrerbereich das Recht auf Ausbildung entsprechend den „finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten" des Staates eingeschränkt werden. Man sieht, die reaktionäre Sparpolitik soll Schritt für Schritt „legal" abgesichert werden. ●

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

GEW-Hessen: Bezirksverband Frankfurt fordert Streik

Auf seiner Mitgliederversammlung forderte der Bezirksverband Frankfurt, dem rund 3.000 Lehrer und Erzieher angehören, baldmöglichst eine Urabstimmung durchzuführen mit dem Ziel eines landesweiten Warnstreiks. In einem Beschluß fordert die Mitgliederversammlung den Landesvorstand auf, endlich die „huldvollen Anhörungsgespräche der GEW mit dem Kultusminister" aufzukündigen und eine „kämpferische Gewerkschaftspolitik" zu betreiben („FAZ", 20.4.76). Eine für Mitte Mai geplante zentrale Protestdemonstration und Großkundgebung soll zur Streikmobilisierung genutzt werden.

Frankfurt ist der erste Bezirksverband, der einen Beschluß zur Durchführung eines Warnstreiks gefaßt hat. Wie auf einer Mitarbeiterkonferenz der GEW-Hessen Ende Februar bekannt wurde, erheben auch in den übrigen Bezirksverbänden die Kollegen die Forderung nach „härteren" Maßnahmen und nach der Durchführung eines Warnstreiks (vgl. AK 77).

Gerade in Hessen ist die Lehrerarbeitslosigkeit besonders kraß. Zum 1.2. wurden von 2.044 Lehrern 1.007 nicht eingestellt („FR", 16.1.76). Jetzt sollen auch noch die zum 1.8. freiwerdenden 750 Lehrerplanstellen nicht wieder mit beamteten Lehrern besetzt, sondern „kapitalisiert" werden. D.h. das Geld für die Planstellen steht dem Kultusminister zur Verfügung, die Planstellen sind gestrichen. Auf diese Weise sollen zunächst m e h r Lehrer mit w e n i g e r Stunden und befristeten (!) Angestelltenverträgen eingestellt werden („Hessisch-Niedersächsischer Anzeiger", 2.4.76). Das ganze ist reine Augenwischerei! Die Planstellen sind weg und die Junglehrer sitzen nach ein bis zwei Jahren doch auf der Straße! Es ist zu hoffen, daß die Kollegen in den übrigen Bezirksverbänden dem Beispiel des Frankfurter Landesverbands folgen. ●

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

Streiknachrichten

Na bitte: Frauenveranstaltung durchgesetzt

Mit beharrlichem Nachhaken haben die fortschrittlichen Frauen erreicht, daß nun endlich am 15. Mai die längst auf der Delegiertenversammlung in Hamburg beschlossene Frauenveranstaltung stattfinden wird! Allerdings haben die Drupa-Führer den Termin damit um ein Vierteljahr hinausgezögert. Doch damit ist noch keineswegs geklärt, daß auf dieser Veranstaltung die Frauenprobleme wirklich breit zur Sprache kommen können!

Dort soll die Frauensekretärin im IG Drupa-Hauptvorstand, Gisela Kessler, reden. Mit dem Anpacken der Frauenprobleme ist es bei den Vorständen allerdings schlecht bestellt, das bewies Frauenfeind Metzinger vom Hamburger Drupa-Vorstand wiederum auf der letzten Sitzung der Drupa-Frauengruppe, zu der ca. 20 Frauen angerückt waren.

Als Metzinger bei seinem dortigen wortradikalen Tarifvortrag darauf hingewiesen wurde, daß in der Tarifrunde die Unterbezahlung der Frauen überhaupt nicht berücksichtigt würde, wurde er pöbelig:

„Wir gehen grundsätzlich (!) davon aus, daß wir alle (!) die gleichen Probleme haben". Frauenprobleme seien im Zusammenhang der Tarifrunde überhaupt nicht wichtig, unter dem Zeitdruck in dieser Situation könnten in den Aushängen keine Romane geschrieben werden.

Die Kolleginnen legten deshalb fest (damit sie nicht weiter untergebuttert werden können), daß in den Betrieben Aushänge gemacht werden sollen und alle aktiven Gewerkschafter direkt in den Abteilungen die Kolleginnen mobilisieren sollen.

Alle Themen- und Diskussionsvorschläge für die Veranstaltung sollen von s der Drupa-„Frauenleiterin" Gertrud Hopp vor Beginn der Veranstaltung den Kolleginnen ausnahmslos vorgelegt werden, damit sie darüber entscheiden können, was tatsächlich dort zur Sprache kommen soll. ●

Genossinnen des Druckbereichs
KB / Gruppe Hamburg

Pressezensur auf kaltem Wege

Das Gewerbeaufsichtsamt Mönchengladbach verweigert der Druckerei Plambeck & Co. in Neuss seit Monaten die beantragte Sondergenehmigung, am Sonntag vor 16.oo Uhr mit der Arbeit zu beginnen. Inzwischen erscheinen jeden Sonntagmorgen Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes bei Plambeck, um das Verbot zu überprüfen. Ebenfalls wurden wegen Verstoßes gegen dies Verbot der Sonntagsarbeit bereits drei Bußgeldbescheide gegen Plambeck verhängt. Die Belegschaftsversammlung, die Vertrauensleute, der Betriebsrat und die IG Druck und Papier protestierten inzwischen energisch gegen dieses Vorgehen des Gewerbeaufsichtsamtes.

Verkehrte Welt ? Das Gewerbe-

tes.

Verkehrte Welt ? Das Gewerbeaufsichtsamt, der Vertreter des Staates als Wächter gegen die Sonntagsausbeutung der Kollegen ? Und die Kollegen auf Seiten des Kapitalisten für die Sonntagsausbeutung ? Keine Spur, bei der Druckerei Plambeck & Co. handelt es sich um die Druckerei der „UZ", der Tageszeitung der DKP. Und um eine rechtzeitige Auslieferung der Montags-Ausgabe der „UZ" zu gewährleisten, ist es unerläßlich, daß bereits am Sonntagmorgen mit der technischen Erstellung begonnen wird, da der Bahnvertrieb ab 17.oo Uhr beginnt und der Flugzeugvertrieb finanziell für die DKP nicht tragbar ist.

Während etliche Zeitungen, darunter auch das „Handelsblatt" ohne Schwierigkeiten eine Ausnahmegenehmigung für Sonntagsarbeit erhalten haben, wird sie der Druckerei Plambeck verweigert, obwohl Plambeck eine der wenigen Tageszeitungsdruckereien ist, wo die Belegschaft in 5-Tage-Woche arbeitet, die Kollegen im turnusmäßigen Wechsel nur alle 14 Tage sonntags arbeiten, bereits am Sonntagnachmittag wieder zu Hause sind und trotzdem für die Sonntagsarbeiten (am Tage) Nachtschichtzuschläge erhalten. Das alles macht deutlich, daß es hier keineswegs darum geht, die Kollegen vor

macht deutlich, daß es hier keineswegs darum geht, die Kollegen vor

unzulässiger Sonntagsarbeit zu schützen, zumal die Plambeck-Kollegen ihrerseits seit zweieinhalb Jahren vergeblich bei eben diesem Gewerbeaufsichtsamt gegen die gesundheitsschädlichen Emissionen umliegender Industriebetriebe Beschwerde führen. Hier geht es um nichts anderes, als um das Vorhaben, eine diesem System nicht völlig genehme Zeitung in ihrer Existenz zu beeinträchtigen. ●

Druckkomitee
KB / Gruppe Hamburg

In den vergangenen Wochen legten die Kollegen von über 100 Betrieben der Druckindustrie in Form von Warnstreiks oder kollektiven „Besprechungen mit dem Betriebsrat" die Arbeit nieder und behinderten zum Teil massiv die Produktion. Es ist natürlich unmöglich, alle Aktionen im Einzelnen hier aufzuführen. Wir geben deshalb im Folgenden einen Überblick über die wichtigsten Aktionen, von denen wir Kenntnis bekommen haben (Stand: 25. April, 0 Uhr).

West-Berlin, Druckhaus Tempel- Durch versetzte zweistündi- ilungsstreiks wurde am 23.4. ie Produktion praktisch lahmgelegt; kaum hatte die eine Abteilung die Arbeit wieder aufgenommen, legte die nächste die Arbeit nieder. Dies hatte erhebliche Auswirkungen vor allem auf die Weiterverarbeitung beim **Heinrich-Bauer-Verlag, Hamburg**, wo die Maschinen wegen nicht gelieferter Bogen der „TV-Hören und Sehen" vom Druckhaus Tempelhof vier Stunden lang stillstanden.

Hamburg, Heinrich-Bauer-Verlag: Zu je rund eineinhalbstündigen Diskussionen mit dem Betriebsrat legten die Kollegen vom Fotosatz am 21.4. in der Früh- und Spätschicht die Arbeit nieder. Überstunden für das Wochenende wurden abgelehnt. Es gibt Gerüchte, daß die Produktion eventuell zu Bauer-Köln verlagert werden soll.

Hamburg, Gruner + Jahr: Am 20. und 21.4. gab es in allen Schichten Diskussionen und Streiks bis zu drei Stunden. Insgesamt 8 1/2 Stunden Produktionsausfall an den Maschinen.

Hamburg, Axel-Springer-Verlag: Seit dem 13.4. gab es in fast allen Schichten der Setzerei und Rotation immer wieder Warnstreiks. Auch am 23. April wurde die Arbeit mehrmals unterbrochen.

Deshalb erschienen am Sonnabend „Hamburger Abendblatt" und „Welt" mit redaktionellen Hinweisen, in denen die Leser um Verständnis dafür gebeten wurden, daß Teile der Zeitungen fehlten.

Auch der Andruck der „Bild"-Zeitung (Bundesausgabe) von Freitag hatte sich verzögert. Die Kampfbereitschaft der Springer-Kollegen kam vor allem bei einem Zwischenfall in der Rotation am späten Abend des 22.4. zum Ausdruck: Die Kollegen hatten bereits einen Warnstreik hinter sich. Aufgrund von Repressalien eines Abteilungsleiters in der Rotation wurden die Maschinen dann erneut abgestellt und zwar nicht so „sanft" wie beim ersten Mal, sodaß die Papierbahnen rissen. Überstunden werden seit der Vorwoche schon abgelehnt. Laut dpa ist geplant, den Druck der „Welt" zu „Le Monde" nach Paris und den der „Bild" nach Belgien oder Holland auszulagern, falls es zum Vollstreik kommt.

Hamburg, Broschek: Der Vertrauensleutekörper, der gleichzeitig als Streikleitung fungiert, richtete einen überbetrieblichen Informationsdienst ein, der unter anderem bei der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier am 24. verteilt und von den Kollegen mit grossem Beifall aufgenommen wurde. Es besteht ein ständiger Kontakt mit Betriebsräten und Vertrauensleuten vieler großer Druckbetriebe in der BRD. Die Kollegen im Betrieb werden fortlaufend durch Anschläge über die Aktivitäten in anderen Betrieben informiert. Dies trug wesentlich zu der jetzigen kämpferischen Stimmung bei. Freitag Abend herrschte Streikstimmung in Weiterverarbeitung und Versand. Doch die Broschek-Kapitalisten hauten sofort zu. Als „Rädelsführer" wurde ein Mitglied des VK und Betriebsrat mit sofortiger Wirkung bis Montag, den 26.4. beurlaubt. Schon vorher waren einem Vertrauensmann wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten (Aufforderung zum Überstundenboykott) Repressalien angedroht worden.

Kiel, „Kieler Nachrichten": Auch dieses Blatt erschien am Sonnabend mit dünnerem Lokalteil.

Hannover, Madsack („Hannoversche Allgemeine"): Bereits am 2. April fand in der Setzerei der Firma Madsack ein Warnstreik statt. Als Reaktion darauf wurde der Kollege Rainer P. fristlos entlassen (siehe vorigen AK). Daraufhin wurde von den Kollegen der Technik dieses Betriebes eine Resolution an den Haptvorstand der IGDrupa geschickt mit der Aufforderung, mit allen Mitteln für die Wiedereinstellung des Kollegen zu kämpfen.

Essen/Kettwig, Axel-Springer-Verlag: Am 22.4. halbstündiger Warnstreik. In der Sachsenstraße wurden bereits unaktuelle Teile der dort gedruckten Springerzeitungen ohne Datum vorproduziert und bereits Druckformen, die überall verwendet werden können, hergestellt.

„Westdeutsche Allgemeine/NRZ": Aufgrund der Aktivitäten der Kollegen mußte Ende der Woche nach Ostern der Anzeigenschluß auf 10 Uhr vorverlegt werden. Offizielle Begründung: „technische Verzögerung". Der Lokalteil der „NRZ" war zum Teil bis auf zwei Seiten eingeschränkt.

Frankfurt, „Frankfurter Rundschau": Die Freitagnachtausgabe der „FR" mußte ohne Anzeigenteil erscheinen, weil die Anzeigenmontage im Überstundenboykott steht. Schon in den Tagen zuvor wurde in den „FR"-Druckereien verschiedentlich gestreikt.

München, „Süddeutsche Zeitung": Aufgrund unvorstellbarer Arbeitshetze wegen Zwangsurlaub einiger Kollegen, Krankheit und starkem Aufschwung des Anzeigengeschäfts war bereits die Mittwochsausgabe vor Ostern unkorrigiert erschienen; die Setzer, Metteure und Korrektoren warem dem Arbeitsdruck einfach nicht mehr gewachsen. In der Maschinensetzerei war der Streß so groß, daß die Kollegen der Frühschicht am nächsten Tag die Arbeit der vorherigen Nachtschicht hätten mitmachen sollen. Sie drohten daraufhin unmißverständlich mit Streik, was zur Folge hatte, daß am Montag, dem 21. April arbeitlose Kollegen eingestellt wurden. Auch zu kurzen Warnstreiks ist in der „SZ" gekommen. ●

Nürnberg: Schuhfabrik Medicus pleite

Nürnberg: Schuhfabrik Medicus pleite

Die Schuhfabrik Medicus, Hersteller von Gesundheitsschuhen, hat am 14. April pleite gemacht. Der Inhaber Kapitalist, M. Schmol, gab sich laut „Bild" völlig überrascht, als Lastzüge den Lager-Restbestand von 100.000 Paar Schuhen und Rohmaterial im Werte von 50.000 DM im Morgengrauen abholten. Sein Kommentar: *„Uns hat die Bank die Kehle durchgeschnitten, es kam völlig überraschend"*. Man muß sich doch wundern, auf welche komischen Ausreden die Kapitalisten kommen.

Nicht viel besser sieht es für die rund 600 Arbeiter des Stammwerkes aus. Am Morgen des 14. April hatten sie kein Material mehr, um weiter arbeiten zu können. Für sie ist alles noch im Dunkeln. Ihr Arbeitsplatz geht drauf und ihr ausstehender Lohn, für den sie ja schon gearbeitet haben, ist ihnen auch nicht sicher. Bekanntlich werden die Kollegen ja immer zuletzt „bedacht".

Neben diesen 600 Kollegen in dem Nürnberger Werk sind noch weitere Kollegen betroffen: die Steppe rei in Altmanstein bei Riedenburg = 140 Kollegen, das Werk Villach = 130 Kollegen und die Tochterfirma „Roto" in Lauchheim in Württember mit ebenfalls 130 Kollegen. Insgesamt bleiben 1.000 Kollegen übrig, die einen Arbeitsplatz verlieren und wahrscheinlich ihren letzten Lohn nicht kriegen und ein „armer, überraschter Kapitalist", dem die Banken seine letzten Rohstoffe vom Hof holen. ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten

ausländische Arbeiter in der BRD

Urteile im Prozeß Dynamit Nobel gefällt!

Am Freitag, den 26.3.76, ging in Nürnberg vorläufig der Prozeß gegen die sechs Angeklagten (4 „KPD"-mitglieder und zwei Türken) zu Ende.

Die vier „KPD"-Mitglieder – wegen Landesfriedensbruch beschuldigt – wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Die zwei Türken – ein Student und ein Arbeiter – wurden verurteilt, da gegen sie laut „Nürnberger Nachrichten" vom 27./28.3.76 Aussagen vorlagen, die angaben, sie wären „gewaltätig" gewesen.

Der eine erhielt wegen Landesfriedensbruch neun Monate, der andere wegen „gefährlicher Körperverletzung" (?) ein Jahr Freiheitsentzug.

Beiden wird die Untersuchungshaft angerechnet, der Strafarrest wird allerdings zur Bewährung auf vier (!) Jahre ausgesetzt.

Damit werden die beiden Türken weiteren Schikanen durch Behörden und Ausländerpolizei ausgesetzt, da sie bei jeder kleinen „Straftat" wieder in den Knast oder in ihr Heimatland abgeschoben werden können.

Auch in diesem Prozeß gab es wieder üble Begleiterscheinungen der Prozeßführung:

„Polizisten unter den Zuhörem machten Notizen, um andere Polizeizeugen zu informieren. Der Antrag auf Beschlagnahme der Notizen wurde als unbegründet abgelehnt.

Ein Ziviler unter den Zuhörern erschien provokatorisch mit einer Waffe unter dem Jackett. Auf Anfrage, ob er den Gerichtssaal notfalls mit der Waffe räumen lassen wolle, antwortet der Staatsanwalt „Wenn es darauf ankommt, ja." („Rote Fahne", KAB„D" Nr. 6/76). ●

Zelle Betrieb und Gewerkschaft
GNK (Nürnberg)

Solidarität mit spanischen Michelin-Kollegen

Am 8.4. kam es vor dem Bad Kreuznacher Michelin-Werk zu einer Protestdemonstration gegen das Verbot der Geschäftsleitung, Solidaritäts-marken (50 Peseta-Bons für 2,– DM) zugunsten streikender spanischer Michelin-Kollegen im Betrieb zu verkaufen. Seit dem 2. Februar streiken 8000 Michelin-Arbeiter in drei spanischen Werken für mehr Lohn, eine Verkürzung der Arbeitszeit und den Aufbau einer gemeinsamen Interessenvertretung.

Mit dem Kampf ihrer spanischen Kollegen haben sich die Michelin-Arbeiter aus 17 Ländern solidarisiert. Sie verweigern Überstunden und verkaufen Solidaritätsbons, um den Streik auch finanziell zu unterstützen.

Die westdeutschen Michelin-Kollegen haben einen besonderen Grund zur Solidarität, denn solange das Lohnniveau in Spanien so niedrig ist, kann die Firma ein Interesse daran haben, die Produktion nach Spanien zu verlegen und die Arbeitsplätze in der BRD zu vernichten. In Bad Kreuznach wurden seit Oktober 74 500 Arbeitsplätze abgebaut. ●

Portugals Sozialdemokraten auf Stimmenfang

Gleich vier sozialdemokratische Parteien (SPD, PSP, PSI und PSOE) hatten zu einer Wahlveranstaltung der PSP am 11. April in der Mensa der Universität Stuttgart eingeladen. Aber trotz prominentem Aufgebot (Ehmke schaute mal schnell vorbei und 2 PS-Führer wurden aus Lissabon eingeflogen) wollte der Saal nicht voll werden.

Etwa 100 Funktionäre, Jusos, italienische, spanische und portugiesische Arbeiter hörten sich denn an, was der europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Seefeld, über die Portugal-Solidarität seiner Partei zu berichten wußte. Höhepunkt seiner Ausführungen: Die portugiesischen Arbeitsemigranten in der BRD seien nun dank der Bemühungen seiner Partei, den Arbeitnehmern der EG-Staaten gleichgestellt. Als portugiesische Genossen sich zu einer großspurig angekündigten Diskussion anmeldeten, um auf die tatsächliche Diskriminierung der ausländischen Arbeiter in der BRD hinzuweisen und über die schädliche Politik der PS in Portugal zu berichten, legten die sozialdemokratischen Demagogen kurzfristig eine einstündige (!) Pause ein, „um das Publikum nicht zu ermüden" (!). Die Genossen wurden aufgefordert, zur schriftlichen Beantwortung ihrer Fragen ihre Adresse zu hinterlegen.(!)

Unter dem Eindruck der jüngsten Enthüllungen, distanzierten sich die Sprecher zwar von Spinola, auf den „Kern der Sache" kam aber der stellvertretende SPD Kreisvorsitzende Linkohr. Er lobte die engen Beziehungen der PSOE und PSI zur SPD, „die jetzt in Stuttgart aktiv würden, um dem wachsenden kommunistischen Einfluß entgegenzuwirken."

Daß im portugiesischen Konsulat reaktionäre PPDler sitzen, die bisher in Verein mit der Kirche fortschrittliche Initiativen portugiesischer Arbeiter behindert hatten, „vergaßen" sie dabei ganz bei ihren Ausführungen.

Die Tatsache, daß die PSP-Veranstaltung nicht auf ein überwältigendes Interesse seitens der portugiesischen Arbeiter stieß, ist sicher nicht als eine politische Ablehnung von links dieser Partei zu verstehen. Wir müssen davon ausgehen, daß die große Mehrheit der etwa 65.000 portugiesischen Arbeiter in der BRD vorwiegend den rechten Parteien in Portugal (wie PPD und CDS) zuneigen. Ein großer Anteil der emigrierten portugiesischen Arbeiter kommt aus dem klerikal-faschistisch aufgehetzten Nord-Portugal, aus der kleinbäuerlichen Parzellenwirtschaft. Ihre dort noch lebenden Familien sind ihre Haupt-„Informationsquelle" Zudem haben diese Kollegen den portugiesischen Prozeß nach dem 25. April 74 selbst nicht miterlebt, sondern sind mit der westdeutschen Hetzpropaganda dazu eingedeckt worden. Im übrigen trägt das politische Klima in der BRD bekanntlich auch nicht gerade zur Entwicklung klassenkämpferischer Positionen bei. ●

Ein Genosse aus Stuttgart

afrika aktuell

Guinea- Conakry:

Aufruf zum Sturz der Kompradoren Senghor und Mobuto!

Im folgenden dokumentieren wir einen Artikel des Zentralorgans der guinesischen Staatspartei („Horaya", vom 15.2.76), der zum Sturz zweier der berüchtigsten Kompradoren Afrikas, Senghor (Senegal) und Mobutu (Zaire) aufruft.

Wir haben diesen Artikel nur als Beispiel ausgewählt, weil er die ganze Schärfe der Auseinandersetzungen, den ganzen Haß des fortschrittlichen Afrikas auf die Schergen des Imperialismus darstellt. Besonders den westdeutschen Vertretern der blödsinnigen These von den *„nichtantagonistischen Widersprüchen in der ‚Dritten Welt'"*, die die reaktionären afrikanischen Politiker zur Untermauerung ihrer ebenso reaktionären Angola-„Thesen" zu „Führern ihres Volkes" hochstilisiert haben (KBW u.ä.), sei die Lektüre fortschrittlicher afrikanischer Parteizeitungen nochmals wärmstens empfohlen. (OAU)

„Wir haben den Nachrichten gerade entnommen, und wir waren sehr verdutzt, wie ihr euch vorstellen könnt, daß Leopold Senghor, senegalesischer Staatschef, und Mobutu Sese Seko, zairischer Staatschef, beide Mitglieder der OAU, an Präsidenten Gerald Ford, amerikanischer Staatschef, eine Botschaft geschickt haben, in der sie sich über die Siege der Volksrepublik Angola über die faschistischen und rassisischen Aggressoren Südafrikas beklagt haben und außerdem die Aufnahme der VR Angola in die OAU bejammerten, die Aufnahme, welche nur eine logische Konsequenz der Tatsache ist, daß dieser Staat bereits von der Mehrheit der Mitgliederstaaten der OAU anerkannt worden ist.

Genossen Militante der Staatspartei von Guinea, ihr erinnert euch, daß der Senat der Vereinigten Staaten – getreu die Position des amerikanischen Volkes wiedergebend, das er es als gerecht ansieht, wenn die afrikanischen Angelegenheiten von den Afrikanern geregelt werden – die Anforderung von 50 Millionen Dollar durch den amerikanischen Präsidenten abgelehnt hatte, die die Hilfe, die die USA den beiden Marionettenbewegung FNLA und UNITA gewährten, fortsetzen sollte.

Und weil sie die amerikanischen Autoritäten ehren, sind wir so zutiefst erstaunt über das Ersuchen von Senghor und Mobutu. Wie auch der Grad ihrer Unterwürfigkeit gegenüber den amerikanischen Autoritäten sein mag, so müssen sie doch die stolzen senegalesischen und zairischen Völker respektieren und neben diesen Völkern unsere gemeinsame Organisation, die OAU.

Das angolanische Volk hat nach fünf Jahrhunderten ausländischer Beherrschung, mehreren Jahrzehnten Widerstand gegen diese Herrschaft und 15 Jahren bewaffneten Befreiungskampf einen totalen Sieg über den portugiesischen Imperialismus errungen und führt seit drei Monaten einen zweiten nationalen Befreiungskampf gegen die faschistischen Truppen Südafrikas! Das angolanische Volk hat durch diesen Kampf gerade auf seinem Boden einen entscheidenden Sieg errungen; auf diplomatischem Gebiet Siege von nicht geringerer Bedeutung. Soll dieses angolanische Volk seine Siege den Herren Mobutu als Geschenk anbieten, damit es diese bei ihrem Herrn eintauschen? Nein! Nein! Nein!

Ihr verlangt zu viel, ihr Herren Senghor und Mobutu. Ihr entehrt uns in einem Punkt, der jegliche Grenzen verläßt. Daß ihr uns nicht respektiert, weiß die ganze Welt. Das ist absolut nichts Neues! Daß ihr gelegentlich unsere Völker beschmutzt, das weiß die ganze Welt auch, das ist auch nichts Neues! Aber daß ihr eine der größten militärischen Mächte der Welt – die USA, anfleht, die OAU zu unterjochen, denn darum handelt es sich, das verblüfft uns!

Es ist gut, daß die stolzen Völker des Senegal und Zaires die afrikanischen Völker von dieser Infamie reinwaschen.

Das Wort haben die senegalesischen und zairischen Völker, uneingeschränkt! Mögen sie uns von diesen Leuten befreien, die unseren Kontinent besudeln und eine reale Gefahr für die Existenz, die Freiheit und die Souveränität unserer Völker und Staaten darstellen. Das ist ihre Aufgabe für das afrikanische Wohl. ●

Ruhm den kämpfenden Völkern! Bereit für die Revolution!

Guinea- Conacry:

Die Gleichberechtigung der Frau im Kampf gegen die Reaktionäre erringen

Der 9. Februar ist in Guinea der nationale Frauentag. Er wird anläßlich der Ermordung von M'Balia Ca[illegible] begangen, die im Kampf gegen den Kolonialismus 1955 gefallen war. In seiner diesjährigen Ansprache auf der Abschlußkundgebung der Demonstrationen in Conakry gab Präsident Sekou Toure einen kleinen Einblick in die Probleme und die Erfolge im Kampf der Frauen Guineas gegen Unterdrückung und soziale Benachteiligung. Die folgenden Zitate geben ein lebendiges Bild der Schwierigkeiten, aber auch der Unterstützung durch die Regierung eines der fortschrittlichsten Staaten Afrikas in diesem Kampf.

„Tatsächlich existiert die Ungerechtigkeit weiterhin in unserer Gesellschaft; man schätzt die Frau in der guineischen Gesellschaft weiterhin gering. Auch wenn die Partei immer auf die Gleichheit hingearbeitet hat, gibt es weiterhin Praktiken, die dieser Linie widersprechen:

Um die jungen Mädchen zu schützen, hat die Partei die Volljährigkeit auf 17 Jahre festgesetzt, aber ihr wißt sehr wohl, daß es in den Dörfern wie auch in den Städten Familien gibt, die ihre Mädchen überrumpeln und sie mit 15 oder 16 Jahren zur Heirat zwingen.

Die Partei hat entschieden, daß die freie Wahl der Mädchen respektiert werden muß. Aber in gewissen Vierteln, in gewissen Dörfern werden die jungen Mädchen weiterhin veranlaßt, wenn nicht gezwungen, eine Wahl anzuerkennen, die ohne sie oder sogar gegen sie durch ihren Vater getroffen wurden, der andere Vorstellungen hat und ihr einen oftmals sehr alten Mann aufzwingt. Oftmals, wenn die Mutter versucht, ihre Tochter zu schützen, wird sie selbst von ihrem Mann vor die Tür gesetzt und bleibt allein, bis sie ihre Meinung ändert und sich der Entscheidung des habsüchtigen Vaters unterordnet.

Als die Polygamie abgeschafft wurde, habt ihr die Konsequenzen dieser Entscheidung in der Haltung der Männer gesehen. Bis heute setzen die Reaktionäre in jedem Dorf die Propaganda gegen die Entscheidung der Partei fort.

Nicht nur das Heiratsgesetz wird oftmals unter Komplizenschaft der Reaktionäre verletzt. In Dörfern und Städten sind wir auch noch nicht dazu gelangt, das häusliche Leben zu stabilisieren, das immer noch durch zahlreiche, absolut ungerechtfertigte Scheidungen zerstört wird.

Wenn wir sagen, daß die Arbeit der wichtigste Gatte der Frau ist, so ist das eine absolute Wahrheit. Eine Frau, die nähen kann, wird niemals sagen: „Gestern oder heute habe ich meine Fähigkeit zu nähen verloren, ich weiß nicht mehr, wie man es macht". Man kann ihr die Fähigkeit nicht mehr stehlen so lange sie lebt. Wo immer sie auch in der Welt hingeht, nimmt sie diese Fähigkeit, ihr Bewußtsein mit. Dagegen kann der Mann, der sie heute anlächelt, morgen täuschen. Solange sie schön und charmant ist, ist der Mann treu; aber sowie er eine schönere und charmantere sieht, dreht er ihr den Rücken zu..... Jede Frau soll einen Beruf erlernen, das ist es, was sie in ihrem Verhältnis zu ihrem Mann befreien wird. Jede Frau soll eine Haltung sozialer Würde einnehmen. Jede Frau soll sich Respekt verschaffen, damit die Frauen Guineas und die Frauen der Welt respektiert werden.

Wir haben uns entschlossen, unsere Gesellschaft umzuwandeln, sie schöner, blühender zu machen, im Rahmen einer vollkommenen Gerechtigkeit. Um dieses Ideal zu verwirklichen, muß jede Frau eine vollkommene ideologische, politische und technische Erziehung bekommen. Darüberhinaus muß Arbeit geleistet werden, die Alltagsarbeit, konsequent, ständig und ernsthaft...

Genossen, die Arbeit, die noch zu tun ist, ist größer als die, die hinter uns liegt. Das Volk ist in der Lage, diese Arbeit zu leisten, weil es mobilisiert und perfekt organisiert ist. Und die Frau ist in der Lage, weiterhin ihren großen Beitrag zum Voranschreiten der Revolution zu leisten, weil sie in der Gesellschaft diejenige ist, die am meisten leidet."

(nach „Horoya", Zentralorgan der Staatspartei Guineas (Conacry), vom 22.2.1976) ●

Frauendemonstration in Guinea

Nigeria lädt Kissinger aus

Nach der Niederlage des US-Imperialismus in Angola versucht die US-Regierung verstärkt, in Afrika den verlorenen Boden wieder gut zu machen. Diesem Zweck soll offensichtlich die Reise des US-Außenministers Kissingers dienen, in deren Verlauf er die offen pro-imperialistischen Staaten Kenya, Zaire, Elfenbeinküste und Liberia besuchen will (um neue Strategien der afrikanischen Konterrevolution zu beraten). Laut „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) vom 11.4. beabsichtigt Kissinger darüberhinaus Staaten wie Tansania und Nigeria mit seiner Anwesenheit zu beehren, was nichts anderes heißt, als verstärkten Druck auf die progressiven Staaten Afrikas auszuüben.

Im Fall Nigeria hat sich Kissinger allerdings eine demonstrative Ausladung eingehandelt. Die nigerianische Regierung, die seit dem Sturz Gowons im Sommer '75 erstmals eine außenpolitisch fortschrittliche Linie verfolgt, ließ Kissinger wissen, *„es sei besser, wenn er dort nicht Station mache"*. Der mißglückte Rechtsputsch im Februar '76 hatte massive anti-amerikanische Demonstrationen zur Folge gehabt, die die niegerianische Regierung nun zum Anlaß nimmt, um dem US-Außenminister unumwunden zu erklären, daß man seine Sicherheit nicht garantieren könne! Mit dieser offenen Brüskierung der US-Regierung hat die Regierung in Lagos klargestellt, daß sie die ständigen Einmischungsversuche des US-Imperialismus in die afrikanische Politik ablehnt. Bereits die Rundreise des US-Beauftragten anläßlich des OAU-Gipfeltreffens in Addis-Abeba (Angola-Frage) hatte sie unmißverständlich als *„erpresserische Mission"* gekennzeichnet. Bleibt noch als erfreuliche Maßnahme der nigerianischen Regierung nachzutragen, daß sie die US-Regierung gezwungen hat, ihren CIA-Sender in Kaduna einzustellen! („Neues Deutschland", 9.4.) ●

Afrika-Kommission

Tschad : Attentat der Befreiungsbewegung

Am 13.4.76 verübte die Befreiungsfront des Tschad „Frolinat" ein Attentat auf den Präsidenten, General Felix Malloum. Der Präsident entging nur knapp den drei Handgranaten, die bei der Feier des ersten Jahrestages seiner Machtübernahme gegen die Tribüne geschleudert wurden. Die Befreiungskämpfer konnten sich ohne Verluste zurückziehen („Welt", 14.4. und „Neue Züricher Zeitung", 15.4.76).

Malloum selbst war am 14. April '76 durch einen Putsch gegen den verhaßten Diktator Tombalbaye zur Macht gekommen. Diesen „Machtwechsel" schätzte die „Frolinat" seinerzeit wie folgt ein: *„Auf diese Weise installiert der französische Neo-Kolonialismus Diktaturen in Afrika und stürzt sie, wenn es seinen Interessen entspricht. ... Das neue Regime von N'Djamena* (Hauptstadt), *hervorgegangen aus einer sorgfältig vorbereiteten und von den kolonialistischen Statthaltern ausgeführte Palastrevolte, ging immerhin auf einen Plan des ehemaligen französischen Befehlshaber im Tschad vor drei Jahren zurück ..."* („3. Welt-Magazin" 1/2, 1975).

Mit der Installierung der neuen Marionette Malloum versuchte die ehemalige Kolonialmacht, den völlig abgehalfterten und verhaßten Tombalbaye aus taktischen Gründen zurückzuziehen um die großen Erfolge der „Frolinat" zu unterlaufen. Immerhin hat die Frolinat 50 % des Landes unter ihrer Kontrolle! So verkündete Malloum demagogisch nach der Ermordung Tombalbayes: *„Fortan ist die Fortführung des bewaffneten Kampfes unnötig. Denn unsere Mitbürger haben sich gegen ein anachronistisches und ungerechtfertigtes Regime erhoben, genau wie es die Armee getan hat"* (ebenda).

Der weiterhin im Tschad bestehende Stützpunkt der französischen Armee (Erdöl!) und die fortgesetzte Unterdrückung des Befreiungskampfes im Tschad haben die „Frolinat" selbstverständlich nicht veranlaßt, die Waffen niederzulegen. Im Gegenteil dokumentiert das Attentat ausgerechnet am Jahrestag der neuen Diktatur, daß die „Frolinat" durch ihren Kampf nach wie vor bei breiten Teilen der Bevölkerung eine feste soziale Basis hat, die es ihr erlaubt, militärische Aktionen wie die vom 13.4.76 ohne eigene Verluste durchzuführen (siehe zu diesem Thema DIE INTERNATIONALE, Nr. 14/1975.) ●

Afrika-Kommission

BRD - IMPERIALISTEN mobilisieren für Rassisten- Regime

Seit langer Zeit ist es kein Geheimnis, daß der BRD-Imperialismus zu den wesentlichen Stützen des weißen Rassistenregimes im südlichen Afrika gehört (Wirtschaftsbeziehungen, Rall-Besuch, atomare Zusammenarbeit etc.).
Im Zusammenhang mit dem Aufschwung der Befreiungskämpfe in Namibia und Zimbabwe rufen nun faschistische und militaristische Kreise in der BRD immer lauter und unverfrorener nach offener Einmischung zugunsten der Rassisten.
Denn „*auch im Falle Südafrika steht für alle, insbesondere die europäischen Industriestaaten, zuviel auf dem Spiel*". („Wehrkunde", Nr. 3/März 1976; „Wehrkunde" ist das offiziöse Organ der Bundeswehrführung und der westdeutschen Kapitalisten-Verbände). Und weswegen?:
- **„*Südafrika ist eines der mächtigsten Rohstofflager der Welt....***
- ***Südafrika kontrolliert die für den Westen lebenswichtigen Schiffahrtsrouten um das Kap der Guten Hoffnung.*"(„BamS", 11.4.76)**

Diese „ehrliche" Sicht der Faschisten bildet die Grundlage zur Aufforderung an die NATO, „*die Dinge nicht reaktionslos geschehen zu lassen*". („Wehrkunde")

Mit guten Worten erreicht man nichts

Nach diesem Motto werden die Nato-Staaten kritisiert, die durch ihre „abwartende Haltung" der „Infiltration des Weltkommunismus" im südlichen Afrika Tür und Tor öffnen.

Die Rassisten in Südafrika werden als die letzten „*Verfechter westlicher Kultur und Freiheit in Afrika*" dargestellt („Wehrkunde"), die für die schwarze Mehrheit „*mit großem materiellen Einsatz das äußerste tun, was die Regierung ihrer weißen Wählerschaft gegenwärtig zumuten kann.*" („Wehrkunde")

Entgegen allen Sprüchen von SPD und FDP wird festgestellt, daß „*die Bedeutung der RSA als äußerst wichtiger Rohstofflieferant zwangsläufig zur Zusammenarbeit und damit in der Praxis auch zur Unterstützung des Kurses...*" der Rassentrennung führt. Aber „*aus dem freien Westen kommen fast ausschließlich nur Mahnungen, Kritik und Verurteilung, selten Zurückhaltung oder gar Ermunterung*". („Wehrkunde")

Die tatsächliche Absicht des „Wehrkunde"-Schreiberlings wird deutlich bei folgender „Analyse":
- „*Der mit sozialrevolutionären, humantheoretischen Motiven und ideologischer Demagogie vorgetragene Angriff von außen ... zwingen das Land in eine mit großen Belastungen verbundene psychische und physische Rundumverteidigung.*" (!!)
- „*Der Westen, weltweit in der politischen Defensive gegen den kommunistischen Gegner, aber zögert, unumgängliche Konsequenzen zu ziehen.*"

Damit ist die Katze aus dem Sack. Folgerichtig stellt die „BamS"(11.4.) dann auch fest: „*Der zielbewußten offensiven Strategie der Sowjets in Afrika wird der Westen mit seiner Politik der Moral, die zudem noch auf einem Auge blind ist, wohl nicht mehr lange begegnen können – es sei denn, er wolle mit Gewalt Selbstmord begehen.*" (!!)

Truppen müssen her

In der „Wehrkunde" wird konstatiert, das durch die „*Flucht*" Portugals aus Afrika und die „*sich durchsetzenden linksorientierten*" Befreiungsbewegungen für die RSA-Faschisten „Verteidigungsprobleme" entstehen, denen sie allein nicht gewachsen sein werden.

Denn daß die RSA allein nicht in der Lage ist, die von „*Moskau gelenkten*" Befreiungsbewegungen zu zerschlagen, hat sich ja schließlich am „*defensiven*" (!!) Eingreifen in Angola gezeigt. „*Ob es sich auf derartige, begrenzte Reaktionen beschränken (!) kann, wenn die Unabhängigkeit Sambias und der anderen Länder (!) durch kommunistische Subversion oder Aggression gefährdet werden, erscheint zweifelhaft.*" (!!) Darum stellt die „Wehrkunde" dann auch ein direktes Eingreifen der Nato-Truppen im südlichen Afrika zur Diskussion:

- „*Unverständlich ist, daß sowohl das Atlantische Bündnis als auch die Europäische Wirtschaftgemeinschaft zögern, durch eine engere Verklammerung mit Südafrika die notwenigen Konsequenzen aus den Gegebenheiten zu ziehen...*"

Als einer der „Gründe" für diese „unverständliche" Haltung wird u.a. angeführt, „*daß die pluralistische Gesellschaft im Westen nur zu sehr bereit ist, auf Einbeziehung politischer Kräfte dann lieber zu verzichten, wenn diesen ein nicht ganz lupenreines demokratisches (!!) Verständnis und Verhalten vorgeworfen werden könnte.*"

Nach Meinung der westdeutschen Militaristen darf der „*freie Westen dem Gang der Ereignisse im südlichen Afrika nicht länger distanziert gegenüberstehen. ... Erfreulich, daß wenigstens Frankreich seine Interessen demonstriert und auch von anderen Nato-Ländern die Probleme vorgebracht werden.*"

(Etwa 80 % der südafrikanischen Waffen stammt aus Frankreich. In England wird zur Zeit von den Reaktionären die Aufstellung einer Interventionsarmee diskutiert und die US-Imperialisten streben danach, die Nato bis ins südliche Afrika auszudehnen!)

In diesem Zusammenhang ist der „Wehrkunde"-Artikel als ein Ausdruck für die Aggressivität des BRD-Imperialismus gegenüber den afrikanischen Völkern anzusehen. ●

Afrika-Kommission

Mirage-Bomber für Zaire

Am 24. März traf die zweite Lieferung der von Mobuto in Frankreich bestellten Mirage-Flugzeuge in Zaire ein. Die ersten Mirage waren im vergangenen November eingetroffen, die dritte Lieferung mit vier weiteren Maschinen erfolgt im Juni dieses Jahres.

Diese beschleunigte Aufrüstung der zairischen Luftwaffe durch die französischen Imperialisten stellt eine ernstzunehmende Gefahr für alle fortschrittlichen Staaten Afrikas da, speziell im südlichen Raum. Noch zu frisch ist die massive militärische Intervention Mobutus in Angola in Erinnerung. Auch bei dieser Aggression hatte der französische Imperialismus seine Hand im Spiel, indem er UNITA und FNLA, die Parteigänger Mobutus, materiell erheblich unterstützte. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf das reaktionäre Mobuto-Regime, daß sein aggressives Rüstungsmaterial ohne jede Rücksichtnahme auf die breiten Teile der hungernden Bevölkerung eingekauft hat und sein hoffnungsloses Außenhandelsdefizit dadurch noch vergrößert hat. Dabei ist klar, daß der Ausbau der Luftwaffe auch eine ernsthafte Bedrohung für das zairische Volk darstellt, daß in jüngster Zeit verstärkt seine Ablehnung des Mobuto-Regimes kundgetan hat. ●

Afrika-Kommission

Äthiopien: Vier Todesurteile gegen eritreische Genossen vollstreckt

Der Terror gegen die eritreische Befreiungsbewegung durch die äthiopischen Unterdrücker hat in diesen Tagen vier weitere Opfer gefordert. Nach einem Angriff auf die Ölraffinerie von Assab hat ein sogenanntes „Notstandsgericht der eritreischen Verwaltungsregion" (Radio Addis Abeba) sechzehn Eritreer verurteilt: einige zum Tode, andere zu lebenslänglicher Haft und andere zu langen Gefängnisstrafen. Vier Hinrichtungen hatten bereits am 3. April stattgefunden!

Trotz des immensen Terrors gegen den eritreischen Befreiungskampf mußte die äthiopische Militärregierung zugeben, daß dieser sich weiter konsolidiert hat. Das ausführliche Eingehen auf das „Banditenunwesen" anläßlich der Feiern am 35. Jahrestag des Sieges gegen Italien kennzeichnet direkt das Eingeständnis der Militärdiktatur, in Eritrea weniger denn je ein Bein auf die Erde zu bekommen. General Tefari, der seiner Militärdiktatur das sozialistische Mäntelchen umzuhängen versucht, rief in demagogischer Manier die „revolutionären Volksmassen" auf, „*die Tätigkeit dieser Banditen zu überwachen*" (Radio Addis Abeba, 6.4.76 nach Monitor-Dienst). Viel Vertrauen scheint er jedoch in seine üblen Hetzreden selbst nicht zu haben.

Verstärkt bemüht er sich, mit den pro-imperialistischen Nachbarstaaten ins Geschäft zu kommen, um sich auf diese Weise einen Rückhalt gegenüber den wachsenden Erfolgen der eritreischen Genossen zu verschaffen. Zu diesen Aktivitäten zählt der Abschluß eines Handels- und Kulturabkommens mit Ägypten.

Kaum weniger „erfolgreich" entwickeln sich die Beziehungen zum reaktionären Numeri-Regime im Sudan. Ausgerechnet das Numeri-Regime, daß im Südsudan (schwarze Bevölkerung) die „sozialen Spannungen" unter Waffeneinsatz „lösen" will, hat sich Äthiopien als „Vermittler" in der Eritrea-Frage angeboten. Es verwundert kaum, daß das Numeri-Regime vor allem auf einen Waffenstillstand in Eritrea orientiert, b e v o r es zu Verhandlungen kommen soll: Die Eritreer sollen ihren Befreiungskampf aufgeben, zumindest vorübergehend einstellen, danach kann „verhandelt" werden. Es bestehen keine Zweifel, daß die eritreischen Genossen auf derartig plumpe Manöver nicht hereinfallen werden. ●

Afrika-Kommission

RSA/ ISRAEL

RASSISTEN UNTER SICH

In der ersten April-Hälfte befand sich der RSA Ober-Faschist Vorster auf „Pilgerreise" („Neue Zürcher Zeitung") bei seinen Gesinnungsbrüdern in Israel.

Politisch signalisiert der Vorster-Besuch eine klare Festlegung beider Staaten auf einen unnachgiebigen, nicht einmal Scheinentspannung duldenden außenpolitischen Kurs.

So zahlen die Zionisten ihre demonstrative Freundschaft zum südafrikanischen Faschismus schon seit einigen Jahren mit der Einbuße jeglicher offen eingestandenen, diplomatisch abgesicherten Aktivitäten in Afrika. Der offizielle Abbruch der Beziehungen zwischen allen OAU-Migliedstaaten und Israel (1973) hat allerdings das ehemals massive Engagement der Zionisten in Afrika nie aufhören lassen. Sowohl auf ökonomischem Gebiet (Senegal, Elfenbeinküste) als auch auf militärischem (Ausbildung der reaktionären äthiopischen Truppen) blieb das Verhältnis Israels zur afrikanischen Reaktion recht ungetrübt. Ebenso opfert die RSA mit ihrer zur Schau gestellten Zionistenfreundschaft auf diplomatischer Ebene Erfolgsmöglichkeiten in Nordafrika. Die Überordnung der „Demonstration des Zusammenhalts" der Rassistenstaaten über diplomatische Erfolgsmöglichkeiten ist somit Ausdruck ihrer kriegerischen Konfrontationsstrategie gegenüber den Ländern der „Dritten Welt". Über diesen politischen Aspekt hinaus ging es beim Vorster-Besuch offensichtlich um die Steigerung der militärischen Kooperation: Während Israel großes Interesse an den südafrikanischen Uran-Vorkommen hat, die zum Aufbau eigener atomarer Kapazitäten genutzt werden sollen, werden die RSA-Absichten folgendermaßen beschrieben: „*Vorster äußerte den Wunsch, Kfir-Kampfflugzeuge und Gabriel-See-See-Raketen zu kaufen ... Zur Diskussion steht auch die Frage, ob israelische Techniker Südafrika beim Ausbau einer eigenen Waffenindustrie helfen könnten.*" („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 11.4.76).

In diesem Zusammenhang war auch ein Besuch Vorsters bei den Flugzeugwerken in Lod geplant. „*Südafrika ist an einem Lizenzabkommen für den Nachbau der Kfir-Maschine interessiert*". („Welt", 1o. 4.76).

Um die „Pilgerreise" auch möglichst erfolgreich werden zu lassen, „*lotete schon im März eine Abordnung aus Pretoria in Tel Aviv Israels Kriegspotential aus.*" („NZZ", 4.4. 76).

Die Beziehungen der beiden Rassistenstaaten haben eine lange Geschichte. So erkannte die RSA schon 10 Tage nach Staatsgründung Israel an (25. Mai 1948). „*Es gab ein Gefühl der Verbundenheit mit den Israelis, die das britische Joch abgeschüttelt hatten ...*", hieß es scheinheilig. Die wahre Verbundenheit machte der damalige Premierminister der RSA 1961 deutlich:

„*Das Israel den Arabern (Land) wegnahm, nachdem diese dort tausend Jahre gelebt hatten. In diesem Punkte ist Israel, wie Südafrika, ein Apartheidstaat.*"

Eine südafrikanische Zeitung stellte fest, daß genauso wie die Südafrikaner für die „*Erhaltung der weissen Zivilisation in Afrika*" kämpfen, kämpfen die Israeli darum, „*den jüdischen Charakter des Staates Israel nicht preiszugeben.*" (!!)

Auf dieser Grundlage unterstützen die in der RSA lebenden Zionisten die Faschisten-Politik tatkräftig.

Gleichzeitig pumpen die RSA-Zionisten „*mehr Geld nach Israel als irgendeine andere Gruppe*".

Zwischen der RSA und Israel gibt es zudem noch sehr enge wirtschaftliche Verbindungen. Ein Grund hierfür ist der Handelsboykott vieler afrikanischer Staaten gegenüber der RSA. Israel unterliegt dem nicht. Ein RSA-Kapitalist dazu: „*Israel ist eine sehr nützliche Basis für südafrikanische Unternehmen, die nicht direkt an Afrika liefern können.*"
(alle Zitate aus „III. Welt-Magazin")

Auch auf militärischem Sektor besteht seit langem eine intensive Zusammenarbeit:
- „*Regelmäßig kommen israelische Offiziere nach Südafrika, um die dortige Regierung in Fragen der inneren Sicherheit und der modernen Kriegsführung zu beraten ...*" („Extra-Dienst", 15.4.76)
- „*In Rehovot (Israel) arbeiten südafrikanische und israelische Wissenschaftler an der Weiterentwicklung von elektronischen Steueraggregaten für Boden-Boden-Raketen.*" („III. Welt-Magazin")

Diese wenigen Beispiele zeigen eindeutig die Kooperation der beiden Rassistenstaaten, die nach innen mit faschistischem Terror, und nach aussen mit blutiger Agression regieren. ●

Afrika-Kommission

Djibouti : Opposition droht mit Boykott der Volksabstimmung

Die halblegale LPAI in Djibouti hat durch ihren Sprecher erklären lassen, daß sie zum Boykott der zu erwartenden Volksabstimmung über die Zukunft Djiboutis aufrufen würde, wenn der derzeitige „Ministerpräsident" Ali Aref nicht zurückträte. Ohne Rücktritt der Marionette Aref würde die LPAI darüberhinaus sich weigern, als Bestandteil der Delegation der „Regierung " von Djibouti an den Pariser Entkolonialisierungsgesprächen teilzunehmen.

Die LPAI hat außerdem ihre Solidarität mit der illegalen „Befreiungsfront der somalischen Küste" ausgesprochen und deren Teilnahme an der Pariser Konferenz gefordert. Die LPAI erklärte u.a.: „*Sie* (die Befreiungsfront) *hat dieselben Vorstellungen wie wir, obgleich sie unterschiedliche Methoden anwendet*" (alle Informationen nach „Guardian", 14.4.76).

Für die Durchführung der Volksabstimmung selbst fordert die LPAI neue Wählerregister und ausländische Beobachter, nachdem die „Volksabstimmung" 1967 zu einer gigantischen Wahlfälschung mißbraucht wurde. Weiterhin hat die LPAI keinen Zweifel daran gelassen, daß sie im absoluten Gegensatz zu Aref und Konsorten jedes militärische Abkommen mit Frankreich oder einen Stützpunkt Frankreichs in Djibouti bekämpfen werde.

Damit steht die LPAI in direkter Opposition zu den Plänen der französischen Kolonialisten, die scheinheilig erklärten, sie wollten in Djibouti keinen Stützpunkt aufrechterhalten, „*würden jedoch den Abschluß eines Militärvertrags befürworten, falls der neue Staat darum ersuchte*" („Neue Züricher Zeitung" (NZZ), 9.4.). Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie sich Frankreich den „neuen Staat" vorstellt, und daß die Kolonialisten alles unternehmen werden, die Volksabstimmung in ihrem Interesse zu manipulieren. Es ist in diesem Zusammenhang nicht unwichtig, sowohl die fieberhaften Reiseaktivitäten Arefs (Elfenbeinküste, Senegal etc, siehe AK 78) und des Staatssekretärs im französischen Außenministerium (Ägypten, Uganda, Äthiopien und Somalia) auf ihre Bedeutung bezüglich des Dekolonialisierungsprozesses in Djibouti hin im Auge zu behalten. Nach den Beratungen Arefs mit den Kompradorenregimen Westafrikas konnte auch der französische Staatssekretär vermelden, daß die „*französische Position mit ihren vorgesehenen Etappen zur Erlangung der Unabhängigkeit für Djibouti von seinen Gesprächspartnern mit Verständnis aufgenommen worden*" sei. „*Die Ausnahme bilde die Republik Somalia*". („NZZ", 9.4.) Somalia hat nämlich als eine von mehreren Voraussetzung für die Volksabstimmung die sofortige Beendigung des französischen Kolonialterrors gefordert, der ein Klima der Angst und der Einschüchterung produziere (vergl. AK 78). Insgesamt weisen die obengenannten Reisen und politischen Kontakte auf die ,Formierung eines reaktionären Blocks in der OAU bezüglich der Djibouti-Frage hin, der nicht zum ersten Mal im Widerspruch zu einer antiimperialistischen Lösung eines Dekolonisierungsprozesses stünde. ●

Afrika-Kommission

Mozambique/Zimbabwe

Vertrauen in die eigene Kraft

In einem Interview mit der englischen Zeitung „Observer" vom 28.3. 1976 nimmt der Präsident der VR Mozambique – Genosse Machel – Stellung zum Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe.

Aufgrund der darin enthaltenen Darstellung der Einheit der afrikanischen Revolution und des proletarischen Internationalismus der mozambiquanischen Genossen wollen wir das Interview leicht gekürzt wiedergeben,

Afrika-Kommission

Frage: *Welche neue Strategie haben die Präsidenten von Sambia, Tansania, Botswana und Mozambique im Kampf gegen die weißen Rassisten entwickelt?*

Machel: *Wir entschieden uns, den bewaffneten Kampf zu verstärken... die Einheit inmitten des bewaffneten Kampfes zu verstärken, den Feind neu zu definieren... und zu entscheiden, welche Ziele wir verfolgen wollen. Der Kampf richtet sich nicht gegen die Weißen...*

In Zimbabwe wird es einen Volkskampf geben, er wird sich in die Länge ziehen. Er wird den Zimbabwern ermöglichen, den augenblicklichen nationalen Kampf in einen revolutionären Kampf umzugestalten, der tiefe Änderungen in der Gesellschaft beinhaltet. Diese werden es erlauben, sich von dem kapitalistischen System zu trennen. Insofern wird der Kampf ein langer sein.

Frage: *Ein langer Kampf? Ist damit ein langer Krieg gemeint oder auch die Zeit nach der Unabhängigkeit?*

M.: *Befreiung ist ein langer Prozeß. Es gibt keine Endstation. Auch in Mozambique sind wir noch im Befreiungskampf!*

Frelimo-Kämpfer

F.: *Die Briten haben gesagt, daß in zwei Jahren freie Wahlen in Zimbabwe abgehalten werden müßten. Ist das annehmbar?*

M.: *Ich weiß nicht, ob die Briten die Macht sind, die Zeitbegrenzungen festsetzen kann... Aber meine Antwort ist die: Zeit ist ein zweischneidiges Schwert. Wenn die reaktionären Kräfte Zeit bekommen, bekommt Ian Smith Zeit, um besser vorbereitet zu sein... Und was denkt Britannien über die dritte Macht, die Guerillas? Das ist die wichtigste Kraft in Zimbabwe. Hier ist wieder einmal die paternalistische Haltung* (väterliche Bevormundung - Anm.AK) *gegenüber den Schwarzen, die Zeit brauchen, um sich zu qualifizieren!*

F.: *Warum hat Mozambique die Grenzen am 3. März geschlossen?*

M.: *Wir haben die Straßen und Schienen, die Rhodesiens Wirtschaft versorgen, geschlossen. Für die, die für die Freiheit sind, sind die Grenzen nicht geschlossen. Wir taten das in dem Augenblick, in dem die Freiheitskämpfer und das Volk von Zimbabwe den Kampf gegen das Smith-Regime verstärkten... Wir haben die Sanktionen angewendet, neun Monate nach unserer Unabhängigkeit und damit diese Aktion jetzt nicht die Aufmerksamkeit von Angola ablenkt. Als wir die Grenzen schlossen, haben wir sehr wohl die ökonomischen Konsequenzen gesehen. Aber für Mozambique ist es zeitlicher Rückschritt, auch wenn er fünf Jahre dauert. Was wir von Rhodesien importiert haben, können wir von überall importieren.*

F.: *Seit Angola haben Kissinger und andere westliche Politiker die Befürchtung ausgesprochen, daß kubanische Truppen in Rhodesien und der RSA kämpfen könnten.*

M.: *Diese Befürchtungen sind wesentlich ein Mythos der Weißen, daß die Schwarzen nicht allein in der Lage sind, sich zu befreien.*

Wer brachte denn das portugiesische Kolonialregime zu Fall. Waren es die Kubaner, die Sowjets oder andere Ausländer? Zehn Jahre kämpften wir in Mozambique und wir besiegten den portugiesischen Kolonialismus... Wir waren in der Lage, den bewaffneten Kampf in die Revolution umzuwandeln, wir ergriffen mit Gewalt die Macht und erreichten tiefe Änderungen in der Gesellschaft.

Die Weißen dürfen also unsere Fähigkeiten nicht unterschätzen.

Dr. Kissinger und die amerikanische Regierung sollten sich lieber darum sorgen, das illegale Smith-Regime loszuwerden. Dann hätten sie die Unterstützung der ganzen Welt. Aber ich glaube, sie versuchen eine neue Spannungszone zu finden und die Spannung vom mittleren Osten nach dem südlichen Afrika zu verlagern, um eine neue Entschuldigung für Basen im Indischen Ozean zu finden....

Sie sollten nicht versuchen, die Aufmerksamkeit darüber abzulenken, was in Rhodesien passiert. Das ist ein Fall von einem illegalen Minderheiten- und Rassisten-Regime. Es gibt nur die Auswahl zwischen der Unterstützung der Unterdrücker oder denen, die die Freiheit wollen.

F.: *Die Regierung von Mozambique will die Grundlage der Armut am Ende dieses Jahrzehnts zerstören. Das hat bisher noch kein afrikanischer Staat in einem Jahrzehnt geschafft. Was ist in Mozambique die „Basis der Armut" und wie soll sie zerstört werden?*

M.: *Wir wollen die Armut durch eine korrekte wirtschaftliche Strategie, die ausschließlich auf den Bedürfnissen der Bevölkerung basiert, abschaffen.*

Wir wissen, was das Volk will. Unser Hauptproblem ist aber, das Kolonialsystem auch in den Köpfen der Menschen zu beseitigen und ihre schöpferische Initiative zu entwickeln. Hierzu organisiert sich das Volk in Dörfern, dort legen die Bewohner ihre eigenen Aufgaben fest, dort finden auch politische Informationen statt. Das Volk kann sich so seine eigene Kraft zunutze machen.

Diese Entwicklung wird auf dem Lande beginnen und von der Industrie unterstützt werden.

F.: *Es gibt im Westen viele Berichte von bewaffneten Auseinandersetzungen, politischer Unterdrückung und KZ's in Mozambique. Was ist Ihr Kommentar dazu?*

M.: *Seit wir die neue Republik geschaffen haben, haben wir Gefängnisse geschlossen und nicht neue gebaut. Die KZ's haben wir zerstört, zusammen mit den sog. „strategischen Dörfern" und so 1.500.000 Mozambiquaner befreit.*

Heute sind im Gefängnis Menschen, die vom Kolonialismus kaputt gemacht worden sind. Landstreicher, Drogenabhängige, Diebe, Prostituierte, Schmuggler usw. Unsere Aufgabe ist es, sie wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Früher betrafen die Inhaftierungen nur Schwarze. Nun aber reagiert die Welt, weil wir auch Weiße einsperren, die früher nie eingesperrt worden wären...

Wir dienen unserem Volk und unsere Interessen sind im Widerspruch zu den kapitalistischen Interessen. Man fragt uns immer wieder, ob wir Kommunisten sind. Unsere Antwort: Wir sind Mozambiquaner und Revolutionäre. Folglich sind wir gegen Kapitalismus, Diskriminierung und Erniedrigung! ●

DAR Sahara

F. Polisario auf dem Vormarsch

Am 14.4.76 einigten sich Marokko und Mauretanien in einem neuen illegalen und verbrecherischen Vertragswerk über die Grenzziehung auf dem sahaurischen Territorium. Danach muß sich Mauretanien mit weniger als einem Drittel des Landes zufriedengeben, während Marokko den größten Teil der Beute beansprucht.

In dem Kommunique zu dem Vertrag heißt es dann noch in aller Offenheit, daß beide Staaten alle natürlichen Reichtümer in den Sahara-„Provinzen", sowie in den dazugehörigen Hoheitsgewässern, gemeinsam nutzen werden, d.h. den gemeinsamen Raub der Bodenschätze des sahaurischen Volkes betreiben werden. Erst kürzlich haben vier spanische Gesellschaften (Conoco, Cepsa, Gulf und Enpasa), die alle Filialen von US-Konzernen sind, die Vorkommen an Erdöl, Erdgas, Eisenerz und anderen Rohstoffen auf dem Boden der Republik Sahara als „sehr ergiebig" bezeichnet. Die US-Filialen haben jedoch ihre Arbeit abgebrochen, da derzeit eine ruhige Ausplünderung der Bodenschätze aufgrund des sahaurischen Widerstandes unmöglich ist, der seit der Invasion Marokkos keinen Sack Phosphat mehr außer Landes ließ!

Am selben Tag, als die Mörder des sahaurischen Volkes, Hassan II. von Marokko und Ould Daddah von Mauretanien, in Rabat die neue „Grenze" vereinbarten, konnten die Kämpfer der Frente POLISARIO bei einem Angriff auf Stellungen der marokkanischen Invasionstruppen bei Guelta Zemur den Offizier Mimoun gefangen nehmen.

Einen Tag zuvor töteten die Befreiungskämpfer bei El Auroez 30 marokkanische Soldaten und am 9.4. konnten bei Gefechten in Argama nahe der marokkanischen Grenze 50 Invasoren getötet werden („El Moudjahid", 17.4.).

Zusammen mit den 70 Toten, die Anfang April in Smara unter dem Feuer der sahaurischen Guerillas zusammenbrachen, ist schon jetzt der April der erfolgreichste Monat des bewaffneten sahaurischen Widerstandes. Besonders erfreut uns die Tatsache, daß der oberste Bluthund der marokkanischen Invasionsarmee, Dlimi, der verantwortlich ist für ungezählte Grausamkeiten am sahaurischen Volk, so schwer verletzt werden konnte, daß er seit dem 3. März nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen wurde. Es erübrigt sich beinah zu erwähnen, daß die offizielle marokkanische Version für das Verschwinden des Folterknechtes Dlimi [illegible]unfall" angegeben wird...

sahaurische Familie auf der Flucht...

... vor den Bomben Hassan II. Lagerplatz nach einem Bombenangriff

Hassans Mördertruppen reagieren auf die Offensive der Frente POLISARIO mit neuen Verbrechen am sahaurischen Volk. Wie brutal vorgegangen wird, zeigen die Vorfälle am 15.4. in Dakhla. Als nach der Verhaftung von Alten, Kindern und Frauen durch Hassans Schergen einige an den Folgen von Folterungen starben, protestierten sogar die Soldaten der mauretanischen Invasionstruppen, die Zeugen der Gewalttaten wurden. Daraufhin griffen die marokkanischen Truppen die mauretanischen Einheiten an, um sie zum Schweigen zu bringen. Desertationen mauretanischer Soldaten und Anschluß an die Frente POLISARIO waren die Folge („El Moudjahid", 16.4.).

Über eine Mitte März eingerichtete Luftbrücke zwischen USA und Marokko werden laufend die Verluste an Kriegsmaterial ausgeglichen. Hauptkampfmittel der marokkanischen Mörderarmee bleibt die Bombardierung der Flüchtlingslager, mit dem Ziel der Ausrottung des sahaurischen Volkes. Jedoch wie groß auch die Opfer des sahaurischen Volkes sein werden, es wird unter Führung der Frente POLISARIO die marokkanisch-mauretanische Aggression zerschlagen.

Afrika-Kommission ●

Nigeria

Arbeiteroffensive kontra imperialistische Ausbeutung

Der allseitigen Ausbeutung und Unterdrückung durch die imperialistischen Konzerne hat die nigerianische Arbeiterklasse jetzt den Kampf angesagt. Massenentlassungen vor dem Hintergrund extremer Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne von z.B. 5,- DM am Tag für schwerste Arbeit in den Zinngruben, sowie totale Rechtlosigkeit in den Betrieben, sind die Ursachen für die breite Offensive der Arbeiterklasse Nigerias. Mit großer Brutalität versuchen die imperialistischen Konzernbosse, die Forderungen der Arbeiter zu ersticken:

- **2.000 Arbeiter des Bata-Schuhkonzerns wurden entlassen wegen ihrer Forderung nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen.**
- **Ebenso verfuhr die AGIP-Ölgesellschaft mit 1.000 Arbeitern.**
- **Die Wimpey Construction Company sperrte 3.000 Kollegen aus, die gegen die Entlassung ihres Gewerkschaftsführers protestiert hatten.**
- **Das im März 75 eröffnete Peugeot-Zweigwerk entließ 350 Mann.**

Jedoch erreichten diese Maßnahmen der Kapitalisten nicht die erwünschte Disziplinierung:

- **1.200 VW-Arbeiter forderten im Streik bessere Arbeitsbedingungen und die Entfernung korrupter Elemente aus dem Management.**
- **1.500 Peugeot-Arbeiter unterstrichen ihre Forderung (nach einer „Untersuchung der Zustände" im Werk) mit einem Streik.**
- **In Bukuru demonstrierten die Arbeiter der Zinngruben u.a. unter der Forderung „Weg mit den kolonialen Bestimmungen aus Nigerias Bergbauindustrie!"...**

Erster sichtbarer Erfolg der nigerianischen Arbeiter bildet der schon Ende 75 erfolgte Zusammenschluß der vier größten Gewerkschaftsdachverbände mit insgesamt 1.500 Einzelgewerkschaften zum „Nigerian Labour Congress" (NLC). ●

Afrika-Kommission

Massaker in Eritrea

Kommunique der Eritreischen Befreiungsfront, 22.3.76, Paris:

„Seit Februar 1975 haben die äthiopischen Besatzungstruppen, die unfähig sind, unseren Kämpfern die Stirn zu bieten, die unbewaffnete Bevölkerung gemordet – in den Straßen, den Häusern, den Kirchen und Moscheen. Die von der Besatzungsarmee begangenen Verbrechen lassen sich nur mit dem Begriff Völkermord beschreiben.

Nach den Massakern, die während des letzten Jahres in Um Hajjar begangen wurden (255 Tote), in Cheeb, Woki, Zaguer (1.000 Tote), haben erst kürzlich im Februar 76 die äthiopischen Soldaten das friedliche Dorf Um Berami 15 km nördlich von Massau belagert. Sie haben 140 Menschen ermordet, die sich gerade zum Jahrestag des Todes von Scheich Alamine versammelten.

Wir appellieren an die demokratische Öffentlichkeit Europas, vor allem die französische, daß sie mit allem Nachdruck diese wiederholten Massaker verurteilt und die Anerkennung des legitimen Rechts des Eritreischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit fordert."

(Nach „Le Monde", 24.3.76) ●

VR Mozambique

Ein Schritt voran

Die Massen der VR Mozambique haben wieder ein Stück der kolonialen Vergangenheit zerschlagen.

Ende März wurden 47 reaktionäre Clubs und Vereinigungen aufgelöst und verboten.

Ihnen gemeinsam war das rassistische, faschistische und koloniale Gedankengut. Entsprechend waren die Aufnahmekriterien. So nahm der „Clube dale Cornagie" nur Eigentümer von Fabriken auf.

Daß diese Clubs und Vereinigungen ein reaktionärer Hort gegen die Volksherrschaft waren, braucht sicherlich nicht weiter dargestellt zu werden.

Die Austrocknung dieser Sümpfe ist ein Schritt zur Festigung der revolutionären Politik der VR Mozambique (nach „Neues Deutschland", 30.3.76). ●

Afrika–Kommission

lateinamerika aktuell

Carmen Castillo, Militante des MIR

Carmen Castillo

„Die Liebe für das Leben ist was Entscheidendes. Die Freude zu leben, die Liebe, die Verhältnisse mit den anderen, die Kinder – all dies ist untrennbar verbunden mit der Freude zu kämpfen, für das Ziel, das wir erreichen wollen."

Am 5. Oktober 1974 wurde Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR, bei einem Feuergefecht mit der faschistischen Geheimpolizei DINA in Santiago de Chile tödlich getroffen. Carmen, im siebten Monat schwanger, wurde von einer Granate lebensgefährlich verletzt.

In diesem Zustand wurde sie in ein KZ gebracht, wo sie aufs brutalste gefoltert wurde, um sie zum Verrat zu zwingen. Aufgrund einer internationalen Solidaritätskampagne mußte sie am 29.12.1974 freigelassen werden. Die Genossin reiste zu Familienangehörigen nach England, wo sie aufgrund der Mißhandlungen eine Fehlgeburt hatte. Ihr Kind starb wenige Stunden nach der Geburt.

Carmen lebt heute in Paris. Sie ist eine der aktivsten Widerstandskämpferinnen im Ausland und spielt eine wichtige Rolle in der französischen Frauenbewegung.

Auf verschiedenen Solidaritätsveranstaltungen zur Unterstützung des revolutionären Widerstandes in Chile unterstrich Carmen immer wieder die entscheidende Rolle der Frauen im Kampf für die Zukunft ihres Landes.

Gleichzeitig räumte sie mit den romantischen, „heroischen" Vorstellungen über das Leben im Untergrund auf. Dies sei weder ein heldenmütiges, noch spektakuläres Leben. Das Wichtigste dabei sei die gute, präzise Arbeit, die Organisation.

„Das Untergrund-Kämpfen lernen heißt, es zu lernen, Risiken auf das Minimum zu begrenzen. Es bedeutet, tägliche Aufgaben ohne jeglichen Glanz wahrzunehmen."

Das Exil ist für Carmen schwerer zu ertragen als das Leben im Untergrund. Gerade im Ausland lauern alle möglichen politischen Deformationen, denen man nur dadurch wirksam begegnen kann, wenn man sich aktiv am Klassenkampf in dem betreffenden Land beteiligt, um so seine politische Kraft zu erhalten und eine wirksame Unterstützung für den Widerstandskampf in Chile zu sein.

Die Exilsituation hat vor allem Carmens Bewußtsein über ihre Probleme als Militantin gegenüber der allgemeinen Unterdrückung der Frauen geschärft. Während sie diese Widersprüche im Untergrund noch wenig wahrgenommen hatte, geht sie heute mit einem neu entwickelten Bewußtsein daran, diese Widersprüche zu lösen.

Sie wehrt sich dagegen, nur als die Gefährtin von Miguel Enriquez" betrachtet zu werden und kämpft für ihre eigene politische Verantwortung als Carmen Castillo:

„Anfangs schrieb man mir meine Reden, heute schreibe ich sie selber. Ich werde so lange kämpfen, bis ich aufgrund meiner eigenen Fähigkeiten als revolutionäre Militantin – und nicht über die Person von Miguel – anerkannt werde.

Man muß sehen, daß dies ein sehr schwieriger Kampf ist, ein sehr komplexer. Ich habe viel Zeit gebraucht, um darüber eine klare Einschätzung zu haben. Dadurch habe ich aber ein viel schärferes Bewußtsein über meine Aufgaben als Genossin und Frau, über die Aufgaben der Frauenbefreiung bekommen."

Wir freuen uns sehr, daß Carmen in der Zeit vom 30.4.1976 bis 5. Mai 1976 die BRD besucht und unter ihrer Teilnahme eine Reihe von Chile-Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt werden. ●

Lateinamerika-Kommission

Carmen Castillo

Chile:

Faschisten unter sich!

Der spanische König Juan Carlos ist nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" (5.4.76) von der chilenischen Regierung zu einem Besuch eingeladen worden. Anscheinend soll sich Juan für den Besuch Pinochets in Spanien anläßlich des Todes seines Ziehvaters Franco revanchieren.

Das faschistische Spanien ist – zusammen mit anderen faschistischen Diktaturen in Lateinamerika und Südafrika – der offenste Befürworter der chilenischen Diktatur. Spanien hat bei allen UNO-Resolutionen, die die Verletzung der Menschenrechte verurteilten, dagegen gestimmt. ●

Lateinamerika-Kommission

Die Junta gibt keine Ruhe!

Die faschistische Pinochet-Diktatur in Chile hat die Auslieferung der beiden MIR-Genossen Nelson Gutierrez und seiner Freundin, der Genossin Maria Elena Bachman, bei der schwedischen Regierung beantragt. Die beiden Genossen befinden sich seit dem 21. Februar im schwedischen Asyl.

Der Oberste Gerichtshof von Costa Rica lehnte unterdessen den Auslieferungsantrag der chilenischen Junta ab, der die Auslieferung vom früheren MIR-Generalsekretär Andres Pascal Allende und Anne-Marie Beausire vorsah („Frankfurter Allgemeine", 13. April 76). ●

Repression in Lateinamerika - Überblick

Uruguay

Allein im letzten halben Jahr sind mehr als 2 500 Menschen unter Anschuldigung „subversiver Tätigkeit" verhaftet worden. Damit erhöht sich die Anzahl der politischen Gefangenen auf über 7 000 („Neues Deutschland", 27/28.3.76). Und das bei einer Bevölkerung von nur 2,7 Millionen Einwohnern. Die meisten der Eingekerkerten werden bestialisch gefoltert. Zu den Verhafteten kommt noch eine nicht exakt zu ermittelnde Anzahl spurlos Verschwundener.

Für den weiteren Ausbau des Repressionsapparates hat das diktatorische Regime allein 700 000 Dollar zum Bau neuer Gefängnisse und Konzentrationslager zur Verfügung gestellt. Dadurch steigert sich die Anzahl der Kerker auf 72 („horizont", 13/76).

Unter dem faschistischen Terror haben ganz besonders die uruguayischen Frauen zu leiden. Dazu die kubanische „Granma":

„Eine Steigerung der Unterdrückung der Frau wurde seit Oktober letzten Jahres beobachtet. Von da bis heute sind über 150 Arbeiterinnen, Studentinnen, Lehrerinnen und Hausfrauen eingesperrt worden, und viele von ihnen wurden von den Schergen des Staatssicherheitsdienstes gegriffen, vom dritten Panzerregiment und der Marine. Einige Monate vorher enthüllte der Internationale Demokratische Frauenverein die Tatsache, daß daß Montevideo-Regime den Frauen als politische Gefangene verbot, mit ihren kleinen Kindern zusammen zu leben, und sie spielten es herunter, was 29 von diesen Frauen durchmachen mußten, als sie gezwungen wurden, sie zu verlassen. Die Bedingungen, unter denen die Frauen als politische Gefangene leben, sind menschenunwürdig: unzureichende Ernährung, ungesunde Umgebung, die gewöhnlich feucht und schlecht belüftet ist, wenig oder keine medizinische Versorgung, keine Möglichkeit zum Lesen oder zur Kommunikation mit anderen Gefangenen. In den wenigen Fällen, in denen Besuche erlaubt sind, dauern sie nur 25 Minuten bei Anwesenheit eines Soldaten. Die Unterhaltung findet statt zwischen Barrieren von mehr als einem Meter Breite" („Granma", 14/76, englische Ausgabe).

Immer häufiger werden auch Verwandte oder Freunde in den faschistischen Terror mit einbezogen. Dafür steht das Beispiel einer grausam ermordeten Lehrerin, deren Eltern verhaftet wurden, weil sie versuchten, auf ihr Grab einen Grabstein zu setzen, auf dem stand: *„Gestorben im Kampf für soziale Gerechtigkeit"* („Granma", s.o.).

Ein Ausdruck des zunehmenden Terrors ist die Tatsache, daß die Botschaften Mexikos und Kolumbiens derzeit die höchsten Zahlen von Zufluchtsgesuchen in Uruguay in diesem Jahr haben. („Granma", s.o.)

Paraguay

Seit Dezember vorigen Jahres sind in Paraguay 75 Frauen, darunter auch Schwangere, verhaftet worden. („horizont", 13/76)

Amnesty-Bericht

Amnesty International veröffentlichte Anfang April eine Liste von 111 Parlamentariern aus 14 Ländern, die aus politischen Gründen inhaftiert oder verschwunden sind. Einige von ihnen wurden nach Angaben der Gefangenenorganisation gefoltert. Zu den 14 Staaten gehören u.a. Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay („Frankfurter Rundschau" – „FR", 7.4.76).

Indianerausrottung in Lateinamerika

Die Lebensbedingungen für die rund 35 Millionen Indios in Lateinamerika werden immer bedrohlicher. In fast allen Staaten Mittel- und Südamerikas sind sie das Ziel *„offener oder versteckter Ausrottungsaktionen"*, die auch mit Billigung der Behörden durchgeführt werden.

(nach: Evangelisches Hilfswerk „Brot für die Welt", aus „FR", 7.4.76) ●

Chile/Bolivien:

Gespräche über Zugang zum Meer gescheitert!

Die Übereinkunft zwischen General Pinochet und dem bolivianischen Faschisten General Banzer über ein bolivianisches Zugangsrecht zum Pazifik kann als gescheitert angesehen werden.

Pinochet und Banzer hatten sich darauf geeinigt, daß Bolivien einen schmalen Korridor zum Pazifik erhalten sollte. Dafür wurde Chile das Gebiet „Los Lipez" zugesichert – eine Region mit Uran-, Schwefel- und anderen Erzvorkommen. Dieser Kuhhandel führte in Bolivien zu einer schweren Krise innerhalb der bolivianischen Bourgeoisie. Banzer entließ die Oberkommandierenden der drei Teilstreitkräfte und schickte zahlreiche Offiziere in den Ruhestand.

Die ganze Übereinkunft scheiterte letztendlich, als sich die peruanische Regierung einschaltete: es existiert ein Vertrag zwischen Chile und Peru aus dem Jahre 1929, wonach Peru über Grenzänderungsfragen ein volles Mitspracherecht besitzt. ●

Lateinamerika-Kommission

Einige Bundesländer stimmen der Aufnahme politischer Flüchtlinge aus Chile zu

Der aus Chile ausgewiesene evangelische Bischof Frenz erhielt von dem Vorsitzenden der Länderinnenministerkonferenz, dem westberliner Senator Neubauer, die Zusicherung, daß die BRD weitere chilenische Flüchtlinge aufnehme.

Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen hätten schon ihre Bereitschaft zur Aufnahme politischer Flüchtlinge zugesagt. („FAZ", 13.4.76).

Damit würde die BRD ihren praktisch seit ca. Mitte 1975 geltenden Flüchtlingsstop zunächst aufheben, der auf starken Protest gestoßen war.

Es bleibt abzuwarten, was aus diesen „Zusicherungen" wird, denn bekanntlich hat die BRD bisher nur sehr wenige Flüchtlinge aufgenommen, die zuvor auch noch vom Verfassungsschutz entsprechend „überprüft" worden sind. Von einer Aufhebung des gegen politische Flüchtlinge aus Chile geltenden geheimen „Radikalenerlasses" war allerdings auch gar nicht erst die Rede. ●

El Salvador:

Proteste gegen die undemokratische Wahldurchführung

60 % der wahlberechtigten Bevölkerung stimmten bei den kürzlich stattgefundenen Parlamentswahlen ungültig, nachdem sämtliche Oppositionsparteien zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatten („horizont", 14/76).

Die Oppositionsparteien begründeten ihren Boykott mit der Absetzung der Wahlen für die Kongreßabgeordneten in der Hauptstadt San Salvador. In dieser Stadt hatte die oppositionelle Christdemokratie 1970 die Mehrheit gewonnen. („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 11.3.76)

Der Wahlausgang ist ein Erfolg der aus einem breiten politischen Spektrum bestehenden Opposition und eine klare Absage an die undemokratische und chauvinistische Politik der Regierungspartei, die vorherigen Wahlen nach einer zügellosen nationalistischen Hetzkampagne gegenüber Honduras nach dem sogenannten „Fußballkrieg" gewonnen hatte. Ihr Wahlkampf stand damals unter dem Motto: *„nationale Einheit"* und *„kriegerische Wachsamkeit"* („Neue Zürcher Zeitung", 19.3.70)

Der Hintergrund des „Fußballkrieges", bei dem mehr als 2000 Menschen ums Leben kamen, lag darin, daß ein Teil der salvadorischen Bevölkerung auf Grund der miserablen Lage gezwungen war, nach Honduras zu emigrieren. So betrug der Anteil der ausgewanderten Salvadoraner vor dem Kriegsausbruch 12,5 % der honduranischen Bevölkerung (Ingo Schulz: „Wirtschaftliche Integration in Mittelamerika", Hamburg 1973).

Da Honduras selber eine hohe Arbeitslosigkeit hat, sah sich die einheimische Bourgeoisie immer weniger in der Lage, die salvadorischen Emigranten zu integrieren. Beide Regierungen nutzten die Streitigkeiten während eines Fußballländerspiels zwischen den beiden Staaten aus, um die sozialen Spannungen zur Explosion zu bringen und damit von ihren innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. ●

Lateinamerika-Kommission

Panama

Regierung weicht immer mehr vor den Imperialisten zurück

Ende März trat der Außenminister von Panama, Juan Tack, zurück. Tack war gleichzeitig Chef der Verhandlungsdelegation, die seit fast zwei Jahren in Verhandlungen mit den USA die Rechte Panamas an der Kanalzone zur Geltung bringen wollte. Es ging darum, wie auch schon in früheren – immer ergebnislosen – Verhandlungen, den sogenannten Kanalvertrag von 1903 (!) zu ändern. (Unter welchen Umständen dieser „Vertrag" zustande kam, siehe Kasten in diesem AK). Der Vertrag spricht alle Rechte bezüglich der Verwaltung des Kanals und alle Erträge, die er durch Kanalgebühren abwirft, den USA zu. Der acht km breite Landstreifen zu beiden Seiten des Kanals ist nordamerikanisches Hoheitsgebiet; offiziell ist es den USA gestattet, 10.000 Soldaten zum „Schutz" des Kanals in diesem Gebiet zu stationieren – in Wirklichkeit gibt es dort erheblich mehr US-Soldaten, außerdem Ausbildungslager für lateinamerikanische Militärs in der „Antiguerillakriegführung" und Folterschulen.

1974 leitete Kissinger persönlich mit einem Besuch in Panama die neuen Kanalverhandlungen ein. In den 60er Jahren hatte eine breite Protestbewegung und eine relativ starke Guerilla gegen die Vorherrschaft der USA in der Kanalzone gekämpft, die nur „mühsam und blutig niedergeschlagen werden konnte. Vor diesem Hintergrund begründete Kissinger vor den US-Imperialisten die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Panama: „*In jedem Fall muß eine neue Formulierung (!) gefunden werden, in der Panama ein neuer Status eingeräumt wird, weil sonst Panama ein Kampfgebiet der Guerilla werden kann.*" („Herald Tribune", 17. 9. 75).

Den Imperialisten geht es darum, neue „Formulierungen" zu finden, sie hatten nie vor, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. So bemerkte z. B. Kissinger zu gleichen Zeit, als die Verhandlungen gerade wieder begannen: „*Die USA müssen einseitig das Recht behalten, den Kanal für lange Jahre zu verteidigen. Wir dürfen den Schutz (!) des Kanals nicht aufgeben*" („Herald Tribune", 17.9.75). Schon Mitte 1975 beschloß das Repräsentantenhaus der USA, keine Gelder für Kosten, die aus den Kanalverhandlungen entstehen, zur Verfügung zu stellen, und Vertreter der äußersten Rechten empfahlen „*notfalls auch Gewalt anzuwenden, um die Panamesen klein zu kriegen*" („Informationszentrum Dritte Welt", Nr. 51)

Der Rücktritt des panamesischen Verhandlungschefs Tack, der als Vertreter der „harten Linie" galt, macht deutlich, daß die Rechnung der USA in diesem Fall aufgeht. Sie haben mit den Verhandlungen eine Verwirrungs- und Hinhaltepolitik betrieben und jetzt schließlich einen deutlichen Rechtsruck in der panamesischen Regierung durchgesetzt.

Dem neuen Außenminister, dem UNO-Delegierten Boyd, wird „*eine größerer Konzilianz (Versöhnungsbereitschaft – Anm. AK) gegenüber der Vereinigten Staaten nachgesagt*" („NZZ", 4/5. 4. 76). Außerdem wurden der bisherige Innen- und der Justizminister durch zwei „*ausgesprochen Konservative*" ersetzt („NZZ", 4/5. 4. 76). Dieser Rechtsruck ist zum einen auf den direkten Druck der Imperialisten, zum anderen auf den Druck der mit dem Imperialismus eng verknüpften Kapitalisten Panamas zurückzuführen. Sie führen schon seit Wochen eine Kampagne in der Presse, daß die Regierung unter General Torrijos eine „*schreckliche Diktatur*" geworden sei, die „*alle Freiheit und Menschenrechte*" unterdrücke („Monitor-Dienst", 24.1.).

Unterstützt wurde diese Entwicklung außerdem durch die nordamerikanischen Bewohner der Kanalzone, meist Verwaltungsbeamte des Kanals, die Mitte März in Streik traten, bzw. durch organisiertes Krankmelden der Arbeit fernblieben, um die Kanalverhandlungen zu sabotieren. Diese Art von Unterstützung ist den US-Imperialisten zwar für ihre Position in den Verhandlungen willkommen; andererseits bedeutete der Streik aber empfindliche Profiteinbußen, weil ein geregelter Kanalbetrieb nicht mehr gewährleistet war. Als die Streikenden trotz mehrfacher Angebote für Lohnerhöhungen nicht bereit waren, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren, setzte die USA 35 Militäreinheiten an den wichtigsten bestreikten Arbeitsstellen ein, um den Kanalverkehr wenigstens einigermaßen aufrecht zu erhalten („Monitor-Dienst", 24. 3. 76).

Die Rechtsentwicklung in der panamesischen Regierung zeigt, daß den Imperialisten selbst die Regierung des General Torrijos noch zu selbständig und unzuverlässig ist, obwohl Torrijos persönlich an der blutigen Ausrottung der revolutionären Guerilla in den 60iger Jahren teilgenommen hat und sich dadurch eigentlich das Vertrauen des Imperialismus verdient hatte.

Lateinamerika-Kommission ●

Profitquelle des US-Imperialismus: Der Panamakanal.
Der gesamte Schiffsverkehr auf dem 82 km langen Kanal wird von den USA überwacht.

Der Abschluß des Panama-Vertrages – Paradebeispiel für das Vorgehen des Imperialismus

Am 3. 11. 1903 proklamiert Panama (nach intensiven Vorbereitungen der USA und auf deren Druck, Arbeiterkampf) seine Unabhängigkeit von Kolumbien. US-Diplomaten überreden die Panamesen, einen gewissen Philippe Bunau-Varilla, der Angestellter des französischen Kanalbau-Unternehmens war, als diplomatischen Vertreter nach Washington zu schicken. Wenige Tage danach jedoch erkennt Panama den Fehler, sich von Bunau-Varilla vertreten zu lassen und beschließt, eine Delegation von Panamesen nach Washington zu schicken, die mit vollen Verhandlungsvollmachten ausgestattet ist. US-Minister Hay ignoriert diesen Vorgang und legt am 15. 11. 1903 Bunau-Varilla einen Vertragsvorschlag vor, in dem von den USA eine 60 %ige Vergrößerung der anvisierten Kanalzone vorgesehen ist – dies durch einen einfachen Trick: das Wort „Kilometer" wird durch das Wort „Meile" ersetzt. Bunau-Varilla reagiert in drei Tagen mit einem Gegenvorschlag, in dem es u.a. heißt: „Die Republik Panama sichert den Vereinigten Staaten die gleichen Rechte, die gleiche Macht und Autorität in der Zone zu, als hätten sie die souveräne Herrschaft darüber, wobei die Republik Panama sich verpflichtet, auf die Ausübung ihrer souveränen Rechte, ihrer Macht und Autorität zu verzichten " („Die Weltwoche" 25. 9. 74).
Die Erklärung für die großzügige Offerte Bunau-Varillas an die USA findet sich wohl in der Tatsache, daß die französische Kanalbau-Gesellschaft (für die Bunau-Varilla arbeitete) 100 Millionen Dollar von den USA gefordert hatte für die Überlassung ihrer im 19. Jahrhundert erworbenen Baurechte an die USA, während die USA nur 40 Millionen Dollar boten. Bunau-Varilla wollte sich durch sein Vertrags-Angebot den höheren Preis sichern. Noch am selben Tag läßt der US-Minister Hay Bunau-Varilla wissen, daß die panamesische Verhandlungs-Delegation, die Bunau-Varilla ablösen sollte, am Abend in Washington eintreffen soll. Bunau-Varilla wird für 18.00 Uhr in die Privatresidenz von Minister Hay gebeten. Um 18.40 Uhr, im Augenblick der Unterzeichnung, stellt Bunau-Varilla fest, daß er kein Siegel dabei hat, wie es zur Unterzeichnung nötig ist. Hier konnte jedoch John Hay aushelfen: Es besaß einen Siegelring von Lord Byron (!!), den er Bunau-Varilla zur Verfügung stellt. Mit diesem Schmuckstück wird dann (im Namen Theodore Roosevelts) die Annexion der Kanal-Zone durch die USA besiegelt. Als um 21.30 Uhr die panamesische Delegation eintrifft, sind die Würfel schon gefallen. Zum ersten Mal kann ein Panameser lesen: „Die Republik Panama stimmt auf Dauer der Benutzung, dem Besitz und der Kontrolle der Kanalzone durch die USA zu...."
Der damalige US-Präsident Theodore Roosevelt und sein Minister John Hay waren sich vollkommen im klaren über das Unrecht des Panama-Vertrags. In einem Brief vom 20. 1. 1904 an Senator Spooner schrieb John Hay wörtlich: „der Vertrag ist ungeheuer vorteilhaft für die USA, und wir müssen mit einer gewissen Scham zugeben, daß er nicht sehr vorteilhaft für Panama ist."

(aus: „Blätter des Informationszentrum Dritte Welt", Nr. 51) ●

BRD – Handelspartner Nr. 2 in Chile!

Lateinamerika: Über 42 Millionen Menschen

nen Rechte, ihrer Macht und Autorität zu verzichten " („Die Weltwoche" 25. 9. 74).
Die Erklärung für die großzügige Offerte Bunau-Varillas an die USA findet sich wohl in der Tatsache, daß die französische Kanalbau-Gesellschaft (für die Bunau-Varilla arbeitete) 100

ist ungeheuer vorteilhaft für die USA, und wir müssen mit einer gewissen Scham zugeben, daß er nicht sehr vorteilhaft für Panama ist."

(aus: „Blätter des Informationszentrum Dritte Welt", Nr. 51) ●

Lateinamerika: Über 42 Millionen Menschen unterernährt!

Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA) und die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftskommission (FAO) besagten in einem Bericht, daß 42 Millionen Menschen des Kontinents unterernährt sind. („Granma", 15/76).
Nach den Augen dieses Berichtes sind damit 20 % aller auf dem Kontinent lebenden Menschen, jeder 5. (!), vom Hungertod bedroht. Nur 5 % der Bevölkerung hätten eine Nahrungsmittelzufuhr wie die Menschen in entwickelten Ländern. Dazu kämen die hohe Säuglingssterblichkeit und niedrige Lebenserwartung.
Der ECLA-FAO-Bericht legt weiter dar, daß die erwähnten 20 % der Bevölkerung nur 1.700 Kalorien täglich zu sich nehmen, während das Minimum, was der Körper benötigt, 2.500 Kalorien beträgt.
Der Bericht führt auch an, daß 15 % der Bevölkerung täglich 3.000 bis 3.500 Kalorien konsumieren können. Die ECLA und FAO kommen zu dem Schluß, daß es sich hier um „Privilegierte" handele. Potztausend!

BRD – Handelspartner Nr. 2 in Chile!

Nach Angaben des „Antiimperialistischen Informationsbulletins" ist die BRD auf den zweiten Platz nach den USA als Handelspartner mit den chilenischen Faschisten aufgerückt! Die Direktinvestitionen und die Zusammenarbeit mit chilenischen Unternehmen ist ausgedehnt worden. Vor allem im Bereich der Kupferproduktion hat sich der Handel erweitert. So entsteht in Emmerich die „Deutsche Gießdraht GmbH", an der zu 40 % die chilenische Kupfergesellschaft „Codelco" beteiligt ist. („Neues Deutschland", 7. 4. 76). ●

Vikariat greift Junta an!

Das „Vikariat für Solidarität" (Vicaria de la Solidaridad), Nachfolger der Ende Januar illegalisierten „Friedenskomitees" (vergl. AK 70,71), hat vor einigen Wochen eine umfassende Anklageschrift gegen die Pinochet-Diktatur und den Geheimdienst DINA herausgegeben. Dieses Dokument enthält schwere Vorwürfe gegen die Junta, vor allem wegen unzähliger Überschreitungen der Menschenrechte, der Folterungen usw. Gedruckt wurde das Dokument in der bischöflichen Druckerei und ist vom Weihbischhof von Santiago, Silva Enriquez, unterzeichnet – besitzt also offiziösen Charakter.

Nach der Zerschlagung der „Friedenskomitees" verfolgte die Junta das Ziel, die Arbeit der Kirchen zu dezentralisieren und die Bischöfe zur „Loyalität" zu verpflichten. Dies ist den Faschisten offenbar nicht gelungen, wie die Herausgabe dieser Anklageschrift beweist. Damit wird nun wohl auch die katholische Kirche wieder mit schärferen Repressionen seitens der Junta zu rechnen haben.

Nelson Gutierrez in Gefahr!

„*Ich lebe hier genauso, wie ich es in Chile gemacht habe, nämlich versteckt*", berichtete der nach Schweden asylierte Genosse des MIR, Nelson Gutierrez. Nelson berichtete weiter, daß „*mehrere meiner Genossen erlebt haben, daß ihre Wohnungen aufgebrochen und durchsucht wurden, während sie nicht anwesend waren*". Wie in Chile verfolgt der faschistische Geheimdienst DINA den Genossen auch in Schweden. Die chilenischen Behörden wollen ihn unter dem Vorwand, bei seiner Flucht „ein Auto gestohlen" zu haben, ausgeliefert haben.

Gutierrez – immer noch durch ein Dum-Dum-Geschoß am Knie verletzt und gehbehindert – sagte, daß die DINA eine europäische Zentrale in Madrid (!) habe. Von dort aus gebe es Verzweigungen bis nach Oslo in der chilenischen Botschaft. Von Oslo aus arbeite die DINA auch in Schweden. Nelson berichtete weiter, daß es Beweise dafür gebe, daß die DINA versucht, unter chilenischen Flüchtlingen Agenten zu werben. Dies sei möglich, da nicht alle chilenischen Flüchtlinge politische Flüchtlinge seien. Die Aussagen von Nelson Gutierrez zeigen, daß die DINA über ein internationales Agentnetz verfügt, um chilenische Flüchtlinge auch in anderen Ländern zu verfolgen und gegebenenfalls zu ermorden. Damit ist das Leben von Nelson Gutierrez in akuter Gefahr! (Nach Angaben von „Aftonbladet" und „Arbetet" vom 12. 4. 76). ●

Chile bietet Uran an

Der Präsident der chilenischen Atomenergiekommission, General Raul Contreras, erklärte, „*Chile werde erheblich zum Fortschritt der atomaren Entwicklungsprojekte der Großmächte durch Uranlieferungen beitragen*". Es „*bestünden gute Möglichkeiten, die Uranforschung und -ausbeutung ausländischen Unternehmen zu übergeben*". („Monitor-Dienst", 24. 3. 76). Diese Hofierungen an ausländische Kapitalisten werden gern gehört, wie ein Brief des Auswärtigen Amtes an die Junta, der die nukleare Zusammenarbeit herausstellte, schon bewiesen hat. (Siehe auch AK 78, „Lateinamerika – aktuell").

Chile erhält Kredit von Spanien!

Nach einer Meldung von „Monitor-Dienst" (18. 3. 76) wird die „*chilenische Regierung . . . mit einer spanischen Stelle ein Kreditabkommen über 10 Millionen Dollar abschließen, um Güter aus Spanien zu beziehen*". es wurde ferner davon berichtet, daß „*spanische Fachleute in nächster Zeit nach Santiago reisen werden*". Sozusagen als Krönung der Zusammenarbeit der beiden faschistischen Diktaturen wird denn auch Juan Carlos persönlich nach Chile reisen. ●

Opfer von faschistischen Anschlägen am Straßenrand. Seit dem Putsch nehmen die Morde durch die faschistischen Banden immer mehr zu.

Kuba

Iran bricht diplomatische Beziehungen ab

Die iranische Regierung hat die diplomatischen Beziehungen zu Cuba abgebrochen – nachdem erst vor drei Monaten in Teheran die cubanische Botschaft eröffnet worden war. Als absurden „Grund" nannte ein iranischer Sprecher die „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans" von Seiten F. Castros. („Neue Zür cher Zeitung", 10. 4. 76). Castro hatte auf dem KPdSU-Parteitag der verbotenen revisionistischen Thudeh-Partei des Iran die Solidarität Cubas in einem Gespräch mit deren Vorsitzenden erklärt.

Die Theheraner Presse hatte auch berichtet, daß auf dem KPdSU-Partei tag zwischen F. Castro und Führern der omanischen Befreiungsorganisation PFLO die Entsendung cubanischer Soldaten in dieses Gebiet ausgehandelt worden wäre. („Nzz", s.o.)

Seit geraumer Zeit kämpfen die faschistischen Truppen des Schahs zusammen mit britischen und omanischen Kompradoren-Truppen gegen das Volk Dhofars. Cuba läßt dagegen der Befreiungsbewegung seit Jahr und Tag große materielle und politische Hilfe unentgeltlich und bedingungslos zukommen.

Wahrscheinlich ist, daß – wenn die PFLO es wünscht – die cubanische Regierung diese Hilfe auch ausweiten würde. ●

Trudeau warnt Kuba...

Auch ein „Freund Cubas" hat sich jetzt in die Diskussion um Cubas Afrika-Politik eingeschaltet: der canadische Premierminister Trudeau.

Schmutz über Cuba auszuleeren, ist Trudeau in seiner Haltung zu Cuba sicherlich fortschrittlich,

Doch seine Warnungen an Cuba

Trudeau warnt Kuba...

Auch ein „Freund Cubas" hat sich jetzt in die Diskussion um Cubas Afrika-Politik eingeschaltet: der canadische Premierminister Trudeau. Er hat Cuba aufgefordert, „ *bei möglichen Kämpfen in Rhodesien keine cubanischen Soldaten zu entsenden.*" („Süddeutsche Zeitung", 27. 3. 76). Trudeau hatte Anfang des Jahres Cuba besucht und dort einen „Bahnhof" bekommen, wie ihn sonst nur hohe Vertreter von „Bruderparteien" bekommen. Z. B. bekam er bei einer Massenkundgebung in Havanna die Gelegenheit, sich mit demagogischen Aussprüchen wie „*Die unterdrückten Völker müssen ihre Sache in die eigenen Hände nehmen,*" als Anti-Imperialist herauszuputzen. Derartige Aussprüche wurden unkommentiert in der cubanischen Zeitung „Granma" publiziert.

Verglichen mit verkommenen Reaktionären wie Ford und Co., die keine Wahlrede auslassen, um Schmutz über Cuba auszuleeren, ist Trudeau in seiner Haltung zu Cuba sicherlich fortschrittlich,

Doch seine Warnungen an Cuba bezüglich Afrikas reihen sich in alle möglichen Maßnahmen der Imperialisten gegen Cuba ein. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren, wo die Imperialisten nur die offene Konfrontation mit Cuba suchten (was scheiterte), haben sie heute eine breite Palette von diplomatischen und politischen Methoden, die Cuba die Reste von proletarischem Internationalismus austreiben sollen.

Diese Palette reicht von der Politik der Aufweichung durch liberale Politiker a la Trudeau und Olaf Palme, über Schließung von Botschaften und Streichung von zugesagter „Entwicklungshilfe" (siehe AK 77) bis hin zu CIA-Sabotage-Aktionen und sogar Drohung mit direkter Invasion durch die USA, die auch heute keineswegs ausgeschlossen ist. ●

Exilkubaner ermorden kubanischen Fischer!!!

In der Karibik wurden von einem norwegischen Frachter vier schiffbrüchige cubanische Fischer und die Leiche eines weiteren an Bord genommen. Laut der „Neuen Zür cher Zeitung" vom 11., 12. April gilt es als sicher, daß die cubanischen Fischer auf offener See von Exilcubanern angegriffen wurden, wobei das cubanische Fischerbot versank.

Eine Gruppe, die sich als „*Front für die nationale Befreiung Cubas, Brigade 2506*"bezeichnet, erklärte in einem Sender Miamis (USA-Florida), daß sie zwei cubanische „Spionageschiffe" angegriffen habe, um die „politischen Gefangenen" auf Cuba zu rächen.

Anschläge dieser Art hat es in den ersten Jahren nach dem Sieg der cubanischen Revolution in Hülle und Fülle gegeben.

Die wieder zunehmende Hetze der Imperialisten gegen Cuba gibt faschistischen Abenteurern anscheinend wieder Aufwind.

Lateinamerikakommission ●

Puerto Rico:

Sohn des PS-Vorsitzenden ermordet

Santiago Mari Pesquera, der älteste Sohn des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Puerto Ricos (PSP), die sich entschieden für ein freies Puerto Rico einsetzt, wurde Ende März durch einen Terroranschlag getötet. Man fand ihn im Süden der Hauptstadt mit zerschlagenem Schädel. Laut „Granma" (15/76) gab es in den letzten Jahren 150 Anschläge auf Personen oder Gebäude von Parteien, die sich für die Unabhängigkeit Puerto Ricos einsetzen. Nicht einer der Verantwortlichen für diese Anschläge – es wurden auch einige davon erwischt – wurde von der Kolonialregierung zur Rechenschaft gezogen!

Protest bei der Beerdigung.

Eine riesige Menschenmenge machte die Beerdigung des Ermordeten zu einer politischen Protestkundgebung gegen den Kolonialistatus der Insel.

Zwei Tage nach der Beerdigung wurde der Mörder von M. Pasquera von der Polizei verhaftet. Es ist der Sohn eines hohen Beamten der „Eastern-Air-Lines-Company". Die Behörden und Zeitungen versuchen, den Mörder als „unpolitischen", isolierten „Geistesgestörten" hinzustellen.

Die anti-imperialistischen Gruppen auf der Insel dagegen weisen darauf hin, daß es das herrschende politische Klima ist, das „Geisteskranke" ermuntere, derartige Aktionen zu unternehmen. (Information nach „Granma" 15/76) ●

Argentinien

Gewerkschafter und Revolutionäre verfolgt und verhaftet

In Comodoro Rivadavia fand der erste Prozeß eines Militärgerichts, das die Junta gleich nach demPutsch eingerichtet hatte, statt. Sieben peronistische Gewerkschafter wurden „*wegen illegalen Besitzes von Waffen und Sprengstoff*" zu drei bis zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der Prozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Eine lokale Zeitung, die ein Interview mit der Mutter eines der Angeklagten veröffentlichte, wurde für zwei Tage verboten („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 9.4.).

Nach der Einleitung von Bücherverbrennungen und nach der Verhaftung von über 1.000 sogenannten „Nachtschwärmern" in Rosario (vergl. AK 78), wurden weitere Maßnahmen zur Wiederherstellung der „Moral" ergriffen: In der Nähe der Militärbasis Campo del Mayo wurden „*langhaarige Jugendliche festgenommen und auf der Stellle kurzgeschoren*" („Frankfurter Rundschau", „FR", 17.4.76).

Militärpatrouille im Zentrum von Buenos Aires

Inzwischen wurde auch konkret bekannt, auf welche Weise es der Junta gelang, die „Arbeitsdisziplin" zunächst so deutlich zu steigern, daß die bürgerliche Presse von einem „*kleinen Wunder der neuen Herren*" sprach (vergl. AK 78): Truppeneinheiten besetzten die Betriebe und stellten streikende Arbeiter vor die „Alternative", entweder die Arbeit sofort wieder aufzunehmen oder sich verhaften und auf schon bereitstehenden Lastwagen abtransportieren zu lassen („FR", 17.4.76).

Die faschistischen Banden haben ihre Aktionen seit dem Putsch weiter intensiviert. Seit dem Putsch sind nach den offiziellen (d.h. ge-

Dieses Foto entstand kurz vor Beginn des Staatsstreiches in Buenos Aires: Ein Patrouillenfahrzeug der Armee vor dem Regierungsgebäude

„Alternative", entweder die Arbeit sofort wieder aufzunehmen oder sich verhaften und auf schon bereitstehenden Lastwagen abtransportieren zu lassen („FR", 17.4.76).

Die faschistischen Banden haben ihre Aktionen seit dem Putsch weiter intensiviert. Seit dem Putsch sind nach den offiziellen (d.h. ge-

Dieses Foto entstand kurz vor Beginn des Staatsstreiches in Buenos Aires: Ein Patrouillenfahrzeug der Armee vor dem Regierungsgebäude

fälschten) Angaben 150 Menschen ermordet worden, allein 24 in zwei Tagen („FR", 23.4.76).

So wurden z.B. in Vororten von Buenos Aires Anfang April sechs Menschen von der Straße weg entführt und ermordet („SZ", 9.4). Aus Santa Fé wurden von Faschisten drei Personen verschleppt („SZ", 12.4.), in Buenos Aires wurden neun verstümmelte Leichen gefunden. In einem Fluß nahe der Ortschaft Sarandi wurden vier Tote entdeckt. Eine davon soll die uruguayische Genossin Delma Suarez de Franchelli sein, die 1971 gemeinsam mit 36 anderen Guerilleros aus einem Gefängnis entkommen war. Insgesamt wurden schon so viele Leichen von aktiven Gewerkschaftern und Linken gefunden, daß es Stimmen gibt, die vermuten, daß vor dem Putsch eine regelrechte Mordnacht stattgefunden habe („FR", 17.4.).

Die Mitglieder der faschistischen Banden, von denen schon zu Regierungszeiten von Isabel Peron kein einziger verhaftet, geschweige denn verurteilt worden ist, finden jetzt erst recht günstige Bedingungen für ihre Terroraktionen vor. Dabei erledigen sie die gleiche Drecksarbeit wie z.B. die chilenische Dina, ohne allerdings den argentinischen Juntachef Videla vor den Augen der Weltöffentlichkeit so zu diskreditieren, wie Pinochet es ist.

Revolutionäre aus Chile, Uruguay und Brasilien besonders verfolgt

Nachdem die Junta zunächst jegliche Stellungnahme zur Anzahl der politischen Gefangenen verweigert hat, haben die Behörden jetzt eine Zahl von 3.000 politischen Häftlingen offiziell bestätigt („SZ", 12.4.76). Zugegeben werden Verhaftungen von ehemaligen Regierungsmitgliedern, peronistischen Gewerkschaftsführern usw., die vor allem wegen „Korruption" angeklagt werden („SZ", 12.4). Die tatsächliche Zahl der Verhaftungen, gegen Linke und insbesondere Revolutionäre, liegt mit Sicherheit erheblich höher. Die argentinischen Militärs praktizieren dabei die „chilenische Methode" und bestätigen Verhaftungen nicht. Neben der argentinischen Linken sind vor allem die Flüchtlinge aus den faschistischen Nachbarländern betroffen: ungefähr 400.000! Die meisten aus Chile, Uruguay, Paraguay und Brasilien. Davon sind nach Amnesty International ca. 60.000 politische Flüchtlinge. Diese Zahl ist noch zu niedrig – tatsächlich wird der Großteil aller 400.000 Lateinamerikaner vor den faschistischen Diktaturen, vor Folter und Ermordung in ihren Heimatländern geflohen sein, wobei aber nur ein geringer Teil in Argentinien die Anerkennung als politische Flüchtlinge erhielt.

General Jes. Cappellini, Anführer des Testputsches im Dezember 75. Heute hat er wesentliche Aufgaben beim Kampf gegen die Linke in Cordoba.

Schon unter der Regierung Isabel Perons wurden diese politischen Flüchtlinge verfolgt und lebten unter elenden und diskriminierenden Bedingungen (vergl. dazu Ak 77). Videla will diese Lateinamerikaner jetzt massenweise in ihre Heimatländer abschieben und sie erneut „*Folterungen und Inhaftierungen aussetzen*" (aus einem Brief von amnesty international an Videla, zitiert nach „FR", 23.4.). Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Argentinien wird den lateinamerikanischen Oppositionellen einer der letzten Zufluchtsorte genommen.

Ein besonderer Schlag gelang der Junta gegen die Zusammenarbeit der südamerikanischen Revolutionäre und den chilenischen Widerstand: Am 10. April, also schon zwei Wochen nach dem Putsch, wurde in Buenos Aires Edgardo Enriquez, der Bruder des von der Pinochet-Junta ermordeten Miguel Enriguez, zusammen mit der brasilianischen Genossin Regina Macones verhaftet. Edgardo Enriquez, Mitbegründer und Leitungsgenosse des chilenischen MIR, hatte Chile verlassen, um wesentliche Aufgaben für den chilenischen Widerstand im Ausland wahrzunehmen. Über Argentinien lief ein wesentlicher Teil der Informationen über den chilenischen Widerstand, der internationalen Solidaritätsspenden usw. Über den Verbleib und den Gesundheitszustand von Regina Macones und Edgardo Enriquez ist nichts bekannt. Es besteht die größte Gefahr, daß beide ausgeliefert oder von den argentinischen Faschisten selbst ermordet werden. Diese Repressionsmaßnahmen beweisen den faschistischen Charakter der argentinischen Junta nur allzu deutlich, wenn auch Videla sich weiterhin bemüht, seinem angeblich unblutigem Vorgehen einen Schein von Legalität zu wahren. Die Zeitungsredaktionen sind deswegen angewiesen,

Faschisten selbst ermordet werden. Diese Repressionsmaßnahmen beweisen den faschistischen Charakter der argentinischen Junta nur allzu deutlich, wenn auch Videla sich weiterhin bemüht, seinem angeblich unblutigem Vorgehen einen Schein von Legalität zu wahren. Die Zeitungsredaktionen sind deswegen angewiesen,

über Morde an Linken nicht zu berichten („FR", 23.4.). Gleichzeitig streben die faschistischen Banden und Teile der Offiziere eine noch schärfere und noch offenere Unterdrückung der Arbeiterbewegung und jeglicher – auch bürgerlicher – Kritik an.

Beratung von 1.500 Militärs

In der Zielsetzung des Putsches, daß nämlich „*das Netz der Subversion nun bis in seine letzten Verzweigungen ausgehoben werden müsse*", stimmen alle Gruppierungen im Militär völlig überein („FR", 23.4.). Differenzen bestehen auf taktischer Ebene, in Bezug auf das aktuelle Vorgehen der Junta.

Anfang April fand in Buenos Aires eine dreitägige Militärtagung statt, an der 1.500 Offiziere teilnahmen. Daß diese Widersprüche von untergeordneter Bedeutung sind, zeigte sich dabei deutlich. Während an der Militärtagung auch die Generale Levinstone und Lanusse teilnahmen, die von 1970-73 die ‚demokratische Öffnung', die Wahlen und die Rückkehr Perons eingeleitet hatten, wurde gleichzeitig Brigadegeneral Capellini mit hohen Funktionen betraut. Capellini hatte kurz vor Weihnachten den Testputsch gegen die Regierung Isabel durchgeführt, der schon damals zur Einrichtung der faschistischen Diktatur führen sollte und war anschließend rechtskräftig verurteilt worden. Er wurde jetzt zum Leiter der Akademie der Luftwaffe ernannt und übernahm das Kommando über die Luftwaffeneinheit in Cordoba – einem der wesentlichen Zentren der linken Arbeiterbewegung!

Die Linken kämpfen weiter

Trotz des Terrors führt die Guerilla weiterhin erfolgreiche bewaffnete Aktionen durch. Anfang April wurde ein weiterer hoher Polizeioffizier, der Chefinspekteur der argentinischen Bundespolizei, mehrere Polizisten und Offiziere und ein Direktor der argentinischen Filiale des Autokonzerns Chrysler erschossen („SZ", 15./16. 4.). Offensichtlich hat es auch mehrere bewaffnete Gefechte zwischen der Guerilla und Polizeikräften gegeben, über die bisher keine näheren Informationen vorliegen.

Lateinamerika-Kommission ●

Fortsetzung auf Seite 22

Erklärungen argentinischer Militärs

Die Haltung und die Ziele der argentinischen Militärs im Kampf gegen die Revolutionäre und die Arbeiterbewegung werden nicht nur deutlich an ihren Maßnahmen, sondern auch an den Erklärungen, die sie schon Wochen vor dem Putsch abgaben:

Videla: *„Wenn es sein muß, werden in Argentinien so viele Menschen sterben wie nötig, um den Frieden im Lande wiederherzustellen."* (Auf der 11. Konferenz der amerikanischen Heere im Oktober 1975 in Montevideo).

„Es wird keinen Frieden geben, bis die Feinde des Friedens begraben sind ..." „Vor diesem Feind gibt es kein Zaudern, sondern nur eine einzige Antwort: seine totale und definitive Ausrottung." (Brigadegeneral Jorge Olivera Rovere, Direktor der Militärhochschule, am 28. 8.).

„Wir werden keine Feuerpause gönnen, wir werden sie vernichten. Diejenigen von uns, die auf dem Feld bleiben, wissen, wie dieser Krieg ist. Diesen Krieg werden wir bekämpfen und gewinnen auf dem Gebiet, das sie aussuchen: In den Bergen von Tucuman, in den Straßen unserer Städte, in den Fabriken, wo man versuchen sollte, unsere Produktionskapazität zu sabotieren, in den Räumen unserer Universitäten, in denen man unserer Jugend mit ausländischen Doktrinen vergiftet, in den Massenmedien, die unser nationales Wesen deformieren wollen, in der Kirche, die unseren zum Mensch gewordenen Gott durch einen zum Gott gewordenen Menschen zu ersetzen versucht, in den Gerichten, in den Organisationen, die die Subversion unterstützen, oder in jeder Institution und Organisation, wo sie sich infiltrieren sollten." (General Jauregui, Kommandant der II. Panzerbrigade am 5. Dezember 1975).

(aus: APAL, Lateinamerikanische Presseagentur, April 1976.)

Weitere Stimmen zum Putsch in Argentinien

KP Argentinien

Die revisionistische KP Argentinien hat – wie berichtet – den Militärputsch gebilligt und erklärt, daß durch die Militärjunta die Interessen des argentinischen Volkes zum großen Teil vertreten werden. Die Erklärung der KPA liegt jetzt im Wortlaut vor. Da heißt es in einem weiteren bemerkenswerten Abschnitt:

„Das Volk erwartet ferner, daß sich die Militärjunta nicht vom Sirenengesang verantwortungsloser Demagogen verführen läßt ... Möge sie nicht in den gefährlichen Fehler verfallen, den Grad des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und des Volkes zu unterschätzen. Es ist eine schädliche Illusion zu behaupten, die nationalen Probleme auf Kosten des Volkes zu lösen, indem man die Volksbefragung in demokratischen und freien Wahlen umgeht." („Horizont", 15/76).

Daß die revisionistischen Parteien bürgerliche Wahlen für den einzig richtigen und besten Ausdruck des Volkswillens halten, ist bekannt, aber daß hier die faschistische Junta vor *„rechten Verführern"* und vor dem *„politischen Bewußtsein der Arbeiterbewegung"* gewarnt wird, ist doch eine neue Qualität revisionistischer Schweinspolitik.

Kuba

Enttäuschend ist die kubanische Berichterstattung über den argentinischen Putsch.

Während die „Granma" nach dem Sturz Allendes in Chile ausführliche Berichte brachte, die Pinochet-Junta eindeutig verurteilte und zur Solidarität aufrief, beschränkt sie sich jetzt auf die kommentarlose Wiedergabe der Ereignisse und der Veröffentlichungen der argentinischen Junta. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Kuba es sich nicht leisten will, seine diplomatischen und Handelsbeziehungen zu Argentinien zu gefährden (die peronistische Regierung hatte im Rahmen ihrer antiimperialistischen Imagepflege als eine der ersten den Boykott gegen Kuba durchbrochen), so bleibt diese Berichterstattung doch sehr mager und liegt völlig auf der Linie des internationalen Revisionismus, den Putsch herunterzuspielen.

Westdeutsche Linke

Nach den denkwürdigen Stellungnahmen der „KPD/ML" und des KBW, deren Hauptaussage war, daß sich das argentinische Volk jetzt auch besonders vor dem Eindringen des sowjetischen Sozialimperialismus zu hüten habe, ist Argentinien in den Zeitungen der westdeutschen Linken – ähnlich wie in der bürgerlichen Presse – kaum noch ein Thema. Lediglich der KABD berichtet in der „Roten Fahne" vom 15. 4. über die Schweinserklärung der KPA und interpretiert sie in ähnliche Richtung wie KBW und „KPD/ML" („*Die KPA macht seit langem unermüdlich für verstärkte Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion Reklame. Als einen Einstieg für Moskau, auch in Argentinien Fuß zu fassen!*"). Die Münchener „KAZ" (vom „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") berichtet nur kurz über die Repressionsmaßnahmen der Junta und ihre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus („KAZ", 4. 4. 76). Die „KPD" hat sich bislang noch gar nicht zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Argentinien geäußert.

Die Tatsache, daß durch den Militärputsch in Argentinien der gesamte südliche Zipfel Lateinamerikas in eine faschistische Kaserne verwandelt wurde, daß damit die Kampfbedingungen der Revolutionäre und der Arbeiterbewegung auch in Chile, Uruguay usw. erheblich erschwert wurden – wie z. B. die Verhaftung von Edgardo Enriquez deutlich macht – findet in der Berichterstattung der westdeutschen Linken kaum Berücksichtigung.

Wir sollten deswegen, gerade zum 1. Mai, unsere Solidarität mit den lateinamerikanischen Revolutionären besonders intensivieren.

Lateinamerika-Kommission ●

Peronismus – „3. Weg" der Bourgeoisie?

Juan Peron war seit 1943 Mitglied einer nationalistisch orientierten Militärregierung in Argentinien (die eine an den Interessen der Landoligarchie ausgerichtete Militärjunta abgelöst hatte) und wurde 1946 mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

Peron vertrat derzeit das Konzept einer vorsichtigen, nationalen Industiealisierung mit Hilfe der mobilisierten Arbeiterklasse gegen die traditionelle Agraroligarchie. Seine Politik zielte darauf ab, **„die für die lokale Bourgeoisie günstigste Form der Eingliederung in den Weltmarkt zu suchen"** (T. Evers, „Peron ist tot, es lebe Peron"). Seine drei Hauptperolen waren **„Wirtschaftliche Unabhängigkeit, politische Souveränität, soziale Gerechtigkeit"** (ebenda). In diesem Sinne führte er einige scheinbar antiimperialistische und antioligarchische Maßnahmen durch, wie die Verstaatlichung der britischen Eisenbahngesellschaften (die sowieso unrentabel geworden waren – die Briten kassierten eine überhöhte Entschädigung), staatliche Kontrolle über die Importe, Zentralisierung der Agrarausfuhr durch den Staat. Sein Ziel war keine grundlegende Änderung der wirtschaftlichen Strukturen – eine Agrarreform wurde z. B. nicht einmal geplant – sondern die Modernisierung des Kapitalismus in Argentinien bei

reform wurde z. B. nicht einmal geplant – sondern die Modernisierung des Kapitalismus in Argentinien bei

gleichzeitiger Integration der Massen. In einer Rede 1944 erklärte Peron: **„Man hat gesagt, ich sei ein Feind des Kapitals. Doch ... Sie werden niemanden finden, der das Kapital entschiedener verteidigt als ich".** Oder 1945 vor der Militärakademie in Buenos Aires: **„Wenn wir nicht die friedliche Revolution machen, dann wird das Volk die gewaltsame Revolution machen". „Man muß die Massenorganisationen aufbauen und die notwendige Macht haben, um das Gleichgewicht im Staat aufrechtzuerhalten."** (nach „Lateinamerika heute", Sonderbericht 6, AELA, München).

Mit einer Reihe von Sozialmaßnahmen – wie spürbaren Lohnerhöhungen, zahlreichen Sozialgesetzen, dem Aufbau von Gewerkschaften – und massiver Demagogie, gelang es Peron, sich eine breite Massenbasis in der Arbeiterschaft (Landarbeiter, die gerade erst in die Industrien, in die Städte strömten) und dem verelendenden Kleinbürgertum zu schaffen.

Unterstützt wurde er dabei von seiner damaligen Frau, der legendären Evita. Sie schaffte es durch Verteilung von Lebensmitteln und Kleidung in den Elendsvierteln (aus Steuergeldern natürlich), zum „Engel der Armen" und Idol breiter Massen zu werden.

Daß die beiden, Peron und Evita, dabei reichlich in die eigene Tasche gewirtschaftet haben, wurde erst vor wenigen Tagen enthüllt.

Eine holländische Eisenbahnfirma hatte in den 50er Jahren 12 Mio Dollar an Schmiergeldern an Peron gezahlt, um einen Auftrag über die Lieferung von Eisenbahnmaterial zu bekommen. Evita bekam als Zubrot Juwelen im Wert von 50.000 Dollar von Prinz Bernhard persönlich überreicht („SZ", 15.3.76).

Das Kernstück der peronistischen Ideologie ist die Aussöhnung der Klassen: Kapital und Arbeit gehören – nach Peron – beide notwendig zur Produktion und müssen sie gemeinsam tragen.

Perons Politik von 1946 - 1955 war nur möglich in der Situation des wirtschaftlichen Aufschwungs während und nach dem zweiten Weltkrieg (große Nachfrage nach argentinischen Agrarprodukten), wo die argentinische Bourgeoisie sich einige Zugeständnisse an die Arbeiter leisten konnte. Außerdem wurde Perons Politik durch die zeitweise Schwäche des Imperialismus begünstigt: Großbritannien mußte sich aus seinen Überseegebieten zurückziehen, während der US-Imperialismus noch nicht voll in Argentinien eingedrungen war. 1955 wurde Peron von rivalisierenden Militärs mit Hilfe der USA gestürzt – der wirtschaftliche Aufschwung ließ aufgrund der veränderten Weltmarktlage nach, die USA legten schärferes Augenmerk auf das Eindringen nach Lateinamerika, die Arbeiterbewegung begann selbständige von den peronistischen Gewerkschaften nicht mehr kontrollierbare Kämpfe.

Peron wurde gestürzt, bevor sich seine Ideologie vom „3. Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus als Betrug an den Massen und als Weg in die Sackgasse entlarvt hatte. Während der gesamten 18 Jahre seines Exils in Spanien (!) galt Peron bei großen Teilen der Massen als ihr großer Führer und Interessenvertreter.

Deswegen holte die argentinische Bourgeoisie nach immer wieder gescheiterten zivilen und Militärregierungen Peron 1973 zurück. Er schien die einzige Figur, die die revolutionäre Bewegung bremsen, die Arbeiterklasse demobilisieren und

schien die einzige Figur, die die revolutionäre Bewegung bremsen, die Arbeiterklasse demobilisieren und

den „sozialen Frieden" zur Lösung der Krise der Bourgeoisie herstellen konnte.

Dieser Versuch mußte scheitern, weil 1973 die Voraussetzungen für Perons Politik der Klassenallianz nicht mehr gegeben waren:

Die Bourgeoisie konnte und wollte sich Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung aufgrund ihrer zunehmenden Wirtschaftskrise nicht leisten. Die Arbeiterbewegung war in jahrelangen Kämpfen gegen die Militärdiktaturen politisch bewußter und radikaler geworden, die peronistische Bewegung war zersplittert und die rechtsperonistischen Führer, vor allem in den Gewerkschaften, hatten sich durch ihre teilweise Zusammenarbeit mit den Militärs, Korruption usw. weitgehend entlarvt.

So scheiterte Perons „Sozialpakt" (Stillhalteabkommen zwischen Gewerkschaften, Kapitalisten und Staat) sowohl am Widerstand der Bourgeoisie als auch an den Kämpfen der Arbeiter. Peron fackelte daraufhin nicht lange und ging mit ungeheurem Druck gegen die Linke vor. Montoneros und ERP wurden verboten, linksperonistische Provinzgouverneure abgesetzt. Ein neues Gewerkschaftsgesetz verbot spontane Streiks, bekannte Folterer aus der Zeit der Militärdiktaturen wurden in hohe Polizeiposten geschoben.

Auch die faschistischen, paramilitärischen Banden wurden noch von Peron selber gefördert. Schon 1974 gab es 50 Morde an linken Peronisten, Liberalen usw.

Aber wieder gelang es Peron, rechtzeitig von der Bühne abzutreten. Er starb, bevor die peronistischen Massen schon massenhaft erkannten, daß der „große Führer" und sein Programm die reaktionäre, massenfeindliche Politik betrieben und trugen. Nach Perons Tod am 1.7.74 verschärfte Isabel den harten Kurs. Ein großer Teil der linken und kämpferischen Peronisten kehrte immer noch nicht der peronistischen Ideologie insgesamt den Rücken, sondern betrachtete nur die Person Isabel als „Verräterin" am Peronismus. So haben die Montoneros immer noch den Anspruch, „wahre Peronisten" zu sein, die allein „den Verrat und die Abweichungen" in der Regierung Isabels bekämpft haben.

Lateinamerika-Kommission

Mexiko vor den Wahlen

Mexiko vor den Wahlen

Amnestie für politische Gefangene von 1968

Ende März hat der mexikanische Präsident Echeverria eine Amnestie für ungefähr 250 Studenten erlassen, die seit den Studentenunruhen von 1968 im Gefängnis sitzen. 1968, kurz vor den olympischen Spielen in Mexico, hatten Polizei und Militär in eine Kundgebung von 7.000 Menschen geschossen und dabei über 200 Menschen getötet und 1.500 verhaftet. Der Großteil der damals Verhafteten sitzt bis heute im Gefängnis – trotz einer Reihe internationaler Solidaritätskampagnen, trotz eines Hungerstreiks von 85 Häftlingen 1970 („Süddeutsche Zeitung", 31.3.76).

Die Amnestie, die Echeverria jetzt ausgesprochen hat, steht offensichtlich im Zusammenhang mit den Ende dieses Jahres anstehenden Wahlen:

Seit über 50 Jahren – seit ihrer Gründung – ist in Mexico die PRI (Institutionalisierte (!) Revolutionspartei) an der Regierung. Die Aufgabe der PRI war von Anfang an, die Errungenschaften, die die Landarbeiter und Bauern in der Revolution von 1910 bis 1920 erkämpft hatten, rückgängig zu machen und die breite Massenbewegung zu integrieren, sie sollte – wie der Name deutlich macht – die mexikanische Revolution „institutionalisieren". Diese Aufgabe ist der PRI leider weitgehend geglückt. Die Landreform existiert praktisch kaum noch, die Verteilung von Land der Großgrundbesitzer wird systematisch verschleppt und verhindert. Heute gibt es in Mexico mehr landlose Bauern als nach der Revolution (ungefähr 3.3 Mio. landlose Bauern und Tagelöhner leben am Rande des Existenzminimums). Die Konzentration des Bodens in wenigen privaten Händen nimmt zur Zeit sogar zu („Neue Zürcher Zeitung", 24.3.76). Das imperialistische Kapital ist kaum Beschränkungen unterworfen. Für die BRD z.B. folgt Mexico gleich nach Brasilien und Argentinien an dritter Stelle in Bezug auf private Investitionen. Fast 2/3 des gesamten Außenhandels werden mit den USA abgewickelt. Mexico ist schon auf Grund seiner hohen Auslandsverschuldung (8 Mrd. DM) vom Imperialismus abhängig („horizont", Jan.76) Die Gewerkschaften der Industriearbeiter sind teilweise direkt von der PRI ins (kontrollierte) Leben gerufen worden, ihre Führungen sind – ähnlich wie in Peru – eng mit der Regierung verbunden.

Alle sechs Jahre muß nach der Verfassung ein neuer Präsident gewählt werden, eine doppelte Amtsperiode gibt es nicht. Bisher haben bei allen Wahlen (in über 50 Jahren) die Kandidaten der PRI gewonnen. Nach der brutalen und offenen Repression seines Amtsvorgängers, Diaz Ordaz, der für das Massaker von 1968 verantwortlich war, versuchte sich Echeverria demagogisch, u.a. durch verbesserte Beziehungen zu Kuba und einige gegen die USA gerichtete Sprüche, als Antiimperialist und Interessenvertreter des Volkes zu verkaufen, was ihm allerdings kaum noch gelingt.

Im November vorigen Jahres demonstrierten 150.000 Arbeiter, unterstützt von Bewohnern der Elendsviertel, für bessere Lebensbedingungen und Gewerkschaftsdemokratie („Intercontinental Press", 15.12.75). Landbesetzungen der landlosen Tagelöhner und Bauern, Kundgebungen und Kämpfe nehmen immer mehr zu. Im Herbst 75 setzte Echeverria Polizei- und Militärtruppen gegen die Landarbeiter in verschiedenen Provinzen ein, es gab zahlreiche Tote und Verletzte („NZZ", 24.3.76).

Die Armee wurde mit einer Großoffensive gegen verschiedene Guerillagruppen beauftragt, die insbesondere durch Entführungen (z.B. von hohen Regierungsbeamten, Angehörigen der US-Botschaft oder mexikanischen Kapitalisten) den bewaffneten Kampf aufgenommen hatten.

Die bevorstehenden Wahlen, für die Echeverria mit der Amnestie offensichtlich noch schnell ein etwas entspannteres Klima schaffen will, sind selbst im bürgerlichen Sinn eine totale Farce. Linke Parteien dürfen zwar einen Kandidaten für die Wahl aufstellen, sind aber offiziell verboten, ihre Handlungsfähigkeit ist damit natürlich eingeschränkt. Die revisionistische KP Mexikos wurde von den Wahlen ausgeschlossen, weil sie sich geweigert hatte, ein Verzeichnis aller ihrer Mitglieder samt Adressen vorzulegen („Neues Deutschland", 31.3.76).

Militär verhaftet Demonstranten in Mexiko-City

Die anerkannte (rechte) Oppositionspartei stellt angeblich wegen „parteiinterner Differenzen" zu diesen Wahlen keinen Kandidaten auf. Die Wahlenthaltung lag in Mexico schon in den letzten Jahrzehnten immer um 35%. Man schätzt, daß sie unter den augenblicklichen Umständen auf 50% ansteigen wird („NZZ", 24.3.)!

Die „Wiederwahl" des Kandidaten der PRI, Portillo, ist damit gesichert. Aber Portillo wird sich mit den zunehmenden Kämpfen der Arbeiter und Bauern auseinanderzusetzen haben.

Lateinamerika-Kommission ●

asien aktuell

Südostasien:

Imperialisten päppeln reaktionäre Regimes hoch

Nach der Befreiung Indochinas richten sich die Anstrengungen der Imperialisten darauf, die reaktionären südostasiatischen Länder noch stärker zu ihren Brückenköpfen gegenüber den sozialistischen asiatischen Staaten zu entwickeln.

Neben dem Schwerpunkt Thailand richten sich diese Bemühungen auch verstärkt auf die Inselstaaten Malaysia, Philipinen, Indonesien und Singapore.

Entsprechend den Grundsätzen, der von Ford formulierten „Nach-Vietnam"-Politik, treten die US-Imperialisten in diesen Ländern nicht so offen auf, sondern versuchen die einheimischen Regierungen durch den Aufbau eines Militär- und Polizeiapparates für ihre imperialistischen Ziele zu stärken.

Die Regierungen fast aller dieser Länder sind durch vom CIA unterstützte Militärputsche an die Macht gekommen (Marcos – Philipinen, Suharto – Indonesien, Lee Kuan Yew – Singapore). Die Wirtschaft dieser Länder ist nur den Interessen der Imperialisten entsprechend aufgebaut (Rohstoffexport, Halbfertigprodukte) und befindet sich z.T. zu über 70 % in der Hand ausländischer Kapitalisten.

Innenpolitisch zeichnen sich sämtliche Länder durch die Unterdrückung jeder politischen Opposition, durch Ausnahmegesetze aus. Sie sind Polizeistaatsdiktaturen nach faschistischen Vorbildern.

Malaysia wurde 1963 von den britischen Imperialisten als Bollwerk gegen das damals relativ fortschrittliche Indonesien Sukarnos für „unabhängig" erklärt.

Es besteht aus drei ehemaligen britischen Kolonien (Malaya, Sarawad und Sabah), die nicht viel mehr als ihren Unterdrücker gemeinsam hatten.

In einem etwa 10 Jahre dauernden Krieg gelang es den Briten, eine von Kommunisten angeführte Befreiungsbewegung vorläufig niederzuringen, und auch die Opposition gegen diese Staatengründung zu unterdrükken, um so einen guten Boden für eine neokolonialistische Phase vorzubereiten.

Von der malaysischen Regierung wurde jede politische Opposition von Beginn an mit Polizeistaatsmethoden unterdrückt. (So sitzen heute noch politische Häftlinge in den Gefängnissen, die von den Briten verhaftet wurden.) Malaysia hat für die Imperialisten große strategische Bedeutung als Rohstofflieferant: Es ist Hauptlieferant für Zinn und Kautschuk auf dem Weltmarkt. Über Malaysia läßt sich die wichtige Seestraße von Mallakka kontrollieren. Außerdem ist Malaysia neben Thailand das einzige proimperialistische Land Südostasiens, das auf dem asiatischen Festland liegt. Malaysia ist eines der Länder, in denen sich die ausländischen Investoren tummeln, denn hier läßt sich viel Profit machen, die Gewinnspannen liegen mehr als doppelt so hoch wie im Weltdurchschnitt.

Selbstverständlich steht die BRD bei solchen (vorläufig) rosigen Aussichten nicht abseits: 15 namhafte Betriebe haben sich hier mittlerweile niedergelassen.

Anwachsen der Befreiungsbewegungen

In jüngster Zeit mehren sich „besorgte" Stimmen in der bürgerlichen Presse über die inneren Schwierigkeiten Malaysias. In Sabah (auf Borneo) regt sich Opposition gegen die Regierung in Kuala Lumpur. Gerade kürzlich wurde ein „Verschwörerplan" zur Herauslösung Sabahs aus dem malayischen Staatenbund „aufgedeckt", hinter dem angeblich der faschistische Präsident Marcos aus Philippinen stecken soll (Monitor, 5.3.76). Aus Malaya selbst, das an Thailand angrenzt, wird von einer zunehmenden Guerillatätigkeit berichtet. Die malayischen Guerillas arbeiten eng mit den thailändischen Genossen zusammen. Schon über 15 % der Gesamtfläche der beiden nördlichen Provinzen mußten von der Regierung zur Sicherheitszone erklärt werden. Es wird berichtet, daß über ständig mehr Gebiete der Ausnahmezustand verhängt wird. Die Regierungstruppen sind lediglich in der Lage einige Hauptwegkreuzungen zu kontrollieren. Die Holzindustrie (wichtiger Exportzweig) kann ihre Holzfällarbeiten in Teilen des Landes nur ausführen, wenn an die Guerilla entsprechende Abgaben entrichtet werden. Ein ausländischen Kapitalist: *„Dort, nahe der thailändischen Grenze ist ein Krieg im vollen Gange"*. Die Gegenmaßnahmen der Regierung richten sich in erster Linie gegen die Bevölkerung in den umkämpften Gebieten. So können die Bauern ihre Felder nicht mehr bestellen, sie dürfen in den Wäldern nicht mehr jagen (besonders die beliebte Jagd auf Regierungstruppen ist untersagt) und sie werden in Wehrdörfer zwangsweise umgesiedelt, um die Guerilla zu isolieren.

Der Ende '75 plötzlich verschiedene ehemalige Premierminister „Graf" Abdul Razak warnte z.B. die Bewohner in zwei KZ-ähnlichen Wehrdörfern, sie würden in andere Gebiete unter strikter Sicherheitskontrolle angesiedelt werden, wenn sie nicht endlich aufhörten, die Kommunisten zu unterstützen.

Außerdem arbeiten die Streitkräfte von Malaysia eng mit denen von Singapore und Thailand zusammen. Es werden z.B. gemeinsame Patrouillen unternommen, um den Waffenschmuggel zu unterbinden. Von grossen Erfolgen scheinen diese Versuche, die Guerilla zu treffen, zur Zeit wohl nicht gekrönt zu sein, denn die bürgerliche „Far Eastern Economic Review" schreibt: *„Die diesjährige Todesrate des Sicherheitspersonals hat bereits ein Niveau erreicht, das dem von 1956 vergleichbar ist, und der lange ‚Emergancy-Kampf' gegen die Terroristen ist noch nicht gewonnen. Der Unterschied ist, daß 1956 die gleiche Anzahl Terroristen eliminiert wurde, wie Mitglieder der Sicherheitsstreitkräfte, während 1975 die Relation mehr wie in den schlimmsten Jahren der ‚Emergency' war, als das Militär nur gelegentlich einen Guerilla ausschalten konnte"*. (Informationen aus „Newsweek", April 1976; „Dritte-Weltmagazin", 1/2, 1976). ●

Indochina-Kommission

Indien:

Slum-Bewohner wehren sich!

Demonstration, Polizei in Indien (1974)

Bei der Aktion „saubere" Städte, der gewaltsamen Vertreibung der Slum-Bewohner aus ihren Elendsquartieren buchstäblich in die Wüste, ist es trotz Ausnahmezustand zu Protest- und Widerstandsaktionen gekommen.

In Neu-Delhi, der Hauptstadt des Landes, sollten 250.000 Slum-Bewohner ihre Hütten verlassen, die dann dem Erdboden gleichgemacht werden sollten. Weit über 100.000 Menschen sind vertrieben und noch größerem Elend – in vielen Fällen dem sicheren Hungertod – ausgeliefert. Jedoch, *„als die Räumkommandos sich ein Muslimviertel vornehmen wollten, leisteten die Bewohner heftigen Widerstand. Es kam zu einer regelrechten Straßenschlacht, die stundenlang andauerte und bei der drei Muslims von der Polizei erschossen wurden"* („FAZ", 21.4.76).

Auch in Kalkutta, wo 300.000 Menschen vertrieben werden sollten, wehrten sich Slum-Bewohner trotz Ausnahmezustand und eigens aufgestellter Schlägertrupps, die den Widerstand niederknüppelten.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes vom 25.6.75, das generelle Streikverbot durch die Indira Gandhi-Regierung haben der Arbeiter- und Bauernbewegung das Genick nicht brechen können. In der kampfstärksten Provinz Indiens, Ost-Bengalen, wurden im zweiten Halbjahr 1975 (also nach Verhängung des Ausnahmezustandes) 59 Streiks organisiert, an denen fast 32.000 Arbeiter teilnahmen. 12.300 Arbeiter der Fabrik Bala (in einem Ort nahe Kalkutta) sind seit Anfang März im Ausstand, den sie schon seit drei Wochen durchhalten. ●

Indien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Indien: Für die Imperialisten attraktiver denn je

Der am 29. Juni verhängte Ausnahmezustand in Indien hat sich für die Imperialisten ausgezahlt. Inzwischen veröffentlichte Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung förderten aufschlußreiche Ergebnisse zutage.

Die Industrieproduktion war noch im Rechnungsjahr 73/74 um 0,2 % gesunken, stieg dann wieder leicht an (1975: 4,5 %), aber erst der Ausnahmezustand brachte den Durchbruch: Seit Juli '75 wurde die Kohleförderung um 12 % erhöht, die Produktion von Stahl steig um 17 %, Aluminium 44 % (!), Kunstdünger 29 %, Zement 14 %, auch die Elektrizitätserzeugung um 11 %.

Der indischen Wirtschaft geht es also blendend, dank Streikverbot, Arbeitsdisziplin und der Abschaffung der demokratischen Rechte. *„Im industriellen Bereich fand die vielzitierte ‚neue Wirtschaftsdisziplin' ... unzweifelhaft ihren Niederschlag."* („Neue Züricher Zeitung", 31.3.76).

Das lockte natürlich die Imperialisten aller Länder auf den Plan. Indien verzeichnete einen regelrechten Andrang *„ausländischer Wirtschafts-Delegationen, ... darunter Vertreter der amerikanischen, britischen und japanischen Industrie"*. („Handelsblatt", 21.4.76). Auch die BRD-Imperialisten schickten Anfang März eine Abordnung unter der Führung von Wolff von Amerongen, dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages. Dieser *„hatte an der Spitze einer Gruppe prominenter Industrieller und Bankiers aus der Bundesrepublik in Bombay an einer Veranstaltung zum 20jährigen Bestehen der Deutsch-Indischen Handelskammer teilgenommen und mit hohen Regierungsvertretern geführt."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15.3.76). Dabei war es hauptsächlich um zwei zentrale Anliegen der BRD-Imperialisten gegangen. Sie verlangten zum einen die Rücknahme *„einer 1974 in Kraft getretenen Bestimmung, wonach in Indien tätige ausländische Firmen ihre Kapitalanteile auf 40 % zu reduzieren haben"*. („FAZ", 15.3.76). Außerdem ging es um einen *„Erlaß, der es fremden Neuinvestoren zur Auflage macht, mindestens 60 % ihrer Produktion zu exportieren."* („FAZ", 15.3.76). Beide Bestimmungen sind mittlerweile von der indischen Regierung geändert worden. Diese *„Liberalisierung der Investitionsbestimmungen ... dokumentiert das wiedererwachte Interesse der indischen Regierung an ausländischem Privatkapital"*. („Handelsblatt", 21.4.76). ●

Indien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die neue thailändische Regierung: Kapitalisten, Generale und nochmals Generale

Nach einer ungeheuren Bomben- und Terrorkampagne hatte die thailändische Reaktion einen „Wahlsieg" bei den Parlamentswahlen erreicht.

Inzwischen haben sich die größten der reaktionären Parteien, die „Demokratische Volkspartei", die „Thailändische Volkspartei", die „Soziale Gerechtigkeitspartei" und die „Sozialnationalistische Partei" zu einer „Koalitionsregierung" zusammengefunden. Diese Regierung, *„die führende Persönlichkeiten (?) des traditionellen Establishments an die Schaltstellen der Macht zurückbrachte"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.4.76), verfügt über 206 der insgesamt 279 Parlamentssitze.

Premierminister wird der Führer der „Demokratischen Partei" (114 Sitze), Seni Pramoj, werden, er ist aber aufgrund parlamentarischer Prozeduren noch nicht im Amt bestätigt.

Der Verteidigungsminister ist einer der einflußreichsten Generäle des Landes, Kris Sivara (parteilos). Den für die thailändische Bourgeosie wichtigen Posten des Landwirtschaftsministers hat zweckmäßigerweise ein „führender" Textilkapitalist des Landes, Pramarn Adireksan, ebenfalls General und zugleich Vorsitzender der „Volkspartei" erhalten.

Pramarn ist gleichzeitig stellvertretender Premierminister. Weitere stellvertretende Premierminister sind der Luftmarschall Dawee Chullasapya („Soziale Gerechtigkeitspartei") und Sawet („Demokrat").

Der Generalsekretär der „Thailändischen Volkspartei", General Chartichai, erhielt das Industrieressort.

Der westdeutsche Imperialismus, der das Wahlergebnis mit Beifall aufgenommen hatte, hat schon heute Zweifel, *„ob sich diese Regierung länger halten kann als ihre Vorgängerin"* („FAZ", 20.4.76). Die vorherige Regierung hatte nach zehnmonatiger Amtszeit, nach zehn Monaten heftigster antiimperialistischer Massenkämpfe, das Parlament aufgelöst und Neuwahlen herbeigeführt. Die Imperialisten wissen und rechnen damit, daß durch die neue Regierung sich die Klassenkämpfe noch weiter verschärfen werden. Um die Klassenzusammenstöße zu dämpfen, plädieren die westdeutschen Imperialisten dafür, *„den längst überfälligen (!) Reformkurs"* in dem *„Land des Lächelns"* einzuschlagen („FAZ", 20.4.76). Die neue Regierung hat durch die Blutspur, die sie schon vor ihrem Antritt, spätestens seit dem Wahlkampf, hinter sich herzieht, gezeigt, daß sie an einen „Reformkurs" nicht denkt! ●

Japan

Trotz Massenstreiks Tarifabschlüsse unter 10 %

In der vergangenen Woche fand in Japan die erwartete dritte Streikwelle der alljährlichen gewerkschaftlichen „Frühjahrsoffensive" statt. Auch diesmal standen an der Spitze der Arbeitskämpfe die Eisenbahnarbeiter, die in diesem Jahr bereits zum vierten Mal im Streik standen. Auch Kollegen anderer Bereiche beteiligten sich an diesem Streik. Insgesamt streikten rund 280.000 Arbeiter und Angestellte der staatlichen Eisenbahnen, 230.000 Kollegen von elf der 15 in Japan bestehenden Privatbahngesellschaften, 18.000 Postarbeiter, die Arbeiter der Müllabfuhren sowie anderer staatlicher Betriebe. Nahezu das gesamte Verkehrswesen brach dadurch zusammen. Allein in Tokio blieben ungefähr 31.000 Tonnen Müll liegen.

Mit diesem Streik wollten die Kollegen ihre Forderungen nach Steuersenkungen, Erhöhung der Renten- und Arbeitslosenunterstützung, einem monatlichen und gesetzlich festgelegten Mindestlohn sowie nach einer *„Sicherung der Beschäftigung"* durchsetzen. Die ursprünglich von den Gewerkschaften geforderten Lohnerhöhungen von 15 bis 22 % waren bereits vor dem Streik auf rund 10 % reduziert worden.

Der Streik war anfangs auf eine Dauer von 72 Stunden geplant gewesen. Er wurde aber schon nach zwei Tagen abgebrochen: Die Gewerkschaftsführungen hatten Lohnraubabschlüssen von 8,4 % für die Kollegen der staatlichen und von 9,2 % der privaten Eisenbahnen zugestimmt.

„Diese Zuwachsrate ist die geringste seit mehr als einem Jahrzehnt" („Die Welt", 23.4.76). Die Durchsetzung der zum Teil schon seit mehreren Jahren bestehenden weitergehenden Forderungen haben Japans Gewerkschaftsführer ohnehin schon abgeschrieben. ●

Japan-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Massenelend in Indonesien

Der Faschismus in Indonesien bedeutet Auspressung der Bevölkerung bis aufs Blut. Mehr als 20 Millionen Menschen sind arbeitslos bei einer Gesamtbevölkerung von 130 Mio. Das hat nicht nur ökonomische Gründe. Die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) war nach der sowjetischen und chinesischen die drittgrößte KP der Welt. Noch heute – mehr als 10 Jahre nach dem faschistischen Putsch vom 30. September 1965 – sind die Kommunisten und alle, die als ihre Anhänger gelten, geächtet und finden keine Arbeit! *„Jeder Bürger muß beim Verkehr mit Behörden eine Bescheinigung von ‚Kopkamtib' vorlegen, daß er nicht kommunistisch belastet ist, eine Auflage, die selbst für dreizehnjährige Kinder gilt ..."* („FAZ", 5.4.76).

Ebenfalls mehr als 20 Millionen Indonesier haben keine Unterkunft. *„Vierzig Prozent der Bevölkerung ernähren sich das ganze Jahr hindurch von Tapioka-Wurzeln und Baumrinde."*

Auf der anderen Seite stehen, durch das Blutbad der faschistischen Suharto-Clique an die Macht gebracht, 20 Personen, die fast die ganze Wirtschaft des Landes kontrollieren. *„Mit ihren Partnern in höchsten Regierungsstellen teilen sie sich 90 Prozent aller Auslandskredite und 85 Prozent aller heimischen Kredite."*

Die Korruption blüht. Bei diesem Geschäft um mehr Macht und Einfluß wittert auch der BRD-Imperialismus, der zu den indonesischen Faschisten herzliche Beziehungen unterhält, seine Chance. So erklärte der zuständige Leiter der deutschen Handelskammer, ***„ich bin gar nicht gegen Korruption in bestimmten Ländern. Was bedeuten schon 15 bis 20 Prozent Aufschläge. Dafür bauen wir diese Länder auf"***.

Die Korruption hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Allein ein hochgerühmtes Investitionsprojekt westdeutscher Kapitalisten, das Stahlwerk von Krakatau, hat bis jetzt *„fast zwei Milliarden Mark ohne sichtbare Bauergebnisse verschlungen"* (Zitate, wenn nicht anders angegeben, aus „Frankfurter Rundschau" 7.4.76). ●

1. MAI:
Ein Jahr befreites Indochina – Aufbau der Volksmacht!

Vor einem Jahr feierten die Völker Vietnams, Laos und Kambodscha ihre Befreiung. Die letzten Stationen der Niederlage des US-Imperialismus waren die Befreiung Kambodschas am 17.April 1975, der Einmarsch der Befreiungskämpfer in Saigon am 30. April und der entscheidende „Linksruck" in Laos Mitte Mai.

Für die drei Völker Indochinas galt es, die blutige Spur, die der US-Imperialismus durch seine Bombenangriffe hinterlassen hatte, zu beseitigen.

Während der Aufbau der Volksmacht in den drei Ländern voranschreitet, brachte die bürgerliche Presse in den letzten Wochen seitenlange Hetzartikel gegen die befreiten Völker Indochinas.

Widerlicher bürgerlicher Lumpenjournalismus

In den Wochen vor und nach der Befreiung Indochinas war die imperialistische Presse voll von Lügen über angebliche Greueltaten der Kommunistischen Befreiungskämpfer in Vietnam und Kambodscha. Hunderttausende würden abgeschlachtet und mindestens ebensoviele seien auf der Flucht, dies war der durchgängige Tenor in der westdeutschen bürgerlichen Presse. Nach diesen Lügenmärchen, die selbst von bürgerlichen Politikern wie dem US-Senator McGovern als „nicht zutreffend" entlarvt worden waren, kommt jetzt, 1 Jahr später, der zweite Aufguß

Die „Süddeutsche Zeitung"berichtete in ihrer Ausgabe vom 13.4.76 von 500.000 („*hingemeuchelten Opfern der Roten Khmer*"), ein Zehntel (!) der Bevölkerung sei seit der Machtübernahme der Roten Khmer ums Leben gekommen. In dieselbe Kerbe schlugen die Kloakenjournalisten von Springers „Welt", die von Kannibalismus, Massenerschießungen, Hungersnöten und der systematischen Ausrottung gebildeter Bewohner zu berichten wußten („Welt", 21.4.76). Daß sie dafür nicht den Schatten eines Beweises bringen konnten, versteht sich. So brachten sie diese Greuelgeschichten unter dem Mantel von angeblichen „Augenzeugenberichten".

Sabotageaktionen von Faschisten und CIA

Sabotageaktionen von Faschisten und CIA

Gleichzeitig mit dieser Hetzkampagne der imperialistischen Presse häufen sich Meldungen, die über faschistische Aktionen in Vietnam, Laos und Kambodscha berichten. Faschistische Banden treiben ihr Unwesen mit Angriffen gegen die Zivilbevölkerung, Sabotage gegen Produktionsanlagen usw.

In Thailand wurde eine 10.000 Mann-Söldnertruppe speziell für diese Aufgaben ausgebildet. Schärfster Ausdruck der faschistischen Aktionen in Kambodscha war ein Bombenangriff auf die Stadt Siam Reap, bei dem 15 Menschen getötet und weitere 30 verletzt wurden.

Die Imperialisten, die jahrzehntelang die indochinesischen Völker unterdrückt, ausgebeutet und ermordet haben, setzen jetzt ihre Verbrechen auf einer anderen Ebene fort. Faschisten und Provokateure werden ausgebildet, um den Aufbau der Volksmacht zu behindern, der von der imperialistischen Presse verteufelt und verleumdet wird.

Doch der Sieg der indochinesischen Völker über den US-Imperialismus hat bewiesen, daß ein Volk, das um seine Befreiung kämpft, auch nicht durch die stärkste Militärmacht der Welt aufgehalten werden kann. Indochina setzte ein Zeichen für den Kampf aller unterdrückten Völker.

Vietnam

Nach der endgültigen Befreiung Südvietnams und der Machtübernahme durch FNL wurde und wird in Südvietnam ein System der demokratischen Volksmacht aufgebaut. Es wurde mit dem Aufbau von „Solidaritätsgruppen" (Solidarity Cells) begonnen, die jeweils 10 Haushalte umfassen und die kleinste administrative und soziale Einheit des Staates darstellen (Angaben nach „Guardian", 6.4.76). Über diese Gruppen wurden Beamte gewählt – teilweise für kurze Zeit quasi zur Bewährung.

Nach und nach entwickelte sich so eine Stabilität in der Verwaltung. Neben der Organisierung des öffentlichen Lebens findet in diesen Gruppen ein reges politisches Leben statt. Die „Solidaritätsgruppen" haben ein direktes Einwirkungsrecht in die Verwaltung. Jeweils 10 dieser Gruppen bilden wiederum Einheiten. Über diesen Weg werden die Dorf-, Bezirks- und Stadtkomitees gebildet.

Offensichtlich sollen diese Komitees jetzt die Aufgaben der lokalen Verwaltung übernehmen, die seit Mai'75 von der Befreiungsarmee wahrgenommen werden. Die Komitees haben sich inzwischen soweit entwickelt, daß Stadt- und Provinzkomitees („Revolutionäre Volkskomitees") gebildet werden konnten.

wahrgenommen werden. Die Komitees haben sich inzwischen soweit entwickelt, daß Stadt- und Provinzkomitees („Revolutionäre Volkskomitees") gebildet werden konnten.

Das Saigoner Komitee wurde z.B. Mitte Januar gegründet.

Neben diesen Volkskomitees existieren noch eine Reihe von Organisationen zu speziellen Fragen, wie die Bauernvereinigung, die Frauenfront und verschiedene kulturelle Gruppen.

Neben dem Aufbau der Volksmacht in Südvietnam, die ihren Ausdruck finden wird in den Wahlen zur Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam, liegen die wesentlichsten Aufgaben in der Wiedererrichtung der Wirtschaft, der Umerziehungs- und Aufklärungsarbeit und in der Mobilisierung des Volkes gegen die nach wie vor tätigen konterrevolutionären Banden.

Wirtschaftsaufbau

Durch den Einsatz sämtlicher Kräfte der staatlichen und privaten Wirtschaft unter Kontrolle der Regierung konnten schon bald nach der Befreiung wesentliche Industriebereiche wieder in Betrieb genommen werden. Heute steht Süd-Vietnam kurz davor, auch den bisher starken Mangel an Rohstoffen zu beseitigen.

Die Botschaft der RSV in der DDR schreibt in ihrem „Bulletin" Nr. 1/2-76 zum wirtschaftlichen Aufbau in Südvietnam, daß während der letzten 9 Monate in 3.563 Betrieben 108.373 Arbeiter ihre Arbeit wiederaufgenommen haben. Auch die Lebensmittelversorgung wurde gesichert, so wurden z.B. 135.000 t Reis an arme Arbeiter verteilt.

Auch auf dem Sektor der Landwirtschaft wurden Fortschritte erzielt. Nach Angaben des „Bulletin" haben bereits über 300.000 Menschen von den Umsiedlungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht. Ihnen wurde brachliegendes Land zugeteilt,

Bestellung der Reisfelder in der Republik Südvietnam. Der von geflüchteten Großgrundbesitzern hinterlassene Grund und Boden wird unter den armen Bauern neu aufgeteilt. Wer von seiner eigenen Hände Arbeit gelebt hat, wird zur Aufrechterhaltung und Erweiterung der Produktionstätigkeit ermuntert.

Fortsetzung auf Seite 25

Ein Jahr befreites Indochina – Aufbau der Volksmacht!

das dadurch bereits in größerem Umfang kultiviert werden konnte.

Umerziehungsprogramm

Gegenüber den Anhängern der US-Imperialisten und den Thieu-Marionetten hat die Regierung Südvietnams von vornherein mit besonderer Nachsicht und Milde gearbeitet. Umerziehungsschulen für Prostituierte, für Soldaten der Thieu-Armee usw. wurden eingerichtet. Speziell die Soldaten der Thieu-Armee wurden nicht verfolgt, wenn sie sich aktiv am Wiederaufbaud des Landes beteiligen. Lediglich gegen die Verbrecher unter ihnen und gegen die vom US-Imperialismus profitierende Kompradorenbourgeoisie wurde in entsprechender Schärfe vorgegangen.

Insgesamt hat die gesamte Erziehungs- und Aufklärungskampagne in Südvietnam eine enorme Bedeutung. Im Gegensatz zu Nordvietnam waren große Teile der südvietnamesischen Bevölkerung jahrzehntelang dem Einfluß der Imperialisten ausgesetzt – was logischerweise Folgen hinterläßt. Entsprechend wurde sehr schnell der ganze Sumpf der reaktionären, imperialistischen Literatur eingezogen und sein Vertrieb unter Strafe gestellt (u.a. auch die „Werke" Solschenazi's).

Fortschrittliche Außenpolitik

Außenpolitisch verfolgt Vietnam einen Kurs, der auf ein gleichberechtigtes und friedliches Auskommen mit den kapitalistischen Staaten und auf eine solidarische Zusammenarbeit mit der VR China und der UdSSR ausgerichtet ist.

Daß diese Politik, speziell gegenüber den imperialistischen Staaten, keineswegs auf Zugeständnissen an diese beruht, beweisen die Angebote an die USA. Die DRV erkärt sich zur Aufnahme von Beziehungen bereit, wenn die USA v o r h e r ihre Reparationen etc. zahlen!

Gegenüber den Befreiungsbewegungen der afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Staaten verfolgt die DRV eine Politik der konsequenten Unterstützung. Vietnam hat als eines der ersten Länder die VR Angola anerkannt.

„Unter der Hand" wird Vietnam heute vorgeworfen, es gleite ab ins revisionistische Fahrwasser, was mit den guten Beziehungen zur Sowjetunion begründet wird. Demgegenüber ist festzustellen, daß Vietnam trotz guter Beziehungen sowohl zur Sowjetunion als auch zur VR China keineswegs deren „schlechte" Seiten in der Innen- bzw. Außenpolitik übernommen hat.

Laos

Laos, der kleinste Staat Indochinas, wurde bereits 1973 zu vierfünftel von den Befreiungskräften kontrolliert. Auf dieser Grundlage kam Anfang 1973 auch das Laos-Abkommen zustande, das eine Koalitionsregierung – bestehend zur Hälfte aus Reaktionären zur anderen Hälfte aus Pathet Lao – vorsah. Aufgrund der trotzdem weitergeführten Terroraktionen, Bombenflüge usw. der US-Imperialisten kam diese Regierung erst im April 1974 zustande.

Der völlige Rausschmiß der Yankees gelang allerdings erst nach der Befreiung Vietnams. Mit ihrer Niederlage in Vietnam und aufgrund einer starken Massenbewegung mußten die USA auch ihre Angriffe gegen Laos einstellen.

Im Herbst 1975 wurde die Volksrepublik Laos gegründet.

Der Gründung voraus ging eine Kampagne, in der auf Wandzeitungen leitende Funktionäre der Korruption, Unfähigkeit und Ausbeutung des Volkes bezichtigt wurden. Auf Massendemonstrationen mit mehreren hunderttausend Menschen war die Auflösung der Koalitionsregierung und der „Kampf gegen die alten Machenschaften" gefordert worden. Ähnlich wie in Vietnam wurden in der VR Laos auf Dorf- und Stadtebene „Volkskomitees" gegründet, die ihrerseits Delegierte in den 270 Mitglieder unfassenden Volkskongreß schicken.

Aktionsprogramm der Regierung der VR Laos

An vorderster Stelle des Aktionsprogramms steht die Aufgabe, den politischen Aufbau der VR Laos voranzutreiben, unter den Massen eine Atmosphäre des revolutionären Schwungs und der größten revolutionären Wachsamkeit zu entwickeln und entschlossen alle Kompradoren, Bürokraten und Imperialisten zu bekämpfen und auszuschalten (nach „Horizont" 11/76 – daraus stammen auch die nachfolgenden Angaben und Zitate).

Besondere Bedeutung wird in dem Aktionsprogramm dem Aufbau der „revolutionären Massenorganisationen" beigemessen. Die Massen sollen *„befähigt werden, die demokratischen Freiheiten auszuüben, den Verwaltungsapparat zu kontrollieren"*. Die revolutionären Massenorganisationen sollen zu *„starken Stützen ... im Kampf gegen die reaktionären Kräfte und die Knechte des amerikanischen Imperialismus werden."*

Im Bereich der Wirtschaft legt das Aktionsprogramm seinen Schwerpunkt auf die Entwicklung der Landwirtschaft. Die Bauern sollen durch Überzeugungsarbeit und Hilfe dazu gebracht werden, moderne, effektive Anbaumethoden zu praktizieren. Hierzu werden auch staatliche Genossenschaften gebildet.

Insgesamt wird in der Wirtschaftspolitik das Konzept verfolgt, neben staatlichen Betrieben in der Industrie auch kontrollierte Privatbetriebe zuzulassen, soweit diese *„den nationalen Interessen dienen und die Lebensbedingungen des Volkes verbessern"*. Daneben wird gegen das Pack der Kompradoren hart vorgegangen: *„Zerschlagung der Wirtschaft der Kompradoren ... Die Beschlagnahme und Verstaatlichung wirtschaftlicher und finanzieller Grundlagen betreffen in erster Linie die der Kompradoren, der Bürokraten und der reaktionären Militäristen."*

Bereits an diesem Ausschnitt aus dem Aktionsprogramm der Regierung der VR Laos wird deutlich, welche gewaltige Umwälzung in Laos vorgegangen ist und vor sich geht.

Das erste Mal seit über 30 Jahren existiert damit in Laos ein demokratischer Staat, der sich voll und ganz auf das Volk stützt.

Kambodscha

Am 17.April jährte sich zum ersten Mal der Tag der endgültigen Befreiung Kambodschas von den US-Imperialisten und ihren Lakaien, der Lon-Nol-Clique.

In diesem einen Jahr hat das kambodschanische Volk große Anstrengungen unternommen, um das vom mörderischen Bombenkrieg zerstörte Land wieder aufzubauen.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Oberkommandierende der Nationalen Volksbefreiungsstreitkräfte Kambodschas, Khieu Samphan, berichtete, daß es der Roten Khmer binnen kurzem gelungen ist, das Nahrungsmittelproblem zu lösen. Um die Produktion anzukurbeln, *„beteiligen sich unsere leitenden Kader – vom Minister bis zu dem Vertretern der Volksmacht auf kommunaler und dörflicher Ebene –, aber auch unsere Armee – von den Kommandeurskadern bis zu den Soldaten – mit Enthusiasmus und gemeinsam mit dem Volk und den Vertretern aller sozialen Schichten und Klassen an der Produktion."* („Horizont", 51/75)

Trotz der gewaltigen Beschädigungen und Zerstörungen konnten die Verkehrswege bereits während des Jahres 1975 wieder hergestellt und die meisten Fabriken und Werkstätten wieder errichtet werden. Auch die Krankenhäuser und Schulen öffnen eine nach der anderen ihre Pforten.

Dabei hat das kambodschanische Volk nicht vergessen, wem sie die Zerstörung eines großen Teiles ihrer Heimat „verdankt": Den US-Imperialisten und ihren einheimischen Statthaltern.

So wurden bereits im April, kurz nach der Befreiung Kambodschas, Long Boret (früherer Ministerpräsident), der ehemalige Innenminister Lon Non und der Kriegsminister der Lon Nol Marionettenregierung, Sirik Matak, hingerichtet.

Auch der politische Aufbau in Kambodscha hat große Fortschritte gemacht. Die Verfassung wurde vor ihrer Verabschiedung ausführlich in allen Massenorganisationen diskutiert und kritisiert. Die so zustandegekommene endgültige Verfassung drückt die breite Verankerung der Position der „Roten Khmer" aus. Eindeutig werden in dieser Verfassung die revolutionären Errungenschaften festgelegt, wie beispielsweise, daß *„alle wichtigen Produktionsmittel (..) kollektives Eigentum des Volksstaates"* sind.

Mit Verabschiedung der Verfassung wurde Kambodscha in „Demokratisches Kambodscha" umbenannt.

Erst vor wenigen Wochen wurde die „Volksversammlung" gewählt. Sie besteht aus je 50 Vertretern der Arbeiter und Soldaten und 100 Vertretern der Bauern.

Diese Wahl wurde ähnlich wie die Verfassung über die Massenorganisationen vorbereitet.

Diese jetzt gewählte Volksversammlung wird eine Regierung wählen und damit die erste Übergangsperiode in Kambodscha abschließen.

Mit dem kürzlichen Rücktritt Prinz Sihanouks wurde diese Entwicklung weitgehend abgeschlossen. Prinz Sihanouk begründete seinen Rücktritt unter anderem damit, daß seine Rolle in Kambodscha weitgehend beendet sei. Zur gleichen Zeit trat die Regierung „der nationalen Einheit Kambodschas" (GRUNK) zurück, um Platz zu machen, für die neue Volksregierung. ●

Indochina-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Aufs herzlichste begrüßt die Bevölkerung der Stadt Da Nang diejenigen, die ihr am nächsten stehen – die Befreiungsstreitkräfte.

Chile: Bilanz des Terrors

Seit dem faschistischen Putsch in Chile im September 1973 wurden mehr als 50 000 Chilenen ermordet. Allein in Santiago wurden ein Drittel der seit dem Putsch verhafteten Menschen von den Junta-Schergen umgebracht. Vom September 1973 bis Mai 1975 wurden mindestens 95 000 Menschen eingekerkert. (Angaben nach Dokumenten des Lutherischen Weltbundes, zitiert im „Neuen Deutschland" – „ND", 29.1.76).

Nach Angaben des „Solidaritätsvikariats" der chilenischen katholischen Kirche wurden 130 000 Chilenen für kürzere oder längere Zeit in Haft genommen, die dann mindestens eines der 22 namentlich aufgeführten Folterzentren durchliefen. („Tat", 20.2.76)

Die Zahl der politischen Gefangenen beträgt zwischen 30 000 und 40 000. Luis Cerda, führendes MIR-Mitglied, spricht sogar von 60 000.

Allein in den KZs „Tres Alamos" und „Puchuncavi" befinden sich 750 politische Häftlinge. In ganz Chile gibt es aber über 30 Gefängnisse und KZ-ähnliche Lager.

Ermordeter Antifaschist - einer von tausenden

Verschärfte Repression und Terror

Seit dem brutalen Feuerüberfall des faschistischen Geheimdienstes DINA auf führende MIR-Genossen in Malloco im Oktober 1975 (vergl. AK 71 und 76) haben Repression und Terror ein Ausmaß angenommen wie in den Tagen nach dem Putsch 1973.

Darüber können auch nicht die beiden Regierungsdekrete vom 29.1. und 26.2.1976 hinwegtäuschen, mit

Pinochets Soldaten bei der Jagd auf Antifaschisten

Pinochets Soldaten bei der Jagd auf Antifaschisten

denen die Junta die Optik ihrer Unterdrückung verbessern wollte. Sie betreffen die Behandlung von Personen, die aufgrund des Belagerungszustandes verhaftet werden.

Die wichtigsten Bestimmungen besagen, daß
- verhaftete Ausländer sofort auszuweisen sind,
- verhaftete Chilenen direkt nach ihrer Verhaftung und vor ihrer Entlassung ärztlich zu untersuchen sind,
- die nächsten Angehörigen binnen 48 Stunden zu unterrichten sind,
- die Zahl der Konzentrationslager auf drei (!!) beschränkt wird (Punchunavi in der Provinz Valparaiso, „Tres Alamos" und „Cuatro Alamos" in Santiago),
- der Präsident des Obersten Gerichts und der Justizminister die KZs jederzeit besuchen können.

Ferner wurde ein Erlaß herausgegeben, nach dem alle Personen, die den flüchtigen MIR-Genossen in irgendeiner Weise Hilfe leisten, Unterschlupf gewähren oder medizinische Hilfe leisten, mit der **Todesstrafe** zu rechnen haben. („Mercurio International", 12.10.75).

Welchen „Fortschritt" die neuen Dekrete darstellen, die von den Sprechern der Junta als „Großer Erfolg" gefeiert wurden, wird daran deutlich, daß ihr wesentlicher Inhalt auch schon in einem Dekret enthalten war, das im Mai 1975 erlassen wurde und über das sich die Geheimpolizei stets hinweggesetzt hat. Sie sollen also vor allem der Aufbesserung des außenpolitischen Ansehens der Junta dienen.

In Wirklichkeit öffnen sie Tür und Tor für neue Verhaftungswellen:
- Am 11.3. verlängerte Pinochet den Belagerungszustand auf weitere sechs Monate. („ND", 13./14.3.76)
- Nächtliches Ausgangsverbot existiert nach wie vor.
- Unangemeldete Versammlungen sowie Wahlen jeglicher Art bleiben verboten, sei es nun in Gewerkschaften, Verbänden oder Sportvereinen.
- Allein in der ersten Märzwoche dieses Jahres wurden mehr als 1 600 Personen (!) in Chile verhaftet („Chile Nachrichten" 35).

Fast noch schlimmer ist, daß den meisten Verhaftungen keine konkreten Anklagen folgen, so daß viele Häftlinge allein „aufgrund des Belagerungszustandes" in Haft sind und nicht wissen, wann sie jemals wieder freikommen werden oder weswegen sie überhaupt in Haft sind.

Fakt ist weiterhin, daß die Verhaftungen nicht offiziell bestätigt werden. Die DINA verhaftet völlig willkürlich und läßt die Leute hinterher verschwinden.

Die DINA, die von Oberst Manuel Contreras – sekundiert von Ex-SS Sturmbandführer Walter Rauff, einem Gestapo-Mann Eichmanns! – 1974 aufgebaut wurde, ist dem direkten Befehl Pinochets unterstellt. Daher kann sie praktisch mit ihren Häftlingen machen, was sie will.

Das Dekret 1 009 vom Mai 75 besagte, daß innerhalb von fünf Tagen den Angehörigen der Häftlinge mitzuteilen ist, wo und in welcher Situation sich die Häftlinge befinden, so daß die Angehörigen sie besuchen können und über den Aufenthaltsort unterrichtet sind. Dieses Gesetz trifft jedoch nur für den äußerst seltenen Fall zu, daß Menschen „legal" verhaftet werden und ein Richter zuvor einen Haftbefehl ausgestellt hat (Angaben nach einem Gespräch mit Bischof Frenz). Dieses Gesetz ist eine Farce.

Verfolgung und Verhaftung – Alltag in Chile

Verfolgung, Verhaftung, Folterung und massive Ausschaltung von Mitgliedern politischer Organisationen bestimmen den Alltag Chiles. Nach unvollständigen Angaben belaufen sich derzeit die wöchentlichen Verhaftungen auf mindestens 300.

Nach unvollständigen Angaben belaufen sich derzeit die wöchentlichen Verhaftungen auf mindestens 300.

(„Horizont", 13/1976).

Die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen fallen dieser Repression zum Opfer, u.a. auch Kreise der chilenischen Kirche, wie z.B. die Verfolgung des „Friedenskomitees" Ende Januar 1976 beweist. (Vergl. AK 76).

Das chilenische Universitätsleben ist in eine neue Phase der Militarisierung eingetreten. Zahlreiche Rektoren und Vizerektoren, darunter der Rektor der „Universidad de Chile", mußten ihre Ämter abgeben („Horizont" 13/1976). Selbst die Führung der Christdemokraten (PDC), deren rechter Flügel um den ehemaligen Präsidenten Frei die Kontakte zur Junta nie abreißen ließ, sieht sich jetzt unmittelbar attackiert. Die theoretische Zeitung der PDC „Politica y Espiritu" (Politik und Geist) wurde kurzerhand verboten, die parteieigene Radiostation „Radio Balmaceda" unter strengste Kontrolle gestellt und zahlreiche führende Funktionäre, insbesondere des Gewerkschaftssektors, verhaftet. Die Säuberungswelle traf auch Studenten und Wissenschaftler, die der PDC nahestehen.

Einige Teile der Streitkräfte, der eigentlichen Stütze des Regimes, sind von dem faschistischen Terror betroffen („Horizont" 13/1976).

In die Geheimdienst-Arbeit der Truppenteile werden obligatorisch alle Uniformierten eingeführt („Frankfurter Rundschau" – „FR", 13.9.75).

Dies dient dazu, innerhalb der bewaffneten Organe durch ständiges Denunziantentum jede nicht ganz linientreue Regung – von oppositioneller Strömung ganz zu schweigen – im Keim zu ersticken. Inzwischen hat es zu mehreren Säuberungswellen innerhalb der Streitkräfte und der Carabineros geführt. Gleichzeitig sind alle Uniformierten verpflichtet, sich für die Bespitzelung der Bevölkerung bereit zu halten. (Vergl. hierzu auch AK, Chile-Sondernummer, Sept.75).

„Folter in Chile heißt nicht nur zerbrochene Gliedmaßen, sondern zerbrochene Persönlichkeiten

Der bürgerliche britische „Guardian" enthüllte Anfang Januar neue Grausamkeiten der Schergen Pinochets:
- *„Der ehemalige Bischof von Santiago, Fernando Ariztia, schilderte den Fall eines 23-jährigen Mädchens, das noch in Haft ist und deren Name daher nicht genannt werden kann. Sie wurde im vergangenen Jahr verhaftet und in ein Folterhaus gebracht. Ihr Vater und ihr Bruder wurden vor ihren Augen mit Elektroschocks gefoltert. Ihr Körper wurde mit Messern und Rasierklingen zerschnitten. Hände und Füße wurden an eine Eisenstange gefesselt, an der sie aufgehängt und mit Elektroschocks malträtiert wurde. Sie wurde mehrmals vergewaltigt."* (Zitiert nach „ND", 9.1.1976).

Die Mehrheit der „offiziell nicht anerkannten" politischen Gefangenen befinden sich in der „Academia de Guerra Aerea" (AGA), der Kriegs-

Die Mehrheit der „offiziell nicht anerkannten" politischen Gefangenen befinden sich in der „Academia de Guerra Aerea" (AGA), der Kriegs-

akademie der Luftwaffe in Las Condes, in den verschiedenen „Häusern" der DINA, in Colina und Penalolen, oder in unbekannten Hafträumen, die sich im Untergrund befinden, ständig wechseln und deren Anzahl unbekannt ist. Mit Vorliebe kauft die DINA harmlos aussehende Häuser auf, die dann als „Diskotheken" getarnt werden, damit man die Schreie der Gefolterten nicht hören kann.

Die bei Frauen am häufigsten angewandten Methoden physischer Folter sind folgende:
- Vergewaltigung von Frauen, entweder kollektiv oder einzeln vorgenommen, im Beisein der Eltern, des Ehemannes und Geschwister,
- Vergewaltigung mit eigens dafür abgerichteten Hunden,
- Ansetzen von Ratten, Spinnen und Schlangen in die Vagina,
- Einspritzen von Luft in die Brüste, Schläge mit Eisenstangen in die Vagina,
- Zerreißen der Vagina mit Bajonetten und Krummstäben,
- Nach Alkoholorgien werden Flaschenhälse in die Vagina getrieben (dies wird von Seeleuten der Marinebasis von Talcahuano, Insel Quiriquina, praktiziert),
- „Venda-Sex". Dabei werden die Frauen gebadet, parfümiert und dann kollektiv oder mit dressierten Schäferhunden vergewaltigt (der bekannteste davon ist ein Hund namens „Voloidia").

Einige junge Frauen, die in Tejas Veredes mehrfach vergewaltigt und dabei geschwängert worden waren, forderten verzweifelt das Recht auf Abtreibung. Als sie nach einem Arzt verlangten, wurde ein Ohrenspezialist zu ihnen geschickt, der ihnen sagte, daß sie „stolz auf das sein sollten, was sie unter dem Herzen tragen." Hohn ist auch eine Folter.

MIR-Genossinnen berichteten, daß sich die Folterknechte über sie hermachten mit der Bemerkung: *„So, mit den Kommunisten, da kannst Du bumsen, jetzt weinst Du, jetzt wollen wir Dir mal zeigen, was ein richtiger Mann ist. Willst Du lieber zehn von uns oder lieber die Hunde?"* Worauf sich alle auf sie stürzten und hinterher noch die Hunde auf die Genossinnen jagten.

Foltermethoden, denen sowohl Männer wie auch Frauen unterworfen werden, sind:
- Körperteile werden gebrochen und Schnittwunden beigebracht,
- Stiche und Schnitte
- Behandlung mit Drogen, die injiziert oder oral verabreicht werden,
- Folterungen mit infizierten Ratten, die auf die Wunden und Geschlechtsorgane angesetzt werden,
- Bambus unter die Fingernägel treiben,
- Menschliche Exkremente müssen unter Zwang eingenommen werden,
- Elektroschocks an allen empfindlichen Körperteilen: am Mund, Augen, Geschlechtsorganen, After, Brüsten, Füßen und Händen.
- Vom Fernsehturm gefesselt herunterwerfen (praktiziert von den Luftstreitkräften),
- Verbrennungen an lebenswichtigen Körperteilen mit Feuer, Säuren, kochendem Wasser,

Luftstreitkräften),
– Verbrennungen an lebenswichtigen Körperteilen mit Feuer, Säuren, kochendem Wasser,

- mit glühendem Eisen Zeichen einbrennen: mit Vorliebe politische Motive,
- Transport der Gefangenen am Hubschrauber angebunden,
- „Trockener Tauchanzug": Erstikkung durch Überstülpen eines Nylonbeutels über den Kopf,
- „Nasser Tauchanzug": der Gefangene wird in Trommeln, die mit Wasser gefüllt sind, eingetaucht, oder an einem Kran ins Hafenbecken gehängt. Die Art heißt „Unterseeboot". Das gleiche wird auch von Hubschraubern aus gemacht (Insel Quiriquina)
- Tauchanzug aus Stahl: der Gefangene steckt bis zum Hals in dem Anzug und wird der Sonne ausgesetzt (Regiment Buin in Santiago)
- Anbringen von Würgeeisen am Kopf, an Beinen und Armen
- „Papageienschaukel": der Gefangene wird gefesselt an einem Holz- oder Eisenstab aufgehängt, wobei ihm Elektroschocks im Mund, in den Nasenlöchern und im After verpaßt werden,
- Elektrischer Stuhl mit niedriger Voltzahl,
- Isolationshaft über mehr als 60 Tage,
- Isolationshaft in der Kerkerzelle, stehend, mit verbundenen Augen, ohne Nahrung und Schlaf, sechs Tage lang, vorher wird der Gefangene an Händen und Füßen geschlagen.
- Die Folterzelle ist mit Exkrementen und Urin überschwemmt, worin der Gefangene bäuchlings, an Händen und Füßen gefesselt, liegt oder er wird mit einem Kran langsam in die Exkremente bis zum Ersticken getaucht.

Psychologische Folter:
- Die Gefangenen werden mit verbundenen Augen über steile Treppen geführt, wobei ihnen bei jeder Treppe gesagt wird, daß gleich ein steiler Abgrund kommt.
- Vorgetäuschte Massenerschießungen.
- Der Gefangene wird mit verbundenen Augen in einen Raum geführt, wo bereits Erschießungen stattfinden. Bei jedem Schuß wird ihm gesagt, daß er der nächste ist.
- In Gegenwart von Familienangehörigen werden Erschießungen vorgetäuscht. Diese Foltermethode heißt „Schwarzer Punkt".

Sippenfolter:
- Säuglinge werden vor den Augen der Mütter gefoltert, ebenso Ehemänner, Ehefrauen, Eltern, Geschwister und Greise, um so die Gefangenen zum Verrat zu zwingen.

Eine neue Methode, die Häftlinge auf sichere Weise umzubringen und sich die Hände rein zu halten, ist vor kurzem bekannt geworden: das Anti-Krebsmittel Cyklophosphamid (das die Asta-Werke in Brackwede an die faschistische Junta liefern, vergl. AK 77) wird in überhöhten Dosen in die Blase gespritzt. Der Gefangene wird aus der Haft entlassen. Nach einiger Zeit treten Blutungen im Urin auf, grauenhafte Schmerzen, die Blase schrumpft zur Größe eines Tennisballes zusammen und der Kranke stirbt einen qualvollen Tod.

(Die Angaben über Foltermethoden stammen aus: Sonderbeilage der „Nachrichten vom Widerstand", Hrsg. MIR: *„Freiheit für politische gefangene Frauen in Chile"*)

Säuglinge und Kinder – von der Unterernährung besonders betroffen

Viele Tausende chilenischer Kinder befinden sich nach einem Bericht einer internationalen kirchlichen Organisation in Genf in einem alarmierenden Gesundheitszustand. In der südchilenischen Stadt Lota sind allein in einem Monat 272 Säuglinge verhungert. (verg.. AK 71) Ein Brief einer Lehrerin aus Chile bestätigt dies. Sie schrieb, daß am Unterrichtsvormittag täglich ca. 15 Kinder vor Hunger ohnmächtig zusammenbrechen.

Der nicht nachlassende, sondern g e s t e i g e r t e Terror gegen das chilenische Volk, vor allem gegen die politischen Kräfte des Widerstandes, ist Ausdruck dafür, daß es diesen Henkern nach zweieinhalb Jahren Diktatur nicht gelungen ist, den Widerstandswillen des chilenischen Volkes zu brechen.

Die Genossen, die unter diesen Bedingungen die revolutionäre Widerstandsfront aufbauen, haben insbesondere unter dem verstärkten Terror und der brutalen Verfolgung zu leiden. Die Hauptschläge der Faschisten sind gegen den MIR gerichtet. Noch im Ausland sind MIR-Mitglieder vor der Verfolgung der DINA nicht sicher, wie ein Anschlag von Exil-Kubanern auf den früheren Generalsekretär des MIR, Pascal Allende, in

der Verfolgung der DINA nicht sicher, wie ein Anschlag von Exil-Kubanern auf den früheren Generalsekretär des MIR, Pascal Allende, in

Costa-Rica gezeigt hat.

Um die wesentlich vom MIR aufgebaute Arbeit in den Widerstandskomitees aufrecht zu erhalten, brauchen die chilenischen Genossen unsere verstärkte materielle und politische Solidarität.

Lateinamerika-Kommission

Not und Verzweiflung haben tiefe Spuren im Gesicht dieses alten Chilenen hinterlassen, der auf einem Boulevard Santiagos bettelt, um nicht Hungers sterben zu müssen. Die reaktionäre und volksfeindliche Wirtschafts- und Sozialpolitik der faschistischen Junta hat Hunderttausende Chilenen in eine ähnliche Lage getrieben. So erhöhten sich die Lebenshaltungskosten gegenüber 1974 um 423 Prozent; die Inflationsrate erreichte im Jahre 1975 mit 340,7 Prozent den absoluten Welthöchststand und liegt gegenwärtig bei 15 bis 20 Prozent im Monat!

Spendet für die Bewegung der revolutionären Linken Chiles MIR

Im Monat Mai führen der KB und der chilenische MIR eine Solidaritätskampagne zur Unterstützung des revolutionären Widerstandes in Chile mit einer Reihe von Veranstaltungen durch. Alle Leser dieser Zeitung, Freunde und Genossen, rufen wir dazu auf, für den MIR zu spenden. Die Mitglieder und Sympathisanten des KB fordern wir auf, große Anstrenungen zu unternehmen, um möglichst viel Geld zur Unterstützung des revolutionären Widerstandes zusammenzubekommen.

Vom KB gesammelte Solidaritätsspenden werden ausschließlich der Organisation zugehen, die in Chile selbst für den revolutionären Sturz der faschistischen Militärdiktatur kämpft und die in Chile selbst wie im Ausland am ehrlichsten für den Zusammenschluß der Widerstandsorganisationen eintritt – also dem MIR!

Alles für den revolutionären Sturz der Junta – MIR !

Spendenkonto: Postscheck Hamburg 240 595 J. Reents, Kennwort: MIR

Griechenland aktuell

Gesamtgriechischer Gewerkschaftskongreß:

Auch Tote wählten die rechte Gewerkschaftsführung

Griechenland:

Wachsende faschistische Aktivitäten

Dank der „Toleranz" der Regierung Karamanlis und ihrer Polizei werden die Faschisten in Griechenland immer dreister. Ungestört dürfen sie Kongresse und Versammlungen abhalten und in ihren Zeitungen selbst ihren Schirmherren Karamanlis ins KZ wünschen. Bei ihrem wachsenden offenen Terror „schläft" die Polizei.

So mußte ein Buchladen im Zentrum Athens, der sich auf sowjetische Bücher spezialisiert hat, in der letzten Zeit sechs (!) Anschläge über sich ergehen lassen. Die ersten drei Male schmierten „Unbekannte" faschistische Parolen der „Neuen Ordnung" („Nea Taxis") ans Schaufenster. Dann zertrümmerten „Unbekannte" das Firmenschild, und kurz darauf wurde sogar eine Handgranate geworfen! (siehe Bild) Am 13.4.76 im Morgengrauen wurden sechs Schüsse auf das Schaufenster abgegeben. Am gleichen Morgen zerstörten Brandbomben das Büro der revisionistischen „KKE/Inland" in Tavros. Die Buchhändler und Angestellten der Buchläden Athens wollen jetzt eine „Woche des demokratischen, antifaschistischen Kampfes" organisieren.

Einige Tage vorher randalierte ein Faschistenhaufen vor dem Zentralbüro der „KKE". Obwohl es noch relativ früh am Abend war und das Büro mitten im Zentrum von Athen liegt, erschien die telefonisch herbeigerufene Polizei erst, als sich das Gesindel schon verzogen hatte. (Wenn Linke Plakate kleben, sind nicht einmal in tiefster Nacht Telefonanrufe für die Polizei nötig.)

Auch die Büros der „PASOK" (Papandreou) blieben nicht vor dem Terror der Faschisten verschont.

Die Organisation „4. August"

Die Nester der Faschisten sind bekannt. Sie können unbehelligt ihren Geschäften nachgehen. Der „4. August" nennt sich nach dem Datum der „Machtergreifung" des griechischen Mussolini, des Generals Mataxás, 1936. Die Ausbreitung der Aktivität des „National-Sozialistischen 4. August" in der letzten Zeit verläuft anscheinend nicht unabhängig von dem – vorläufigen (?) – Verschwinden der „Neuen Ordnung", des juntamonarchistischen ELKI und der ioannisischen Gruppe „To Kínima" („Kínima" heißt sowohl „Bewegung" als auch „Putsch"). So ist es zu erklären, daß der „4. August" plötzlich keinerlei ökonomische Schwierigkeiten zu haben scheint. Dessen Wahrzeichen „Mäander", ein ähnliches Symbol wie das Hakenkreuz, findet man an den Wänden Athens jetzt immer häufiger.

Mit der „Nationalsozialistischen Schülerbewegung" (MEK) überschwemmt der „4, August" Gymnasien und Volksschulen mit antikommunistischen Flugblättern.

Bei konspirativer Praxis stützt sich der „4. August" auf 38 Filialen im ganzen Land, von denen 26 ein Büro in verschiedenen Städten unterhalten. Seine Zeitung wurde kürzlich in großem Format wieder herausgegeben. Die Auflage ist möglicherweise hundertfach größer als zur Zeit der Junta und wird im ganzen Land verbreitet. (Dazu kommt noch die Zeitschrift „Ellinikó ávrio" – „Griechenland morgen", Broschüren und ein Buch über Metaxás.)

Am 10. Mai organisiert der „4. August" einen „großen" gesamtgriechischen Studentenkongreß. Jeden Mittwoch finden in einem Saal in der Zaími Straße in Athen Gesprächsrunden statt, wo das nationalsozialistische Ideal analysiert wird! Alle 14 Tage einmal machen die Jüngeren einen „Ausflug", wo sie **Schieß- und andere Nahkampfübungen machen und Verhörmethoden aller Grade trainieren. Dabei helfen in den Ruhestand versetzte Juntaoffiziere und aus dem Dienst entlassene Offiziere der Militärpolizei.**

Der „4. August" versucht, die Juntaanhänger in allen Zweigen des Staatsapparates zu halten und eigene Leute einzuschleusen. Sehr „begehrt" sind Militär und Polizeiorgane (Informationen über den „4. August" nach „Rizospastis", 16.4.76).

„Royalistische Union"

Unbehelligt konnte am 11.4.76 im Athener Hilton Hotel der „Panhellenische Kongreß Königstreuer" stattfinden. In einer Atmosphäre hysterischen Antikommunismus schrieen die ca. 500 Delegierten Parolen wie *„Raus mit der Henne"* (damit ist Karamanlis gemeint), *„Er kommt, er kommt"* (der König).

Folgendes Ziel wurde gesteckt: Schaffung einer politischen Heimat für die „national Gesinnten" auf der Grundlage *„progressiven Antikommunismus"* unter der Forderung *„Ja zu jedem Fortschritt, Nein zum Kommunismus!"*

Hauptredner war der „Präsident" der „Royalistischen Union", General G. Kouroúklis, außerdem sprach der „Generalsekretär" T. Panaghópoulos, der bei den letzten Bürgermeisterwahlen 4 % bekam.

Der Eingang des Hilton wurde den ganzen Tag von der royalistischen Jugendorganisation kontrolliert, allzeit bereit, bei etwaigem Protest loszuprügeln. (Nach „Eleftherotipía", 12.4.76). ●

zeit bereit, bei etwaigem Protest loszuprügeln. (Nach „Eleftherotipía", 12.4.76). ●

Buchladen in Athen nach der Handgranate und Schüssen

**Griechenland/Türkei/
Zypern-Kommission**

Am 10./11.4.76 fand der erste gesamtgriechische Gewerkschaftskongress nach der Ablösung des Faschismus statt. Schon die Wahl des Ortes in der nordgriechischen Provinz, weit ab von den Zentren der griechischen Arbeiterbewegung, zeigt die – durchaus begründete – Angst der Gewerkschaftsführer vor dem Protest der empörten Basis. Die Lektion, die ihnen Tausende klassenbewußte Arbeiter beim Kongreß des Arbeiterzentrums Athen (s. AK 73) und anderen Anlässen erteilt hatten, sitzt ihnen noch in den Knochen.

Die reaktionäre Karamanlis-Regierung versucht mit allen Mitteln, den offiziellen Gewerkschaftsapparat unter ihrer Kontrolle zu behalten und die spontane Arbeiterbewegung in den Griff zu kriegen. So bleiben die kampfstärksten Branchen, viele neugegründete gewerkschaftliche Organisationen usw. nach wie vor aus der GSEE (griechischer Gewerkschaftsbund) und aus vielen Arbeiterzentren ausgeschlossen. (Die **gesamte Bauarbeitergewerkschaft („omospandhia") z. B., die mitglieder- und kampfstärkste Gewerkschaft Griechenlands, darf sich nicht in die GSEE einschreiben.)** Auch bei den Delegiertenwahlen wurde grob gefälscht. So kam es dazu, daß nur ein **Fünftel aller Arbeitnehmer auf dem Kongress repräsentiert war, daß ein Drittel aller Athener Delegierten nicht zum Kongress durften,** um nur einige Beispiele zu nennen.

Sogar die englische Zeitung „Guardian" fragte sich, wie es möglich sei, daß *„die Regierungsfraktion 16 von 35 Sitzen einnimmt, während im Jahr 1975 ein Viertel (!) der Bevölkerung gestreikt hat und diese Streiks einen stark regierungsfeindlichen Charakter besaßen".*

Weiter der „Guardian": *„Heute wird ein Gericht in Piräus untersuchen, wie es dazu kam, daß sich unter den Wählern bei den Hafenarbeitern vier Tote, 40 nicht-existierende Personen und vier Emigranten befanden, die seit mehr als 10 Jahren im Ausland sind, und wie es geschah, daß bei den Wahlen in ihrer Gewerkschaft von 3.165 Stimmzetteln 1.300 ungültig sind"* (nach „Athinaikí", 14.4.76).

So wurde erreicht, daß die Regierungsfraktion die stärkste, und die Fraktion der offenen Faschisten die zweitstärkste ist! Die genauen Ergebnisse der Vorstandswahlen (35-köpfiger Vorstand) sind:

ASDIS (Karamanlis)	:	16 Sitze
EDEK (Faschisten)	:	8 Sitze
ESAK (KKE)	:	6 Sitze
PASKE (PASOK)	:	3 Sitze
AEM (KKE/Inland, EDA)	:	2 Sitze

(Angaben nach „Rizospastis", 13.4.76).

Abgesehen von der Tatsache, daß auch in der Regierungsfraktion alte faschistische „Gewerkschafter" sitzen, haben die Arbeiterfeinde von ASDIS und EDEK zusammen mehr als die 2/3 Mehrheit!

Laut Arbeitsminister Laskaris soll dies der „repräsentativste aller bisherigen Kongresse" sein – was weniger für diesen Kongreß spricht, sondern eher deutlich macht, wie sich bisherige Kongresse der „Gewerkschaften" in Griechenland zusammensetzten.

Denn seit 1946 sind die Gewerkschaften entmachtet und „verstaatlicht" worden. Die Verwaltung der „Gewerkschaften" übernahmen Beamte des Arbeitsministeriums sowie Angestellte der Polizei!

Erst Ende der fünziger Jahre spalteten sich einige Gewerkschaften von der offiziellen Zentrale ab und folgten der reformistischen Opposition. 1967 sind diese oppositionellen Gewerkschaften wieder verboten worden – und noch heute okkupieren Faschisten die Zentralen der Gewerkschaften.

Protest der Bauarbeiter

Auf einer großen Protestversammlung im Theater „Peroke" am 12.4.76 forderten die Bauarbeiter Athens eine Sonderzulage für die Ostertage, Lösung ihrer Versicherungsprobleme und die korrekte Repräsentation in der Bauarbeitergewerkschaft („omospondhía"). **Besonderer Protest galt dem *„manipulierten Gewerkschaftskongreß"*. Außerdem verlangten sie die vollständige Rücknahme des Antistreikgesetzentwurfs.** ●

**Griechenland/Türkei/
Zypern-Kommission**

Prozeß gegen Studenten

Am 1.4. sollte in Jánnina die Berufungsverhandlung gegen drei Studenten stattfinden, die wegen „Amtsbeleidigung" zu je 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren.

Gegen dieses Urteil protestierten etliche Studentinnen und Studenten vor dem Gericht, in das sie wegen „Überfüllung" nicht hineingelassen worden waren.

Während einer Verhandlungspause strömten sie in den Saal. Unter dem Vorwand, sie würden Möbel und Fensterscheiben zerschlagen, befahl der anwesende Staatsanwalt mit der Zustimmung des Polizeichefs, den Saal zu räumen. Daraufhin drang eine starke Gendarmerieeinheit in das Gebäude ein und knüppelte auf alles, was sich ihr entgegenstellte:

Angeklagte, Zeugen, Zuschauer, auch zwei Professoren wurden verrletzt, viele Studenten verhaftet.

Als Reaktion auf diese Brutalität demonstrierten Studenten und eine Reihe Professoren den ganzen Abend durch die Stadt. Der Prozeß mußte auf unbestimmte Zeit vertagt werden, weil zwei Angeklagte und mehrere Zeugen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. ●

Antiamerikanische Demonstrationen

Am 11.4.76 demonstrierten in mehreren Städten auf Kreta (Griechenland) tausende Menschen gegen das türkisch-amerikanische Militärabkommen und gegen die amerikanischen Stützpunkte auf Kreta. Allein in Lefkosia marschierten 6.000 auf die US-Botschaft zu. Ihnen stellte sich ein riesiges Polizeiaufgebot entgegen. Als die Demonstranten versuchten, den Polizeigürtel um die US-Botschaft zu durchbrechen, kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen mehrere Demonstranten und Polizisten verletzt wurden. ●

„Weg mit den Stützpunkten des Todes". Demonstration in Iraklion (Kreta)

Dreitägiger Warnstreik der Studenten

Vom 6. bis zum 8.4.76 führten alle Studenten Griechenlands mit 100-%iger Beteiligung einen dreitägigen Warnstreik durch. Am letzten Tag fand eine große Kundgebung vor der Athener Universität statt. Die Forderungen sind:

1. *Vollständige Entnazifizierung*
2. *Sofortige Erfüllung der brennendsten materiellen Forderungen (Wohnungsprobleme, finanzielle Förderung, Fahrkarten usw.)*
3. *Mitbestimmung in den Hochschuleinrichtungen.* ●

Prozeß gegen die streikenden Erzbergleute von Mandoudhi

Die Bergarbeiter von Mandoudhi bringen Essen für die Streikposten

Vier Streikende wurden am 5.4. wegen „schwerster Amtsbeleidigung" zu je **sieben Monaten (!) Gefängnis ohne aufschiebende Wirkung** verurteilt! Zwei Streikende bekamen je **13 Monate(!)**, der eine ohne, der andere mit fünfmonatigem Aufschub, wegen *„schwerer Amtsbeleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt"*. Einer wurde freigesprochen.

Wegen „Amtsbeleidigung" wurden am 6.4. zwölf streikende Bergleute zu je vier Monaten Gefängnis verknackt, fünf freigesprochen.

Trotz dieser Terrorurteile wurde der Streik zunächst fortgesetzt. Täglich erklärten sich mehr gewerkschaftliche Organisationen und Kampfkomitees solidarisch mit den Streikenden und den Verurteilten. Sämtliche Oppositionsparteien haben zumindest den brutalen Polizeieinsatz heftig kritisiert.

Am 7.4.76 beschloß das Streikkomitee, den Streik abzubrechen, weil Arbeitsminister Láskaris dies als Vorbedingung für seine Vermittlungstätigkeit genannt hatte. Vorher lehne er jedes Gespräch ab („Athinaikí", 8.4.76). ●

Massen-Protestversammlungen in der Türkei gegen das Treiben der faschistischen Banden

In Istanbul und Izmir fanden am 9. April studentische Protestversammlungen gegen das mörderische Vorgehen der Polizei und der faschistischen „Kommandos" statt, die am 8. April drei Studenten ermordet und weit über 20 zum Teil schwer verletzt hatten (siehe dazu AK 78).

Die Studenten der Universität von Ezeroum (östliches Anatolien) boykottierten die Vorlesungen und in Izmir, wo die Universität aus Sicherheitsgründen geschlossen bleibt, wurde ein eintägiger Streik beschlossen.

In Aydin, im Süden Izmirs, wurden weitere zwei Studenten bei Angriffen von „Kommandos" verletzt. Seit Beginn des Schuljahres, Ende November 1975, wurden 26 junge Menschen von den „Kommandos" ermordet! Die Eltern der Ermordeten beklagen und kritisieren das „Unvermögen" der Polizei, die selbst am hellichten Tag nicht die angreifenden „Kommandos" verhaftet. (Informationen aus „Le Monde" vom 12.4.76)

Seitdem die reaktionär-faschistische Demirel-Koalitionsregierung der „Nationalen Front" an der Macht ist, haben die Aktivitäten der faschistischen Killer-Trupps des „Groß-Türkei-Fanatikers", Ex-Obristen und Vize-Ministerpräsidenten Alparslan-Türkeş, „unser Adolf genannt", drastisch zugenommen. („Spiegel", 12.4.76)

Auf 8000 Mann werden die „Kommandos" geschätzt, die „ihren Führer mit Hitlergruß ehren". Sie sind meist schwer bewaffnet, in Judo und Karate ausgebildet und morden rücksichtslos fortschrittliche und linke Arbeiter, Bauern, Studenten, Lehrer und Intellektuelle, um „die Türkei von der kommunistischen Infiltration zu befreien".

Vor ihnen, so der Rechtsanwalt Halit Celenk, *„ist niemand mehr sicher, gibt es keine Verfassungsrechte mehr, Arbeiter dürfen nicht mehr streiken." „Fast täglich melden uns Arbeiter aus allen Provinzen Überfälle von Kommandos der Grauen Wölfe – und der Polizei"* (!), so der „DISK"-Gewerkschaftsgeneralsekretär Ibrahim Güzelce. („Spiegel", siehe oben)

„Wenn Demirels Polizei, wie etwa im Fall des Studenten Metin Arikan, nicht selber schießt, schaut sie tatenlos zu. Am 6. Januar wurde in Ankara der Student Sükrü Bulut beim Verlassen der Hochschule erschossen, 15 Meter von einem desinteressierten Schutzmann entfernt. Die Täter werden denn auch so gut wie nie gefaßt." („Spiegel" s.o., dazu auch AK 77, 78)

Um gegen diesen von der Demirel-Regierung gebilligten braunen Terror zu protestieren, führten 500 Mütter am 31.1.76 auf dem Tandogan-Platz mutig eine antifaschistische Demonstration durch, was unter den in der Türkei herrschenden Bedingungen bedeutet, sein Leben zu riskieren. Auf mitgebrachten Transparenten klagten sie die Morde der „Kommandos" an ihren Kindern an: *„Wir haben unsere Kinder nicht geboren, damit ihr sie umbringt!"* ●

Griechenland-Türkei-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Die Polizei benutzte eine faschistische Provokation zu einem bewaffneten Überfall auf Studenten

Zwei der drei von der Polizei ermordeten Studenten

Jetzt auch neues Militärabkommen zwischen US Imperialismus und Griechenland

Kurz nach dem Zustandekommen des Abkommens zwischen der Türkei und dem US-Imperialismus, welches eine Militärhilfe für die Türkei von 1,3 Milliarden Dollar sowie die Öffnung der Militärbasen für den US-Imperialismus vorsieht (AK 78), ist jetzt auch ein Abkommen mit den Griechen zustande gekommen. Dieses sieht die uneingeschränkte Benutzung der vier amerikanischen Stützpunkte in Griechenland durch die Amerikaner vor.

Die Griechen erhalten dafür eine Militärhilfe von insgesamt 700 Mio. Dollar für die nächsten vier Jahre sowie weitere Hilfen zum Ausgleich der griechischen Handelsbilanz. Parallel zum türkischen Abkommen dürfen auch die Griechen ihre Flaggen über den Stützpunkten wehen lassen. Ebenfalls wurde vereinbart, daß 50% des Personals Griechen sein müssen, sowie die Klausel, daß die Stützpunkte auch im Interesse der Griechen genutzt werden müssen, wurde in den Vertrag mit hineingenommen.

Dem US-Imperialismus ist es somit gelungen, die Widersprüche zwischen Griechenland und der Türkei für seine Zwecke auszunutzen. Es geht ihm jetzt im weiteren darum, die Abkommen dazu zu nutzen, die beiden Länder im Interesse einer ruhigen Nato-Süd-Ost-Flanke an den Verhandlungstisch zu bringen.

Durch die Abkommen mit der Türkei und Griechenland hat der US-Imperialismus seine Stellung an der Süd-Ost-Flanke der Nato wesentlich stärken können. ●

Griechenland-Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Spanien

Gewerkschaftskongreß nicht nach Geschmack des sozialdemokratischen Vorstandes

Mit ausdrücklicher Billigung des spanischen Kabinetts, insbesondere von Innenminister Fraga und „Gewerkschafts"minister Villa, fand vom 14. – 18. April in Madrid der erste Kongreß der bislang illegalen Gewerkschaftsorganisation U.G.T. nach dem spanischen Bürgerkrieg (1939) im Land selbst statt.

Die U.G.T. („Allgemeine Arbeiterunion") ist die Gewerkschaftsorganisation der „sozialistischen" spanischen Partei PSOE. Die U.G.T. war in der Zeit der spanischen 2. Republik neben der C.N.T. (anarcho-syndikalistisch) die bedeutendste Gewerkschaftsorganisation. Die Jahrzehnte des Franco-Faschismus hat sie jedoch aufgrund ihrer sozialdemokratisch-versöhnlerischen Grundhaltung zu einer fast bedeutungslosen Kraft im Klassenkampf absinken lassen. Die heutige U.G.T. repräsentiert nach eigenen Angaben nicht mehr als 12.000 Mitglieder. Davon befinden sich über ein Drittel auch noch im Ausland. 12.000 Mitglieder – das sind nicht mehr als die Belegschaft eines Großbetriebes!

In gar keinem Verhältnis zur tatsächlichen Bedeutung dieser Gewerkschaftsorganisation steht das internationale Interesse, das diesem Kongreß entgegengebracht wurde. So waren die Vorsitzenden verschiedener europäischer Gewerkschaften zur Aufwertung desselben erschienen (u. a. DGB-Vorsitzender H. O. Vetter), sowie ein Vertreter des „Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften", etc.

Das Interesse der internationalen Sozialdemokratie stimmt in puncto „zukünftige Gewerkschaften in Spanien" weitgehend mit dem der „Reformer" im spanischen Kabinett überein: Förderung der christdemokratischen und sozialdemokratischen Kräfte bei gleichzeitiger Ausschaltung und politischer Isolierung der revisionistischen PC Spaniens sowie der revolutionären Gruppen (Der bekannteste Vertreter der illegalen spanischen Gewerkschaften, Camacho / Anhänger der PC, sitzt wieder im Gefängnis!) Die spanische PC und teilweise auch revolutionäre Gruppierungen haben einen entscheidenden politischen Einfluß in den eigentlichen (illegalen) Arbeiterorganisationen Spaniens, den unter dem Faschismus entstandenen und gewachsenen starken Arbeiterkommissionen („Comisiones Obreras"), die heute bei allen betrieblichen und allgemeinen Streiks in Spanien die wesentliche organisierende Kraft darstellen.

Zur Isolierung eben dieser „Comisiones Oberas" – gemäß dem allgemeinen Konzept der spanischen Regierung, die kommunistischen und revisionistischen Kräfte in der Illegalität zu belassen – war dieser Kongreß der U.G.T. angetreten.

Der Versuch mißlang – soweit wir das übersehen können – recht gründlich:

– Der sozialdemokratische Vorstand erlitt bei der ersten wichtigen Abstimmung eine klare Niederlage. Es ging darum, ob zum Abschluß des Kongresses Vertreter anderer illegaler Gewerkschaften eingeladen werden sollten. Der U.G.T.-Vorstand hatte offenbar den spanischen Behörden versprochen, einen Auftritt der Comisiones Obreras zu verhindern („Extra-Dienst", 21.4.76). Allerdings sprach sich eine 2/3-Mehrheit des Kongresses für die Einladung von Vertretern sowohl der „Comisiones", als auch der anderen sozialistischen Gewerkschaftsorganisation U.S.O. sowie von Vertretern der anarchistischen C.N.T. und baskischer Gewerkschaftsgruppen aus! Die Stimmung auf diesem Kongreß zeigte sich am letzten Tag gerade in den brüderlichen Umarmungen des (wiedergewählten) U.G.T.-Generalsekretärs Redondo mit den Vertretern der „Comisiones" und der anderen Gewerkschaftsgruppen. Mit erhobenen Fäusten sangen etwa 1.000 Gewerkschafter im Schlußakt die „Internationale" – (ob H. O. Vetter den Text kannte ... ?).

– Der alte Vorstand wurde zu zwei Dritteln neu besetzt. Offenbar sind hier eine ganze Reihe unaktiver „Symbolfiguren" (vor allem die im Ausland weilenden) durch aktive spanische Gewerkschafter ersetzt worden. Außerdem wurden drei der im 15-köpfigen Vorstand befindlichen leitenden PSOE-Mitglieder abgewählt, so daß jetzt nur noch 2 Mitglieder gleichzeitig dem Vorstand der Gonzales-Partei angehören. Der U.G.T.-Vorstand benannte sich von „Nationalkomitee" in „Föderalistisches Komitee" um: Im Vorstand sind jetzt Vertreter aus allen spanischen Provinzen und Nationalitäten vertreten. Außerdem wurde beschlossen, daß alle Kontakte zu anderen Gewerkschaftsgruppen, die der Vorstand aufnimmt, der Zustimmung der Gewerkschaftsbasis bedürfen. Dieser Beschluß dürfte vor allem in Hinsicht auf Kontakte zu rechten und christdemokratischen „Gewerkschafts"-gruppen interessant und wichtig werden.

– Die U.G.T. bekannte sich eindeutig zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft, wobei das Weiterbestehen autonomer Gruppierungen innerhalb einer solchen Einheitsgewerkschaft (entsprechend den bestehenden Gewerkschaftsorganisationen) anerkannt wurde. Der Kongreß war der Meinung, daß erst nach vollständiger Auflösung der heutigen staatlichen Zwangsgewerkschaft (in der Kapitalisten und Arbeiter gleichzeitig „organisiert" sind) und unter den Bedingungen völliger Gewerkschaftsfreiheit der Aufbau dieser Einheitsgewerkschaft möglich ist. Diese klare Abgrenzung gegenüber den faschistischen Strukturen findet sich bei den spanischen Sozialdemokraten auf politischer Ebene nicht entsprechend wieder. Hier ist von einem „vereinbarten demokratischen Bruch" (mit den Regierungs„reformern" vereinbart) die Rede. In der Gewerkschaftsfrage kann sich allerdings die U.G.T. (und die PSOE) solche Paktangebote an die spanische Oligarchie nicht leisten. Sie würden sich in der wachsamen und kampfstarken spanischen Arbeiterklasse völlig unmöglich machen.

In scheinbar lupenreiner klassenbewußter Haltung forderte die U.G.T. alle antifaschistischen Gewerkschafter auf, ihre Ämter in dem staatlichen Zwangssysndikat demonstrativ niederzulegen. Diese Aufforderung richtet sich an die Kollegen von den „Comisiones Obreras", die gerade bei den vergangenen Syndikatswahlen erhebliche Einbrüche in die Reihen der korrupten faschistischen „Arbeitervertreter" erzielten und damit wesentlich zur Zersetzung dieses Instruments faschistischer Herrschaft beigetragen haben! Die U.G.T. hat bei ihren spärlichen Kräften solche Zersetzungs-Offensiven niemals starten können und kann sich heute hinstellen und die „reine Gewerkschaft" propagieren.

Der U.G.T.-Kongreß war in keiner Weise eine Stärke-Demonstration der spanischen Sozialdemokraten, sondern wesentlich spiegelte er die Stärke der spanischen Arbeiterklasse wieder, selbst unter den durch die verschiedensten Tatsachen eingeschränkten Bedingungen dieses Kongresses.

Die Angst der spanischen Oligarchie vor einer Legalisierung der Organisationen der spanischen Arbeiterklasse ist nach diesem Kongreß gewiß nicht geringer geworden. ●

Spanien-Kommission KB / Gruppe Hamburg

„Krieg mit allen Folgen" gegen ETA

Wie in AK 77 berichtet, war der von einem ETA-Kommando entführte Nähmaschinenfabrikant Berazadi am 8.4. tot im Straßengraben aufgefunden worden. Die Angehörigen des baskischen Industriellen konnten die Lösegeldforderungen von ETA nicht erfüllen, weil Innenminister Fraga ein striktes Zahlungsverbot an alle Banken ausgegeben hatte.

Es scheint, daß die Tötung des Fabrikanten durch die massiven Polizeikontrollen an der französischen Grenze zur Erfassung der 28 geflohenen politischen Hälftinge ausgelöst worden sind. Die Entführer waren offenbar selbst in Gefahr, von der Polizei gefaßt zu werden.

Innenminister Fraga hat nach dem Tod von Berazadi eine äußerst scharfe Erklärung gegen ETA abgegeben und gesagt: *„Da sie* (ETA – AK) *den Krieg nun einmal wollen, sollen sie ihn bekommen, und zwar mit allen Konsequenzen"* („Monitor-Dienst", 8.4.76).

Allerdings ist dies nichts weiter als eine billige Rechtfertigung des ohnehin stattfindenden Terrors der spanischen Polizei und der faschistischen Schlägertrupps gegen ETA und das baskische Volk:

– Kurz vor dem Tod von Berazadi waren 50 Basken verhaftet worden, die angeblich zur ETA gehören sollen.

– Am 14.4. wurden 87 baskische Patrioten verhaftet, darunter zahlreiche Frauen. Die spanische Polizei hat in Folter-Verhören „Geständnisse" von drei der Verhafteten erpreßt, die zugegeben haben sollen, daß sie die Entführer von Berazadi waren. Auch „Verantwortliche" für einige tote Bullen wurden unter den Verhafteten bereits ausgemacht.

– Das „Sondergericht für Öffentliche Ordnung" hat sechs angebliche ETA-Mitglieder zu hohen Freiheitsstrafen verdonnert. Drei der Verurteilten bekamen 15 Jahre Gefängnis, weil sie einen Verkaufsstand für Bonbons (?) abgebrannt und zwei Sendemasten des staatlichen Fernsehens zerstört hätten.

– Wiedermal wurde ein nichtsahnender Autofahrer, der bei Nacht ein Haltezeichen der Bullen nicht sah, blindlings erschossen.

– Der baskische Nationalfeiertag (für Autonomie des Baskenlandes) am 18.4. wurde von einem riesigen Polizeiaufgebot unterdrückt. Sämtliche Parteien der Opposition (die revisionistische PC, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten) hatten allerdings sowieso jede Kundgebung vorher abgesagt, wie es heißt, aus Protest gegen die „Ermordung" des baskischen Fabrikanten und auch wegen des massiven Polizeieinsatzes. Trotzdem führten Anhänger von ETA und andere revolutionäre Organisationen kurze Demonstrationen an verschiedenen Stellen von Pamplona durch. Die Polizei schoß mit Gummikugeln und verhaftete 100 Menschen.

– In der Nähe der französischen Grenze wurde ein junger Baske, der angeblich zum „Aberri Eguna" (baskischer Feiertag) kommen wollte, erschossen, sein Freund wurde schwer verletzt.

– Die Überfälle der Mörderbanden „Christkönigskrieger" im Baskenland nehmen wieder zu. Mehrere Bombenanschläge gegen Wohnungen und Autos von Verwandten von ETA-Mitgliedern sind in den letzten Tagen wieder vorgekommen. ●

Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Spanische Bullen IMMER AUF DRAHT

Am Sonntag, dem 11.4., erlitt ein Bulle der berüchtigten spanischen Guardia Civil in Baracaldo einen tödlichen elektrischen Schlag, als er versuchte, eine baskische Nationalflagge von einem Hochspannungskabel über der Straße einzuholen. „Unbekannte" hatten Fahnen und Spruchbänder aufgehängt, um die Unabhängigkeit des Baskenlandes zu propagieren.

Herzlichen Glückwunsch zum Nationalfeiertag! ●

Englands Labour-Regierung: Unverschämt!

Labour-Schatzkanzler Healy verkündete im Parlament am 6. April seinen Haushaltsplan. Mit unglaublicher Dreistigkeit erklärte er offen, was er von den englischen Arbeitern und Angestellten – angesichts einer Inflationsrate von rund 20 % und einer Arbeitslosenzahl von ca. 1 Million – erwartet: daß sie sich bei den kommenden Lohnverhandlungen auf durchschnittliche Erhöhungen von 3 (drei!) % beschränken! Diese Provokation soll die „2. Phase" des „Anti-Inflationsprogramms" der Labour-Regierung darstellen und die „1. Phase" des 6-Pfund–Lohndiktats vom letzten Jahr ablösen.

Als „Entschädigung" dafür bot Healy Steuererleichterungen an. Diese sollen nach Bedürftigkeit gestaffelt werden, so daß die Formel „3 % plus Steuererleichterungen" darauf hinausläuft, daß z. B. eine Familie mit zwei Kindern Erhöhungen von bis zu sieben Pfund die Woche erhält, während sich Alleinstehende mit zwei Pfund Erhöhungen begnügen müssen.

Nachdem letztes Jahr bereits die sechs Pfund auf Kosten massiver Senkung des Lebensstandards (sechs Pfund entsprachen einer etwa 10%igen Erhöhung bei über 20 % Inflation) weitgehend durchgesetzt werden konnten, geht dieser unverschämte Vorschlag jetzt an die Substanz der materiellen Existenz der englischen Arbeiterklasse!

Die besondere Demagogie liegt vor allem auch darin, daß dieser „Vorschlag" an die Gewerkschaftsführung gerichtet ist. Sie hat jetzt den „Schwarzen Peter", entweder die drei % durchzusetzen oder die angebotenen Steuererleichterungen „zu verscherzen". Nicht daß diese Vögel nicht dazu bereit wären, auch diese Senkung des Lebensniveaus durchzusetzen. Das Gefährliche daran ist nur, daß sich die Gewerkschaften als Ganzes unbeliebt machen sollen, um den Boden für antigewerkschaftliche und rechte Propaganda zu bereiten.

Außerdem bedeutet der „Vorschlag" eine Spaltung der Arbeiter in „ganz-Bedürftige" und „Bessergestellte", die zugunsten der Armen eben im „Sinne des Ganzen" zurückstecken sollen. Die Klassenfront zum englischen Imperialismus soll so verwischt werden.

Angesichts dieser Unverschämtheit stellte Len Murray, Chef des Dachverbandes der englischen Gewerkschaften TUC, zwar fest, daß das „alles noch nicht so klar" sei, versicherte aber natürlich gleichzeitig, daß die drei % „ein Ausgangspunkt für die Diskussion" seien! ●

Bestechungsgelder an italienische Parteien

Die „Sunday Times" berichtete im April von einer Bestechungsaffaire, in die der staatseigene Ölkonzern British Petrol (BP) verwickelt ist: In der Zeit von 1971-72 zahlten die imperialistischen Ölriesen Exxon (USA), BP (England) und Shell (Holland) rund 4,75 Mio. Pfund an verschiedene politische Parteien in Italien. Der Anteil von BP an dieser Summe soll 516.000 Pfund betragen haben („Morning Star", 12.4.76) Auch über diesen Zeitraum hinaus wurden Gelder gezahlt und die Konzerne BP und Shell gaben bereits offen zu, insgesamt *„mehr als drei Mio. Pfund an politische Parteien gezahlt"* zu haben („Guardian", 14. 4. 76).

Bei diesen Parteien soll es sich um die Democrazia Christiana, die Sozialisten und die Sozialdemokraten Italiens handeln. Als Gegenleistung wurde eine *„für die Ölfirmen günstige Gesetzgebung"*, Ölpreise und Steuern betreffend, („Guardian") erwartet.

Interessant ist die ganze Sache vor allem deshalb, weil zum Zeitpunkt dieser Zahlungen die BP bereits zu 49 % staatseigen war (inzwischen zu 70 %) und zwei Direktoren von Regierungsseite im Management saßen. Eine offizielle Stellungnahme seitens der Regierung gibt es noch nicht. Allgemein wird aber vermutet, daß diese Zahlungen damals der englischen Regierung bekannt waren. BP selbst gab zu, daß man in London davon wußte. Die Direktoren hätten die Macht gehabt, die Bestechungsgelder per Veto im Management zu unterbinden („Guardian", 13.4.76).

Im Parlament fordern bereits mehrere linke Labour Abgeordnete eine *„volle öffentliche Untersuchung"* der Sache. Obwohl das Finanzministerium die rechtliche Grundlage dazu hätte, *„ist es wahrscheinlich, daß sehr wenig Bereitschaft zur Kooperation seitens des Ministeriums oder der Regierung besteht. Beide sind ängstlich darum bemüht, die Verwicklung der BP so weit als möglich runter zu spielen."* („Guardian", 13.4.76).

Es waren mal wieder die Revisionisten, die die Gelegenheit nicht ausließen, eine tragikomische Rolle am Rande dieser Enthüllung und deren Abdeckung durch total verlumpte Sozialdemokraten zu spielen: Unter der Überschrift *„Anschuldigungen gegen BP verstärken die Forderung nach voller Verstaatlichung"* (!) wurde im revisionistischen „Morning Star" über den Fall berichtet. Labour-Abgeordnete kamen zu Wort, die als Lösung des Problems nicht etwa die Abschaffung des Kapitalismus empfahlen, sondern – wie könnte es auch anders sein – eben die volle Übernahme der BP durch den Staat.

Im Kommentar schreibt dann der „Morning Star": *„Verstaatlichung wird immer notwendiger, wenn die riesigen Gelder, die der Industrie zur Verfügung stehen, in den Aufbau einer Wirtschaft im Interesse des englischen Volkes investiert werden sollen."* („Morning Star", 12.4.76)

Ihr Wort in Gottes Ohr – kann man sich da nur wünschen. ●

Polizeiwillkür breitet sich aus

Der „National Council for Civil Liberties" (etwa: Komitee für Menschenrechte) sprach auf seiner jährlichen Konferenz von der „Aushöhlung der Menschenrechte in England". Konkret eingegangen wurde in diesem Zusammenhang auf die Handhabung des „Terrorism Prevention Act" (Anti-Terrorismus-Gesetz) durch die Polizei. Dieses Gesetz war im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag in Birmingham im Herbst '74, dem 21 Menschen zum Opfer fielen, und der den Linken angelastet wurde, verabschiedet worden. Es ermöglicht der Polizei ohne richterliches Urteil Menschen zu verhaften und mehrere Tage festzuhalten.

Wie zu vermuten war, gab man damit den Bullen ein Mittel in die Hand, das breit und ohne Rücksicht auf Verluste gegen Linke, Streikende, Demonstranten, vor allem Iren in England, Pazifisten und Gegner der britischen Einmischung in Irland zur Einschüchterung und Kriminalisierung wurde.

Report '75 fest: *„Es ist bereits viel zu sehr zur Gewohnheit geworden, daß die Polizei einen Verdächtigen einfach für einige Tage festhält ... Bis Januar '76 wurden 1.330 Verhaftungen vorgenommen, bis jetzt wurde allerdings nur in 65 Fällen Anklage erhoben – das sind rund 5 %."* (!) („Guardian", 12.4. 76). ●

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SS-Mann Witte – Ein würdiger Vertreter Schwedens?

Schweden schmückt sich in Österreich mit einem Nazi und SS-Mann als Konsul in Klagenfurt.

Wolfgang Witte wurde 1930 Mitglied der österreichischen Nazipartei. Auch als diese Partei zeitweilig verboten war, blieb Witte weiterhin Mitglied.

Nach dem Einmarsch der Nazitruppen im Jahre 1938 wurde Witte mit einem Stadtratsposten belohnt. Während des 2. Weltkrieges wurde er Mitglied der SS.

Heute ist Dr. Wolfgang Witte ein führender Geschäftsmann in Österreich, schwedischer Honorarkonsul in Klagenfurt und stellvertretender Weltvorsitzender des reaktionären Rotary, einer Organisation mit 770.000 Mitgliedern in 151 Staaten. Als Witte jedoch vor einigen Wochen zum Posten des Rotary-Weltpräsidenten kandidierte, gab es Ärger. Als ehemaliges Nazi- und SS-Mitglied mußte er seine Kandidatur zurückziehen.

An seinem diplomatischen Status ändert sich jedoch nichts. Der für Wick offiziell zuständige schwedische Botschafter in Wien, Lennart Petri, teilte mit, er sei mit Wick sehr zufrieden und teile Bruno Kreiskys Auffassung zu Wick, daß es sinnlos sei, in der Vergangenheit zu graben (Angaben nach „Sydsvenska Dagbladet" vom 17.3., 21.3. und 25.3.1976). ●

Faschistischer Sprengstoffanschlag auf das schwedische Generalkonsulat in Düsseldorf

Am 30. März wurde ein Sprengstoffanschlag auf das schwedische Generalkonsulat in der Düsseldorfer Innenstadt verübt. Bei den Tätern handelt es sich offensichtlich um Mitglieder der faschistischen Ustascha, da der Anschlag zeitlich mit Titos Staatsbesuch in Schweden zusammenfiel. Die Ustascha arbeitet seit fast 50 Jahren inner- und außerhalb Jugoslawiens und unterhält eine weitverzweigte Organisation zur Durchführung von Terrorakten.

Anläßlich des Staatsbesuches von Tito wurden in Schweden starke Sicherheitsvorkehrungen getroffen. So wurde Tito auf Schritt und Tritt von einem Großaufgebot schwedischer Polizei überwacht, da *„man ein Attentat kroatischer Ustascha-Terroristen befürchtete"* („Neue Zürcher Zeitung", 3.4.). Das Programm des Staatsbesuchs wurde aus Sicherheitsgründen geheimgehalten („NZZ", 31.3.). Dies, weil es schon zu einigen Terroranschlägen dieser Faschisten in Schweden gekommen war.

So wurde 1971 in Stockholm Belgrads Botschafter Rolovic von der Ustascha ermordet. 1972 entführte diese Bande eine DC-9 Maschine der SAS nach dem Start in Göteborg und erzwang die Freilassung einiger in Schweden inhaftierter Ustascha-Faschisten, unter ihnen der Mörder des Botschafters. Daß sich unter den 40.000 in Schweden lebenden Jugoslawen auch Kräfte befinden, die sich dem Terror der Ustascha widersetzen, zeigt die gerechtfertigte Exekution des Faschistenführers Miculic im letzten Dezember.

In der BRD können die Ustascha-Faschisten dagegen von Polizei und Staatsapparat ungehindert ihr Treiben ausüben und werden sogar finanziell und politisch von Kreisen der CDU/CSU und dem westdeutschen Geheimdienst unterstützt. Erst am 7. Februar dieses Jahres ermordeten Ustascha-Faschisten den jugoslawischen Konsul Edvin Zdovc in Frankfurt (vergl.: AK 74).

Deswegen zogen sie es vor, in Westdeutschland mit einem Anschlag auf das schwedische Konsulat ihre Wut über Titos Schwedenreise abzureagieren.

Besonders empörend war die Berichterstattung im westdeutschen Fernsehen. Über den Zusammenhang zwischen Titos Reise und dem Anschlag kein Wort – stattdessen folgte sowohl in der ARD-„Tagesschau" wie im ZDF-„heute" der Nachricht über den Anschlag eine Meldung, daß der Prozeß gegen die Attentäter auf die westdeutsche Botschaft in Stockholm anlaufe . . .. ●

Skandinavienkommission

Schweden:

Prostitution für den Export

Wie häufig, wenn Kapitalisten und deren Büttel unter sich zu sein glauben, wird offen geredet. Dazu ein Beispiel aus „Veckans affärer" Nr. 1/1976, dem Wochenblatt der schwedischen Industriellen.

Bekanntlich profitieren die schwedischen Kapitalisten ungemein am „progressiven Image" Schwedens. Kaum ein anderes OECD-Land konnte von 1970 - 75 den Export „Entwicklungs-" und OPEC-Länder dermaßen steigern.

Die Steigerungsraten betragen 223% bzw. 580% ! Schon jetzt gehen 12,2% des schwedischen Exportes in diese Länder. „Veckans affärer" meint nun, der Export in die OPEC-Staaten ließe sich noch wesentlich erhöhen. Leider aber seien die schwedischen Handelsvertreter gelegentlich noch immer so naiv und ehrlich, daß sie vor den geeigneten Verkaufsmethoden zurückschrecken. Araber gehörten bestochen und geschmiert: *„Das, was wir als Bestechung bezeichnen, ist andernorts selbstverständliche Provision."*

Auch die Frauen müßten endlich ihre Verantwortung für den Profit erkennen und bei Verhandlungen ihre natürliche Aufgabe erfüllen: *„Es ist kaum anzunehmen, daß Curt Mileikowsky bei seinen Geschäftsreisen füllige Blondinen zur Verfügung hatte"* (Was nach übereinstimmenden Quellen Lockheed hatte, als man 600 Starfighter an die BRD verkaufte. Curt Mileikowsky ist der Mann, der den schwedischen Bomber „Viggen" an mehrere Nato-Staaten verkaufen sollte, was zum Leidwesen der schwedischen Kapitalisten aber nicht gelang).

Diese praktischen Ratschläge zur Steigerung des Exports sind im Grunde ebenso menschenverachtend, wie die Maßnahmen der schwedischen Regierung mit dem selben Ziel: Niedrighalten der Löhne, um das Exportgeschäft noch profitabler zu machen und die bis zum Herbst geplante Verdoppelung der Arbeitslosigkeit zur Senkung der „Binnennachfrage" (Zahlenangaben und Zitate aus „Veckans affärer" Nr. 1/1976) ●

Schweden:

Kapital und Gewerkschaftsbund einig – Enthaltsamkeit bei Löhnen

Der schwedische Arbeit„geber"-verband SAF hat eine große Kampagne gestartet, um einen Lohnstopp zu erreichen. In volksverdummender Weise soll eine SAF-Broschüre anhand der „Lohn-Preis-Spirale" beweisen, daß jegliche Lohnerhöhung zwecklos wäre. Es wird alles von der Inflation gefressen.

Tatkräftige Unterstützung erhielten die Kapitalisten dabei u.a. von der dem Gewerkschaftsbund LO gehörenden Zeitung „Aftonbladet". *„Nun beginnen die mageren Jahre"*, schrieb dieses Blatt und ließ die Bosse von LO und der Staatsangestelltengewerkschaft TCO-S zu Wort kommen: es sei nicht viel zu holen, *„wir müssen in unseren Forderungen realistisch sein"*. Der LO-Chef gab aber zu bedenken, daß andere Gewerkschaften auch *„ihren guten Willen zeigen"* müssen. Diesen Wink verstand der TCO-S-Vorsitzende: Die wegen des miserablen Tarifergebnisses vom letzten Jahr aufgestellte Forderung nach einer 6%-igen Sonderlohnerhöhung sei in Wahrheit keine Forderung, sondern nur „Ausgangspunkt für Verhandlungen". (Angaben nach „Aftonbladet" vom 15.3.1976)

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in acht von 13 Industriebranchen schwedische Konzerne die profitabelsten der Welt sind. (Gerechnet in „Nettogewinn in Prozent des Umsatzes").

Darunter sind die größten Konzerne des Landes, wie z.B. LM Ericsson, Volvo und Electrolux. Wegen der enormen Expansion der schwedischen Konzerne im Ausland, rechnet man sich jetzt fette Profite vom erhofften „internationalen Aufschwung" aus (Angaben nach „Veckans affärer", Nr. 1/1976). Die Kapitalisten haben also schon dafür gesorgt, daß sie von einer schwindenden Binnennachfrage weitgehend unberührt bleiben. Möglich wurden diese Auslandsexpansionen durch tatkräftige Hilfe der Regierung: Großzügige Abschreibungsgesetze, niedrige Besteuerung der Profite usw. (siehe AK 75).

Wegen der dadurch zu geringen Steuereinnahmen waren die Gemeinden gezwungen, sehr hohe Auslandsschulden aufzunehmen. Die schwedischen Auslandsschulden betrugen Ende 1975 15 Milliarden skr, das sind pro Kopf der Bevölkerung über 1000 DM. Diese Rechnung ist es, die man jetzt den Werktätigen des Landes präsentiert. Und das mit der Begründung, sie hätten diese 15 Milliarden konsumiert! ●

Die Krise in Dänemark verschärft sich

Immer breitere Teile der dänischen Bevölkerung werden von der Krise des Kapitalismus betroffen. Während besonders die Arbeiterklasse von der zehnprozentigen Inflationsrate, von höheren steuerlichen Belastungen und von Arbeitslosigkeit betroffen ist (bisher: 150.000 Arbeitsslose), nimmt auch die Verelendung der Mittelschichten immer größere Ausmaße an. *„Allein den von 1969 vorhandenen 32.500 Lebensmittelhändlern ... mußten bis 1973 knapp 8.000* (ca. 24 % – Anm. AK) *aufgeben. Die Beschäftigungszahl im gesamten dänischen Einzelhandel sank im gleichen Zeitraum von 226.000 auf 186.000."* („Neues Deutschland", 24.3.76) Richtig schätzt „Neues Deutschland" ein: *„Ihre Unzufriedenheit mündet hauptsächlich in kleinbürgerlichen Protesthaltungen, aus der rechte Demagogen Kapital schlagen und sie in ein Reservoir des dänischen Monopolkapitals im Kampf gegen die Lebensinteressen der Werktätigen zu verwandeln suchen."* (ebenda)

Ob sich allerdings diese Entwicklung dadurch stoppen läßt, daß Knud Jaspersen, seines Zeichens Vorsitzender der revisionistischen Partei Dänemarks, den revisionistischen Ladenhüter *„Vereinigung im Kampf für eine antimonopolistische Demokratie"* erneut hervorkramt, muß bezweifelt werden. ●

Skandinavienkommission

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 19000 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1.- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Auf dem Weg zu einer europäischen „Sicherheits"-Polizei

Seit Monaten läuft in der BRD Presse (und in Westeuropa) eine Propagandakampagne, die eine ins Ungeheure aufgebauschte Bedrohung ausmalt: „Leben wir im Weltbürgerkrieg?" (14-teilige Serie der „Welt", Oktober 75). Nicht weniger und nicht mehr wird zusammenphantasiert, als daß mit Hilfe eines „Terrornetzes" die *„westlichen Demokratien in einem ständigen Belagerungszustand gehalten werden"* (Observer, 22.2.76). Den Gipfel an Schreckensmärchen bildete bislang die Kampagne um „Carlos", das *„As der internationalen Terroristen-Szene"* („Stern", 8.1.76). Inzwischen hat der „Stern" aber schon eine zweite, achtteilige Serie abgeschlossen, in der die Geiselnahmeaktion in der Stockholmer BRD-Botschaft vor einem Jahr genüßlich nacherzählt wurde. Ein Ende der „Enthüllungen", „Untersuchungen" usw. ist nicht abzusehen. Als nächstes bietet sich an, über die „Terroristen" von den Südmolluken in Holland zu erzählen...

Ideologische Aufrüstung mit „Carlos"

Schwerpunkt der „Carlos"-Kampagne bildete die Betonung der „internationalen Verpflechtung des Terrorismus" (Welt). Einzelne Tatbestände (z.B. die Geiselnahme auf der OPEC-Konferenz in Wien am 21.12. 1975), unbewiesene Behauptungen (z.B. daß der OPEC-Geiselnehmer überhaupt mit „Carlos" identisch ist, was die österreichischen Behörden bis heute nicht für erwiesen halten), wilde Spekulationen („Gibt es eine

CARLOS

Carlos (von der „Observer"-Serie)

Verbindung zum Kreml?", Observer, 22.2.76) und klare Lügen (vergl. die Gegendarstellung von U. Schaz in der „Welt" vom 31.10.75) sollte einen „Terroristen"-Typ vorstellen, der möglichst abschreckend und gewissenlos zu sein hatte. Der *„etwas zu fette, etwas zu selbstbewußte Angeber"* („Stern", 8.1.76) wurde als *„Söldner"* (!) („Stern") mit buchstäblich jeder auch nur irgendwie als antiimperialistisch zu bezeichnenden Regiebracht: den palästinensischen Organi-
lich jeder auch nur irgendwie als antiimperialistisch zu bezeichnenden Regiebracht: den palästinensischen Organi-
sationen PLO und PFLP, den BRD-Gruppen RAF und „Bewegung 2. Juni", der „Japanischen Roten Armee", der „Türkischen Befreiungsarmee" der IRA, Algerien, Lybien, Cuba, der DDR, dem KGB der UdSSR usw. usw.

Als unmittelbare Folge der „Carlos"-Propaganda konnte die Bourgeoisie im internationalen Maßstab jede Art von Polizeimanövern und Bürgerkriegsübungen rechtfertigen: In England wurde die Hatz eröffnet auf einen *„zweiten Terroristen, der ebenso gefährlich sei"* wie „Carlos" („SZ", 9.7.75), und Ende Juli wurde prompt in London ein Hotelgast von fünf Bullen zusammengeschlagen, weil er angeblich ein „Carlos"-Nachfolger war! („Hambg. Morgenpost", 1.8.75) Die Suche geht weiter: Im Februar wurde wieder in London die Existenz eines „zweiten Carlos" behauptet („Bild am Sonntag", 8.2.76).

In der Schweiz wurden Polizei und Grenzposten in Alarm versetzt, da „Carlos" in den kommenden Wochen einen Schlag plane („SZ", 16.1.). Österreichs Polizei nutzte „Carlos" als Vorwand für die bis dahin größte Polizei- und Militäraktion – anläßlich der Winterolympiade in Innsbruck. Auch hier hatte „Carlos" angeblich *„für die nächsten Wochen zwei weitere Anschläge"* angekündigt („Stern"). Was macht es da schon, daß es den Plan zu dieser Polizeiübung *„schon seit mehr als einem Jahr gibt"* („Stern, 22.1.).

„Carlos" wird allerdings noch für weit mehr herhalten müssen. Schließlich hat der saudiarabische Ölminister Jamani, in Wien als Geisel gefangen, aber wieder freigelassen, verraten, *„daß der Terroristenanführer ‚Carlos' weitere spektakuläre Aktionen plant"* („SZ", 20.2.) Und der Reaktionär Jamani ist ja wohl ein – in den Augen der Bourgeoisie der imperialistischen Länder – ehrenwerter, also glaubwürdiger Mann...

„Linker Terror" wird ausgeschlachtet, Faschistenterror wird unterschlagen

Die beliebig ausschlachtbare „Terroristen"-Propaganda dient eindeutig dazu, die „Notwendigkeit" eines übernationalen Gewaltapparats der Bourgeoisie ideologisch in die Bevölkerung zu tragen. Die angeblich vorhandene Gefahr von Links wird dabei, koste es, was es wolle, aufgebauscht. Der im Gegensatz dazu tatsächlich vorhandene Terror von Rechts und seine internationalen Verbindungen werden von der bürgerlichen Presse ebenso planmäßig herabgespielt oder verschwiegen und vom Staat begünstigt. (Die zahlreichen Anschläge und Morde der faschistischen Ustascha, durchgeführt aufgrund einer internationalen Organisation, der Aufbau internationaler Untergrundkanäle durch die Faschisten nach 1945 und ihre neuen Organisationen wie die „Europäische Sozialbewegung" oder die „Europäische Neuordnung" – diese Terroristenbanden bleiben ungeschoren. – In einer nächsten Nummer des AK wird hierauf näher eingegangen.)

„Programm innere Sicherheit" für die EG

In Wahrheit steckt hinter dem massiv vorgebrachten Ruf nach einer angeblich notwendigen Verteidigung gegen den zusammenphantasierten „internationalen linken Terror", was die BRD anbelangt, ein weiterer Teil derselben Offensivkonzeption, die uns das „Programm Innere Sicherheit" gebracht hat (vergl. AK 57, 58/59, 64). Unter dem Vorwand, einer Handvoll „Terroristen" und „Linksradikaler" Herr werden zu müssen, entwarf das PIS-Programm tatsächlich den Plan zur beschleunigten Faschisierung von Staat und Gesellschaft, d.h. der massiven Einschüch-
lich den Plan zur beschleunigten Faschisierung von Staat und Gesellschaft, d.h. der massiven Einschüch-
terung, Entrechtung und offenen Terrorisierung der Bevölkerung. Mittlerweile sind wichtige Bestandteile des 1972 - 1974 entwickelten Programms durchgesetzt, soweit sie sich auf die Verhältnisse im Inneren der BRD richten. Jetzt soll offenbar der angekündigte weitere PIS-Teil angepackt werden: Dort wurde festgelegt, daß sich die *„fortschreitende Integration der Europäischen Gemeinschaft (...) auch über den Bereich der Inneren Sicherheit erstrecken"* muß. Geplant ist für die EG-Staaten:

„ – *Langfristige Zusammenarbeit der für die Innere Sicherheit verantwortlichen Organe (z.B. Polizei, Grenzkontroll-, Paß-, Melde-, Ausländerbehörden), etwa auf den Gebieten Arbeitsmethodik, Informations- und Nachrichtenaustausch, Kommunikationsmittel, Technik, Ausbildung, Harmonisierung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften*

– *Zusammenarbeit bei aktuellen Fragen der inneren Sicherheit (...)"* („Die Polizei im Lande Hamburg", 9/75).

Dieses Programm setzte natürlich an bereits vorhandenen Bemühungen an, die internationalen und insbesondere westeuropäischen Polizeiapparate besser zu koordinieren. So führte „Interpol" spätestens seit 1972 ständig Klage, daß sie „zu arm" sei, um sich elektronische Datenverarbeitung leisten zu können. (Forderung: Erhöhung des Jahreshaushaltes von 5 Mio Schweizer Franken auf 50 Mio!) („FR", 22.9.72). Ebenfalls 1972 trafen sich die westeuropäischen Geheimdienst-Chefs in Rom, um Maßnahmen gegen „bewaffnete revolutionäre Gruppen" zu beraten („FAZ", 10.6.72). Im September 72 wurde bei Scotland Yard erstmals ein internationaler Krisenstab zur Koordinierung von Fahndungen nach Briefbomben-Sendern gebildet („Welt am Sonntag", 24.9.72).

BRD drängt auf Polizei-Kooperation

Erst mit dem PIS-Programm kam die BRD aber so richtig in Schwung. Nach einer gewissen Vorbereitungszeit folgte Schlag auf Schlag:

April 75: In Schweden werden BRD-Kripos gegen die Geiselnehmer in der Stockholmer BRD-Botschaft eingesetzt („Bild", 28.4.75), anwesend ist (bloß?) Hamburgs MEK-Leiter Kruschka (vergl. AK 60). Später gibt der Präsident des Bundeskrinimalamts (BKA), Herold, zu, daß die BRD-Bullen *„Seit einem Jahr mit Schweden in intensiver Verbindung"* stehen („Welt am Sonntag", 4.5.75).

Mai 75: Herold gibt bekannt, daß „Interpol" endlich auf BRD-Kurs eingeschwenkt ist. Nachdem sie vorher immer auf Artikel 3 ihrer Statuten hingewiesen hatte, wonach *„jede Betätigung oder Mitwirkung in Fragen oder Angelegenheiten politischen (...) Charakters"* für „Interpol" *„strengstens untersagt"* sind, hat „Interpol"-Generalsekretär Nepote nun *„die Baader/Meinhof-Leute zu unpolitischen Kriminellen erklärt"* („Welt am Sonntag", 4.5.75), d.h. „Interpol" wird in die Dienste der BRD-Bullen voll eingespannt.

Juli/August 75: Aus dem faschistischen Spanien ist der Minister des Präsidentenamtes, Antonio Carro Martinez, Gast beim BKA. BRD-Polizeiminister Maihofer und BKA-Vize Werner Heinl zeigen die BKA-Computer und besprechen „Organisation und neue Techniken der zentralen Verbrechensbekämpfung" mit dem Faschisten! („FR", 25.7.75). In Bonn finden Konsultationen mit Frankreich statt. Die Koordinierung der „Bekämpfung des Terrorismus" wird beschlossen, Gespräche der Innenminister für Ende August werden vereinbart („SZ", 28.7.75).

Am 22.8. beschließen (aufgrund von Vorarbeiten, die seit einem Jahr laufen) Maihofer und der französische Innenminister Poniatowski in Paris „eine Reihe von Maßnahmen zur Verbeserung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit" („Welt", 23.8.75).

September 75: Maihofer führt in Tunesien Gespräche mit dem Innenminister über den „Austausch von Experten und die Zusammenarbeit im Polizeiwesen" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13.9.75). Am 15. September fordert Maihofer bei der Einführung des neuen Verfassungsschutz-Chefs Meier die weitere Stärkung des VS *„personell wie apparativ"*, damit er *„verstärkt in den Bereich des international organisierten Terrorismus"* eingreifen kann; außerdem wird eine *„internationale Strategie der Bekämpfung des Terrorismus"* gefordert (Pressedienst des Bundesministerium des Inneren, 15.9.75).

Oktober 75: Maihofer tritt auf einer Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei in Düsseldorf für eine internationale Zusammenarbeit „nicht nur für den informativen Bereich, sondern auch für den des Handelns" ein und fordert eine europäische Konferenz („FAZ", 11.10.75). In Bonn einigen sich BRD-Justizminister Vogel und sein französischer Komplize, Lecanuet, auf gemeinsames Vorgehen gegen „internationalen Terrorismus" („Hamburger Morgenpost", 24.10. 75).

November 75: Maihofer fordert erneut „verstärkte internationale Zusammenarbeit" auf einer BKA-Tagung zum Thema „Polizei und Prävention" („Welt", 4.11. 75). Kurz darauf besucht Maihofer – als erster BRD-Minister überhaupt – die „Interpol"-Zentrale in Paris, berät sich mit „Interpol"-Chef Nepote und erklärt, die BRD unterstütze „eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit der Polizei auch im operativen (!) Bereich nachdrücklich (!)" („FAZ", 24.11.75).

Januar 76: Maihofer besucht Großbritannien, um Gespräche über die Koordination von BRD- und GB-Polizei zu führen („Guardian", 29.12.75). In Bonn vereinbart Maihofer mit dem türkischen Innenminister Asiltürk engere Zusammenarbeit der Polizeien beider Länder (angeblich nur gegen „Rauschgiftschmuggel" und „Autodiebstahl") („FAZ", 21.1.76).

Maihofer und Genscher schlagen bei mehreren Gelegenheiten einen EG-Pakt gegen „Terrorismus" als „Vorstufe" zu einer internationalen Konvention vor. Besonders soll sichergestellt werden, daß „Terroristen" in keinem „zivilisierten (!) Land" Aufnahme finden. Auf der nächsten EG-Außenministerkonferenz wird das Thema von der BRD auf die Tagesordnung gesetzt („FR", 5.1.76 und 12.1.76).

Mitte März erklärte Maihofer zum 25-jährigen Bestehen des BKA: „**Der politische Terrorismus ist noch nicht besiegt. Selbst bei äußersten Anstrengungen (!) wird uns das Problem noch auf Jahre hinaus (!) beschäftigen**" („Hamburger Morgenpost", 19.3.76).

„Heute gehört uns die EG, morgen gehört uns ..."

Offensichtlich hat sich, nachdem anfangs noch umstritten war, ob zuerst nur die EG-Staaten oder ob gleich alle westeuropäischen Länder ihre Polizeiapparate koordinieren sollten (Innenministerkonferenz, 11.4.75 – vgl. „Deutsche Polizei" 5/75), inzwischen ein Stufenplan des „liberalen" Gespanns Genscher/Maihofer durchgesetzt (nach „FAZ", 13.1.76):

- Zuerst wird die EG auf Kurs gebracht. Auf Minister- und Behördenebene wird die „Innere Sicherheit" (Polizei, Justiz, Außenpolitik) abgestimmt.
- Als zweiter Schritt ist die Ausweitung der EG-Regelung auf abhängige Staaten geplant. So hat Maihofer bereits klargemacht, daß der im Januar ins Auge gefaßte EG-„Antiterror-Pakt" *„zunächst (!) Auswirkungen auf die der EG assoziierten Länder haben"* wird („Süddeutsche Zeitung", 5./6.1. 76).
- Erst danach besteht die Chance, die BRD-Strategie noch weiter durchzusetzen. In den Vereinten Nationen beispielsweise stoßen Resolutionen zur „Terror-Bekämpfung" nach BRD-Geschmack gegenwärtig auf wenig Gegenliebe („Frankfurter Rundschau", 13. 9.75).

Operiert wird bereits heute auf allen drei Stufen. Ende '75 bestand polizeiliche „Zusammenarbeit" zwischen dem BKA der BRD und den „Sicherheitsbehörden" Frankreichs, der Schweiz, Schwedens, Italiens, Dänemarks, Belgiens, der Niederlande und Großbritanniens. Weitere Absprachen bestehen inzwischen mit Spanien, Tunesien und der Türkei. Anläßlich der Winterolympiade hat sich gezeigt, daß die Zusammenarbeit mit Österreich bestens klappt: Der bekannte linke Professor Altvater aus der BRD wurde auf Hinweis der BRD-Behörden von der österreichischen Kripo in Haft genommen und mißhandelt, als er zum Olympia-Besuch einreiste.

Nächster Schritt: „Anti-Terror-Pakt"

Damit dürfte der von der BRD angestrebte „Anti-Terror-Pakt" in greifbare Nähe gerückt sein. Nachdem bereits im Mai '75 vom Europarat eine westeuropäische Kooperation in diesen Fragen befürwortet wurde („FR", 24.5.75), laufen seit Ende '75 die Vorbereitungen zu einem EG-Ministertreffen auf Hochtouren. Beschlossen werden sollen *„neue Kommunikationsformen zwischen den Neun, der Austausch und die Zentralisierung von Informationen und eventuell direkte internationale Hilfe in bestimmten Situationen"*, ein *„erweiterter Austausch von Polizei-Techniken und Technologie"* und *„abgestimmte internationale Verbrecherjagden"* („Guardian", 29.12.75).

Wunschtraum: „Europäisches Kriminalamt"

Auch ohne die Absicherung durch ein EG-Abkommen ist es der BRD aber schon heute möglich – wie die Beispiele Schweden und Österreich (beides weder EG noch Nato-Staaten!) zeigen – direkt Polizeiaktionen in anderen Ländern auszulösen oder mit eigenen Polizeieinheiten in sie einzugreifen.

Wunschtraum der BRD-Imperialisten

Dennoch erfüllt der bisher erreichte Stand des Aufbaus eines europäischen Polizeiapparats die Wünsche der BRD-Bourgeoisie nur mangelhaft. Alle erreichten Absprachen, Übereinkommen und Kooperationsmöglichkeiten auf polizeilicher, juristischer und politischer Ebene bleiben dezentralisiert, im wesentlichen auf Informationsaustausch und Amtshilfe beschränkt und letztlich von der Zustimmung der einzelnen Länder abhängig.

Polizeiminister Maihofer läßt demgegenüber keinen Zweifel daran, wohin die Reise gehen soll, wenn er internationale Zusammenarbeit

Fortsetzung auf Seite 31

Fortsetzung von Seite 30

„für den Bereich des Handelns", „im operativen Bereich" usw. fordert. Die Konsequenz dieser Forderung ist ein zentrales, europäisches Kriminalamt mit eigenem Informations- (d.h. Überwachungs-) Apparat und einer europäischen Polizeitruppe, wobei natürlich vorausgesetzt ist, daß dieser Polizeiapparat entsprechend den Zielsetzungen des BRD-Programms zur „Inneren Sicherheit" zu arbeiten hat.

Während die „liberalen" Maihofer und Genscher es bisher vermieden haben, diesen Wunschtraum offen auszusprechen, hat der CDU-Innenminister Schwarz (Rheinland-Pfalz) die Karten auf den Tisch gelegt: Bei seinem „Interpol"-Besuch Anfang 1974 forderte er ein „Europäisches Kriminalamt", angeblich, um *„neue Formen der Kriminalität, wie den Terrorismus"* zu bekämpfen. Angegliedert an „Interpol", das weiter bestehen soll, aber „mit mehr Kompetenzen" ausgestattet, soll diese europäische Super-Polizeizentrale *„gegenüber den nationalen Polizeien in einem gewissen Umfang weisungsberechtigt"* sein („Kölner Stadtanzeiger", 5./6.1.74). In die laufenden Vorbereitungen für die geplante EG-Ministerkonferenz hinein verlangte Schwarz nochmals ein „Gesamteuropäisches Kriminalamt" („Hamburger Morgenpost", 12.1.76). (Mit in den Chor stimmt übrigens die ÖTV ein, die ebenfalls eine „Europäische Polizeibehörde" verlangt, „Die Polizei im Lande Hamburg", 9/75!)

SS – „Interpol" als Vorbild

Mit dem Ruf nach einem Europäischen Kriminalamt setzt die westdeutsche Bourgeoisie dort wieder an, wo der deutsche Imperialismus durch die Niederlage des Faschismus gestoppt wurde. Die alte internationale Polizeiorganisation, „Interpol", wurde 1938 von den deutschen Faschisten übernommen und in die SS eingegliedert. Präsident von „Interpol" wurde der spätere Gestapo-Chef und Chef des Nazi-„Sicherheits-Dienstes" (SD), Heydrich. Mit diesem Apparat konnten Aktionen in 18 angeschlossenen Ländern koordiniert werden. Unter anderem wurde „Interpol" in die Judenverfolgung in Europa eingeschaltet.

Auf dieses Instrument des Terrors mußte die westdeutsche Bourgeoisie nach 1945 zunächst verzichten. Zwar wurde die BRD in der nun nur noch aus „westlichen" Ländern bestehenden „Interpol" schon 1951 wieder Mitglied, zwar setzte „Interpol" die Nazi-Tradition ziemlich ungebrochen fort (vier der fünf Neugründer waren leitende Nazi-„Interpol"-Leute!), zwar gelang es dem BKA, in „Interpol" wieder kräftig mitzumischen (von 1968 bis 1971 war BKA-Chef Paul Dickopf, SS-Untersturmführer, Nr. 337 259, Präsident von „Interpol").

Aber weder ist „Interpol" politisch direkt von der BRD zu kontrollieren (zumal z.B. die USA Mitglied ist), noch verfügt sie über eine eigene Polizeitruppe mit den nötigen Befugnissen (einmal abgesehen von der beklagten Ineffektivität und dem – auf dem Papier – noch immer gültigen Verbot, in „politischen" Angelegenheiten tätig zu werden).

Für die weitgesteckten Machtpläne des BRD-Imperialismus stellt „Interpol" deshalb heute lediglich einen Ansatzpunkt neben anderen dar. BKA-Vize Heinl: Zwar sei mit „Interpol" eine Zusammenarbeit auch in Sachen „Terrorismus" möglich (!), man brauche aber gar nicht „unbedingt die Interpol-Schiene" („FR", 19.9.72).

So wie der BRD-Imperialismus im nationalen Rahmen längst eine neue Geheime Staatspolizei unter Geheimdienstkommando nach altem Nazi-Vorbild wiederaufgebaut hat, so wird jetzt offenbar dasselbe im internationalen Rahmen betrieben: der Aufbau eines europäischen Sicherheitsdienstes. ●

Antifa-Kommission

Offizielle Mitteilungen
der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission.

Offizielle Mitteilungen
der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission.

Beförderung und Auszeichnung des Präsidenten der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission.

Der Präsident der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission und Chef der deutschen Sicherheitspolizei Heydrich ist vom Führer zum SS-Obergruppenführer und General der Polizei befördert und für persönlichen Fronteinsatz im Kampf gegen den Bolschewismus mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse und der silbernen Frontflugspange für Jagdflieger ausgezeichnet worden.

Jahrgang III Wien, 14. September 1940 No. 10

Internationale Kriminalpolizei

Einziges offizielles Publikationsorgan der
Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission
Deutsche Ausgabe

Der Chef der Deutschen Sicherheitspolizei SS-Gruppenführer Heydrich – Präsident der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission.

Reinhard Heydrich, Präsident von Interpol von 1940 bis 1945

Was interessiert die Konzerne der Rhein ?

Die umweltvernichtende Verschmutzung des Rheins und anderer Flüsse durch die Abwässer der Konzerne geht in der BRD ungebrochen weiter. Vor allem die großen Chemiekonzerne am Rhein sind es, die diesen Fluß mittlerweile zu einer stinkenden Kloake haben werden lassen. Messungen an der Grenze zu den Niederlanden haben ergeben, daß der Fluß jährlich u. a. 6.500 t Blei, 2.000 t Arsenik und 85 t Quecksilber „verkraften" muß. Es ist eine Banalität, daß bei einer derartigen Konzentration hochgiftiger Stoffe selbst der größte Fluß abstirbt.

Jüngst hat eine Bundesbehörde auf eine andere bezeichnende Auswirkung dieser Umweltvernichtung durch die großen Konzerne hingewiesen: Die dicht besiedelten und stark industrialisierten 867 km langen Rheinufer werden zunehmend vernichtet. Nur noch 10 % der gesamten Rheintalfläche – im Ruhrgebiet nur noch 0,4 % – werden als „natürliche oder naturnahe Bereiche" eingestuft.

Derartige Fakten sind allerdings kaum als allzu neu anzusehen, in der Tat sind sie längst bekannt und werden in immer wieder durchgeführten Untersuchungen nur erneut bestätigt. Konsequenzen sind jedoch noch nie daraus gezogen worden, obwohl es längst technisch perfekte Reinigungsanlagen für Abwässer gibt.

Eine für September 1975 angesetzte Konferenz der Rhein-Anrainerländer zur Umweltverschmutzung scheiterte, die 2. Konferenz scheiterte jüngst, wie es heißt an den „Meinungsverschiedenheiten der Anrainer". ●

(nach „horizont", 14/76)

Die trübe Flut

Wohnungsbauministerium will noch höhere Mieten !

Im Wohnungsklauministerium unter SPD-Minister Ravens wurde ein provokatorisches „Denkmodell" entwickelt: Da *„die neuen Sozial(?)-wohnungen gegenüber den älteren preislich günstiger (?) und besser ausgestattet (?) seien"* („Hamburger Abendblatt", 24. 4. 76) hält man Steigerungen der Sozialmieten für angebracht, die bis zu 25 % *„des verfügbaren Einkommens ihrer Bezieher"* **ausmachen sollen!**

Nach Angaben soll die bisherige durchschnittliche Mietbelastung von Arbeiterhaushalten bei 14 % des Einkommens liegen („HA", 24.4.76).

Uns erscheinen diese Zahlen über die Mietbelastung noch zu niedrig angesetzt. Für eine Großstadt wie Hamburg kann von etwa fünf Mark pro Quadratmeter auch im „Sozial"-bau ausgegangen werden. Schon im letzten Jahr kosteten an die 10.000 „Sozial"wohnungen eines Hamburger Städtischen Wohnungsunternehmens zwischen 5,50 und 6,50 DM pro qm („Hamburger Morgenpost", 6. 8. 75)! Anfang dieses Jahres mußten die Mieter aller „Sozial"-wohnungen Mietsteigerungen zwischen 10 und 50 % hinnehmen usw. usf.

Daß aber die Wohnungsklauer die Mietbelastung noch erheblich höher schrauben wollen (von 14 auf 25 % des Einkommens) zeigt das Staat und Kapitalisten auf ihrem Feldzug zur Ausplünderung der Mieter erst am Anfang stehen. ●

Bezirkszelle St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

11 % Rentenerhöhung ?

Mit großem Trara wurde von der Bundesregierung eine Erhöhung der Sozialrenten um 11 % ab Juli 1976 verabschiedet. Hier versuchten die Parteien im Bundestag – der Beschluß wurde einstimmig gefaßt – das soziale Image der BRD in den Vordergrund zu rücken. Nur, die Tatsachen sehen gewaltig anders aus, als es uns diese Damen und Herren weismachen wollen. In der EG hat die BRD das höchste Bruttosozialprodukt – in der Höhe der Sozialrenten nimmt sie aber nur einen recht miesen Mittelplatz ein. Das führte dazu, daß die Renten weit hinter den tatsächlichen Lebenshaltungskosten hinterherhinken, was wiederum bedeutet, daß der Rentner, der auf diese Sozialrente angewiesen ist, andauernd bei städtischen Institutionen Beihilfe beantragen muß: z. B. Wohnungsgeld, Heizungsbeihilfe u. ä.

Wenn nun aber die Renten um 11 % angehoben werden, sollte man meinen, daß auch die Beihilfen angehoben werden, dem ist aber nicht so! Tatsächlich muß nach der ersten erhöhten Rentenzahlung der Antrag auf alle Beihilfen neu eingereicht werden, damit diese dann neu berechnet werden können. So bleibt dann letzten Endes von diesen 11 % Erhöhung so gut wie nichts übrig. Hier dann noch von einer Renten„erhöhung" zu reden wie es die Bundestagsparteien einhellig tun, stellt wieder einmal klar die Demagogie dieser Subjekte dar. ●

Ein Flensburger Druckgenosse

als es uns diese Damen und Herren weismachen wollen. In der EG hat die BRD das höchste Bruttosozialprodukt – in der Höhe der Sozialrenten nimmt sie aber nur einen
beihilfe u. ä.
Wenn nun aber die Renten um 11 % angehoben werden, sollte man meinen, daß auch die Beihilfen angehoben werden, dem ist aber
wie es die Bundestagsparteien einhellig tun, stellt wieder einmal klar die Demagogie dieser Subjekte dar. ●
Ein Flensburger Druckgenosse

DGB-Führung und Kapitalisten gemeinsam gegen die Kranken

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fordern *„stabile Beitragssätze in der Krankenversicherung in den nächsten Jahren und kurzfristige Maßnahmen zur Begrenzung des überhöhten Ausgabenanstiegs in der gesetzlichen Krankenversicherung"* („Frankfurter Rundschau", 22.4.76).

Dieser am Mittwoch der vergangenen Woche veröffentlichte Appell geht nach Angaben des BDA auf Beratungen einer gemeinsamen (!) Arbeitsgruppe beider Organisationen zurück.

Im einzelnen schlagen DGB und BDA Verhandlungen zwischen den Krankenkassen und der Ärzteschaft mit dem Ziel vor, daß der Ausgabenzuwachs für die ambulante Behandlung die Einnahmenentwicklung der Krankenkassen nicht übersteigt. Die Ausgaben für stationäre Behandlung müßten sich ebenfalls der Einnahmenentwicklung der Kassen anpassen. In diesem Zusammenhang riefen die Organisationen die zuständigen Länderminister auf, bei der Festsetzung von Pflegesätzen für die Krankenhäuser entsprechend sparsam zu verfahren. Die Versicherten sollten sich „gesundheits- und kostenbewußt" verhalten. In bemerkenswerter Offenheit machen hier Gewerkschaftsführer und Kapitalistenverbände „Spar"vorschläge gemeinsam, die letztlich auf Kosten der gesundheitlichen Versorgung der werktätigen Bevölkerung gehen. ●

Krankenhauszelle Altona
KB / Gruppe Hamburg

„Reform" des § 175:
Diskriminierung auch ohne Gesetz

Im September 1969 wurde der § 175 „reformiert"; Schwule über 21 Jahren werden nicht mehr strafrechtlich verfolgt, und 1973 wurde das sogenannte „Schutzalter" auf 18 Jahren gesenkt (bei Heterosexuellen seit eh und je: 16 Jahre). Seither glauben viele Menschen, auch Homosexuelle, daß „liberale" Zeiten angebrochen seien.

Tatsächlich läßt sich heute jedoch erkennen, daß die „Liberalisierung" schlichtweg eine der typischen Scheinreformen des bürgerlichen Staates war, die aber praktisch nur so lange Gültigkeit besitzt, wie sie nicht in Anspruch genommen wird. In dem Maße, wie Homosexuelle sich nach Abschaffung der Strafbarkeit öffentlich zur Homosexualität bekannten, verschärfte sich die Schwulenhatz auf außergerichtlicher Ebene.

In Westberlin wurde ein Lehrer aus dem Schuldienst gefeuert, weil er offen als Schwuler auftrat. Ihm wurde vorgeworfen, er habe *„bei der Wahrnehmung des Dienstes die Rolle des femininen (!) Homosexuellen" übernommen* (Bezirksamt Wilmersdorf, 21.1.75).

Dem kirchlichen Gemeindehelfer K. wurde 1974 in Westberlin gekündigt, weil er Unterschriften für die vollständige Abschaffung des Paragraphen 175 gesammelt hatte und sich zum Schwulsein bekannte.

Einem Bundeswehrangehörigen wurde die Übergabe der bereits ausgefertigten Beförderungsurkunde verweigert, weil er sich dabei als Schwuler zu erkennen gab. Damit wollte er die herrschende Doppelmoral entlarven: Wenn die Schwulen auch strafrechtlich nicht mehr verfolgt werden können, so werden sie dennoch weiterhin diskriminiert („Spontan", 4/76).

Typisch jedoch für die Arbeitssituation der meisten Homosexuellen sind die verschleierten Berufsverbote durch Arbeitsämter und Personalbüros. Wer in seinem Zeugnis stehen hat: *„Für die Belange der Belegschaft bewies er (sie) ein umfassendes Einfühlungsvermögen"* („Spandauer Volksblatt", 23.11.74), wird zum Schwulen gestempelt! Zu den Geheimcodes der Kapitalisten in den Zeugnissen siehe auch AK 54.

Abweichend von den bestehenden Strafgesetzen praktizieren Staat und Kapitalisten somit, einen eigenen „Strafvollzug".

Gerechtfertigt werden diese Maßnahmen durch einen simplen Taschenspielertrick: Behörden und Kapitalisten beziehen sich auf eben jene Vorurteile gegen Schwule, die sie selbst durch eine volksverhetzende Presse ständig neu entfachen. In der Regel wird über Schwule ausschließlich im Zusammenhang mit Verbrechen berichtet. Damit soll jeder Schwule zum potentiellen Verbrecher abgestempelt werden. (Springer-Serien: „Die Verbrechen der lesbischen Frauen", „Die Orgien der homosexuellen Massenmörder".)

Im Rahmen der verschärften Ausrichtung der Bundeswehr als Klasseninstrument des Imperialismus wird nach der juristischen „Liberalisierung" der Homosexualität von Bundeswehr und Klassenjustiz eine verschärfte Schwulenhatz betrieben. Wer schwul ist oder auch nur einen solchen „Eindruck" macht, fliegt.

So können beim Bund *„länger anhaltende Rangeleien zwischen Männern aus freundschaftlicher, homoerotischer Grundhaltung (?!) heraus"* (Bundesverwaltungsgericht vom 25.6. 1970) zur Entfernung aus dem Dienst oder Degradierung in den Mannschaftsstand führen, *„wenn aus der Rauschtat auf eine gewisse innere Bereitschaft zu gleichgeschlechtlichen Abirrungen (?!) geschlossen werden kann, die unter der enthemmenden Wirkung im Übermaß genossener geistiger Getränke auch in weiteren Fällen zum Durchbruch kommen können"* (Zeitschrift für Rechtspolitik, 10/75).

Es zeigt sich, daß die Bourgeoisie trotz scheinbarer juristischer Liberalisierung nicht bereit ist, auf die Schwulenunterdrückung als Spaltungsmittel zu verzichten. Die bewußt schwammigen und willkürlichen Formulierungen des Bundeswehr-Urteils zeigen überdies, daß diese Unterdrückung auch ein Instrument liefert, um unter dem Vorwand der behaupteten Homosexualität jeden politisch Mißliebigen auszuschalten. Die Praxis der Faschisten im „III. Reich" und in Chile läßt erwarten, daß dieses Instrument mit fortschreitender Faschisierung auch zunehmend angewandt werden soll. ●

Einige homosexuelle Genossinnen und Genossen des KB/ Gruppe Hamburg

„Schnauze halten!"

Wie der „Sozial"staat mit Körperbehinderten umspringt

Den körperlich und geistig Behinderten geht es in der bürgerlichen Gesellschaft schon unter normalen Bedingungen besonders dreckig. In der augenblicklichen Krise verschärft sich die zynische Menscherverachtung in einer Weise, die sich ein Nichtbetroffener kaum vorstellen kann. Einige „Fall"-Schilderungen aus dem Bereich Niedersachsen wollen wir hierzu geben (incl. Bremen):

Ende Januar gab es hier 3120 arbeitslose Behinderte - das ist die offizielle Zahl. Da laut Arbeitsförderungsgesetz nur als arbeitslos gilt, wer der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, liegt die tatsächliche Arbeitslosenquote wahrscheinlich wesentlich höher; die vielen Behinderten ohne Berufsausbildung oder in Heimen werden in der Statistik gar nicht erst geführt.

Ein Epileptiker aus Göttingen, Bürokaufmann, wurde entlassen, nachdem sein Jahresvertrag abgelaufen war. Als Behinderter hatte er ohnehin nur einen Teil des regulären Arbeitslohnes, 415 Mark monatlich, verdient. Aufgrund dieses „Verdienstes" erhält er nun vom Arbeitsamt ganze 288 Mark Arbeitslosenunterstützung. Da er davon nicht leben konnte, ging er zum Sozialamt und wurde dort an das Landessozialamt (LSA) verwiesen. Sein Brief an das LSA kam zurück mit dem Hinweis, das Sozialamt der Stadt Göttingen sei für seinen Fall zuständig. Das Göttinger Sozialamt verwies ihn daraufhin ans Arbeitsamt. Das Arbeitsamt könne nur nach dem Verdienst gehen, wurde ihm dort gesagt, dann sei das Sozialamt zuständig. . .

Ein 21 Jahre alter Spanier, Spastiker, arbeitet seit sechs Jahren in einer Werkstatt für Behinderte in Goslar. Es ist der einzige Körperbehinderte unter sonst geistig Behinderten und „verdient" dort 20 bis 30 Pfennig (!) pro Stunde. Innerhalb von zwei Jahren ist sein Lohn um die Hälfte gesunken: von 60 - 70 Mark pro Monat im Jahr 1973 auf 30 - 35 Mark pro Monat 1975. Offensichtlich gibt es für die Beschäftigten in den „beschützten" Werkstätten keinen Tarifvertrag, der Lohn ist nicht mehr als ein Taschengeld, den erarbeiteten Profit streicht der Kapitalist ein, für den die Werkstatt produziert.

In Braunschweig gibt es eine Schule für Körperbehinderte in der die siebte, die achte und die neunte Klasse gemeinsam in einem Klassenzimmer unterrichtet werden. Diese Unterrichtsmethode wird dort mindestens seit 1964 praktiziert, an einen Ausbau der überfüllten Schule wird nicht gedacht. An einer Sonderschule für Lernbehinderte in Salzgitter fallen 48 % des Unterrichts wegen Lehrermangel aus !

In einem Heim in Hannover, wo behinderte Jugendliche angeblich aus-
In einem Heim in Hannover, wo behinderte Jugendliche angeblich aus-
gebildet werden sollen, wird es in Zukunft keine Lehrverträge mehr geben. Die Lehrlinge können also jederzeit gefeuert werden, wenn sie versuchen, sich gegen die in diesem Heim herrschenden Zustände zu wehren. Sie sollen es sich weiterhin gefallen lassen, daß sie mit drei oder vier Leuten in einem Zimmer „wohnen", daß sie keine Möglichkeit haben, einmal allein zu sein oder zu machen, was ihnen gefällt, daß sie immer auf die anderen Rücksicht nehmen müssen, die mit im Zimmer sind und daß sie unter nur drei Ausbildungsberufen (z.B. Bürokaufmann und Orthopädieschuster) wählen können. Kommentar eines Heiminsassen dazu: *„Im Knast habe ich mehr Möglichkeiten".* Schon ein Verstoß gegen die Hausordnung könnte zum Abbruch der Ausbildung führen.

Eine Behinderte aus Braunschweig durch Kinderlähmung Rollstuhlfahrerin, bekam bei einer Berufsberatung vom Arbeitsamt als e i n z i g e Möglichkeit eine Ausbildung als Schneiderin angeboten. Andere Vorschläge konnte ihr der „Berufsberater" nicht machen.

Auch von den Sparmaßnahmen des Staates sind die Behinderten betroffen. Es ist noch gar nicht lange her, daß durch die bürgerliche Presse Meldungen gingen, nach denen in Bonn darüber „nachgedacht" wird, wie die Ausgaben im Sozialbereich „gestrafft" werden könnten, um „unnötige Leistungen abzubauen". So wurde dann z.B. der Nulltarif für Behinderte im Nahverkehr entgegen ursprünglichen Zusagen nicht verwirklicht. Die Bundesbahn führte sogar einen Tarif ein, nach der Rollstuhlfahrer zusätzlich zum normalen Fahrpreis noch für ihren Rollstuhl bezahlen müssen!

Selbst wenn ein Behinderter eine vollwertige Ausbildung hinter sich hat, findet er nur schwer eine Arbeitsstelle. 1971 wurden von 800 körperbehinderten Akademikern nur 50 eingestellt.

In Hannover hat ein Behinderter, Spastiker und Rollstuhlfahrer, kurz vor Ablegung seiner Abschlußprüfung als Bürokaufmann zwanzig Bewerbungen verschickt, mit Lichtbild, Lebenslauf und allem drum und dran. Zwei
gen verschickt, mit Lichtbild, Lebenslauf und allem drum und dran. Zwei
Firmen antworteten gar nicht, achtzehn hatten die Stelle „leider schon anderweitig besetzt".

Und wenn der Behinderte endlich eine Stelle gefunden hat, ist er gewöhnlich fortwährenden Einschüchterungsmaßnahmen ausgesetzt. Dem Behinderten wird unmißverständlich klargemacht, daß er alles, aber auch alles zu unterlassen hat, was dem Boß mißfällt.

Einer Behinderten wurde z.B. gesagt, sie solle in ihrer Freizeit nicht so viel für den Körperbehinderten-Club Braunschweig tun, weil ihre Arbeit womöglich darunter leiden könnte. Im Körperbehinderten-Club haben sich Behinderte und Unbehinderte zusammengeschlossen, um gemeinsam etwas gegen die Lage der Behinderten zu unternehmen. Der Verweis gegenüber der Behinderten ist eine eindeutige politische Bevormundung.

Ähnlich erging es einem anderen Behinderten aus Braunschweig. Er wurde entlassen, weil er in der Gewerkschaft war (!) und sich — nach Meinung des Arbeitsamts! — *„zu viel für andere Leute eingesetzt hat."*

Diese ständigen Einschüchterungen gibt es nicht nur am Arbeitsplatz. Überall wird den Behinderten eine Selbstständigkeit sehr erschwert. Vor allem in Behinderten-Schulen und in Heimen wird ihnen jede eigene Meinung abgewöhnt. Oft wird dabei auch Abhängigkeit von der Hilfe der Unbehinderten ausgenutzt.

Im „Behinderten-Report" von Ernst Klee (Fischer-Taschenbuch Nr. 1418) schildert ein Behinderter seine Situation im Heim. Dabei schreibt er u.a.: *„Ich weiß, einige werden den Kopf schütteln und denken: wehrt Euch doch. Schön, aber wie? Wenn man auf eine Pflegeperson so angewiesen ist, daß man nichts kann ohne sie? Als mich einmal morgens ein Pfleger anzog, und ich etwas gegen seine Meinung sagte, ließ er mich einfach stehen. Die Folge war eine schöne Erkältung. Sicher werde ich nächstes Mal meine Schnauze halten."*

Die Aktivitäten einiger — bisher noch weniger — Gruppen wie der oben genannte Körperbehinderten-Klub zeigen jedoch, daß die totale Entrechtung und Demütigung nicht mehr von allen Behinderten hingenommen wird. Sie zeigen außerdem,
Entrechtung und Demütigung nicht mehr von allen Behinderten hingenommen wird. Sie zeigen außerdem,
daß auch die Behinderten — gemeinsam mit Nichtbehinderten eine Chance haben, den Kampf dagegen zu führen. ●

Eine Sympathisantin des KB aus Salzgitter

Steuererhöhungen für die Werktätigen — Steuersenkung für die Kapitalisten

Nach der Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer hat die Bundesregierung nun noch einmal bestätigt, daß 1977 die Mehrwertsteuer um 2% erhöht wird, um so zusammen mit den vorher genannten Steuererhöhungen 14 Mrd. DM Mehreinnahmen für den Bundeshaushalt einzutreiben. Diese Mehrwertsteuererhöhung bedeutet nach Berechnungen eine zusätzliche Belastung für die Werktätigen von 3% („Süddeutsche Zeitung", 3.4.).

Die SPD tut sich bei dieser Entscheidung nur noch im Hinblick auf die Bundestagswahlen schwer. Um so lautstärker greifen CDU/CSU die Erhöhung der Mehrwertsteuer als *„Etatsanierung zu Lasten der Kleinen"* an (Strauß in „Handelsblatt", 8.4.).

Sieht man sich die Alternative der CDU/CSU allerdings an, so wird deutlich, daß ihre Parteinahme für den „kleinen Mann" blanke Demagogie ist: So fordert Strauß:

— eine *„Durchforstung nicht mehr gerechtfertigter Sozialleistungen, eine teilweise Privatisierung öffentlicher Leistungen und den Abbau staatlicher Sparförderung"*, da die *„Dringlichkeit kollektiver Vorsorge abgenommen"* habe und somit staatliche Hilfeleistungen nicht mehr nötig seien. Darüberhinaus soll die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst *„abgeschmolzen"* werden (nach „Handelsblatt". 8.4.).

Alles in allem: Strauß fordert einen noch größeren Raubzug im Bereich der Sozialleistungen — nichts anderes verbirgt sich hinter der Scheinopposition gegen Steuererhöhungen.

Geschenke für die Kapitalisten in Vorbereitung

Geschenke für die Kapitalisten in Vorbereitung

Ganz deutlich wird die Absicht des „oppositionellen" Auftretens der CDU, wenn Strauß fordert, *„steuerentlastende Maßnahmen zugunsten der Unternehmer"* zu ergreifen. Mittlerweile ist auch die SPD/FDP-Regierung diesen Forderungen gegenüber immer offener. So sind sich beispielsweise Regierung und Opposition einig über die „Reform" der Körperschaftssteuer, die nach Kanzler Schmidts Angaben noch vor dem 1.1.1977 in Kraft treten soll.

Wichtigster Bestandteil dieser „Reform" für die Kapitalisten ist der Wegfall der sogenannten „Doppelbesteuerung" für Aktienbesitz. Danach mußte bisher der in der Firma verbleibende Gewinn von Aktiengesellschaften mit 53% besteuert werden. Zusätzlich mußten auf die ausgeschütteten Dividenden für die Aktionäre 15% Steuern gezahlt werden. So erhalten beispielsweise Aktionäre von 100 DM Aktiengewinn 75,40 DM ausbezahlt, die zusätzlich noch als Einkommen besteuert werden.

Bei der „Reform" soll diese Doppelbesteuerung jetzt wegfallen. Für ausgezahlte Gewinne werden in Zukunft zwar 36% Steuern abgeführt, so daß der Aktionär nur 64% ausgezahlt erhält, diese 36% kann er sich aber über die Finanzämter wieder holen.

Die SPD-Regierung behauptet nun, dieses Gesetz sei eine „Reform", da es die Kleinaktionäre begünstige und versucht, sich auch hierbei einen „sozialen" Anstrich zu geben.

Aktionäre bei Daimler Benz: Sie sollen durch die neue „Reform" noch fetter werden

Bedenkt man aber, daß 2% der Bevölkerung 90% des Aktienbesitzes in ihren Händen halten, so ist klar, daß sie es sind, die hauptsächlich von dieser „Reform" profitieren. So errechnete der „Spiegel", daß dadurch 10% an Steuern gespart werden! (12.4.)

Steuererhöhungen für die Werktätigen, Steuersenkungen für die Kapitalisten (als „Reform" getarnt) — das ist der Charakter sozialdemokrati-
Steuererhöhungen für die Werktätigen, Steuersenkungen für die Kapitalisten (als „Reform" getarnt) — das ist der Charakter sozialdemokrati-
scher Regierungspolitik. ●

Wirtschaftskommission KB / Gruppe Hamburg

Sadat auf Tournee: Anbiederung an den BRD-Imperialismus

Ende März begann der ägyptische Staatspräsident Sadat in der BRD eine Europareise, die ihn nach Frankreich, Österreich, Italien und Jugoslawien führte. Ziel seiner Reise war es, von den Imperialisten neue Kredite und Waffen zu bekommen, nachdem er Lieferungen von der UdSSR abgelehnt hatte. Die Kredite der Imperialisten sollen die völlig ruinöse Lage der ägyptischen Wirtschaft wieder etwas aufpolieren helfen.

Insbesondere der Besuch Sadats in der BRD zeigt die ganze Vorgehensweise Ägyptens nach seiner Hinwendung zum „Westen"; Lobhudelei bis zur völligen Selbstverleugnung. Kaum jemals zuvor ist ein Staatsmann derart unterwürfig vor den westdeutschen Imperialisten aufgetreten.

Die Lage Ägyptens

Die Verschuldung Ägyptens an das Ausland hat sich in den letzten Jahren auf 30 Mrd. DM erhöht; es ist also kaum verwunderlich, wenn sich Sadat ständig auf Auslandsreisen befindet, um neue Kredite aufzutun. Angefangen hatte er in diesem Jahr in Saudi-Arabien. Es folgte der Gang zu den westlichen Imperialisten: Der amerikanische Finanzminister Simons hat ihm für 1977 „Entwicklungshilfe" in Höhe von 2,6 Mrd. DM zugesagt; außerdem wurden Weizenlieferungen vereinbart. Auch Rockefeller, Direktor der Chase Manhattan Bank, sagte Sadat umfangreiche „Hilfe" zu. Tatsächlich erhöht diese imperialistische „Hilfe" nur den Schuldenberg Ägyptens und vergrößert damit die Abhängigkeit von den Imperialisten.

Selbst die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" muß eingestehen, daß von dieser „Hilfe" die ägyptische Bevölkerung am allerwenigsten profitiert: *„Andererseits ist längst bekannt, daß aus der ‚Öffnung'* (zum Imperialismus — d. Red.) *nicht wenige Mitglieder der ‚neuen ägyptischen Gesellschaft' beträchtlichen Nutzen zogen, ein paar Tausend Spekulanten Vermögen im Schwarzhandel gemacht haben und viele Kredite nicht für eine Verbesserung der Erzeugung, sondern für den Erwerb von Waren verwandt wurden, die man zu enormen Preisen auf dem Schwarzmarkt weiterverkaufte"* (24.3.76).

Solange der Ausverkauf der ägyptischen Interessen an den Imperialismus weitergeht, solange wird sich an dieser Situation auch kein bißchen ändern. Erhöht wird die Abhängigkeit vom Imperialismus noch durch die geplante Umrüstung der ägyptischen Streitkräfte auf westliche Waffen, die etwa 15 Jahre in Anspruch nehmen wird und *„eine Summe von etlichen Milliarden Dollar kosten wird"* („Welt", 30.3.76).

Zur Belohnung gibts Küßchen: Henry (Kissinger) schmust mit Anwar (Sadat).

De facto macht sich Ägypten dadurch gegenüber den zionistischen Aggressoren verteidigungsunfähig und legt sein Schicksal in die Hände der Imperialisten und Zionisten.

BRD-Expansion nach Ägypten

Die BRD-Ausfuhr nach Ägypten betrug 1975 über 1 Mrd. DM, während umgekehrt die Einfuhr sich auf nur 142 Mio DM belief. Schon an diesen Zahlen ist deutlich abzulesen, wie ungleich die Beziehungen sind. Der BRD-Imperialismus ist mittlerweile zum drittgrößten Gläubiger (nach den USA und der UdSSR) geworden. Ägypten ist nach Indien der größte Bezieher westdeutscher „Entwicklungshilfe". Insgesamt wurde in den letzten Jahren Wirtschafts„hilfe" von mehr als 1,1 Mrd. DM gegeben oder zugesagt. Beim Besuch Sadats in der BRD wurde ein Abkommen über 230 Mio DM unterschrieben. Diese umfangreiche „Hilfe" des BRD-Imperialismus entspricht seinem Interesse, sich in diesem Raum stärker auszubreiten und seinen Einfluß zu vergrößern. Ägypten kommt dabei in der Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus eine Schlüsselstellung zu.

Die BRD kann dabei auf ein großes Entgegenkommen der herrschenden Kreise Ägyptens hoffen. Schon bevor Sadat in die BRD kam, biederte er sich den BRD-Imperialisten in einer schmierigen Art und Weise an: Er sprach vom Vorbild der BRD für Ägypten, lobte „deutsche" Tüchtigkeit und Mercedes; forderte, daß auch die BRD im Nahen Osten „Garantien" für die „Sicherheit" übernähme. Westeuropa und die BRD seien auch für die Situation in diesem Raum verantwortlich usw. Wörtlich sagte er: *„Es tut mir leid, dies sagen zu müssen — der Schuldkomplex* (? !), *den Sie hatten, hat uns in dieser Region leiden lassen. Darum müssen Sie sich an den Garantien für einen dauerhaften Frieden beteiligen ..."* („SZ", 29.3.76).

Welchen Charakter dieser „Frieden" Sadats haben soll, wurde deutlich, als er selbst die Forderung nach Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung aufgab: *„Das deutsche Volk ist auf Gerechtigkeit bedacht und hat selbst zu bestimmen, wann es die PLO anerkennt"*. Soviel Entgegenkommen mußte honoriert werden: Um den Export weiterer Waren nach Ägypten durch die auftretenden Zahlungsschwierigkeiten nicht zu gefährden, wurde von der Bundesregierung eine Aufstockung der sog. „Hermesbürgschaften" für die BRD-Kapitalisten beschlossen (dadurch garantiert der Staat den Kapitalisten die Bezahlung der Waren, wenn Ägypten nicht mehr zahlen kann). Daran wird besonders deutlich, daß es den BRD-Imperialisten nicht nur um Geschäftemacherei mit Ägypten geht, sondern darum, die Abgrenzung Sadats von der Sowjetunion zu belohnen und dieses Land enger an den Imperialismus zu binden. ●

Wirtschaftskommission/ KB-Gruppe Hamburg

Frauen

„Tatort Ehebett"

„Mein Mann hat mich vergewaltigt", unter diesem Titel erschien im „Stern" Nr. 17/76 ein Artikel über eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach, die herausgefunden haben will, daß zwei Drittel aller Ehefrauen in der BRD die „eheliche Pflicht" für überholt halten.

Dem „Stern"-Autor scheint dieses Phänomen bedrohlich zu sein, denn *„die Zeiten männlicher Selbstbedienung, so scheint es, sind vorbei. Wird es die ohnehin wackelige Ehe vertragen, wenn nun an ihrem ältesten Fundament (!) gerüttelt wird?"*

Sind die Frauen nicht „willig", so gebrauchen die Männer Gewalt, und wen wunderts, am häufigsten ist dies in Bayern der Fall!

Den widerlichen Ehegesetzen nach sind sie dazu auch noch „berechtigt"; will die Frau nicht mit ihrem Mann „schlafen", so kann er die Scheidung einreichen.

Zu alledem kommt noch: *„Der Mann hat ein Recht (!) darauf, daß sie sich lustvoll gebärdet. Einfach hinlegen und dabei die Zeitung lesen, gilt nicht"* (Münchner Scheidungsanwalt Hermann Meßmer, Bayer).

Einer der dicksten Hämmer in dem „Stern"-Artikel ist folgender: Die Frauen hätten ja wohl selbst Schuld, daß sie vergewaltigt werden, da manchmal eben keine *„Synchronisation der Wünsche"* möglich sei. *„Die jungen Frauen haben offenbar selber noch soviel Spaß am Sex, daß sie sich gern auch einmal überrumpeln lassen"*. Aber die Frauen ab Dreißig *„sind immer seltener von sich aus in Stimmung"*.

Es ist wirklich haarsträubend, was die bürgerlichen Ideologen sich da wieder abquetschen: Wollen die Frauen vor Dreißig nicht so wie die Männer das wollen, dann sagen sie, die Frauen werden erst „reif" mit dreißig. Und ab Dreißig sind sie dann plötzlich die *„schwierigsten Sexualpartner"*, weil ihnen wirklich inzwischen die Lust vergangen ist, diesem alltäglichen Gemurkse unter der Bettdecke zur Verfügung zu stehen.

Laut „Stern" wäre es nun auch nur verständlich, wenn sich die Männer nicht „bremsen" können: *„Der Mann, immer noch voll aktiv, müßte sich künstlich bremsen, wollte er ebenso sexmüde im Bett liegen wie seine Frau"*.

Der Gipfel des Artikels ist aber die scheinbar „wissenschaftliche" Begründung, warum die Frauen eben das unterdrückte Geschlecht sind: Das leite sich aus dem biologischen „kleinen Unterschied" ab: *„Biologisch gab der ‚kleine Unterschied' dem Mann ein nicht zu übersehendes Übergewicht: Ihm hatte die Natur die Rolle zugeordnet, in einen Körper einzudringen. Er war mit einem Penis ausgestattet, nicht die Frau. Er hatte sich in aggressiver Sexualität dem anderen Geschlecht zu nähern, es zu überwältigen. Die Frau war zum Unterliegen geboren"* !!

Einen größeren wissenschaftlich verbrämten Schwachsinn kann man sich ja kaum vorstellen!

Wie wäre es, wenn wir die These umdrehen würden? „Biologisch gab der „kleine Unterschied" der Frau ein nicht zu übersehendes Übergewicht. Ihr hatte die Natur die Rolle zugeordnet, sich in aggressiver Weise den Penis überzustülpen" usw. ...?

Der große Unterschied liegt eben darin, daß Männer nicht vergewaltigt werden können. Die Frauen werden dafür kämpfen, daß sie selbst nicht mehr vergewaltigt werden und daß die Männer das auch nicht mehr wollen! •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Frankfurt

„Gern hab ich die Frau'n gesägt"

Auf einer Schallplatte mit diesem geschmacklosen Titel werden die Taten des Hamburger Frauenmörders Honka in „scherzhafter" Form besungen.

Honka hatte aus St. Pauli-Kneipen mehrere alte Prostituierte „abgeschleppt" und sie in seiner Wohnung bestialisch abgeschlachtet. Danach hatte er sie zerstückelt und auf dem Dachboden versteckt.

Es widerspiegelt die Frauenverachtung in der kapitalistischen Gesellschaft, daß der Mörder Honka eine weite „Popularität" erlangt hat: „Ich honka dich noch mal" ist beispielsweise ein beliebter Schnack geworden. In der „Bild"-Zeitung kann man lesen, daß Honka im Knast von den Mitgefangenen offenbar als ganz „toller Hecht" respektiert wird. Der „Honka-Song" auf Schallplatte ist ein weiterer Bestandteil dieser widerwärtigen Stimmungsmache, die Mord und Barbarei mit einem „humoristischen" Schimmer von Volksfest-Laune umgeben soll. Fehlt nur noch der „My Lai-Song" („Gern hab ich die Kinder gebrannt") oder der „Eichmann Song" (Gern hab ich die Juden vergast"), um dem Ganzen die „Krone" aufzusetzen!

Dieser schweinemäßige „Honka-Song" darf jetzt, laut „Bild" vom 15.4.76, nicht mehr verkauft werden. Wegen seiner Menschenverachtung, Frauenfeindlichkeit und Verharmlosung von Gewalt? O nein, weit gefehlt! Ausschlaggebend für die Entscheidung des Hamburger Oberlandesgerichts war vielmehr die Rücksicht auf H o n k a , denn *„Jeder Tatverdächtige muß solange für unschuldig gelten, bis er rechtskräftig verurteilt sei"* („Bild").

Also spätestens nach dem Prozeß gegen Honka wird der Schweine-Song wieder im Plattenladen erhältlich sein! ... •

Achtung Quiz!

Aus welcher bürgerlichen Zeitung stammt dieses Zitat:

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des Frühlings holden belebenden Blick' ... Pünktlich zum klassischen Zitat aus Goethes ‚Faust' hat sich der Frühling eingestellt. Selbst im hohen Norden der Bundesrepublik – wie hier in Hamburg – hat der plötzliche Wärmeeinbruch den verheißungsvollen Blick einer jungen Dame durch einen Zweig japanischer Kirschblüte ermöglicht, die am Ufer der Außenalster aufgebrochen sind".

Na?

* * *

Antwort:
Das Zitat stammt aus der völlig auf „Bild"-Niveau heruntergekommenen DKP-Zeitung „Unsere Zeit" vom 15.4.76 !!! Aber das ist ja leider nichts Neues ... •

„Schwanger durch Badewasser"

Eine interessante Lücke im Moral-Kodex des Vatikans hat sich aufgetan: In Ausnahmefällen erlaubt der Vatikan auch Schwangerschaftsunterbrechungen!

„Ein italienischer Frauenarzt hatte seinem Beichtvater anvertraut, daß er bei einer Frau eine Abtreibung vorgenommen hatte, die schwanger geworden war, weil sie im Badewasser ihres Mannes gebadet hatte (es enthielt Sperma). In so einem Fall dürfe abgetrieben werden, bestätigte jetzt die offizielle Nachrichtenagentur des Vatikans" („Hamburger Morgenpost", 5.4.76).

Aber wahrscheinlich wird diese etwas unglaubliche Lücke im Verbotsregister des Vatikans bald geschlossen, wenn in katholischen Gegenden die Nachfrage nach Badewannen rapide ansteigt ... •

BILD liebt „richtige Männer"

Feixend berichtet „Bild" (15.4.76) vom Scheitern eines angeblichen *„Musterbeispiel für Gleichberechtigung"*: Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anke Riedel–Martiny hatte ihren Mann *„als Hausmann am Herd"* für den Haushalt und die drei Kinder sorgen lassen, während sie in Bonn war. Jetzt hat sie sich von ihrem „Hausmann" scheiden lassen und hat einen SPD-Staatsekretär geheiratet.

Der „Bild"-Kommentar wird mit den Worten eingeleitet: **„Der Mann am Kochtopf, beim Staubsaugen, beim Babyfüttern – das gilt als modern, machbar und schick"**. Mit diesen fiesen Formulierungen („gilt als schick ...") soll wohl davon abgelenkt werden, daß die Beteiligung des Mannes an der Hausarbeit nicht etwa „schick" ist, sondern eigentlich eine Selbstverständlichkeit – die allerdings bis heute eben alles andere als selbstverständlich ist.

Am Schluß des Kommentars heißt es dann: *„Gehören Männer wirklich an den Kochtopf? Warum eigentlich nicht? Man soll daraus nur keine Glaubensfrage (!) machen"*. Deutlicher verrät die Überschrift, wie „Bild" denkt: **„Tausche Hausmann gegen Mann"**. Tja, ein „Hausmann" ist halt kein „richtiger Mann"! ...

Übrigens: Die *„SPD-Frauenrechtlerin"* Riedel-Martiny hat jetzt das Problem der Gleichberechtigung auf eine Weise gelöst, die sowohl ihr wie ihrem Mann voll gerecht wird: **Sie hat eine Haushälterin eingestellt!** Für Millionen Arbeiterinnen weist diese „Volksvertreterin" und „Sozialdemokratin" damit den Ausweg aus den Problemen der Doppelbelastung durch Berufstätigkeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung. Nachahmenswert insbesondere für Arbeiterfamilien, die – wie Frau Riedel-Martiny und ihr Mann – zusammen ein Monatseinkommen von runden 25.000 Mark haben! ... •

Hamburg
Keine legalen Abtreibungen in staatlichen Kliniken

Im letzten Jahr wurden in Hamburg 2463 Anträge auf Schwangerschaftsabbruch gestellt, wovon 2321 genehmigt wurden. Obwohl von der Ärztekammer genehmigt, bekamen die betroffenen Frauen kein Bett in einem staatlichen Krankenhaus, sondern wurden an private Kliniken verwiesen, wo sie 2.000 DM auf den Tisch blättern mußten (nach „Hamburger Abendblatt", 15.4.76). •

„Betten verbieten"

Um der „Bevölkerungsexplosion" in der Welt Herr zu werden, forderte die Frau des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat: *„Es muß ein Gesetz geben ... jeder, der mehr als zwei Kinder in die Welt setzt, muß Strafe zahlen"* („Welt", 20.4.76).

Um die Einmischung in die persönlichen Angelegenheiten der Menschen perfekt zu machen, sei hier noch der englische Bevölkerungs-„Wissenschaftler" Professor Dr. Jeffris genannt. Er sagt: *„Müßten die Leute in Hängematten schlafen, gäbe es keine Bevölkerungsexplosion. Die Geburtenzahl würde rapide zurückgehen. Deshalb müßte das Bett gesetzlich verboten werden"* („Bild", 20.4.76). •

Hamburger Bürgerschaft
‚Damenriege' demaskiert

Mit großen Vorschuß-Lorbeeren wurde vor einiger Zeit in der bürgerlichen Presse die Bildung einer sogenannten „Damenriege" in der Hamburger Bürgerschaft bedacht: Die 15 weiblichen Abgeordneten in der Bürgerschaft (sieben SPD, fünf CDU, drei FDP) wollten künftig „über alle Parteischranken hinweg" einheitlich vorgehen. Dieser Stuß platzte natürlich beim ersten öffentlichen Auftritt: Die „Damenriege" hatte am 14. April an den Senat eine Anfrage gerichtet, was dieser bisher getan hat, um nach der „Neuregelung" des Abtreibungs-Paragraphen 218 die „Beratung" schwangerer Frauen sicherzustellen. Dabei erwähnte die Abgeordnete Helga von Hoffmann beiläufig, daß die CDU das Inkrafttreten des Gesetzes verzögert habe (sie sprach nicht einmal davon, daß die CDU vorher bereits die Fristenregelung verhindert hat!!). Gleich gingen die CDU-„Damen" voll scheinheiliger Entrüstung an die Decke!

Und die FDPlerinnen spielten Schiedsrichter: *„Was Frau von Hoffmann gesagt hat, war zwar richtig, aber im Ton zu scharf"* (FDPlerin Rädiker). Man sollte *„trotz der Panne weitere Aktionen ohne Rücksicht auf Parteienzugehörigkeit"* starten (FDPlerin Pohl).

Die „Bild", frauenfeindlich wie eh und je, vermeldet, daß sich die 105 (!) männlichen Abgeordneten angesichts des Streits ihrer 15 Kolleginnen *„das Lachen nicht verbeißen konnten"*.

Ist ja auch gar zu komisch: Da wollen sich die Weiber schon mal einig sein und gemeinsam was anpacken und gleich kriegen sie sich wieder in die Haare! ...

Tatsache ist allerdings, daß diese Geschichte mit angeblich „typisch" weiblicher „Unvernunft" oder „Streitsucht" absolut nichts zu tun hat, sondern vielmehr einfach ein Ausdruck des bürgerlichen Parlamentarismus ist. Die Bildung der „Damenriege" ist von den Parlamentariern ausgeheckt worden, um die Frauen als Wählerinnen zu verarschen, um ihnen weiszumachen, daß ihre Interessen bestens aufgehoben seien, wenn sie Frauen der bürgerlichen Parteien (egal welcher) in die Parlamente wählen.

Was dabei herauskommt, ist ein Zirkus von Verlogenheit, Heuchelei und scheinheiliger Empörung. Dabei entlarven sich auch Teilnehmerinnen der „Damenriege" wie die Frau Helga Kurz-Bauer (SPD), die sich gern ein fortschrittliches Mäntelchen umhängt, aber jetzt ganz offen die Interessen der Frauen dem parlamentarischen Techtelmechtel mit den CDU-Tanten unterordnet.

„Auf weitere gute Zusammenarbeit!" •

England
Mutterschafts-Urlaub verlängert

In England wird der Mutterschutz erweitert. Frauen können nach der Geburt eines Kindes bis zu 29 Wochen zu Hause bleiben!

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, den Frauen ihren Arbeitsplatz zu alten Bedingungen und Gehalt zu erhalten. •

Frankreich
Anhalterin vergewaltigt:
Mildernde Umstände

Ein französisches Berufungsgericht im elsässischen Mulhausen hat entschieden, daß bei der Aburteilung eines Autofahrers, der eine Mitfahrerin vergewaltigt hat, mildernde Umstände gelten, wenn das Opfer als Anhalterin mitgefahren ist.

In zweiter Instanz wurde folgender Fall behandelt: Wegen einer vorgeblichen Motorpanne hielt der Fahrer eines Wagens, der kurz zuvor drei Anhalterinnen mitgenommen hatte, im Wald. Zwei von ihnen konnten weglaufen, während die dritte von ihm vergewaltigt wurde.

Daraufhin erhielt er in Erster Instanz vier Jahre Gefängnis.

Das Berufungsgericht entschied nun, da das Opfer ja mit kostenloser Fahrt „nachgesucht" hätte, daß eine „Minderung der Verantwortung" vorliege.

Die Strafe wurde auf zwei Jahre Gefängnis herabgesetzt, die restlichen zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. •

In Deutschland ist ja alles ganz anders??

Zu meinem Erstaunen stieß ich, in der rechten und Frauenfeindlichen Zeitschrift „Quick" auf einen Bericht vom Brüssler Frauenkongress.

Der erste Hammer ist das Ende eines Berichts von einer japanischen Frau, die jetzt in der BRD lebt und laut „Quick" sagt: *„In Deutschland ist ja glücklicherweise alles ganz anders"*.

Berichtet wird auch von rebellierenden indischen Frauen, die vom Bürgermeister ihres Dorfes in eine Hütte gesperrt wurden, die vom Bürgermeister in Brand gesetzt wurde. Das ist sicherlich ein besonders grausames Beispiel. Nur, was bedeutet ein solches Beispiel, das nicht nach den gesellschaftlichen Ursachen fragt, besonders mit dem Zusatz, daß hier ja alles ganz ander sei? Die Frauen sollen den jetztigen Zustand in der BRD zumindestens als das kleinere Übel hinnehmen!

Berichtet wird auch: *„Doris (23) aus Berlin sieht eigentlich so aus, als wenn sie gegen Männer überhaupt nichts haben könnte, sie ist genau der Typ, der heute gefragt ist; die Männer haben jedenfalls bestimmt nichts gegen sie, man fand sie außerhalb des Brüsseler Kongreßgebäudes ständig von ihnen umlagert, und sie ließ es mit kühl-arrogantem Lächeln auch geschehen."* (Zitat, „Quick" Nr. 14, S.95). Laut „Quick" ist es also nur bei „häßlichen" Frauen verständlich, wenn sie sich mit anderen Frauen zusammen für ihre Rechte einsetzen – so unter dem Motto: die haben keinen mehr abgekriegt und jetzt verstecken sie ihren geheimen Wunsch nach einem Mann unter dem Deckmantel der Emanzipation. Hier zeigt sich auch ganz deutlich was der Lumpenjournalismus aus diesen Frauen machen will: Entweder werden sie als Lesbierinnen abdegradiert, oder es wird gar nicht verstanden, wie sich eine „gutaussehende" Frau für ihre Rechte einsetzen kann. Es ist eine Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte, Frauen oder Männer, diesem Vorurteil, egal ob es sich als Schnack oder in Anmache äußert, entgegenzutreten. ●

Eine Genossin aus Hamburg/St. Georg

Studentenkämpfe in Frankreich:

„Wir wollen weder Arbeitslose noch Bullen des Kapitals sein!"

Seit mehreren Wochen werden fast sämtliche Universitäten in Frankreich von den Studenten besetzt gehalten. Die Bewegung, die sich gegen einen neuen Regierungserlaß richtet, der den Kapitalisten eine noch direktere Kontrolle über die Universitäten geben soll, erreichte am 16. April mit einem nationalen Demonstrationstag ihren ersten Höhepunkt. In rund 30 Universitätsstädten gingen die Studenten gleichzeitig auf die Straße – die Mobilisierung ist vergleichbar mit den Zahlen zu Beginn des Kampfmai 1968. In Paris, wo sich 50.000 unter Parolen wie „Haltet die Bosse vom Campus fern!" an der Demonstration beteiligten, kam es dabei zu heftigen Übergriffen der Polizei, die sich teilweise zu regelrechten Straßenschlachten ausdehnten. Rund 200 Demonstranten wurden in Paris festgenommen. Die Polizei gab bekannt, daß 17 Bullen ihre Brutalität mit eigenen Verletzungen bezahlen mußten – über die Zahl der verletzten Demonstranten sei es dagegen *„unmöglich, eine genaue Schätzung zu geben"* („France-Soir", 17.4.).

Der Erlaß der Staatssekretärin Saunier-Seité sieht vor allem die Einrichtung einer „wissenschaftlichen Gruppe" als Universitätsrat vor, die zu einem Drittel aus Unternehmern bestehen soll. Schon daran wird deutlich, was die Regierung unter „praxisnahen Studiengängen" versteht: „praxisnah" gleich profitnah! Aufgabe dieser Kommission soll es sein, alle fünf Jahre die Lehrinhalte neu zu überprüfen. Ebenfalls in ihrem Ermessen liegt die Bewertung der Prüfungen, ob sie nämlich national anerkannt werden oder nicht. Damit wird nicht nur, wie in der BRD, eine Trennung zwischen Kurzzeitstudium und Langzeitstudium vorgenommen, sondern eine Leistungskonkurrenz zwischen den verschiedenen Universitäten, die letztlich zu einer Hierarchie zwischen „Massenuniversitäten" und „Elite-Universitäten" führt – ganz nach dem in den USA üblichen Modell.

Es liegt auf der Hand, daß dies eine Verschärfung des Bildungsprivilegs bedeutet und auf Kosten der Mehrheit der Studenten geht.

Der Erlaß der Staatssekretärin Saunier-Seité ist der (vorläufige?) Abschluß einer schon unter Pompidou begonnenen „Studienreform". 1973 wurde vom damaligen Erziehungsminister Fontanet ein neues Diplom mit der Bezeichnung „DEUG" eingeführt, das einen Studiumsabschluß bereits nach den ersten beiden Universitätsjahren schafft. Von den Studenten wird dieses Kurzzeitstudium als „Superabitur" bezeichnet, weil es einfach die Schulzeit verlängert (keine freie Wahl der Studienfächer usw.) und keinerlei besondere berufliche Qualifizierung bedeutet. Als zweite Stufe wurde die „Reforme Haby" eingeführt, die den Wettbewerb an der Schule für eine Zulassung zur Uni verschärfte. Die französische Bourgeoisie verspricht sich davon eine Halbierung der Neuzulassungen (derzeit gibt es 600.000 Studenten in Frankreich).

Daß diese Kürzung der Studentenzahlen natürlich vor allem Kinder aus Arbeiterfamilien treffen soll wurde auch daran deutlich, daß gleichzeitig die wirtschaftliche Belastung der Studenten erhöht wurde: u. a. Erhöhung der Mensapreise, der Wohnheimmieten usw. – wobei man wissen muß, daß es in Frankreich so gut wie keine staatliche Studienunterstützung gibt und rund 50 % der Studenten eh schon nebenbei arbeiten müssen, um sich überhaupt das Studium zu ermöglichen.

Bereits der Fontanet-Erlaß rief einen breiten Protest der französischen Studenten hervor, der sich damals mit dem Protest gegen das Debré-Gesetz verband, das die Möglichkeit der vorübergehenden Rückstellung vom Militärdienst aufhob (siehe AK 28, Mai 73 – zur Haby-„Reform" siehe den Artikel in REBELL Nr. 11). Die jetzigen Kämpfe gehen an Breite noch darüber hinaus. Die Studentengewerkschaft UNEF hat jetzt zu einem neuen nationalen Aktionstag am 23. April aufgerufen und gleichzeitig die CGT und CFDT aufgefordert, diesen Kampf zu unterstützen. Eine Antwort von dieser Seite war uns bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Die Kirche

Anzeige
WEG MIT DEM
§ 218

es sein, alle fünf Jahre die Lehrinhalte neu zu überprüfen. Ebenfalls in ihrem Ermessen liegt die Bewer-

eine Halbierung der Neuzulassungen (derzeit gibt es 600.000 Studenten in Frankreich).

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Die Kirche ist immer dabei

Ein Gemeindearzt aus Oberösterreich ist von der katholischen Kirche exkommuniziert (ausgeschlossen) worden, weil er die seit dem 1. Januar 1975 im Lande legale Schwangerschaftsunterbrechung praktizierte. Der von der österreichischen Bischofskonferenz gefaßte Beschluß wurde am 15.4. durch den Linzer Weihbischof Alois Wagner bekanntgegeben. „Die staatliche und die kirchliche Gesetzgebung sind zwei eigene Bereiche, und es besteht für die Kirche aufgrund der ‚Fristenlösung' keinerlei Anlaß, den Exkommunikationsparagraphen des Kirchenrechts zu ändern", erklärte er. Der Beschluß, durch den der Arzt nun aus seiner „Gemeinde" ausgeschlossen wurde, stellt nach Ansicht der Bischöfe „keine Bestrafung dar, sondern ist Ausdruck des Bemühens der Kirche, bestimmte Grundwerte zu verteidigen."

Was für den einen sein „Grundwert" ist, ist für den anderen sein Grundrecht! ●

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!

Zum Ersten, zum Zweiten ... wer bietet mehr Frauenfeindlichkeit?

Die „Ruhr-Nachrichten" (CDU-Blatt) wußten am 12.4. über einen *„alten deutschen Brauch"* zu berichten: Eine „Maibraut-Versteigerung" in Gielsdorf im Rhein-Sieg-Kreis, die nach Volkskundler Dr. G. Simons früher in ganz Deutschland verbreitet war und heute nur noch von wenigen Dörfern gepflegt werde! Bedauerlich für solche frauenverachtenden Männer, wie den Schmierfink der „RN", der sich in seinem Artikel an diesem mittelalterlichen „Brauch" aufgeilt!

Da kommen 16 „Jungfrauen" wie Möbel „unter den Hammer"; werden – wie auf dem Viehmarkt – die inneren und äußeren Vorzüge angepriesen", damit „die Interessenten auf den Geschmack gebracht werden"! Das Übelste leistet sich dieses Schwein mit seiner giftigen Tinte beim „Ausgang des Handels": *„Wurde die ‚billigste' Jungfrau noch bei genau 700 DM zugeschlagen, so erbrachte eine 16 Jahre alte Maid, Lehrling in einer Bonner Anwaltskanzlei, den Spitzenpreis von 1790 DM. Der solide Durchschnitt wurde für rund 900 DM ‚gehandelt'."*

Damit sich nun keiner über diese Machenschaften empört, kommt noch mal der „Wissenschaftler" Simons zu Wort: *„Für die Mädchen, die bei der geheimen Versteigerung nicht anwesend sein dürfen, ist diese Art der Versteigerung keineswegs entwürdigend – gilt es doch, für den Maiball und andere Dorffeiern einen Tanzpartner zu bekommen."*

Schaffen wir für diese „Herren" bald einen neuen Brauch: **Alle Frauenfeinde unter den Hammer!** ●

Bullenterror auf dem Pariser Boulevard St. Germain (im Universitätsviertel Quartier Latin)

Paris, 16. April: Diesmal gingen die Bullen zu Boden!

Nachrichten aus Schule und Hochschule

Hamburg:

Warnstreik für das Politische Mandat

Am 13. und 14. April wurde an der Hamburger Uni auf Beschluß einer Uni-Vollversammlung ein Warnstreik durchgeführt. Er richtete sich gegen die Fortführung der Angriffe der Behörde auf das Politische Mandat und gegen die Einführung von Ordnungs-

Eine zentrale Forderung war die Rücknahme der Strafanträge durch die Unibürokratie.

rechtsmaßnahmen (ehemalige AStA-Mitglieder werden zur Zahlung von Flugblättern mit allgemeinpolitischen

rechtsmaßnahmen (ehemalige AStA-Mitglieder werden zur Zahlung von Flugblättern mit allgemeinpolitischen
Aussagen aufgefordert; gegen sechs Kommilitonen wurde Strafanzeige wegen „Nötigung" eines Dozenten gestellt; ein Kommilitone wurde im Zusammenhang mit dem Streik im Januar angezeigt).

Die anfangs von ca. 2.500 Studenten besuchte Uni-Vollversammlung und die konsequente Einhaltung des Streikbeschlusses vor allem am Pädagogischen Institut und in den geisteswissenschaftlichen Bereichen zeigte, daß in breiten Teilen der Studentenschaft die Bereitschaft besteht, nach den Kampfmaßnahmen im Januar ihre Vertretungsorgane weiterhin aktiv zu verteidigen.

Die Schwäche dieses Warnstreiks zeigte sich allerdings darin, daß gegenüber dem Streik im Januar die aktive Beteiligung der fortschrittlichen Studenten stark zurückgegangen ist. Dies hat seine wesentlichen Ursachen darin, daß vielen Studenten nicht klar war, welche Perspektive dieser Streik haben sollte und wie es in diesem Semester insgesamt weitergehen soll. So hatte der Streik eher den Charakter einer Wiederholung der letztsemestrigen Aktionen, als einer wirklichen Weiterentwicklung des Kampfes.

Hierfür tragen MSB und SHB und der von ihnen gestellte AStA die Verantwortung.

Ohne Perspektive – Aktionen um ihrer selbst willen

Ohne Perspektive – Aktionen um ihrer selbst willen

Nachdem AStA und MSB die Führung der letztsemestrigen Aktionen weitgehend aus den Händen geglitten war, gebärdeten sie sich Anfang dieses Semesters besonders „radikal". Sofort zu Beginn des Semesters berief der AStA eine Uni-Vollversammlung ein, auf der über einen sofortigen Streik beschlossen werden sollte. Der Streik war zeitlich zu dem Termin gelegt, wo ein Ultimatum gegen die ehemaligen AStA-Vorsitzenden, die beanstandeten Flugblätter zu bezahlen, ablief. Als „unmittelbares Ziel" sollte dieser Streik haben: *„Durchsetzung unserer Forderungen, Fortsetzung der Bewegung und Kontinuität vom Wintersemester, Verbreiterung der Kampffront nach außen."*

An keiner Stelle wurde allerdings darauf eingegangen, wie dieser vorgeschlagene Streik über die bloße Wiederholung von bestimmten Kampfformen hinauskommen sollte, wie mit ihm eine weitergehende Perspektive geschaffen werden kann. Denn daß von „Durchsetzung unserer Forderungen" keine Rede sein konnte, war von vornherein klar. Hinzu kam, daß für eine wirkliche Vorbereitung des Streiks, d. h. intensive Diskussion in den Lehrveranstaltungen mit Beschlußfassung über Kampfmaßnahmen, was gerade den Erfolg des letzten Streiks ausmachte, keine Zeit war.

Alle diejenigen (SSB und verschiedene linke Fachschaftsräte), die sich gegen ein solches Vorgehen aussprachen, weil ein Rückgang der Mobilisierung damit vorprogrammiert wurde, wurden pauschal als „Abwiegler" diffamiert.

Auf der Uni-Vollversammlung stand dann zur Abstimmung, ob sofort mit dem Streik begonnen wird, ober ob ein Streik für einen günstigeren Zeitpunkt vorbereitet wird, was vom SSB und den linken Fachschaftsräten vorgeschlagen worden war. Diese Abstimmung ging mit 1.056 zu 1.022 Stimmen für den MSB/SHB-AStA aus. Übrigens verbucht die „KVZ" mit ihrer kriminellen Berichterstattung die 1.022 oppositionellen Stimmen größenwahnsinnig für die SSG (Hamburger Studentenorganisation des KBW). Die SSG war auf dem Trip gewesen, der Behörde ein lächerlächerliches „Gegen-Ultimatum" zu stellen, wofür sie nicht einmal 100 Stimmen bekommen hätte.

„Selbstkritisch" geben AStA und

lächerliches „Gegen-Ultimatum" zu stellen, wofür sie nicht einmal 100 Stimmen bekommen hätte.

„Selbstkritisch" geben AStA und
MSB inzwischen zu, daß der Warnstreik hinter der schon erreichten Mobilisierung zurückgeblieben ist, die Schuld suchen sie dabei allerdings wieder beim SSB, der sich nicht genug für den Streik eingesetzt hätte. Seltsam bloß, daß der SSB auf allen großen Streikversammlungen (z.B. PI und Phil) klare Mehrheiten bekam, während zahlreiche MSB'ler den Streik offenbar als verlängerte Osterferien genossen. Das unverantwortliche und gefährliche an diesem Vorgehen von MSB und AStA ist, daß sie das Mittel des Streiks beliebig einsetzen, ohne vorher Voraussetzungen für ein wirkliches Gelingen geschaffen zu haben. Es solches Vorgehen zerschlägt die vorhandene Bereitschaft der fortschrittlichen Studenten für wirkliche Kampfmaßnahmen, da Sinn und Zweck nicht mehr einsehbar sind.

Der MSB hat jetzt ein Aktionsprogramm vorgelegt, das nur noch als völlig kopflos bezeichnet werden kann. „Kampftage", weitere „Streiks", Aktionen und Aktiönchen purzeln über das ganze Semester verteilt munter durcheinander, ohne daß auch nur im geringsten der Stellenwert dieser Aktivitäten reflektiert wird. Mal soll „direkter Druck entwickelt" werden, dann wieder „unsere Durchschlagskraft erhöht" werden, und vor allem sollen die Studenten „aktiv in den Prozeß der Uni-Gesetz-Novellierung eingreifen". Schließlich sollen „erzielte Teilerfolge" (welche?) auf der zentralen (nationalen) VDS-Demonstration „langfristig abgesichert" werden. Anscheinend schreibt der MSB seine Aktionsprogramme inzwischen im Suff. Damit nähert er sich gewissen KBW-Gepflogenheiten an.

Im Bündnis liegt die weitere Perspektive

Auf einer Streikversammlung von SSB und linken FS-Räten wurde eine Resolution verabschiedet, in der vorgeschlagen wird, mit Jugendlichen anderer Ausbildungsbereiche eine gemeinsame Großveranstaltung vorzubereiten. In den Hamburger Schulen stößt ein neues Schulgesetz, mit dem eine noch schärfere Diziplinierung durchgesetzt werden soll, auf breiten Widerstand. Im Referendariat wird über einen Warnstreik gegen

breiten Widerstand. Im Referendariat wird über einen Warnstreik gegen
die Lehrerarbeitslosigkeit diskutiert. Hier liegen die Möglichkeiten, den Druck gegenüber der Behörde insgesamt zu erhöhen. Nur so kann auch die Isolierung der studentischen Aktionen durchbrochen werden. Auf einer solchen Veranstaltung kann dann über weitere gemeinsame Kampfschritte, etwa koordinierte Streikaktionen von Schulen und Hochschulen beschlossen werden. Die Schulstreiks im letzten Sommer haben bewiesen, daß die Bereitschaft zu solchen Schritten gerade auch unter Schülern vorhanden ist.

Ebenso wie die Bündnispolitik in andere Ausbildungsbereiche hinein entwickelt werden muß, muß eine konkrete Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Studentenschaften, die von gleichen Angriffen betroffen sind, aufgebaut werden. Z.B. kann hierzu eine Veranstaltung dienen, auf der Sprecher der angegriffenen ASten eingeladen werden. Bei allen Aktionen muß allerdings ein entschlossener Kampf gegen die Unvereinbarkeitspolitik des MSB geführt werden, denn gerade in einer Situation, in der die Angriffe schärfer werden, muß jede Spaltung der demokratischen Bewegung zu einem Erfolg des Staatsapparates führen. •

demokratischen Bewegung zu einem Erfolg des Staatsapparates führen. •

Göttingen:

Psychologiestudenten im Streik – 2 Institutshäuser besetzt

Seit Dienstag, den 20.4., stehen die Psycholgiestudenten der Uni Göttingen im aktiven Streik. Der Streik wurde mit einer Urabstimmung eingeleitet, an der sich über 60% der Studenten (das sind alle erreichbaren Studenten) beteiligten. 113 stimmten mit „Ja" (= 86% der beteiligten Studenten, 53% der eingeschriebenen Psychologiestudenten), 18 mit

Schon heute zeigt sich, daß durch den Streik der Psychologen die Stimmung in allen anderen Fachbereichen gewachsen ist. Der nächste Schritt zur Weiterentwicklung der Kampffront muß die massive und kämpferische Teilnahme vieler Studenten an der Demonstration am 1. Mai werden.

Das Sommersemester '76 verspricht, ein Semester der Aktion und des Vorwärtsgehens der demokratischen Studenten zu werden.

„Nein" über einen aktiven unbefristeten Streik ab. Ein derart eindeutiges Ergebnis für eine konkrete Kampfmaßnahme hat es an der Göttinger Uni seit Jahren nicht mehr gegeben.

Konkreter Anlaß dieses Streiks sind die jüngsten Verschärfungen der Regelungen für die Durchführunng der Diplomarbeiten, die Ende letzten Semesters durchgedrückt wurden:

- Man muß sich bis 6 Wochen nach seinen mündlichen Prüfungen für ein Arbeitsthema entschieden haben. Sonst bekommt man zwangsweise ein Thema zugewiesen.
- Diplomarbeiten dürfen nur noch von Professoren betreut werden. Assistenten und akademische Räte dürfen nur noch – weisungsgebunden – eine „delegierte Betreuung" ausüben. Dies macht die Diplomanden noch viel stärker als bisher von den Professoren abhängig. Sie dienen der weiteren Entrechtung und Entmündigung der Studenten am Institut und treiben die Ausrichtung der Studenten politisch und wissenschaftlich auf die herrschende Lehrmeinung voran. Ihr volles Gewicht erhalten diese Maßnahmen erst durch eine Kette von Verschärfungen und Disziplinierungsmaßnahmen am Institut in den letzten Jahren:
- 13 neue Pflichtveranstaltungen zum Hauptdiplom
- 1 neuer Schein zum Hauptdiplom
- Abschaffung der freien Wahl der Prüfer zum Vordiplom
- Klausurempfehlung für alle scheinpflichtigen Übungen
- Abschaffung von Gruppenleistung zum Scheinerwerb
- Einführung einer Klausur in Psychodiagnostik (8 Stunden Dauer!)

Schon am Dienstag wurde das Institut I besetzt. Etwa 300 Studenten aus anderen Fachbereichen beteiligten sich an der Aktion und Bewachung. Institutsleitung und Kuratorium drohten mit Hausrecht und Repressionsmaßnahmen. Die Studenten ließen sich nicht einschüchtern. Am Mittwoch wurde auch der für die Durchführung des aktiven Streiks notwendige größere Hörsaal im Haus II besetzt. Auf einer schnell vom AStA, Fachschaften und den streikenden Studenten einberufenen Uni-VV beschlossen über 1.000 Kommilitonen, die Besetzung dieses Raumes direkt zu unterstützen. Fast 1.000 Studenten demonstrierten spontan zum Psychologischen Institut. Nach der Besetzung machte die Institutsleitung einen Rückzieher und übergab Studenten des Streikkomitees die Schlüssel für Haus II.

Seit Mittwoch haben die Psychologiestudenten Arbeits- und Diskussionsgruppen in den besetzten Häusern organisiert. Es wird über die bürgerliche Psychologie, die wachsende politische Repression durch Kultusbürokratie und reaktionäre Dozenten und natürlich über weitere Aktionen diskutiert. Beide Institute sind Tag und Nacht besetzt.

Von besonderer Bedeutung ist die Einbeziehung von Studenten aus anderen Fachbereichen in die Aktion. Fast alle fortschrittlichen Fachschaftsräte, Basisgruppen und Initiativen lassen ihre Termine in den besetzten Instituten stattfinden. Für jeden Tag und nachts ist ein anderer Fachbereich eingeteilt, der die Besetzung mitorganisiert und die eigenen politischen Probleme diskutiert. Auf diese Weise bildet sich eine konkrete Solidarität heraus, werden die Ziele des Streiks breit in der Studentenschaft diskutiert und was besonders wichtig ist: die Kommilitonen aus den anderen Fachbereichen können für die Entwicklung eigener Aktionen von der Aktion der Psychologen lernen. Die streikenden Psychologiestudenten haben von Anfang an klar gemacht, daß die Eskalierung der Konflikte an anderen Fachbereichen und das Übergehen zu konkreten Aktionen der beste Weg ist, die Aktion der Psychologen zu unterstützen und überall die Front gegen reaktionäre Angrifffe aufzubauen. •

„NS-Kampfgruppe" terrorisiert Mainzer Bürger

Eine mindestens 10-köpfige Faschistenbande hat seit 1969 in Mainz und Umgebung eine ganze Serie von Provokationen und Gewalttaten begangen: angefangen von Hakenkreuzschmierereien bis zu Friedhofsschändungen, Brandstiftung und Überfällen. Jetzt, nach sieben Jahren, wird sie endlich von der Öffentlichkeit „entdeckt" (nach einem Artikel der „FAZ" vom 2.4.76 und einem Bericht der „tat" vom 23.4.76).

Es handelt sich um den Gärtnereibesitzer Kurt MÜLLER aus Mainz-Gonsenheim, Am Grasweg 30, samt Frau und Sohn,sowie sieben weiteren Personen aus Mainz und Wiesbaden.

Dem Verfassungsschutz und Polizei ist dieser Faschisten-Clan nicht unbekannt: Zahlreiche Spuren übelster antisemitischer, faschistischer Schmierereien, Denkmals- und Friedhofsschändungen führten geradewegs zu dieser Quelle. Dennoch: Nach Meinung der Justiz sind die Straftaten „nicht nachweisbar" (!).

Eindeutig durch ein Geständnis nachweisbar war die Beteiligung des Hamburgers Hans-Joachim NEUMANN, früherer NPD-Funktionär, Mitbegründer der „NSDAP/AO", vorbestraft wegen Waffendiebstahl und Sprengstoffbesitz. Neben einem Brandanschlag in Göttingen war er „aktiv" bei den Mainzer Zerstörungs- und Schändungsaktionen beteiligt. Doch die Justiz ließ den Angeklagten gegen eine Kaution von 10.000 DM wieder frei, und NEUMANN verschwand prompt nach Südafrika (zu „Freunden"!), samt seinem mitangeklagten Kumpan, einem 24-jährigen Wiesbadener.

Nach Angaben des Verfassungsschutzes hat die Terrorbande „Verbindungen zu allen (!) anderen militanten nationalsozialistischen Gruppen" in der BRD. Propagandamaterial erhielt sie von der amerikanischen „NSDAP/AO", deren „Führer" G.R. LAUCK im März 76 auf dem Mainzer Hauptbahnhof mit 20.000 Hakenkreuzaufklebern erwischt wurde (er hatte Einreiseverbot).

Ebenfalls besonders eng ist die Verbindung zu den zentralen Figuren im faschistischen Untergrund, wie Wolf-Dieter ECKART („Mitarbeiter" von NEUMANN) und ROEDER, der den Gonsenheimer früher als Anwalt „vertrat".

Bei dem Überfall auf eine antifaschistische Polen-Ausstellung im April '74 in West-Berlin, der von Roeder organisiert wurde, hatte sich die Gonsenheimer Bande eifrig an der Zerstörung beteiligt.

Wie bei den meisten faschistischen Banden ist auch die NPD nicht weit. Noch im Jahr '72 kandidierte MÜLLER als Direktkandidat der NPD in Mainz für den Bundestag (obwohl er nicht Mitglied war). Seine Frau war aktive NPD-Funktionärin, sein Sohn hielt es mit den „Jungen Nationaldemokraten". Erst nach der spektakulären Friedhofsschändung (Ostern '74) hielt es die NPD für geraten, sich zumindest nach außen hin zu distanzieren.

Nach weiteren Angaben der Behörde bestehen Kontakte der „NS-Kampfgruppe" nach England, Belgien, Südtirol und Afrika.

Auch umfangreiche Waffenlager wurden bei Haussuchungen in Mainz, Bingen und Wiesbaden entdeckt: Gewehre, Pistolen, HJ-Dolche, Fahrradketten, Schlagstöcke, außerdem Funkgeräte (auf die sich ECKART in einem seiner „Pressedienste" bezieht).

Die Polizei aber hatte angesichts solcher Funde nichts besseres zu tun, als die Waffen nach der Untersuchung z u r ü c k z u g e b e n ! (Mit der Begründung, daß einer der Angeklagten eine Waffenbesitzkarte vorwies, die man ihm wohlweislich nicht abnahm!) Und das angesichts massiver Drohungen der Faschisten, durch die jüdische Bürger und Antifaschisten eingeschüchtert werden sollen. (*„Sie dreckiger Judenfreund, ich werde Sie und Ihre Braut zusammenschlagen"* zu einem SPD-Stadtrat; Aufkleber am Haus eines jüdischen Bedrohten, der Strafanzeige gestellt hatte: *„Hier wohnt ein Jude"!*)

Aber es blieb nicht bei bloßen Drohungen. Eine Mainzer Ärztin und ein Chemiker, die im Februar '76 zufällig am Haus der Faschistenfamilie vorbeikamen und, empört über die antisemitischen und faschistischen Zettel, einige davon vom Zaun abrissen, wurden von dem Faschistenehepaar im Auto verfolgt, auf offener Straße überfallen und gefährlich verletzt.

Reaktion der Polizei: Eine Spurensicherung sei „nicht geboten". Dafür gab sie den schlauen Rat, *„nie mehr an diesem Haus vorbeizugehen, weil das gefährlich sein könnte"* (!).

Der schwer verletzte Chemiker, der Anzeige erstattet hat, mußte auf eigene Faust Beweise und Zeugen zusammensuchen. Dabei stellte er fest, daß die Zeugen völlig verängstigt waren.

(„Natürlich habe ich den Überfall von Anfang an gesehen, aber weil ich den Täter persönlich kenne, habe ich Angst um die Sicherheit meiner Kinder. Diese Menschen sind so brutal und gefährlich, daß sie vor nichts zurückschrecken." (Zit. aus „tat", 23.4.76). Ein anderer Zeuge wurde von zwei jüngeren Männern besucht, die ihm „Schwierigkeiten" androhten, falls er aussage.

Diese Terrorbande, die eine Kette schwerer Provokationen begangen hat, die sich gezielt auf Mordanschläge vorbereitet – sie ist nach Meinung von Polizeipräsident KAESHAGEN *„durch Observierung und polizeiliches Eingreifen verunsichert"*.

Und ihre „Ungefährlichkeit" zeigt sich seiner Meinung nach darin, *„daß sie keinen geistigen Hintergrund wie bei den Linken"* hat.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.4.76)

Schmierereien einer „NS-Kampfgruppe" in Mainz-Gonsenheim 1975 und '76

Vereinsgründung von Jusos und Falken von politischer Polizei überwacht!

Die Polizeiüberwachung nimmt zu und zieht immer weitere Kreise. Zwei Funktionäre der sozialistischen Jugend „die Falken" berichteten auf einer Pressekonferenz, sie wurden *einem Polizeiverhör unterzogen, weil sie den 'Falken-Freizeit- und Bildungsverein Jugendzentrum e.V.' in Unna gründeten"*.

Uniformierte Polizeibeamte, die in ihren Wohnungen erschienen, wollten erkunden, ob sie „Kommunisten oder Linksradikale" seien. Die Bullen erklärten frech, sie wollten *„verhindern, daß sich wieder wie früher kommunistische Vereine bilden"*. Man müsse aufpassen, es könne ja *„jeder einen Verein gründen, auch Terroristen"*. Ihr Besuch sei „Routine", das würde „immer so gemacht". Dem Falkenfunktionär Eich wurde angedroht, *„es bestehe die Möglichkeit einer Nachrichtenweitergabe an die politische Polizei"*. Auf ein Plakat von Klaus Staeck hin, das die Bullen in einer Wohnung sahen, meinten sie, *„Hitler wäre gar nicht der schlimmste gewesen ..."* (alle Zitate aus „Sozialistische Korrespondenz", 2. April-Ausgabe, 1976).

Ergänzend bleibt noch zu erwähnen, daß die „Falken" kurz zuvor eine Ausstellung mit Plakaten des Grafikers Klaus Staeck durchgeführt hatten, woraufhin sie von CDU-Stadtverordneten als „Radikalinskis" angegeifert wurden. CDU-Mölinski: Die Ausstellung liege „unter Stürmer-Niveau" (ebenda).

Ähnliches erlebten Jungsozialisten in Mörs/Niederrhein, die einen eingetragenen Verein „Zur Förderung von Jugendzentren in Mörs" gründeten. Die Unterlagen für die Vereinsgründung waren von der zuständigen Kreisverwaltung in Wessel „ *'zur Überprüfung' an die politische Polizei weitergeleitet worden"*. Der verantwortliche Oberkreisdirektor Griese berief sich auf einen 1957 zur Abwehr „kommunistischer Tarnorganisationen" verfügten Erlaß des damaligen CDU-Innenministers Nordrhein-Westfalens, sein Verhalten sei also nur „rechtmäßig" (Zitate aus „Extra-Dienst", 2.4.76)! ●

SPD-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

NS-Prozesse aktuell

Hamburg:

„Wegen Mordes, begangen an Juden, ist der 54 Jahre alte ehemalige SS-Unterscharführer Wilhelm Eickhoff von einem Hamburger Schwurgericht am Dienstag zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der mitangeklagte frühere SS-Hauptscharführer Josef Eigner (67) erhielt wegen Beihilfe zum Mord zwei Jahre Freiheitsstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wurde." („Frankfurter Allgemeine Zeitung" = „FAZ", 10.3.76)

Eickhoff war in den Jahren 1942/43 Leiter eines SS-Lagers bei Nobruisk in Weißruthenien gewesen. In dieser Zeit sind 1400 Juden aus dem Warschauer Ghetto ermordet worden.

Die Verurteilung dieser NS-Verbrecher kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Klassenjustiz die NS-Verbrecher hat billig davonkommen lassen. Lebenslange Strafen, was ja nach geltendem Recht das mindeste für Massenmörder wäre, hat es nicht gegeben, mit der bemerkenswerten Begründung, das Gericht billige *„dem zur Tatzeit noch sehr jungen(!) Angeklagten eine Verstrikkung in das damals staatlich befohlene Mordgeschehen"* zu "(„FAZ", 10.3.).

In Hamburg findet zur Zeit noch ein zweiter NS-Prozeß statt. Angeklagt ist der 75-jährige Johannes Nowotsch, Polizeimeister (!) im Ruhestand. Er hat am 5. Juni 1943 als Führer eines Gendarmerie-Postens in Galizien mehr als 500 Juden in einen Hinterhalt gelockt und ihre Erschießung befohlen und hat sich selbst an Morden beteiligt. Außerdem wird er beschulidgt, zweimal Beihilfe zum Mord an mehr als 1000 Juden geleistet zu haben („FAZ", 9.4.76).

Gleich nach 1945 fand dieser Nazi, wie viele dieser Faschisten, eine Anstellung bei der Polizei.

Gießen

In Gießen findet zur Zeit ein Prozeß gegen acht ehemalige Angehörige der Gestapo wegen Beihilfe zum Mord in mehreren tausend Fällen statt! („Die Tat", 26.3.) Daß die Klassenjustiz diesen „Fall" ohnehin nicht sehr ernst nimmt, zeigt sich schon daran, daß die Hauptangeklagten wegen angeblicher „Verhandlungsunfähigkeit" fehlen. Dies ist zwar bei NS-Prozessen nichts Neues, aber es kommt noch dicker:

Die Verteidigung der Nazis stellte einen Befangenheitsantrag gegen den vierten Ergänzungsschöffen, Robert Schleer (SPD). Begründet wurde dies damit:*„Schleer habe im Dezember 1975 gegenüber Parteifreunden geäußert, die Angeklagten gehören verurteilt, und es sei unverständlich, warum diese Leute noch frei herumlaufen"*, („Die Tat", 26.3.76). Der Vorsitzende, Richter Dr. Steines, gab diesem Antrag ohne jegliche Erklärung statt! Deutlicher kann die Kumpanei zwischen Nazis und Richter wohl kaum noch sein. Bedeutet doch diese Entscheidung, daß jeder Schöffe in NS-Prozessen von vornherein sich niemals öffentlich – und schon gar nicht im privaten Kreis, für die Verurteilung von Nazis aussprechen darf!

München:

Daß für leere Anklagebänke bei NS-Prozessen immer der Gesundheitszustand der Nazis herhalten muß, und daß durch diese Praxis die Nazis von der Justiz gedeckt werden, weil sie oft wegen „Verhandlungsunfähigkeit" nicht bestraft werden, ist sicherlich nicht neu.

Ein entlarvendes Beispiel für diese Praxis ist in München aufgedeckt worden. Hier sollte vor einigen Jahren ein NS-Massenprozeß stattfinden. Der Angeklagte, Dr. Kurt Christmann, wurde vom Gericht wegen seines angeblich schlechten Gesundheitszustandes für verhandlungsunfähig erklärt, und blieb deshalb straffrei! Wie „krank" dieser NS-Verbrecher war, zeigte sich sehr schnell, er wurde nämlich als Ma kler-Kapitalist tätig. Dies wurde erst durch den Konkurs der Münchner Hausverwaltungsgesellschaft bekannt! ●

Es herrscht wieder Ruhe im Land – Zu einem sogenannten „Chile-Film"

Verleitet von Empfehlungen etlicher Genossen, sich den „Chile-Film" von Peter Lilienthal anzusehen („guter agitatorischer, sehr politischer Film" etc.) haben wir uns vor ein paar Tagen diesen Film angesehen. Um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen: Wir werden diesen Film ganz gewiß nicht weiterempfehlen!

Die Gesichte des Films ist kurz erzählt: In einem nicht genannten faschistischen Land herrscht der totale „Ausnahmezustand". Verhaftungen werden am laufenden Band vorgenommen, Fluchtversuche werden vereitelt, Gefangene gefoltert und zusammengeschossen, Ansätze von Widerstand sofort brutal unterdrückt. Zum Schluß geht der einzige, noch nicht verhaftete Erwachsene freiwillig in den Knast. Motto: Die Stadt im Knast, das Militär draußen, nur so kann die „Ruhe" wieder hergestellt werden.

Das Schlimme an diesem Film ist, daß nur die totale Gewalt gezeigt wird, nicht ein einziger Ansatz von Widerstand, der erfolgreich ist. Diese Situation entspricht noch nicht einmal den Realitäten z.B. in Chile, wo es immerhin zu etlichen erfolgreichen Widerstandsaktionen gekommen ist.

Besonders deprimierend ist eine Szene, wo Gefangene sich aufstellen müssen und dann im Knast von einer MP niedergemäht werden. Wenn man weiß, wie sich die Situation in Chile in der Realität abgespielt hat, kann man sich vorstellen, welche Auswirkungen dieser Film hat: Als die chilenischen Faschisten den Sänger und Gitarristen Victor Jara die Hände abhackten und dann höhnten, er solle doch jetzt singen und spielen, begann er, die „Internationale" zu singen und das ganze Stadion in Santiago sang die Internationale mit, auch noch, als die Faschisten mit MPs Victor Jara und viele Mitgefangene ermordeten.

Auffällig ist, daß im ganzen Film fast nicht gesprochen wird, (wobei berücksichtigt werden muß, daß offensichtlich etliche Stellen geschnitten worden sind). Es wird überhaupt nicht klar, ob eine Widerstandsaktion (z.B. werden Plakate an Züge geklebt, wird eine Trauerfeier für die Ermordeten zu einer Demonstration) unter anderen Umständen erfolgreichen gewesen wäre, mit welchen politischen und ideologischen Problemen sich die Menschen und die antifaschistischen Organisationen auseinandersetzen müssen (als einzige organisatorische Kraft taucht das Gefangenenkomitee auf).

Wohlgemerkt: Wir erwarten von einem bürgerlichen Filmemacher keinen kommunistischen Film, wir erwarten allerdings von einem „fortschrittlichen" Chile-Film, daß ansatzweise klar wird, warum die Menschen überhaupt kämpfen, daß sie den faschistischen Terror überwinden können, und wer – außer den Bullen und dem Militär – überhaupt der Feind ist. ●

Zwei Genossinnen und ein Genosse
KB/Gruppe Hamburg

Vereinigungskirche und CARP als Wahlhelfer für CDU/CSU

Nachdem die faschistische Vereinigungskirche und ihre Studendenorganisation CARP ihre Hetze bislang in allgemeiner Form an den Mann zu bringen versuchten, sind sie jetzt zu konkreten politischen Aussagen übergegangen. So wurde in diesem Monat in Frankfurt und München ein Flugblatt verteilt, das den Titel trägt: „3. Oktober 1976: Freiheit oder Sozialismus" – eine Parole, die bekanntermaßen von F.J. StrauSS und seiner Werbeagentur Team 70 stammt.

Worum es der Vereinigungskirche bei der diesjährigen Bundestagswahl geht, erklärte Gerhard Besell, Chef der CARP, bei der „Vorstellung" des Flugblattes vor dem Münchner Rathaus: *„Geben Sie den sozialistischen Parteien keine Stimme"*, denn *„die Parteistrategen Brandt und Wehner treiben uns planmäßig in die Arme des Kommunismus – wir müssen die Freiheit verteidigen"* („Informationsdienst" Nr. 120).

Im Flugblatt heißt es dazu weiter: *„Daher müssen wir zu den Grundsätzen christlicher Politik zurückkehren! Mit der linken SPD/FDP-Regierung ist dies nicht möglich! Wir wollen uns nicht an den Osten verschaukeln lassen! Wir brauchen eine Regierung mit christlicher Grundlage!"*.

Damit übernimmt die Vereinigungskirche offen die Rolle des Zutreibers (einer von vielen!) für die CDU/CSU. Faschistische Elemente sollen gewonnen werden, ohne daß sich dabei die CDU/CSU die Finger schmutzig zu machen braucht. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

NS-Mörder: Angeklagte erster Klasse

Seit dem 26. November 1975 findet vor der 17. Großen Schwurgerichtskammer in Düsseldorf der sogenannte „Majdanek-Prozeß" statt. In diesem *„wahrscheinlich letzten großen NS-Verfahren"* („Westdeutsche Allgemeine Zeitung", 9.4.76) geht es um den Massenmord an mindestens 250 000 Frauen, Männern und Kindern, vorwiegend jüdischer Abstammung. Von 1300 beschuldigten Nazi-Mördern des KZ Majdanek im damals okkopierten Polen stehen, nach dreißig (!)jährigen „Ermittlungen" der bundesdeutschen Klassenjustiz gegen 387 Personen, nunmehr ganze 15 (!) NS-Schergen vor Gericht.

Und damit nicht genug:

Die Angeklagten, neun Männer und sechs Frauen, befinden sich mittlerweile a l l e auf freiem Fuß. Erst kürzlich wurde die letzte Untersuchungsgefangene, Hermine Ryan, wegen ihres angeblich „angegriffenen Gesundheitszustandes" freigelassen.

Auch im Gerichtssaal waltet der diskrete Charme der bürgerlichen Klassenjustiz. Das Gericht läßt es beispielsweise ohne weiteres zu, daß ein Verteidiger einen West-Berliner Sachverständigen folgendermaßen diffamieren kann: *„Er habe einen jüdischen Doktorvater gehabt, beruflichen und menschlichen Umgang mit Juden gepflegt, zumindest jedoch mit Menschen, die jüdisch klingende Namen (!) trügen; im übrigen sei er zu jung, um beurteilen zu können, was anno Hitler und Himmler rechtens oder nicht rechtens gewesen sei, wie er überhaupt in bedenklichem Maß unter dem Eindruck ‚alliierter Siegerpropaganda nach 1945' zu stehen scheine"* (nach „konkret", 25.3.76).

Überhaupt scheinen die Verteidiger, ihrer braunen Gesinnung nach zu urteilen, den Angeklagten nur wenig nachzustehen. Da wäre z.B. der Rechtsanwalt Hermann Stolting, der sich im „Majdanek-Prozeß" als „Star-Verteidiger" profilieren darf: Stolting, damals NSDAP-Mitgliedsnummer 8391417, war von Juni 1941 bis Oktober 1942 Staatsanwalt an einem NS-Sondergericht in Bromberg im besetzten Polen. Dort wirkte er tatkräftig am Zustandekommen nationalsozialistischer Terrorurteile mit. Ein Beispiel: Auf Antrag Stoltings wurde der Pole Josef Filipiak hingerichtet, weil er angeblich Wäsche gestohlen hatte!

Trotzdem ist wohl nichts weniger zu erwarten, als daß die in „RAF"-Prozessen ausgiebig praktizierten Verteidigerausschlüsse in diesem Fall zur Anwendung kommen. Stattdessen dürfen sich sogar Mitglieder der faschistischen Terrorgruppe „Kampfbund Deutscher Soldaten" im Gerichtssaal tummeln und ungehindert Pamphlete, wie dieses verteilen: *„Wer sich mit KZ-Fragen beschäftigt ... und behauptet, daß auch nur ein einziger Jude in einem deutschen KZ vergast wurde, ist entweder ein Dummkopf oder ein Verbrecher".* ●

Ein Bochumer KB-Genosse

KZ - Mörderin Alice Minna von Orlowski (73) : Diese alte Hyäne behauptete noch vor einigen Jahren in einer Kölner Kneipe, man habe bei der Judenvernichtung „nur halbe Arbeit geleistet".

Initiativen von Verlagen und Schriftstellern gegen den Maulkorbparagraphen

Mit der Beschlagnahme des Buches „Wie alles anfing" (Es behandelt die Herausbildung der „RAF" und ähnlicher Gruppen) von Bommi Baumann und der Aktion gegen den Trikont-Verlag vom 24.11.75 wurde zum ersten Mal in großem Umfang das damals in der Planung befindliche Zensurengesetz § 88 a angewandt. Auf diese Aktion hin hatte sich eine grosse Gruppe von fortschrittlichen Künstlern mit dem Verlag solidarisch erklärt. Inzwischen haben sich weitere Künstler und eine Reihe von Verlagen dazu entschlossen, das Buch gemeinsam trotz der weiterhin bestehenden Anklage herauszubringen.

In einer Erklärung der Herausgeber, die in der Neuauflage des Buches abgedruckt werden wird, heißt es:

„Mit der Herausgabe des Buches verdeutlichen wir, daß wir uns auch in Zukunft keiner Selbstzensur unterwerfen werden. ..."

Auf den inzwischen im Bundestag verabschiedeten Maulkorbparagrafen 88a eingehend heißt es weiter:

„.... zeigt die erneute Herausgabe des Buches 'Wie alles anfing', daß wir nicht bereit sind, die zunehmende Gesinnungsschnüffelei widerspruchslos hinzunehmen, selbst dann nicht, wenn deutsche Gerichte solch rechtsstaatliches Vorgehen für begründet erklären: unter dem Deckmäntelchen des Schutzes des Gemeinschaftsfriedens sind in Deutschland wieder einmal Rechtsgrundlagen für die Kriminalisierung und letztlich Vernichtung Andersdenkender geschaffen worden".

Die Erklärung ist bisher unterschrieben worden von allen im Verband des linken Buchhandels organisierten Buchhandlungen und Verlagen, sowie u.a. von den Schriftstellern Bernt Engelmann, Jan Myrdal, Peter Handke, Daniel Cohn-Bendit und andere. Bemerkenswert ist die Teilnahme einiger ausländischer Verlage, insbesondere französischer, an dieser Initiative. ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Proteste gegen die Freilassung Kapplers und Sawatzkis

Der in Italien inhaftierte Obersturmbannführer Kappler ist mittlerweile freigelassen worden. Die westdeutsche Regierung hatte sich zuvor für die Freilassung dieses Faschisten eingesetzt (s. AK 76). Protest dagegen hat es bisher in Italien von der Jüdischen Gemeinde Rom und verschiedenen antifaschistischen Organisationen gegeben. Die antifaschistische Wochenzeitung „die Tat" berichtete über weitere Proteste im In- und Ausland („Tat" 19.3.76).

Im AK 76 berichteten wir auch über den Freispruch für den NS- Massenmörder Sawatzki.

In Frankfurt fand daraufhin eine Veranstaltung der Gesellschaft für Christlich- Jüdische Zusammenarbeit statt. Auf dieser Veranstaltung sagte der bekannte Politologe und frühere Strafrechtler Prof. Ossip K. Flechtheim, er sei ... *„Gegner jeder Rachetheorie. Wenn jedoch - wie dauernd geschehen - von der Justiz drastische Urteile gefällt werden, so dürfen nicht ausgerechnet die Verbrechen der Nazizeit milde behandelt werden"* („Tat" 19.3.)

Der Schweizer Historiker Dr. Hans Kühner- Wolfskehl übte ebenfalls harte Kritik an diesem Freispruch.

Nicht verwunderlich ist, daß die Neofaschisten diesen Freispruch „feierten" und der „Kampfbund deutscher Soldaten" sich gleich ermuntert sah, diese Veranstaltung zu stören. ●

KB/ Gruppe Mölln

Veranstaltung der Gesellschaft für Christlich- Jüdische Zusammenarbeit statt. Auf dieser Veranstaltung sagte ●

KB/ Gruppe Mölln

Prügelnder Bulle

Prügelnder Bulle freigesprochen

In Frankfurt wurde wieder einmal ein Polizist von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen.

Der Beamte schlug einem festgenommenen Demonstranten, der sich widerstandslos abführen ließ, in einer Zelle derart gegen den Kopf, daß dessen Brille zu Boden fiel und zerbrach. In der Verhandlung behauptete der Bulle, dies sei nur eine Abwehrreaktion gewesen, der Festgenommene habe sich auf dem Weg zur Zelle plötzlich umgedreht und ihm gegen das Schienbein getreten.

Natürlich fanden sich auch Polizei-„Zeugen" für diese Behauptung. *„Nichts lasse darauf schließen, meinte der Richter in der Urteilsbegründung, daß sich der Beamte einer Körperverletzung im Amt schuldig gemacht habe"* („Frankfurter Neue Presse", 2.4.76). ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Neue Nazi-Schmierereien: In der Bittermark bei Dortmund haben in der Woche vor Ostern Faschisten ein Mahnmal für NS Opfer mit Hakenkreuzen, Odalsrune, SS-Zeichen usw. beschmiert („UZ", 14.4.76).

Sprecher des „Deutschen Presserates" wegen NS-Vergangenheit zurückgetreten

Daß Enthüllungen über NS-Vergangenheiten von Persönlichkeiten auch Erfolge haben können, zeigt das Beispiel des gerade gewählten Sprechers des „Deutschen Presserates", Heinz Wollf.

Dieser Nazi war unter anderem *„Gauhauptamtsleiter im NSDAP-Gau Salzburg, Referent des NS-Reichsstatthalters für die Salzburger Festspiele sowie Mitglied der NSDAP-Reichsstudentenführung"* („Tat", 2.4.76).

Wollf ist außerdem langjähriger Vizechefredakteur des Wuppertaler „Generalanzeigers".

Auf Grund dieser Enthüllungen hat er nun den Posten des Sprechers beim „Deutschen Presserat" wie auch seinen Sitz im Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Journalistenverbandes niedergelegt. ●

KB/Gruppe Mölln

Bullenterror gegen AK-Verkäufer in München

Am Sonnabend, den 10.4.76, spielten sich in der Fußgängerzone des Münchner Stachus Szenen ab, die wir gegenwärtig in Europa aus dem faschistischen Spanien kennen: Ein starkes Polizeiaufgebot, das in mindestens 4 Einsatzwagen in einer Seitenstraße gelauert hatte, „räumte" in einem planmäßigen Großeinsatz den Stachus von linker Presse und ihren Verkäufern. Dabei waren die Bullen nicht zimperlich, weder in der Verletzung bestehender demokratischer Rechte, noch in der Anwendung von Gewalt: Die Verkäufer wurden wahlweise mit den verschiedensten „Begründungen" festgenommen. Einmal fehlte angeblich der „Reisegewerbeschein", bei anderen war es ein angeblicher „ Verstoß gegen das Versammlungsgesetz", das Schärfste war die Lüge, in der Fußgängerzone dürften nur Tageszeitungen, nicht aber Zeitungen verkauft werden, die in größeren Abständen herauskommen, d.h. die gesamte linke Presse.

Gesuchter- und gefundener-Anlaß für die Bullen war ein angeblich nicht angemeldeter Stand der Münchner Ortsgruppe des KBW. Im Zuge des „Abräumens" des Standes wurden Verkäufer anderer Organisationen gleich mit „verarztet". Alle wurden zu den Einsatzwagen geschleppt, nach der Devise: Alle gehören schon irgendwie zu dem Stand. Den Genossen, die sich wehrten, wurde der Arm umgedreht, einem Genossen Handschellen angedroht.

In ohnmächtiger Wut mußten wir uns zum Aufnehmen der Personalien zu den Einsatzwagen schleppen lassen. Einige Genossen wuren nach dem Beruf (?), nach der Anschrift der Eltern(?!) gefragt. Wenn die Genossen die Antwort auf diese Fragen berechtigterweise ablehnten, wurde auch nicht weiter gebohrt. Man versucht es eben einmal.

Einer Genossin wurden die Zeitungen ohne Quittung abgenommen, anderen nicht.

Einige Genossen versuchten bei ihrer Festnahme, die umstehenden Menschen auf die Polizeiwillkür laut rufend aufmerksam zu machen: „ Das ist ja wie in Spanien!" - „Hier wird die Pressefreiheit abgeschafft!"

Es kam zu kleinen Aufläufen der Menschen, eine Frau versuchte einen Bullen an der Festnahme eines Verkäufers zu hindern.

Nach Aussage eines Genossen vom „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" war dies der erste Bulleneinsatz gegen Verkäufer auf dem Stachus. Als wir wieder „frei" waren, verkauften wir - außerhalb der Fußgängerzone - weiter.

Wir werden auch zukünftig den ARBEITERKAMPF in München verkaufen. ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten, Sympathisanten des KB

USA: Nazi-Plunder hoch im Kurs

Auch die amerikanischen Bürger sehen eine größer werdende „braune Flut" auf sich zukommen. Es gibt in den USA ca. 70 Militärmuseen, die sämtlichen Plunder der Nazi- Zeit sammeln und ausstellen. Ob Hitler-Bilder, seine eigenen traurigen Malversuche, Tagebücher verschiedener brauner Bestien (Rommel etc.), „Gäste"bücher von KZ's, alles kann man dort „bewundern". Diese Museen erfreuen sich zunehmender Beliebtheit, angeblich weil das „historische Interesse" vieler Amerikaner zugenommen hat. Dies muß aber eher auf die tägliche militaristische Hirnwäsche in den Massenmedien zurückgeführt werden, die - wie auch in der BRD - die Tendenz hat, die Nazi-Verbrechen zu verniedlichen, teilweise sogar Bewunderung und „Verständnis" zu wecken.

Gerade in den letzten Jahren sind viele Bücher und Filme erschienen, die die Nazi- Diktatur verherrlichen, das Ausleben sexuell- perverser Fantasien fördern.

Schon seit Jahren läuft im Fernsehen die Serie „Hogans Helden", die in einem Kriegsgefangenenlager spielt. Die deutschen Wächter werden allerdings als liebenswerte Tölpel mit allen menschlichen Schwächen gezeigt.

Massiv wird auch Kriegsspielzeug angeboten („made in Japan"), das nach Nazi- Kriegsmaterial produziert wird, dick aufgedruckte Hakenkreuze und Originaltitel wir „Sturmgeschütz" und „Blitzkrieg" trägt.

Diese Massenbeeinflußung trägt auch schon ernst zu nehmende Früchte:

Es haben sich Clubs gebildet, die verschiedene Schlachten des 2. Weltkrieges mit Kleincomputern nachrechnen.

Hitlers Bilder sollen z.T. bis zu 20.000 Dollar kosten.

Die amerikanische Nazi- Partei um George Rockwell (NSDAP/ AO) kann es sich ohne weiteres erlauben, vor einem Hauptquartier in Arlington die Hakenkreuzfahne aufzuziehen. Die US-Nazis können auch unbehelligt Aufmärsche und Hetzreden im Lafayette-Park vorm Weissen Haus halten.

Allerdings fehlt hinterher den Reifen ihrer Autos meistens die Luft. Weiter so!

Informationen nach: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt', Nr. 11, 14.3.76. ●

Ein Studenten-Genosse aus Marburg

„Haltet den Dieb"

Ein Musterbeispiel antikommunistischer Hetze lieferte Springers „Bild" mit dem hier nachgedruckten Kommentar zu der vorübergehenden Festnahme des sowjetischen „Regime-Kritikers" Sacharow.

Sacharow hatte während eines Prozesses gegen einen anderen „Regime-Kritiker" im Gerichtssaal einen Wachtposten provokativ geschlagen. Das wurde von ihm selbst nicht einmal bestritten, vielmehr brüstete er sich gegenüber westlichen Journalisten stolz mit dieser „Heldentat". Hätte Sacharow diese „Heldentat" in einem Gerichtssaal der „demokratischen" Bundesrepublik gewagt, so wäre er wahrscheinlich brutal zusammengeknüppelt worden. Man denke nur an die häufigen Knüppeleinsätze der Bullen bei politischen Prozessen in westdeutschen Gerichten wegen weit geringerer „Vergehen" – z.B. bei Störungen durch Zwischenrufe etc.

In der Sowjetunion ist Sacharow nichts weiter passiert, als daß er vorübergehend festgenommen wurde, bis ein Protokoll über den Vorfall aufgenommen war. „Bild" jedoch besitzt die tollkühne Unverschämtheit, dies auf e i n e Stufe zu stellen mit der E r m o r d u n g von Antifaschisten durch die Nazis! Zur selben Zeit werden vor westdeutschen Gerichten Nazi-Massenmörder freigesprochen; zur selben Zeit ist gerade die Springer-Presse nicht unbeteiligt an der Kampagne für die Freilassung von Rudolf Hess, der als „Stellvertreter des Führers" zu den Hauptverantwortlichen der NS-Verbrechen zählt.

Daß die Springer-Presse die vorübergehende Festnahme eines Provokateurs wie Sacharow in der Sowjetunion mit den Nazi-Morden gleichzusetzen versucht, paßt genau in diese Kampagne, denn das soll zur Verharmlosung der NS-Verbrechen dienen. Demselben Zweck dienen ein paar Schwachköpfe, die sich als „Marxisten-Leninisten" betrachten, und die als Springers Papageien behaupten, in der Sowjetunion herrsche „eine Diktatur von der Art Hitlers". ●

„Bild" verurteilt „Nazi-Methoden"

Nazi-Methoden gegen Sacharow

Er ist ein Riese des Geistes, aber gewiß nicht der Körperkraft, Andrej Sacharow, Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe.

Jetzt will die sowjetische Nachrichtenagentur TASS der Welt weismachen, Sacharow, dieser arme, kränkliche Mann, habe sowjetische Polizisten geschlagen.

Wie lächerlich. Sacharow ist einer der gefürchtetsten Kritiker des sowjetischen Unrechtsregimes. Bei den Nazis wurden unbequeme Oppositionelle „auf der Flucht erschossen". In der Sowjetunion werden ihnen unsinnige „kriminelle" Delikte untergeschoben.

Kein Genickschuß, aber seelische Hinrichtung.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

MÖRDER TOT

Um ihn trauerten die großen und kleinen Gesinnungsfreunde gleichermaßen : Hans Adolf Asbach verließ sie.

Der Nazi- Mörder und spätere Sozialminister Schleswig- Holsteins starb im Alter von 71 Jahren in Eutin. Wollen sich die „Großen", sprich Ministerpräsident Stoltenberg, und Sozialminister Claussen stets seiner „Verdienste" erinnern, ist es für die „Kleinen", sprich Chauffeur und Leibwächter Bruno Proch nebst Familie einfach „unfaßbar".

Nun, tot ist tot und die schleswig- holsteinische Justiz ist die Aufgabe los, seine schon gar nicht mehr bestrittenen Verbrechen in den Jahren 1941 - 43 (Ermordung von über 3000 polnischen Juden) abzudecken und den Minister a.D. außer Strafverfolgung zu setzen, wie sie es erfogreich seit 1961 betrieben hat. Und während die Stoltenberg und Co. mitsamt „Kieler Nachrichten" den Pflicht- Totengesang von den angeblichen „sozialen Verdiensten" anstimmen, meinen wir: Ein Nazi ist tot, wer will da trauern? ●

Antifa- Kommission
KB/ Kiel

Nachrichten aus dem Knast

Santa Fu – Häftlinge im Hungerstreik

Mit einem Hungerstreik wehren sich vier Gefangene der Hamburger Strafanstalt II in Fuhlsbüttel gegen die geplante Verlegung in andere Gefängnisse. Gleichzeitig läuft die Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse gegen das „Kommunikationszentrum" Carsten-Rehder-Straße weiter, das sich die Gefangenenbetreuung während und nach der Haftzeit zur Aufgabe gesetzt hat. Die Mitglieder des „Kommunikationszentrums" sind von der Anwendung des § 129, „Bildung einer kriminellen Vereinigung", bedroht (siehe auch AK 78, S. 14).

Die 4 Gefangenen Adolf Kosch, Lothar Leidereit, Sven Lückert und Peter Schönwiese wurden Anfang April in die Anstalt I in Fuhlsbüttel verlegt. Ihnen wird vorgeworfen, *„Hauptbeteiligte und Rädelsführer"* der Unruhe im Knast zu sein, insbesondere eine Dachbesteigung als Protestaktion geplant zu haben („Welt", 17.4.76, und Pressekonferenz des „Kommunikationszentrums" am 22.4.). Bislang gibt es keine offizielle Erklärung der Gefängnisleitung zur Verlegung. Gegen einen der Gefangenen wurde ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Folgenden Schikanen sind die vier Gefangenen ausgesetzt: Die Anstalt I ist weitgehend leer, die Vier haben Sprechverbot, sowohl untereinander als auch mit anderen Gefangenen, haben Einzelhofgang und begrenztes Schreibverbot. Zur Besprechung über die geplante Verlegung der Vier wurden ihre Rechtsanwälte nicht zugelassen, was ein eindeutiger Rechtsverstoß ist.

Der am 14.4. begonnene Hungerstreik für die Rückführung in die Anstalt II wurde nach einer Woche von zwei der Häftlinge abgebrochen Die beiden anderen sehen in absehbarer Frist der Zwangsernährung entgegen. Bislang sind nach außen hin erkennbare Solidarisierungen anderer Gefangener noch nicht erkennbar geworden. Im Gegenteil, ein Mitglied der Gefangenenvertretung in Fuhlsbüttel, der durch die Einreichung eines alternativen Entwurfes zum Strafvollzugsgesetz bekannt gewordene Gefangene Pecic, wurde in der „Bild"-Zeitung mit einer Distanzierung von jeder Art von Aktionen der Gefangenen zitiert (8.4.76). Derselbe Pecic soll bereits einen Tag nach der Verlegung der Vier in die Anstalt I in einem Papier an die Gefangenen von Zugeständnissen der Anstaltsleitung in der Urlaubsfrage und in der Einrichtung einer therapeutischen Station geschrieben haben (Pressekonferenz des „Kommunikationszentrums").

Das „Kommunikationszentrum" soll kriminalisiert werden

Die Kampagne gegen das „Kommunikationszentrum" Carsten-Rehder-Straße, das sich mit eigenen Werkstätten und Wohngemeinschaften um die Entlassenen bemüht, wurde durch eine Pressekonferenz

„Der gewisse Kniff ..."

am 7.4. von dem Leiter des Hamburger Strafvollzugsamtes, Weinert eröffnet.

Alle relevanten westdeutschen Zeitungen übernahmen die Weinertsche Darstellung der „Wühlarbeit" des „Kommunikationszentrums" in ausführlichen Artikeln in den nächsten beiden Tagen (z. B. „Süddeutsche Zeitung", „Frankfurter Rundschau" und natürlich die gesamte Springer-Presse).

Der Verdacht, es existiere eine „kriminelle Vereinigung", versuchte man durch die Behauptungen zu „belegen", es gäbe zwei „konspirative" Wohnungen des „Kommunikations-Zentrums", von denen aus Funkkontakt zu den Häftlingen bestanden habe, Gefängnisbeamte seien gefilmt worden und Anwälte würden zu illegalen Verbindungen mit den Gefangenen benutzt. Diese Konstruktionen sind durch nichts belegt und z. T. sogar offensichtlich falsch. Die „konspirativen" Wohnungen sind der jedem zugängliche Laden des „Medienzentrums Fuhlsbüttel" und eine Wohnung, deren Bewohner an einem Besuchstag die Erlaubnis gegeben hatten, ein Transparent aus dem Fenster zu hängen. Das Medienzentrum, das sich übrigens von einer Zusammenarbeit mit dem „Kommunikationszentrum" distanziert hat, hat an dem Besuchstag nach den Selbstmorden der Gefangenen Krieger und Rohrmoser einen Film gedreht, in dem Angehörige und Freunde von Gefangenen interviewt wurden und wo natürlich auch Knastbullen mitgefilmt wurden.

Angriffe gegen 30 Hamburger Anwälte

Den infamsten Teil der Anschuldigungen bildet sicherlich der Angriff gegen die Anwälte. Ohne einen einzigen Namen zu nennen, ohne im Besitz eines einzigen konkreten Hinweises auf die Anschuldigungen zu sein, wird in einer pauschalen Weise die Kriminalisierung der Anwälte vorbereitet. Den Behörden ist dieser Punkt um so wichtiger, als sich über 30 Anwälte an einer Rechtsberatung in den Räumen des „Kommunikationszentrums" beteiligen.

Dem Staatsapparat ist die direkte Betreuung von Gefangenen und Beratung von Angehörigen und Entlassenen durch Anwälte, die sich nicht als Handlanger des Staatsschutzes und der Behörden verstehen, ein Dorn im Auge.

Die Angriffe sind bei den Betroffenen nicht ohne Wirkung geblieben. Das „Kommunikationszentrum" und die Anwälte haben sich bisher gar nicht oder mit sehr halbherzigen Erklärungen an die Öffentlichkeit gewandt. Dabei wäre es gerade wichtig, die sehr reichhaltig vorhandenen Kenntnisse über den Hamburger Strafvollzug gezielt und umfassend zu veröffentlichen. ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

ARBEITERKAMPF im Knast „illegal"!

Am 20.4. schickte das Amtsgericht Hamburg uns einen ganzen Schwung Arbeiterkämpfe zurück, die an Genossen in U-Haft gegangen waren, die beschuldigt werden, Mitglieder „krimineller Vereinigungen" zu sein. Dabei datierte die älteste zurückgeschickte Zeitung vom August 75 (!).

In dem Amtsgerichtsbescheid des Richters Isebarn, warum der Arbeiterkampf (in diesem Falle Nr. 69) nicht gelesen werden darf, heißt es:

Die Schriften forderten *„unverblümt zur Gewalt auf, wobei die Tendenz sich auf Gewalt s c h l e c h t h i n* (Hervorhebung durch uns) *ausrichtet"*.

Als „Gewalt schlechthin" wurden folgende Überschriften angegeben: *„Polizei der BRD – keine staatlichen Mörder"* (aus beigelegtem Werbeblatt gleichnamiger Broschüre) und *„Bundesgerichtshof bestätigt den Ausschluß der Angeklagten"*, *„Karl-Heinz Roth in Isolierhaft"*.

Es handelt sich also samt und sonders um Artikel, in denen das gewaltsame Vorgehen seitens des S T A A T E S angeprangert wird.

Der *„illegale und gewaltsame Kampf gegen die bestehende Ordnung"* werde *„glorifiziert und der Eindruck vermittelt, er sei auch in der Bundesrepublik Deutschland richtig"* bzw. *„notwendig"*.

Auch allein dürfen die Angeklagten den AK nicht lesen, denn dadurch, daß *„die Schriften aus dem Fenster getan werden"*, könnte der AK auch in die Hände anderer Gefangener geraten, die dadurch zum *„Aufruhr verleitet und ermutigt werden"* könnten.

Zynisch heißt es in dem Gerichtsbeschluß, daß damit natürlich in keiner Weise „die freie Meinungsäußerung" beschnitten werde.

Richter vom Schlag des Herrn Isebarn zitierten zwei, drei Überschriften aus dem Arbeiterkampf, erklären sie für „verboten" – aber mit einer Beschneidung der Meinungsfreiheit hat das natürlich nichts zu tun. ●

Kampf den politischen Entlassungen! Kampf der Klassenjustiz!

In den letzten Monaten ist in Hamburg eine rapide Zunahme von politischen Kündigungen zu verzeichnen. Insgesamt hat es über 50 politische Rausschmisse gegeben.
Bei ihrem Vorgehen gegen linke Kollegen steuern die Kapitalisten einen zunehmend härteren Kurs. Teilweise gehen sie soweit, offen für sie ungünstige Gerichtsurteile zu mißachten (Colgate-Palmolive).
Darüberhinaus kann man feststellen, daß der verstärkte Druck auch die Entscheidungen der Arbeitsgerichte beeinflußt: Entscheidungen zugunsten fortschrittlicher Kollegen werden immer seltener – selbst wenn sie von „Rechts wegen" immer häufiger werden müßten, weil die Kapitalisten ihre eigenen Gesetze nicht mehr einhalten.
Im folgenden stellen wir anhand einiger exemplarischer Fälle die typischen Kündigungsgründe dar, die gegenüber linken Kollegen angewandt werden.

Verteilen von Informationsblättern

Bei der Firma Schenker in Hamburg wurden zwei BR-Kollegen wegen der Verteilung einer Zeitung vor der Arbeitszeit und außerhalb des Firmengeländes mehrere Male fristlos gekündigt.

Den Kollegen wurde vorgeworfen, *„falsche Anschuldigungen"* gegenüber der Geschäftsleitung gemacht zu haben, weil sie u.a. geschrieben hatten, die Geschäftsleitung *„gehe gegen uns* (d.h. die BR-Mitglieder - Red.) *vor"*.

Den beiden Kollegen ist vom Arbeitgeber sogar das Recht bestritten worden, außerhalb des Betriebes ihre Infos zu verteilen, da dies mit einer Verteilung innerhalb des Betriebes gleichzusetzen sei.

Außerdem wird von den Kapitalisten schon die Verteilung eines Flugblattes allein als Störung des Betriebsfriedens angesehen: *„Geht man davon aus, daß von den Empfängern des Flugblattes nur die Hälfte das Flugblatt nicht ungelesen in den*
Betriebsfriedens angesehen: *„Geht man davon aus, daß von den Empfängern des Flugblattes nur die Hälfte das Flugblatt nicht ungelesen in den*
Papierkorb warf, und setzt dann pro Leser nur jeweils eine halbe Stunde als Zeitaufwand für das Lesen und Diskutieren an, so ergibt sich ein Arbeitsausfall, der dem Arbeitsausfall eines Mitarbeiters für mehrere Wochen entspricht. Das Verteilen des Flugblattes unmittelbar vor Beginn der Arbeitszeit führte somit zwangsläufig neben der entscheidenden Störung des Betriebsfriedens auch zu einer erheblichen Störung des Arbeitsablaufes."

Nach dieser Logik müßte die gesamte Presse verboten werden, da es ja bekannt ist, daß in den Behörden und Betrieben während der Arbeitszeit Zeitung gelesen wird.

Schließlich wurde noch als Kündigungsgrund angeführt, daß einzelne Satzfetzen aus den Flugblättern wörtlich mit einem am gleichen Tag erschienenen ARBEITERKAMPF-Artikel über Schenker übereinstimmten. Damit soll angeblich *„die Grenze der linksextremen parteipolitischen Agitation überschritten"* worden sein.

Bisher wurden vom Arbeitsgericht Hamburg **alle Kündigungen**, die gegen die beiden BR-Kollegen ausgesprochen wurden, für ungerechtfertigt erklärt. Hinsichtlich der ersten Kündigung liegt sogar schon eine positive Entscheidung des Landesarbeitsgerichts vor. In einem der Urteile heißt es zum Recht auf Verteilung von Flugblättern: *„... ist zunächst festzustellen, daß sich das in der Arbeitsordnung befindliche Verbot zur Verteilung von Druckschriften auf die Verteilung innerhalb des Betriebes bezieht. Die Verteilung vor dem Betrieb ist einer Verteilung im Betrieb nicht gleichzusetzen. ... Das Verteilen des Informationsblattes vor dem Betrieb unterscheidet sich nicht von dem Verkauf der Bild-Zeitung oder der Morgenpost vor dem Betrieb. ..."*

Bei der Hamburger Chemiefabrik **Colgate-Palmolive** wurden zwei Betriebsrätinnen fristlos gekündigt, auch wegen der Verteilung einer Zeitung. Auch hier wurde ihnen „Verunglimpfung der Geschäftsleitung", „Verleumdung" und ähnlicher Schmus vorgeworfen. Im übrigen zeichnet sich die Fa. Colgate im Vorgehen gegen linke Betriebsräte durch eine besondere Militanz aus: Die eine Kollegin wurde zunächst trotz Gerichtsurteil nicht weiterbeschäftigt. Erst nachdem gegen die zuständige Person der Firma Strafanzeige erstattet worden und weitere Maßnahmen angekündigt waren, erklärte sich die Firma schließlich bereit, die Kollegin weiterzubeschäftigen.

Um die andere Kollegin rauszukanten, griffen die rechten Berufsbetriebsräte sogar zu strafbaren Mitteln: Vom BR-Vorsitzenden wurde eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben, die besagte, daß der BR die Entlassung der Kollegin beantragt haben soll. Mal davon abgesehen, daß es eine grenzenlose Niederträchtigkeit ist, wenn der BR von der Geschäftsleitung die Entlassung einer Kollegin fordert, war die ganze Darstellung falsch. Aus diesem Grund ist gegen den BR-
Vorsitzenden auch schon Strafanzeige erstattet worden.
Vorsitzenden auch schon Strafanzeige erstattet worden.

Wie in diesem Betrieb gegen Linke vorgegangen wird, zeigten Äußerungen des Firmenvertreters in einer der diversen .Gerichtsverhandlungen: Er sagte, daß man die Kollegin unter keinen **Umständen** wieder einstellen würde.

Gegen die beiden Kolleginnen wurde von den rechten Betriebsräten und der DAG noch ein Antrag auf Ausschluß aus dem BR gestellt. Als die Kollegin mit dem Urteil, das ihr das Recht gibt, an den BR-Sitzungen teilzunehmen, erschien, wurde die für diesen Termin anberaumte BR-Sitzung kurzerhand wieder abgesetzt!

An dieser Sache ist besonders makaber, daß der einen Betriebsrätin vorgeworfen wurde, sie würde sich nicht an Recht und Ordnung halten und nur „das Chaos" wollen. Dabei ist es genau umgekehrt: Die Firma ist nicht bereit, sich an Gerichtsurteile zu halten und erklärt auch noch ganz offen, daß sie das in Zukunft ebenfalls nicht zu tun gedenke (*„Wir werden mit Frau ... unter keinen Umständen zusammenarbeiten"*).

In dem Hamburger Chemiebetrieb **Polygram** (Schallplatten) weigerte sich die Geschäftsleitung streckenweise, mit dem neu gewählten (linken) BR überhaupt zusammenzuarbeiten.

Folgerichtig wurde auch die Entlassung des stellvertretenden Vorsitzenden betrieben. Als der BR nicht zustimmte, setzten die Kapitalisten ein Arbeitsgerichtsverfahren in Gang, um die Zustimmung ersetzen zu lassen.

Auch hier waren die Vorwürfe absolut lächerlich: Angebliche Verletzung der Gleitzeitregelung, Vertretung von ehemaligen Arbeitskollegen vor Gericht, angeblich falsche Angaben bei der Einstellung und schließlich die Verteilung einer persönlichen Erklärung und damit Störung des „Betriebsfriedens".

In diesem Fall soll der „Betriebsfrieden" dadurch gestört worden sein, daß die Kollegen über die persönliche Erklärung diskutiert haben.

An diesem Fall läßt sich sehr gut die Zusammenarbeit der Kapitalisten untereinander deutlich machen: Ein Teil der Vorwürfe entstammt der Denunziation des ehemaligen Arbeitgebers des BR-Kollegen!

Nachdem die Kapitalisten den Prozeß vor dem Arbeitsgericht in erster Instanz gewonnen hatten, haben sie den BR-Kollegen sofort [illegible] gefeuert – obwohl ihnen [illegible] war, daß eine Kündigung erst nach rechtskräftigem, d.h. endgültigem Abschluß des Prozesses zulässig ist!

Daß der Kollege den Prozeß verloren hat, ist relativ bezeichnend für die Tendenz am Arbeitsgericht: Im Grunde waren alle „Kündigungsgründe" absolut lächerliche Lappalien, dennoch fällten die Arbeitsrichter ein Urteil, ganz wie es die Kapitalisten verlangten.

Kollege auf einer Betriebsversammlung: Die Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung wird von den Kapitalisten zunehmend mit Repressalien und politischen Entlassungen beantwortet.

Iduna - Hamburg

Iduna - Hamburg

Bei der Versicherung Iduna sind nach der Entlassungswelle im August 1975, in deren Verlauf sieben Betriebsräte, Ersatzbetriebsräte und Vertrauensleute gefeuert worden waren, weitere politische Kündigungen ausgesprochen worden: Einem der schon damals gekündigten Kollegen wurde zwischenzeitlich noch einmal gekündigt, und zwar „vorsorglich" aus den gleichen Gründen!

Ein weiteres Vorstandsmitglied der HBV-Betriebsgruppe Iduna wurde gekündigt – einzig und allein wegen seiner Zugehörigkeit zum Betriebsgruppenvorstand, und zwar wurde die Kündigung begründet mit „Störung des Betriebsfriedens".

Der Kollege konnte den „Betriebsfrieden" gar nicht gestört haben, da er in einer völlig anderen Filiale des Idunakonzerns tätig ist als die anderen gekündigten Kollegen. Vor dem Betriebsteil, in dem dieser Kollege arbeitet, sind die Flugblätter, die zur Kündigung bei den anderen führten, gar nicht verteilt worden!

Inzwischen hat die Firma zwei der Kollegen auf die Straße gesetzt, obwohl sie ihren Kündigungsschutzprozeß gewonnen haben!

Auch insgesamt gesehen ist der Prozeßwust gegen die Firma Iduna symptomatisch für die veränderte Situation am Arbeitsgericht Hamburg: Im Sommer und Herbst letzten Jahres hatten alle Kollegen ihre Prozesse gegen die Firma Iduna gewonnen; die Urteile zeichneten sich durch eine saubere Auslegung z.B. des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung aus: *„Zur Freiheit der Äußerung gehört, daß sie möglichst wirksam und eindrucksvoll getan werden darf, so daß auch ‚starke Formulierungen' hinzunehmen sind. Selbst ehrenrührige Behauptungen sind daher vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Danach muß die (Firma) den in der Erklärung liegenden harten Vorwurf ertragen, zumal diese Meinung generalisiert bei vielen Arbeitnehmern anzutreffen ist und daher von den Arbeitnehmern (dieser Firma) nicht als eine besonders negative Kritik aufgefaßt worden sein dürfte. Inwieweit in der Erklärung liegende Tatsachenbehauptungen unwahr oder entstellend wiedergegeben worden sind, kann unentschieden bleiben."*

Mittlerweile bläst der Wind aus einer anderen Richtung.

Einige der Prozesse, die in erster Instanz am Arbeitsgericht gewonnen waren, stehen jetzt am Landesarbeitsgericht (LAG) Hamburg an. Vor kurzem hat das LAG durch seinen Richter Moeller eine „Grundsatzentscheidung" gefällt, die, wenn sie Schule macht, das Ende jeder Meinungsfreiheit im Betrieb bedeutet. Das LAG gibt folgende richtungsweisende Definition von der „Störung des Betriebsfriedens" und wie weit man bei der Verteilung von Flugblättern gehen darf: *„Der Inhalt der Schriftstücke ist sowohl gegen die Betriebsleitung als auch gegen Teile des ordnungsgemäß gewählten Betriebsrates gerichtet mit dem Ziel, gegen beide Institutionen innerhalb der Beleg-*
schaft Stimmung zu machen und zu wühlen (!). ... *Der Hauptzweck war*
schaft Stimmung zu machen und zu wühlen (!). ... *Der Hauptzweck war vielmehr, ... Unruhe in den Betrieb zu bringen und die Betriebsangehörigen gegen die Geschäftsleitung und den Betriebsrat aufzuwiegeln."* Schließlich macht das LAG in dieser Entscheidung noch „richtungsweisende" Ausführungen darüber, was es als „Störung des Betriebsfriedens" ansieht: *„Das Arbeitsgericht* (das zugunsten der Kollegen entschieden hatte - Red.) *übersieht, daß in dem vorliegenden Rechtsstreit nicht entscheidend ist, ob die Antragsteller* (die Kollegen - Red.) *mit ihren Maßnahmen eine Störung des Betriebsfriedens erreicht haben. Entscheidend ist allein ihr Wille, diesen Frieden zu stören* (!!!) *und die Aufrechterhaltung dieses Willens, also denselben stets bei passender Gelegenheit wieder in die Tat umzusetzen zu versuchen. Denn dieser Wille allein ist die Gefahr für den Betriebsfrieden, eine Gefahr, die erst dann beseitigt ist, wenn von den Antragstellern* (den Kollegen - Red.) *unmißverständlich die Aufgabe ihres Willens zur Störung des Betriebsfriedens kundgetan ist."* Uff!

In einem anderen, schon länger zurückliegenden Fall wurde ein linker Vertrauensmann auf der **Norddeutschen Affinerie** wegen „Störung des Betriebsfriedens" gefeuert. Er hatte eine persönliche Erklärung an eine ausgewählte Anzahl von ca. 20 Kollegen verteilt. Logischerweise wurde darüber diskutiert. Aus dieser Diskussion zauberten die Kapitalisten eine „Störung des Betriebsfriedens". Das Landesarbeitsgericht Hamburg machte den Zauber mit.

Stellungnahme gegen Entlassungspläne: Grund zum BR-Ausschluß

In dem Hamburger Hafenbetrieb **Linertally** wurde ein Kollege gefeuert und aus dem BR ausgeschlossen, weil er die Belegschaft in einer persönlichen Erklärung von bevorstehenden Entlassungen informiert und dabei die kapitalistenfreundliche Haltung des BR angegriffen hatte, der sich nicht bereit erklärt hatte, prinzipiell gegen die Entlassungen anzugehen.

Die Kapitalisten hatten daraus wieder eine „Störung des Betriebsfriedens" sowie eine „Verletzung [illegible] an die [illegible]w-Länder anzuder gesetzlichen [illegible]" noch legen als BR gemacht. Anschlie[illegible] beantragten sie den Ausschluß des Kollegen aus dem BR.

Das Arbeitsgericht hat dem Antrag ebenso wie das Landesarbeitsgericht stattgegeben. Der Ausschluß wurde am Landesarbeitsgericht übrigens von dem gleichen Richter bestätigt, der auch das oben genannte Urteil gegen die Iduna-Betriebsräte gefällt hatte. Auch diese Entscheidung ist wieder eine offene Parteinahme für die Kapitalisten.

Landesarbeitsrichter Moeller begründete den Ausschluß wie folgt: Der Kollege habe *„... mit seiner persönlichen Erklärung innerhalb des Betriebes eine subversive Haltung* (!!!) *gegen die (Firma) und die Mehrheit des Betriebsrates mit dem Ziele, den Betriebsfrieden gegen die (Firma) und die Mehrheit des Betriebsrates zu stören, bezogen... Die Grobheit dieser Pflichtverletzung findet ihren Ausdruck insbesondere darin, daß sie zu einem Zeitpunkt der wirtschaftlichen Stagnation und der damit verbundenen Gefährdung der Arbeitsplätze erfolgte ..."*.

Die neue Masche der Kapitalisten: Kündigung auf „Druck der Kollegen"

In der Hamburger Druckerei **„Peute-Druck"** (ehemals zum Coop-Konzern gehörig) wurde eine Betriebsrätin fristlos gefeuert, weil angeblich sich die Kollegen weigerten, mit ihr zusammenzuarbeiten. Es ist anzunehmen, daß diese „Weigerung" von der Geschäftsleitung bewußt gesteuert wurde: Bei der Unterschriftensammlung gegen die Kollegin kamen nur die Stimmen der Vorgesetzten zusammen. Der Prozeß ist noch nicht zu Ende, aber auch hier haben die Leute von der Geschäftsleitung schon gesagt, daß sie die Kollegin „auf jeden Fall" loswerden wollen.

Das Üble bei dieser Kündigung ist, daß an konkreten Vorwürfen gegen die Kollegin absolut nichts vorliegt – außer einer gewissenhaften Ausübung ihres BR-Amtes. Genau
gegen die Kollegin absolut nichts vorliegt – außer einer gewissenhaften Ausübung ihres BR-Amtes. Genau
dies wird der Betriebsrätin zum Vorwurf gemacht: Sie soll ständig „Entscheidungen der Vorgesetzten unsachlich kritisiert" haben und soll Kollegen durch Diskussionen von der Arbeit abgehalten haben. Mit dieser Methode läßt sich jeder Kollege aus dem Betrieb schmeißen: Eine Handvoll Reaktionäre, die die Entlassung eines fortschrittlichen Kollegen verlangen, findet sich immer. Und wenn diese Typen extra zu diesem Zweck eingestellt werden!

„Parteipolitische Betätigung"

Bei der Hamburger Druckfirma **Broschek** wurde von der Geschäftsleitung die fristlose Entlassung des BR-Vorsitzenden und der Ausschluß eines anderen „Alternative"-Betriebsrates aus dem BR beantragt. Beide sollen ein Flugblatt gegen die Veranstaltung der HIAG/Waffen-SS verteilt haben. Es handelte sich bei der Sache sogar um einen Resolutionsvorschlag, der auf der Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier diskutiert worden war.

Die Kapitalisten legten diese Verteilung als Verstoß gegen das „Verbot parteipolitischer Betätigung" aus.

Vorerst sind sie damit vor dem Arbeitsgericht allerdings auf den Bauch gefallen: Die Kammer 12 des Arbeitsgerichts begründete ihre Abweisung der Klage folgendermassen: *„Auch in diesem Zusammenhang ist auf die besondere Bedeutung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, wie sie vom Bundesverfassungsgericht im ‚Lüth-Urteil' umschrieben worden ist, hinzuweisen. Daraus folgt, daß die schutzwürdigen Rechtsgüter wie vertrauensvolle Zusammenarbeit, Frieden des Betriebes, ungestörter Arbeitsablauf (vgl. §§2 Abs.1, 74 Abs. 2, S.2 BetrVG) ihrerseits im Lichte der Bedeutung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung gesehen werden müssen. Es geht daher nicht an, in jedem ärgerlichen, störenden oder sogar strafrechtlich relevantem Verhalten (Ehrverletzung) sogleich eine Beeinträchtigung des Betriebsfriedens zu sehen. Um von der Beeinträchtigung des Betriebsfriedens sprechen zu können, muß das Verhalten des Arbeitnehmers zumindest weitrei-*

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

chende, von einem nicht unerheblichen Teil der Betriebsbelegschaft getragene Wirkung erzielen. Das bedeutet, daß das Verhalten des Arbeitnehmers für sich allein kaum jemals unmittelbar eine Beeinträchtigung oder Störung des Betriebsfriedens darstellen wird."

Die Kapitalisten haben begonnen, [illegible] Betriebe ohne Rücksicht auf [illegible]ste zu säubern. Wenn es sein [illegible]r unter offenem Bruch der [illegible] Mißachtung von Ge[illegible] Die Rechtsprechung [illegible] solange, wie sie [illegible]

Von der demokratischen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt werden hier die Berufsverbote im Betrieb eingeführt.

Kommunistische und andere linke Arbeiter werden auf die Straße und demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt.

Das muß so weit als möglich verhindert werden, indem auch die politischen Entlassungen in den Kampf gegen die Berufsverbote mit einbezogen werden.

Gleichschaltung der Arbeitsgerichte

Nachdem es 1974 und auch noch bis Herbst 1975 zumindest in Hamburg so ausgesehen hat, daß sich mit Hilfe der Arbeitsgerichte einiges für die Kollegen rausholen ließ, hat sich auch in diesem Bereich in jüngster Zeit eine deutliche Änderung vollzogen.

In den Jahren 1974 und '75 ist es den Kollegen und linken Anwälten gelungen, relativ viele arbeitnehmerfreundliche Urteile bei den Arbeitsgerichten zu erstreiten.

Dazu zählt einerseits die Erkämpfung des Rechts auf vorläufige Weiterbeschäftigung mit Hilfe von einstweiligen Verfügungen. Andererseits wurde von den Gerichten das Recht auf freie Meinungsäußerung relativ weitgehend anerkannt.

Ebenso war es weitgehend erreicht, daß der Begriff der „Störung des Betriebsfriedens" so ausgelegt wurde, wie er – wenn überhaupt – auch nur verwendet werden kann: Daß eine Störung allenfalls vorliegt, wenn es zu konkreten Arbeitsniederlegungen, zu Schlägereien am Arbeitsplatz oder ähnlichem kommt.

Diese Auslegung steht sogar in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, das im Jahre 1970 festgestellt hat, daß die Verteilung der kommunistischen Zeitung „Frischer Wind" im Hamburger Hafen keine Störung des Betriebsfriedens darstellt, solange nicht tatsächlich gestreikt wird. Mal davon abgesehen, daß wir es sowieso ablehnen, daß Kollegen durch Kündigungen der Kapitalisten ihren Arbeitsplatz verlieren (erst recht natürlich nicht wegen „Störung des Betriebsfriedens" – im Gegenteil, wir brauchen viel mehr „Störer"), stellt eine solche Auslegung natürlich eine relativ günstige Position dar. Deshalb gehen die Kapitalisten auch daran, mit aller Macht wieder eine mehr „atmospärische Rechtsprechung" zu erzwingen, die einseitig die Interessen der Unternehmer berücksichtigt und eindeutig gegen die Arbeiter gerichtet ist.

Es hatte sich durchgesetzt, daß konkret geprüft wurde, was sich ein Kollege tatsächlich hat „zuschulden kommen lassen". Ein Musterbeispiel für eine solche Entscheidung ist der Beschluß der Kammer 12 des Arbeitsgerichts Hamburg in der Sache Broschek zur „parteipolitischen Betätigung". Die Ursache für den neuerlichen reaktionären Wandel ist einerseits, daß die Kapitalisten, insbesondere die Verbände, gezielt anfangen, die Arbeitsrichter unter Druck zu setzen. Wir haben schon über das Disziplinarverfahren berichtet, das der Arbeitgeberverband Hamburg gegen den als arbeitnehmerfreundlich geltenden Arbeitsrichter Nordmann hat einleiten lassen (siehe AK 73, S.28). Derartig schwere Geschütze haben natürlich ihre Wirkung auf die anderen Richter nicht verfehlt: Ehe man sich die Finger verbrennt, wird lieber gegen den Kollegen entschieden.

Andererseits – und das ist sicher das Entscheidendere – wird auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit von den Kapitalisten bewußt mit dem in der Justiz traditionell verankerten Antikommunismus und der „Ruhe und Ordnung"-Ideologie gearbeitet. Der Hebel dazu sind die im Arbeitsrecht reichlich vorhandenen Generalklauseln wie „Störung des Betriebsfriedens", „vertrauensvolle Zusammenarbeit", das Verbot der „parteipolitischen Betätigung", die „Zumutbarkeit der Weiterbeschäftigung" und dergleichen mehr.

An den Arbeitsgerichten haben es die Kapitalisten und rechtsradikalen Behördenleiter, Gerichtspräsidenten usw. geschafft, durch Einschüchterung und Druck die Richter dazu zu bringen, im Zweifel gegen die Kollegen zu entscheiden.

So ist bekannt geworden, daß die Vertreter des Hamburger SPD-Senats die Anweisung haben, bei bestimmten Richtern in der Verhandlung mitzuschreiben!

Man kann feststellen, daß die Klassenjustiz jetzt dazu übergeht, offene Gesinnungsrechtsprechung zu betreiben. Es werden nicht mehr rechtliche Überlegungen angestellt, etwa ob die Voraussetzungen eines Weiterbeschäftigungsanspruches gegeben sind oder nicht. Es werden knallharte politische Entscheidungen gegen die Kollegen gefällt, indem die Schwammbegriffe wie „Zumutbarkeit" usw. noch reaktionärer ausgelegt werden als von den Kapitalisten selber.

Landesarbeitsgerichte – treue Diener ihrer Herren

Landesarbeitsgerichte – treue Diener ihrer Herren

In den „höheren Instanzen" haben die Kapitalisten niemals nennenswerte Schwierigkeiten mit der Justiz gehabt. Dort geht alles wie von selbst. Wir haben an einigen Beispielen gezeigt, wie dort die Weichen gestellt werden, was unter „Störung des Betriebsfriedens" zu verstehen ist.

Entscheidungen wie die des Herrn Moeller sind keineswegs Einzelfälle: In einer Fachzeitschrift ist vor kurzem ein Aufsatz eines Bourgeois-Ideologen (Meisel) erschienen, in dem dieser Mensch ankündigt, was die Kapitalisten unter dem Verbot „parteipolitischer Betätigung" verstehen: *„Parteipolitische Betätigung ist daher gleichzusetzen mit politischer Betätigung schlechthin, gleichgültig, ob sie mit dem Programm einer politischen Partei übereinstimmt oder beispielsweise revolutionäre, verfassungsfeindliche (!) oder anarchistische Ziele verfolgt."* ... *„Der Begriff der Betätigung umfaßt nicht nur aktives Tun, sondern auch eine bewußte Duldung von Aktivitäten Dritter (?), ..."*. ... *„Politische Betätigung ist jede politische Agitation, gleichgültig, welches Erscheinungsbild sie hat. ... Eine parteipolitische Agitation ist auch gegeben, wenn jemand im Betrieb demonstrativ seine politische Überzeugung zur Schau trägt, z.B. ein Betriebsratsmitglied einen großen Ansteckknopf ‚Bürger für Brandt' oder der Junior-Chef ein blaugelbes T-Shirt mit der Aufschrift ‚F.D.P.' trägt. ... auch ein BR-Mitglied, das an seinem Arbeitsplatz ein Plakat mit dem Portrait eines prominenten Politikers seiner Partei aufhängt ... oder wenn ein politisch uninteressierter Jugendvertreter mit einem modischen Hemd im Betr[illegible] erscheint, auf dessen Rücken für die Abschaffung des §218 geworben wird."* ... *„.... unzulässig wie das Verteilen von Flugblättern oder Druckschriften politischen Inhalts vor (!) dem Fabriktor."* ... *„.... Störung oder Gefährdung des Betriebsfriedens auch dann gegeben ist, wenn der Unternehmer oder dessen Beauftragter an der politischen Betätigung zu Recht (?) Anstoß nehmen."*

Kampf der Klassenjustiz

Wenn wir verhindern wollen, daß sich solche faschistoiden Positionen durchsetzen, müssen wir aufdecken, daß die Kapitalisten mit solchen Methoden die demokratischen Grundrechte der Arbeiter zugunsten der totalen Friedhofsruhe im Betrieb außer Kraft setzen.

Das erfordert, daß nach Möglichkeit immer versucht wird, die politischen Hintergründe einer Kündigung in den Prozeß einzubringen und den Richter zu zwingen, sich mit den Grundrechten der Kollegen auseinanderzusetzen.

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung sollten wir also nicht in mutloser Weise weniger Prozesse führen, sondern mehr und politisch offensiver.

Hinzu kommt, daß nach Möglichkeit den Kapitalisten der „Nachweis" einer „Pflichtverletzung" so schwer wie möglich gemacht werden sollte, etwa indem die gefährdeten BR-Kollegen nicht mehr selber die presserechtliche Verantwortung übernehmen (in Hamburg ist das schon weitgehend geschehen).

Die Faschisierung zeigt sich nicht nur in den sonst immer genannten Gebieten wie Abbau von Strafprozeßrechten, Verteidigerausschlüssen usw. Sie wirkt sich ebenso in den Bereichen des Arbeitsrechts aus und muß auch dort entsprechend bekämpft werden.

Es kommt darauf an, den – zumindest in Hamburg – erreichten Stand an „liberaler" Auslegung und Anwendung des Arbeitsrechts gegen die völlige Ausrichtung auf die Interessen der Kapitalisten zu verteidigen. Dies ist eine konkrete Aufgabe des demokratischen Kampfes. ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Klassenjustiz

Düsseldorf:

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat die Druckerei Plambeck zu einer Geldstrafe von 2.000 DM verurteilt, weil sie sonntags vor 16 Uhr die Montagsausgabe der „UZ" gedruckt hat. Nach Angaben der Druckerei würde ein Verbot, sonntags vor 16 Uhr drucken zu lassen, die Auslieferung der „UZ" am Montag unmöglich machen. Das Gericht argumentierte mit dem „Gleichheitsprinzip" – ein schlechter Witz angesichts der Tatsache, daß das ebenfalls in Düsseldorf herausgegebene „Handelsblatt" schon sonntags morgens am 8 Uhr gedruckt wird.

***

München:

Der Richter am bayerischen Obersten Landesgericht, Karl-Günther Stempel, ist Präsident der faschistischen Organisationen „Kulturwerk europäischen Geistes" und der „Deutschen Akademie für Bildung und Kultur". Das ehemalige NSDAP- und Waffen-SS-Mitglied schickte vor kurzem der faschistischen Zeitschrift „Mut" ein Glückwunschtelegramm zu ihrem zehnjährigen Bestehen. Das war Anlaß für das MdB-Mitglied Bayerl (SPD) „unverzügliche disziplinare Maßnahmen" gegen Stempel von der bayerischen Landesregierung zu fordern. Die CSU-Regierung weiß schon länger von den faschistischen Umtrieben Stempels. Trotzdem entblödete sich der bayerische Justizminister nicht, zu antworten, *„daß zunächst geprüft werden müsse, ob der Richter über die Zusammenhänge unterrichtet gewesen sei"* („FR", 20.4.76).

***

München:

Wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" ist der Student K. zu einer Geldstrafe von 4.200 DM verurteilt worden. In einem Prozeß wegen „Wehrkraftzersetzung" hatte der Staatsanwalt K.'s Unterlagen beschlagnahmen wollen. K. hat daraufhin die Unterlagen zerrissen und in den Gerichtssaal geworfen. Der Staatsanwalt behauptete, daß K. ihn mit den Füßen am Aufheben der Schnippsel hindern wollte. Der einzige Zeuge für diesen Vorwurf war der Staatsanwalt selbst. Die beiden damaligen Verteidiger sagten aus, daß K. den Staatsanwalt in keiner Weise am Aufheben der Schnippsel gehindert habe. Der Richter ließ diese Aussage aber unberücksichtigt, weil die Rechtsanwälte *„häufig als Verteidiger in sogenannten politischen Prozessen gegen Angeklagte der sogenannten linken Szene"* auftreten. (nach „Informationsdienst 121).

***

Frankfurt:

Zu einer lächerlichen Geldstrafe von 600 DM ist vor dem Frankfurter Schöffengericht ein Polizist wegen Körperverletzung verurteilt worden. Der Bulle hatte einen Gärtner bei einer Paßkontrolle ohne den geringsten Anlaß so zusammengeschlagen, daß dieser einen Kieferriß erlitt. („FR", 15.4.76).

***

Düsseldorf:

Im Majdanek-Prozeß sind nach und nach alle Angeklagten „vorläufig" auf freien Guß gesetzt worden: Am 7.4. wurde die Massenmörderin und ehemlaige KZ-Aufseherin Hermine Ryan-Braunsteiner als letzte aus der Haft entlassen. Durch die Verschleppungstaktik der Verteidigung und des Gerichts ist es bisher noch zu keiner einzigen Zeugenvernehmung gekommen. Schon am 20.1.76 sollte „eigentlich" der erste der 150 Zeugen vernommen worden sein. („Tat", 15.4.76).

***

Hamburg:

Gegen das ehemalige SPD-Mitglied Borvin Wulf und Bernd Geburtig hat jetzt die Staatsanwaltschaft Hamburg Anklage erhoben.

Die Vorwürfe, die die Staatsanwaltschaft in ihrer über 100-seitigen Anklageschrift erhebt, sind Gründung von und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Urkundenfälschung, Einbruch, Diebstahl und Bombenanschläge auf den Hamburger Justizsenator Klug und den Knastarzt Mairose.

Der Prozeß wird vor dem Hamburger Schwurgericht stattfinden. Ein Termin steht noch nicht fest. Vielleicht wartet man noch auf einen „publikumswirksamen" Zeitpunkt. Borvin Wulf und Bernd Geburtig werden seit über einem Jahr in strenger Isolationshaft gehalten.

***

Düsseldorf:

Am 6.5.76 soll der Prozeß gegen Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo, Bernhard Rößner und Hanna Krabbe in Düsseldorf beginnen. Die vier hatten zusammen mit Ulrich Wessel und Siegfried Hauser vor einem Jahr die Botschaft in Stockholm unter dem Namen „Kommando Holger Meins" überfallen. Hausner und Wessel sind dabei getötet worden.

Für den Prozeß wurde eine ehemalige Polizeikaserne für drei Millionen Mark zu einem „Gerichtssaal" umgebaut. Die Öffentlichkeit soll von vornherein vom Geschehen ferngehalten werden: Wer den Prozeß besuchen will (Platz ist für 126 Zuschauer) muß sich zahlreichen „Sicherheitsbestimmungen", wie strenge Leibesvisitation und Paßkontrolle gefallen lassen.

Offensichtlich will die Klassenjustiz mit den Genossen auch „schnellen Prozeß" machen. Die Hauptverhandlung soll nur bis zum 26. Mai dauern. („Süddeutsche Zeitung", 13.4.76). ●

IKAH
Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Politisches Asyl für die vier türkischen Antifaschisten!

Aufgrund einer breiten Solidaritätsbewegung sind die vier türkischen Antifaschisten Özerturgut, Tutgun, Yaurtas und Urgulu inzwischen aus der Abschiebehaft entlassen worden. Die vier Türken sind von dem reaktionären Richter Somoskeoy wegen Bildung einer „kriminellen Vereinigung" verurteilt worden. Es ist unbedingt notwendig, daß die türkischen Genossen, die in ihrer Heimat jahrelange Gefängnishaft, unter Umständen sogar der Tod, erwartet, politisches Asyl in der BRD bekommen. Vor allem aus Schweden sind zahlreiche Protestschreiben eingetroffen, die sich gegen das Urteil Somoskeoys wenden und politisches Asyl für die türkischen Antifaschisten fordern. Eine schwedische Organisation schrieb, daß sie sich dafür einsetzen wolle, daß die schwedische Regierung den Türken Asyl gewährt, falls sie aus der BRD abgeschoben werden sollten.

Auf einer Veranstaltung am 27.3. in Köln, bei der u. a. Prof. Bauer aus Westberlin, Gerhard Bischoff von „Amnesty International" und die türkischen Antifaschisten sprachen, wurden nochmals die beiden Hauptpunkte des Solidaritätskampfes genannt: 1. politisches Asyl für die türkischen Patrioten erkämpfen, 2. muß das reaktionäre Urteil des Richters Somoskeoy fallen. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Richter Somoskeoy kann auch anders...

Richter Somoskeoy hat sich mit seinen Terrorurteilen gegen antifaschistische Menschen bereits einen sehr unrühmlichen Ruf erworben. Zuletzt schickte er vier türkische Antifaschisten, allein auf Grund der Tatsache, daß sie marxistische Bücher besaßen, ins Gefängnis. Demnächst wird er über Karl-Heinz Roth zu Gericht sitzen.

In Köln sprach derselbe Somoskeoy jetzt einen Mann frei, der zwei Menschen getötet und einen weiteren schwer verletzt hat. Bei dem Messerstecher handelte es sich natürlich nicht um einen sogenannten „Terroristen", sondern um einen deutschen Kraftfahrer – die Ermordeten bzw. Verletzten waren türkische Arbeiter.

Somoskeoy hielt den Totschlag für gerechtfertigt, weil die Türken der Frau und der Stiefschwester des Kraftfahrers *„etwas erheblich Beleidigendes"* zugerufen und ihm *„drei Schläge"* versetzt hätten.

Dieses Urteil ist eine unerhörte Diskriminierung der ausländischen Arbeiter. Es zeigt verdammte Ähnlichkeit mit den rassistischen Gepflogenheiten der Weißen in den USA oder Südafrika: Schwarze Frauen sind dort Freiwild für die Weißen, den Schwarzen aber droht gleich Lynchjustiz, sehen sie eine weiße Frau auch nur an.

Gegen Rassismus und nationale Überheblichkeit – westdeutsche Arbeiter, ausländische Arbeiter: Gemeinsamer Feind – Gemeinsamer Kampf! ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld: Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr Bahnhofstraße

Braunschweig: 3300 Braunschweig Postlagerkarte 081378 A

Bremen: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro 28 Bremen, Fedelhören 77 Öffnungszeiten: mittw. 16-19 Uhr freitags 16-19 Uhr sbds. 10-14 Uhr

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1 Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H.Lankau 242 Eutin Postlagerkarte A 022864

Flensburg: Peter Petersen 239 Flensburg Postlagerkarte A 02 26 83

Geesthacht: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr vor Hertie

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro 6 Frankfurt/M. 90 Kurfürstenstraße 8 öffentl. Bürostunde: Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen: KB/Gruppe Göttingen Kontakt über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg: ARBEITERKAMPF Literatur-Vertrieb + Büro 2 Hamburg 6 Susannenstraße 41 Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Arbeiterbuch z.Hd. KB 3 Hannover Rehbockstr. 3

Hildesheim: 32 Hildesheim Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider 234 Kappeln/Schlei Postlagernd

Kassel: Florian Rohs 35 Kassel Goethestr. 31

Kiel: W.D.Scheel 23 Kiel 1 Postlagerkarte 098 831 A

Landshut: SSB (Sozialistischer Schülerbund) 83 Landshut Postlagerkarte A 041181

Lüneburg: 314 Lüneburg Postlagerkarte A 017 890

Lübeck: c/o Arbeiterbuch 24 Lübeck 1 Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: M. Below Postfach 1111 2410 Mölln

Nürnberg: G.N.K. Thomas Gradl 85 Nürnberg 16 Postfach 16 03 66

Oldenburg: AK-Vertriebsbüro 29 Oldenburg Nadorster Str. 190

Kreis Pinneberg/Steinburg: 208 Pinneberg Postlagerkarte A 022926

Reinbek: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Stade: Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr am Pferdemarkt

Westberlin: A.Radtke 1 Berlin 21 Thomasiusstr. 2 Freitag 16-19 Uhr

Redaktion und Verlag: 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS

General „besucht" ADS-Versammlung

Vom ADS (Arbeitskreis Demokratischer Soldaten, die Soldatenorganisation der Revisionisten) ist bekannt, daß ihre Treffs offen in ihren Zeitungen und natürlich auch in ihren Kasernen bekanntgegeben, so daß jeder erfahren kann, welche Soldaten sich wo treffen. Es ist klar, daß sich vor allem der MAD dafür interessiert.

Neu ist jedoch, daß ein General (Generalmajor Garken) kürzlich eine ADS-Versammlung besucht und gleich seinen Bataillonskommandeur mitbringt. Natürlich war in den folgenden Tagen der MAD besonders aktiv und knöpfte sich die einzelnen Soldaten vor (nach „tat" vom 9.4.76).

Den verfolgten Soldaten gehört unsere Solidarität – allerdings ist diese Verfolgung auch ein Ergebnis der wahnwitzigen ADS-Politik, die sich lauthals selbst für legal erklärt und mit ihrer Legalitätspolitik immer wieder die mit ihnen sympathisierenden Kontakte verheizt. ●

CDU/CSU will die neue Regelung für Kriegsdienstverweigerer noch umstoßen

Wie im letzten ARBEITERKAMPF berichtet, will die SPD/FDP das Prüfungsverfahren für die Kriegsdienstverweigerung neu regeln, indem sie dieses Recht dem militärischen Bedarf unterordnet. In Friedenszeiten würden damit bei etwas stärkeren Jahrgängen die „Gewissensprüfungen" entfallen.

Dies ist der CDU/CSU jedoch schon zuviel. Sie will im Bundesrat dieses Gesetz stoppen. Da das Gesetz gleichzeitig künftige „Gewissensprüfungen" dem Bundesamt für Zivildienst überträgt, ist dieses Gesetz von der Zustimmung des Bundesrats abhängig. Die Regierung könnte jedoch leicht diesen Passus im Gesetz streichen und durch Rechtsverordnung regeln, wodurch das Gesetz nicht mehr von der Zustimmung durch den Bundesrat bzw. der CDU/CSU abhängig wäre.

Die Opposition fordert nun erst einmal, daß die Regierung anerkennt, daß der Bundesrat zustimmen muß und begründet dann ihre Einwände gegen das Gesetz mit der „Forderung" *„die gemeingefährliche Demontage der Verteidigungsbereitschaft in letzter Minute zu verhindern"*.

Ganz im selben Tenor geht es weiter: Das Gesetz schaffe faktisch die allgemeine Wehrpflicht ab, die Drükkebergerei werde ermuntert. Außerdem wird bezweifelt, daß genügend Zivildienstplätze geschaffen würden, so daß viele gar nicht zum Ersatzdienst einberufen werden würden, daß die junge Generation also „korrumpiert" würde.

Demgegenüber sieht der Alternativentwurf der Opposition vor, das Prüfungsverfahren beizubehalten (vor allem soll die Beweislast weiter bei dem Antragsteller liegen) und es nur bei genügender Anzahl von Soldaten fallenzulassen.

Der Anstieg der Verweigererzahlen um 25 % zu Anfang dieses Jahres ist der Ausgangspunkt dieser Hetzkampagne der CDU. Es ist zu erwarten, daß die Koalition weitere Abstriche machen wird (nach „FAZ" 15.4.76). ●

Milan-Raketen aus der BRD nach Rhodesien

Nach einer Meldung des „Sunday Telegraph" vom 4.4.76 erhält das Smith-Regime Milan-Raketen aus der BRD. Die Raketen sind eine westdeutsch-französische Koproduktion und werden von der Rüstungsfirma Messerschmidt-Bölkow-Blohm hergestellt. Strauß ist in dieser Firma Aktionär und es ist bekannt, daß er sich wiederholt in Rhodesien aufgehalten hat. Daß es ein striktes Handelsembargo gegen Rhodesien gibt, dem sich die BRD offiziell angeschlossen hat, zeigt nicht anderes als die Doppelzüngigkeit solcher Politik. ●

„Atomtestabkommen" USA/UdSSR Ein schlechter Witz

Am 8.4.76 wurde zwischen den USA und der Sowjetunion ein „Atomtestabkommen" fertiggestellt, das jetzt noch ratifiziert werden muß.

Nachdem die Verhandlungen über die „Begrenzung" der strategischen Waffen ins Stocken geraten sind, nun „wenigstens" ein Abkommen zur Begrenzung der Größe von unterirdischen Atomwaffenversuchen? In dem Abkommen behalten sich beide Staaten weiterhin das Recht vor, Atomwaffen von bis zu 150 Kilotonnen Sprengkraft zu testen – Atomwaffen also, die zehnmal größer sind als seinerzeit die Atombombe, die über Hiroshima abgeworfen wurde!

Nachdem nun fast 30 Jahre derartige Tests durchgeführt werden, glauben beide Staaten nach wie vor, nicht auf Versuche auch mit schwersten Atomwaffen verzichten zu können. Einzige Neuerung: Nachdem die US-Militärs gerade ihre letzte Versuchsserie im März beendet haben, hoffen sie nun als erste bei den nächsten Tests in der Sowjetunion mit an Ort und Stelle als „Kontrolleure" dabei sein zu dürfen. Mit Abrüstungsbestrebungen hat das ganze überhaupt nichts zu tun. ●

Neuer strategischer Bomber der USA

Das US-Militär soll in den nächsten zehn Jahren mit 244 neuen Fernbombern vom Typ B 1 ausgerüstet werden. Bereits jetzt werden die Kosten dafür auf rund 53 Milliarden DM geschätzt.

Die Hälfte aller US-Atomwaffen wird z.Z. in Fernbombern (bislang Typ B 52) transportiert. Innerhalb einer „Warnzeit" von zehn Minuten können sämtliche Bomber in der Luft sein. Die Atombomben können von den Bombern dann mit einer Rakete abgefeuert werden, die sich selbst ins Ziel steuern soll. (nach „Welt", 4. und 21.4.76) ●

Soldat entlassen, weil er Ablösung des Francobesuchers General Hildebrandt forderte

Der Gefreite Lommertin (Soldat auf Zeit) wurde fristlos aus der Bundeswehr entlassen, weil er nach dem skandalösen Besuch des Bundeswehrgenerals Hildebrandt bei der Parade zum Jahrestag des Sieges der Faschisten im spanischen Bürgerkrieg seine Ablösung gefordert hatte. Er soll das „Ansehen der Bundeswehr" geschädigt haben. ●

(nach „die tat" vom 23.4.76)

Berufsverbote — Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür

Veranstaltung in Schweden gegen die Repression in der BRD

Am 11.4. fand in der südschwedischen Stadt Lund die erste öffentliche Veranstaltung in Schweden gegen die Repression in der BRD statt. Der Hörsaal der Stadtbibliothek war brechend voll. In einer Resolution protestierten die Teilnehmer gegen den Gesinnungsterror in der BRD und rufen die schwedische Öffentlichkeit auf, wachsam vor ähnlichen Tendenzen im eigenen Land zu sein. Es wurde beschlossen, eine Aktionsgruppe gegen politische Repression zu bilden, deren Aufgabe es sein wird, die Repression in Westdeutschland und in Schweden aufzuzeigen und zu bekämpfen.

Zwei Tage später fand in Stockholm ebenfalls eine Veranstaltung gegen das Berufsverbot und den § 88a statt. Diese war von der Stockholmer „Aktionsgruppe für demokratische Rechte und Freiheiten in Westdeutschland" organisiert. Der Vorsitzende des schwedischen Schriftstellerverbandes warnte vor einer ähnlichen Entwicklung in Schweden.

Hauptredner in Lund war Prof. Peter Brückner. Er legte den geschichtlichen Hintergrund dar und klärte über die Ziele der Repression auf. An einer anschliessenden Diskussion beteiligten sich eingeladene Vertreter verschiedener politischer Organisationen. Der ebenfalls eingeladene Reichstagsabgeordnete Lennart Pettersson (zugleich Abgeordneter des Europarates) lehnte jedoch eine Teilnahme mit der Begründung ab, die Kampagne gegen das Berufsverbot richte sich gegen die SPD und an die te im Wahlkampf SoW-Länder anzu- F.J. Strauß (!). Getre[illegible] noch bellt.

Tatsache ist natürlich, daß es für ihn als Sozialdemokraten eine äußerst unbequeme Lage gewesen wäre. Um die demokratische Maske zu wahren, hätte er seine deutschen Parteibrüder angreifen müssen und wäre dann noch obendrein mit ähnlichen Tendenzen im eigenen Lande konfrontiert worden. So nämlich erging es dem Vertreter des SSU (schwedische Jusos), dem es deshalb nicht so recht gelingen wollte, eine „gute Figur" zu machen. Er wurde schlichtweg ausgelacht! ●

Ein Genosse aus Schweden

Hessen: Minister sucht Spitzel

Am 25. Februar verschickte der Ex-Polizeipräsident und jetzige Kultusminister von Hessen, Krollmann, an alle Hochschulrektoren ein Schreiben, in dem er auf die politische Zielsetzung des MSB (Studentenorganisation der DKP) eingeht (Einflußnahme auf die Personalpolitik, auf Lehre und Forschung, auf Beschaffung und Benutzung von Sachmitteln, Bekanntmachung und Enthüllung von Mißständen, Kampf gegen Großkonzerne), um dann zu fordern: *„Ich bitte um einen Bericht, ob im Bereich Ihrer Hochschule innerhalb des gesetzlichen Rahmens (!) durch Mehrheitsbildung auf Grund von Wahlen die Möglichkeit besteht, die vorstehenden Ziele in der Praxis durchzusetzen. Dies gilt sowohl für den MSB Spartakus, als auch ideologisch verwandte Gruppen. Ferner bitte ich um Mitteilung, wie stark der MSB an Ihrer Hochschule ist (Mitgliederzahl) und wie stark diese Gruppe in den Hochschulgremien vertreten ist."* (Nach „Deutsche Volkszeitung", 22.4.76)

Der Plan, über die Hochschulrektoren ein eigenes Spitzelnetz aufzubauen, klappte nicht so reibungslos, wie sich Krollmann dies gedacht hat. Der Rektor der Fachhochschule Frankfurt gab das Schreiben an den AStA (Vertretungsorgan der Studenten) weiter. Das Selbstverwaltungsgremium der Hochschule erklärte zu diesen Vorgängen: *„Der Rat betrachtet den Erlaß als eine Probe auf die Fabulierfreudigkeit* (meint, Geschichten zu erfinden) *und Denunziationsbereitschaft in den Hochschulen."*

Auffallend an Krollmanns Vorgehen ist, daß er keine „verfassungsfeindlichen" Ziele oder Praktiken herausgreift, sondern daß die Spitzeldienste sich auf Vorstellungen „innerhalb des gesetzlichen Rahmens" beziehen. Das hat entscheidend dazu mit beigetragen, daß sich an fast allen hessischen Hochschulen Selbstverwaltungsgremien gegen diesen Erlaß aussprachen.

Dieses Vorgehen zeigt aber auch, daß die „Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung" längst schon nicht mehr die Wahrnehmung der in der Verfassung „garantierten" Rechte erlaubt. ●

Berufsverbot – eine Erfindung?

Nachdem der Begriff „Berufsverbot" in verschiedenen westeuropäischen Ländern (z.B. Dänemark, Schweden, England, Frankreich) schon als Fremdwort gebraucht wird, soll er jetzt in der BRD rigoros ausgemerzt werden. Bekannt wurde ein Rundschreiben der „Neuen Rhein/Ruhr-Zeitung", in dem es heißt: *„Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Beschäftigung Radikaler im Öffentlichen Dienst wird von ultralinken Gruppen mit dem Begriff „Berufsverbot" operiert. Ohne Zweifel sollen damit Erinnerungen an vergangene Zeiten geweckt werden. Wir sind uns einig darüber, daß es Berufsverbote in der Bundesrepublik nicht gibt... Ich bitte alle Mitarbeiter bei gegebenem Anlaß darauf hinzuweisen, daß es ein Verstoß gegen die journalistische Sorgfaltspflicht (!) bedeutet, wenn der Begriff „Berufsverbot" bei der Berichterstattung kritiklos (!) übernommen wird."* (Nach „Deutsche Volkszeitung", 22.4.76). Nicht zufällig erscheint dieses Rundschreiben gerade in einer Zeit, in der im Ausland im Zusammenhang mit den Berufsverboten *„Erinnerungen an vergangene Zeiten geweckt werden"*. Während ein Teil der ausländischen Presse die zunehmende Rechtsentwicklung in der BRD vom bürgerlich-liberalen Standpunkt her angreift, geht die BRD-Presse also dazu über, nicht nur die Berufsverbotsfälle zu verschweigen, sondern sogar die Existenz zu leugnen. Ein Schritt weiter auf dem Wege zur Gleichschaltung, wie sie ebenfalls aus vergangenen Zeiten bekannt ist. ●

Schweiz Initiative gegen Repressionen

Gegen den Abbau demokratischer Rechte in der Schweiz haben sich in Zürich liberale Politiker und Linksintellektuelle zusammengeschlossen. Das sog. „Demokratische Manifest", dem u.a. der Schriftsteller Max Frisch und der Gewerkschaftspräsident Canonica angehören, wendet sich besonders gegen Berufsverbote für demokratisch engagierte Lehrer (z.B. wegen Verweigerung des Kriegsdienstes), gegen Entlassungen aktiver Gewerkschafter, gegen die zunehmende Gleichschaltung der Massenmedien und den Rausschmiß fortschrittlicher Journalisten („FAZ", 23.4.).

Zu den bereits zahlreich gegen Mitglieder des SHB (Sozialistischer Hochschulbund, arbeitet mit dem revisionistischen MSB zusammen) verhängten Berufsverboten kam jetzt in Bayern ein weiterer Fall hinzu: Wegen zweimaliger Kandidatur für den SHB und aktiver gewerkschaftlicher Betätigung an der Universität Erlangen wurde dem SPD-Mitglied Erich Kretzer vom bayrischen Kultusministerium die Übernahme ins Referendariat verweigert.

400 Unterschriften konnten in Erlangen gegen dieses Berufsverbot gesammelt werden, der SPD-Bezirksparteitag protestierte ebenso wie der Oberbürgermeister persönlich. Der sozialdemokratische „Vorwärts" (15.4.) schreibt, Kretzer sei ein *„Opfer der bayrischen Hatz auf alles, was links von der CSU steht"*.

In dem Ablehnungsbescheid für Kretzer wird der SHB sogar als „verfassungsfeindliche Organisation" bezeichnet. Entlarvend für die SPD: Die CSU-Regierenden berufen sich dabei auf die Distanzierung der SPD selbst vom SHB (dem SHB war von der „Mutterpartei" wegen seiner Zusammenarbeit mit den Revisionisten der Name „sozialdemokratisch" aberkannt worden). Die sozialliberale Regierung hatte sogar höchst offiziell im Bundestag erklärt, *„daß der SHB nicht mehr die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit biete"*! (zitiert nach „Vorwärts", 15.4.76)

Pakt mit der Bourgeoisie bestätigt!

Zur „Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas"

der kubanischen Hauptstadt Havan-...d v. 9.-13. Juni 1975 eine Kon-...ller revisionistischen Parteien ...d Mittelamerikas statt. Die ...24 Staaten, darunter auch ...che Partei Kubas, ver-... gemeinsame „Erklä-... „Einheit" der Revisionisten manifestieren sollte. Wir werden im folgenden auf einige Punkte dieser „Erklärung" eingehen und in diesem Zusammenhang die Politik einiger „KP'en" konkret analysieren.

Zunächst werden die zahlreichen schmutzigen Verbrechen des US-Imperialismus in fast allen lateinamerikanischen Ländern verurteilt und die Bedeutung der kubanischen Revolution für die Klassenkämpfe auf diesem Kontinent hervorgehoben. Der zentrale Punkt dieser „Erklärung" ist jedoch die „antiimperialistische" Strategie und Taktik" und die Bündnispolitik.

Richtig wird zunächst festgestellt, daß *„der US-Imperialismus der gemeinsame Hauptfeind"* ist und die *„Strategie und Taktik nur antiimperialistisch"* sein kann. Dann wird in der „Erklärung" hervorgehoben, *„daß es innerhalb der lateinamerikanischen Bourgeoisie auch Sektoren gibt, deren Interessen mit denen des Imperialismus in Widerspruch geraten und die daher ähnliche Positionen beziehen wie das Proletariat ..."* Folglich *„können diese Sektoren der Bourgeoisie zusammen mit den Kräften des Volkes zu einer gemeinsamen demokratischen und antiimperialistischen Aktion beitragen".* Der Gipfel ist dann die Behauptung, daß es *„in den vergangenen Jahren tiefgreifende Veränderungen gegeben"* habe, das *„führte dazu, daß sie* (Teile der nationalen Bourgeoisie) *sich in Elemente des Fortschritts und sogar der revolutionären (!!!) Möglichkeiten verwandelten".*

In einer Stellungnahme des Oberrevisionisten Chiles, Volodia Teitelboims, zur Havanna-Konferenz geht dieser noch einen Schritt weiter und meint, daß *„es Schichten der lateinamerikanischen Bourgeoisie gibt, die die gleichen (!) Positionen beziehen wie das Proletariat, die Bauern ..."* („Probleme des Friedens und des Sozialismus" 9/75).

In ähnlicher Weise äußerte sich auch die „KP" Argentiniens, die *„eine breite Front aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte ... mit einem Teil der Bourgeoisie"* anstrebte – u.a. mit den bürgerlichen Parteien und den Rechtsperonisten. (Vgl. „die Internationale", Nr. 21).

Geradezu hanebüchene „Einschätzungen" der Situation in Lateiname-

Geradezu hanebüchene „Einschät-

zungen" der Situation in Lateinamerika werden von den Revisionisten aufgetischt, um eine breite Front usw. zu propagieren. Das widerspricht geradezu den Tatsachen:

In fast a l l e n Ländern Latein- und Mittelamerikas (mit gewisser Ausnahme von Costa Rica und Mexiko, zum Teil Peru) herrschen Militärdiktaturen mit brutalsten Terrormethoden.

Hinter den faschistischen Umstürzen stand immer der US-Imperialismus, dessen Einfluß – sowohl politischer, wirtschaftlicher und militärischer Art – sehr groß ist. Die größten Konzerne in diesen Ländern sind eng mit dem amerikanischen Kapital verflochten und von ihm total abhängig; die Militärs sind faschistische Generäle; Ausbildung und Waffen der lateinamerikanischen Streitkräfte werden vom US-Imperialismus diktiert.

Das heißt, daß es in Lateinamerika wirtschaftlich und politisch kaum Kräfte einer nationalen Bourgeoisie gibt, die im Widerspruch zum US-Imperialismus stehen und mit denen bedeutende antiimperialistische Bündnisse möglich wären.

Vor diesem Hintergrund stellen die in der „Erklärung" verfaßten **Bündnisangebote an die nationale Bourgeoisie** die Tatsachen völlig auf den Kopf. Da heißt es z.B., daß *„wir Kommunisten bereit sind, die lateinamerikanischen Regierungen dann zu unterstützen, wenn sie unsere natürlichen Ressourcen schützen oder die internationalen Konzerne ... in die Schranken weisen."* Und weiter: *„Der Nationalismus kann zu einem revolutionären und antiimperialistischen Standpunkt gelangen, wenn die Volkskräfte in entscheidendem Maße in den Kampf eingreifen".*

Es stellt sich eben nur die Frage, w o es denn diesen „Nationalismus" der Bourgeoisien in Lateinamerika überhaupt gibt, abgesehen vielleicht schwach in Peru und Mexiko als Reaktion auf ein starkes antiimperialistisches Massenbewußtsein.

Herr Teitelboim geht natürlich noch einen Schritt weiter. Er setzt sich ein für *„eine antiimperialistische Front – offen für alle, die gegen die Junta kämpfen, selbst wenn sie noch gestern oder zum Zeitpunkt des Putsches andere Positionen* (die der Konterrevolution) *bezogen."* Damit ist offenbar Herr Frei angesprochen, der den faschistischen Putsch in Chile aktiv vorbereitet und unterstützt hatte und sich nun als „Alternative" anbietet. Frei ist ja auch heute noch bereit – das geht aus seinem Buch klar hervor – mit Faschisten eng zusammenzuarbeiten.

Die revisionistische Taktik hinsichtlich des antiimperialistischen Kampfes (Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie) wirkt sich auch auf deren Strategie aus. **In der „Erklärung" von Havanna wird mit keinem Wort die Diktatur des Proletariats erwähnt, sondern**

Genosse Che

Genosse Che

davon herumgeschwafelt, daß *„der Weg zu revolutionären Veränderungen ... ein flexibles, ständiges Ringen erfordert."*

Unter anderem wird dann für die zukünftige Gesellschaft die *„Beseitigung des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln"* **gefordert, also nicht mehr die v ö l l i g e Beseitigung. Und das alles zugunsten eines „dauerhaften Bündnisses" mit der Bourgeoisie!**

Es ist völlig klar, daß Kommunisten Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und Widersprüche zwischen der nationalen Bourgeoisie und dem Imperialismus ausnutzen, zuweilen auch bestimmte Bündnisse mit Teilen der nationalen Bourgeoisie eingehen, um diese Widersprüche für revolutionäre Veränderungen im Sinne der Arbeiterklasse zu nutzen. Dabei werden die Revolutionäre aber niemals auf ihre Ziele, den Sozialismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, verzichten, wie das die Revisionisten tun.

Aber wie schon erwähnt, bestehen gegenwärtig gar keine Möglichkeiten für ein „dauerhaftes Bündnis", es sei denn, mit den Militärdiktaturen selbst. Daß die Revisionisten auch davor nicht zurückschrecken, macht die Politik der „KP" Argentiniens deutlich. (Siehe hierzu auch Artikel in diesem AK).

Friedlicher Spaziergang in den Sozialismus

In der Erklärung werden die Ereignisse in Chile so ausgewertet: Sie hätten gezeigt, daß *„die alten Klassen nicht freiwillig auf ihre Macht verzichten"* ... aber *„die revolutionäre Bewegung auf keinen demokratischen Weg verzichten darf".*

Mit diesen zwei lapidaren Sätzen ist die Auswertung abgeschlossen. Kein Wort davon, daß Chile vor dem 11.9.73 von den Revisionisten weltweit als ihr Musterbeispiel für den „friedlichen Übergang" propagiert wurde und nach dem 11.9.73 auf blutigste Weise das völlige Scheitern dieser Konzeption unter Beweis gestellt hat.

Mit den zwei Sätzchen wird von den Revisionisten versucht, die Arbeit im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, wie die Teilnahme an Wahlen usw., gegen den bewaffneten Kampf auszuspielen, um am alten Konzept festzuhalten. Die Arbeiterklasse müsse *„voll und ganz vorbereitet und bereit sein, die demokratischen Errungenschaften mit Waffengewalt zu verteidigen"*, aber es *„sind nicht die Revolutionäre, die als erste zu Mitteln der Gewalt greifen ... Es ist ihr Recht, alle ... Möglichkeiten auszunutzen, einschließlich bewaffneter Aktionen, um der souveränen Entscheidung der Mehrheit den Weg zu bahnen".*

Damit verschieben die Revisionisten die bewaffnete Sicherung der Revolution auf den Zeitpunkt nach einer friedlich-parlamentarischen Machteroberung. Unter den waffenstarrenden Verhältnissen Lateinamerikas kann man das nur als eine zynische Einladung an die Konterrevolution zu einem neuen Blutbad wie in Chile interpretieren.

Die einzelnen revisionistischen Parteien sehen eine ihrer Hauptaufgaben in der Bekämpfung revolutionärer Organisationen und der Verteufelung jeglicher bewaffneter Aktionen als „extremistische Abenteuer", die der Reaktion in die Hände arbeiteten. Traurige Berühmtheit erreichen dabei die KP Chile, die den MIR kürzlich als „Trojanisches Pferd" des Imperialismus deklarierte, und die KP Argentiniens, die den faschistischen Militärputsch als Sicherung von Ruhe und Ordnung gegenüber dem „Extremismus von links und rechts" ausdrücklich begrüßte.

Eine Ausnahme in diesem Spektrum ist die kubanische KP und war bisher die KP Kolumbiens. In Kolumbien hat der bäuerliche Partisanenkampf eine lange Tradition. Noch vor zehn Jahren hieß es in einer Erklärung der KP: *„Die Besonderheit unseres Partisanenkampfes besteht darin, daß er der revolutionären Situation v o r a n g e h t. Die KP Kolumbiens wendet sich gegen rechte dogmatische Tendenzen, die abwarten wollen, bis die revolutionäre Situation endgültig herangereift ist, bevor sie mit bewaffneten Aktionen beginnen."* Noch 1969 wurde festgestellt, daß *„in den Gebieten, die nach Plänen amerikanischer Militaristen überfallen wurden, die Partisanenaktionen zur Hauptform des Kampfes geworden sind".* (Beide Zitate aus „Probleme ..." 10/75). Allerdings hat sich auch in dieser „KP" eine Wendung nach rechts vollzogen.

Alvaro Mosquera, Führungsmitglied der „KP" Kolumbiens, kritisierte eine revolutionäre Gruppe, weil *„sie extremistische und abenteuerliche Ziele"* verfolge und die *„Theorie von Partisanenherden"* propagiere. (Probleme ...", ebenda). An anderer Stelle führt Mosquera aus, daß, wenn *„die Mehrheit des Volkes an die friedlichen Mittel glaubt, es Phrasendrescherei wäre, die Massen zum bewaffneten Kampf aufzurufen".* („Probleme ...", 1/76).

Wohlgemerkt, das sagen die Revisionisten eines Landes, in dem spontane bewaffnete Massenkämpfe eine langjährige Tradition haben und zeitweise zu weiten befreiten Gebieten geführt haben!

Besonders bemerkenswert ist auch die Haltung der chilenischen KP zur bewaffneten Gewalt.

Herr Teitelboim geht in diesem Zusammenhang auf die Frage der Politik gegenüber den Streitkräften ein und kommt zu der verblüffenden Feststellung: *„In einigen Ländern Lateinamerikas (haben) die demokratischen, nationalpatriotischen Kräfte unter den Militärs ... die Oberhand gewonnen."* Gemeint ist offensichtlich Peru. Im ARBEITERKAMPF 75 und DIE INTERNATIONALE Nr. 18/Dez. 75 haben wir die zunehmende Abhängigkeit der „peruanischen Revolution" vom Imperialismus dargestellt.)

Dann kommt's ganz dick: *„Die lateinamerikanischen Armeen werden nicht ewig Stütze der Reaktion sein. Sie verändern sich ebenfalls, denn sie können nicht abseits vom Leben der Gesellschaft stehen".*

Daß sie nicht abseits vom Leben der herrschenden Gesellschaft stehen, beweist ein Blick auf die politischen Verhältnisse des Kontinents: Eine faschistische Militärdiktatur reiht sich an die andere! Nach Teitelboim müßten dagegen die *„Volkskräfte ... d e n Mann mit dem Gewehr mit ihren Gedanken, mit ihrer wirklich patriotischen, freiheitlichen, politischen Plattform vertraut machen ... So gesehen, gedenkt die Kommunistische Partei, eine langwierige ... geduldige Arbeit in Angriff zu nehmen ... Daher liegt uns nichts ferne als sektiererischer Antimilitarismus".* (Zitate nach „Probleme ... ", 9/75).

Die lateinamerikanischen Armeen sind der Bewaffnung und Ausbildung ihrer Führungskader nach – die überwiegend von den USA vorgenommen wird – nur und ausschließlich gegen den „inneren Feind" gerichtet. Ih-

wiegend von den USA vorgenommen wird – nur und ausschließlich gegen den „inneren Feind" gerichtet. Ih-

Die bolivianischen Bergarbeiter blicken auf eine lange Tradition bewaffneter Kämpfe zurück

nen fehlt jegliche Tradition antiimperialistischer bzw. antikolonialistischer Befreiungskämpfe. Der letzte Krieg war der Salpeterkrieg gegen Ende des letzten Jahrhunderts, in den Chile, Peru und Bolivien verwickelt waren.

Unter diesen Verhältnissen an den „patriotischen Geist" der Streitkräfte zu appellieren und den Antimilitarismus als sektiererisch abzustempeln, übertrifft noch die hiesigen Vaterlandsverteidiger aus der ML-Ecke um Längen. Der Klassencharakter der Armee und damit des Staates wird geleugnet, obwohl die lateinamerikanischen Verhältnisse am augenscheinlichsten beweisen, daß die bewaffnete Gewalt des Staates nur und ausschließlich der Niederhaltung der Massen dient. Herr Teitelboim erwähnt von daher auch nicht die einer bürgerlichen Armee innewohnenden Klassenwidersprüche zwischen den oberen und unteren Dienstgraden, um von dieser Position heraus die bürgerlichen Streitkräfte zu zersetzen, zu neutralisieren, Teile der Streitkräfte für den revolutionären Kampf zu gewinnen usw., wie das z.B. der MIR tut, indem er die klassenmäßigen Widersprüche in der Armee ausnutzt und gerade die unteren Dienstränge, die durch den militärischen Drill und Repressalien ausgebeutet werden, zu gewinnen versucht.

Die Haltung zur revolutionären Linken ...

In der „Erklärung" wird festgestellt, daß *„heute ... Linkskräfte verschiedener Schattierungen vorhanden sind, die sich zum Teil selbst als marxistisch-leninistisch ... bezeichnen und den Sozialismus als Kampfziel propagieren".* Dann wird in der „Erklärung" unterschieden zwischen *„einigen dieser Bewegungen, die zu ... echten sozialistischen Positionen gelangen"* und *„falschen Positionen und abenteuerlichen Haltungen"*, die verurteilt werden müßten. Letztlich heißt es, daß es *„keine antikommunistische oder antisowjetische Linke geben (kann). Ausgehend von diesem Kriterium, arbeiten die Kommunisten daran, diejenigen, die eine solche Haltung einnehmen, zu isolieren"* und *„jede reformistische oder ultralinke Tendenz zu entlarven ...".*

Dies zielt natürlich darauf ab, die Unterlassung j e d e r Kritik am Revisionismus zur Voraussetzung einer Zusammenarbeit mit der nicht-revisionistischen Linken zu machen. Andererseits zeigen diese Aussagen, daß die revolutionäre Linke in einigen Ländern Lateinamerikas so stark ist, daß die Revisionisten mit dem üblichen Stil ihrer Form der Auseinandersetzung – totschweigen – zu brechen gezwungen sind.

Die wütenden und verleumderischen Angriffe, die die KP Chiles und Argentiniens nach der Konferenz gegen revolutionäre Organisationen gestartet haben, zeigen, daß man sich über die Aussichten zu einer Zusammenarbeit keine Illusionen machen darf, so nötig diese Zusammenarbeit auch z.B. im Widerstand gegen die chilenische Junta wäre. In einer Stellungnahme zur Konferenz hob der MIR hervor, „das Neueste und Wichtigste in dem Dokument" sei die Anerkennung der „Existenz einer marxistisch-leninistischen revolutionären Linken" seitens „der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas (...)" *„Das ist ein Ausdruck für ihre offene Absicht, die Einheit aller Kräfte der Linken zu suchen, ohne dabei den ideologischen Kampf unter ihnen beseite zu lassen".* Angesichts gerade der schweinischen Politik der chilenischen „KP" gegenüber dem MIR ist diese Stellungnahme reichlich illusionär.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die „Erklärung" der revisionistischen Parteien Ausdruck einer wei-

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die „Erklärung" der revisionistischen Parteien Ausdruck einer wei-

teren Rechtsentwicklung ist. Trotz Chile bleibt der „friedliche Übergang zum Sozialismus" auf die Fahnen geschrieben. In der Politik gegenüber den Streitkräften werden Positionen der Vaterlandsverteidiger deutlich. In keinem Land Lateinamerikas hat die Bündnispolitik der „KP'en" Erfolge gehabt, trotzdem streben die Revisionisten ein noch breiteres Bündnis an.

Die so oft beschworene „nationale Bourgeoisie" ist infolge einer wachsenden Abhängigkeit vom US-Imperialismus zu einer größeren Eigenständigkeit gar nicht in der Lage. Allerdings nutzen die Bourgeoisien die Angebote der Revisionisten, um die Linke zu spalten und zu schwächen.

Zu welcher Konsequenz diese revisionistische Politik führt, wird mit der Rechtfertigung des faschistischen Putsches in Argentinien deutlich. ●

Lateinamerikakommission

CSSR:

„Brüderlich an der Seite" der Sowjetrevisionisten...?

Der am 16.4.76 zu Ende gegangene Parteitag der KP der CSSR stellte für die Führer der KPC den Höhepunkt einer (*„bisher nicht dagewesenen allseitigen Entwicklung"*) dar.

Tatsächlich können die tschechoslowakischen Revisionisten auf einen bedeutenden ökonomischen Aufbau und eine Übererfüllung des zurückliegenden Fünf-Jahr-Planes 71-76 verweisen. *„Statt wie geplant um 28 wuchs das Nationaleinkommen seit 1971 um 32%. Um 29% stiegen die Geldeinnahmen der Bevölkerung. 614.000 Wohnungen wurden gebaut – 114.000 mehr als geplant. Weitere bedeutende Sozialmaßnahmen wurden verwirklicht ..."* „Neues Deutschland" (ND, 13.4.76).

Die Hervorhebung dieser ökonomischen Errungenschaften, sowie die Erfüllung des neuen Fünf-Jahres-Planes nahmen dann auch breiten Raum im Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Husak ein und wurde entsprechend von der revisionistischen Presse hervorgehoben. Als Ziel des neuen Fünf-Jahres-Planes ist ein Wachstum des Nationaleinkommens um 27 bis 29%, des inidividuellen Konsums um 23 bis 25% und ein Wachstum der gesellschaftlichen Konsumtion von 38% angegeben. Daß dies mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein wird, wird schon jetzt von den Führern der KPC eingeschätzt. Die Gründe liegen zum einen in der weltweiten Erhöhung der Rohstoffpreise und der erhöhten Anforderung an die Qualität technischer Produkte beim Handel mit den Imperialisten. Auf der anderen Seite sind *„die extensiven Wachstumsquellen ... praktisch erschöpft, und die erhöhten Aufgaben werden im Prinzip mit der bisherigen und manchmal mit einer geringeren Zahl von Arbeitskräften bei langsamerem Zuwachs von Energie und Rohstoffen gelöst werden müssen"* (Husak, Rechenschaftsbericht, „ND", 13.4.76).

Gerade in diesem Zusammenhang wird immer wieder die Rolle der SU betont. ohne deren Hilfe die jetzigen

Gerade in diesem Zusammenhang wird immer wieder die Rolle der SU betont, ohne deren Hilfe die jetzigen wirtschaftlichen Erfolge angeblich nicht zustande gekommen wären. (*„Im Namen des Parteitages schätzen wir die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hoch ein. Ohne sie wären wir nicht in der Lage, langfristig den Bedarf an entscheidenden Rohstoffen und Energie, sowie den stabilen Absatz der Produkte unserer Industrie sicherzustellen . . ."* (Husak, ebenda).

Fest mit der Sowjetunion verbunden

Das Herauskehren der (*„brüderlichen Verbundenheit mit der SU"*) auf dem Parteitag in vielen Fragen fällt ins Auge. Es wurde immer wieder herausgestellt, daß es mit Hilfe der SU gelungen sei, seit der Intervention am 21. August '68 wieder den „Weg des Marxismus-Leninismus" einzuschlagen. *„Die Partei hat sich jener entledigt, die die wissenschaftliche Weltanschauung – den Marxismus-Leninismus – aufgegeben haben und ihre rechtsopportunistischen, antisozialistischen und volksfeindlichen Absichten in den Jahren 1968/1969 offen durchsetzten. Gleichzeitig mußten labile, schwankende Menschen die Partei verlassen, die in der Krisensituation in Panik verfielen und dem revisionistischen Druck sowie falschen, nationalistischen, antisowjetischen und parteifeindlichen Parolen und Stimmungen unterlagen"* (Husak, ebenda).

Zugleich wurde jedoch einigen "Bekehrten" Führern des sog. „Prager Frühlings" eine Hintertür offengehalten: *„Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß jene, die keine aktiven Repräsentanten des Rechtsopportunismus waren, die gut arbeiten und mit ihren Taten beweisen, daß sie fest und aufrichtig auf den Positionen des Sozialismus und unserer Freundschaft mit der Sowjetunion stehen, die die Politik unserer Partei aktiv unterstützen, nach individueller Beurteilung jedes einzelnen Falles erneut als Mitglieder unserer Partei aufgenommen werden können"* (Husak, ebenda).

Eine politische Auseinandersetzung mit den „Rechtsopportunisten" des "Prager Frühlings" hat bezeichnender Weise nicht stattgefunden. Die „tschechoslowakische Frage" steht heute nebst anderen anscheinend wieder im Vordergrund der Auseinandersetzung der revisionistischen Parteien. Auf der „Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien", die schon seit Jahren von der Sowjetunion angestrebt wird, wird von einigen revisionistischen Parteien gerade eien Auseinandersetzung darüber gefordert. Die sog. „tschechoslowakische Frage" wird jedoch vergeschoben, um eine weitgehende Autonomie der revisionistischen Parteien von der KPdSU durchzusetzen. Zum anderen sind die Interventionsgründe, die seinerzeit für den Überfall auf die CSSR angegeben wurden (verstärkte Zusammenarbeit mit dem Imperialismus etc. – s. unten), heute fester Bestandteil der Politik der RGW-Länder. Aus diesem Grunde mag es auch nicht verwundern, daß Husak und andere Redner auf dem XV. Parteitag peinlichst eine Auseinandersetzung hierüber vermieden.

Prag 1968

Prag 1968

Um eine genaue Einschätzung über die Ereignisse von '68 zu bekommen, ist es notwendig, an dieser Stelle kurz darauf einzugehen.

Die Ereignisse vor '68

Die demagogisch vorgeschützte „Kritik" der RGW-Revisionisten an der CSSR-Führung unter Dubcek gipfelte in dem Vorwurf, daß es dieser nicht gelungen war „ ... *die Arbeiterklasse zu bewußten Leitern und Organisatoren ihres Staates zu befähigen – die werktätige Bauernschaft zur Klasse der Genossenschaftsbauern zu entwickeln; die enge Zusammenarbeit der Führung von Partei und Staat mit der Arbeiterklasse ..."* herzustellen. *„Die schwierige Aufgabe, das ökonomische System des Sozialismus zu schaffen und den staatlichen und ideologischen Überbau dementsprechend zu entwickeln, wurde kaum in Angriff genommen."* („Sächsische Zeitung", 4.11.68, Redaktioneller Beitrag des „ND"). Dies führte dazu, daß bürgerliche Elemente in zunehmendem Maße in der Partei, den Massenmedien usw. an Boden gewannen und einem „prowestlichen Einfluß" auf die Massen den Weg ebneten. Die KPC faßte aufgrund dieser Entwicklung Anfang 1968 entsprechende Beschlüsse, die als „Januar-Beschlüsse" bekannt wurden. Hierbei ging es angeblich darum, die weitere Entwicklung in der CSSR einheitlich zu bestimmen und die *„führende Rolle der KPC gegenüber den Massen"* durchzusetzen.

„Statt nun diese Aufgaben energisch anzupacken, wurden die Massenmedien den kleinbürgerlichen Kräften übergeben. Die heroische Vergangenheit der KPC und die zwanzig Jahre sozialistischen Aufbaus wurden von revisionistischen und antisozialistischen Kräften in den Schmutz gezogen, begangene Fehler und aufgetretene Schwächen multipliziert und selbst die durch den Imperialismus hervorgerufenen Schwierigkeiten der KPC und dem Sozialismus angelastet. Der KPC wurde das moralische Recht zur Führung der Gesellschaft abgesprochen." (ebenda).

In der Tat hatten sich unter dem Deckmantel der „Korrektur der Fehler des Sozialismus" bürgerliche Strömungen breitgemacht, die die CSSR im verstärkten Maße zur Zusammenarbeit mit den Imperialisten zu bringen versuchten So wurden z.B. Empfehlungen ausgesprochen, die zentrale staatliche Planung zu beseitigen, zugunsten einer größeren Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern. Innenpolitisch wurde die „Trennung der Partei von der Macht" und politischer „Pluralismus" gefordert und die Zulassung von Oppositionsparteien, was faktisch einer Rückkehr in eine bürgerliche Republik gleichkam. Laut Dubzek ging es dabei darum, „ ... *die Partei zu einer wahrhaft revolutionären schöpferischen Kraft mit wachsender Attraktivität für die kommende Generation zu machen. ... wir wollen dabei die allgmein gültigen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus beachten, zugleich aber die Besonderheiten unseres Landes berücksichtigen, seinen hohen Entwicklungsstand, die Geistesart* (?!!!) *und die historische Entwicklung unserer beiden Nationen.."* (aus einem Brief an die Frau Josef Smrkovskys, „FR", 16.8.74).

Die Vorwürfe der Revisionisten, die die spätere Intervention legitimieren sollten, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die KPC ist in einer Reihe von Fragen von den marxistisch-leninistischen Prinzipien abgewichen. *„Gerade die wiederholten Aufrufe einiger führender Persönlichkeiten der KPC, mit dem ‚Monopol' der Kommunisten auf die Macht Schluß zu machen, die Partei von der Macht zu trennen..."* hatten zu einer zügellosen Kampagne gegen die KPC gedient.
- Massenhafte Beseitigung führender Funktionäre. *„Unter den Abgesetzten befand sich auch eine ganze Reihe von Funktionären, die von der KPC-Führung nach dem Januar-Plenum noch als zuverlässige und standhafte Kommunisten bezeichnet worden waren".*
- Antisozialisten in Presse und Rundfunk. *„Viele Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen der Tschechoslowakei standen im wesentlichen nur bestimmten Gruppierungen zur Verfügung, die offen antisozialistische Ziele verfolgen".*
- „Anti-sowjetische" Argumentation.
- Wirtschaftliche Angleichung an den Westen. *„Leider wurde die Diskusssion über die Wirtschaftsform in der Tschechoslowakei auf einer anderer Grundlage geführt.* (Andere Grundlage als in den anderen RGW-Staaten, d. Red.). *In den Mittelpunkt wurde einerseits eine hemmungslose Kritik an der gesamten vorrangegangenen Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft gerückt. Andererseits wurde vorgeschlagen, das Prinzip der Planung durch spontane Marktbeziehungen zu ersetzen und dem Privatkapital ein breites Betätigungsfeld einzuräumen".* („Prawda", 22.8.68).
- Offene Westgrenze. *„Imperialistische Agenten hatten die Möglichkeit, insgeheim Waffen auf das Territorium der Tschechoslowakei zu bringen".* (Alle nicht näher bezeichneten Zitate aus „Blinkfüer", August '68 zu einem „Prawda"-Artikel vom 22.8.68).
- Der Bonner „neuen Ostpolitik" auf den Leim gegangen. *„Sie* (die Imperialisten – d. Red.) *betrachten die CSSR als das schwächste Glied in der Front der sozialistischen Staaten ... Der langfristig angelegte Plan der westdeutschen Imperialisten hatte die ‚friedliche Umwandlung' der CSSR in einen sozialdemokratisch verbrämten bürgerlichen Staat zum Ziel."* (Sächsische Zeitung", 4.11.68).

Die von der damaligen KPC-Führung im Alleingang durchgeführte Politik diente den anderen revisionistischen Ländern unter maßgeblicher Führung der Sowjetunion als Begründung für die Intervention. So waren die Führer der KPC z.B. schon damlas bereit, dem westdeutschen Imperialismus Zugeständnisse in der „Berlin-Frage" zu machen. Der Überfall auf die CSSR wurde als Sicherung der *„Westgrenze der sozialistischen Staatengemeinschaft"* bezeichnet. *„Die Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten am 21. August waren – auch wenn das heute von Mitgliedern der KPC und Bürgern der CSSR noch nicht erkannt und verstanden wird – eine Tat für den Frieden, zum Schutze der sozialistischen Gesellschaftsordnung der CSSR und damit ihrer Souveränität (!!!) als sozialistischer Staat."* (Sächsiche Zeitung", 4.11.68).

Kein sozialistisches Land kann einem anderen Land die „richtigen Methoden" des sozialistischen Aufbaus vorschreiben, schon gar nicht mit Militär-Gewalt. „ *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bedeutet ausschließlich das Recht auf Unabhängigkeit im politischen Sinne ..."* (Lenin, Bd. 22).

Unter sozialistischen Staaten ist die offene Kritik und Selbstkritik und die breite offene Auseinandersetzung über politisch-ideologische Fragen die richtige Form der gegenseitigen Unterstützung und des proletarischen Internationalismus. Selbst eine bürgerliche Entartung eines Landes, was im Rahmen einer „sozialistischen Staatengemeinschaft" gewisse Verpflichtungen o.ä. eingegangen ist, gibt niemanden das Recht zu intervenieren.

Kurz gesagt, handelte es sich; trotz aller Kritik-Würdigkeit von Dubcek + Co; um einen Ausdruck „sozialimperialistischer" Großmachtpolitik im wesentlichen der Sowjetunion. Husak bringt die heutige Stellung der SU innerhalb des RGW in seiner Rede auf dem jüngsten Parteitag auf den Punkt: *„Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, daß ohne die Sowjetunion und ohne die sozialistische Gemeinschaft heute kein wichtiges internationales Problem mehr gelöst werden kann."* (Husak, Rede auf dem XV. Parteitag).

Kampf zweier bürgerlichen Linien

Die heutige Politk der RGW-Länder allen voran die Sowjetunion, gegenüber den Imperialisten ermunterte dann auch die damaligen Führer der CSSR, Smrkovsky und Dubcek, offene Briefe an die Führung der KPdSU zu schreiben, in denen sie auf die prinzipielle Gleichartigkeit der eingeschlagenen Linie des „Prager Frühlings" und der heutigen Versumpfung der revisionistischen Parteien dieser Länder eingehen und ihrer Hoffnung auf eine baldige Regelung in ihrem Sinne Ausdruck geben. Die bürgerliche Presse der BRD stürzte sich dann auch mit Wohlbehagen auf diese Erklärungen, um dem Sozialismus insgesamt eins auszuwischen. Von besonderem Interesse sind hierbei 2 Briefe, die erst in letzter Zeit zur Veröffentlichung gelangten.

In einem Brief von J. Smrkovsky an L. Breschnew vom 25.7.73 gibt Smrkovsky seiner Genugtuung über die Politik der Sowjetunion gegenüber den Imperialisten Ausdruck: *„Ich habe insbesondere die von Ihrem Land ind Ihrer Partei ergriffene Initiative verfolgt, die meine frühere, vielleicht verständliche Skepsis und Bitterkeit bis zu einem gewissen Grade gemildert hat. Ich halte die gegenwärtige Tendenz ... für ermutigend und hoffnungsvoll."*

Für die „tschechoslowakische Frage" schlußfolgert er daraus nicht ohne Berechtigung: „ *Die neue Zeit hat neue Ansichten, Standpunkte und Erklärungen hervorgebracht, die neue Wege erfordern. Die gegenwärtige Lage in der Tschechoslowakei verliert ihre Berechtigung, ihr Logik und Unterstützung angesichts der neuen internationalen Verhältnisse."*

Insgesamt wird versucht, an die Versumpfung der RGW-Länder anzuknüpfen und als „Alternative" noch übelriechendere sozialdemokratische „Freiheiten" anzubieten. In einem Brief Dubceks, der im „Spiegel" vom 14.4.75 veröffentlicht wurde, schildert er geschickt die Ergebnisse der revisionistischen Versumpfung und weist berechtigt darauf hin, daß in der CSSR *„Formalismus und bombastische Phrasen so selbstverständlich geworden sind, daß jedes kritische Wort eine Beschuldigung wegen Anti-Sowjetismus nach sich zieht."* Den Anti-Sowjetismus rufe man damit hervor, daß man *„aus vielen kommunistischen Revolutionären Widerstandskämpfern, Gewerkschaftern"* absichtlich und zielbewußt „anti-sowjetische Elemente" macht. Den Einmarsch in die CSSR '68 bezeichnet er richtig als Eingriff in die nationale Souveränität der CSSR und weist wiederum geschickt und nicht ohne Berechtigung auf Parallel-Entartungen in anderen RGW-Ländern hin: *„Wäre es vielleicht angebracht, wenn wir die polnischen Genossen belehren wollten, wie sie Landwirtschaft kollektivieren sollen, was für uns ein bereits gelöstes Problem ist, mit dem sie sich noch beschäftigen müssen? Und wenn wir außerdem eine These konstruieren würden, der zufolge sie Kapitalismus und Privatunternehmen konservieren? . . . Was würden wohl Genossen aus der Deutschen Demokratischen Republik dazu sagen, wenn wir sie an uns messen und ihnen ihre immer noch breite Basis für das Kleingewerbe und andere privatunternehmerische Tätigkeit vorwerfen würden? . . . Als wir damals nur erwogen, ein kleineres Darlehen von einem der entwickelten Staaten aufzunehmen, bestand angeblich die Gefahr, vom Kapitalismus abhängig zu werden . . . Heute ist es selbstverständlich, daß man nicht nur Kredite aufnimmt, sondern auch ausländische Banken in sozialistischen Ländern zuläßt."*

Dieser „Argumentation" der Rechtsopportunisten" vom Schlage sondern auch ausländische Banken in sozialistischen Ländern zuläßt."

Dieser „Argumentation" der „Rechtsopportunisten" vom Schlage Dubceks und Co. kann Husak natürlich nichts entgegensetzen, so daß diesen Typen sogar eingeräumt wird, *„erneut als Mitglieder unserer Partei aufgenommen"* zu werden (Siehe oben).

Weiter auf dem Weg in den bürgerlichen Sumpf

In voller Übereinstimmung und mit Unterstützung der Sowjet-Revisionisten baute die CSSR z.B. die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der BRD aus. Im Januar vergangenen Jahres wurde z.B. zwischen der BRD und der CSSR ein Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Abkommen erstreckt sich vor allem auf folgende Bereiche:

1. Die gemeinsame Errichtung und den Ausbau und die Modernisierung von Industrieanlagen und Betriebe zur besseren Auslastung bestehender und zur Schaffung neuer Kapazitäten sowie zur Ergänzung von Produktionsprogrammen.
2. Die gemeinsame Produktion und der geminsame Vertrieb von Halb- und Fertigwaren, sowie die Arbeitsteilung in Produktion und Vertrieb.
3. Die Erzeugung und Lieferung von Rohstoffen und Energie.
4. Den Austausch von Patenten, Lizenzen, Know-How und technischer Information, die Anwendung und Verbesserung neuer technischer Verfahren, sowie die gegenseitige Ausbildung und den Austausch von Fachleuten und Praktikanten. (Nach „FAZ", 23.1.75).

Im Vergleich zu diesem Abkommen ist das Darlehen, das der „Grund" für die Intervention '68 war, ein Zwerg.

Vor diesem Hintergrund, daß die gesamte Politik der CSSR in voller Übereinstimmung mit dem revisionistischen Lager steht und die Versumpfung und die Interventionsgründe von '68 bei weitem in den Schatten stellt, muten die markigen Sprüche Husaks auf dem Parteitag gegen die sog. „Rechtsopportunisten" nur als Phrasen an. Der Unterschied zu '68 besteht lediglich darin, daß die heutigen Führer der CSSR „brüderlich an der Seite der Sowjetunion stehen. ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zwei Schritt vor und einen zurück

Eiertänze der Vaterlandsverteidiger

Die Politik der „linken" Vaterlandsverteidigung, zuerst „theoretisch" entwickelt von „KPD/ML"- Chef Aust in seiner berüchtigten ‚Kieler Rede' vom 27.3.75, hat in unserem Land wenig Freunde gefunden. Schon bald sah sich daher die „KPD/ML" zu verschiedenen einschränkenden „Erläuterungen" und schließlich zu kosmetischen „Korrekturen" gezwungen. Anscheinend im Vertrauen auf die Vergeßlichkeit ihres eigenen Anhangs behaupten Aust&Co. heute schon ganz empört, für die Vaterlandsverteidigung seien sie n i e eingetreten.

Ihrem Beispiel scheint jetzt die „KPD" folgen zu wollen: In ihrer „Roten Fahne" vom 14.4.76 wendet sie sich entrüstet gegen Vorwürfe (der „KPD/ML" !), sie sei sozialchauvinistisch und betreibe eine „Blockbildung mit der Bourgeoisie." Sie bestreitet sogar, für eine Stärkung der Bundeswehr zu sein (!) und spricht in einer Erklärung davon, die Bundeswehr habe nur die Aufgabe, das eigene Volk zu unterdrücken und Aggressionen gegen andere Völker zu verüben! Auch die „KPD" spekuliert dabei wohl auf die Vergeßlichkeit der Menschen...

Weder den Führern der „KPD/ML" noch denen der „KPD" geht es darum, eine selbstkritische Bilanz zu ziehen und ehrlich mit ihrer Linie der Vaterlandsverteidigung und des Antikommunismus Schluß zu machen. Lediglich von einigen allzu verräterischen Thesen wollen sie sich trennen, um aber insgesamt genau ihre alte Politik fortzusetzen. Der antikommunistische Pferdefuß soll in einen neuen, etwas ‚eleganteren' Schuh gesteckt werden.

In diesem Artikel wollen wir der „Vergeßlichkeit" der Aust, Horlemann&Co. etwas auf die Sprünge helfen.

Hickhack um den „Hauptfeind"

Hickhack um den „Hauptfeind"

In seiner ‚Kieler Rede' („Roter Morgen", 5.4.75) verkündete Aust die These, daß heute der *„sowjetische Sozialimperialismus"* der „Hauptfeind der Völker" sei. Er sei auch der „Hauptfeind der europäischen Völker".

„Konkretisiert" wurde die neue Linie sogleich in der Mai-Nummer der „Roten Garde" – ‚Jugendzeitung der KPD/ML'; Dieses Blättchen zeichnete sich schon immer dadurch aus, daß die Aust&Co. noch einigermaßen pseudo-„wissenschaftlich" und hochgestochen vorgebrachten Thesen auf das Niveau einer plumpen und völlig hirnlosen Holzerei gebracht werden, die man dort anscheinend für „jugendgemäß" hält. So wurde in der „Roten Garde" ohne Umschweife verkündet:*„Der Hitler von heute heißt Breschnew."* Die US-Imperialisten seien zwar auch ganz schön schlimm, *„gefährlicher aber für den Weltfrieden ist heute die andere Supermacht, die Sowjetunion."* Das sei *„heute unser ärgster Feind."* In grellen Farben wurde ausgemalt, was passieren könnte, *„wenn die Russen hier einmarschieren"* (*„An Grausamkeit stehen sie Hitler in nichts nach"*), und es wurde aufgerufen: *„Wir sind kein Volk von Stiefelleckern, wir werden unser Vaterland verteidigen"* und *„die sowjetischen Besatzer vertreiben."*

In einer ‚Erklärung des Präsidiums des ZK der KPD/ML' (Beilage zum „RM" v. 16.8.75) wurde schließlich hochoffiziell verkündet, daß *„der russische Sozialimperilaismus"* der *„Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes"* sei.

Den Begriff des „Volkes" hatte Aust zuvor bei einer Rede in Westberlin folgendermaßen „definiert": *„Zum Volk gehören heute alle Klassen , Schichten und gesellschaftlichen Gruppen bis hinein in die Bourgeoisie, die in den imperialistischen Supermächten, den USA und der Sowjetunion, ihren Hauptfeind sehen"* (RM, 5.7.75).

Die „KPD/ML" war sich freilich nie so ganz sicher, ob denn nun „der Sozialimperialismus" der Hauptfeind sei, oder ob „b e i d e Supermächte" als Hauptfeind bekämpft werden müßten. Eine Art von Kompromiß dürfte folgende Formulierung darstellen:*„Ausgehend von ganz Deutschland müssen der russische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus in erster Linie bekämpft werden. Der russische Sozialimerialismus... ist dabei die aggressivere der beiden Supermächte. Der US-Imperialismus aber muß in gleichen Weise wie der russische Sozialimperialismus bekämpft werden"* (Beilage zum „RM" 47/75).

Ein neuer „Hauptfeind" wird entdeckt

Die überraschende „Korrektur" kam im RM vom 3.1.76: dort wurde, wohlverpackt in eine seitenlange, schwatzschweifige *„Grußadresse des ZK der KPD/ML zum Neuen Jahr,"* beiläufig mitgeteilt, daß im November (!) das „ZK" einen neuen „Hauptfeind" festgelegt hatte: „Hauptfeind" in der BRD sei... der westdeutsche Imperialismus!!

Eingeleitet wurde diese verblüffende Mitteilung durch den beschwörenden Apell, die Politik (?) der „KPD/ML" sei im Wesentlichen *„richtig"* gewesen; die „KPD/ML" habe*„im wesentlichen eine korrekte Linie des Kampfes gegen die beiden Supermächte entwickelt."* „Nur" mit dem Hauptfeind habe sie sich halt etwas geirrt...

Deutlich kommt in diser lachhaften „Selbstkritik" zum Ausdruck, daß für die „KPD/ML" die Bestimmung des Hauptfeindes nicht der A u s g a n g s p u n k t und die G r u n d l a g e ihrer gesamten Politik ist, sondern ein beliebig austauschbares Detail. So kann die „KPD/ML" nicht bloß trotz formalen Austausches des „Hauptfeindes" ihre alte Linie unverändert fortsetzen, sondern es wurde sogar in der „Grußadresse" selbst offen verkündet:*„Das Zentralkomitee ist der Auffassung, daß wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus sogar noch verstärken müssen"!!*

Die „KPD/ML"-Führer gleichen darin einem Kapitän, der erklärt: „Unser Kurs stimmt, bloß der Kompaß ist kaputt! Und jetzt volldampf voraus!".

paß ist kaputt! Und jetzt volldampf voraus!".

Für einen Marxisten-Leninisten ist sonnenklar, daß die richtige Bestimmung des Hauptfeinds überhaupt die elementare V o r a u s s e t z u n g für eine richtige Politik ist. Die „KPD/ML" selbst hat das einmal richtig so ausgedrückt: *„Wer eine konkrete Klassenanlyse umgeht oder nach eignem Belieben gewisse überflächliche Erscheinungen herausgreift, um subjektive Urteile zu fällen, der kann selbstverständlich niemlas richtige Schlußfolgerungen in Bezug auf die Generallinie der Internationalen kommunistischen Bewegung ziehen und wird unvermeidlich auf eine andere, dam Marxismus-Leninismus völlig entfremdete Bahn geraten"* (Beilage zum RM 47/75). – Das ist mal ein wahres Wort!!

Offenbar um jeden Zweifel einzuschüchtern, behaupten Aust& Co. ständig, ihre Einfälle seien das Produkt *„einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstab"* (‚Kieler Rede' von Aust). Auch die Neufestsetzung des „Hauptfeindes" in der ‚Grußadresse des ZK zum Neuen Jahr" wurde entsprechend mit der feierlichen Formel eingeleitet: *„Diese Frage wurde im Zentralkomitee analysiert und lange diskutiert"* („RM", 3.1.76).

Nur findet sich von einer wirklich w i s s e n s c h a f t l i c h e n A n a l y s e weder etwas in der ‚Kieler Rede' noch in der ‚Grußadresse.' Der „ Hauptfeind" wird vielmehr relativ beliebig festgelegt, je nach den taktischen Erwägungen des Augenblicks. Fehlende Argumente werden durch pöbelhafte Einschüchterungsversuche ersetzt. So wandte sich die „KPD/ML" im vergangenen August ausdrücklich g e g e n die These *„einer Gruppe"* (gemeint war der KBW), den westdeutschen Imperialismus als Hauptfeind zu bekämpfen: **„Was ist das anderes, als ein Ablenkungsmanöver gegen den westdeutschen Imperialismus zu starten, um in Wirklichkeit das Land für den Einmarsch der russischen Sozialimperialisten sturmreif zu machen?"** (Erklärung des „Präsidium des ZK der KPD/ML", Beilage zum „Roten Morgen" vom 16. 8. 1975). – In einem anderen Artikel wurde der KBW zurechtgewiesen, er wolle „von dieser konkreten Analyse" („Sozialimperialismus Hauptfeind in ganz Deutschland" usw.), *„die nach Lenin den Marxisten vom Spießer unterscheidet"*, nichts wissen, und sei folglich **„ein Wasserträger des Sozialimperialismus"** („RM", 17. 5. 1975).

Kaum aber hatten die „KPD/ML"-Oberen es sich mit ihrem „Hauptfeind" anders überlegt, da rotzten sie auch schon frech gegen die „KPD" los: *„Das Zentralkomitee unserer Partei hat den einzig möglichen Ausweg aus dem Wirrwarr von Spekulationen (!) gewiesen: Man muß die Wahrheit in den Tatsachen suchen"* („RM" 17. 1. 1976).

Indem die „KPD/ML" jetzt von der These abgegangen ist, daß der „russische Sozialimperialismus" der „Hauptfeind des deutschen Volkes" sei, hat sie lediglich eine ihrer offenkundigsten und am leichtesten angreifbaren Unsinnigkeiten aus der Schußlinie genommen. Faktisch hat sich jedoch in ihrer Politik dadurch kaum etwas geändert. So wird beispielsweise in ihrem gemeinsam mit der „KPD" verfaßten Aufruf zum 1. Mai 1976 nach wie vor der „Sozialimperialismus" in erster Linie angegriffen und die „Einheitsfront gegen die beiden Supermächte" als vordringliches Ziel propagiert, während der gemeinsame Aufruf k e i n e Parole gegen den BRD-Imperialismus enthält!

Die „KPD/ML" stellt die neue Bestimmung des „Hauptfeindes" sogar offen wieder in Frage, indem sie die „beiden Supermächte" nicht bloß als *„Hauptkriegstreiber"* in erster Linie angreift, sondern auch als „die größten Feinde der deutschen Nation" und „die größten Feinde der nationalen Interessen unseres Volkes" („RM" 17. 1. 76).

„Sozialimperialismus"– Hauptfeind der Völker?

Abgesehen davon hält die „KPD/ML" auch ganz offiziell an der These fest, daß der „Sozialimperialismus" der „Hauptfeind der Völker" sei und daß er „die aggressivere und gefährlichere" der „beiden Supermächte" sei.

Auch diese These, die immer wieder dazu dient, um „den Hauptschlag" gegen den „Sozialimperialismus" zu richten, basiert nicht auf irgendeiner A n a l y s e. Trotzdem ist sie eine allgemein anerkannte „Wahrheit" für alle „ML"-Gruppen, einschließlich des KBW.

Da sich die b e s o n d e r e Aggressivität und Gefährlichkeit des „Sozialimperialismus" (gemessen am US-Imperialismus!) schwerlich aus seinen konkreten Handlungen beweisen läßt, kommt stattdessen als das Standard-„Argument": Es seien ja – wie das Beispiel des deutschen Imperialismus beweise – immer die a u f s t r e b e n d e n imperialistischen Staaten, die am aggressivsten seien. Daß dieses „Argument" jedoch historisch nicht stimmt, zeigt z. B. das Beispiel der USA, die zur Zeit des I. Weltkriegs zweifellos eine relativ junge und aufstrebende imperialistische Macht waren, die aber deshalb nicht automatisch aggressiver und „gefährlicher" waren als andere imperialistische Mächte (beispielsweise Deutschland).

Als anderer „Beweis" für die angebliche b e s o n d e r e Aggressivität des „Sozialimperialismus" wird heute gerne Angola zitiert. Dabei „übersehen" die „ML"er jedoch, daß die sowjetische Handlungsweise in Angola auf Bitten der MPLA erfolgte – die heute die von fast allen Staaten der Welt anerkannte Regierung der VR Angola stellt – und daß diese Handlungsweise der Sowjetunion von fast allen fortschrittlichen Staaten der Welt – mit Ausnahme der VR China und Albaniens – u n t e r s t ü t z t wurde. Diese Tatsache können die „ML"er auch dadurch nicht aus der Welt schaffen, daß sie die Haltung der fortschrittlichen Staaten und revolutionären Befreiungsbewegungen zu Angola einfach ignorieren und v e r s c h w e i g e n (und stattdessen bürgerliche und vom Imperialismus abhängige Politiker wie Mobuto von Zaire oder Senghor von Senegal als angebliche „Stimme der afrikanischen Völker" herausputzen). Die „ML"er haben offenbar noch nicht einmal begriffen, w a r u m die Handlungsweise der Sowjetunion in Angola bei fast allen fortschrittlichen Kräften Unterstützung gefunden hat, während beispielsweise die Handlungsweise der US-Imperialisten in Indochina sogar in der kapitalistischen Welt auf heftigen Widerspuch gestoßen ist. Die „ML"er setzen das eine mit dem anderen gleich und behaupten gar, der „Sozialimperialismus" sei „noch gefährlicher", w e i l er heute für seine Handlungen in der „3. Welt" und bei anderen fortschrittlichen Kräften Unterstützung finden kann. Es ist naheliegend und hat sich in der Praxis schon erweisen, daß die „ML"er mit ihren wirklichkeitsfremden Thesen immer stärker in Widerspruch zu den fortschrittlichen, demokratischen und antiimperialistischen Kräften überall auf der Welt geraten. Die Hetze der „Roten Fahne" der „KPD" gegen die Linken im Libanon ist dafür ein aktuelles Beispiel.

Die „ML"er sind bestrebt, den „Sozialimperialismus" auch militärisch als „Hauptfeind der Völker" und speziell als „Hauptgefahr" für die Völker Westeuropas darzustellen. Unverfrorenheit und totaler Dilettantismus geben sich dabei die Hand. Wir haben im AK vielfach ausführlich nachgewiesen, daß die Berichte der gesamten „ML"-Presse (von „Rote Fahne" bis zur „KVZ" des KBW) nur so s t r o t z e n von erstunkenen und erlogenen Meldungen über gar nicht existierende „sowjetische Stützpunkte" (speziell im Indischen Ozean), von total falschen Zahlen über das militärische Kräfteverhältnis zwischen Sowjetunion und USA sowie NATO insgesamt (vor allem in Europa) usw.

nion und USA sowie NATO insgesamt (vor allem in Europa) usw.

Wir haben beispielsweise nachgewiesen, daß in der „KVZ" von sowjetischen Stützpunkten im Indischen Ozean phantasiert wurde, die selbst von der sicher nicht zimperlichen bürgerlichen Presse zurückgenommen werden mußten. In der „KVZ" freilich erschien niemals eine Richtigstellung – weder hierzu, noch zu irgendeinem anderen der vielen Märchen.

Die „KVZ" hat das Prinzip dieses „links" kostümierten Gossenjournalismus am offensten formuliert: Schließlich ist die Sowjetunion doch sozialimperialistisch, da kommt es auf F a k t e n gar nicht so genau an! . . .

Die „ML"er denken nicht im Traum daran, w i s s e n s c h a f t l i c h an das Problem des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen den Großmächten, vor allem zwischen USA und Sowjetunion heranzugehen. Sie deklarieren Lüge und Erfindung zum gestatteten Prinzip, wenn sie nur dazu dienen, die These vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" irgendwie „wissenschaftlich abzusichern".

Was diesen Punkt angeht, ist der KBW, der sich in manchen taktischen Fragen heute noch etwas „gesitteter" und weniger übergeschnappt aufführt als andere „ML"er, um keinen Deut besser als die „KPD/ML" oder die „KPD".

Vaterlandsverteidigung, Volkskrieg oder was sonst?

Die „KPD/ML" bestreitet lebhaft, daß sie eine Politik der Vaterlandsverteidigung betreibt. Tatsächlich haben Aust & Co – zum Teil aus politisch-ideologischer Ignoranz, zum Teil aber auch sehr gezielt – in dieser Frage einen solchen Salat angerichtet, daß sich ohne weiteres auch Äußerungen g e g e n die Vaterlandsverteidigung bei ihnen finden lassen, und daß es sehr schwer ist, herauszufinden, was sie nun eigentlich wirklich wollen.

Als „richtungsweisend" wird meistens folgende Passage aus der „Kieler Rede" von Aust zitiert: *„Jeder Krieg zwischen den zwei Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn hineingezogen (?) werden, wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an (?) ein antifaschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem (!) verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen, denn wir führen*

Fortsetzung auf Seite 45

Fortsetzung von Seite 44

mit dem Ziel, jeden Imperialismus, auch den westdeutschen, zu zerschlagen und das Banner der sozialistischen Revolution über ganz Deutschland zu hissen!" („RM", 5. 4. 76).

Die Holzhacker-Version dieses Kuddlmuddls lautete in der „Roten Garde" vom April '75 kurz und bündig: „Und was ist, wenn wir den Ausbruch eines dritten Weltkrieges nicht verhindern können? Dann werden wir unser Vaterland verteidigen!"

Aust behauptet, daß ein künftiger Krieg für die „deutschen" Werktätigen „von Anfang an" ein gerechter Befreiungskampf wäre. Gegen diese These steht jedoch die Tatsache, daß die Masse der westdeutschen Werktätigen beim Ausbruch eines Krieges zunächst einmal in der Bundeswehr formiert wäre. Diese Armee ist, wie auch die „KPD/ML" nicht leugnet, eine imperialistische Armee. Sie würde also „von Anfang an" einen imperialistischen Krieg führen.

Diesen imperialistischen Krieg in einen gerechten Befreiungskampf zu v e r w a n d e l n ist nur möglich durch die Umwandlung der imperialistischen Armee in eine Armee der Werktätigen. Das setzt voraus, daß die Werktätigen „die Gewehre umdrehen", auf die eigene Bourgeoisie richten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Werktätigen dies nicht schlagartig bei Kriegsausbruch auf Kommando einer Partei tun werden, sondern erst dann, wenn die Zerrüttung durch den Krieg selbst ein gewisses Maß erreicht hat und auf dieser Basis eine politische Erziehungsarbeit durch eine revolutionäre Partei gewirkt hat.

Was diesen Punkt angeht, so sei nur die Tatsache festgestellt, daß die „KPD/ML" ihre frühere zentrale Parole für die Bundeswehr-Arbeit, „Im Ernstfall die Gewehre umgedreht", v ö l l i g aufgegeben hat! Hierzu wurde im „RM" erklärt: „*Wir erkennen an, daß der Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit im Interesse der proletarischen Revolution ist. Insofern ist die Losung „Im Ernstfall die Gewehre umgedreht!"falsch. Sie behält ihre Richtigkeit gegenüber dem Militarismus nach innen (?). Aber beispielsweise im Falle eines Überfalls der russischen Sozialimperialisten würden wir keineswegs dazu aufrufen, die Gewehre sofort gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie zu drehen"* (Beilage zum „RM" vom 16. 8. 75).

In einem „RM"-Artikel wurde sogar ausdrücklich der KBW kritisiert, er wolle „*auch dann die Waffen sofort (!) gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie richten, wenn nach dem Ausbruch eines imperialistischen Krieges mit den beiden Supermächten längst weitaus gefährlichere (!) Feinde der Arbeiterklasse, des Volkes, der sozialistischen Revolution im Land stehen*". Damit würde der KBW „*objektiv auch die aggressiven Ziele des sowjetischen Sozialimperialismus unterstützen*" („RM" 17. 3. 76).

Diese These schränkte die „KPD/ML" später etwas ein: „*. . . Im Falle eines Überfalls einer Supermacht auf Westdeutschland wäre es beispielsweise ein zulässiger Kompromiß, wenn die Kommunistische (??) Partei aufrufen würde, in einem imperialistischen (!) Krieg die Gewehre zuerst (!) gegen diese Supermacht zu richten und den westdeutschen Imperialismus vorübergehend militärisch nicht anzugreifen. Die Voraussetzung dabei wäre, daß der westdeutsche Imperialismus sich nicht mit einer Supermacht verbündet, daß er zu den imperialistischen Staaten gehört, die zu diesem Zeitpunkt den Kriegsausbruch nicht wollen*" (Beilage zum „RM" 47/75).

Der letzte Punkt ist so kindisch, daß man darauf nicht einzugehen braucht (Will die „KPD/ML" die bürgerlichen Politiker an den Lügendetektor anschließen lassen, um letzte Gewißheit zu erhalten, ob sie „zu diesem Zeitpunkt" den Krieg wollen oder nicht?). Der erste Punkt ist rein hypothetisch, da der BRD-Imperialismus unübersehbar mit einer „Supermacht" eng verbündet ist und deren Truppen in unserem Land stehen. Die „KPD/ML" selbst hat mehrfach zugegeben, daß ein Krieg, der den BRD-Imperialismus n i c h t an der Seite einer „Supermacht" finden würde, ganz und gar unwahrscheinlich ist. Wozu also mit dieser Unwahrscheinlichkeit herumjonglieren? Um gedanklich die Möglichkeit von „Kompromissen" mit dem BRD-Imperialismus ins Spiel zu bringen? . . .

Aufschlußreich ist, daß die „KPD/ML" derartige „Kompromisse" nicht etwa grundsätzlich ablehnt, weil der BRD-Imperialismus s e l b s t eine gefährliche, expansionistische und zum Raubkrieg gerüstete Macht ist, sondern nur deshalb, weil (und sofern) er mit einer „Supermacht" verbündet wäre. Die „KPD/ML" lehnt es also ab, an der Seite einer „Supermacht" am imperialistischen Krieg teilzunehmen; sie wäre aber prinzipiell bereit, dies an der Seite des BRD-Imperialismus zu tun!

Es ist kein Wunder, daß die „Bruderpartei" in Frankreich – die PCMLF – zu entsprechenden Schlußfolgerungen kommt, weil sich dort die imperialistische Bourgeoisie etwas „unabhängiger" gegenüber den USA gebärdet: „Unter den aktuellen Bedingungen dient die Existenz einer ausreichend starken Armee zur Sicherstellung der Verteidigung Frankreichs den Interessen des Proletariats und des revolutionären Volkes. Deshalb ist es von größter Bedeutung, für die Verstärkung der nationalen Verteidigung gegenüber den beiden Supermächten zu kämpfen" („Humanite Rouge", 6. 3. 75).

Dies ist auch deshalb bemerkenswert, weil die „Kieler Rede" ganz offensichtlich stark von den Gesprächen mit Vertretern der PCMLF beeinflußt war, die Aust im März 1975 in Paris führte.

Grundsätzlich hat die „KPD/ML" auch irgendwann sich selbst ein Hintertürchen offengehalten, um ihre Haltung zur Bundeswehr „korrigieren" zu können: „Es mag sein, daß die Widersprüche zwischen den der US-Vorherrschaft und den westdeutschen Imperialisten sich verschärfen und so die Bundeswehr eines Tages vorübergehend, in bestimmter Weise ausgenutzt werden kann gegen beide Supermächte" („RM", 22. 11. 75). Und die „KPD/ML" verkündet: „*Wir sind keineswegs dagegen, wenn die Bourgeoisie Schritte unternimmt, die tatsächlich der Verteidigung des Landes gegen die beiden Supermächte dienen können*" (Beilage zum „RM" vom 16. 8. 75).

Die „KPD/ML" erklärt zwar, daß die Bundeswehr eine imperialistische Armee ist und daß „das Volk" sich bei der „Verteidigung unserer Heimat nicht auf die Bundeswehr verlassen könne. Andererseits wendet sich die „KPD/ML" jedoch schärfstens gegen jede Parole gegen die Aufrüstung der Bundeswehr. Dies diene nur dem „Sozialimperialismus" . . . In seiner „Kieler Rede" klagte Aust gar: „*30 Jahre relativen Friedens in unserem Land, die revisionistische Propaganda, Pazifismus und das Friedensgeschwafel der SPD sind nicht ohne Wirkung geblieben und haben die Wehrbereitschaft (!) des Volkes im Kampf um seine Klassen- und nationalen Interessen unterhöhlt*" („RM", 5. 4. 75). In einem Prozeß vor Gericht rechtfertigte sich Aust: „*Es ist nicht die „KPD/ML", sondern die SPD/FDP-Regierung, die mit ihrem pazifistischen Friedens- und Entspannungsgeschwätz auf die Angehörigen der Bundeswehr planmäßig einwirkt, um deren Bereitschaft zum Schutze der Bundesrepublik zu untergraben . . Während man uns Marxisten-Leninisten vorwirft, wir zersetzten die Bundeswehr und schwächten dadurch ihre Verteidigungsbereitschaft, drückt man beide Augen zu gegenüber jenen, die die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr, des deutschen Volkes tatsächlich untergraben und schwächen . . . , die modernen Revisionisten, die D„K"P . . . Fordern wir etwa, wie die D„K"P, „S"DAJ, einzelne Jusos und andere sich „kommunistisch" nennende Gruppen (!) die Herabsetzung des Rüstungsetats um 15 oder mehr Prozent? Nein, was wir fordern, ist, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, die acht Milliarden jährlich für die Stationierung der US-Truppen in der Bundesrepublik zu sparen und sie für Verteidigungszwecke zu verwenden*" („RM", 30. 8. 75).

Während sich die „KPD/ML" mit derartigen Schnacks eindeutig zum Propagandisten der „Verteidigungsbereitschaft" macht – was im Rahmen der heutigen Bedingungen nichts anderes heißt als Verteidigung der Raubinteressen des BRD-Imperialismus im Rahmen der Bundeswehr! – wartet sie auf der anderen Seite mit scheinradikalen Sprüchen wie dem folgenden auf: „*Beide Bruderparteien, KPP und KPD/ML, erklären feierlich (!), daß weder das deutsche noch das polnische Proletariat als Kanonenfutter für das neue imperialistische Schlachtfest dienen werden. Weder der deutsche noch der polnische Arbeiter werden in Verteidigung der Herrschaft „ihrer" reaktionären Bourgeoisie und noch weniger in Verteidigung des amerikanischen oder russischen Weltimperialismus sterben*" (aus einem „Kommuniqué der KPP und KPD/ML"; die KPP, „KP Polens", ist das Phantasieprodukt eines in Albanien lebenden Hochstaplers; Zitat nach „RM" vom 24. 4. 76).

Kraftmeierische Sprüche wie dieser demonstrieren die Infantilität und völlige Unernsthaftigkeit der maßgeblichen „KPD/ML"-Führer, die sich nicht scheuen, „feierliche" Bekundungen im Namen des „deutschen" Proletariats abzugeben.

Wer ernsthaft an die Sache herangeht, weiß allerdings, daß in einem kommenden imperialistischen Krieg M i l l i o n e n Arbeiter aller Länder für die imperialistischen Interessen sterben würden, bevor es gelingen kann, diesem Krieg dadurch ein Ende zu machen, daß die Werktätigen „die Gewehre umdrehen". Das ist eine große, äußerst schwierige Aufgabe, die von der „KPD/ML" mit ihren „feierlichen" Kinderspielereien bedenkenlos in den Dreck der Lächerlichkeit gezerrt wird. ●

Offener Brief an die Leitung des KBW

„Ihr übernehmt eine schwere Verantwortung ..."

Am 22. März dieses Jahres haben Genossen unserer Organisation während einer KBW-Veranstaltung in Bremen in einem V o r r a u m des Universitätsgebäudes, wo die Veranstaltung stattfand, den ARBEITERKAMPF verkauft. Sie wurden vom KBW-Ortssekretär aufgefordert, den Verkauf einzustellen. Als sie dies ablehnten, wurden sie von KBWlern überfallen und schließlich nach einer wilden Prügelei hinausgedrängt.

Das ist keineswegs der e r s t e Vorfall dieser Art, wenn auch einer der bisher schwerwiegendsten. Wir haben aufgrund dieser Vorfälle beschlossen, euch bis zur Klärung eures Verhaltens das Aufstellen von Büchertischen in den Vorräumen zu den von uns angemieteten Veranstaltungssälen – was bisher zumindes in Hamburg üblich war – zu untersagen.

Ohne irgendeine Einschränkung oder Behinderung konntet ihr bisher v o r den Versammlungsräumen (einschließlich der Korridore, Foyers usw.) bei von uns organisierten Veranstaltungen eure Zeitungen etc. verkaufen und Flugblätter verteilen. Dies wurde eurer Hamburger Ortsleitung in einem Schreiben Anfang März mitgeteilt!

Dieser Beschluß wurde auch am 10. April dieses Jahres während einer vom KB und MPLA gemeinsam organisierten Afrika-Veranstaltung eingehalten (d. h. uneingeschränktes Verteilen und Verkaufen v o r der Veranstaltungshalle, kein Büchertisch in den Vorräumen).

In Anwesenheit und offensichtlich auf Anraten von örtlichen Führern eurer Organisation sind dann nach Veranstaltungsbeginn KBWler zwischen den Sitzreihen – bis zum Podium – herumgezogen und haben laut ihre Ware angeboten.

Aufgefordert, diesen provozierenden und störenden Verkauf einzustellen, gröhlten die anwesenden KBWler wild herum und versuchten, Sprechchöre anzustimmen, während gerade ein Vertreter der MPLA sprach. Die Störer mußten daraufhin nach draussen gebracht werden.

In einem Kommentar der Hamburger Ortsbeilage der „KVZ" vom 14.4.76 zu diesem Vorfall heißt es:

„ ... *Der KB (Nord) will allen Ernstes so tun, als sei es das gleiche, ob er auf einer antiimperialistischen Veranstaltung in Bremen daran gehindert wird, proimperialistische Propaganda (für den Sozialimperialismus) zu betrieben, oder ob er auf der anderen Seite in Hamburg kommunistische, antiimperialistische Propaganda des KBW unterbindet, um die Unterstützung des Sozialimperialismus durch den ,Arbeiterkampf' abzuschirmen. Wir werden uns natürlich auch in Zukunft nicht daran hindern lassen, kommunistische Literatur auf KB (Nord)-Veranstaltungen zu vertreiben.*"

Behauptet wird also, der KBW dürfe unsere Genossen am Verkauf hindern und verprügeln, da unsere Politik „prosozialimperialistisch" sei. Zugleich wird für den KBW das Recht in Anspruch genommen, auf unseren Veranstaltungen nicht nur seine Ware anzubieten, sondern direkt zu stören und zu provozieren, da seine Politik „kommunistisch" sei.

Eine derart hirnrissige Argumentation konnte bisher als Monopol der „KPD/ML" gelten!

Wir fordern die Leitung des KBW hiermit auf, u m g e h e n d und e i n d e u t i g zu erklären, ob diese Argumentation und Vorfälle wie in Bremen das Werk örtlicher Wirrköpfe sind oder ob sie von der verantwortlichen Leitung des KBW g e d e c k t werden.

Ihr übernehmt eine schwere Verantwortung, wenn ihr diese Denk- und Handlungsweise direkt oder indirekt – durch Schweigen – deckt. Es kann euch, bei aller Unvernunft, die ihr häufig in eurer Politik an den Tag legt, doch letzten Endes nicht unklar sein, welche Konsequenzen sich ergeben würden, wenn sich die beiden bedeutendsten nicht-revisionistischen linken Organisationen unseres Landes, KBW und KB, auf eine Eskalation von Gewalttätigkeiten gegeneinander einlassen würden, die zweifellos kaum bei Prügeleien während unserer Veranstaltungen stehen bleiben würden. Die Gewalttätigkeiten, zu denen es zeitweise unter den portugiesischen linken Organisationen (bzw. Organisationen mit linkem Anspruch) kam – wobei das schlimmste der Tod eines Militanten war, der von Mitgliedern einer anderen Organisation ins Wasser geworfen wurde und ertrank – stellen eine Warnung da, die unserer Meinung nach niemand übersehen darf, dem die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus noch irgendetwas bedeutet.

Wir sagen ganz klar, daß von einer solchen Entwicklung niemand anders profitieren würde als die Bourgeoisie, die Reaktion und die Revisionisten, die sich nichts besseres wünschen könnten als eine Eskalation von Gewalttätigkeiten zwischen unseren Organisationen.

Ihr als Leitung des KBW würdet für eine solche Entwicklung die volle Verantwortung tragen, wenn ihr unsere Warnungen und unser Angebot zu einer Verständigung leichtfertig in den Wind schlagt.

Täuscht euch bei euren Überlegungen im Übrigen bitte nicht über das politische Kräfteverhältnis. Die Zeiten, wo ihr glauben konntet, den KB („Nord") durch Totschweigen, Verleumdungen und Prügelmethoden „klein zu kriegen", sind endgültig vorbei.

Abgesehen von unserem Wunsch, eine unkontrollierbare Eskalation von Gewalttätigkeiten zu vermeiden, halten wir es auch prinzipiell keineswegs für schlecht, wenn auf politischen Veranstaltungen auch das Material anderer linker Organisationen angeboten wird. Das dient dem unbedingt notwendigen politisch-theoretischen Meinungskampf zwischen den Organisationen und kann nur denjenigen unbequem sein, die ihre Mitglieder im Unklaren über die wirklichen Standpunkte anderer Organisationen lassen wollen, weil sie den offenen Meinungskampf zu scheuen haben.

Wir schlagen vor: Bei Veranstaltungen des KB und KBW muß es zukünftig gestattet sein, das Material der jeweils anderen Organisation ungehindert anzubieten. Das muß jedoch in einer Form erfolgen, die möglichst wenig den Ablauf der Veranstaltungen stört – also am besten in Vorräumen, soweit vorhanden, keinesfalls aber durch Herumlaufen und lautes Anpreisen des Materials während der Veranstaltung selbst.

Wir fordern euch auf, umgehend zu erklären, daß ihr mit diesem Vorschlag grundsätzlich übereinstimmt und eure Organisation in diesem Sinn anweisen werdet. Zur Vereinbarung von Einzelheiten sind wir auch jederzeit zu einem Gespräch bereit.

Wir erwarten eure Antwort. Um es euch etwas schwerer zu machen, unseren Vorschlag in eurer gewohnten Manier einfach totzuschweigen, werden wir ihn als Offenen Brief publizieren sowie unseren Genossen und Sympathisanten auch als Flugblatt (zur Weitergabe, zum Aufhängen in linken Kneipen etc.) zur Verfügung stellen.

Mit kommunistischem Gruß ●

LG des Kommunistischen Bundes
24. April 1976

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Allzu freundlich mit den DKP-„Genossen"

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (ehemals „Arbeiterbasisgruppen" München) ist auf zwei Seiten seiner „Kommunistischen Arbeiterzeitung" (4.4.76) auf den DKP-Parteitag im März eingegangen.

An diesem Artikel sticht die Freundlichkeit ins Auge, mit der die Revisionisten behandelt werden: Die führenden DKP-Funktionäre, allesamt bekannte antikommunistische Hetzer und Demagogen, werden durchweg als „Genossen" angesprochen. Häufig finden sich Formulierungen wie: „*...betonte Herbert Mies ganz richtig*" (Mies ist Chef der DKP), „*aus vollem Herzen stimmen wir Genosse Mies zu, wenn er sagt..*", „*Soweit wird das jeder wirkliche Kommunist unterschreiben*", „*...zog der Parteivorstand eine bemerkenswert richtige Konsequenz...*".

Oder: „*Die Erfahrungen des Klassenkampfes bestätigen die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Positionen. Daß der DKP-Parteitag einzelne von ihnen in den Vordergrund gerückt hat, finden wir gut und nicht schlecht. Stärken sie doch den Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse...*" usw.

Und: „*Wenn es der DKP damit ernst ist*" (mit einem demagogischen Appell des „Genossen" Mies zur „*Front aller Linkskräfte*"), „*dann muß sie diese Prinzipien endlich auch (?) auf uns und andere revolutionäre und kommunistische Organisationen anwenden... Dann muß sie ihre These 41 überprüfen (?), die die Aktionseinheit mit anderen (??) revolutionären Organisationen verbietet. Dann muß sie ernsthaft und sachlich die ideologische Auseinandersetzung führen. Wir hoffen, der DKP ist es ernst damit!*".

Und wir „hoffen", daß es den Genossen vom „Arbeiterbund..." mit dieser Hoffnung nicht etwa „ernst" ist, sondern daß sie zwar recht gut wissen, was von der DKP zu erwarten ist, aber es aus „taktischen" Gründen nicht offen sagen mögen. Das wäre immerhin noch die bestmögliche Erklärung für derartige „Hoffnungen"...

Der Kommentar der „KAZ" ist bis an die Grenzen der Penetranz geprägt von der Absicht, durch taktische Finessen die „Genossen" von der DKP zu umwerben. Positiv finden wir daran, daß der „Arbeiterbund" nicht einstimmt in die meist recht unargumentative und antikommunistische gefärbte Verteufelung der DKP, wie sie bei den „ML"ern üblich ist. Aber die Genossen vom „Arbeiterbund" sind dafür, so scheint uns, „ins andere Extrem verfallen": Sie sind allzu zaghaft mit der Kritik, „hoffen", wo es doch nach aller Erfahrung nichts mehr zu hoffen gibt.

Dabei sind die Genossen vom „Arbeiterbund" zugleich Anhänger der These vom „Sozialimperialismus"; sie bekennen sich pauschal und vorbehaltlos zur chinesischen Außenpolitik, auch wenn sie dadurch manchmal in Schwierigkeiten kommen (Strauß, Angola). Dieser „linken" (?) Linie entspricht jedoch eine rechtsopportunistische Haltung in anderen Fragen – so z.B. zur DKP, zur Gewerkschaftsarbeit, zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse u.a.

Mit diesem Mischmasch aus verschiedenen Strömungen wird es dem „Arbeiterbund" kaum gelingen, einen eigenständigen politischen Platz zu behaupten. ●

RBJ/ BDJ

„Wind von rechts" zurückgeschlagen

Im AK berichteten wir in letzter Zeit wiederholt (zuletzt in AK 77, S. 46) über die Auseinandersetzungen in der demokratisch - antifaschistischen Jugendorganisation RBJ/ BDJ, vor allem im Landesverband Hamburg/ Schleswig- Holstein. Insbesondere ein maßgebliches Mitglied des Gesamtvorstands Hamburg/ Schleswig- Holstein hatte sich dafür stark gemacht, daß reformistische Positionen „einen Platz innerhalb der Plattform des BDJ" haben müßten. Einige Mitglieder des Gesamtvorstands Hamburg/ Schleswig-Holstein unterstützten offen diese Position. Der Gesamtvorstand insgesamt „vereinheitlichte" sich auf eine opportunistische Position, die zu den reformistischen Standpunkten nichts sagte, die Widersprüche zu verschleiern versuchte, aber sich einig war in der Verurteilung der aufgekommenen Kritik von links an den reformistischen Positionen. Ein Mitglied des Gesamtvorstands erklärte daraufhin seinen Austritt aus dem RBJ/ BDJ. Eine größere Zahl von Mitgliedern des RBJ/ BDJ in Hamburg und Umgebung folgte diesem Schritt.

Schließlich fand am 9. April eine Vollversammlung des RBJ/ BDJ Hamburg statt, die mit einem triumphalen Sieg über die reformistischen Positionen endete. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, durch die der Hauptvertreter reformistischer Positionen im Gesamtvorstand Hamburg/ Schleswig- Holstein von allen Aufgaben und Funktionen entbunden wurde. In der Resolution hieß es u. a.: *„Die Mitglieder im RBJ/ BDJ Hamburg haben erkannt, daß... der Hauptträger einer Politik ist, die seit längerem unbeirrbar das Ziel verfolgt, reformistische Politik im RBJ/ BDJ zu verankern ... Der Reformismus ist die wirksamste ideologische Waffe der Kapitalisten, um dem Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu desorientiern und zu zerschlagen...".*

Diese Resolution wurde auf der VV mit 60 Ja, 19 Nein und 8 Enthaltungen angenommen. Anschließend nahm die VV den Rücktritt des Gesamtvorstands Hamburg/ Schleswig-Holstein zur Kenntnis und setzte (mit 74 Ja und 13 Enthaltungen, ohne Nein) einen kommisarischen Ausschuß als arbeitfähiges Gremium ein.

Damit hatten in Hamburg/ Schleswig- Holstein die reformistischen Positionen eine deutliche Abfuhr erlitten. Aber noch besaßen sie einen Rückhalt in mehreren anderen Ortsgruppen des RBJ/ BDJ, namentlich in Süddeutschland. Diese Ortsgruppen hatten an der Auseinandersetzung kaum teilgenommen, bzw. waren von einigen opportunistischen RBJ/ BDJ- Führern b e w u ß t herausgehalten worden. Bei vielen Mitgliedern herrschte die Stimmung vor, die Auseinandersetzung sei eine Sache, „die nur die Hamburger angeht", in Süddeutschland gebe es gar keine Probleme. Einige örtliche RBJ/ BDJ - Führer verbreiteten (von einigen Hamburger Vertretern unterstützt) die Auffassung, wichtiger sei es, die „Kleinarbeit" fortzusetzen, um die p o l i t i s c h e L i n i e bräuchte man sich nicht groß zu kümmern ...

Über die Ostertage fand eine nationale Delegierten- Konferenz des RBJ/ BDJ statt, auf der um diese Fragen ein scharfer Meinungskampf entbrannte. Auch auf der Delegierten-Konferenz setzte sich dabei eine fortschrittliche Linie durch. Es wurde beschlossen, die bisherigen Auseinandersetzungen zu veröffentlichen und die Diskussion um die politische Linie in alle Ortsgruppen zu tragen.

Der Hauptvertreter opportunistischer Positionen in Süddeutschland stellte alle seine Funktionen zur Verfügung.

Wenn die weitere Auseinandersetzung fruchtbar sein soll. müssen u. E. noch vorhandene opportunistische Tendenzen, die Auseinandersetzng als erledigt zu betrachten und schnellstens „zur Tagesordnung" überzugehen, e b e n s o bekämpft werden, wie die liquidatorische Tendenz, das Kapitel antifaschistisch- demokratischer Jugendverband jetzt für abgeschlossen zu halten und den RBJ/ BDJ sang- und klanglos zu Grabe zu tragen. Was not tut, ist eine umfassende Bilanz und Neueinschätzung der Möglichkeiten für eine antifaschistisch- demokratische Jugendarbeit, die über den Kreis der revolutinären Linken hinausreicht. ●

Chinas Angola-Politik bankrott

Peinlicher Versuch, die Spuren zu verwischen

Wie in AK 78 (Seite 43) berichtet. wieder einmal geraten ist.

Wie in AK 78 (Seite 43) berichtet, hat sich die VR China im UN-Sicherheitsrat einem Resolutionsantrag widersetzt, der die Aggression des südafrikanischen Rassisten-Regimes gegen die VR Angola verurteilt und eine Entschädigung für die angerichteten Schäden verlangt. Der chinesische UN-Vertreter rief den Sicherheitsrat stattdessen dazu auf, gleichermaßen auch *„den sowjetischen Sozialimperialismus und seine Söldner"* (d. h. die kubanischen Freiwilligen in Angola) zu verurteilen und deren *„vollständigen und sofortigen Rückzug"* zu fordern.

Mit diesem Wahnsinns-Antrag, der einen klaren Verstoß gegen die anerkannten Prinzipien der UNO darstellt (jedes Land hat das Recht, *„in der Ausübung seiner Souveränität Hilfe von einem anderen Staat oder Staatengruppe zu empfangen"*!) und der einen plumpen Versuch der Einmischung in die Angelegenheiten der VR Angola darstellt, blieb der chinesische Vertreter erwartungsgemäß isoliert.

Für den u r s p r ü n g l i c h e n Resolutionsantrag stimmten die Vertreter von Benin (Afrika), Guayana (Südamerika), Libyen, Pakistan, Panama, Rumänien, Schweden, Tansania und die Sowjetunion. Der Stimme enthielten sich die Vertreter der imperialistischen Staaten Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und USA. Der chinesiche Vertreter zog es vor, seine Stimmenthaltung durch Fernbleiben von der Abstimmung auszudrücken.

Im Bericht der „Peking Rundschau" über die Abstimmung wurde dann der ebenso peinliche wie lächerliche Versuch gemacht, durch Unvollständigkeit und Weglassungen die totale Abfuhr für die chinesische Angola-Politik etwas abzumildern. Es heißt da: ***„Dieser Resolutionsentwurf wurde mit neun Ja-Stimmen angenommen. Fünf Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats, England, Frankreich, Italien, Japan und ein anderes Land enthielten sich der Stimme."*** („Peking Rundschau", 13. 4. 76, Seite 11).

Verschwiegen werden soll also zum einen die Tatsache, daß insbesondere die Vertreter der „Dritten Welt" und die Vertreter der von der chinesischen Außenpolitik umworbenen Staaten Rumänien und Pakistan f ü r den Resolutions-Antrag gestimmt hatten. Verschwiegen werden soll zum anderen mit der Formulierung *„und ein anderes Land"*, daß es gerade der US-Imperialismus war, in dessen unmittelbare Nachbarschaft die chinesische Außenpolitik mit ihren Kapriolen wieder einmal geraten ist.

Eine makabre Zugabe ist, daß es die hiesige „Rote Fahne", die Zeitung der Radikal-„Patrioten" von der „KPD", für angeraten hielt, die Nachrichten-Verfälschung der „Peking Rundschau" zu kopieren: *„In der Sitzung wurde die Resolution mit neun Ja-Stimmen angenommen. Fünf Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates, darunter Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, enthielten sich der Stimme"* („Rote Fahne", 14. 4. 76).

Die „Berichterstattung" der „Peking Rundschau" über die Abstimmung im Sicherheitsrat und insgesamt über die Vorgänge um Angola vermittelt wahrscheinlich nur einen schwachen Abglanz der Mischung aus Halbwahrheiten, Weglassungen, Lügen und Verdrehungen, mit denen die chinesischen Werktätigen s e l b s t über diese Dinge „informiert" werden. ●

Chinas Außenpolitik

Ersatzteile für den Imperialismus

Als Ausdruck des „proletarischen Internationalismus" wurde in der „ML"-Presse die Entscheidung Chinas gefeiert, an Ägypten Ersatzteile und Ausrüstungen für seine sowjetischen Waffensysteme zu liefern. Angeblich hat Ägypten diese Ersatzteile aus der Sowjetunion nicht mehr bekommen können, nachdem die ägyptische Regierung vor kurzem einseitig den ‚Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion' aufgekündigt hat.

Die „ML"er behaupten, die chinesischen Lieferungen würden Ägypten helfen, sich von imperialistischer

Die „ML"er behaupten, die chinesischen Lieferungen würden Ägypten helfen, sich von imperialistischer

Abhängigkeit zu befreien. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß das G e g e n t e i l der Fall ist: Da die VR-China langfristig ganz offensichtlich weder in der Lage, noch bereit ist, umfassend die bisher von der Sowjetunion getragene Rolle als Waffenlieferant Ägyptens zu übernehmen, wird Ägypten sich zukünftig vor allem an imperialistische Staaten, USA und EG, halten. Diese Umorientierung hat schon begonnen.

Chinas Ersatzteillieferungen machen Ägypten also keineswegs vom Imperialismus unabhängig. Sie erlauben es der ägyptischen Bourgeoisie lediglich, die Umorientierung von sowjetischen auf ‚westliche' Waffensysteme vorzunehmen, ohne daß jetzt (durch das Ausbleiben sowjetischer Ersatzteile) eine möglicherweise problematische ‚Rüstungslücke' entsteht. Dieser chinesische Beitrag ist demnach vollständig im Sinne des Imperialismus, weil er für die ägyptische Bourgeoisie die Voraussetzungen für ihre Umorientierung verbessert und ihr die Entscheidung zum Bruch mit der Sowjetunion erleichtert hat. Was die Umorientierung der ägyptischen Bourgiosie auf ‚westliche' Waffensysteme bedeutet, liegt auf der Hand. Ägyptens Staatschef Sadat hat sich in den letzten Jahren häufig beklagt, welche Schwierigkeiten ihm angeblich die Sowjetunion mit der Lieferung von Nachschub und Ersatzteilen gerade in kritischen Momenten gemacht habe. Ein Gutteil davon sind zweifellos Erfindungen

satzteilen gerade in kritischen Momenten gemacht habe. Ein Gutteil davon sind zweifellos Erfindungen

und Demagogie, um von der eigenen Linie des Kapitulantentums gegenüber Imperialismus und Zionismus abzulenken. Aber man überlege nur einen Augenblick, was passieren würde, wenn Ägypten in einem eventuellen neuen Krieg mit Israel in großen Mengen Waffennachschub und Ersatzteile von seinen imperialistischen Lieferanten verlangen würde:

N i c h t s würde Ägypten erhalten!! Und es wird auch niemand ernsthaft annehmen, daß in einer solchen Situation die VR China die Rolle übernehmen wollte oder auch nur könnte, die beispielsweise im Oktoberkrieg die Sowjetunion mit ihrer massiven militärischen „Luftbrücke" gespielt hat.

Die Schlußfolgerung aus der Umorientierung auf ‚westliche' Waffensyteme heißt also: Die ägyptische Bourgeoisie k ö n n t e einen neuen Krieg mit Israel gar nicht mehr r i s k i e r e n, selbst wenn sie wollte. Sie wird also „zwangsläufig" ihre Politik der Kollaboration mit dem Zionismus fortsetzen „müssen". Tauglich wird die ägyptische Armee dann nur noch für den Einsatz nach innen oder für den Krieg gegen fortschrittliche Nachbarstaaten sein.

Es mag Leute geben, denen es in der Theorie nicht begreiflich ist, warum es letztlich immer noch besser ist, sich auf die Sowjetunion zu stützen (und damit im gewissen Maße natürlich auch von ihr abhängig zu sein), als auf den Imperialismus. Es mag

zen (und damit im gewissen Maße natürlich auch von ihr abhängig zu sein), als auf den Imperialismus. Es mag

Leute geben, die die Erfahrungen der Völker Vietnams, Palästinas, Angolas usw. ignorieren oder dreist in ihr Gegenteil verkehren.

Aber s o verbohrt k a n n eigentlich niemand sein, daß er nicht begreift, daß Sadats „Unabhängigkeit" von der Sowjetunion Hand in Hand einher geht mit Kapitulation vor dem Zionismus, mit der Spaltung der arabischen Sache, mit dem Ausverkauf des Landes an den Imperialismus, mit der Förderung kapitalistischer Elemente in Ägypten und mit immer schärferer Reaktion und Repression gegen das ägyptische Volk.

So blind, diese Politik der ägyptischen Bourgeoisie als „entschlossene Verteidigung von Ägyptens Unabhängigkeit" zu bejubeln, können tatsächlich nur die Herren mit dem Stöckchen und der Armbinde mit den drei Punkten sein! ●

Albanien distanziert sich von jugoslawischen Revolutionären

Im AK berichteten wir von einem Prozeß in Novi Sad (Jugoslawien), bei dem mehrere sogenannte „Neostalinisten" oder „Kominformisten" zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, darunter zweimal 15 Jahre, je einmal 13 und 12 Jahre Zuchthaus. Bereits kurz zuvor hatte in der bosnischen Stadt Banjaluka ein anderer „Kominformisten-Prozeß" stattgefunden, bei dem neun Genossen zu Strafen zwischen drei und 12 Jahren verurteilt wurden (lt. „Hamburger Abendblatt", 15.4.76).

In den letzten Jahren wurden mehrere Dutzend angebliche „Neostalinisten" oder „Kominformisten" in Jugoslawien verurteilt, wobei Gefängnisstrafen von mehr als 10 Jahren keine Seltenheit sind. Oft handelt es sich um alte Genossen, die schon Ende der 40er Jahre den Kampf gegen den Tito-Revisionismus führten, die schon damals viele Jahre ihres Lebens in Zuchthäusern und Arbeitslagern verbringen mußten, und für die die jetzigen Urteile praktisch Todesurteilen auf Zeit gleichkommen.

Um diese Genossen zu verleumden, denen die Tito-Clique nichts anderes vorwerfen kann als ihre politische Aktivität, werden die „Kominformisten" durchweg als „Agenten Moskaus" hingestellt, deren einziges Ziel es angeblich ist, das politische System der Sowjetunion gewaltsam auf Jugoslawien zu übertragen.

Anzunehmen, daß D u t z e n d e von Menschen, darunter erfahrene und verdiente Revolutionäre und Partisanenkämpfer, nur dafür das Risiko von Gefängnisstrafen zwischen 10 und 15 Jahren auf sich nehmen, ist an sich schon eine Beleidigung des gesunden Menschenverstands. Aber die Tito-Clique setzt allem die Krone auf, indem sie zusätzlich behauptet, Rumänien (!) und Albanien (!!) würden die Tätigkeit der „Kominformisten" fördern – obwohl doch diese beiden Länder ganz sicher nicht zu denjenigen gehören, die den sowjetischen Ambitionen entgegenkommen.

Immerhin haben die jugoslawischen Angriffe es erreicht. daß Albanien es für geraten hielt, sich ausdrücklich von den jugoslawischen Revolutionären zu distanzieren. So heißt es in einem Artikel von „Zeri i Populit", Organ des ZK der Partei der Arbeit Albaniens: „ ... *Um ihre gestrandete Sache zu verteidigen, kleben manche Persönlichkeiten dieses Schlags* (gemeint sind die Tito-Revisionisten – Anm. AK) *auch ihren persönlichen Feinden oder ihren Konkurrenten um die Macht, den Diversionisten* (Wühl-Agenten – Anm. AK) *des sowjetischen Sozialimperialismus oder des US-Imperialismus, das Etikett ‚Stalinisten-Informbüroler'* (= „Kominformisten" – Anm. AK) *an. Das ist aber eine falsche Bezeichnung, denn heute weiß schon jedes Kind, daß Diversionisten, Imperialisten oder Sozialimperialisten nichts mit Stalin, mit dem Informbüro zu tun haben"* (zit. nach „Albanien heute", Januar/Februar 1976).

Diese Haltung Albaniens, sich praktisch die Verleumdung der jugoslawischen Revolutionäre durch die Tito-Clique zu eigen zu machen, ist bedauerlich.

Noch weit ärger gebärdet sich die „Rote Fahne" der „KPD": Sie diffamiert die jugoslawischen Revolutionäre unverhohlen als „KGB-Spione" und „sowjetische Agenten". Über Die B r e i t e der revolutionären Bewegung in Jugoslawien, die sich in der Verurteilung mehrerer Dutzend „Kominformisten" widerspiegelt, jammert die „Rote Fahne":

„Die sozialimperialistische Wühltätigkeit hat in den letzten Jahren in Jugoslawien gewaltige Ausmaße angenommen."

„Heute verteidigen die ‚Kominformisten' den Sowjetrevisionismus und den Sozialimperialismus, denen gegenüber der Revisionismus Titos ein kleines Licht ist" („RF", 14.4. 1976).

Das wütende Gegeifer der Vaterlandsverteidiger bestätigt uns:

SOLIDARITÄT MIT DEN JUGOSLAWISCHEN GENOSSEN, DER BEDEUTENDSTEN REVOLUTIONÄREN OPPOSITION IN EINEM REVISIONISTISCHEN LAND !! ●

Afrika-Kampagne in Westdeutschland

Wie die Teilnehmerzahlen zeigen, haben die meisten unserer Orts- und Sympathisanten-Gruppen recht erfolgreich gearbeitet. Positiv hervorgehoben werden müssen die Ergebnisse unserer Genossen in Westberlin und Göttingen, deren außerordentlicher Erfolg in besonderen Anstrengungen in der Vor-Mobilisierungszeit begründet liegt. Demgegenüber blieben die Ergebnisse einzelner Ortsgruppen (z.B. Lübeck) hinter den Erwartungen zurück, was von den Genossen mit ungewöhnlichen Belastungen bei anderen Öffentlichkeits-Kampagnen, die parallel bzw. kurz zuvor liefen, begründet wurde. So zeigt sich auch bei dieser Kampagne wieder, daß mit einer bloßen Ankündigung (Flugblätter, Plakate etc.) eine tatsächliche Mobilisierung erst b e g i n n t und noch keineswegs abgeschlossen ist. Die einzelnen Gruppen-Berichte belegen, daß auch bei einem so brandaktuellem Thema, wie der afrikanischen Revolution, die Haupt-Mobilisierung über die politischen Diskussionen mit Kontakten, politischen Verbindungen etc. läuft, was eine starke politische Identifikation mit dem Veranstaltungs-Thema in unseren eigenen Reihen zur Voraussetzung hat.

Als erfreulichen Nebenaspekt werten wir die Tatsachen, daß unsere Veranstaltungen wider Erwarten in manchen Städten durch größere Kontingente von KBW-Mitgliedern besucht wurden. Hierbei handelte es sich natürlich zum einen um den üblichen „Kern", der sich um die jeweiligen „Ortssekretäre" scharrte, welche es mancherorts sich nicht verkneifen konnten, sich durch peinliche und dumme Fragen an die afrikanischen Genossen gründlich zu blamieren. Zum anderen handelte es sich aber auch um zahlreiche KBW-Mitglieder, die – in ihren Positionen unsicher – recht aufmerksam die Ausführungen der afrikanischen Genossen verfolgten. Wir hoffen, daß einige von ihnen diese mit den Lügen vergleichen, die die KBW-Führer zu diesem Thema verbreiten und die Konsequenzen ziehen.

Der vergleichsweise zahlreiche Besuch von KBW-Mitgliedern ist um so erfreulicher, als daß gerade bei dieser Kampagne die KBW-Führer massives „Sperrfeuer" gegen uns legten, mit Hetzartikeln schon auf dem Markt waren, noch bevor die erste Veranstaltung überhaupt gelaufen war. Offenbar ist es KBW-Chef Schmierer, trotz beträchtlicher Anstrengungen, immer noch nicht gelungen, die inzwischen schütterer gewordenen Reihen seiner Organisation mit seinen krausen „Theorien" einheitlich im Zeichen der Konterrevolution auszurichten.

Auf unserer Frankfurter Afrika-Veranstaltung trat zusätzlich zu den anderen Sprechern afrikanischer Befreiungsbewegungen noch ein Genosse der FLCS, der Befreiungsbewegung von Djibouti, auf.

Auf unserer Nürnberger Veranstaltung tauchte die berüchtigte Nazi-Gang mit Hoffmann an der Spitze auf, wie gewöhnlich mit ihren „Wehrsport"-Uniformen angetan; dieser Haufen konnte aber durch 50 beherzte Genossen schnell in die Flucht geschlagen werden.

Eine sehr erfolgreiche Serie von Afrikaveranstaltungen führte unsere Organisation in den letzten zwei Wochen in bisher 17 Städten Westdeutschlands durch. Insgesamt etwa 7.000 Menschen besuchten diese Veranstaltungen und es konnten neben verschiedenen Sachspenden (Tonbandgeräte, Fotoapparate, Medikamente, über 550 Armbanduhren für die ZANU aus Zimbabwe) etwa 93.000,- DM gesammelt werden.

Auftakt unserer Afrika-Kampagne war eine Großveranstaltung in Hamburg mit Genossen aus Angola, Mosambik, Zimbabwe, Namibia, Südafrika, Eritrea und DAR Sahara sowie Musikgruppen aus Eritrea und Guinea-Bissau/Kapverden, zu der etwa 3.500 Besucher kamen.

Ein Teil der afrikanischen Delegationen reiste im Anschluß durch weitere Städte der BRD: Bremen, Flensburg, Westberlin, Lübeck, Nürnberg, Kiel, Göttingen, Bochum, Bremerhaven, Freiburg, Kassel, Karlsruhe, Bielefeld, Braunschweig und Frankfurt.

Vor der Hamburger Großveranstaltung fand noch eine Filmveranstaltung in Mannheim statt. Weitere Filmveranstaltungen im Rahmen unserer Afrika-Kampagne sind Ende April/Anfang Mai noch in Gießen, Marburg, Rastatt (in Baden), Pforzheim, Bad Bergzabern (Südpfalz) und Darmstadt fest geplant (siehe Anzeige); weitere Städte werden hinzukommen.

Unsere Orts- und Sympathisanten-Gruppen bemühten sich in der Regel um Einbeziehung weiterer örtlicher anti-imperialistischer Kräfte in die Mobilisierung für die Veranstaltungen. Dies hatte aber nur selten den gewünschten Erfolg (u.a. in Göttingen, wo eine recht breit angelegte Aktionseinheit zustandekam). In vielen Städten haben ausländische Arbeiter- und auch Studentenorganisationen die Veranstaltungen aktiv mitgetragen. Dennoch blieben wir, sowohl bei der Mobilisierung, als auch bei der Durchführung im wesentlichen auf unsere eigenen organisierten Kräfte beschränkt. Für die einzelnen Veranstaltungen zeichnet sich folgendes Bild:

Aufstellung

Datum	Stadt	Besucher	Sammlung
	Mannheim	70	100,–
10.4.	Hamburg	3.500	66.000,–
12.4.	Bremen	250	1.305,–
	Flensburg	150	800,–
13.4.	Westberlin	1.000	12.000,–
	Lübeck	80	1.230,–
14.4.	Nürnberg	200	1.000,–
	Kiel	140	910,–
15.4.	Göttingen	650	4.800,–
20.4.	Bochum	220	518,–
21.4.	Bremerhaven	100	800,–
	Freiburg	100	300,–
22.4.	Kassel	110	470,–
	Karlsruhe	50	115,–
23.4.	Bielefeld	200	473,–
	Braunschweig	100	300,–
24.4.	Frankfurt	270	1.940,–

Erfolgreiche Betriebsräte-Veranstaltung in München

Am 10.4.76 fand in München eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt. Dazu hatten unter dem Motto „Gegen kapitalistische Krisenpolitik – die Einheit verstärken" verschiedene bayrische Betriebsräte und aktive Gewerkschafter von Siemens, Hoechst, Münchener Merkur und aus dem ÖTV-Bereich aufgerufen und dazu auch die Kollegen von der „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter" (GOG) aus Bochum eingeladen.

Die Veranstaltung sollte *„einen Beitrag zur engeren Zusammenarbeit der Kräfte leisten, die sich bewußt für eine ausschließlich an den Arbeiterinteressen orientierten Betriebs- und Gewerkschaftspolitik einsetzen"*. Von ihrem Charakter her war dies eine ähnliche Veranstaltung

wie die seinerzeit im Dezember 75
setzen". Von ihrem Charakter her war dies eine ähnliche Veranstaltung

wie die seinerzeit im Dezember 75 in Hamburg, zu der Hamburger linke Gewerkschafter und Betriebsräte sowie die GOG von Opel Bochum aufgerufen hatten. Dort waren auch einige der Münchener aufrufenden linken Gewerkschafter anwesend. Mit 1.000 Teilnehmern war die Münchener Veranstaltung ausgesprochen gut besucht. Insgesamt sehen wir in dieser Veranstaltung einen Erfolg für die Politik linker Gewerkschafter. Neben den aufrufenden Kollegen aus den Betrieben Bayerns und der GOG kamen auch eine Reihe linker Gewerkschafter aus anderen Orten zu Wort, wie aus Frankfurt, Speyer, Regensburg und Hamburg. Auch diese Kolleginnen und Kollegen berichteten von ihren Erfahrungen, und der Wille zur weiteren Zusammenarbeit wurde bekräftigt. Auf Initiative eines Hamburger Betriebsrats wurde eine Resolution einstimmig verabschiedet, die sich gegen die drohenden Gewerkschaftsausschlüsse gegen Hamburger Kollegen richtet. Wie im AK berichtet, sollen diese Kollegen ausgeschlossen werden, weil sie zur Hamburger Betriebsräte-Veranstaltung aufgerufen hatten. In der Resolution wird darüber hinaus gegen die Ausschlußwillkür der Gewerkschaftsführer Stellung bezogen und der Wille zur Einheit linker Gewerkschafter bekräftigt. Die Münchener Veranstalter haben zugesagt, die Reden der Veranstaltung ebenso wie seinerzeit in Hamburg in einer Broschüre zusammenzufassen.

Leider muß auch erwähnt werden, daß von den bayrischen Organisatoren darauf verzichtet wurde, sich darum zu bemühen, daß die Veranstaltung von einem größeren Kreis linker Gewerkschaftsgruppen außerhalb Bayerns und der GOG getragen wurden, obwohl man schon in größerem Kreis in Hamburg zusammengessen hatte und die Parole beider Veranstaltungen schließlich war „ ... die Einheit verstärken!"

In den Reden einiger der Aufrufenden kamen auch eine Reihe rechtsopportunistischer Standpunkte zum Ausdruck, so etwa, als es für möglich erklärt wurde, im Kampf um die gewerkschaftlichen Kollegen auch die Gewerkschaften insgesamt zu „erobern", obwohl sie andererseits selbst von ihren Erfahrungen berichten mußten, wie sie bei den Betriebsrätewahlen von rechten Gewerkschaftern mit Hilfe der Gewerkschaftsführung z.T. von den offiziellen Gewerkschaftslisten verdrängt worden waren. Damit haben die Gewerkschaftsführer auch ihnen deutlich zu verstehen gegeben, daß sie eher die Spaltung wollen, als Linken breiteren Einfluß in der Gewerkschaft zu gewähren.

Am folgenden Tage wurde die Diskussion unter den anwesenden aktiven Gewerkschaftern fortgesetzt.

Am Rande der Veranstaltung betätigten sich die Trotzkisten von der GIM in einem Flugblatt wiederum damit, Kollegen vor solchen Veranstaltungen zu „warnen". Sie sollten sich durch öffentliches Auftreten nicht „leichtfertig gefährden". Auch vor der Hamburger Veranstaltung hatte sich die GIM bereits derartig in die Vorbereitungen „eingeschaltet" und dazu beigetragen, daß einige Kollegen nicht an der Veranstaltung teilnahmen.

Wahrhaft ein „konstruktiver Beitrag" zum Zusammenschluß der Arbeiterlinken!

Der KAB„Deutschland" warf den
trag" zum Zusammenschluß der Arbeiterlinken!

Der KAB„Deutschland" warf den Veranstaltern dagegen vor, *„ihre politischen Anschauungen und Absichten"* zu *„verheimlichen"*. Während die Mitglieder des KAB„D" ansonsten vernünftigerweise keineswegs damit „glänzen", sich öffentlich als Meier, Müller oder Schulze vom „KAB„D" zu präsentieren, schrieben sie in ihrem Flugblatt zur Veranstaltung doch allen Ernstes *„von der miserablen Sitte in der politischen Landschaft ‚links von der DKP', daß Leute, die sich im Kämmerlein als kommunistische Funktionäre bezeichnen, flugs zu unpolitischen (!) ‚aktiven Betriebsräten' werden, wenn es gilt, den rückschrittlicheren Kollegen nach dem Munde zu reden"*.

Öffentliche Veranstaltungen linker und klassenbewußter Gewerkschafter hält der KAB„D" also für „unpolitisch" und meint, daß es gegenwärtig nicht Aufgabe der Kommunisten sei, derartige Initiativen zu unterstützen oder selbst zu organisieren. „Politisch" wird es nach Meinung dieser Leute erst dann, wenn auch auf solchen Veranstaltungen darüber gesprochen wird, *„daß es in Deutschland (!?) keine revolutionäre Partei nach dem Vorbild Lenins gibt."*

Dieses scheinradikale Gerede offenbart im Grunde genommen nur, daß der KAB„D" nicht begriffen hat, daß zwischen dem Aufbau der Partei der Arbeiterklasse und dem Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsmitglieder auf der Linie einer konsequenten Klassenpolitik eine dialektische Beziehung besteht – daß das eine ohne das andere nicht möglich ist.

Hält der KAB„D" den Zusammenschluß der Arbeiterlinken und den Aufbau einer tatsächlichen Gewerkschaftsopposition für notwendig? Wenn ja – wie soll das seiner Meinung nach geschehen, und was hat er dafür bisher getan?

Es wäre vielleicht angebracht, wenn sich die KAB„D"-Führer gelegentlich mal zu diesen Fragen äußerten – anstatt die Initiativen anderer Organisationen und Kollegengruppen in dieser Richtung permanent nur anzukläffen und die Initiatoren selbst zu denunzieren (nach dem Motto: „Nun sagt doch schon, daß ihr zum KB/bzw. ‚Arbeiterbund' gehört...").

Ändern die KAB„D"ler ihre Haltung in dieser wichtigen Frage nicht, so werden sie fraglos dort im Abseits bleiben, wo um die stärkere Einheit linker und klassenbewußter Gewerkschafter gekämpft wird. Und die Münchener Veranstaltung hat ebenso wie die Versammlung in Hamburg bewiesen, daß dabei heute Fortschritte möglich sind. ●

Spenden für den proletarischen Internationalismus

Für MES, Portugal

H. Sch., Rendsburg	25,00
T.K., SSB Bremerhaven	113,00
SSB, Hamburg-Altona	50,00
Bezirk Hamburg-Harburg	3,00
FSR-Fete, Hamburg	
FSR Sozialpädagogik	152,00
M. und H. aus Hamburg-Eimsbüttel, Sammeltopf	170,00
Kontakte und Genossen aus Hamburg-Eimsbüttel-Mitte	23,00
Mitfahrer-Spendendose eines Hamburger Genossen	40,00
Ein Genosse aus Hamburg	250,00
A.K., Essen	161,00
Summe	987,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MES auf DM 75.230,64

Für FUR, Portugal

W.M., Hamburg	10,00
M. Kuchenverkauf in der Handellschule Schlankreye	2,45
Gymnasium Koppel, Hamburg, auf Fete	12,65
SSB, Bezirk Bergedorf, Versteigerung auf Fete	104,90
Postkartenverkauf auf Frauenfest	67,50
N., Göttingen	250,00
Summe	447,50

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für FUR auf DM 67.704,36

Landkooperativen, Portugal

FSR-Fete, Hamburg, FHS Sozialpädagogik	152,00
Postkartenverkauf Frauenfest	67,50
Summe	219,50

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Portugal-Solidarität auf DM 171.640,43

PFLO, Oman

GRM - Graz, Sammlung Solidaritätswoche	320,44

Für PLF, Eritrea

Veranstaltung Bremen:	435,00
Veranstaltung Flensburg:	267,00
Veranstaltung Westberlin:	4.000,00
Veranstaltung Lübeck:	410,00
Veranstaltung Nürnberg:	334,00
Veranstaltung Kiel:	230,00
Veranstaltung Göttingen:	1.200,00
Veranstaltung Bochum:	129,50
Veranstaltung Bremerhaven:	400,00
Veranstaltung Kassel:	235,00
Veranstaltung Karlsruhe:	40,00
Veranstaltung Bielefeld:	158,00
Veranstaltung Frankfurt/M.	301,50
Summe:	8.143,00

Für MPLA, Angola

W., München	85,00
Veranstaltung, Hamburg	37.012,63
Druckbereich, KB Hamburg	192,00
Veranstaltung Bremen:	435,00
Veranstaltung Flensburg:	267,00
Veranstaltung Westberlin:	4.000,00
Veranstaltung Lübeck:	410,00
Veranstaltung Nürnberg:	334,00
Veranstaltung Kiel:	230,00
Veranstaltung Göttingen:	1.200,00
Veranstaltung Bochum:	129,50
Veranstaltung Freiburg:	150,00
Veranstaltung Karlsruhe:	40,00
Veranstaltung Bielefeld:	158,00
Veranstaltung Frankfurt:	301,50
Summe:	44.944,63

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf DM 143.961,94

Für O.M.A., Angola

Frauengruppe Wedel	110,00
Frauengruppe Hamburg-Eimsbüttel	164,00
BU, Hamburg-Altona	155,00
Veranstaltung Hamburg	837,00
Frauenfest Lübeck	758,87
Veranstaltung Kiel	220,00
Summe	2.244,87

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für O.M.A., Angola auf DM 7.518,97

Für Frente Polisario, Westsahara

Delegiertenkonferenz KB	55,19
Frauengruppe Wedel	100,00
Frauengruppe Hamburg-Eimsbüttel	164,00
M.Z., Hamburg	25,00
Veranstaltung Hamburg	12.320,87
Druckbereich, KB/ Gruppe Hamburg	64,00
H.R., Hamburg	500,00
Veranstaltung Flensburg	267,00
Veranstaltung Lübeck	410,00
Veranstaltung Kiel	230,00
Veranstaltung Göttingen	1.200,00
Veranstaltung Bochum	129,50
Veranstaltung Freiburg	150,00
Veranstaltung Karlsruhe	40,00
Veranstaltung Bielefeld	158,00
Veranstaltung Frankfurt	301,50
Veranstaltung Frankfurt von UTE, Spanien	432,50
Summe	16.547,56

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für Frente Polisario auf DM 19.646,07

Für ZANU, Zimbabwe

Veranstaltung Hamburg	12.320,87
Veranstaltung Bremen	435,00
Veranstaltung Westberlin	4.000,00
Veranstaltung Nürnberg	334,00
Veranstaltung Göttingen	1.200,00
Veranstaltung Bochum	129,50
Veranstaltung Bremerhaven	400,00
Veranstaltung Kassel	235,00
Veranstaltung Braunschweig	300,00
Veranstaltung Frankfurt	301,50
Summe	19.655,87

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für ZANU auf DM 20.555,87

Für FLCS (Djibouti)

Veranstaltung Frankfurt	301,50

Für MIR, Chile

Frauengruppe Wedel	110,00
Umzug Harburg	170,00
Frauengruppe Hamburg-Eimsbüttel, Frauenfest	164,00
IKAH, Hamburg	30,00
Wohngemeinschaft Hamburg 52	50,00
Summe	524,00

Für ERP/PRT (Argentinien)

Uni-Zelle II, KB / Gruppe Kiel	60,00

SPD-Rechte: „Wir rollen Ortsverein für Ortsverein auf"!

In einem kürzlich in der „Frankfurter Rundschau" gegebenen Interview erklärte SPD-Rechtsaußen Hermann Schmitt-Vockenhausen (HSV) *„ich wäre für die Selbstauflösung der verschiedenen Gruppierungen (in der SPD)"* (21.4.76).

Für die sozialdemokratisch orientierte Leserschaft der „FR" soll damit der Eindruck entstehen, einige Reaktionäre in der Partei hätten sich zu weit vorgewagt (HSV erklärte, er habe davor gewarnt, die „Fritz-Erler-Gesellschaft" zu gründen), und die Rechten würden ihren Durchmarsch angesichts der Bundestagsneuwahlen stoppen und zu der auf dem letzten Parteitag erzielten „Einigung" der SPD zurückkehren. HSV: *„Die Partei muß sich endlich zusammenreißen, um auch in der nächsten Legislaturperiode den Kanzler zu stellen..."* („FR", 21.4.).

Ähnlich argumentierten Wehner (*„mörderischer Gruppenkampf in der SPD"*), Schmidt (*„es gäbe ihm ein paar Gruppen, Kreise oder Gesellschaften zuviel"*) und andere Partei-Größen, die die SPD aufforderten, zu alter „Geschlossenheit" zurückzukehren, sich nicht in „Grabenkämpfen" zu verstricken etc.

High noon

„Genosse" Trend: Rechts geht's lang

Die Argumentation der Partei-Führer ist selten demagogisch. Haben doch die bisherigen Erfahrungen gezeigt, daß die vielbeschworene „Einigkeit" und „Geschlossenheit" „mit Blick auf den Wähler" jeweils auf Kosten der Partei-„Linken" und zugunsten der Reaktionäre und „Sozial"faschisten (die sich jetzt in der „Fritz-Erler-Gesellschaft" gefunden haben) in der SPD verliefen.

Zur Erinnerung: Nach der letzten Bundestagswahl wurden die Jusos etc. (die eifrig für den Wahlsieg der SPD mobilisiert hatten) angepöbelt, sie sollten mit ihren Forderungen zurückstecken. Auf den folgenden Parteitagen (Hannover 1973 und Mannheim 1975) mußten erneut die „Linken" dran glauben. Durch ihr Auftreten werde der Wähler abgeschreckt. Ihre Vorschläge wurden entweder gleich auf den „Kinderspielplatz" verwiesen, oder als „Krise des Gehirns" (Schmidt) interpretiert. Das ganze „Einigungs"-Geschwafel (der „Geist von Mannheim") verdeckt nichts weiter als die Festlegung der gesamten Partei (samt ihrer „Arbeitsgemeinschaften") auf einen stramm reaktionären, antikommunistischen Kurs! Soweit sie nicht aus der Partei gedrängt wurden, haben sich die Partei-„Linken" dieser Festlegung größtenteils unterworfen.

„Köpfe müssen rollen..."

Die Partei-Rechten wollen mehr. Hatte Brandt, der von ihnen heute als zu „schlapp" angegriffen wird, schon nach dem Hannoveraner Parteitag (1973) erklärt, das Juso-Problem sei *„lediglich ein Problem von rund 2:000 radikalen Mitgliedern, die es aus der Partei zu drängen gilt"* („Konkret", 1.11.73), ist inzwischen eine Säuberungswelle innerhalb der SPD angelaufen, die nicht mehr nur die „radikalen" Kräfte, sondern auch die „Links-von-der-Mitte-stehenden" etc. erfaßt. In einer SPD-Fraktionssitzung Ende März z.B. forderten die Reaktionäre den Parteiausschluß von Jochen Steffen... Derselbe Schmitt-Vockenhausen, der jetzt scheinheilig auf „Einigkeit" macht, prophezeite gerade erst wieder, **„wir rollen Ortsverein für Ortsverein auf"** („Spiegel", 19.4.76),

Daß HSV (zumindest) Sympathisant der „Fritz-Erler-Gesellschaft" ist, versteht sich. Der stellvertretende Vorsitzende dieser Gesellschaft, Weber, erklärte, daß HSV, Vogel und Metzger *„mit unseren Vorstellungen weitgehend übereinstimmen"* („Welt" 27.3.76). Das läßt sich denken. Metzger, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hatte erst kürzlich den Ausschluß ganzer Juso-Gruppierungen aus der SPD gefordert!

Insgesamt ist diese „Gesellschaft" plus Sympathisanten ein wesentlicher Motor der momentan laufenden Säuberungswelle in der SPD. Hatte sie sich doch als unmittelbares Hauptanliegen *„eine bundesweite Koordinierung der gemäßigten* (?) *und freiheitlich* (??) *eingestellten Kräfte in der SPD"* zum Ziel gesetzt („Welt", 31.3.76).

Diese Richtung findet die heimliche, in jedem Fall aber tatkräftige, Unterstützung durch die maßgeblichen Parteiführer.

Beispiel Frankfurt

HSV, Metzger und Co. haben alle Weichen gestellt, um auf dem südhessischen Bezirksparteitag der SPD (23. und 24.4.) **„den linken Führungsflügel im Bezirksvorstand kräftig zu stutzen"** („FR", 13.4.76). Nicht wiedergewählt werden soll u.a. die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul, der bisherige Juso-Landesvorsitzende Fritzsche und der stellvertretende Bezirksvorsitzende Lütgert! Stattdessen kandidiert Günther Metzger (siehe oben!) für den stellvertretenden Bezirksvorsitz. Auch die anderen „Linken" sollen durch ähnliche Rechtsaußen wie Metzger ersetzt werden.

Außer Frage steht dagegen die Wiederwahl von Rudi Arndt zum Bezirksvorsitzenden...

Wie es heißt, haben die Reaktionäre eine Mehrheit von 20 („FAZ") bis 30 („FR") Stimmen auf dem Bezirksparteitag. Das Ergebnis steht demnach fest: Eine sogenannte Hochburg der „Linken" fällt.

Dieselbe Entwicklung vollzog sich unlängst bei der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" (AsF) im SPD-Bezirk Hessen-Süd. Die ehemalige Vorsitzende Dorothee Vorbeck und andere „Linke" wurden abgewählt. Die jetzt tonangebenden SPD-Frauen wollen *„'ein Frauenbild ... das dem gesellschaftlichen Anspruch von Sozialdemokraten' entspricht und zur 'Werbung im Wahlkampf' dienen soll"* („Sozialistische Korrespondenz", 2.April-Ausgabe, 1976)!

Alles für Helmut Schmidt – nichts anderes geht mehr in der SPD! ●

SPD-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Willi Brandt: „Kommunisten haben die Schnauze zu halten"

„Bist du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien (SPD + KPD) ja/nein; oder bist du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?" („Sozialistische Korrespondenz", 7/76).

Diese beiden Fragen wurden am 31.3.46 den Berliner Mitgliedern der SPD gestellt. **Die Mehrheit der Mitglieder entschied sich für das Bündnis** (62 %; für die Zusammenlegung waren nur 12 %).

Damals schon wurde der Mitgliederwillen mit Füßen getreten, das Bündnis wurde in keiner Frage eingegangen.

30 Jahre später fand in West-Berlin zum Gedenken an diesen Tag ein antikommunistisches Freudenfest der SPD statt. Die SPD-Führer gedachten natürlich nur der Absage an die Zusammenlegung der beiden Parteien. Auf der Kundgebung erklärte Willi Brandt nochmals deutlich, daß er nicht an eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten denke. *„Sozialdemokraten haben ihre Erfahrungen mit Kommunisten gemacht, ... Sie bleiben eindeutig unsere Gegner. Wer mit ihnen kokettiert, hat nichts in der SPD zu suchen"* („FAZ", 1.4.1976).

Als oppositionelle Kräfte im Saal mit Zwischenrufen und Sprechchören die Erinnerung Brandts an das wirkliche Ergebnis auffrischen wollten, schrie er: *„Kommunisten haben an diesem Tag die Schnauze zu halten"* („FAZ", 1.4.76), und ließ sie mit Polizei aus dem Saal werfen!

Wie man sieht, ist das Verhältnis der SPD-Führer zur Wahrheit schlechter als das zur Polizei. ●

SPD-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Juso-Windeier

Anfang April wandten sich die Bremerhavener Jusos mit einem bemerkenswerten Vorschlag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an die Öffentlichkeit.

Eingedenk der auf ihrem letzten Bundeskongreß ausgegebenen Linie, sich mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen mehr um die „Interessen der Jugend" zu kümmern, legten sie ein *„umfassendes Beschäftigungs- und Sozialprogramm"* („NZ", 10.4.76) für arbeitslose Jugendliche vor, um *„soziale Isolation"* und *„psychische Gefährdung"* der Jugendlichen zu verhindern.

Bei näherer Durchleuchtung stellt sich heraus, daß die Jusos hier der Arbeiterjugend ein ganz faules Ei andrehen wollen: Das „Hilfsprogramm" sieht nämlich vor, die Jugendlichen neben der Betätigung in sozialen Bereichen *„im Umweltschutz sowie bei der Landschaftspflege einzusetzen"* („NZ")!

Diese Arbeiten sollen *„aus zeitlich begrenzten Projekten bestehen"* und nach Meinung der Jusos *„nicht unbedingt honoriert werden"*!

Solche Windeier bleiben übrig, wenn man „linke" Politik machen will, aber an Richtlinien und „Spar"-programme von Helmut Schmidt gebunden ist ... ●

Metallkomitee
KB / Gruppe Bremerhaven

Von der SPD in die CSU! ...

Manchen Reaktionären geht die Rechtsausrichtung der SPD immer noch nicht schnell genug. Der SPD-Kreisrat und Bürgermeister von Miltach im Oberpfälzer Landkreis, Helmut Röll, ist aus der SPD aus- und in die CDU eingetreten („FAZ", 13.4. 1976). Auch im Zusammenhang mit der sogenannten „Einigung" in München war ein führender SPD-Mann in die CSU eingetreten. Die Übertritte entstammen nicht aus einem großartigen „Gesinnungswandel" dieser Typen. Sie sind nur die Spitze des Eisberges: Es gibt viele CSU-Freunde in der SPD... ●

SPD-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Welcher Revi weiß die schönste Antwort?

DDR-Handel mit Chiles Faschisten

Wie in AK 78 berichtet und dokumentiert, bezieht die DDR Kupfer von der faschistischen Pinochet-Clique Chiles. Peinlich für die Revisionisten, die sich immer etwas darauf zugute getan hatten, scheinheilig die VR China wegen ihrer diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum faschistischen Regime Chiles anzugreifen!!

Genossen haben sich daraufhin einen Spaß daraus gemacht, Verkäufern der DKP-Zeitung „UZ" den AK unter die Nase zu reiben und sie zu fragen, wie sie sich denn wohl die Geschichte mit dem chilenischen Kupfer erklären? Es gab folgende Antworten:

- **„Das ist ein ganz besonderes Kupfer, das es nur in Chile gibt. Das kann die DDR nur von da kriegen";**
- **„Die Abkommen sind noch aus der Zeit von Allende, und die DDR muß sie einhalten";**
- **„Das hilft ja auch den chilenischen Massen, wenn die DDR das Kupfer kauft";**
- **„Dieses Kupfer ist ganz besonders billig, das kann die DDR sich nicht entgehen lassen"!**

Es wäre sicher nicht uninteressant, wenn die Leser des AK diese Revisionisten-Befragung fortführen und die Antworten an den AK schicken würden! ●

Inhalt

DKP gedenkt Ernst Thälmanns: Viel Schaumschlägerei und Prügel für die Linken

Aus Anlaß des 90. Geburtstags von Ernst Thälmann hatte die DKP zu einer Veranstaltungsreihe mit vielen internationalen Gästen aus diversen revisionistischen Parteien und zu einer Demonstration am 15.4. zum Geburtshaus Ernst Thälmanns geladen. Die professionellen Doppel- und Dreifachzähler der DKP zählten 10.000 (!) Demonstrationsteilnehmer, die *„für Arbeiterrechte demonstrierten"* – so jedenfalls tönte die „UZ" vom 17.4.76 in ihrem Leitartikel fettgedruckt auf der ersten Seite. Wir konnten (trotz angestrengtem Zählen) nur 1.500 bis 2.000 Demonstranten wahrnehmen, was für die DKP in Hamburg ein ausgesprochen gutes Ergebnis ist. Der Zug selber glich auf weiten Strecken eher einem Trauer- oder Schweigemarsch. Auf der Abschlußkundgebung strotzten dafür die Reden von Lob auf die DKP.

Um die „führende und einzigartige" Rolle der DKP im Klassenkampf der BRD zu demonstrieren, scheuten sich die DKP-Ordner auch diesmal nicht, mit Rempeleien und Prügeleien die Abschlußkundgebung lupenrein von „Chaoten" sauber zu halten. Die Thälmann-Gedenkstätte hatten sie mit Ordnern, Sprechfunkgeräten und Bannmeile zum unnahbaren Allerheiligsten umgebaut. Die DKP kann bei Absperrungen der Polizei inzwischen durchaus Konkurrenz machen. Sie erwischt dann eben auch mal den Falschen, so zwei Passanten, junge Männer, die auf dem Nachhauseweg in die Absperrung und zufällig in handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen DKP-Ordnern und ARBEITERKAMPF-Verkäufern geraten waren. Um nicht gleich mit Schlägen vertrieben zu werden, mußte der eine als „Passierschein" erst einmal die frisch gekaufte „UZ" vorzeigen, der andere wurde wegen seiner Hosen mit Bügelfalten gleich als CDU-Sympathisant beschimpft. Während der SPD wiederum große Aktionseinheitsangebote gemacht wurden, bedachten und bedrohten die DKP-Ordner die ARBEITERKAMPF-Verkäufer mit Prügeln. Soll so die „Gewinnung der KB-Mitglieder und Sympathisanten für den Kampf mit und in der DKP" (von dem die Revisionisten-Führer in letzter Zeit so viel reden) aussehen?

Ernst Thälmann würde sich angesichts dieser prügelnden Revisionisten im Grabe umdrehen.

Eine Genossin der
Bezirksorganisation Eimsbüttel
KB / Gruppe Hamburg